

Einladung

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 15.12.2015, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Dorfkrug Delfshausen, Delfshauser Str. 141, 26180 Rastede

Rastede, den 03.12.2015

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|--------|---|---|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.07.2015 | |
| TOP 4 | Einwohnerfragestunde | |
| TOP 5 | Einzelhandelsentwicklungskonzept 2015
Vorlage: 2015/213 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 6 | 1. Änderung Bebauungsplan 95 - Zum Zollhaus
Vorlage: 2015/143 | Berichterstatter: Herr Röben |
| TOP 7 | 8. Änderung des Bebauungsplans 6 D - Mühlenstraße
Vorlage: 2015/171 | Berichterstatter: Herr Röben |
| TOP 8 | Kommunalwahl 2016 - Wahlbereich/e
Vorlage: 2015/216 | Berichterstatter: Bürgermeister von Essen |
| TOP 9 | Haushalt 2010 - Beschluss über die Jahresrechnung 2010 - Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 2015/122 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 10 | Zuwendungen des Jahres 2014 und Nachmeldung 2013
Vorlage: 2015/215 | Berichterstatter: Herr Langhorst |

Einladung

- | | | |
|--------|--|----------------------------------|
| TOP 11 | Haushalt 2015 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro
Vorlage: 2015/204 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 12 | 2. Fortschreibung und Festsetzung der Abwasserbeiträge
Vorlage: 2015/210 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 13 | Neufassung der Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Rastede
Vorlage: 2015/209 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 14 | Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die öffentliche Einrichtung
Straßenreinigung
Vorlage: 2015/131 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 15 | Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung
"Wochenmarkt"
Vorlage: 2015/132 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 16 | Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur
Beseitigung von Schmutzwasser
Vorlage: 2015/133 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 17 | Festsetzung der Gebührensätze 2016 für die dezentrale Einrichtung zur
Beseitigung von Schmutzwasser
Vorlage: 2015/134 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 18 | Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur
Beseitigung von Niederschlagswasser
Vorlage: 2015/135 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 19 | Gebührensatzsatzung 2016 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasser-
beseitigung und Straßenreinigung
Vorlage: 2015/136 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 20 | Erlass einer Spielgerätesteuersatzung
Vorlage: 2015/154 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 21 | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016
Vorlage: 2015/137A | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 22 | Bericht des Bürgermeisters | |
| TOP 23 | Einwohnerfragestunde | |
| TOP 24 | Schließung der Sitzung | |

Mit freundlichen Grüßen
gez. von Essen
Bürgermeister

Beschlussvorlage

Vorlage-Nr.: 2015/213freigegeben am **26.11.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 17.11.2015

Einzelhandelsentwicklungskonzept 2015

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	07.12.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	08.12.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Das Einzelhandelsentwicklungskonzept 2015 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Im Rahmen der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 07.07.2015 waren erste Überlegungen zur Fortschreibung des Einzelhandelsentwicklungskonzeptes 2015 durch die politischen Gremien zur Kenntnis genommen worden. Auf der Grundlage des Beschlusses war die Möglichkeit eröffnet worden, Anregungen und Stellungnahmen zu dem Entwurf vorzutragen.

Die Anregungen und Stellungnahmen sind unter Berücksichtigung der Stellungnahme als Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage beigefügt und entsprechend im Endbericht, der dieser Vorlage als Anlage 2 beigefügt worden ist, berücksichtigt.

Im Rahmen der Stellungnahmen wurden folgende wesentliche Punkte vorgetragen:

- Die Einwendungsführer haben darauf hingewiesen, dass der Kögel-Willms-Platz als Entwicklungsfläche vorgesehen ist. Hierzu ist grundsätzlich auszuführen, dass weder eine Planung noch eine Überlegung besteht, den Kögel-Willms-Platz baulich anders zu nutzen, als dies derzeit der Fall ist. Das Einzelhandelsentwicklungskonzept beschäftigt sich jedoch nicht mit etwaigen zivilrechtlichen oder baurechtlichen Hinderungsgründen sondern beleuchtet lediglich eine bestimmte Handelssituation. Insofern ist aus grundsätzlichen Erwägungen die Berücksichtigung des Platzes nicht falsch; sie wird nur erkennbar jedenfalls derzeit nicht umgesetzt werden.

- Es wird wiederholt darauf hingewiesen, dass ein Vollsortimenter im Bereich Kleibroker Straße / Uhlhornstraße nicht wünschenswert sei. Dies entspricht auch der bisherigen planerischen Zielsetzung der Gemeinde jedenfalls insoweit, als es um die Berücksichtigung von Verkaufsflächen von mehr als 800 qm geht. Aus Sicht der Verwaltung lässt sich auch nicht erkennen, dass ein entsprechender Vollsortimenter überhaupt eine signifikante positive Veränderung für die Frequenz von Besuchern in der Oldenburger Straße ergeben würde. Gleichwohl wäre, ähnlich wie dies auch in anderen Randbereichen, z. B. der Bahnhofstraße oder der Anton-Günther-Straße der Fall ist, in kleinteiligem Umfang eine geschäftliche Entwicklung jedenfalls denkbar. Unumstritten ist allerdings genauso, dass, unabhängig von der Ausweisung eines zentralen Versorgungsbereiches, die Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten im Osten des Hauptortes wünschenswert wäre.
- Es wird darauf hingewiesen, dass die Ausdehnung des zentralen Versorgungsbereiches in südlicher Richtung südlich des City-Centers bis zur Schloßstraße hin womöglich nicht sinnvoll sei.

Überlegungen zur Entwicklung und Erweiterung des zentralen Versorgungsbereiches sind nicht so sehr unter der Maßgabe angeregt worden, dass hier zum nächstmöglichen Zeitpunkt entsprechende Einrichtungen geschaffen werden können. Vielmehr zeigt die Entwicklungsfläche auf, dass sekundär dann eine planerische Möglichkeit in Betracht gezogen werden sollte, wenn – nach wie vor – eine Innenentwicklung des Bereiches insbesondere zwischen der Raiffeisenstraße und der Bahnhofstraße nicht erfolgt.

Im Übrigen wird auf die Stellungnahme zu einzelnen Anregungen und Bedenken hingewiesen.

Das Einzelhandelskonzept stellt zwar eine grundlegende Überlegung zur Entwicklung des Einzelhandels im Bereich der Gemeinde Rastede dar, beinhaltet aber keine wie auch immer geartete rechtliche Verpflichtung. Soweit einzelne Bereiche wie z. B. Kleibroker Straße / Uhlhornstraße oder auch Teilflächen südlich des City-Centers nördlich der Schloßstraße entwickelt werden sollten, bedürfte es hierzu der Schaffung einer entsprechenden Rechtsgrundlage in Form eines Bebauungsplanes.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

- Anlage 1: Auswertung der Anregungen und Stellungnahmen
 Anlage 2: Teilaktualisierung Einzelhandelsentwicklungskonzept Rastede 2015
 (Stand 24.11.2015)

Einwender 1	cima
Spricht sich für mehr Einzelhandelsbetriebe in der Innenstadt von Rastede aus, um die Bummelqualität zu erhöhen.	Ist im Sinne des vorliegenden Einzelhandelskonzepts, das genau dies fordert.

Einwender 2	cima
Oldenburger Straße Einbahnstraßenregelung Richtung Wilhelmshaven zwischen Raiffeisenstraße und Bahnhofstraße	Eine derartig strikte Verkehrsberuhigung dürfte dem Einzelhandel in der Oldenburger Straße nicht zuträglich sein, da ein Großteil der Kunden mit dem PKW dorthin kommt.
Bau eines Stadtzentrums auf dem Gelände des alten Sägewerks	Jede Verdichtung würde dem zentralen Versorgungsbereich helfen und wäre im Sinne des Einzelhandelskonzepts. Dieses Grundstück steht jedoch nicht für etwaige Verdichtungszwecke zur Verfügung, sondern ist im Zuge der Bauleitplanung einer Wohnbauflächennutzung bereits zugeführt worden.

Einwender 3	cima
Spricht sich gegen die Ansiedlung eines Nahversorgers im zentralen Versorgungsbereich aus. Hauptgrund: Zunahme des Verkehrs	cima ist der Meinung, dass der zentrale Versorgungsbereich einen Nahversorger als Frequenzbringer braucht. Davon würden auch umliegende Geschäfte profitieren. Veränderungen der Verkehrsbelastung müssten ohnehin verkehrsgutachterlich untersucht werden.

Einwender 4	cima
Spricht sich für mehr Frische-Angebote (Lebensmittel), Bio- und Reformhausartikel und weitere Textilanbieter im zentralen Versorgungsbereich aus.	Aussage deckt sich mit den Erkenntnissen der cima und ist ins Einzelhandelskonzept eingeflossen.

Einwender 5	cima
Spricht sich für Lebensmittelmärkte außerhalb der Zentren aus.	Der Großteil der Nahversorger im Kernort Rastede befindet sich außerhalb der Zentren. Lediglich der netto-Markt liegt nach der neuen Abgrenzung innerhalb des zentralen Versorgungsbereichs. Nahversorger sind Frequenzbringer, von denen auch die übrigen Betriebe in einer Innenstadt profitieren, daher gehören sie auch unbedingt in die Zentren.

Hat Bedenken, ob sich ein weiterer Vollsor-timeter im Bereich Kleibroker Straße/ Uhl-hornstraße trägt und fürchtet entspre-chende Leerstände.	<p>Auch die cima empfiehlt dringend vor einer entsprechenden Ansiedlung eine Auswir-kungsanalyse zu machen. Nur wenn ein neuer Markt verträglich in die bestehenden Strukturen einzufügen wäre, sollte dies er-folgen.</p> <p>Die cima stellt zudem klar, dass an dieser Stelle bestenfalls eine geringfügige Erwei-terung in den großflächigen Bereich vor-stellbar wäre (deutlich unter 2.000 qm Ver-kaufsfläche). Derzeit wäre nur eine Ansied-lung bis 800 qm Verkaufsfläche möglich.</p>
Spricht sich für die Wichtigkeit ausreichen-der Parkanlagen bei den Nahversorgern aus und sieht dies in den Zentren nicht gege-ben.	Aussage deckt sich mit den Erkenntnissen der cima.
Spricht sich für Erhalt des Kögel-Willms-Platz als Freifläche aus.	<p>cima hat im Einzelhandelskonzept nicht von einer Bebauung gesprochen und hat diesen Platz nicht mit in den zentralen Versor-gungsbereich integriert.</p> <p>Es muss betont werden, dass die Gemeinde derzeit keine Absichten für eine Bebauung in welcher Form auch immer verfolgt. Die Fläche eignet sich aus heutiger Sicht bei-spielsweise für die Durchführung von zent-ralitätsfördernden Veranstaltungen.</p>

Stadt Elsfleth vom 24.08.2015	cima
Hat keine Einwände. Auf S. 6 (Karte), Än-derung Gemeinde in Stadt Elsfleth.	wird in der Endfassung berücksichtigt

Einwender 6	cima
Spricht sich für die Beibehaltung des heu-tigen Zustands des Kögel-Willms-Platz und des Marktplatz aus.	<p>Kögel-Willms-Platz: cima hat im Einzelhan-delskonzept nicht von einer Bebauung ge-sprochen und diesen Platz nicht mit in den zentralen Versorgungsbereich integriert. Es muss betont werden, dass die Gemeinde derzeit keine Absichten für eine Bebauung in welcher Form auch immer verfolgt. Die Fläche eignet sich aus heutiger Sicht bei-spielsweise für die Durchführung von zent-ralitätsfördernden Veranstaltungen.</p> <p>Marktplatz: cima sieht den Marktplatz heute durch die Funktionen Wochenmarkt und Parken als untergenutzt an.</p>

Sieht einen Vollsortimenter eher zwischen City-Center und Hof von Oldenburg. Sieht jedoch keinen Bedarf (widersprüchliche Aussage).	Wenn die Eigentümer der Grundstücke zwischen City-Center und Hof von Oldenburg dies wollen, könnte dort ein Nahversorger gemäß Einzelhandelskonzept geplant werden.
Lobt die gute Versorgungslage im Einzelhandel und die Erreichbarkeit der Läden im Ortszentrum in Rastede.	Bis auf einige lückenhafte Sortimente teilt die cima die Erkenntnisse.

HGV Rastede vom 10.09.2015	cima
Teilfortschreibung des EHK aus 2013 ist dem HGV nicht bekannt.	Dem HGV könnte durch die Verwaltung der entsprechende Auszug aus dem Gutachten übermittelt werden.
HGV weist darauf hin, dass ein zeitgemäßes Aufstellen der Einzelhändler wegen der kleinen Flächengrößen und der knappen Parkplatzkapazitäten in der Oldenburger Straße nicht möglich ist.	Deckt sich mit den Erkenntnissen der cima. Trotzdem muss jeder Einzelhändler auch auf kleiner Fläche das Notwendige tun, um zeitgemäß zu erscheinen. Dazu ist nicht in jeder Branche eine große Fläche notwendig.
Es fehlt der Vergleich der Kennzahlen von 2006 zu 2015, dieser sollten nachgereicht werden.	Die cima empfiehlt, den Vergleich mit 2006 nicht in dieses Gutachten zu übernehmen. Da der Wandel im Handel beträchtlich ist und auch andere Kennzahlen wie Kaufkraft, Einwohnerentwicklung, Entwicklungen im Umland etc. Einfluss auf die Rasteder Kennzahlen haben, wäre es nicht mehr möglich, die z.T. extremen Veränderungen adäquat zu erklären oder herzuleiten. Auch über den Handel hinausgehende Trends und Entwicklungen haben Einfluss auf diese Kennzahlen, so dass kein Erkenntnisgewinn zu erzielen wäre, sondern eher Fragen im Raum stünden, die im Rahmen dieses Gutachtens nicht beantwortbar wären.
Sollte ein Nahversorger in Rastede mit einer Verkaufsfläche von über 2.000 qm angesiedelt werden, so ist das aus der Sicht des HGV nur möglich, wenn die Gemeinde Rastede die infrastrukturellen Voraussetzungen für den übrigen Handel in der Oldenburger Straße verbessert, damit dem Wettbewerb besser begegnet werden kann (insbesondere Verbesserung der Parksituation)	Dem Gutachten ist nicht zu entnehmen, dass der zusätzliche Nahversorger eine solche Größenordnung erreichen muss. Hier gilt es eine verträgliche Größenordnung zu finden. Der cima ist bekannt, dass die Gemeinde in den letzten Jahren umfangreich ins Ortszentrum investiert hat. Dennoch sollte die Situation dort laufend verbessert werden.
Frage an die Gemeinde, wann der letzte Beschluss zur Abgrenzung des zentralen Versorgungsbereichs gefasst wurde (Gutachten ist von 2006).	Hier scheint ein Missverständnis vorzuliegen: Der auf S. 19 dargestellte zentrale Versorgungsbereich 2015 ist noch nicht beschlossen. Ziel Dezember 2015.

Zur Entwicklungsfläche Marktplatz: es wird bedauert, dass die Händler in der Oldenburger Straße nicht von den Frequenzen des Wochenmarkts profitieren können. Vorschlag: Erarbeitung eines neuen Nutzungskonzepts für den Marktplatz	Dem Vorschlag kann sich die cima anschließen.
Entwicklungsfläche Kleibroker Straße/ Uhlhornstraße: die Ansiedlung eines Nahversorgers an diesem Standort wird kritisch gesehen. Es würde Konkurrenz für die Oldenburger Straße geschaffen. Der Standort ist heute nicht an den zentralen Versorgungsbereich angebunden.	Die cima ist der Ansicht, dass ein reiner Lebensmittler an diesem Standort in einer angepassten Größe dem zentralen Versorgungsbereich Innenstadt helfen würde. Hier müsste durch eine Wirkungsanalyse festgestellt werden, welche Größenordnung standortadäquat wäre. Die Anbindung wäre eine städtebaulich-gestalterische Aufgabe.
Entwicklungsfläche Kögel-Willms-Platz: „steht politisch aus Sicht des HGV nicht zur Verfügung“. Dieses Eingangszitat steht im Widerspruch zu den weiteren Ausführungen. Der HGV spricht sich dabei für eine multifunktionale Umgestaltung des Platzes aus, wenn dabei eine möglichst große Anzahl von Parkplätzen geschaffen wird.	Aussagen der cima zur möglichen Entwicklung des Platzes werden bestätigt. Es muss betont werden, dass die Gemeinde derzeit keine Absichten für eine Bebauung in welcher Form auch immer verfolgt. Die Fläche eignet sich aus heutiger Sicht beispielsweise für die Durchführung von zentralitätsfördernden Veranstaltungen.
Entwicklungsfläche nördlich des Schlosspark-Hotels: Ausweisung wird unterstützt. In diesem Zusammenhang wird gefordert, den zentralen Versorgungsbereich bis an die Schlossstraße heranzuführen (inkl. Schlosshotel).	Aussagen der cima werden bestätigt. Die Aufwertung der dortigen Entwicklungsfläche sollte unterstützt werden.
Fachmarktstandort Raiffeisenstraße: Weiterentwicklung und Modernisierung der aperiodischen Sortimente wird begrüßt. Die Pläne dort den Lebensmitteleinzelhandel zu verlagern, wird kritisch gesehen, wenn es zu Flächenzuwachsen von über 500 qm VK kommt.	Aussagen der cima werden bestätigt
Inhalt der Rasteder Liste	Aussagen der cima werden bestätigt
Weitere Forderung: Erstellung eines Vertraglichkeitsgutachtens für die Ampelkreuzung Oldenburger Straße, Kleibroker Straße, Raiffeisenstraße, falls ein Vollsortimenter angesiedelt werden soll.	Aussagen der cima werden bestätigt

<p>Falls ein Vollsortimenter kommt, sollen lt. HGV folgende Maßnahmen flankierend durch die Gemeinde umgesetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gründung einer „Wirtschaftsförderung für den Einzelhandel an der Oldenburger Straße“, mit Anschubfinanzierung - Ausbau weiterer Parkflächen am Kögel-Willms-Platz und Überplanen des öffentlichen WC am Kirchplatz - Verschönerungsmaßnahmen entlang der Oldenburger Straße durch Bepflanzungen und Blumenkübel - Finanzielle Marketingunterstützung für verkaufsoffene Sonntage - Öffentliche Anschaffung einer temporären mobilen Sonderbeleuchtung im zentralen Versorgungsbereich. 	<p>Diese Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
---	--

Einwender 7	cima
<p>Spricht sich für die Beibehaltung des heutigen Zustands des Kögel-Willms-Platz und des Marktplatz aus.</p>	<p>Kögel-Willms-Platz: cima hat im Einzelhandelskonzept nicht von einer Bebauung gesprochen und diesen Platz nicht mit in den zentralen Versorgungsbereich integriert. Es muss betont werden, dass die Gemeinde derzeit keine Absichten für eine Bebauung in welcher Form auch immer verfolgt. Die Fläche eignet sich aus heutiger Sicht beispielsweise für die Durchführung von zentralitätsfördernden Veranstaltungen.</p> <p>Marktplatz: die heutige Nutzung durch den Markt und als Parkfläche wird diesem Standort in keinsten Weise gerecht. Hier plädiert die cima für eine Aufwertung. Von einer Komplettbebauung kann allerdings auch hier keine Rede sein.</p>

Landkreis Friesland vom 21.09.2015	cima
Hat keine Bedenken geäußert	

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr vom 28.09.2015	cima
---	-------------

Sollte die Gewerbegebietsentwicklung in Rastede Auswirkungen auf die Verkehrsströme haben, sollten diese im Einzelfall durch Verkehrsuntersuchungen belegt werden. Dazu wären ggf. entsprechende richtlinienkonforme Planungslösungen zu erarbeiten.	Dies ist bei der Ausweisung von Sondergebieten obligatorisch.
--	---

Einwender 8	cima
Anmerkung zu Punkt 3.2 Einzelhandelszentralität: aus geringfügiger Veränderung der Zentralität im periodischen Bedarf wird kein klarer Handlungsbedarf zum Ausbau des Angebots gesehen.	cima sieht diesen Handlungsbedarf nicht in der Veränderung zwischen 2013 und 2015, sondern darin, dass überhaupt in diesem Sortimentsbereich per Saldo Kaufkraft aus dem Mittelzentrum Rastede abfließt. Hier gibt es also nach wie vor einen klaren Handlungsbedarf, damit die Handelszentralität im periodischen Bedarf die 100 % zumindest erreicht oder übererfüllt.
Es werden dann Fragen zum Gutachten gestellt: 1. Woher soll die Konsumentennachfrage nach einem weiteren Vollsortimenter oder Kaufhaus in Rastede kommen?	Hier verweist die cima auf den Punkt oben. Heute gelingt es in Rastede nicht, die gesamte Nachfrage im periodischen Bedarf am Ort zu halten, per Saldo fließen 6,4 Mio. Euro ins Umland ab. Hier sollte es das Ziel sein, davon einen großen Teil am Ort zu halten. Zusätzlich würde ein weiterer Markt auch Kaufkraft von außerhalb Rastedes anziehen. Ein Kaufhaus hat die cima im Gutachten nirgends erwähnt.
2. Frage nach den Gründen, weshalb der Inhaber des damaligen Markts an der Kleibroker Straße aufgegeben hat.	Die cima kann diese Frage nicht beantworten. Auf den ersten Blick fällt aber auf, dass die Immobilien nicht mehr zeitgemäß sind.
3. Annahme, dass die Nachfrage für einen weiteren Markt nicht ausreicht. Ob ein Standortwechsel eines vorhandenen Anbieters in Aussicht steht.	Wie weiter oben ausgeführt, ist noch offenes Potenzial für weitere Verkaufsflächen vorhanden. Ob daraus ein Standortwechsel wird, kann die cima nicht beantworten, da die Vertragspartner i.d.R. der Eigentümer und der Betreiber sind.

4. Zur Nutzung des Kögel-Willms-Platz wird die rechtliche Frage aufgeworfen: ist dies überhaupt möglich und von den Bürgern Rastedes gewollt? Hinweis auf eine Befragung aus der Vergangenheit, die nicht genauer zeitlich beschrieben ist.	Es zeichnet sich heute keine planerische Änderungsabsicht für den Kögel-Willms-Platz ab. Es sind keine Fördermittel geflossen. Es muss betont werden, dass die Gemeinde derzeit keine Absichten für eine Bebauung in welcher Form auch immer verfolgt. Die Fläche eignet sich aus heutiger Sicht beispielsweise für die Durchführung von zentralitätsfördernden Veranstaltungen.
5. Vorschlag für eine öffentliche Informationsveranstaltung und eine nachgelagerte Bürgerbefragung, um die konkreten Wünsche und Interessen der Rasteder zu ergründen.	Der Gedanke wird zu Kenntnis genommen.
6. Frage nach den Kosten der Überarbeitung des Einzelhandelskonzepts	Die Aufwendungen belaufen sich auf rund 10.000 €.

Handwerkskammer Oldenburg vom 30.09.2015	cima
Aus der Sicht des Handwerks kann es problematisch sein, Berufe des Ladenhandwerks z.T. dem Einzelhandel mit zentrenrelevanten Sortimenten zuzuordnen, wie es z.B. mit Orthopädienschuhmachern passiert. Diese Berufe seien kaum mit normalen Einzelhändlern vergleichbar und z.T. sei eine Niederlassung an hochpreisigen Standorten aufgrund völlig anderer Kostenstrukturen in den zentralen Versorgungsbereichen deutlich erschwert. Es wird der Vorschlag gemacht, dass die Handwerksbetriebe nicht erfasst werden, soweit es sich um Betriebsstätten handelt, an denen eigene Produkte verkauft oder Reparaturleistungen gebracht und untergeordnet Randsortimente zentrenrelevanter Art angeboten werden.	<p>Diese Problematik ist uns sehr wohl bewusst. Aus diesem Grund gibt es auf der Seite 42 in der Abb. 29 Sortiments- und Standortmatrix für Gewerbegebiete und sonstige nicht-integrierte Standorte folgende Zusatz, der mit zwei Sternchen gekennzeichnet ist:</p> <p><i>**Ausnahmen möglich in Verbindung mit Handwerks- und Produktionsbetrieben, Verkauf als untergeordnete gewerbliche Nutzung.</i></p> <p>Die cima geht davon aus, dass damit den Befürchtungen der Handwerkskammer ausreichend entsprochen wird.</p>

Einwender 9	cima
--------------------	-------------

<p>Es sind genügend Nahversorger und andere Anbieter in Rastede vorhanden.</p> <p>Spricht sich für die Beibehaltung des heutigen Zustands des Kögel-Willms-Platz aus.</p>	<p>Die Handelszentralitäten offenbaren, dass es einige Branchenlücken in Rastede gibt.</p> <p>Kögel-Willms-Platz: cima hat im Einzelhandelskonzept nicht von einer Bebauung gesprochen und diesen Platz nicht mit in den zentralen Versorgungsbereich integriert. Es muss betont werden, dass die Gemeinde derzeit keine Absichten für eine Bebauung in welcher Form auch immer verfolgt. Die Fläche eignet sich aus heutiger Sicht beispielsweise für die Durchführung von zentralitätsfördernden Veranstaltungen. Für weitere Nahversorgung ist die Entwicklungsfläche „Nahversorgung“ vorgeschlagen worden und nicht der Kögel-Willms-Platz.</p>
<p>Zur Attraktivierung des Ortskerns wird die Ansiedlung weiterer Fachhandelsbetriebe vorgeschlagen (Outdoor-Equipment, Haushaltswaren, Lederwaren/ Taschen).</p>	<p>Deckt sich mit den Erkenntnissen der cima.</p>
<p>Das Ortszentrum (Oldenburger Straße) wäre deutlich attraktiver, wenn eine Fußgängerzone ausgewiesen würde.</p>	<p>Die cima hält diesen Vorschlag nicht für praktikabel. Zum einen wäre es rechtlich nicht möglich, hier eine Fußgängerzone auszuweisen, zum anderen würde das die Fußgängerfrequenzen im Ortskern wohl zum Erliegen bringen. Fußgängerzonen werden sogar in den Innenstädten der Mittel- und Großstädte eher zurückgebaut als neu ausgewiesen.</p>

Einwender 10	cima
<p>Es wird die Schaffung von Verbesserungsmöglichkeiten der örtlichen Anbieter des Lebensmitteleinzelhandels in Hahn-Lehmden und Wahnbek begrüßt.</p>	<p>Die cima teilt diese Auffassung.</p>

<p>Es wird keine Notwendigkeit für einen Vollsortimenter von über 2.000 qm Verkaufsfläche im Kernort Rastede gesehen. Gleichzeitig sei es ratsam und notwendig, die Angebotsstruktur im Lebensmitteleinzelhandel bezogen auf dessen Qualität und Verteilung im Ortsgebiet zu optimieren.</p> <p>Daher wird für einen weiteren Vollsortimenter mit mindestens 1.500 qm Verkaufsfläche und 15.000 Artikeln plädiert.</p> <p>Der Rewe an der Raiffeisenstraße sei nicht aus dem gesamten Kernort optimal angebunden und ein großer Teil der Rasteder habe das Problem der Bahnschranken beim Erreichen dieses Marktes. Es fehle aber gerade im nordöstlichen Kernort eine gute Alternative. Die Entwicklungsfläche Kleibroker Straße sei gut für diese neue noch fehlende Einkaufsalternative geeignet.</p> <p>Der Rewe-Markt an der Oldenburger Straße sei stark modernisierungsbedürftig, was die gesamte Anlage angeht und heute als Einkaufsalternative nur eingeschränkt für das gesamte Ortskerngebiet geeignet.</p> <p>Ein Ausbau der Discounter sei nur mit viel Fingerspitzengefühl zu empfehlen.</p>	<p>Die cima teilt diese Auffassung.</p> <p>Die cima stellt zudem klar, dass an dieser Stelle bestenfalls eine geringfügige Erweiterung in den großflächigen Bereich vorstellbar wäre (deutlich unter 2.000 qm Verkaufsfläche). Derzeit wäre nur eine Ansiedlung bis 800 qm Verkaufsfläche möglich.</p>
---	--

Einwender 11	cima
<p>Die Erweiterung des NP-Marktes in Wahnbek wird abgelehnt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Er ist bereits größer als ursprünglich geplant. - Es gibt keine Versorgungslücke in Wahnbek. - Es wird offenbar Gewinnmaximierung betrieben. - Das beschleunigte Verfahren lässt keine geordnete Diskussion zu. - Zusagen der Gemeinde seien nicht eingehalten worden. - Sozialer Brennpunkt sei entstanden. - Es wird eine verstärkte Lärmbelastung befürchtet. 	<p>Die Erweiterungen und auch die laufende Modernisierung sind notwendig, um diesen Standort attraktiv zu halten und ihm sowohl seine immobilienwirtschaftliche als auch die betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhalten. Andernfalls droht auf Grund der Konkurrenzsituation im Einzugsgebiet und des zwar wachsenden, aber immer noch geringen Bevölkerungspotenzials der Leerzug.</p>

Landkreis Ammerland vom 5.10.2015	cima
-----------------------------------	------

Abgrenzung des zentralen Versorgungsbereichs in Hahn-Lehmden	Neue Abgrenzung wird vom Landkreis akzeptiert.
Deutlicher heraus stellen, dass Unterhaltungselektronik, Tonträger, Computer und Kommunikationselektronik nunmehr zu den nicht-zentrenrelevanten Sortimenten gehören.	cima hat Ergänzungen auf S. 36 vorgenommen.
Ausführungen in Kap. 6.1.4 auf ihre Kompatibilität mit dem landesraumordnerisch festgelegten Integrationsgebot überprüfen	cima hat Ergänzungen auf S. 41 vorgenommen

Oldenburgische IHK vom 30.10.2015	cima
Zu Kap. 3.4, S. 11: Rewe Group soll sich von Koppelstandorten mit Discountern „verabschiedet haben“.	Hinweis wird im Gutachten aufgenommen.
Zu Kap. 4.4, S. 18ff: Erweiterung des zentralen Versorgungsbereichs in nördliche und in südliche Richtung würde die Wahrnehmbarkeit der „städtebaulichen Einheit“ der Rasteder Innenstadt noch stärker beeinträchtigen. Gerade der Südrand sollte in den Grenzen von 2006 bestehen bleiben.	<p>Erweiterung Richtung Norden: diese erfolgte, um den Netto-Markt in integrieren. Der Netto-Markt übernimmt als Nahversorger auch eine Funktion als Frequenzbringer für den nördlichen Innenstadtbereich und ist heute der einzige Nahversorger im zentralen Versorgungsbereich. Durch ansässige Dienstleistungs- und Gastronomiebetriebe besteht ein funktionaler und städtebaulicher Zusammenhang zum Kernbereich der Innenstadt.</p> <p>Erweiterung Richtung Süden: diese erfolgte, weil die Arzt- und Anwaltskanzleien gegenüber des City-Centers sowie der Eine-Welt-Laden am Denkmalplatz aufgrund der städtebaulich direkt angebundenen Lage mit in den zentralen Versorgungsbereich integriert wurden. Auch das südlich des City-Centers gelegene Ärztehaus und das Jobcenter sowie der südlich angrenzende Neubau mit Praxis wurden in den zentralen Versorgungsbereich übernommen, da die rechtliche Vorgabe es will, dass nicht nur Einzelhandelsbetriebe, sondern z.B. auch öffentliche und private Dienstleistungen die Zentrumsfunktion definieren. Im Übrigen hätte die Abgrenzung von 2006 noch nicht mal das heutige City-Center komplett umfasst.</p>

	<p>Eine „städtebauliche Einheit“ ist in diesem langgezogenen zentralen Versorgungsbe- reich noch nicht einmal theoretisch herzu- stellen. Die Oldenburger Straße ist und bleibt ein - mal mehr und mal weniger - verdichteter Bereich. Jede Verdichtung tut diesem Bereich gut. Ebenso müssen aller- dings auch Entwicklungsflächen zur Verfü- gung gestellt werden, um größere Fre- quenzbringer ansiedeln zu können und um das Flächenangebot insgesamt zu verbrei- tern.</p>
<p>Zu Kap. 4.4, S. 20: Sicht der IHK zu den Entwicklungsflächen: Kögel-Willms-Platz: Entwicklungsfläche scheint sehr geeignet für die Ansiedlung von Einzelhandel. Kleibroker Straße/ Uhlenhorststraße: hier soll lt. IHK ausschließlich nahversorgungs- relevanter Einzelhandel entstehen.</p> <p>Die IHK empfiehlt, etwaige Einzelhandelsan- siedlungen auf schädliche Auswirkungen in Rastede und im Umland im Rahmen von Verträglichkeitsgutachten prüfen zu lassen.</p>	<p>Die cima teilt diese Auffassung. Es muss betont werden, dass die Gemeinde derzeit keine Absichten für eine Bebauung in welcher Form auch immer verfolgt. Die Fläche eignet sich aus heutiger Sicht bei- spielsweise für die Durchführung von zent- ralitätsfördernden Veranstaltungen.</p>
<p>Zu Kap. 5.3, S. 37f: in der Sortimentsliste scheint die Formulierung zu „Sonstiger Ein- zelhandel“ nicht rechtssicher.</p>	<p>Die cima nimmt hier eine entsprechende Ergänzung im Gutachten vor.</p>
<p>Zu Kap. 6, S. 39f: Begriffsnachfrage zu „lo- kale Versorgungsfunktion“.</p>	<p>Die cima nimmt hier eine entsprechende Ergänzung im Gutachten vor.</p>
<p>IHK plädiert für Ausweisung von konkreten Flächenpotenzialen in Rastede mit sorti- mentsbezogenen Verkaufsflächenentwick- lungsspielräumen in qm.</p>	<p>Die cima hat zum einen keinen Auftrag von der Gemeinde erhalten, um diese Berech- nungen durchzuführen. Weiterhin ist die cima der Auffassung, dass diese theoreti- schen Potenzialausweisungen kritisch zu hinterfragen sind. Entsprechende Modell- rechnungen hätten eine große Anzahl von Parametern, für die Annahmen getroffen werden müssten, so dass kaum eine Real- itätsnähe herzustellen wäre. Weiterhin be- zweifeln wir den Nutzwert solcher Berech- nungen, da es letztendlich auf den Betrei- ber ankommt, der vor Ort investieren</p>

	<p>möchte. Allein bei der Flächenproduktivität kann ein spezialisierter Fachhändler auf kleiner Fläche einen um das Zehnfache höheren Umsatz je Quadratmeter machen als ein entsprechender Fachmarkt gleichen Sortiments. Unter diesen Voraussetzungen kann eine Kommune mit solchen Flächenpotenzialen nur schwer umgehen.</p>
--	---



Einzelhandelsentwicklungskonzept Rastede

Teilaktualisierung: Zentrenkonzept, Sortimentsliste,
Standort- und Branchenentwicklungskonzept

Projektleiter: Martin Kremming, Dipl.-Geograph
Bearbeiter: Dipl.-Betriebsw. (FH) Regina Schroeder

Lübeck, 24. November 2015

München Stuttgart Forchheim
Köln Leipzig Lübeck Ried(A)

CIMA Beratung + Management GmbH
Glashüttenweg 34 23568 Lübeck
T 0451-389 68 0
F 0451-389 68 28
cima.luebeck@cima.de
www.cima.de

Stadtentwicklung
Marketing
Regionalwirtschaft
Einzelhandel
Wirtschaftsförderung
Citymanagement
Immobilien
Organisationsberatung
Kultur
Tourismus

© CIMA Beratung + Management GmbH

Es wurden Fotos, Grafiken u.a. Abbildungen zu Layoutzwecken und als Platzhalter verwendet, für die keine Nutzungsrechte vorliegen. Jede Weitergabe, Vervielfältigung oder gar Veröffentlichung kann Ansprüche der Rechteinhaber auslösen.

Wer diese Unterlage -ganz oder teilweise- in welcher Form auch immer weitergibt, vervielfältigt oder veröffentlicht übernimmt das volle Haftungsrisiko gegenüber den Inhabern der Rechte, stellt die CIMA Beratung+ Management GmbH von allen Ansprüchen Dritter frei und trägt die Kosten der ggf. notwendigen Abwehr von solchen Ansprüchen durch die CIMA Beratung+ Management GmbH.

Der Auftraggeber kann die vorliegende Unterlage für Druck und Verbreitung innerhalb seiner Organisation verwenden; jegliche - vor allem gewerbliche - Nutzung darüber hinaus ist nicht gestattet.

Diese Entwurfsvorlagen und Ausarbeitungen usw. fallen unter § 2, Abs. 2 sowie § 31, Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Urheberrechte. Sie sind dem Auftraggeber nur zum eigenen Gebrauch für die vorliegende Aufgabe anvertraut.

Sämtliche Rechte, vor allem Nutzungs- und Urheberrechte, verbleiben bei der CIMA Beratung + Management GmbH.

Inhaltsverzeichnis

1 Auftrag und Aufgabenstellung.....	5	5 Die Rasteder Liste.....	29
2 Sozioökonomische Rahmendaten im Überblick.....	6	5.1 Vorbemerkung.....	29
3 Ergebnisse der Bestandserhebung 2015.....	7	5.2 Rechtliche und planerische Rahmenbedingungen.....	29
3.1 Bestandsveränderungen seit 2013.....	7	5.3 Zur Ableitung der Sortimentsliste Rastede.....	32
3.2 Einzelhandelszentralität.....	9	6 Standort- und Branchenentwicklungskonzept.....	39
3.3 Nahversorgungssituation	10	6.1.1 Empfehlungen für den ZV Innenstadt Rastede	39
3.4 Exkurs: Trends in der Nahversorgung.....	11	6.1.2 Empfehlungen für die Nahversorgungszentren.....	39
3.5 Einzelhandelsstruktur nach Lagebereichen.....	12	6.1.3 Empfehlungen für den Fachmarktstandort Raiffeisenstraße	40
4 Zentrenkonzept Rastede	13	6.1.4 Empfehlungen für integrierte Wohn- und Mischgebiete.....	41
4.1 Zum Begriff „Zentrale Versorgungsbereiche“	13	6.1.5 Empfehlungen für Gewerbegebiete und sonstige nicht- integrierte Standorte („Streulagen“).....	41
4.2 Notwendigkeit und Kriterien der Abgrenzung zentraler Versorgungsbereiche	15	6.2 Überblick: Sortiments- und Standortmatrix.....	42
4.4 Zentrale Versorgungsbereiche (ZV) in Rastede.....	18	7 Anhang	43
4.4.1 Zentraler Versorgungsbereich Innenstadt.....	18	7.1 Einzelhandelserhebung	43
4.4.2 Zentraler Versorgungsbereich „NVZ Hahn-Lehmden“	22	7.2 Abgrenzung von Betriebstypen.....	44
4.4.3 Zentraler Versorgungsbereich „NVZ Wahnbek“	24	7.3 Nachfrageseite	45
4.5 Weitere Standortkategorien.....	25		
4.5.1 Fachmarktstandorte Raiffeisenstraße	25		
4.5.2 Solitäre Nahversorgungsstandorte.....	27		
4.6 Überblick Zentren- und Standortkonzept.....	27		

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Marktgebiet Rastede gemäß Aktualisierung 2013.....	6
Abbildung 2 Bestandsveränderungen 2015 ggü. 2013.....	7
Abbildung 3 Betriebsanzahl, Verkaufsfläche und Umsätze in Rastede.....	8
Abbildung 4 Handelszentralität 215/2013 im Vergleich.....	9
Abbildung 5 Nahversorgungssituation in der Gemeinde Rastede.....	12
Abbildung 6 Einzelhandelsstruktur nach Lagebereichen.....	13
Abbildung 7 Abgrenzung des ZV Innenstadt im EHK 2006.....	19
Abbildung 8 Abgrenzung ZV Innenstadt gemäß Aktualisierung 2015.....	19
Abbildung 9 ZV Innenstadt: Nördliche Potenzialflächen.....	20
Abbildung 10 Luftbild des südlichen Innenstadtbereiches.....	21
Abbildung 11 ZV Innenstadt: Südlicher Bereich mit Erweiterungsfläche.....	22
Abbildung 12 Abgrenzung ZV Hanh-Lehmden im EHK 2006.....	22
Abbildung 13 Abgrenzung ZV Hahn-Lehmden gemäß Aktualisierung 2015.....	23
Abbildung 14 Anbindung innerhalb des ZV Hahn-Lehmden.....	24
Abbildung 15 Abgrenzung ZV Wahnbek gemäß EHK 2006.....	24
Abbildung 16 Abgrenzung des ZV Wahnbek gemäß Aktualisierung 2015.....	25
Abbildung 17 Dienstleistungsanbieter innerhalb des ZV Wahnbek.....	25
Abbildung 18 Lagebereich der Fachmarktstandorte Raiffeisenstraße.....	26
Abbildung 19 Nahversorgungsradien der wichtigsten Anbieter im Kernort.....	26
Abbildung 20 Übersicht Standortkategorien in Rastede.....	28
Abbildung 21 Karte: Standort- und Zentrenkonzept Rastede.....	28
Abbildung 22 Kriterien für die Zentrenrelevanz von Sortimenten.....	32
Abbildung 23 Verkaufsflächenanteile der Standortkategorien an der Gesamtvkfl. der nahversorgungsrelevante Sortimente.....	33
Abbildung 24 Bedeutung des period. Bedarfes nach Standortkategorien.....	33
Abbildung 25 Verkaufsflächenanteile der Standortkategorien an der Gesamtverkaufsfläche der zentrenrelevanten Sortimente.....	35
Abbildung 26 Rasteder Liste: Nahversorgungsrelevante Sortimente.....	37
Abbildung 27 Rasteder Liste: Zentrenrelevante Sortimente.....	38
Abbildung 28 Rasteder Liste: Nicht-zentrenrelevante Sortimente.....	38
Abbildung 29 Sortiments- und Standortmatrix.....	42
Abbildung 30 CIMA Warengruppen.....	43

1 Auftrag und Aufgabenstellung

Auftrag:

Mit Blick auf die kommunale Bauleitplanung und Diskussionen um mögliche Einzelhandelsprojekte soll das Einzelhandelskonzept in der Gemeinde Rastede fortgeschrieben werden, um die Planungsprozesse auf eine aktuelle, rechtssichere Basis zu stellen. Dazu sollen im Wesentlichen folgende Inhalte des Einzelhandelskonzeptes aus 2006, teilaktualisiert im Jahr 2013, überprüft werden:

- Überprüfung der Abgrenzung der zentralen Versorgungsbereiche durch Begehung, ggf. kartographische Neuabgrenzung, schriftliche städtebauliche Begründung, Erstellung von Karten
- Neuerhebung des Einzelhandelsbestands in Rastede - Aktualisierung der Rasteder Liste auf Stand 2015, schriftliche Begründung für die Einteilung der einzelnen Sortimente

Auftraggeber:

- Gemeinde Rastede

Bearbeitung:

Regina Schroeder, Dipl.-Betriebsw. (FH)

Michael Planner, Magister Artium (M.A.) Kulturgeographie

Projektleiter:

Martin Kremming, Dipl.-Geograph

Analysezeitraum:

Februar-April 2015

Untersuchungsablauf:

- Bestandsaktualisierung im März 2015 auf Basis der Bestandsdaten aus 2006 (und teilaktualisiert aus 2013)
- Ortsbegehungen und Kartierungen im März 2015
- Analyse der Bestandsdaten und der aktuellen Einzelhandelsstruktur, Aufzeigen von Entwicklungstendenzen
- Ableitung von Empfehlungen zur Anpassung der Abgrenzung der zentralen Versorgungsbereiche sowie der Rasteder Sortimentsliste
- Begründung der Empfehlungen

2 Sozioökonomische Rahmendaten im Überblick

Eine umfassende Darstellung der sozioökonomischen Rahmendaten wurde bereits im Rahmen der Aktualisierung des Einzelhandelskonzeptes der Gemeinde zur Beurteilung mehrerer Planvorhaben in Rastede im Jahr 2013 vorgenommen. Daher werden nachfolgend nur im Überblick die Aktualisierungen der wesentlichsten Rahmendaten kurz dargestellt.

Die aktuelle Einwohnerzahl der Gemeinde Rastede beläuft sich gemäß Jahrbuch der Gemeinde 2014 (nicht amtliche Statistik) auf 21.447 Einwohner. Bezogen auf die Einwohner mit Hauptwohnsitz in Rastede (21.359 in 2014) ist die Bevölkerungszahl gegenüber 2013 um ca. 1,75 % gestiegen. Diese Entwicklung bestätigt somit die im Rahmen der Aktualisierung 2013 bereits umfassend beschriebenen Wachstumstendenzen.

Dem gegenüber ist die Kaufkraftkennziffer seit 2013 leicht zurückgegangen und liegt aktuell bei ca. 98,8 % gegenüber 100,4 % in 2012¹. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das einzelhandelsrelevante Ausgabevolumen in den letzten Jahren bundesweit gestiegen ist. Der durchschnittliche Ausgabesatz pro Kopf in Deutschland liegt aktuell in 2014 bei 5.668 €². Eine sinkende Kaufkraftkennziffer bedeutet demzufolge lediglich, dass der Kaufkraftanstieg in Rastede unterhalb des bundesweiten durchschnittlichen Wachstums liegt. Für die Gemeinde Rastede (Kaufkraftkennziffer 2014 rund 98,8 %) ergibt sich ein aktueller Ausgabesatz von 5598,57 € je Einwohner pro Jahr (gegenüber 5.529,94 € im Jahr 2013).

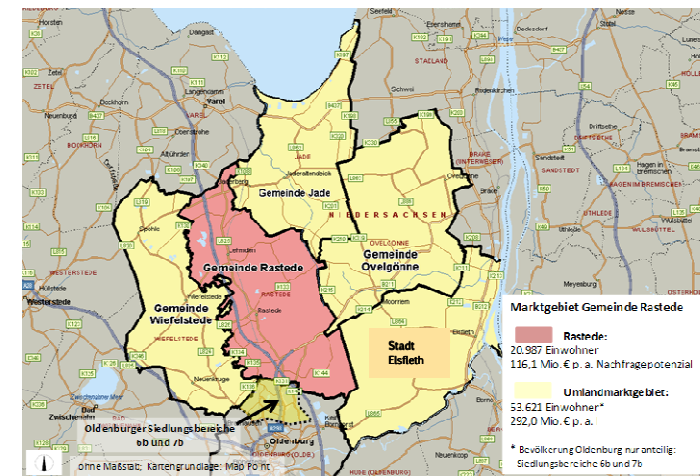
¹ Quelle: MB Research 2014

² cima-Ausgabesatz auf Basis des statistischen Warenkorb 2014

Bezüglich des Marktgebietes ergeben sich gegenüber der letzten Aktualisierung 2013 keine relevanten Veränderungen.

- Rastede liegt verkehrsgünstig direkt an den Bundesautobahnen 29 und 293 nach Oldenburg, Bremen und Osnabrück bzw. nach Wilhelmshaven. Die Entfernung nach Oldenburg beträgt rund 14 km, nach Wilhelmshaven rund 42 km. Über verschiedene Bundesstraßen bestehen gute Verbindungen in die nahegelegenen Mittelzentren. An den überregionalen ÖPNV ist die Gemeinde Rastede über Zugverbindungen nach Oldenburg und Varel angebunden (NordWestBahn ca. im Stundentakt).
- Insbesondere aufgrund der Nähe zum Oberzentrum Oldenburg und den Mittelzentren Bad Zwischenahn, Brake, Varel und Westerstede ist das Marktgebiet Rastedes räumlich klar begrenzt. Potenziale bestehen vor allem in der Sicherung und Stärkung der Nachfrageansprache innerhalb des bestehenden Marktgebietes. Das Marktgebiet der Gemeinde Rastede gliedert sich wie in der nachfolgenden Abbildung dargestellt

Abbildung 1 Marktgebiet Rastede gemäß Aktualisierung 2013



Quelle: cima 2013

3 Ergebnisse der Bestands- erhebung 2015

3.1 Bestandsveränderungen seit 2013

Im Zuge der Teilaktualisierung der Rahmendaten des Einzelhandelskonzeptes zur Beurteilung mehrerer Planvorhaben in Rastede war der gesamte Einzelhandelsbestand im Juli 2013 zuletzt erfasst und Entwicklungstendenzen seit 2006 ausführlich beschrieben worden. Die aktuelle Bestandserhebung im März 2015 hat nun neue Veränderungen im Bestand ergeben (Vgl. Abb. 2). Zum einen wurden einige der 2013 erfassten Geschäfte zwischenzeitlich anderweitig nachgenutzt – einerseits durch einzelhandelsrelevante Nachnutzung, andererseits auch durch neue Nutzungen im Bereich Dienstleistung, Ärzte oder Wohnen. Vier der 2013 in der Oldenburger Straße noch erfassten Einzelhandelsgeschäfte standen zum Zeitpunkt der Erhebung 2015 leer, wobei zwei Geschäfte („Das Bett“, „Tadellos“) ihre Standorte innerhalb der Oldenburger Straße verlagert haben.

Die Gesamtzahl der erfassten Betriebe ist von 155 in 2013 auf 151 Betriebe gesunken (Vgl. Abb. 3). Zwar konnten im Zuge der Aktualisierung gewisse Fluktuationen in der Innenstadt festgestellt werden. Es bleibt aber festzuhalten, dass die Leerstandsproblematik in der Rasteder Innenstadt verglichen mit anderen, vergleichbaren Mittelzentren eher gering ausgeprägt ist. Dennoch machen die aufgezeigten Fluktuationen im Einzelhandelsbestand deutlich, dass sich die Gemeinde in einen dynamischen Marktumfeld befindet, auf das sich die ansässigen Betriebe einstellen und sich zeitgemäß aufstellen müssen.

Positiv zu werten ist, dass in der 2013 noch als problematisch bewerteten Immobilie des ehemaligen Modehauses Spille heute mit

dem Geschäft „Das Bett“ ein zeitgemäßes und modernes Shopkonzept umgesetzt wird.

Mit der Eröffnung des City-Center im südlichen Bereich der Oldenburger Straße im Jahr 2011 wurden neuwertige, zeitgemäße Verkaufsflächen geschaffen. Dass hier zwischenzeitlich mit der Schließung der „Kleinen Diele“ ein attraktiver Mieter den Standort schon wieder verlassen hat, zeigt dennoch Handlungsbedarf zur gezielten und sensiblen Entwicklung der Rasteder Innenstadt.

Abbildung 2 Auswahl Bestandsveränderungen 2015 ggü. 2013

Auswahl neue Einzelhandels-Nachnutzung			
Bestand 2015	Straße	HN	Nutzung 2013
Das Futterstübchen UG	Raiffeisenstraße	20	Auto-Teile Rastede
Aquaristikhof	Kögel-Willms-Straße	11	Willers Blumenzauber
Kranz & Krams	Bahnhofstraße	2	Video Hipp
Tadellos	Oldenburger Straße	231	Ihr Kunst Platz/Tabbys Galerie
Das Bett	Oldenburger Straße	265	Stilsicher
Auswahl Einzelhandel neu erhoben			
Bestand 2015	Straße	HN	Branche
G.U.T. Brötje	Schafjückenweg	1	Badstudio
Baumschule Müller	Oldenburger Straße	82	Garten, Blumen
Hof Hopkes	Oldenburger Straße	103	Hofladen
Tischlerei Sommer	Feldbreite	46	Holzspielsachen
Naturheilmittelhaus	Raiffeisenstraße	52	Tee
Kiosk	Ladestraße	11	Kiosk
Auswahl kein Einzelhandel mehr			
Bestand 2015	Straße	HN	Nutzung 2013
Dienstleistung	Beethovenstraße	1	Kleibroker Kiosk
Ärzte	Oldenburger Straße	218	Autohaus Hausstein
Wohnen	Bastelhörn	4	Der Bastelbär
-	Butjadinger Straße		Silver und Schnickschnack
Leerstand	Oldenburger Straße	215	Kleine Diele
Leerstand	Oldenburger Straße	211	Tadellos
Leerstand	Oldenburger Straße	238	Kathrin Rogge
Leerstand	Oldenburger Straße	244	Das Bett

Quelle: cima 2015

CIMA Warengruppe	Betriebe 2013	Betriebe 2015	Anteil	Vkf. in qm 2013	Vkf. in qm 2015	Anteil	Umsatz in Mio.€ 2013	Umsatz in Mio. € 2015	Anteil
Periodischer Bedarf insgesamt	54	54	35,8%	10.215	10.315	17,1%	53,8	54,3	47,7%
Lebensmittel, Reformwaren	41	42	27,8%	8.010	8.085	13,4%	38,8	39,2	34,5%
Gesundheit und Körperpflege	7	7	4,6%	1.370	1.475	2,4%	13,0	13,2	11,6%
Zeitschriften, Schnittblumen	6	5	3,3%	835	755	1,3%	2,0	1,9	1,7%
Aperiodischer Bedarf insgesamt	101	97	64,2%	48.435	50.020	82,9%	56,2	59,4	52,3%
Persönlicher Bedarf insgesamt	26	24	15,9%	5.905	5.670	9,4%	14,8	14,6	12,8%
Bekleidung, Wäsche	14	13	8,6%	4.285	4.070	6,7%	9,3	9,1	8,0%
Schuhe, Lederwaren	4	4	2,6%	1.225	1.225	2,0%	3,1	3,1	2,8%
Uhren, Schmuck, medizinisch-orthopädischer Bedarf	8	7	4,6%	395	375	0,6%	2,4	2,3	2,0%
Medien und Technik insgesamt	11	11	7,3%	1.665	1.725	2,9%	5,4	5,4	4,8%
Bücher, Schreibwaren	4	4	2,6%	895	920	1,5%	2,8	2,8	2,4%
Elektroartikel, Foto, Unterhaltungselektronik	7	7	4,6%	770	805	1,3%	2,6	2,6	2,3%
Spiel, Sport, Hobby insgesamt	12	13	8,6%	2.590	2.642	4,4%	6,2	6,2	5,4%
Sportartikel, Fahrräder	10	8	5,3%	1.640	1.542	2,6%	4,3	4,1	3,6%
Spielwaren	0	1	0,7%	300	360	0,6%	0,8	0,9	0,8%
Hobbybedarf, Zooartikel	2	4	2,6%	650	740	1,2%	1,1	1,3	1,1%
Glas, Porzellan, Keramik, Hausrat	8	7	4,6%	1.675	1.893	3,1%	2,4	2,7	2,4%
Einrichtungsbedarf insgesamt	13	12	7,9%	11.045	11.010	18,2%	11,7	12,6	11,1%
Möbel, Antiquitäten	10	10	6,6%	10.235	10.435	17,3%	10,1	11,6	10,2%
Heimtextilien	3	2	1,3%	810	575	1,0%	1,6	1,1	0,9%
Baumarktartikel, Gartenbedarf	31	30	19,9%	25.555	27.080	44,9%	15,7	17,9	15,8%
Einzelhandel insgesamt	155	151	100,0%	58.650	60.335	100,0%	109,9	113,7	100,0%

Abbildung 3 Betriebsanzahl, Verkaufsfläche und Umsätze in Rastede 2015 im Vgl. 2013

Quelle: cima 2015

- Neben diesen Nutzungsänderungen auf Basis von Fluktuation haben sich im Zuge der Aktualisierung außerdem Bestandsveränderungen innerhalb der Randsortimentsflächen ergeben. Diese Veränderungen können zum einen marktstrategische Sortimentspolitik der Unternehmen sein, zum anderen aber auch schlicht saisonale Unterschiede aufgrund der abweichenden Erhebungszeiträume.
- Insgesamt bleiben die Schlussfolgerungen aus 2013 bezüglich des Rasteder Einzelhandelsbestandes bestehen. So liegt der Schwerpunkt des Rasteder Einzelhandels nach wie vor eindeutig im aperiodischen Bedarf, wobei der Bereich Gartenbedarf bezogen auf den Verkaufsflächenanteil besonders stark repräsentiert ist im Gemeindegebiet.

3.2 Einzelhandelszentralität

Die **Einzelhandelszentralität** eines Ortes beschreibt das Verhältnis des am Ort getätigten Einzelhandelsumsatzes zu der am Ort vorhandenen Nachfrage. Wenn die Zentralität einen Wert von über 100 % einnimmt, fließt per Saldo Kaufkraft aus dem Umland in den Ort, die die Abflüsse übersteigt. Liegt die Zentralität unter 100 %, so existieren Abflüsse von Kaufkraft, die per Saldo nicht durch die Zuflüsse kompensiert werden können. Je größer die Zentralität eines Ortes ist, desto größer ist seine Sogkraft auf die Kaufkraft im Umland. Die Zentralität eines Ortes wird z.B. durch die Qualität und Quantität der Verkaufsflächen, den Branchenmix, die Verkehrsanbindung und siedlungsstrukturelle Gegebenheiten in Relation zur diesbezüglichen Aufstellung der Nachbarkommunen gesteuert.

- Die Gesamtzentralität der Gemeinde Rastede liegt auch 2015 bei etwa 95%. Sortimentsbezogen zeigt sich ein leichter Bedeutungsverlust im periodischen Bedarf.

- Dies hängt vor allem auch mit der seit 2012 gestiegenen Kaufkraft zusammen, der ein vergleichsweise stagnierendes Rasteder Angebot gegenübersteht. Bereits 2013 wurde eine unterdurchschnittliche Positionierung der Gemeinde im nahversorgungsrelevanten Bedarf festgestellt. Hier zeigen sich klare Handlungsbedarfe zum Ausbau des vorhandenen Angebotes.

CIMA Warengruppe	Umsatz in Mio. €		Nachfrage in Mio.€		Handels- zentralität	
	2013	2015	2013	2015	2013	2015
Periodischer Bedarf	53,8	54,3	60,8	63,0	88,4	86,2
Lebensmittel, Reformwaren	38,8	39,2	43,0	44,2	90,1	88,8
Gesundheit und Körperpflege	13,0	13,2	15,9	16,8	81,7	78,4
Zeitschriften, Schnittblumen	2,0	1,9	1,9	1,9	105,0	96,5
Aperiodischer Bedarf	56,2	59,4	55,2	57,1	101,7	104,1
Persönlicher Bedarf	14,8	14,6	17,2	18,4	85,9	79,5
Bekleidung, Wäsche	9,3	9,1	10,1	10,2	91,6	89,7
Schuhe, Lederwaren	3,1	3,1	2,9	3,4	108,8	92,7
Uhren, Schmuck, medizinisch-orthopädischer Bedarf	2,4	2,3	4,2	4,8	56,5	48,2
Medien und Technik	5,4	5,4	13,2	12,6	40,7	43,0
Bücher, Schreibwaren	2,8	2,8	2,7	2,5	101,2	111,7
Elektroartikel, Foto, Unterhaltungselektronik	2,6	2,6	10,4	10,1	24,8	26,1
Spiel, Sport, Hobby	6,2	6,2	5,5	6,0	113,0	103,8
Sportartikel, Fahrräder	4,3	4,1	3,1	3,4	140,1	118,8
Spielwaren	0,8	0,9	1,2	1,2	68,2	71,0
Hobbybedarf, Zooartikel	1,1	1,3	1,2	1,3	88,2	95,2
Glas, Porzellan, Keramik, Hausrat	2,4	2,7	1,9	1,9	127,5	142,1
Einrichtungsbedarf	11,7	12,6	8,2	8,3	141,4	152,9
Möbel, Antiquitäten	10,1	11,6	6,5	6,7	154,4	172,4
Heimtextilien	1,6	1,1	1,7	1,5	92,5	68,1
Baumarktartikel, Gartenbedarf	15,7	17,9	9,2	10,1	171,0	178,3
Einzelhandel insgesamt	109,9	113,7	116,1	120,1	94,7	94,7

Abbildung 4 Handelszentralität 2015/2013 im Vergleich

Quelle: cima 2015

- Hohe Zentralitätswerte werden v. a. in den nicht-zentrenrelevanten Sortimenten Baumarktartikel und Gartenbedarf sowie Möbel, Antiquitäten erreicht, die aufgrund von neuen Bestandserfassungen gegenüber 2013 nochmals gestiegen sind.
- Der auf den ersten Blick vergleichsweise hohe Rückgang der Zentralität im Bereich Sportartikel erklärt sich zum einen durch einen Umsatzrückgang aufgrund der Schließung des Reitsportladers in der Bahnhofstraße (heute „Kranz & Krams“) sowie der gestiegenen Nachfrage.

3.3 Nahversorgungssituation

Während der Kernort Rastede als Mittelzentrum auch eine Versorgungsfunktion für die Bevölkerung in der Gemeinde und im Verflechtungsbereich mit Gütern des gehobenen Bedarfs übernimmt, sind die beiden Ortsteile Hahn-Lehmden und Wahnbeek gemäß RROP als Grundzentren definiert.³ Der Versorgungsauftrag der Grundzentren ist gemäß REHK auf das Gebiet der jeweiligen Gemeinden begrenzt, die über ein standortgebundenes Eigenpotenzial an Bevölkerung, Arbeitsplätzen, Geschäften etc. verfügen sollen. Es ist kommunale Aufgabe, eine möglichst wohnortnahe Grundversorgung zu gewährleisten.⁴

- Aus der allgemeinen Analyse der Nahversorgungssituation wird dabei deutlich, dass die Nahversorgung sich insgesamt stark auf den Kernort Rastede konzentriert.
- Eine Lücke in der wohnortnahen Versorgung findet sich nordöstlich und südwestlich der Rasteder Innenstadt. Innerhalb der Innenstadt übernimmt im nördlichen Randbereich der ansässige

Netto-Discountmarkt die Nahversorgungsfunktion. Der Netto-Markt ist damit der einzige Lebensmittelmarkt im ZV Innenstadt. Durch seine Lage an dessen äußersten nördlichem Ende wie auch unter Einbeziehung der Kundenattraktivität von Netto allgemein, ist von eher moderaten Frequenzeffekten für den ZV Innenstadt auszugehen.

- Insgesamt liegt der Angebotsschwerpunkt im nahversorgungsrelevanten periodischen Bedarf innerhalb des Kernortes jedoch außerhalb des Zentrums. Prägend sind hier zwei Nahversorgungsagglomerationen im Bereich Raiffeisenstraße und südliche Oldenburger Straße
- In den Ortsteilen Hahn-Lehmden und Wahnbeek übernimmt jeweils ein ansässiger Nahversorger die grundzentrale Versorgungsfunktion.
- Im Kernort Rastede wie im gesamten Rasteder Gemeindegebiet agiert kein Verbrauchermarkt mit mehr als 2.000 qm und kein SB-Warenhaus. Dies bedeutet ein Standortnachteil (Vgl. Kap. 3.4 – Trends der Nahversorgung) z. B. gegenüber Brake, Varel, Bad Zwischenahn und Westerstede. Die Aufwertung des Rewe Marktes an der Oldenburger Straße trägt zur Verbesserung der Nahversorgungssituation bei. Mit den Anbietern Aldi, Lidl und Netto besteht gutes, mit den Wettbewerbsstandorten vergleichbares, Angebot an Lebensmittel-Discountmärkten.
- Der Rewe Markt in der Raiffeisenstraße weist Modernisierungsbedarf auf und entspricht nicht den heute zeitgemäßen Standards moderner Märkte. Es existiert im Kernort außerdem kein alternatives Angebot im Segment Verbrauchermarkt durch andere Betreiber.

³ Quelle: Regionales Raumordnungsprogramm für den Landkreis Ammerland, 1996

⁴ Quelle: Regionales Einzelhandelskonzept für den Landkreis Ammerland, 2010

3.4 Exkurs: Trends in der Nahversorgung

Ein Vollsortiment beginnt bei 8.500 bis 12.000 Artikeln und benötigt mindestens 1.500 - 2.000 qm Verkaufsfläche. Bei Neugründungen sind selbst Flächen um die 2.500 qm keine Seltenheit mehr (sog. „große Supermärkte“). Sind diese Flächen nicht verfügbar, müssen die Händler Kompromisse eingehen und verspielen auf den dann häufig zu kleinen Flächen ihren wichtigsten Trumpf gegenüber den Discounter: die Auswahl an Markenartikeln und eine größere Frischekompetenz. Generell haben funktionsfähige Lebensmittelmärkte heute in der Regel nicht mehr unter 800 bis 1.000 qm VKF. Die Neuansiedlungen und Erweiterungen der führenden Lebensmitteldiscounter sind inzwischen auf 1.200 bis 1.300 qm Verkaufsfläche ausgerichtet. Im Bereich Drogeriewaren sind die Verkaufsflächen bei Neuansiedlungen entsprechender Fachmärkte heute bereits meist nicht kleiner als 600 qm. Dabei setzen die Marktführer standardisierte Ladenbaukonzepte um, so dass Standorte, an denen entsprechende Erweiterungen und Neuansiedlungen nicht möglich sind, eher aufgegeben oder zumindest nicht mehr in diese Standorte investiert wird. Insbesondere in Märkten mit rückläufiger Kaufkraft- und /oder Bevölkerungsentwicklung und hoher Wettbewerbsdichte wird der Erhalt wohnortnaher voll integrierter Standorte mit begrenzten Flächenentwicklungsmöglichkeiten somit künftig immer schwieriger. Generell ist die Ursache für den im Vergleich zur Vergangenheit gestiegenen Flächenbedarf im Lebensmittel-Einzelhandel in der Notwendigkeit einer verbesserten Warenpräsentation, neuen Service- und Angebotsbausteinen und in signifikanten Prozess-Veränderungen zu sehen:

- Die Ansprüche der Verbraucher an die Warenpräsentation steigen. Bei gleicher Artikelzahl entscheidet die Präsentation der Ware über die Attraktivität eines Marktes. Je großzügiger die

Ware präsentiert werden kann, desto seltener muss das Regal aufgefüllt werden, wodurch das Personal entlastet wird und mehr Zeit für den – bei Supermärkten besonders erwarteten – Kundenservice zur Verfügung hat.

- Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit und als Reaktion auf Kundenwünsche und die demografische Entwicklung wurde bei vielen Supermärkten die Höhe der Regale deutlich reduziert, so dass die Kunden bequem darüber hinwegblicken können und ein beschwerliches Greifen nach Waren über der eigenen Kopfhöhe entfällt. In Konsequenz muss die früher vertikal angeordnete Ware nun horizontal auf eine größere Fläche verteilt werden.
- Gesetzliche Vorgaben machen einen zusätzlichen Platzbedarf erforderlich. So z. B. die Anforderungen der geänderten Verpackungsverordnung, nach der Kunden Verpackungsmaterial sofort im Laden entsorgen können, oder die mehrfach verschärfte Pfandregelung.
- Serviceelemente wie z. B. Automaten zur Rücknahme von Pfandflaschen und Getränkekästen oder Selbstbackautomaten für frische Backwaren benötigen zusätzlich Fläche.
- Durch Änderungen in der Sortimentsstruktur wie z. B. Obst, das erst im Markt selbst aufgeschnitten und abgepackt wird, ergibt sich ein zusätzlicher Flächenbedarf für Kühltruhen, Kühlregale, Kühlzellen etc.
- Großzügigere Verkehrswege tragen zu einer effizienteren Bestückung des Ladens und zur Vereinfachung von Betriebsabläufen bei.

Ein nachfragegerechtes Nahversorgungskonzept könnte demnach einen Vollsortimenter und Discounter als Ankerbetriebe beinhalten, die entweder unmittelbar am Standort oder im weiteren Umfeld durch verschiedene Spezialisten (Obst, Feinkost, internationale Spezialitäten) und Lebensmittel-Handwerker (Bäcker, Metzger) sowie ei-

nen Drogeriemarkt und weitere Branchen des kurzfristigen Bedarfsbereiches ergänzt werden.



Abbildung 5 Nahversorgungssituation in der Gemeinde Rastede

Kartengrundlage: Gemeinde Rastede

Bearbeitung: cima 2015 (Darstellung ab 400 m² Verkaufsfläche)

3.5 Einzelhandelsstruktur nach Lagebereichen

- Dem ZV Innenstadt kommt mit nur rd. 21,2 % des Gesamtumsatzes des Rasteder Einzelhandels eine für ein innerstädtisches Mittelzentrum unterdurchschnittliche Rolle zu. Noch „drastischer“ fällt mit nur rd. 10 % der Verkaufsflächenanteil der Innenstadt aus. Hier ist allerdings der „verzerrende“ Effekt des stark überdurchschnittlichen Verkaufsflächenbesatzes v. a. im Bereich Gartenbedarf zu berücksichtigen, der ja ganz wesentlich außerhalb der Innenstadt lokalisiert ist. Allein auf dieses Sortiment entfällt rd. 35 % (!) der Rasteder Verkaufsfläche.
- Etwa 69 % des Gesamtumsatzes, 85 % der Verkaufsfläche und 62 % der Betriebe entfallen auf Anbieter außerhalb der Zentralen Versorgungsbereiche in Streulagen im gesamten Gemeindegebiet. Neben den beiden solitären Lebensmittelmärkten im Kernort gehören vor allem Garten- und Möbelmärkte zu den größeren (ab 400 qm Verkaufsfläche), dezentral gelegenen Anbietern. Hinzu kommen mit dem Ulla Popken Werksverkauf und dem Kik-Textildiscountmarkt auch zwei Bekleidungsanbieter, sowie eine Vielzahl kleinflächiger Ladengeschäfte des Lebensmittelhandwerks (Bäckerei, Fleischerei), Apotheken, Tankshops und kleinere Spezialanbieter (z.B. unter anderem Secondhandshops, Badstudio, Antiquitäten, Hofläden).
- Mit jeweils Anteilswerten von max. 3,6 % (Umsatzanteil, Anteil Betriebe) nimmt der ZV Wahnbek einen eher geringen Stellenwert ein und verfügt zudem als Nahversorgungsstandort über knapp 7 % Umsatzanteil am Gesamtumsatz im periodischer Bedarf in Rastede.

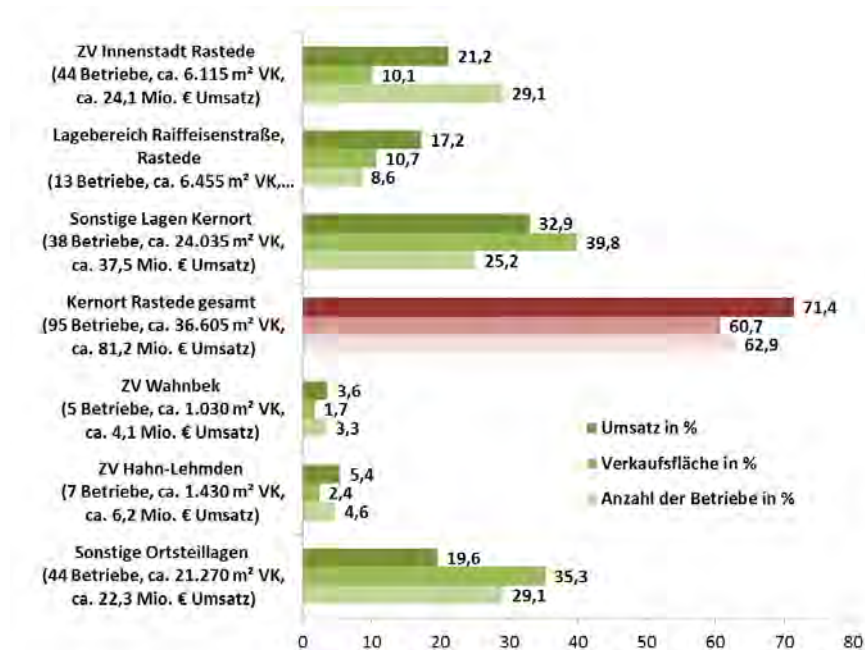


Abbildung 6 Einzelhandelsstruktur nach Lagebereichen

Quelle: cima 2015

- Mit einem Verkaufsflächenanteil von knapp 2,4 %, und einem Umsatzanteil von rd. 4,6 % ist der ZV Hahn-Lehmden im Gesamtrasteder Kontext nur unwesentlich stärker aufgestellt als der ZV Wahnbek. Wichtigste Umsatz“träger“ sind hier der Edeka Markt, die Apotheke sowie – als lokale Besonderheit – der relativ große, qualitätsvolle Anbieter Schuhmode Diers.
- Dabei wird rd. 64 % des Umsatzes im periodischen Bedarf außerhalb der ZV, z. B. an der Raiffeisenstraße realisiert, was die hohe Nahversorgungsbedeutung dieser Standorte dokumentiert.

4 Zentrenkonzept Rastede

In den folgenden Kapiteln werden die Zentrenstruktur der Gemeinde Rastede dargestellt und die unterschiedlichen Standortkategorien und deren Versorgungsaufgaben beschrieben.

4.1 Zum Begriff „Zentrale Versorgungsbereiche“

Der Begriff des „Zentralen Versorgungsbereichs“ ist als „Planungskategorie“ erstmals mit der Neuregelung § 34 Abs. 3 BauGB in das Baurecht eingeführt worden. Demnach ist für die Genehmigung von Ansiedlungsvorhaben im sogenannten unbeplanten Innenbereich nicht nur das Einfügen in die nähere Umgebung Voraussetzung. Es wurde auch festgesetzt, dass „keine schädlichen Auswirkungen“ auf Zentrale Versorgungsbereiche in der Standortgemeinde oder benachbarten Gemeinden zu erwarten sein dürfen.

Was „Zentrale Versorgungsbereiche“ konkret sind, wie sie abzugrenzen sind und worin sie sich konkret manifestieren, wurde vom Gesetzgeber nicht vorgegeben. Verwiesen wird auf die Planungspraxis und die Kommentierung durch die Rechtsprechung. Gesetzgebungsinitiativen einzelner Bundesländer bzw. die Verankerung des Begriffs „Zentraler Versorgungsbereich“ in Landesentwicklungsprogrammen oder Einzelhandelserlassen haben ebenfalls zu einer weiteren Ausgestaltung des neuen planungsrechtlichen Instrumentariums geführt.

Das BVerwG (Bundesverwaltungsgericht) hat Kernaussagen zu Zentralen Versorgungsbereichen getroffen⁵:

⁵ Vgl. BVerwG, Urteile vom 17.12.2009 – 4 C 1.08 und 4 C 2.08.

Zentrale Versorgungsbereiche sind „räumlich abgrenzbare Bereiche, denen auf Grund vorhandener Einzelhandelsnutzungen – häufig ergänzt durch Dienstleistungen und gastronomische Angebote – eine Versorgungsfunktion über den unmittelbaren Nahbereich hinaus zukommt“ „Entscheidend ist, dass der Versorgungsbereich nach Lage, Art und Zweckbestimmung eine für die Versorgung der Bevölkerung in einem bestimmten Einzugsbereich zentrale Funktion hat. Der Begriff ist nicht geographisch im Sinne einer Innenstadtlage oder Ortsmitte, sondern funktional zu verstehen. Zentralität kann durchaus auch kleinteilig sein...“

Die Rechtsvorschriften und vorliegende Rechtsurteile liefern weitere Vorgaben für die Abgrenzung der Zentralen Versorgungsbereiche:

- Innerhalb eines Gemeindegebietes sind entsprechend der festgelegten Zentren Zentrale Versorgungsbereiche räumlich abzugrenzen.
- Rechtsurteile haben klargestellt, dass eine Stadt oder Gemeinde mehrere Zentrale Versorgungsbereiche ausweisen kann. Dies gilt insbesondere für polyzentrisch strukturierte Städte mit eigenständigen Stadtteilen und Siedlungsbereichen oder Städte mit ausgeprägten Stadtteilstrukturen und deutlicher Aufteilung von Versorgungsbereichen.⁶
- Zentrale Versorgungsbereiche müssen eindeutig bestimmt sein. Es reicht nicht aus, sie vage, z.B. als kreisförmige Markierung, zu definieren. Es hat eine parzellenscharfe Abgrenzung zu erfolgen, um eindeutig zu definieren, welche Betriebe oder Grundstücke im Zentralen Versorgungsbereich liegen und somit schützenswert sind.⁷

- Für die Abgrenzung der Zentralen Versorgungsbereiche sind die angeführten Kriterien zu beachten (Vielfalt und Umfang der Angebote, Nutzungsmix, integrierte Lage, verkehrliche Erreichbarkeit). Neben den vorhandenen Strukturen sind Darstellungen und Festsetzungen in Bauleitplänen bzw. in Raumordnungsplänen ebenso wie sonstige raumordnerische oder städtebauliche Konzeptionen zu berücksichtigen. Daraus ergibt sich, dass Zentrale Versorgungsbereiche zum Zeitpunkt der Festlegung nicht bereits vollständig als Zentrale Versorgungsbereiche entwickelt sein müssen; sie sollten zum Zeitpunkt der Festlegung jedoch bereits als Planung eindeutig erkennbar sein.
- Zentrale Versorgungsbereiche zeichnen sich durch ein gemischtes Angebot an öffentlichen und privaten Versorgungseinrichtungen (Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen, Handwerksbetriebe, Büronutzungen, Wohnungen) aus, die städtebaulich und funktional eine Einheit bilden. Die Vielfalt der erforderlichen Angebote hängt von der Funktion eines Zentralen Versorgungsbereiches ab. In dem Hauptzentrum einer größeren Gemeinde ist das Angebot vielfältiger als in dem Hauptzentrum einer kleineren Gemeinde. Neben- und Nahversorgungszentren ordnen sich hinsichtlich ihrer Ausstattung mit Versorgungsangeboten dem Hauptzentrum einer Gemeinde unter. Bei der Beurteilung des Einzelhandelsangebotes sind die Betriebsformen, die nach Branchen differenzierte Angebote sowie die Sortimentsbreite und -tiefe zu beachten.
- Eindeutig nicht als Zentraler Versorgungsbereich abzugrenzen ist die bloße Agglomeration mehrerer Einzelhandelsbetriebe (z.B. der häufige Fall eines Vollsortimenters, eines benachbarten Discounter und weiterer Fachmärkte an einer Ausfahrtsstraße).

⁶ Vgl. auch Berkemann, Halama (2005): Erstkommentierung zum BauGB 2004, S. 361.

⁷ Vgl. Geyer (2005): Neuregelungen für den Einzelhandel. In: PlanerIn, Heft 3. 2005.

4.2 Notwendigkeit und Kriterien der Abgrenzung zentraler Versorgungsbereiche

Für großflächige Einzelhandelsvorhaben gemäß § 11 Abs. 3 sind die Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich und die **Sicherung und Entwicklung der Zentralen Versorgungsbereiche** zu beurteilen. Dies gilt sowohl für die relevanten Zentralen Versorgungsbereiche in der Standortkommune des Projektvorhabens als auch für ggf. betroffene zentrale Versorgungsbereiche in benachbarten Kommunen.

Die Auswirkungen auf Zentrale Versorgungsbereiche sind relevanter Gegenstand der abwägenden Prüfung des interkommunalen Abstimmungsgebotes. Eine Nichtberücksichtigung von Auswirkungen auf Zentrale Versorgungsbereiche kann als Abwägungsfehler wirken (siehe § 2 Abs. 2 BauGB).

Darüber hinaus ist die Erhaltung und Entwicklung Zentraler Versorgungsbereiche ein Rechtfertigungsgrund und genereller abwägungserheblicher Belang für die Bauleitplanung (§ 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB). Aus dieser Abwägungsrelevanz heraus, die 2004 in die Novellierung des BauGB aufgenommen wurde, kann das Erfordernis zur Abgrenzung zentraler Versorgungsbereiche abgeleitet werden.⁸

Im Zusammenhang mit der Neuregelung des § 34 Abs. 3 BauGB zu Planungen im unbeplanten Innenbereich rückte dann die baurechtliche Dimension der Zentralen Versorgungsbereiche stärker in den Vordergrund. Die Neuregelung nach § 34, Abs. 3 BauGB trifft die Festsetzung, dass von großflächigen Vorhaben keine schädlichen

Auswirkungen auf Zentrale Versorgungsbereiche in der Standortkommune oder anderen benachbarten Kommunen zu erwarten sein dürfen.

Die Regelungen nach § 11 Abs. 3 BauNVO oder § 34 Abs. 3 BauGB in Bezug auf den Schutz und die Entwicklung Zentraler Versorgungsbereiche haben keine wettbewerbliche Schutzfunktion sondern beziehen sich auf die dem Zentralen Versorgungsbereich insgesamt zugeordnete Versorgungsfunktion. Die Notwendigkeit zur Abgrenzung Zentraler Versorgungsbereiche in Städten und Gemeinden resultiert aus den Abwägungserfordernissen des BauGB (§ 2 Abs. 2 BauGB; § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB).

Grenzt eine Kommune keine Zentralen Versorgungsbereiche ab, so müssen diese als faktische Zentrale Versorgungsbereiche nach den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort festgelegt werden⁹. Sie sind dann immer wieder zu überprüfen und ggf. gerichtlich festzustellen.

Vertiefend geht KUSCHNERUS auf die Ziele der Abgrenzung von Zentralen Versorgungsbereichen (ZV) ein¹⁰:

„Zentrale Versorgungsbereiche sind von besonderer Bedeutung für die Konzentrierung der städtebaulichen Zielsetzungen auf den Vorrang der Innenentwicklung. Zur Stärkung dieser Innenentwicklung und der Urbanität der Städte sowie zur Sicherung einer wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung, die auch wegen der geringeren Mobilität älterer Menschen besonderen Schutz bedarf, ist die Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche in Städten und Gemeinden von besonderem städtebaulichen Belang.“

Das BVerwG führt dazu weiter aus¹¹:

⁹ Siehe hierzu auch Kuschnerus: Der sachgerechte Bebauungsplan. Ziffer 209, S. 115 unter Bezugnahme auf BVerwG Urteil vom 17.12.2009 – 4 C.1.08 und BT-Drs. 15/2250, S. 54

¹⁰ Vgl. Kuschnerus, U.: Der sachgerechte Bebauungsplan. Bonn 2010, S. 109f

¹¹ BVerwG, Ur. V. 17.12.2009 – 4 C 2.08

⁸ Vgl. hierzu auch Einzelhandelserlass des Landes Nordrhein-Westfalen. Gem. RdErl. d. Ministeriums für Bauen und Verkehr u. d. Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie vom 22.09.2008, S. 13

„Zentrale Versorgungsbereiche sollen erhalten werden, weil Ihnen eine herausragende Bedeutung für Bestand und Entwicklung von Städten und Gemeinden zukommt. Bezweckt wird nicht der Schutz der vorhandenen Einzelhandelsbetriebe um ihrer selbst willen; schon gar nicht geht es um die Verhinderung von Konkurrenz...Vielmehr soll eine bestimmte städtebauliche Struktur erhalten werden, die sich durch Zentralität auszeichnet und eine diffuse Verteilung von Einrichtungen vermeidet.“

Die landesplanerische Relevanz Zentraler Versorgungsbereiche ist bereits im ROG der Bundesrepublik Deutschland als Grundsatz der Raumordnung angelegt. Im § 2 Abs. 3 Satz 2 und 3 ROG heißt es:

„Die soziale Infrastruktur ist vorrangig in zentralen Orten zu bündeln; die Erreichbarkeits- und Tragfähigkeitskriterien des Zentrale-Orte-Konzepts sind flexibel an regionalen Erfordernissen auszurichten. Es sind die räumlichen Voraussetzungen für die Erhaltung der Innenstädte und örtlichen Zentren als zentrale Versorgungsbereiche zu schaffen.“

Zentrale Versorgungsbereiche unterscheiden sich in der Tiefe und Breite der Versorgungsfunktion:

1. **Hauptzentren bzw. Innenstadtzentren**, die einen größeren Einzugsbereich, in der Regel das gesamte Stadtgebiet und ggf. darüber hinaus ein weiteres Umland, versorgen und in denen regelmäßig ein breites Spektrum von Waren für den lang-, mittel- und kurzfristigen Bedarf angeboten wird,
2. **Nebenzentren**, die einen mittleren Einzugsbereich, zumeist bestimmte Bezirke größerer Städte, versorgen und in denen regelmäßig zumindest ein breiteres Spektrum von Waren für den mittel- und kurzfristigen, ggf. auch den langfristigen Bedarf angeboten wird,

3. **Grund- und Nahversorgungszentren**, die einen kleineren Einzugsbereich, in der Regel nur bestimmte Quartiere größerer Städte bzw. gesamte kleinere Orte, versorgen und in denen regelmäßig vorwiegend Waren für den kurzfristigen Bedarf und ggf. auch für Teilbereiche des mittelfristigen Bedarfs, angeboten werden¹².

Auch ein Bereich, der auf die Grund- und Nahversorgung eines bestimmten örtlichen Bereichs zugeschnitten ist, kann eine zentrale Versorgungsfunktion über den unmittelbaren Nahbereich übernehmen. Das OVG Münster hat die oben stehende Hierarchie von zentralen Versorgungsbereichen bestätigt¹³.

In der Erstkommentierung des BauGB 2004 führen BERKEMANN und HALAMA als Kriterien zur Abgrenzung Zentraler Versorgungsbereiche aus:

- Nachvollziehbare, eindeutige Festlegung und Dokumentation der tatsächlichen Verhältnisse,
- Darstellung und Festsetzungen in Bauleitplänen bzw. Raumordnungsplänen,
- Darstellung in sonstigen raumordnerischen und städtebaulichen Konzeptionen (Zentrenkonzepte, Einzelhandelskonzepte).

Die Abgrenzung von Innenstädten und Stadtteilzentren kann sich leiten lassen von einer Multifunktionalität von Nutzungen (Einzel-

¹² Das BVerwG führt in seiner Urteilsbegründung zu den Urteilen vom 17.12.2009 hierzu aus: „Ein zentraler Versorgungsbereich setzt keinen übergemeindlichen Einzugsbereich voraus. Auch ein Bereich, der auf die Grund- und Nahversorgung eines bestimmten örtlichen Bereichs zugeschnitten ist, kann eine zentrale Versorgungsfunktion über den unmittelbaren Nahbereich hinaus wahrnehmen. Der Zweck des Versorgungsbereichs besteht in diesem Fall in der Sicherstellung einer wohnortnahen Grundversorgung der im Einzugsbereich lebenden Bevölkerung.“

¹³ Vgl. OVG NRW, Urteil vom 11.12.2006 – 7A 964/05 – BRS 70 Nr. 90).

handel, Gastronomie, Dienstleistungen, kulturelle Einrichtungen, Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen), hohen Passantenfrequenzen und offensichtlichen Barrieren, die einen deutlichen Nutzungswechsel zwischen zentraler Versorgungslage und übrigen Siedlungsraum erkennen lassen.

Schwieriger bleibt die Abgrenzung von Nahversorgungszentren, wo von Natur aus die Breite des Angebots beschränkt bleibt. Oftmals verfügen historische oder ländliche Ortskernlagen nicht mehr über Zentrale Versorgungslagen, so dass auch teilintegrierte Versorgungsstandorte von Lebensmitteldiscountern und Verbrauchermärkten in der Diskussion um die Abgrenzung von Zentralen Versorgungsbereichen Berücksichtigung finden.

Zentrale Versorgungsbereiche können und sollen zukünftige Entwicklungsplanungen mit berücksichtigen. Diese Planungen müssen jedoch hinreichend konkret sein, z. B. durch absehbare Anpassungen in der Flächennutzungs- und Bauleitplanung oder eindeutige, fundierte Standortentwicklungsempfehlungen innerhalb eines Einzelhandelskonzeptes.

Bei der Beurteilung vor Ort, ob ein Einzelhandelsstandort als Zentraler Versorgungsbereich einzustufen ist, orientiert sich die CIMA GmbH an den Kernaussagen des BVerwG und der aktuellen Rechtsprechung des OVG Münster und relevanten Kommentierungen zum BauGB. Dementsprechend werden folgende Kriterien für eine Abgrenzung Zentraler Versorgungsbereiche herangezogen:

- Umfang des vorhandenen Einzelhandelsbestandes und Bedeutung der bestehenden Versorgungsfunktion,
- Umfang des vorhandenen Dienstleistungsbestandes und zu berücksichtigender öffentlicher Einrichtungen,
- städtebaulich integrierte Lage (fußläufige Erreichbarkeit),

- Einheitlichkeit der funktionalen, städtebaulichen und räumlichen Struktur,
- Ggf. optimale Einbindung des ‚Zentralen Versorgungsbereichs‘ in das städtische oder regionale ÖPNV-Netz.

Die Abgrenzung von Zentralen Versorgungsbereichen hat sich jedoch nicht ausschließlich an den Einzelhandelsnutzungen zu orientieren. Insbesondere bei Zentralen Versorgungsbereichen in der Funktion des Haupt- oder Nebenzentrums kommt es auf eine Funktionsvielfalt an. Die Standorte von kundenorientierten Dienstleistungen, Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen, Kirchen und kirchlichen Einrichtungen, Dienststellen der öffentlichen Verwaltung sowie Seniorenwohnheime sollten bei der Abgrenzung berücksichtigt werden. In der aktuellen Rechtsprechung zeichnet sich ein Trend ab, dass multifunktional abgegrenzte und dezidiert in ihrer Abgrenzung begründete Zentrale Versorgungsbereiche nachhaltig rechtlichen Überprüfungen standhalten.

4.4 Zentrale Versorgungsbereiche (ZV) in Rastede

In den folgenden Abschnitten werden die Abgrenzungen der zentralen Versorgungsbereiche und weiterer Standortkategorien der Gemeinde Rastede beschrieben. Das Gliederungssystem der zentralen Versorgungsbereiche Rastedes umfasst die folgende Zentrenstruktur:

- Die Innenstadt entlang der „Oldenburger Straße“ als Hauptgeschäftszentrum mit innerörtlicher und z. T. auch regionaler Einzelhandels- und Dienstleistungsfunktion sowie
- Nahversorgungszentren, die fast ausschließlich der Nahversorgung dienen und darüber hinaus nur ein eingeschränktes Angebot an Gütern des aperiodischen Bedarfsbereiches vorhalten.

4.4.1 Zentraler Versorgungsbereich Innenstadt

Der Zentrale Versorgungsbereich Innenstadt wurde im Einzelhandelskonzept 2006 als ZV „Oldenburger Straße“ bezeichnet. Um einerseits die Bedeutung des ZV innerhalb der Zentrenhierarchie der Gemeinde deutlicher herauszustellen und zum anderen auch die Ausdehnung des ZV in Nebenlagen hinein mit abzubilden, wird die Benennung als Zentraler Versorgungsbereich Innenstadt Rastede empfohlen.

Der Zentrale Versorgungsbereich Innenstadt ist durch eine Vielzahl inhabergeführter Einzelhandelsbetriebe geprägt, die dem Rasteder Zentrum ein individuelles Bild geben.

Die langgestreckte städtebauliche Struktur der Oldenburger Straße und der aufgelockerte Einzelhandelsbesatz, der teilweise durch Wohngebäude und Freiflächen unterbrochen wird, beeinträchtigt dabei jedoch die Wahrnehmbarkeit der städtebaulichen Einheit des Zentrums.

- Mit Rossmann ist ein einziger Drogeriemarkt in einem weiteren Umkreis in der Rasteder Innenstadt ansässig, so dass dieser als Frequenzbringer für die Innenstadt gesichert werden sollte.
- Es wurde ein unterdurchschnittlicher Filialisierungsgrad des innerstädtischen Einzelhandels insgesamt festgestellt, wobei in den Bereichen Bekleidung und Wäsche bis auf Ernsting's Family nur diskontierende Filialanbieter (Takko, NKD in der Innenstadt) im Zentrum ansässig sind.
- Als höherwertige, größtenteils auch zeitgemäß aufgestellte Bekleidungsanbieter sind inhabergeführte Fachgeschäfte ansässig, jedoch fehlt ein größeres Kaufhaus oder großflächigere Anbieter, die auch im regionalen Umfeld entsprechend Sogkraft als Ankerbetrieb und Frequenzbringer für die gesamte Innenstadt fungieren könnten.

Der Zentrale Versorgungsbereich Innenstadt Rastede erstreckt sich gemäß Aktualisierung 2015 entlang der Oldenburger Straße. Den nördlichen Abschluss bildet der ansässige Netto-Markt, den südlichen Abschluss bildet heute das Jobcenter mit den beiden angrenzenden Ärzthäusern. Der Schwerpunkt der einzelhandelsrelevanten Nutzungen befindet sich insgesamt eher im mittleren und südlichen Bereich der Innenstadt, im nördlichen Bereich wurde ein höherer Anteil an Dienstleistern und Gastronomie in Erdgeschossnutzung verzeichnet (Vgl. Abb. 6 mit Nutzungskartierung). Aber auch die erfassten Leerstände durch Wegfall/Verlagerung von Einzelhandel befinden sich überwiegend im südlichen Bereich der Innenstadt. Der ZV Innenstadt Rastede vereint 29% der Betriebe, 10% der Verkaufsfläche und etwa 21% des gesamtgemeindlichen Umsatzes auf sich (bzw. 46% der Betriebe, 17% der Verkaufsfläche und 30% Umsatzes des Kernortes Rastede). Gegenüber der Zentrenabgrenzung aus 2006 wurden auf Basis der aktualisierenden Bestandserhebung dabei einige Änderungen der Abgrenzung vorgenommen, die nachfolgend ausführlich dargestellt und begründet werden.

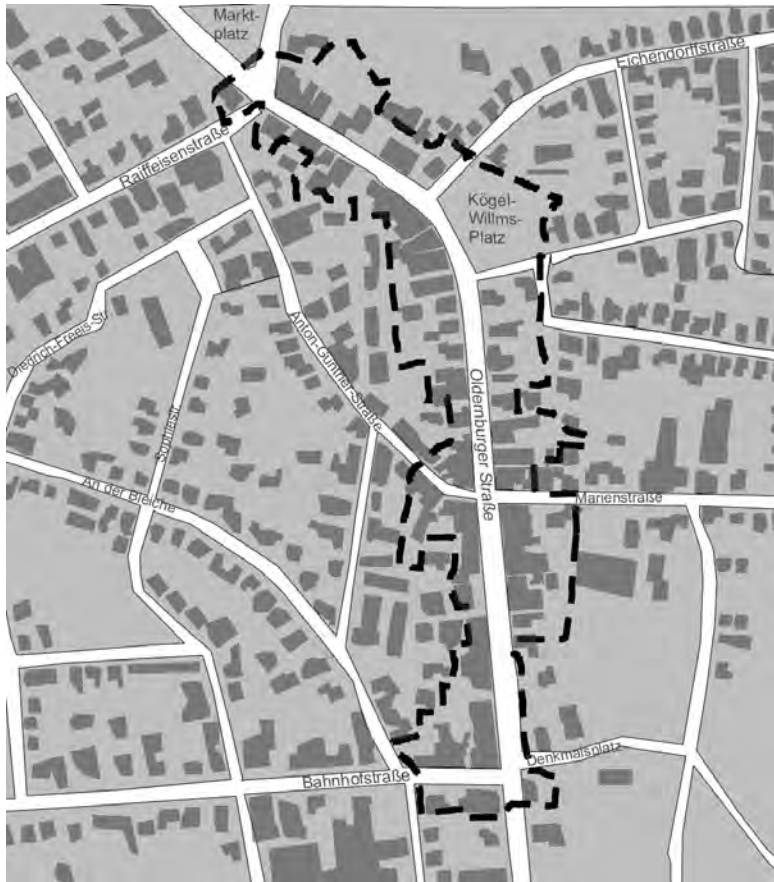


Abbildung 7 Abgrenzung des ZV Innenstadt / "Oldenburger Straße" im EHK 2006

Quelle: cima Einzelhandelskonzept Rastede 2006

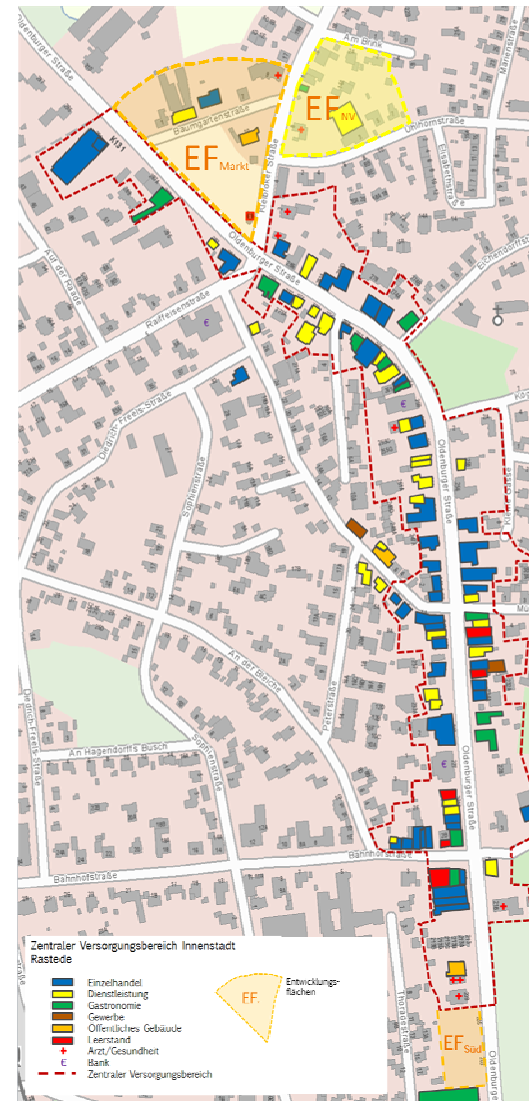


Abbildung 8 Abgrenzung ZV Innenstadt gemäß Aktualisierung 2015

Kartengrundlage: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie
Bearbeitung: cima 2015

Im Bereich **nördlich der Kreuzung der Oldenburger Straße** mit der Raiffeisenstraße und der Kleibroker Straße erfolgte auf der Westseite der Oldenburger Straße eine Ausweitung des Zentralen Versorgungsbereichs (ZV) bis einschließlich des Standortes des Netto-Marktes. Der ansässige Netto-Markt übernimmt als Nahversorger auch eine begrenzte Funktion als Frequenzbringer für den nördlichen Innenstadtbereich. Durch ansässige Dienstleistungs- und Gastronomiebetriebe besteht ein funktionaler und städtebaulicher Zusammenhang zum Kernbereich der Innenstadt.

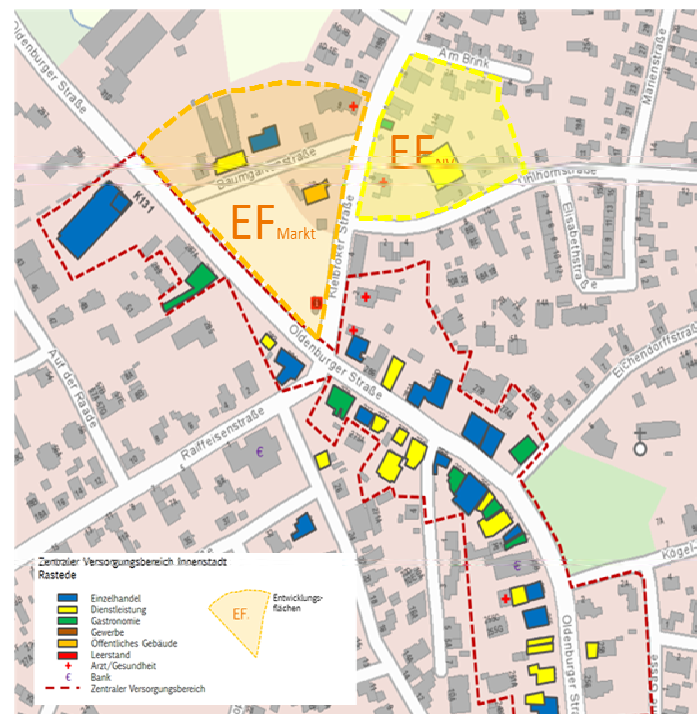


Abbildung 9 ZV Innenstadt: Nördliche Entwicklungsflächen

Kartengrundlage: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

Bearbeitung: cima 2015

Der Erweiterungsbereich „Marktplatz“ hat weiterhin kommunalplanerisch Bestand, auch wenn er nicht im REHK LK Ammerland ausgewiesen ist. Der Marktplatz ist bereits heute mit dem ansässigen Wochenmarkt und der ansässigen Touristinformation ein Platz mit zentraler Bedeutung und befindet sich direkt angrenzend an den nördlichen Innenstadtbereich. Hier sollen daher perspektivisch Entwicklungsspielräume für Einzelhandelsansiedlungen in der Rasteder Innenstadt offen gehalten werden, sofern eine Ansiedlung im Kernbereich der Innenstadt (innerhalb der aktuellen ZV-Abgrenzung) nicht möglich ist (vgl. Kap 6).

Der Kögel-Wilms-Platz liegt zwar in einer sehr zentralen Lage, ist aber nicht innerhalb des ZV Innenstadt liegend. Er eignet sich für zentralitätsfördernde Aktionen und Feste. Es muss zudem betont werden, dass sich heute keine planerische Änderungsabsicht für den Kögel-Wilms-Platz abzeichnet.

Nordöstlich der aktuellen ZV-Abgrenzung im Eckbereich Uhlhornstraße und Kleibroker Straße befindet sich zudem eine Fläche, die als möglicher Standort für Nahversorgungsangebote (Ansiedlungsanfrage eines Lebensmittelmarktes) diskutiert wurde. Aufgrund der Versorgungslücken in den Wohngebieten nordöstlich der Innenstadt (vgl. Abbildung 5 Nahversorgungssituation in der Gemeinde Rastede, Kap. 3.3) wird diese Fläche daher als Potenzialfläche mit entsprechend eingeschränkten sortimentsbezogenen Entwicklungsempfehlungen (vgl. Entwicklungskonzept, Kap. 6) definiert. Über die Größenordnung eines entsprechenden Versorgers kann hier nicht befunden werden. Dafür bedarf es einer weitergehenden Verträglichkeitsanalyse. Sollte es Standorte weiter östlich geben, wo ein Nahversorger angesiedelt werden könnte, wären diese näher am zu versorgenden Bevölkerungsschwerpunkt.

Im **südlichen Bereich der Rasteder Innenstadt** wurde der zentrale Versorgungsbereich gegenüber der Abgrenzung 2006 auf Basis der Bestandsaktualisierung erweitert. Die Arztpraxen und die Anwaltskanzlei in der Oldenburger Straße gegenüber des City-Centers sowie der Eine-Welt-Laden am Denkmalplatz wurden aufgrund der städtebaulich direkt angebundenen Lage mit in den Zentralen Versorgungsbereich integriert. Auch das südlich des City-Centers gelegene Ärztehaus und das Jobcenter sowie der südlich angrenzende Neubau mit dem ansässigen Zahnarzt wurden mit in den zentralen Versorgungsbereich aufgenommen. Damit wird der rechtlichen Vorgabe Rechnung getragen, dass insbesondere in Innenstädten die Funktionsvielfalt nicht nur durch Einzelhandelsnutzungen geprägt wird, sondern gerade auch öffentliche und private Dienstleistungsangebote, sowie auch gastronomische Angebote die Zentrumsfunktion definieren.



Abbildung 10 Luftbild des südlichen Innenstadtbereiches

Kartengrundlage: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Foto: cima 2015
Bearbeitung: cima 2015

Zwar befindet sich zwischen Ärztehaus und City-Center ein Wohnblock, der die Sichtbarkeit des Jobcenters/Ärztehauses für Passanten vom City-Center in Richtung Süden behindert. Doch die fußläufige Entfernung beträgt nur etwa 100-150 m. Zudem werden das Jobcenter und die ansässigen Ärzte in der Regel gezielt aufgesucht. Sie entfalten hierbei auch eine über das unmittelbare lokale Umfeld hinausgehende Sogwirkung auch auf Kunden aus dem regionalen Umfeld.

Diese Zielkunden können aufgrund der fußläufigen und städtebaulichen Anbindung auch für Kopplungskäufe im übrigen Kernbereich der Rasteder Innenstadt erschlossen werden. Somit kann ein funk-

tionales Zusammenwirken mit dem Innenstadt-Kernbereich unterstellt werden. Südlich angrenzend an den ZV Innenstadt in der aktualisierten Abgrenzung befindet sich eine derzeit ungenutzte Entwicklungsfläche. Für diesen Standort wird auch die Ansiedlung einzelhandelsrelevanter Nutzungen in Betracht gezogen. Aufgrund der direkten städtebaulichen Anbindung an den Zentralen Versorgungsbereich Innenstadt ist eine zukünftige Einbeziehung in die ZV-Abgrenzung denkbar.

Durch eine funktionale Ergänzung des ZV Innenstadt könnte eine Entwicklung dieses Areals dazu beitragen, Impulse für die Nachnutzung der Leerstände im südlichen Bereich – insbesondere im City Center – zu setzen und die Innenstadt insgesamt zu beleben und zu stärken. Details und Empfehlungen hierzu finden sich im Standort- und Branchenentwicklungskonzept, Kap. 6.

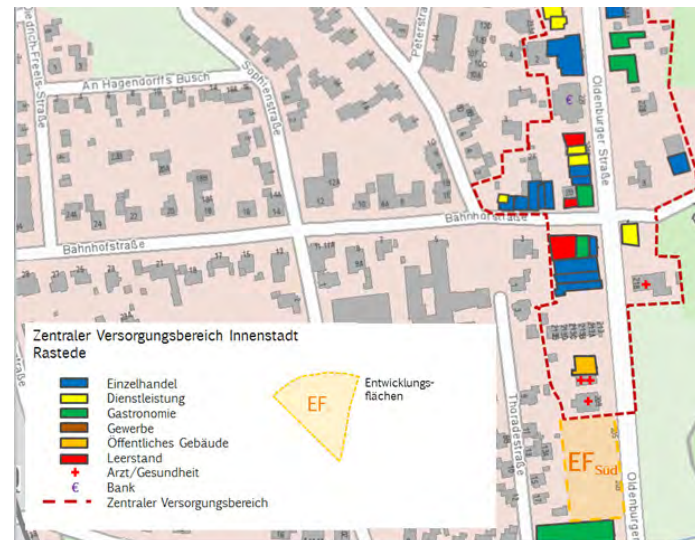


Abbildung 11 ZV Innenstadt: Südliche Entwicklungsfläche

Kartengrundlage: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie
Bearbeitung: cima 2015

4.4.2 Zentraler Versorgungsbereich „NVZ Hahn-Lehmden“

Der Zentrale Versorgungsbereich in Hahn-Lehmden umfasste gemäß EHK 2006 den Bereich Wilhelmshavener Straße zwischen Nethener Weg und Meenheitsweg.

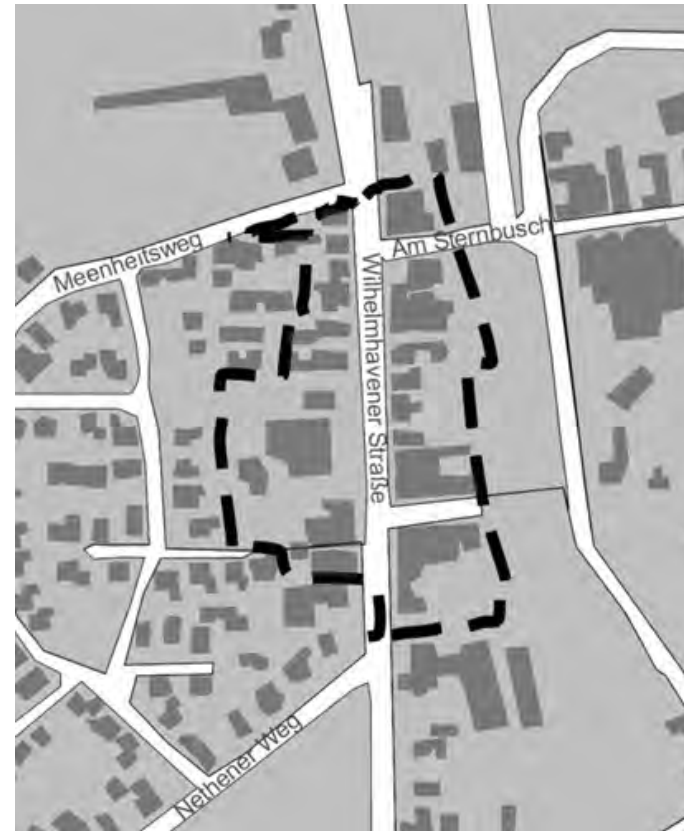


Abbildung 12 Abgrenzung ZV Hahn-Lehmden im EHK 2006

Quelle: cima EHK Rastede 2006

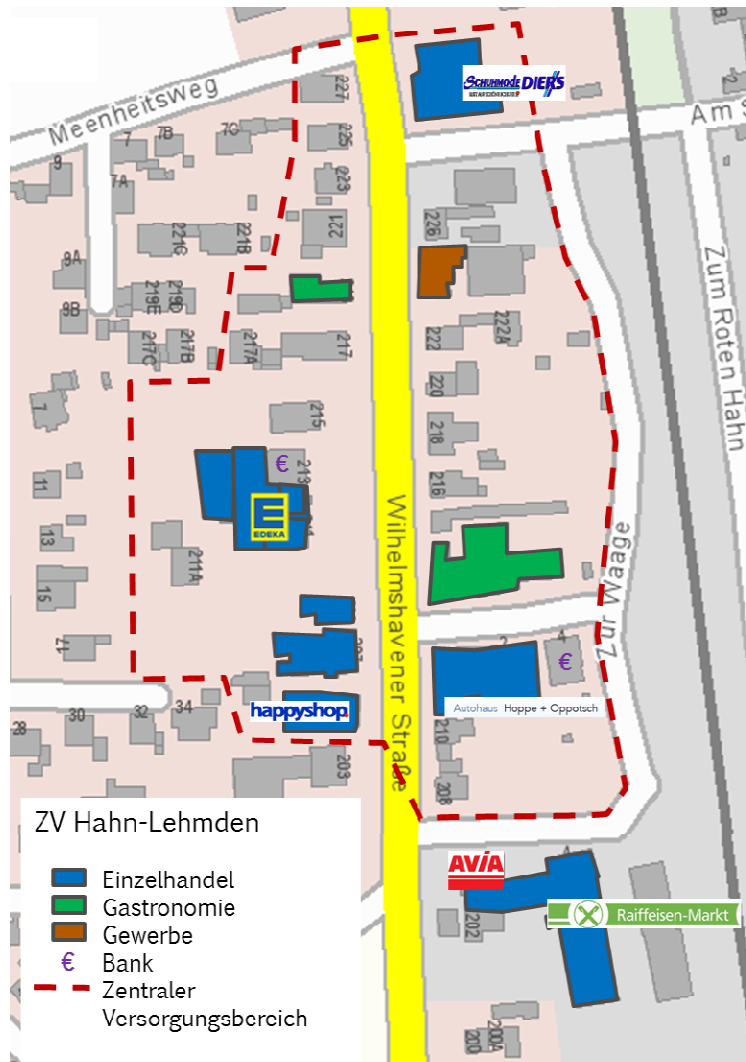


Abbildung 13 Abgrenzung ZV Hahn-Lehmden gemäß Aktualisierung 2015

Kartengrundlage: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

Bearbeitung: cima 2015

Die Abgrenzung des Zentralen Versorgungsbereiches als Nahversorgungszentrum NVZ Hahn-Lehmden stimmt mit der Abgrenzung im Einzelhandelskonzept von 2006 überein. Abweichend hierzu stellt das REHK eine deutlich kleinere – nur im unmittelbaren Umfeld des Edeka Marktes an der Wilhelmshavener Straße lokalisierte – städtebaulich integrierte Lage für das GZ Hahn-Lehmden dar. Zwar bildet der Vollsortimenter auch aus Sicht der cima den Ankerbetrieb des ZV. Jedoch ist aus Sicht der cima auch der Schuhanbieter im nördlichen Randbereich des ZV als wichtiger Magnetbetrieb und Frequenzbringer zu sehen und als solcher in den schützenswerten ZV mit aufzunehmen. Die fußläufige Verbindung zwischen beiden Ankerbetrieben und innerhalb des ZV wird hier zudem um den Bushaltepunkt direkt vor dem Schuhfachgeschäft gefördert. Zudem sichern kleinteiligen Einzelhandelsnutzungen im Umfeld des Edeka wie auch die ansässigen Banken und Gastronomiebetriebe die Funktionsvielfalt des ZV und grenzen ihn dadurch auch von einem reinen Nahversorgungs-Solitärstandort ab. Perspektivisch eröffnet diese Abgrenzung außerdem Entwicklungsmöglichkeiten für Ansiedlungen weiterer kleinflächiger Nutzungen, welche die Zentrumsfunktion weiter stärken könnten. Daher sollte auch das Umfeld des Edeka-Marktes in den ZV einbezogen werden.

Im südlichen Bereich sind außerhalb des ZV Hahn-Lehmden direkt angrenzend ein Avia-Tankshop und ein Raiffeisen-Baumarkt ansässig, die jedoch auch in der Aktualisierung 2015 nicht dem zentralen Versorgungsbereich zugeordnet wurden. Im Baumarkt werden keine zentren- oder nahversorgungsrelevanten Sortimente angeboten. Der Tankshop übernimmt zwar auch begrenzt eine Nahversorgungsfunktion, jedoch ist der nahversorgungsrelevante Verkaufsflächenanteil sehr gering und die Nahversorgung als solche nicht die eigentliche Nutzungsintention des Betriebes.

Letztlich sollten mögliche Weiterentwicklungen des ZV sich auf den abgegrenzten Kernbereich konzentrieren, um die Wahrnehmbarkeit des Zentrums als städtebauliche und funktionale Einheit zu fördern.

Mögliche zentren- oder nahversorgungsrelevante Neuansiedlungen sollten daher vor allem dazu beitragen, Frequenzen und Kopp- lungseffekte zwischen den beiden Ankerbetrieben Edeka und Schuhmode Diers und damit die städtebauliche und funktionale Einheit innerhalb des ZV insgesamt zu fördern.



Abbildung 14 Anbindung innerhalb des ZV Hahn-Lehmden

Quelle: cima 2015

Mit der Ausdehnung des ZV in südlicher Richtung auf den Bau- markt und den Tankshop wären auch auf diesem Areal grundsätz- lich auch zentren- und nahversorgungsrelevante Ansiedlungen mög- lich (z.B. im Zuge einer Nutzungsänderung oder Nachnutzung bei Wegfall der Betriebe). Dies würde dem Ziel der konzentrierten Ent- wicklung und Stärkung des Kernbereiches des ZV entgegen stehen und ggf. zu einer fortschreitenden Zersiedelung und Verlust der städtebaulichen Einheit des ZV führen.

4.4.3 Zentraler Versorgungsbereich „NVZ Wahnbek“

Der Zentrale Versorgungsbereich in Wahnbek umfasste gemäß Ab- grenzung im EHK 2006 den Kreuzungsbereich Schulstraße/ Elbe- straße. Westlich des ZV im Eckbereich Hohe Brink/Schulstraße grenzte ein ungenutztes Areal an, das als mögliche Erweiterungs- fläche definiert wurde.

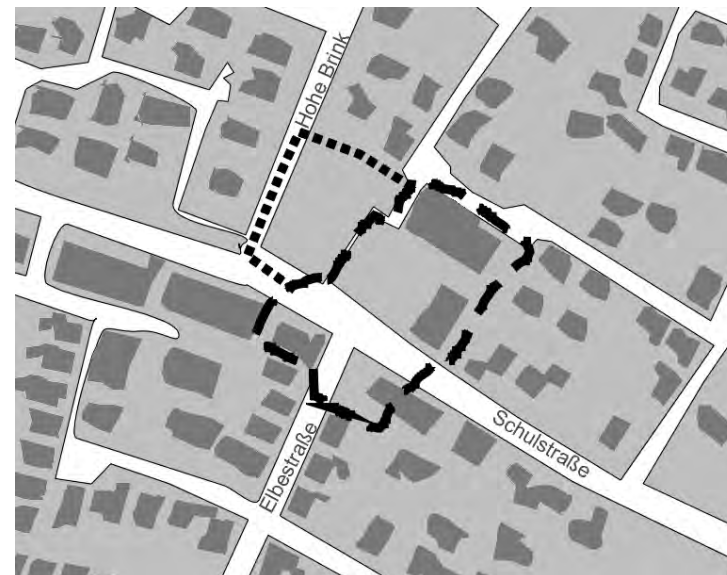


Abbildung 15 Abgrenzung ZV Wahnbek gemäß EHK 2006

Quelle: EHK Rastede, cima 2006

Im Rahmen der Aktualisierung 2015 wurde die Abgrenzung des Nahversorgungszentrums Wahnbek südlich der Schulstraße in östli- cher Richtung erweitert, um die dort ansässigen Dienstleistungsan- bieter nebst Bank mit einzuschließen. Auch diese Anbieter über- nehmen eine zentrale Versorgungsfunktion und sind somit als Teil des Zentralen Versorgungsbereiches festzusetzen.

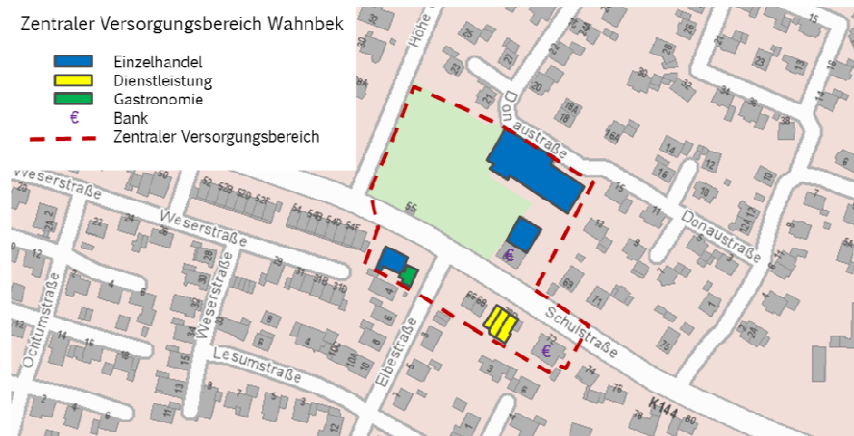


Abbildung 16 Abgrenzung des ZV Wahnbek gemäß Aktualisierung 2015

Kartengrundlage: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie
Bearbeitung: cima 2015



Abbildung 17 Dienstleistungsanbieter innerhalb des ZV Wahnbek

Foto: cima 2015

Am Standort finden derzeit umfassende Entwicklungsmaßnahmen statt. Der dort ansässige NP-Markt wird in einen den aktuellen Anforderungen entsprechenden Neubau auf der derzeit unbebauten

westlichen Teilfläche „umziehen“; in dieses Gebäude wird neben einer Apotheke auch ein Café untergebracht werden. Dieser Bereich wird somit als Teil des zentralen Versorgungsbereiches mit abgegrenzt. Das jetzt vom NP-Markt genutzte Gebäude wird künftig durch den Ein-Euro-Laden „Tadellos“ sowie einer Pizzeria belegt werden. Das Gebäude im südöstlichen Teilbereich des Geländes wird künftig neben der Oldenburgischen Landesbank auch die Raiffeisenbank beherbergen.

4.5 Weitere Standortkategorien

4.5.1 Fachmarktstandorte Raiffeisenstraße

Entlang der Raiffeisenstraße haben sich südwestlich der Rasteder Innenstadt zwei Fachmarktstandorte entwickelt, die im Gesamtgefüge des Rasteder Einzelhandels mit einem Verkaufsflächenanteil von gut 10 % und einem Umsatzanteil von über 17 % eine wichtige Bedeutung einnehmen. Mit dem hier ansässigen Rewe-Verbrauchermarkt und dem Aldi-Discounter, sowie ergänzenden kleinflächigen Nutzungen (Bäcker, Getränkemarkt, Tankshop, Kiosk, Blumen, Teehaus) vereint der Standort insgesamt über 31% der Rasteder Verkaufsfläche im periodischen Bedarf auf sich.

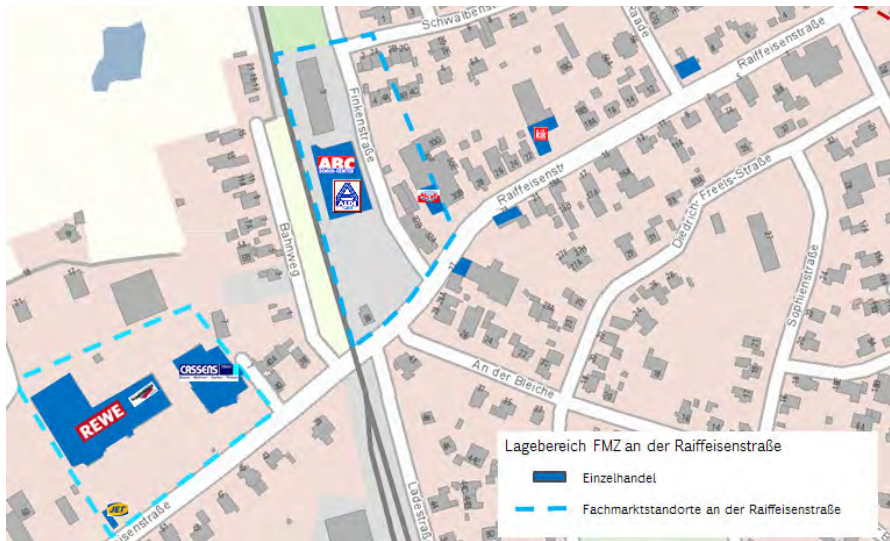


Abbildung 18 Lagebereich der Fachmarktstandorte Raiffeisenstraße

Kartengrundlage: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

Bearbeitung: cima 2015

Der Standort erfüllt jedoch heute nicht die Anforderungen für eine Qualifizierung als Zentraler Versorgungsbereich. Die Standorte sind verkehrsgünstig erreichbar und verfügen über ein umfassendes Stellplatzangebot, so dass sie als eher autokundenorientiert einzustufen sind. Die nachfolgende Abbildung 19 verdeutlicht zudem, dass die beiden Standorte zwar auch eine lokale Nahversorgungsfunktion vor allem für das südwestlich angrenzende Wohngebiet übernehmen. Jedoch grenzen nördlich und südlich des Rewe-Marktes landwirtschaftliche bzw. gewerbliche Nutzflächen an. Beim Aldi zeigen sich zudem Überschneidungen der lokalen Versorgungsradien von Aldi und Netto (im ZV Innenstadt). Es ist demnach davon auszugehen, dass beide Standorte ein über das direkte Wohnumfeld hinausgehendes Einzugsgebiet und damit eher den auto-kundenorientierten Einkauf ansprechen.

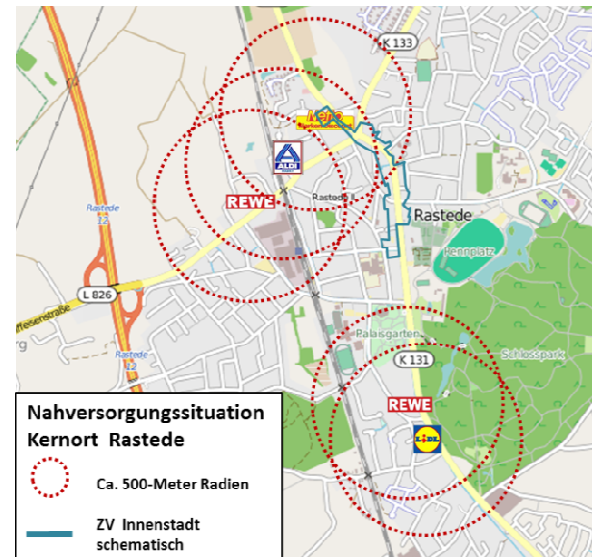


Abbildung 19 Nahversorgungsradien der wichtigsten Anbieter im Kernort

Kartengrundlage: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

Bearbeitung: cima 2015

Neben den nahversorgungsrelevanten Angeboten sind innerhalb der Fachmarktstandorte mit dem ansässigen Baumarkt, dem Teppichfachmarkt und dem Schuhfachmarkt weitere Fachmarktangebote des aperiodischen Bedarfs ansässig. Es fehlt jedoch der zentrentypische Mix an Dienstleistungsangeboten, welche den Standorten eine über die reine einzelhandelsrelevante Versorgungsfunktion hinausgehende Zentrumsfunktion geben könnten. Zudem sind die Standorte aufgrund des umliegenden Streubesatzes (z.B. Kik-Textilfachmarkt, Fleischerei, Sanitätswaren) entlang der Raiffeisenstraße ohne städtebaulichen und funktionalen Zusammenhang zum eigentlichen Fachmarktstandort nicht als klar abgrenzbare Zentren wahrnehmbar.

Als Fachmarktstandort übernimmt dieser Lagebereich jedoch innerhalb des Gesamtgefüges des Rasteder Einzelhandels eine wichtige

Ergänzungsfunktion, die bei maßvoller Weiterentwicklung dazu beiträgt, die Rolle des Kernortes als Mittelzentrum für das Umland zu erhalten. Denn hierbei spielt auch der autokundenorientierte Einkauf eine bedeutende Rolle. Die Bündelung fachmarktrelevanter Angebote auch des aperiodischen Bedarfes an einem Standort kann dazu beitragen, Verkehre innerhalb der Gemeinde zu reduzieren. Gerade angesichts der im Kapitel 3.5 beschriebenen Einzelhandelsstruktur mit einem hohen Verkaufsflächenanteil der Streulagen kommt einem zeitgemäß aufgestellten Fachmarktstandort auch mit Angeboten des aperiodischen Bedarfes in Verbindung mit nahversorgungsrelevanten Angeboten eine wichtige Bedeutung zu.

Entsprechend finden sich im Entwicklungskonzept im Kapitel 6.1.3 Empfehlungen zum Erhalt und ggf. zur maßvollen Weiterentwicklung des Standortes.

4.5.2 Solitäre Nahversorgungsstandorte

Hierbei handelt es sich um Standorte von einem oder zwei Lebensmittelnahversorgern (Lebensmitteldiscount oder -vollsortiment) mit mind. 400 qm Verkaufsfläche. Sie übernehmen eine Nahversorgungsfunktion für Wohngebiete in der Umgebung. Jedoch sind die sonstigen Kriterien für zentrale Versorgungsbereiche, insbesondere die zentrentypische Funktionsvielfalt nicht oder nur zum Teil erfüllt.

In der Gemeinde Rastede betrifft dies aktuell den südlich der Rasteder Innenstadt im Kernort ansässigen Lidl-Discountmarkt und den Rewe-Verbrauchermarkt an der Oldenburger Straße.

4.6 Überblick Zentren- und Standortkonzept

Im Rahmen der Ortsbegehung und Aktualisierung des Einzelhandelskonzeptes 2015 wurden folgende Standorte gemäß Zentrenkonzept der Gemeinde Rastede definiert:

Hauptzentrum:

- Innenstadt (mit Erweiterungsflächen)

Nahversorgungszentren

- NVZ Wahnbek
- NVZ Hahn-Lehmden

Solitäre Nahversorgungsstandorte

- Lidl Oldenburger Straße
- Rewe Oldenburger Straße

Sonderstandorte/Fachmarktstandort

- Lagebereich FMZ Raiffeisenstraße

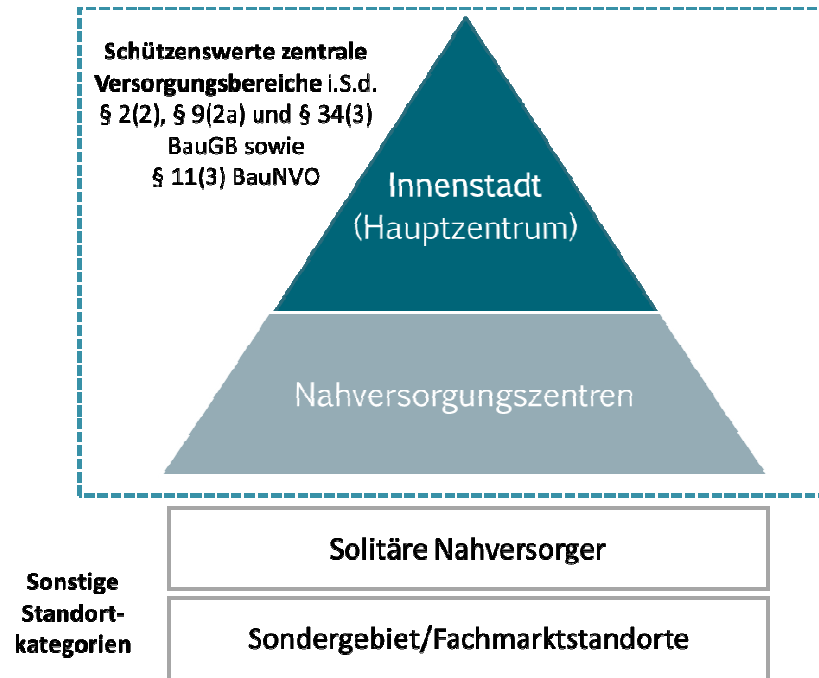


Abbildung 20 Übersicht Standortkategorien in Rastede

Quelle: cima 2015

Die nachfolgende Abbildung stellt noch einmal im Überblick die Standorte und Zentren der Gemeinde Rastede dar. Schützenswerte Zentren im Sinne des Baugesetzbuches bzw. der Baunutzungsverordnung sind dabei lediglich die Rasteder Innenstadt und die beiden Nahversorgungszentren in Wahnbek und Hahn-Lehmden. Entsprechend sind diese Standorte bei Standortplanungen bevorzugt zu entwickeln. Zudem müssen bei allen einzelhandelsrelevanten Vorhaben städtebaulich relevante Auswirkungen auf diese definierten zentralen Versorgungsbereiche ausgeschlossen werden. Im Entwicklungskonzept (vgl. Kap. 6), werden Empfehlungen zur Entwicklung aller drei Standortkategorien abgeleitet.

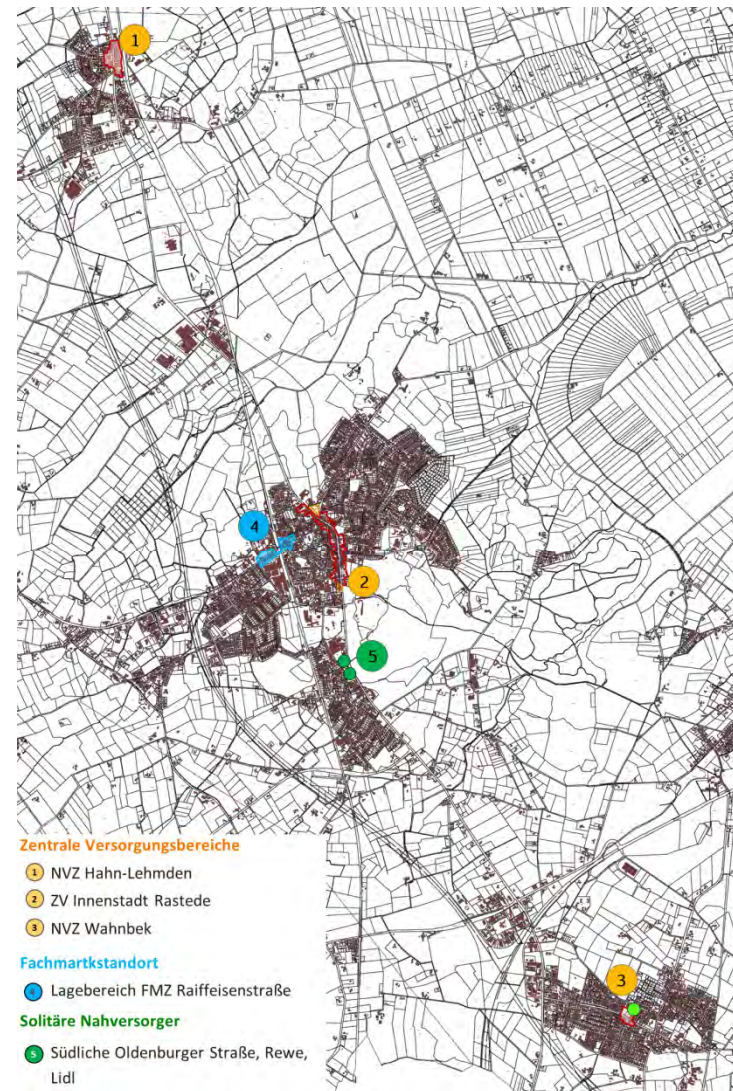


Abbildung 21 Karte: Standort- und Zentrenkonzept Rastede

Kartengrundlage: Gemeinde Rastede

Bearbeitung: cima 2015

5 Die Rasterliste

5.1 Vorbemerkung

Ein pauschaler Hinweis auf die Auflistung der nahversorgungs- und zentrenrelevanten Sortimente des LEP Schleswig-Holstein oder auch der Rückgriff auf allgemein gültige Sortimentslisten (z.B. Empfehlungen der IHK etc.) ist rechtsfehlerhaft und reicht im Rahmen der baurechtlichen Steuerung nicht aus.

Das OVG Münster hat mit seinen Urteilen vom 09.10.2003 und 22.04.2004 deutlich gemacht, dass baurechtliche Festsetzungen in Bezug auf Sortimentsfestsetzungen „nicht unbestimmt“ bleiben dürfen und sich auf aus der Örtlichkeit abgeleiteten Sortimentslisten beziehen müssen. Gleichmaßen sind Ausschlüsse von Einzelhandelsnutzungen in Teilen des Stadtgebietes nur fundiert zu begründen, wenn sie auf nachvollziehbaren kommunalen Einzelhandelskonzepten bzw. städtebaulichen Entwicklungskonzepten beruhen.¹⁴

Die Liste der zentrenrelevanten Sortimente für die Gemeinde Rastede dient dem Schutz und der Entwicklung des Zentralen Versorgungsbereiches Innenstadt sowie der Sicherung einer wohnortnahen Grundversorgung. Sie soll nicht den Wettbewerb behindern, sondern eine räumliche Zuordnung vornehmen, wo dieser Wettbewerb stattfinden soll.

5.2 Rechtliche und planerische Rahmenbedingungen

Grundlegende Notwendigkeit ortsspezifischer Sortimentslisten

Gemäß der Rechtsprechung der vergangenen Jahre (u.a. Urteil OVG Münster vom 22. April 2004 – 7a D 142/02 NE) kann eine Kommune unter anderem zur Verfolgung des Ziels „Schutz und Stärkung der Attraktivität und Einzelhandelsfunktion der Innenstadt“ den Einzelhandel mit bestimmten Sortimenten innerhalb eines Bebauungsplanes ausschließen.¹⁵

Auch andere Gerichtsurteile unterstreichen die Relevanz von ortsspezifischen Sortimentslisten, insbesondere vor dem Hintergrund zukünftiger Planungen: „Verfolgt die Gemeinde mit dem Ausschluss zentrenrelevanter Einzelhandelsortimente in einem Gewerbegebiet das Ziel, die Attraktivität der Ortsmitte in ihrer Funktion als Versorgungszentrum zu erhalten und zu fördern, darf sie in die Liste der ausgeschlossenen zentrenrelevanten Sortimente auch Sortimente aufnehmen, die in der Innenstadt derzeit nicht (mehr) vorhanden sind, deren Ansiedlung dort aber erwünscht ist.“ (VGH Mannheim; Urteil vom 30.01.2006 (3 S 1259/05))

Auch das Bundesverwaltungsgericht kommt in einem Urteil vom 26.03.2009 (4 C 21.07) zu dem Ergebnis, dass ein „(nahezu) vollständiger Einzelhandelsausschluss durch das Ziel einer Stärkung der in einem Gesamtstädtischen Einzelhandelskonzept ausgewiesenen Stadtbezirks- und Ortsteilzentren als städtebaulich gerechtfertigt angesehen“ werden kann. Ein Ausschluss von Sortimenten kann

¹⁴ OVG Münster vom 09.10.2003 AZ 10a D 76/01.NE. Nichtigkeit eines Bebauungsplanes aufgrund nicht konkreter Sortimentsfestsetzungen in der Gemeinde Rastede; OVG Münster vom 22.04.2004 AZ: 7a D 142/02.NE: Bestätigung der baurechtlichen Festsetzungen in der Stadt Sundern auf Basis eines nachvollziehbaren Einzelhandelskonzeptes.

¹⁵ Siehe hierzu auch: OVG Lüneburg, Urteil vom 14. Juni 2006 – 1 KN 155/05: „§ 1 Abs. 4 – 9 BauNVO bietet eine Grundlage für den Ausschluss von Einzelhandel oder innenstadtrelevanten Sortimenten auch dann, wenn das Plangebiet nicht unmittelbar an die Innenstadt oder den Bereich angrenzt, zu dessen Schutz die Gemeinde von dieser Feinsteuerungsmöglichkeiten Gebrauch macht.“

diejenigen Sortimente umfassen, deren Verkauf typischerweise in den Zentralen Versorgungsbereichen einer Stadt erfolgt und in einer konkreten örtlichen Situation für die jeweiligen Zentralen Versorgungsbereiche von erheblicher Bedeutung sind.

Der Rechtsprechung folgend müssen solche Ausschlüsse besonders städtebaulich gerechtfertigt sein (s. § 1 Abs. 9 BauNVO). Die Maßstäbe, die an eine solche Einzelhandelssteuerung von den Gerichten gestellt werden, implizieren jedoch auch, dass ohne vorliegen des aktuellen Einzelhandelskonzept eine städtebauliche Begründung nicht rechtssicher ist. Dies umfasst auch die Erarbeitung einer spezifischen, auf die jeweilige örtliche Situation angepassten Sortimentsliste, die es ermöglicht, die besondere Angebotssituation und ggf. zukünftige Planungsabsichten zu berücksichtigen.¹⁶

Das OVG Münster weist zudem in einem Urteil vom 03. Juni 2002 (7 aD 92/99.NE) darauf hin, dass keine allgemeingültige Sortimentsliste besteht. „Es gibt keine Legaldefinition dafür, wann sich ein Warensortiment als „zentrenrelevant“ erweist. Das Gericht weist vielmehr auf die Notwendigkeit der individuellen Betrachtung der jeweiligen örtlichen Situation insbesondere bei vollkommenem Ausschluss der angeführten Sortimente hin.

Grenzen einer Sortimentsliste

Die Differenzierung der einzelnen Sortimente muss jedoch marktüblichen Gegebenheiten entsprechen.¹⁷ Dabei können bestehende Listen der Landesplanung als Orientierungshilfen herangezogen werden und auf deren Grundlage die ortsspezifische Sortimentsliste hergeleitet werden.

Grundsätzlich gilt, dass die Sortimentsliste nicht abschließend formuliert sein sollte, sondern einen Entwicklungsspielraum aufweisen

um auch Sortimente zuordnen zu können, die nicht explizit erwähnt sind. Der Feindifferenzierung einzelner Sortimente sind zudem Grenzen gesetzt. Die Bildung unbestimmter Kategorien wie beispielsweise „Elektrokleingeräte“ oder „Sportgroßgeräte“ können nicht hinreichend definiert werden und die Reichweite des jeweiligen Sortimentsausschlusses kann nicht zweifelsfrei ermittelt werden. Zudem zeigt sich die Problematik im Bereich des generellen Ausschlusses von zentrenrelevanten Sortimenten. Da auch nicht-zentrenrelevante Betriebe als begleitendes Angebot (Randsortiment) zentrenrelevante Angebote führen, ist ein genereller Ausschluss aus Sicht der Rechtsprechung kritisch zu betrachten, da kaum Betriebsformen existieren, die ohne Randsortimente auskommen.

Eine Festsetzung in Bebauungsplänen (GE, MI etc.) hinsichtlich des Ausschlusses zentrenrelevanter Kernsortimente und der Festsetzung maximaler Verkaufsflächen im Bereich der Randsortimente (z. B. max. 10% der Verkaufsfläche) sollte daher im Vordergrund stehen.¹⁸

Die Sortimentsliste muss politisch per Stadtratsbeschluss bestätigt werden, wenn diese in der Stadtplanung bauleitplanerische Anwendung finden soll. Dies nützt letzten Endes auch den Betroffenen (Investoren, Immobilienbesitzern, vorhandenen Einzelhandelsbetrieben), die sich aufgrund der Verbindlichkeit der Festsetzungen auf eine gewisse Investitionssicherheit (auch außerhalb des jeweiligen „beschränkten“ Gebietes) verlassen können.

Kriterien zur Zentrenrelevanz einzelner Sortimente

Die Entwicklung einer Sortimentsliste für Rastede soll transparent und nachvollziehbar sein. Dabei sind zum einen allgemeine Kriterien zu beachten und zum anderen ortsspezifische Entwicklungen bzw. Besonderheiten zu berücksichtigen. Die Einordnung der Sortimente hinsichtlich der Zentrenrelevanz kann auch vom Planungswil-

¹⁶ Siehe hierzu auch: OVG Münster, Urteil vom 03. Juni 2002 – 7 A 92/99.NE; insbesondere bei vollkommenem Ausschluss von Sortimenten

¹⁷ vgl. BVerwG, Beschl. v. 04.10.2001 Az. 4 BN 45.01

¹⁸ Vgl. OVG Münster 10 D 52/08.NE vom 04. Dezember 2009

len der Gemeinde bzw. den Zielvorstellungen von Politik und Gemeindeverwaltung geprägt sein. Die alleinige Betrachtung der aktuellen Situation und Verkaufsflächenverteilung in der Gemeinde Rastede kann lediglich als Anhaltspunkt dienen. Für die Zentrenrelevanz sind aus Sicht der cima folgende Faktoren mitentscheidend:

- **Aktueller Bestand:** Die Flächenverteilung des aktuellen Bestandes innerhalb der Gemeinde Rastede sollte als wichtiger Anhaltspunkt für die Zentrenrelevanz von Sortimenten dienen. Dabei steht im Fokus der Betrachtung, ob die jeweiligen Angebote in integrierten Lagen oder nicht integrierten Lagen zu finden sind. Die aktuelle Standortverteilung (Verkaufsflächenanteile in %) dient dabei als Grundlage für die Bewertung der Zentrenrelevanz.
- **Nachfrage im Zusammenhang mit anderen Nutzungen:** Kopplungsmöglichkeiten mit anderen Nutzungen, die zumeist in integrierten Ortskernlagen angeboten werden, sind für die Abwägung der Zentrenrelevanz mit zu berücksichtigen. Oftmals sind Kopplungskäufe zwischen Lebensmitteln und Drogeriewaren sowie zwischen Bekleidung und Schuhen zu beobachten. Die Verbundwirkung der einzelnen Sortimente ist bei der Festlegung der Zentrenrelevanz zu beachten.
Darüber hinaus sollte der Branchenmix des Ortskerns attraktiv und möglichst komplett sein. Daher können auch Branchen, die aufgrund der jeweiligen Kundenfrequenz auf den ersten Blick nicht zentrenrelevant erscheinen, ebenfalls der Ortskernlage vorbehalten sein, um einen für den Kunden attraktiven, vollständigen Branchen-Mix zu gewährleisten.
- **Frequenzbringer:** Je nach Stadt- oder Gemeindegröße fungieren unterschiedliche Sortimente als Frequenzbringer. In einem Mittelzentrum sind dies neben den nahversorgungsrelevanten Sortimenten auch Angebote des aperiodischen, persönlichen Bedarfes.

- **Beratungsintensität:** Die Angebotsformen des Ortskerns umfassen in erster Linie beratungsintensive Fachgeschäfte, die den Kunden einen Mehrwert beim Einkaufen bieten können. Aus diesem Grund sind solche Betriebsformen für einen Zentralen Versorgungsbereich besonders wichtig.
- **Möglichkeiten der Integration zukünftiger Handelsformate:** Die Integration bestimmter Formate ist ein weiterer Punkt, den es abzuwägen gilt (siehe auch Warentransport). Aufgrund der Handelsentwicklungen und Marktbestrebungen einzelner Unternehmen darf eine Diskussion über die Zentrenrelevanz von Sortimenten die Anforderungen diverser Angebotsformen nicht unberücksichtigt lassen. Neben dem Flächenanspruch dieser Betriebsformen ist auch die Wirkung auf das Stadtbild zu beurteilen. Ein Gartenfachmarkt oder ein Baumarkt sind beispielsweise nur selten geeignet für einen Zentralen Versorgungsbereich.
Auch die Flächenverfügbarkeit im Zentralen Versorgungsbereich muss als weiterer Diskussionspunkt beachtet werden. Ohne die Möglichkeit zeitgemäße, moderne Flächen in der integrierten Ortskernlage zu entwickeln bzw. vorhandenen Flächen zu modernisieren, sind die Entwicklungsmöglichkeiten eines Zentralen Versorgungsbereiches eingeschränkt
- **Einfacher Warentransport:** Die Größe und Transportfähigkeit der Waren spielt eine weitere Rolle bei der Zentrenrelevanz von Sortimenten. Großformatige Waren, die einen gewissen Ausstellungsbedarf haben und meist per Auto transportiert werden müssen, sind möglicherweise für die zentralen Standorte weniger geeignet, da der Flächenbedarf und die Warenlogistik von Betrieben mit einem solchen Sortimentsschwerpunkt oftmals nicht in der Innenstadt bzw. dem Ortskern erfüllt werden kann (z. B. Baumärkte, Möbelmärkte). Im Gegensatz dazu stehen so genannten „Handtaschensortimente“. Diese Waren sind klein-

formatig und können leicht transportiert werden (z.B. Bekleidung, Schuhe).

- **Planungswille der Gemeinde:** Die aktuelle Rechtsprechung in Deutschland verlangt bei einer planungsrechtlichen Steuerung die Entwicklung einer ortsspezifischen Sortimentsliste. Der Planungswille der Stadt- oder Gemeindeverwaltung und Politik kann dabei ebenso Auswirkungen auf die Zentrenrelevanz von Sortimenten haben.



Abbildung 22 - Kriterien für die Zentrenrelevanz von Sortimenten

Quelle: cima 2015

5.3 Zur Ableitung der Sortimentsliste Rastede

Die nachfolgend aufgeführte Sortimentsliste definiert die nahversorgungs-, zentren- und nicht-zentrenrelevanten Sortimente für die Gemeinde Rastede. Sie ist aus den örtlichen Standortstrukturen abgeleitet und somit eine maßgebliche Entscheidungsgrundlage zur örtlichen Einzelhandelssteuerung. Sie erfüllt damit die Bedingungen der aktuellen Rechtsprechung der Oberverwaltungsgerichte.

Definition der nahversorgungsrelevanten Sortimente

- Die nahversorgungsrelevanten Sortimente sind einer Untergruppe der zentrenrelevanten Sortimente. Sie sind vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie mit einer hohen Einkaufshäufigkeit, i.d.R. täglich oder wöchentlich, nachgefragt werden. Sie zählen damit zum Grundbedarf, der auch der nicht mobilen Bevölkerung in fußläufiger Entfernung, wohnortnah bereit gestellt werden sollen. Entsprechend sollen diese Sortimente auch in integrierten Lagen mit fußläufiger Wohngebietsanbindung vorgehalten werden.
- Die über die Warengruppe Nahrungs- und Genussmittel hinaus aufgeführten Warengruppen stellen Waren des täglichen Bedarfs dar, deren Kauf häufig mit dem Lebensmitteleinkauf verbunden wird. Die Aufstellung entspricht somit auch dem allgemeinen Verbraucherverhalten.
- Insbesondere in den beiden Grundzentren Wahnbek und Hahn-Lehmden nehmen diese Sortimente im Rahmen der raumordnerischen Versorgungsaufgabe der Gemeinden einen hohen Stellenwert ein.

- Während beim Sortiment Drogeriewaren heute der Angebotschwerpunkt innerhalb der Zentralen Versorgungsbereiche erkennbar ist, weisen alle anderen üblicherweise als nahversorgungsrelevant definierten Sortimente aktuell jedoch einen höheren Verkaufsflächenanteil außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche auf (Vgl. Abb. 23).

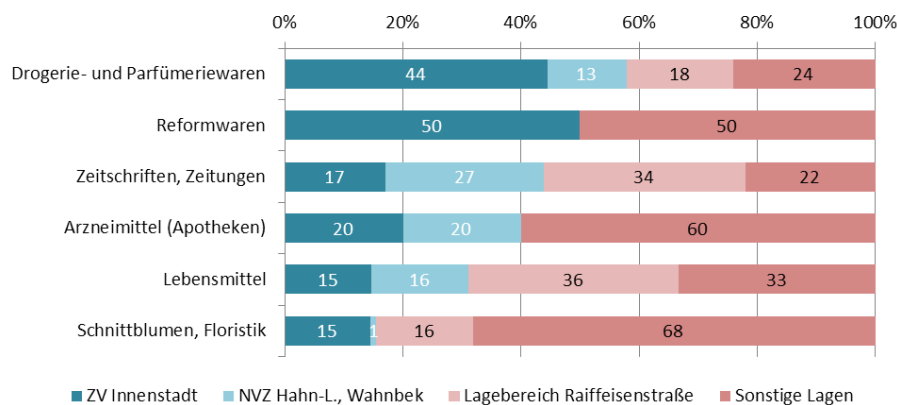


Abbildung 23 Verkaufsfächenanteile der Standortkategorien an der Gesamtverkaufsfläche der nahversorgungsrelevanten Sortimente

Quelle: cima 2015

- Daher empfiehlt sich eine differenziertere Betrachtung der Bedeutung dieser Sortimente für die einzelnen Standortkategorien (Vgl. Abbildung 24). Daraus wird ersichtlich, dass die nahversorgungsrelevanten Sortimente insbesondere innerhalb der beiden Nahversorgungszentren in WahnbeK und Hahn-Lehmden einen bedeutenden Umsatz- und Verkaufsflächenanteil einnehmen. Die Einordnung dieser Sortimente als nahversorgungsrelevant trägt im Zusammenhang mit entsprechender Steuerung der Ansiedlung dieser Sortimente somit dazu bei, die Zentrenfunktion der Nahversorgungszentren zu sichern.

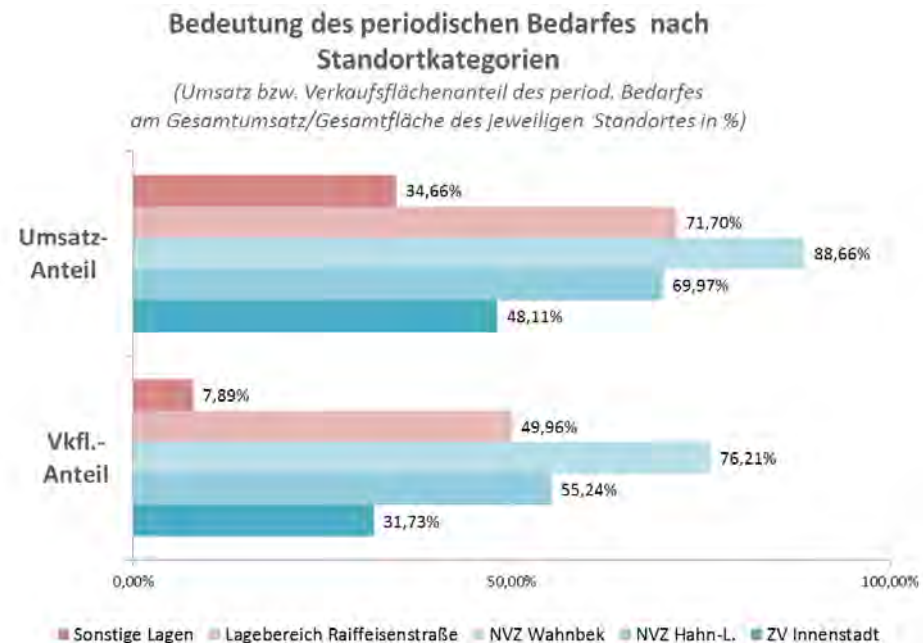


Abbildung 24 Bedeutung des period. Bedarfes nach Standortkategorien

Quelle: cima 2015

- Bei der Warengruppe „Blumen“ wird eine Differenzierung zwischen Schnittblumen und gartenmarktspezifischen Sortimenten vorgenommen: Waren des Gartenbedarfes (z.B. Erde, Torf), Gartenhäuser, -geräte, Pflanzen und -gefäße werden vor allem über Gartenmärkte verkauft, die u.a. aufgrund ihrer geringen Flächenproduktivität und des Flächenbedarfs in integrierten Lagen i.d.R. nicht rentabel zu betreiben sind. Gartenmarktspezifische Sortimente werden daher als nicht-zentrenrelevant eingestuft.
- Schnittblumen und Floristik** sind heute als Randsortiment vor allem in den Rasteder Gartenmärkten in dezentraler Lage zu finden. Dieses Sortiment eignet sich im Gegensatz zum Gartenbedarf jedoch sehr gut auch für kleinflächige Ladenkonzepte.

Durch die in der Regel saisonal angepasste Sortimentsgestaltung und zumeist attraktive Warenpräsentation auch vor dem Geschäft tragen Blumenläden zur Belebung und Attraktivierung der Zentren bei. Die Einstufung dieses Sortiments als nahversorgungsrelevant ermöglicht eine Begrenzung der Verkaufsflächenanteile als Randsortiment an dezentralen Standorten. Ansiedlungen dieser Sortimente innerhalb der Zentren werden dadurch attraktiver. Hinzu kommt, dass Schnittblumen heute auch als Randsortiment in den meisten Lebensmittelmärkten angeboten werden. Deshalb wird das Sortiment Schnittblumen/Floristik als nahversorgungsrelevant eingestuft.

Im Ergebnis dieser Bewertungen sind folgende Sortimente in der Gemeinde Rastede als **nahversorgungsrelevant** zu bezeichnen:

- Nahrungs- und Genussmittel
- Reformwaren
- Drogerie-, Parfümerieartikel
- Pharmazeutische Artikel, Arzneimittel (Apotheken)
- Schnittblumen und kleinere Pflanzen
- Zeitungen und Zeitschriften

Definition der zentrenrelevanten Sortimente

In der nachfolgenden Abbildung werden die Verkaufsflächenanteile der einzelnen Standortkategorien an der Gesamtverkaufsfläche des jeweiligen aperiodischen Sortimentes dargestellt. Sortimente mit einem bedeutenden Verkaufsflächenanteil (50% und mehr) in den Zentralen Versorgungsbereichen (v.a. im ZV Innenstadt) der Gemeinde Rastede sollten grundsätzlich den zentrenrelevanten Sortimenten zugeordnet werden. Sie gehören zu den Kernsortimenten des mittelständischen, strukturprägenden Facheinzelhandels in den Zentralen Versorgungsbereichen der Gemeinde Rastede.

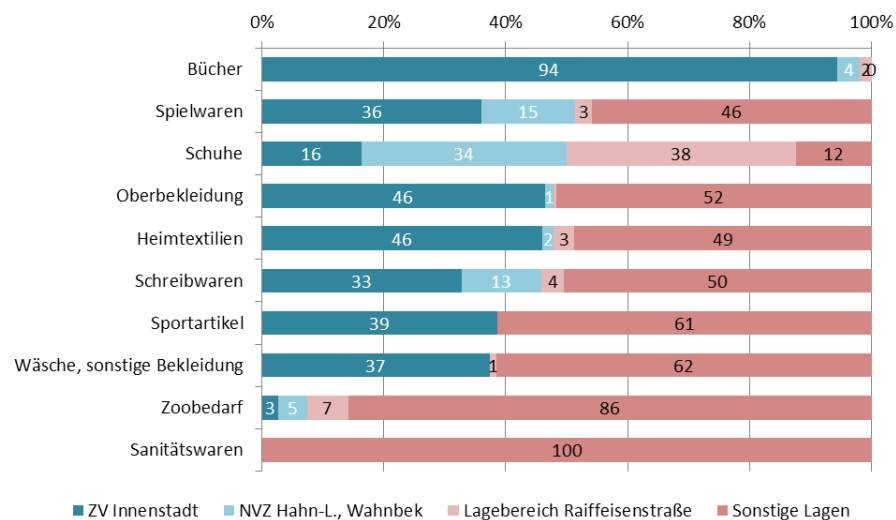
Aus der Betrachtung der aktuellen Verkaufsflächenanteile ergeben sich demnach folgende Sortimente als eindeutig zentrenrelevant (Vgl. Abb. 25):

- Bücher
- Spielwaren
- Schuhe
- Foto/Fotozubehör
- Optik, Hörgeräteakustik
- Uhren, Schmuck

Bei einigen Sortimenten liegt der Verkaufsflächenanteil der Zentren zwar unter 50%, jedoch wurden hier die meisten Betriebe in den Zentren erfasst, während die Verkaufsflächen außerhalb der Zentren eher durch Randsortimente geprägt waren. Aufgrund ihrer Kleinteiligkeit, ihrer Bedeutung als Frequenzbringer und ihrer Kopplungswirkungen mit anderen Sortimenten, sowie den Flächenanforderungen dieser Geschäftskonzepte sind diese Sortimente außerdem grundsätzlich auch für weitere integrierte Neuansiedlungen gerade auch in der Rasteder Innenstadt geeignet. Dabei muss berücksichtigt werden, dass es aktuell sowohl einige Leerstände in der Rasteder Innenstadt gibt, sowie allgemein eine erhöhte Fluktuation in den zurückliegenden Jahren beobachtet wurde (Vgl. Kap. 3.1) Zudem wurden im Zentrenkonzept Erweiterungs- und Entwicklungsflächen für die Innenstadt definiert, auf denen auch Neuansiedlungen möglich wären. Daher werden folgende Sortimente ebenfalls als **zentrenrelevant** definiert:

- Oberbekleidung, Wäsche, sonstige Bekleidung
- Heimtextilien
- Schreibwaren
- Sportartikel
- Glas, Porzellan, Keramik, Hausrat, Geschenkartikel

Mittelfristiger Bedarf



Langfristiger Bedarf

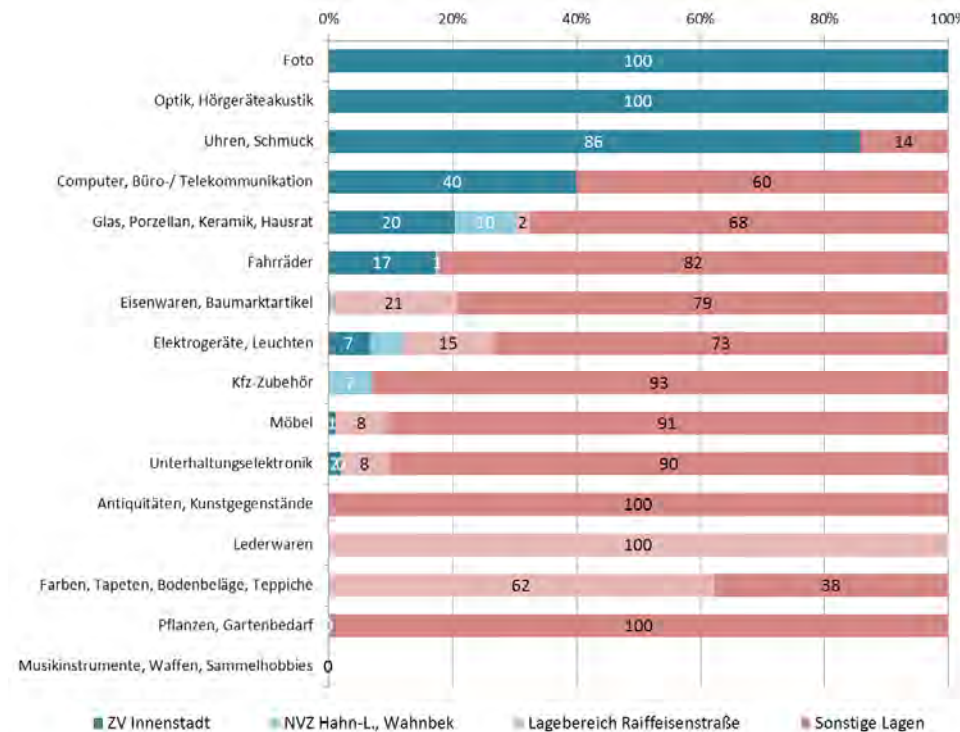


Abbildung 25 Verkaufsflächenanteile der Standortkategorien an der Gesamtverkaufsfläche der zentrenrelevanten Sortimente

Quelle: cima 2015

Näher prüfrelevant bleiben die folgenden Sortimente, da sie zwar auch in den Zentren vertreten sind, jedoch mit deutlich geringeren Verkaufsflächenanteilen.

- Computer, Bürobedarf, Telekommunikation
- Fahrräder
- Elektrogeräte, Leuchten
- Unterhaltungselektronik

Es wurden insgesamt 4 Betriebe mit dem Hauptsortiment **Fahrräder/Fahrradzubehör** erfasst, davon sind zwei Betriebe in der Rasteder Innenstadt ansässig. Außerhalb der Innenstadt befindet sich mit dem Anbieter Zweirad Stückemann ein sehr stark aufgestellter, großflächiger Anbieter. Insgesamt liegt daher der Angebotsschwerpunkt in diesem Sortiment eher außerhalb der Zentren. Zu berücksichtigen ist auch, dass Neueröffnungen und Neuansiedlungen in diesem Sortiment heute eher großflächig erfolgen. Das Sortiment wird zudem dem langfristigen Bedarf zugeordnet, weil dieses Sortiment i.d.R. für einen längeren Nutzungszeitraum angeschafft wird. Demzufolge zählt das Sortiment auch nicht als Leitsortiment mit herausragender Rolle als Frequenzbringer für andere zentrenrelevante Sortimente. Auch wird es eher gezielt nachgefragt, so dass die Kopplungseffekte mit anderen Sortimenten gering sind. Daher wird das Sortiment Fahrräder in Rastede nicht zu den zentrenrelevanten Sortimenten gezählt.

Bei den Sortimenten der **Warengruppe Medien und Technik** (Unterhaltungselektronik, Computer, Telekommunikation, Elektrogeräte/Leuchten) wurde die Mehrzahl der Betriebe mit entsprechendem Hauptsortiment außerhalb der Rasteder Zentren erfasst. Die beiden Telekommunikationsanbieter in der Rasteder Innenstadt entfalten keine zentrenprägende Wirkung (nur zwei Prozent Innenstadtanteil). Der Verkaufsflächenschwerpunkt dieser Sortimente liegt

somit deutlich mit 98 % der Flächen außerhalb der Zentralen Versorgungsbereiche.

Unterhaltungselektronikfachmärkte können zwar auch ein wichtiger Frequenzbringer in den Innenstädten sein, leider ist eine Ansiedlung in Rastede jedoch nicht realistisch. Die Betreiber derartiger Fachmärkte (Media-Saturn-Gruppe, Medi Max, Euronics, Expert, etc.) erfordern in der Regel ein größeres Einzugsgebiet (mind. 70.000 Einwohner), Verkaufsflächen ab 1.000 qm, sowie ausreichende Stellplatzausstattung und direkte Verkehrsanbindung. Die in der Rasteder Innenstadt verfügbaren Ansiedlungsflächen erfüllen diese Standortanforderungen nicht. Zudem ist aufgrund der großen Nähe zu Oldenburg mit seinem umfangreichen Fachmarktangebot eine entsprechende großflächige Ansiedlung in Rastede, vor allem im Rasteder Zentrum, sehr unwahrscheinlich.

Kleinflächige Ladenkonzepte sind dagegen selbst eher auf weitere Frequenzbringer und Kopplungseffekte durch andere umliegende Geschäfte angewiesen und würden demnach – auch ohne entsprechende Steuerung – eher die zentralen, innerstädtischen Lagen bevorzugen. Ansonsten werden diese Sortimente gerade in Klein- und Mittelzentren vielfach als Randsortimente in Baumärkten, aber auch in Möbelmärkten angeboten. Hinzu kommt der kleinteilige Elektrofachhandel in Verbindung mit Handwerksbetrieben in Gewerbegebiets- und Streulagen. Um derartige Angebote und Ansiedlungen auch künftig zu ermöglichen und somit diese Sortimente insgesamt im mittelfentralen Einzelhandelsangebot zu erhalten, werden diese Sortimente in Rastede ebenfalls als **nicht zentrenrelevant** eingestuft.

Die beiden Sortimente **Sanitätswaren** und **Lederwaren** wurden heute lediglich außerhalb der Rasteder Zentren erfasst, dennoch wird eine Festsetzung als zentrenrelevantes Sortiment hier empfohlen. Beide Sortimente sind insgesamt heute sehr wenig repräsentiert.

Das Sortiment **Lederwaren** wird jedoch i.d.R. in Verbindung mit dem Bekleidungs- und Schuhfachhandel angeboten, welche in Rastede als zentrenrelevant gelten und zu den innerstädtischen Leit-sortimenten zählen. Auch kundenseitig wird dieses Sortiment weniger gezielt nachgefragt, sondern in der Regel mit Kopplungskäufen im Bekleidungs- und Schuhfachhandel verbunden. Daher empfiehlt es sich, künftig derartige Angebote vor allem in der Rasteder Innenstadt zu konzentrieren.

Auch beim Sortiment **Sanitätswaren (medizinisch-orthopädischer Bedarf)** sollte bei der Einstufung das Kundenverhalten berücksichtigt werden. Zu berücksichtigen ist daher die hohe Dichte an Ärzten in der Rasteder Innenstadt, die Nachfrage vor allem durch weniger mobile Bevölkerungsschichten, die auf integrierte, gut fußläufig, bzw. per ÖPNV erreichbare Zentren angewiesen sind, sowie mögliche Kopplungseffekte mit den in den Zentren ansässigen Apotheken, Hörgeräteakustikern und Optikern. Künftige Ansiedlungen sollten daher gezielt in den Zentren Rastedes erfolgen, so dass auch dieses Sortiment als zentrenrelevant klassifiziert wird.

Definition der nicht-zentrenrelevanten Sortimente

Neben den oben bereits erläuterten Sortimenten ergeben sich aus der Analyse der aktuellen Einzelhandelsbestandssituation weitere, eindeutig nicht-zentrenrelevante Sortimente mit einem klaren Verkaufsflächenschwerpunkt außerhalb der Zentren, entsprechenden Flächenanforderungen möglicher Betreiber, bzw. eingeschränkten Möglichkeiten des Warentransportes oder begrenzten Frequenz- und Kopplungswirkungen (Vgl. Abb. 25):

- Auto und Autozubehör
- Farben und Lacke, Tapeten
- Teppiche und Bodenbeläge
- Baumarktspezifisches Kernsortiment (u. a. Bad-, Sanitäreinrichtungen und -zubehör, Bauelemente, Baustoffe, Beschläge, Ei-

senwaren, Fliesen, Installationsmaterial, Heizungen, Öfen, Werkzeuge)

- Gartenmarktspezifisches Kernsortiment (u. a. Gartenbedarf, Gartenhäuser, -geräte, (Groß-)Pflanzen und Pflanzgefäße)
- Möbel, Einrichtungsgegenstände
- Antiquitäten, Kunstgegenstände
- Zoobedarf

Zusammenfassend wird der Gemeinde Rastede die nachfolgende „Rasteder Sortimentsliste“ empfohlen (Vgl. Abb. 26,27, 28):

Nahversorgungsrelevante Sortimente	
Nahrungs- und Genussmittel, Reformwaren	▪ Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren (WZ 47.11.1; WZ 47.11.2; WZ 47.21.0; WZ 47.22.0; WZ 47.23.0; WZ 47.24.0; WZ 47.25.0; WZ 47.26.0; WZ 47.29.0)
Drogerieartikel (Körperpflege, Wasch-, Putz- und Reinigungsmittel), Parfümerieartikel	▪ Einzelhandel mit Kosmetischen Erzeugnisse und Körperpflegemitteln (WZ 47.75.0)
Pharmazeutische Artikel, Arzneimittel	▪ Apotheken (WZ 47.73.0)
Schnittblumen und kleinere Pflanzen	▪ Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen, Sämereien und Düngemittel (WZ 47.76.1) (hier nur Schnittblumen und kleineren Pflanzen)
Zeitungen und Zeitschriften	▪ Einzelhandel mit Zeitschriften und Zeitungen (WZ 47.62.1)

Abbildung 26 Rasteder Liste: Nahversorgungsrelevante Sortimente

Quelle: cima 2015

Zentrenrelevante Sortimente	
Bekleidung, Wäsche	▪ Einzelhandel mit Bekleidung (WZ 47.71.0)
Haus- und Heimtextilien (u.a. Stoffe, Kurzwaren, Gardinen und Zubehör)	▪ Einzelhandel mit Heimtextilien (WZ 47.51.0), ▪ Einzelhandel mit Vorhängen, Teppiche, Fußbodenbeläge und Tapeten (WZ 47.53.0) (hier nur Vorhänge)
Sportbekleidung und -schuhe	▪ Bekleidung (WZ 47.71.0) (hier nur Sportbekleidung) ▪ Schuhe (WZ 47.72.1) (hier nur Sportschuhe)
Schuhe	▪ Einzelhandel mit Schuhen (WZ 47.72.1)
Bücher	▪ Einzelhandel mit Büchern (WZ 47.61.0)
Papier- und Schreibwaren, Bürobedarf	▪ Einzelhandel mit Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikeln (WZ 47.62.2)
Spielwaren	▪ Einzelhandel mit Spielwaren (WZ 47.65.0)
Glas, Porzellan und Keramik, Hausrat	▪ Einzelhandel mit keramischen Erzeugnissen und Glaswaren (WZ 47.59.2) ▪ Einzelhandel mit Haushaltsgegenstände n. n. g. (WZ 47.59.9) ▪ Einzelhandel mit Kunstgegenständen, Bildern kunstgewerbliche Erzeugnisse, Briefmarken, Münzen und Geschenkartikel (WZ 47.78.3) (hier nur Geschenkartikel)
Foto und Zubehör	▪ Foto- und optische Erzeugnisse (ohne Augenoptiker) (WZ 47.78.2)
Optische und akustische Artikel	▪ Augenoptiker (WZ 47.78.1) ▪ Einzelhandel mit medizinische und orthopädische Artikeln (WZ 47.74.0) (hier nur akustische Artikel)
Uhren, Schmuck	▪ Einzelhandel mit Uhren und Schmuck (WZ 47.77.0)
Lederwaren, Koffer und Taschen	▪ Einzelhandel mit Lederwaren und Reisegepäck (WZ 47.72.2)
Sanitätswaren	▪ Einzelhandel mit medizinische und orthopädische Artikeln (WZ 47.74.0)

Abbildung 27 Rasteder Liste: Zentrenrelevante Sortimente

Quelle: cima 2015

nicht-zentrenrelevante und nicht-nahversorgungsrelevante Sortimente	
Zoobedarf	▪ Einzelhandel mit zoologischem Bedarf und lebenden Tieren (WZ 47.76.2)
Möbel (inkl. Küchen, Matratzen, Büromöbel)	▪ Einzelhandel mit Wohnmöbeln (WZ 47.59.1)
Baumarktspezifisches Kernsortiment (u. a. Badeinrichtung, Bauelemente, Baustoffe, Beschläge, Eisenwaren, Fliesen, Heizungen, Öfen, Werkzeuge, Metall- und Kunststoffwaren)	▪ Einzelhandel mit Metall- und Kunststoffwaren (WZ 47.52.1) ▪ Einzelhandel mit Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf (WZ 47.52.3) (ohne Farben, Lacke)
Farbe, Lacke, Tapeten, Teppiche und Bodenbeläge	▪ Einzelhandel mit Vorhängen, Teppichen, Fußbodenbelägen und Tapeten (WZ 47.53.0) (ohne Vorhänge), Einzelhandel mit Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf (WZ 47.52.3) (hier nur Farben, Lacke)
Elektrohaushaltsgeräte	▪ Einzelhandel mit elektrische Haushaltsgeräten (WZ 47.54.0) (Elektrohaushaltskleingeräte und -großgeräte)
Lampen und Leuchten	▪ Einzelhandel mit Beleuchtungsartikeln und Haushaltsgegenstände a. n. g. (WZ 47.59.9) (hier nur Lampen und Leuchten)
Fahrräder und Fahrradzubehör	▪ Einzelhandel mit Fahrrädern, Fahrradteile und -zubehör (WZ 47.64.1)
Unterhaltungselektronik, Tonträger	▪ Einzelhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik (WZ 47.43.0) ▪ Einzelhandel mit bespielten Ton- und Bildträger (WZ 47.63.0)
Musikalien, Musikinstrumente	▪ Einzelhandel mit Musikinstrumente und Musikalien (WZ 49.59.3)
Computer und Kommunikationselektronik, einschließlich Zubehör	▪ Einzelhandel mit Datenverarbeitung, peripheren Geräten und Software (WZ 47.41.0), Einzelhandel mit Telekommunikationsgeräten (WZ 47.42.0)
Auto und Autozubehör	▪ Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör (WZ 45.32.0), Sonstiger Einzelhandel a. n. g. (WZ 47.78.9) (hier nur Kindersitze)
Gartenmarktspezifische Kernsortiment (z. B. Erde, Torf, Gartenhäuser, -geräte, (Groß-) Pflanzen und Pflanzgefäße)	▪ Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen, Sämereien und Düngemittel (WZ 47.76.1) (außer Schnittblumen und kleinere Pflanzen)
Erotikartikel/ Waffen	Einzelhandel mit Erotikartikel/ Waffen (WZ 47.78.9)

Abbildung 28 Rasteder Liste: Nicht-zentrenrelevante Sortimente

Quelle: cima 2015

6 Standort- und Branchenentwicklungskonzept

6.1.1 Empfehlungen für den ZV Innenstadt Rastede

In der Oldenburger Straße sollten Rahmenbedingungen geschaffen werden für die Ansiedlung auch großflächiger Einzelhandelsflächen, die als Magnetbetrieb fungieren könnten. Aufgrund der heute bereits großen Ausdehnung der Rasteder Innenstadt wären zentralere Entwicklungsflächen grundsätzlich zu bevorzugen bei der Entwicklung und Ansiedlung weiterer Betriebe. Nur wenn keine entsprechenden Entwicklungsflächen in zentralerer Lage im ZV Innenstadt identifiziert werden können, sollten daher die beiden Erweiterungsflächen am nördlichen und südlichen Randbereich der Rasteder Innenstadt („Markt“ und „Süd“, Vgl. Abbildung 9, Abbildung 11) für großflächigere Neuansiedlungen in Betracht gezogen werden.

Sortimentsspezifische Ansiedlungs- und Entwicklungspotenziale bestehen innerhalb des Zentralen Versorgungsbereiches Innenstadt vor allem bei den folgenden Sortimenten:

- Bekleidung/ Wäsche
- Schuhe/ Lederwaren
- Uhren/ Schmuck
- Medien und Technik
- Sportartikel
- Spielwaren
- Glas, Porzellan, Keramik, Hausrat
- Heimtextilien/ Kurzwaren
- Sanitätswaren
- Gesundheitswaren (Apotheken)

Neben der Fokussierung auf zentrenrelevante Sortimente kann es dabei durchaus sinnvoll sein, zur Erhöhung der Besucherfrequenz einen umsatzstarken Lebensmittel-Vollsortimenter im Zentrum anzusiedeln, hierbei ist insbesondere die nordöstliche Entwicklungsfläche Nahversorgung (EF_{NV}, vgl. Abbildung 9 ZV Innenstadt: Nördliche Entwicklungsflächen) zu berücksichtigen.

6.1.2 Empfehlungen für die Nahversorgungszentren

Um die wohnortnahe Versorgung der Rasteder Bevölkerung mit Gütern des periodischen Bedarfsbereiches auch mittel- bis langfristig sicherzustellen, reicht es aus Gutachtersicht nicht aus, die Nahversorgungszentren lediglich in ihrem Bestand zu schützen. Um den sich geänderten und gewachsenen Ansprüchen an Einkaufsorte gerecht zu werden, sollte diesen zentralen Versorgungsbereichen grundsätzlich die Möglichkeit gegeben werden, sich weiterzuentwickeln.

Ziel sollte die Etablierung tragfähiger Nahversorgungsstrukturen sowie eine ergänzende Grundversorgung im Bereich der zentrenrelevanten Sortimente sein. Die Entwicklungsschwerpunkte liegen somit auf den Warengruppen des periodischen Bedarfs (Lebensmittel/ Reformwaren, Parfümerie- und Drogeriewaren, Blumen/ Zeitschriften). Dafür kann auch die Ansiedlung großflächiger Anbieter mit mehr als 800 qm Verkaufsfläche sinnvoll sein, wobei jedoch der Anteil zentrenrelevanter Randsortimente stets begrenzt werden sollte.

Für die Nahversorgungszentren in Rastede ergeben sich somit die folgenden Ansiedlungsvoraussetzungen:

- Uneingeschränkte Ansiedlung und Erweiterung nahversorgungsrelevanter Sortimente möglich (ggf. Verträglichkeitsuntersuchung erforderlich)

- Uneingeschränkte Ansiedlung und Erweiterung nicht-zentrenrelevanter Sortimente möglich (ggf. Verträglichkeitsuntersuchung erforderlich)
- Ansiedlung und Erweiterung zentrenrelevanter Sortimente im Hauptsortiment in kleinflächigen Ladenkonzepten bis 200 qm Verkaufsfläche.
- Darüber hinaus Beschränkung zentrenrelevanter Sortimente im Randsortiment bei Neuansiedlungen und Erweiterungen auf maximal 10 % der Gesamtverkaufsfläche

Die Festlegung der Verkaufsfläche zentrenrelevanter Betriebe auf maximal 200 qm ermöglicht die Ansiedlung kleiner, inhabergeführter Fachgeschäfte wie Schreibwarenläden, Textil- oder Geschenkartikelboutiquen. Mit 74,2 % sind etwa drei Viertel aller Betriebe mit zentrenrelevantem Kernsortiment (ohne nahversorgungsrelevante Sortimente) innerhalb der zentralen Versorgungsbereiche in Rastede maximal 200 qm groß. Damit entspricht diese Verkaufsfläche dem typischen „Rasteder Laden“, der als sinnvolle Ergänzung der Funktionsvielfalt auch in den Nahversorgungszentren angesiedelt werden kann.

Bedeutende, großflächigere Ansiedlungen von Betrieben mit zentrenrelevanten Kernsortimenten sollten dagegen vorrangig in der Innenstadt von Rastede erfolgen.

6.1.3 Empfehlungen für den Fachmarktstandort Raiffeisenstraße

Für zentrenrelevante Sortimente gilt die Regelung, dass deren Ansiedlung im Hauptsortiment ausschließlich in den zentralen Versorgungsbereichen, großflächig ausschließlich im Hauptzentrum Innenstadt erfolgen soll. Daraus ergibt sich, dass großflächige Einzel-

handelsansiedlungen in der Raiffeisenstraße künftig eine Fokussierung auf nicht-zentrenrelevante Sortimente haben sollten.

Jedoch sollten den ansässigen Betrieben unter dem Vorbehalt der Verträglichkeit für die Zentralen Versorgungsbereiche Möglichkeiten zur Erweiterung und Modernisierung gegeben werden, um ihre Bedeutung als Nahversorgungsanbieter im Mittelzentrum zu sichern.

Zum Schutz der Einzelhandelsstrukturen in den zentralen Versorgungsbereichen werden für die Ausweisung neuer Sondergebiete außerdem grundsätzlich folgende Ansiedlungsregeln empfohlen:

- Ansiedlungsvorhaben für nicht-zentrenrelevante Sortimente im Hauptsortiment sollten prioritär auf den Fachmarkt-Standort fokussiert sein.
- Nicht zulässig sind Neuansiedlungen zentrenrelevanter oder nahversorgungsrelevanter Sortimente im Hauptsortiment im Fachmarktstandort.
- Bei Neuansiedlungen sind zentrenrelevante Sortimente als Randsortiment auf maximal 10 % der Gesamtverkaufsfläche bzw. maximal 800 qm absolut beschränkt (in Anlehnung an das LROP).

6.1.4 Empfehlungen für integrierte Wohn- und Mischgebiete

Solitäre Nahversorgungsstandorte sollen auch weiterhin in integrierten Wohn- und Mischgebieten zulässig sein. Sie nehmen zum Teil wichtige Nahversorgungsfunktionen für die umliegenden Wohngebiete wahr. Anders als die zentralen Versorgungsbereiche unterliegen sie jedoch keinem besonderen baurechtlichen Schutz.

Solitäre Nahversorgungsstandorte sollen in nicht ausreichend versorgten Gebieten neu entstehen können und die Möglichkeit haben, sich mittel- bis langfristig zu Nahversorgungszentren weiterzuentwickeln. Daher gelten folgende Ansiedlungsvoraussetzungen:

- Keine Neuansiedlung zentrenrelevanter Hauptsortimente. Diese sind dem Hauptzentrum Innenstadt und – kleinflächig – den Nahversorgungszentren vorbehalten.
- Neuansiedlung nahversorgungsrelevanter Sortimente im Hauptsortiment entsprechend der lokalen Versorgungsfunktion (vorbehaltlich eines Verträglichkeitsnachweises) unter den folgenden Voraussetzungen:
 - integrierter Standort mit fußläufiger Anbindung an umliegende Wohngebiete (bei großflächigen Vorhaben zusätzlich mit ÖPNV-Anbindung),
 - Verbesserung der Nahversorgung im Ortsteil erfolgt und Schließung (kleinräumiger) Versorgungslücken,
 - im begründeten Ausnahmefall bei nachgewiesener Zentrenverträglichkeit auch großflächig möglich, jedoch nur nach Einzelfallprüfung (um z.B. festzustellen, überhaupt Bedarf zur Verbesserung der Nahversorgungssituation besteht),
 - sofern der Standort dem Integrationsgebot des Landesraumordnungsprogramms entspricht.

- Betriebe mit nicht-zentrenrelevanten Sortimenten im Hauptsortiment sind in integrierten Wohn- und Mischgebieten nicht zulässig, um Flächenpotenziale der wohnortnahen Nahversorgung vorzubehalten

6.1.5 Empfehlungen für Gewerbegebiete und sonstige nicht-integrierte Standorte („Streulagen“)

Zur Stärkung und Verdichtung der Einzelhandelszentrenstruktur sollen zentren- und nahversorgungsrelevante Sortimente prioritär den zentralen Versorgungsbereichen und zum Teil auch den integrierten Lagen in Wohn- und Mischgebieten vorbehalten sein. Nicht-zentrenrelevante Sortimente im Hauptsortiment sollen prioritär auf den Fachmarktstandort Raiffeisenstraße konzentriert sein. Daraus ergeben sich die folgenden restriktiven Ansiedlungsregelungen für Gewerbegebiete und sonstige nicht-integrierte Standorte:

- Nicht-zentrenrelevante Sortimente sind in Gewerbegebieten und an sonstigen nicht-integrierten Standorten grundsätzlich möglich. Bei Neuansiedlungen ist der Fachmarktstandort Raiffeisenstraße zu bevorzugen. Wenn für ein konkretes Planvorhaben nachweislich keine geeignete Fläche innerhalb des Fachmarktstandortes Raiffeisenstraße und den zentralen Versorgungsbereichen verfügbar ist und nur, wenn schädliche Auswirkungen auf die bestehenden Einzelhandelsstrukturen nachweislich ausgeschlossen werden können, sollten Ansiedlungen auch außerhalb der definierten Standorte ermöglicht werden.
- Zentren- und nahversorgungsrelevante Sortimente sind als Kernsortimente in Gewerbegebieten und an sonstigen nicht-integrierten Standorten generell ausgeschlossen, als Randsortiment wird eine Begrenzung auf max. 10 % bzw. 800 qm Verkaufsfläche empfohlen.
- Ausnahmen möglich in Verbindung mit Handwerks- und Produktionsbetrieben, Verkauf als untergeordnete gewerbliche Nutzung.

6.2 Überblick: Sortiments- und Standortmatrix

	Hauptsortiment zentrenrelevante Sortimente	Hauptsortiment nahversorgungsrelevante Sortimente	Hauptsortiment nicht-zentrenrelevante Sortimente
Hauptzentrum Innenstadt	Prioritäre uneingeschränkte Ansiedlung*	Prioritäre uneingeschränkte Ansiedlung*	Prioritäre uneingeschränkte Ansiedlung*
Entwicklungsflächen Markt & Süd	uneingeschränkte Ansiedlung, falls nicht im ZV Innenstadt möglich*	uneingeschränkte Ansiedlung, falls nicht im ZV Innenstadt möglich*	uneingeschränkte Ansiedlung, falls nicht im ZV Innenstadt möglich*
Entwicklungsfläche Nahversorgung	keine Ansiedlung	uneingeschränkte Ansiedlung* <i>Begrenzung der Randsortimente</i>	keine Ansiedlung
Nahversorgungszentren (Wahnbek, Hahn-Lehmden)	Max. 200 qm	uneingeschränkte Ansiedlung* <i>Begrenzung der Randsortimente</i>	uneingeschränkte Ansiedlung* <i>Begrenzung der Randsortimente</i>
Fachmarktstandort Raiffeisenstraße	Keine Ansiedlung	keine Neuansiedlung, <i>Erweiterungsmöglichkeit für bestehende Anbieter*</i>	uneingeschränkte*, prioritäre Ansiedlung <i>Begrenzung der Randsortimente</i>
Solitäre Nahversorgungs- standorte in integrierten Wohn- und Mischgebieten	keine Ansiedlung	Ansiedlung* entsprechend lokaler Versorgungsfunktion***	keine Ansiedlung
Gewerbegebiete und sonstige nicht-integrierte Standorte	keine Ansiedlung**	keine Ansiedlung**	Uneingeschränkte Ansiedlung* (sofern im FM Raiffeisenstr. nicht möglich) <i>Begrenzung der Randsortimente</i>

* *Verträglichkeitsuntersuchung erforderlich*
 ** *Ausnahmen möglich in Verbindung mit Handwerks- und Produktionsbetrieben, Verkauf als untergeordnete gewerbliche Nutzung*
 *** *lokale Versorgungsfunktion = umliegende Wohngebiete, direkte Nahversorgungsfunktion*

Abbildung 29 Sortiments- und Standortmatrix

Quelle: cima 2015

7 Anhang

7.1 Einzelhandelserhebung

Im Rahmen der Untersuchung wurde eine Bestandsaufnahme aller existierenden Einzelhandelsbetriebe durchgeführt. Entscheidendes Kriterium für die Erfassung eines Betriebes ist dabei die Tatsache, dass zum Zeitpunkt der Erhebung von einer branchentypischen Geschäftstätigkeit ausgegangen werden kann. Die Klassifizierung aller erfassten Betriebe erfolgte nach folgenden Merkmalen:

- Lage des Betriebes (Zentrum, integrierte Lage, Peripherie),
- Branche,
- Betriebstyp,
- Verkaufsfläche,
- Sortimentsniveau,
- allgemeiner Zustand des Betriebes.

Die Zuordnung eines Betriebes zu einer Branche orientiert sich grundsätzlich am Schwerpunkt des angebotenen Sortiments. Handelt es sich um Betriebe mit mehreren Sortimentsbereichen (z.B. Warenhäuser, Verbrauchermärkte), so wird für die Bestimmung der gesamten Verkaufsfläche je Branche im betreffenden Untersuchungsort eine Aufspaltung in alle wesentlichen Warengruppen vorgenommen. Die Klassifizierung der Betriebstypen orientiert sich an folgenden Kriterien (vgl. auch nachfolgende Seite):

- Bedienungsform,
- Preisniveau,
- Sortimentstiefe und -breite,
- Verkaufsfläche.

Bei der Bestandserhebung erfolgt eine Differenzierung nach 32 Branchen und sieben Warengruppen, die in der folgenden Abbildung dokumentiert sind.

Periodischer Bedarf	
▪ Lebensmittel	▪ Schnittblumen
▪ Reformwaren	▪ Kioske, Zeitschriften
▪ Apotheken	
▪ Drogerie- und Parfümerieartikel	
Persönlicher Bedarf	
▪ Bekleidung	▪ Medizinisch-orthopädischer Bedarf
▪ Wäsche	▪ Schmuck, Uhren
▪ Schuhe	▪ Koffer, Lederwaren
Medien, Technik	
▪ Bücher	▪ Unterhaltungselektronik
▪ Bürobedarf, Schreibwaren	▪ Foto
▪ Elektrogeräte, Leuchten	▪ Computer und Kommunikationselektronik
Spiel, Sport, Hobby	
▪ Sportartikel	▪ Musikinstrumente, Sammelhobbies,
▪ Spielwaren	Waffen
▪ Fahrräder	▪ Zooartikel
Geschenke, Glas, Keramik, Porzellan, Hausrat	
▪ Glas, Keramik, Porzellan, Hausrat	
Einrichtungsbedarf	
▪ Heimtextilien, Teppiche	▪ Antiquitäten, Galerien, weiterer Einrichtungsbedarf
▪ Möbel	
Baumarktspezifisches Sortiment	
▪ Blumen (Großgebäude, Gartenmarktartikel)	▪ Bodenbeläge, Farben, Lacke, Tapeten
▪ Baumarktartikel	▪ Kfz-Zubehör

Abbildung 30 CIMA Warengruppen

Quelle: cima 2015

7.2 Abgrenzung von Betriebstypen

Wir unterscheiden zwischen den folgenden Betriebstypen:

Fachgeschäft

- Sehr unterschiedliche Verkaufsflächengrößen, branchenspezialisiert, tiefes Sortiment, in der Regel umfangreiche Beratung und Kundenservice.

Fachmarkt

- Großflächiges Fachgeschäft mit breitem und tiefem Sortimentsangebot, in der Regel viel Selbstbedienung und Vorwahl, häufig knappe Personalbesetzung.

Supermarkt

- Ca. 400 m² bis 1.500 m² Verkaufsfläche, Lebensmittelvollsortiment inklusive Frischfleisch, in der Regel ab 800 m² Verkaufsfläche bereits zunehmender Non-Food-Anteil.

Lebensmitteldiscounter

- Meist Betriebsgrößen zwischen ca. 500 m² und 1.200 m² Verkaufsfläche, ausgewähltes, spezialisiertes Sortiment mit geringer Artikelzahl, grundsätzlich ohne Bedienungsabteilungen.

Fachmarktzentrum

- Großflächige Konzentration mehrerer Fachmärkte verschiedener Branchen, i.d.R. kombiniert mit einem Verbrauchermarkt und/oder einem Lebensmittel-Discounter, meist zusammen über 8.000 m² VKF, periphere Lage, viele Parkplätze.

Verbrauchermarkt

- Verkaufsfläche ca. 1.500 m² bis 5.000 m², Lebensmittelvollsortiment und mit zunehmender Fläche ansteigender Anteil an Non-Food-Abteilungen (Gebrauchsgüter).

SB-Warenhaus

- Verkaufsfläche über 5.000 m², neben einer leistungsfähigen Lebensmittelabteilung umfangreiche Non-Food-Abteilungen, Standort häufig peripher, großes Angebot an eigenen Kundenparkplätzen.

Warenhaus

- In der Regel Verkaufsflächengröße über 3.000 m², Lebensmittelabteilung, breites und tiefes Sortiment bei den Non-Food-Abteilungen, in der Regel zentrale Standorte.

Kaufhaus

- In der Regel Verkaufsflächen über 1.000 m², breites, tiefes Sortiment, im Gegensatz zum Warenhaus meist mit bestimmtem Branchenschwerpunkt.

Shopping-Center

- Großflächige Konzentration vieler Einzelhandelsfachgeschäfte diverser Branchen, Gastronomie- und Dienstleistungsbetriebe i.d.R. unter einem Dach, oft ergänzt durch Fachmärkte, Kaufhäuser, Warenhäuser und Verbrauchermärkte; großes Angebot an Kundenparkplätzen; i.d.R. zentrale Verwaltung und Gemeinschaftswerbung.

Mall in einem Shopping-Center

- Zentraler, oft hallenartiger, überdachter Raum im Shopping-Center, von dem aus die einzelnen Betriebe zugänglich sind. Hier finden Aktionen und Veranstaltungen statt, Einzelhändler präsentieren ihre Waren in der Mall oft vor dem Geschäft.

7.3 Nachfrageseite

Die Berechnung der Kennzahlen der **Nachfrageseite** erfolgt mit der folgenden Methodik und unter Berücksichtigung der folgenden Quellen:

- Aktuelle Einwohnerzahl
- Einzelhandelsrelevante Kaufkraftkennziffer (KKZ) in % (Bundesdurchschnitt = 100 %)¹⁹
- Ausgabesatz im Einzelhandel Pro-Kopf-Ausgaben in €/Einwohner p.a. (gemäß statistischem Warenkorb für 2014), Ausgabesatz: 5.668 € /Einwohner p. a.
- Berechnung des Nachfragepotenzials: Einwohner x Ausgabesatz (gewichtet mit der KKZ)

Die Nachfragebindung ist der Anteil des Nachfragepotenzials, der von den Einwohnern im lokalen Einzelhandel ausgegeben wird. Sie wird in % oder in Mio. € ausgewiesen. Der Rest des Nachfragepotenzials fließt in andere Einkaufsorte und z.B. in den Versandhandel/Onlinehandel ab.

Die Zusammenführung von Angebot und Nachfrage erfolgt mittels der **Handelszentralität**. Dort wird die Höhe des Umsatzes im Einzelhandel (in Mio. €) zum Nachfragepotenzial (in Mio. €) ins Verhältnis gesetzt und in % ausgedrückt.

$$\text{Umsatz} / \text{Nachfrage} * 100 = \text{Handelszentralität}$$

¹⁹ Quelle: MB Research 2014

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/143

freigegeben am **09.09.2015**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

Datum: 02.09.2015

1. Änderung Bebauungsplan 95 - Zum Zollhaus

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.09.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	22.09.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 21.09.2015 berücksichtigt.
2. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.
3. Die 1. Änderung des Bebauungsplans 95 mit Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Mit der vorliegenden 1. Änderung des Bebauungsplans sollen die bauplanungsrechtlichen Festsetzungen für die Erweiterung des Hotel- und Gaststättenbereichs des Residenz-Hotels Zum Zollhaus angepasst werden. Hintergrund der Anpassungsnotwendigkeit sind baurechtliche Unstimmigkeiten zwischen der bereits bei Aufstellung des ursprünglichen Bebauungsplans im Jahre 2013 geplanten Erweiterung und den Regelungen der Niedersächsischen Bauordnung (s. Vorlage 2015/106).

Der Bebauungsplan wird im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB aufgestellt, sodass auf die frühzeitige Beteiligungsphase verzichtet werden konnte und lediglich eine öffentliche Auslegung sowie Trägerbeteiligung durchzuführen war. Hierbei gingen keine wesentlichen Stellungnahmen ein. Somit kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Satzung
2. Begründung
3. Abwägungsvorschläge

GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland



Bebauungsplan Nr. 95
Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“,
1. Änderung

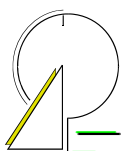
gem. § 13 BauGB

Endfassung

26.08.2015

Planungsbüro Diekmann & Mosebach

Oldenburger Straße 86 - 26180 Rastede
Tel.: 04402/9116-30 - Fax: 04402/9116-40
e-mail: info@diekmann-mosebach.de



PRÄAMBEL

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie des § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in den jeweils aktuellen Fassungen hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ beschlossen.

Rastede,

.....
Bürgermeister

FESTSETZUNGEN

1. Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ umfasst das im Bebauungsplan Nr. 95 festgesetzte Sondergebiet (SO 1) mit der Zweckbestimmung „Hotel- und Gaststättenbetrieb“.

2. Zahl der Vollgeschosse

Innerhalb des im Bebauungsplan Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ festgesetzten Sondergebietes (SO 1) mit der Zweckbestimmung „Hotel- und Gaststättenbetrieb“ sind maximal zwei Vollgeschosse zulässig (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i. V. m. § 20 BauNVO).

3. Bauweise

Innerhalb des im Bebauungsplan Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ festgesetzten Sondergebietes (SO 1) mit der Zweckbestimmung „Hotel- und Gaststättenbetrieb“ gilt eine abweichende Bauweise (a). Innerhalb dieser sind Gebäude mit einer Gebäudelänge von ≤ 65 m zulässig (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB i. V. m. § 22 (4) BauNVO).

HINWEISE

- (1) Im Fall von archäologischen Befunden im Plangebiet ist das Nds. Landesamt für Denkmalpflege, Stützpunkt Oldenburg, Frau Dr. Jana Esther Fries (Ofener Str.15, 26121 Oldenburg, Tel. Nr. 0441/799-2120, Fax Nr. 0441/799-2123, E-Mail: jana.Fries@nld.niedersachsen.de) unverzüglich zu informieren und der erforderliche Zeitraum für die fachgerechte Bearbeitung einzuräumen.

- (2) Mit Rechtswirkung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus – Erweiterung“ treten die bislang für das im Bebauungsplan Nr. 95 festgesetzte Sondergebiet (SO 1) geltende eingeschossige und offene Bauweise außer Kraft.
- (3) Die übrigen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ für das Sondergebiet (SO 1) bleiben durch die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 unberührt.

VERFAHRENSVERMERKE

Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 (1) BauGB am ortsüblich bekannt gemacht worden.

Öffentliche Auslegung

Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ hat mit Begründung gemäß § 13 (2) S. 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. § 3 (2) BauGB vom bis öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekannt gemacht. Den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde mit Anschreiben vom nach § 13 (2) S. 1 Nr. 3 BauGB i. V. m. § 4 (2) BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Rastede hat die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ nach Prüfung der Stellungnahmen in seiner Sitzung am gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde ebenfalls beschlossen und ist der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ gem. § 9 (8) BauGB beigelegt.

Rastede, den

.....
Bürgermeister

Inkrafttreten

Der Satzungsbeschluss der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ ist gem. § 10 (3) BauGB am ortsüblich bekannt gemacht worden. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ ist somit am rechtsverbindlich geworden.

Rastede, den

.....
Bürgermeister

Verletzung von Vorschriften

Innerhalb von einem Jahr nach Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ ist die Verletzung von Vorschriften gem. § 215 BauGB beim Zustandekommen der Bebauungsplanänderung und der Begründung nicht geltend gemacht worden.

Rastede, den

.....
Bürgermeister

Planverfasser

Die Ausarbeitung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ erfolgte im Auftrag der Gemeinde Rastede vom Planungsbüro:

**Diekmann &
Mosebach** 
Regionalplanung
Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement
*Oldenburger Straße 86 · 26180 Rastede
Telefon (0 44 02) 91 16-30
Telefax (0 44 02) 91 16-40*

.....
Dipl.-Ing. Olaf Mosebach
(Planverfasser)

GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland



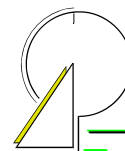
Bebauungsplan Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“, 1. Änderung

gem. § 13 BauGB

Begründung

Endfassung

26.08.2015



INHALTSÜBERSICHT

1.0	ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG	1
2.0	RAHMENBEDINGUNGEN	2
2.1	Räumlicher Geltungsbereich	2
2.2	Städtebauliche Situation	2
3.0	PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE	3
3.1	Landesraumordnungsprogramm (LROP)	3
3.2	Regionales Raumordnungsprogramm (RROP)	3
3.3	Vorbereitende Bauleitplanung	4
3.4	Verbindliche Bauleitplanung	4
4.0	ÖFFENTLICHE BELANGE	4
4.1	Belange von Natur und Landschaft	4
4.2	Belange des Denkmalschutzes	4
5.0	INHALT DER BEBAUUNGSPLANÄNDERUNG	5
5.1	Maß der baulichen Nutzung	5
5.2	Bauweise	5
6.0	VERKEHRLICHE UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR	5
7.0	VERFAHRENSGRUNDLAGEN / -ÜBERSICHT / -VERMERKE	6
7.1	Rechtsgrundlagen	6
7.2	Verfahrensübersicht	7
	Aufstellungsbeschluss	7
	Öffentliche Auslegung	7
	Satzungsbeschluss	7
	Bürgermeister	7
	Planverfasser	7

1.0 ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt den Bebauungsplan Nr. 95 angesichts geänderter Entwicklungsvorstellungen für die Weiterentwicklung des Hotels Zum Zollhaus an der Kleibroker Straße geringfügig zu modifizieren. Zu diesem Zweck erfolgt die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 im Rahmen eines vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB, da die Grundzüge der ursprünglichen Planungsziele hierüber nicht berührt werden.

Mit dem Ursprungsplan wurden im Jahr 2013 die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die bauliche Weiterentwicklung und Optimierung der Hotelanlage geschaffen. Zur Realisierung von weiteren Einrichtungen für den Hotel- und Gaststättenbetrieb (u. a. Hotelzimmer, Veranstaltungsräume) und von Betriebsleiterwohnen auf einer westlich an den bestehenden Betrieb angrenzenden Fläche setzt der Ursprungsplan hier Sondergebiete (SO 1, SO 2) gem. § 11 BauNVO mit entsprechenden zweckgebundenen Nutzungen und einem an das städtebauliche Umfeld orientierten Maß der baulichen Nutzung fest. Die Schutzansprüche in Bezug auf den Gewerbe- und Verkehrslärm, im Hinblick auf die Geruchsimmissionssituation sowie weitere relevante Belange wurden im Rahmen der Ursprungsplanung berücksichtigt (vgl. Begründung und Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 95).

Die nunmehr geplanten Modifizierungen des Ursprungsplanes ergeben sich aufgrund der zwischenzeitlich konkretisierten Entwurfsplanung für die im Sondergebiet (SO 1) vorgesehene Hotelerweiterung. Für das hier vorgesehene Hotelgebäude und die geplante Halle für kulturelle Veranstaltungen sieht diese einen in L-Formstellung zusammenhängenden Gebäudekomplex mit einer Gebäudefuge (Lobby-Bereich) zur optischen Trennung der beiden Baukörper vor. Im Rahmen einer Alternativenbetrachtung zeigt der Vorhabenträger auf, dass hierbei ein Ensemble aus zweigeschossiger Hotelbebauung und eingeschossiger Halle in Verbindung mit der möglichen Firsthöhe von 12 m ein sinnvollerer städtebauliches Gesamtbild ergibt, als dies mit der aktuell festgesetzten eingeschossigen Bauweise der Fall wäre. Zudem ergibt sich hierüber entsprechend den betrieblichen Zielen des Hotels die Möglichkeit, ein größeres Beherbergungsangebot zu schaffen. Im Rahmen der vorliegenden 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 wird die für das Sondergebiet (SO 1) ursprünglich festgesetzte eingeschossige Bauweise den betrieblichen Erfordernissen Rechnung tragend daher in eine zweigeschossige Bauweise geändert.

Aufgrund der in der Entwurfsplanung für den Gebäudekomplex eingeplanten Gebäudefuge kann des Weiteren die ursprünglich festgesetzte offene Bauweise mit einer zulässigen Gebäudelänge von bis zu 50 m nicht eingehalten werden. Aus städtebaulicher Sicht ist die Fuge zur optischen Trennung der Hotelanlage von der angrenzenden Eventhalle jedoch sinnvoll. Die für das Sondergebiet (SO 1) ursprünglich festgesetzte offene Bauweise (o) wird aufgrund dessen in eine abweichende Bauweise (a) geändert. Zur Vermeidung einer städtebaulich unverträglichen Verdichtung wird die mögliche Gebäudelänge dabei auf 65 m begrenzt.

Angesichts der im näheren Umfeld des Plangebiets bereits realisierten zweigeschossigen Gebäude und der vorgesehenen geringfügigen Abweichung gegenüber der bislang geltenden offenen Bauweise fügt sich das geplante Bauvorhaben künftig weiterhin verträglich in das vorherrschende Ortsbild mit aufgelockerten Bebauungsstrukturen ein. Eine städtebauliche Fehlentwicklung ist durch die kleinteilige Anpassung der ursprünglichen Planinhalte entsprechend nicht zu erwarten.

Die übrigen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ für das Sondergebiet (SO 1) behalten durch die 1. Änderung des Ursprungsplanes weiterhin ihre Gültigkeit.

Aufgrund der Aufstellung der vorliegenden 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB wird von der Durchführung der Umweltprüfung und der Erstellung eines Umweltberichts gem. § 13 (3) BauGB abgesehen. Über die geplante Änderung der zulässigen Geschossigkeit und Bauweise für künftige Bauvorhaben im Sondergebiet (SO 1) ergibt sich kein über das bestehende Maß hinaus möglicher Eingriff in den Landschafts- und Naturhaushalt. Ein zusätzlicher Ausgleichsbedarf ergibt sich somit nicht. Artenschutzrechtliche Belange sind ebenfalls nicht betroffen.

2.0 RAHMENBEDINGUNGEN

2.1 Räumlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ umfasst das im Bebauungsplan Nr. 95 festgesetzte Sondergebiet (SO 1) mit der Zweckbestimmung „Hotel- und Gaststättenbetrieb“ (vgl. Abbildung).

Abbildung: Auszug aus dem Ursprungsplan Nr. 95



Quelle: Bebauungsplan Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus – Erweiterung“ mit den festgesetzten Sondergebieten SO 1 und SO 2, Gemeinde Rastede (Stand: Urschrift (2013))

2.2 Städtebauliche Situation

Das Plangebiet - im Kreuzungsbereich der Kleibroker Straße und dem Logemanns Damm gelegen - unterliegt derzeit vorwiegend der landwirtschaftlichen Nutzung (Maisacker). Ein Teilbereich im Südosten wird als Parkplatzfläche für die Gäste des gegenüberliegenden Hotels „Zum Zollhaus“ genutzt.

Östlich des Planungsraumes am Logemanns Damm befindet sich der bestehende Hotel- und Gaststättenbetrieb „Zum Zollhaus“ sowie Wohnstrukturen. Hieran grenzt eine Waldfläche an. Nördlich und nordwestlich des Plangebietes schließen landwirtschaftlich genutzte Flächen an. Südöstlich befindet sich das denkmalgeschützte Areal einer

landwirtschaftlichen Hofstelle. Etwa 80 m südwestlich des Plangebietes liegen weitere Wohnnutzungen.

3.0 PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE

3.1 Landesraumordnungsprogramm (LROP)

Nach § 1 (4) BauGB unterliegen Bauleitpläne, in diesem Fall die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 einer Anpassung an die Ziele der Raumordnung. Aus den Vorgaben der übergeordneten Planungen ist die kommunale Planung zu entwickeln bzw. hierauf abzustimmen. Im Landesraumordnungsprogramm (LROP) des Landes Niedersachsen ist die Gemeinde Rastede als Mittelzentrum eingestuft. Für das Plangebiet werden keine konkreten Aussagen getroffen. Die Leistungsfähigkeit der Zentralen Orte ist entsprechend der jeweiligen Festlegung entsprechend zu sichern und zu entwickeln.

3.2 Regionales Raumordnungsprogramm (RROP)

Das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises Ammerland liegt aus dem Jahr 1996 vor. Die Gültigkeit des RROP wurde nach einer Prüfung der Aktualität mit Bekanntmachung vom 07.06.2007 für weitere 10 Jahre verlängert. Für das Plangebiet selbst werden hiernach verschiedene Aussagen getroffen. Neben der Darstellung des Bereiches als Gebiet zur Verbesserung der Landschaftsstruktur und des Naturhaushalts wird die Fläche überlagernd als Vorsorgegebiet für die Landwirtschaft ausgewiesen. Raumbeanspruchende Planungen und Maßnahmen sind hier auf das notwendige Maß zu beschränken. Angesichts der städtebaulichen Vorprägung des Planungsraumes an der Kleibroker Straße werden die o. g. für das Gebiet geltenden raumordnerischen Grundsätze durch die mit dem Bebauungsplan Nr. 95 einschließlich der vorliegenden 1. Änderung geplante kleinteilige Weiterentwicklung der vorhandenen Hotelanlage nur in geringfügigem Maße berührt.

Gemäß den weitergehenden Inhalten des RROP wird die Gemeinde Rastede aufgrund des bestehenden hohen Potentials für die Erholungs- und Freizeitnutzung ferner als Standort mit der besonderen Entwicklungsaufgabe Erholung ausgewiesen. Das Plangebiet selbst befindet sich innerhalb eines Vorsorgegebietes für die Erholung. Entlang des Plangebietes ist ein regional bedeutsamer Wanderweg ausgewiesen. Raumordnerische Zielsetzung ist es, den Fremdenverkehr in der Gemeinde Rastede grundsätzlich als integrierten Teil der regionalen Wirtschaft weiter zu entwickeln. Dazu ist gemäß dem RROP in erster Linie die qualitative und strukturelle Verbesserung und bedarfsgerechte Ergänzung des vorhandenen Angebotes, speziell im Bereich der Gastronomie und des Beherbergungsgewerbes zu betreiben. Die Erhaltung und Verbesserung des bestehenden Angebotes an Erholungsgebieten und Fremdenverkehrseinrichtungen haben dabei Vorrang vor der Entwicklung neuer Gebiete. Die vorliegende Bauleitplanung zur Weiterentwicklung eines hochwertigen Hotel- und Gaststättenbetriebes steht somit im Einklang mit den vorgenannten raumordnerischen Zielvorgaben.

3.3 Vorbereitende Bauleitplanung

Für das Plangebiet gelten die Darstellungen der 53. Flächennutzungsplanänderung aus dem Jahr 2013, über die seinerzeit parallel zum Bebauungsplan Nr. 95 die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des Hotelareals geschaffen wurden. Entsprechend gilt für das Plangebiet die Darstellung als Sonderbaufläche (S) mit der Zweckbestimmung „Hotel- und Gaststättenbetrieb“ gem. § 1 (1) Nr. 4 BauNVO. Die vorliegende 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 wird somit gem. § 8 (2) BauGB aus den Inhalten des Flächennutzungsplanes entwickelt.

3.4 Verbindliche Bauleitplanung

Für den Geltungsbereich dieser 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 gelten die Inhalte des seit 2013 rechtsgültigen Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“. Über die Festsetzung eines Sondergebietes (SO 1) gem. § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Hotel- und Gaststättenbetrieb“ werden hierin die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die bauliche Weiterentwicklung des am Standort bereits ansässigen Hotel- und Gaststättenbetriebes „Zum Zollhaus“ geschaffen. Entsprechend den konkreten Entwicklungszielen des Hotelinhabers wird dabei u. a. ein zusätzliches Angebot an Hotelzimmern sowie eine Eventhalle für verschiedene kulturelle Veranstaltungen ermöglicht.

Im Zuge der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 werden die ursprünglichen Festsetzungen für das Sondergebiet (SO 1) zugunsten eines geringfügig höheren Ausnutzungsgrades in Bezug auf die Zahl der Vollgeschosse und Gebäudelänge entsprechend den aktuellen betrieblichen Erfordernissen des Hotel- und Gaststättenbetriebes angepasst. Mit Rechtswirkung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus – Erweiterung“ treten die bislang für das im Bebauungsplan Nr. 95 festgesetzte Sondergebiet (SO 1) geltende eingeschossige sowie offene Bauweise außer Kraft.

4.0 ÖFFENTLICHE BELANGE

4.1 Belange von Natur und Landschaft

Bei der Aufstellung oder Änderung eines Bebauungsplanes sind die Belange des Umwelt- und Naturschutzes gem. § 1 (6) Nr. 7 BauGB i. V. m. § 1 a BauGB zu berücksichtigen. Die vorliegende Bebauungsplanänderung wird angesichts der geringfügigen Änderungen der Inhalte des Ursprungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ in einem vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB durchgeführt. Die Anwendungsvoraussetzungen hierzu werden erfüllt. Aufgrund der geringen Planänderungen ergeben sich keine erheblichen Beeinträchtigungen der Umweltbelange und Belange von Natur und Landschaft. Von der Durchführung einer Umweltprüfung wird gem. § 13 (3) BauGB abgesehen. Es wird ferner kein über das bestehende Maß hinaus möglicher Eingriff in Natur und Landschaft vorbereitet. Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen sind nicht erforderlich. Artenschutzrechtliche Belange sind ebenfalls nicht betroffen.

4.2 Belange des Denkmalschutzes

Im Rahmen der Bauleitplanung sind gem. § 1 (6) Nr. 5 BauGB die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege zu beachten. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass im Fall von archäologischen Befunden im Plangebiet das Nds. Landesamt für Denkmalpflege, Stützpunkt Oldenburg, Frau Dr. Jana Esther Fries (Ofener Str.15, 26121 Oldenburg, Tel. Nr. 0441/799-2120, Fax Nr. 0441/799-2123, E-

Mail: jana.Fries@nld.niedersachsen.de) unverzüglich zu informieren und der erforderliche Zeitraum für die fachgerechte Bearbeitung einzuräumen ist.

5.0 INHALT DER BEBAUUNGSPLANÄNDERUNG

Planungsziel dieser Bebauungsplanänderung ist es, die Inhalte des Bebauungsplanes Nr. 95 an die aktuellen betrieblichen Erfordernisse des Hotels „Zum Zollhaus“ anzupassen. Aufgrund der zwischenzeitig vom Vorhabenträger konkretisierten Entwurfsplanung für die geplante Weiterentwicklung der Hotelanlage ist konkret eine kleinteilige Änderung der für das festgesetzte Sondergebiet (SO 1) bislang zulässigen Zahl der Vollgeschosse sowie der Bauweise vorgesehen.

5.1 Maß der baulichen Nutzung

Die Entwurfsplanung zur geplanten Hotelenerweiterung sieht für das im Ursprungsplan festgesetzte Sondergebiet (SO 1) einen in L-Formstellung zusammenhängenden Gebäudekomplex aus Eventhalle und Hotelgebäude mit einer Gebäudefuge zur optischen Trennung der beiden Baukörper vor.

Das hierbei seitens des Vorhabenträgers favorisierte Ensemble aus zweigeschossiger Hotelbebauung und eingeschossiger Halle ergibt in Verbindung mit der möglichen Firsthöhe von 12 m im Vergleich zu einer eingeschossigen Hotelbebauung und Eventhalle ein städtebaulich sinnvolleres Gesamtbild. Ferner lässt sich hierüber ein größeres Beherbergungsangebot entsprechend den betrieblichen Entwicklungszielen des Hotels schaffen. Die für das Sondergebiet (SO 1) bislang geltende eingeschossige Bauweise wird im Rahmen der vorliegenden Bebauungsplanänderung daher in eine zweigeschossige Bauweise geändert.

5.2 Bauweise

Aufgrund der eingeplanten, aus städtebaulicher Sicht sinnvollen Gebäudefuge zwischen dem Hotelgebäude und der Eventhalle wird die im Bebauungsplan Nr. 95 für das Sondergebiet (SO 1) festgesetzte offene Bauweise (o) mit einer zulässigen Gebäudelänge von bis zu 50 m leicht überschritten. Den aktuellen Entwicklungszielen des Vorhabenträgers Rechnung tragend wird im Rahmen dieser 1. Änderung des Ursprungsplanes daher für das (SO 1) eine abweichende Bauweise (a) festgesetzt. Zur Vermeidung einer unverträglichen Verdichtung am Standort wird die zulässige Gebäudelänge dabei jedoch auf maximal 65 m begrenzt.

6.0 VERKEHRLICHE UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR

- **Verkehrerschließung**
Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes erfolgt über den Logemanns Damm.
- **ÖPNV**
Das Plangebiet ist nicht durch den ÖPNV erschlossen. Die nächstgelegene Haltestelle mit Regionalbusanbindung "Rastede, Marktplatz" befindet sich in einer Entfernung von ca. 1.500 m und liegt damit außerhalb des fußläufigen Einzugsbereiches.
- **Gas- und Stromversorgung**
Die Gas- und Stromversorgung erfolgt über den Anschluss an die Versorgungsnetze der Energieversorgung Weser-Ems (EWE).

- **Schmutz- und Abwasserentsorgung**
Die Schmutz- und Abwasserentsorgung innerhalb des Plangebietes wird zentral über den Anschluss an das kommunale Leitungsnetz zur Kläranlage geregelt.
- **Wasserversorgung**
Die Versorgung des Plangebietes mit Trinkwasser wird durch den Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) gesichert. Ob und in welchem Umfang eine Erweiterung der vorhandenen Versorgungsleitungen durchzuführen ist, ist rechtzeitig mit dem zuständigen Versorgungsträger abzustimmen.
- **Abfallbeseitigung**
Die Abfallentsorgung erfolgt durch den Landkreis Ammerland.
- **Oberflächenentwässerung**
Zur Regelung der Oberflächenentwässerung wurde im Rahmen der Aufstellung des Ursprungsplanes Nr. 95 ein Oberflächenentwässerungskonzept durch das Ingenieurbüro Prante, Rastede erstellt. Hiernach ist innerhalb des Plangebietes eine Regenrückhaltung vorzusehen. Hierzu ist die Anlage einer privaten Teichanlage geplant. Ausgehend von der Teichanlage erfolgt eine gedrosselte Ableitung des Niederschlagswassers über das örtlich vorhandene Grabensystem und Regenwasserkanalnetz in den Vorfluter (Geestrandtief, Gewässer II. Ordnung) (vgl. Begründung zum Bebauungsplan Nr. 95).
- **Fernmeldetechnische Versorgung**
Die fernmeldetechnische Versorgung des Bebauungsplangebietes erfolgt über die verschiedenen Telekommunikationsanbieter.
- **Sonderabfälle**
Sonderabfälle sind vom Abfallerzeuger einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.
- **Brandschutz**
Die Löschwasserversorgung innerhalb des Plangebietes wird gemäß den entsprechenden Anforderungen sichergestellt.

7.0 VERFAHRENSGRUNDLAGEN / -ÜBERSICHT / -VERMERKE

7.1 Rechtsgrundlagen

Dem Bebauungsplan liegen zugrunde (in der jeweils aktuellen Fassung):

- BauGB (Baugesetzbuch),
- BauNVO (Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke: Baunutzungsverordnung),
- PlanzV (Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes: Planzeichenverordnung),
- NBauO (Niedersächsische Bauordnung),
- NAGBNatSchG (Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz),
- BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz),
- NKomVG (Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz).

7.2 Verfahrensübersicht

Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am gem. § 2 BauGB den Beschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 gefasst.

Öffentliche Auslegung

Die Begründung hat gem. § 13 (2) S. 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. § 3 (2) BauGB vom bis zum zusammen mit der Planzeichnung öffentlich ausgelegt. Die Bekanntmachung hierzu erfolgte am durch Hinweis in der Tagespresse.

Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Rastede hat die 1. Änderung des Bebauungsplan Nr. 95 nach Prüfung der fristgemäß vorgebrachten Anregungen in seiner Sitzung am gem. § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde ebenfalls beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. § 9 (8) BauGB beige-fügt.

Rastede,

.....

Bürgermeister

Planverfasser

Die Ausarbeitung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 Kleibrok „Zum Zollhaus - Erweiterung“ erfolgte im Auftrag der Gemeinde Rastede vom Planungsbüro:

**Diekmann &
Mosebach** 
Regionalplanung
Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement
*Oldenburger Straße 86 · 26180 Rastede
Telefon (0 44 02) 91 16 30
Telefax (0 44 02) 91 16 40*

.....
Dipl.-Ing. Olaf Mosebach
(Planverfasser)

GEMEINDE RASTEDE

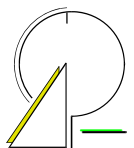
Landkreis Ammerland

Bebauungsplan Nr. 95 „Zum Zollhaus“, 1. Änderung

Beteiligungsverfahren
gem. § 13 (2) S. 1 Nr. 2 und Nr. 3 BauGB
i.V.m. § 3 (2) u. § 4 (2) BauGB
(Vereinfachtes Verfahren)

ABWÄGUNGSVORSCHLÄGE

26.08.2015



Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden keine Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Avacon AG Prozesssteuerung – DGP
Watenstedter Weg 75
38229 Salzgitter
2. Exxon Mobil Production Deutschland GmbH
Riethorst 12
30659 Hannover
3. Gastransport Nord GmbH
Cloppenburger Straße 363
26133 Oldenburg
4. TenneT TSO GmbH
Eisenbahnlängsweg 2a
31275 Lehrte
5. Landwirtschaftskammer Niedersachsen
Bezirksstelle Oldenburg-Nord
Im Dreieck 12
26127 Oldenburg

Träger öffentlicher Belange

von folgender Stelle wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Landkreis Ammerland
Ammerlandallee 12
26655 Westerstede
2. Oldenburg-Ostfriesischer Wasserverband
Georgstraße 4
26919 Brake
3. Kabel Deutschland Vertrieb + Service GmbH
Bavinkstraße 23
26789 Leer

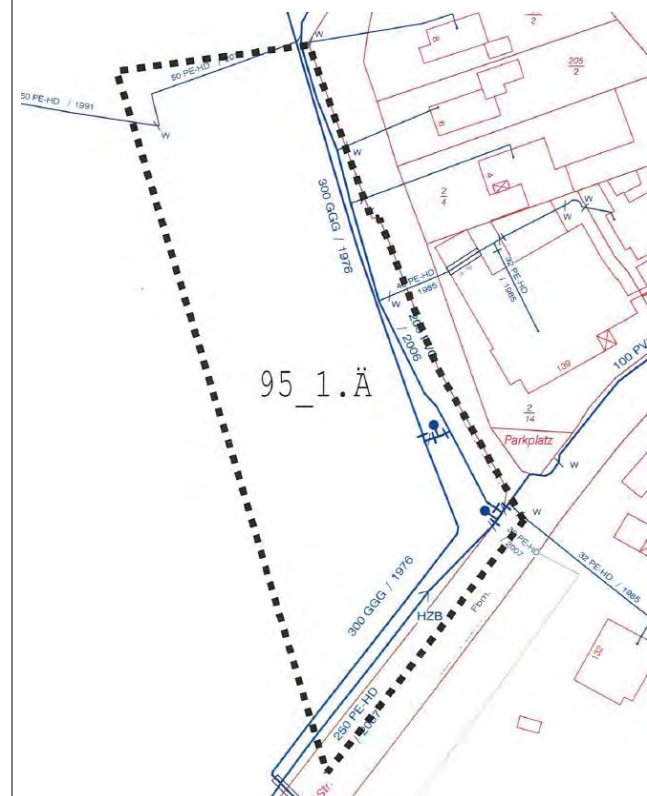
Anregungen	Abwägungsvorschläge
Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede	
<p>Bauleitplanung; 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 95 „Zum Zollhaus – Erweiterung“ im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB; Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB.</p> <p>Zu dieser Planung habe ich keine inhaltlichen Anregungen.</p> <p>Meine untere Denkmalschutzbehörde bittet um Aufnahme folgenden Hinweises in die Planunterlagen: „Im Fall von archäologischen Befunden ist das Nds. Landesamt für Denkmalpflege, Stützpunkt Oldenburg, Frau Dr. Jana Esther Fries (Ofener Str.15, 26121 Oldenburg, Tel. Nr. 0441/799-2120, Fax Nr. 0441/799-2123, E-Mail: jana.Fries@nld.niedersachsen.de), unverzüglich zu informieren und der erforderliche Zeitraum für die fachgerechte Bearbeitung einzuräumen.“</p> <p>Meine Straßenverkehrsbehörde bittet darauf zu achten, dass ausreichend Stellplätze zur Verfügung stehen.</p> <p>In der Festsetzung Nr. 3 ist die nicht existente Rechtsgrundlage (§ 1 (9) Nr. 2 BauGB) redaktionell zu korrigieren (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB). Im Verfahrensmerk zur öffentlichen Auslegung sollten die aus zwei Sätzen bestehenden Rechtsgrundlagen wie folgt ergänzt werden: § 13 (2) S. 1 Nr. 2 BauGB; § 13 (2) S. 1 Nr. 3 BauGB. Auf dem Deckblatt zur Begründung ist die Überschrift noch um den Zusatz „1. Änderung“ zu ergänzen. Die letzte Zeile im Kapitel 4.1 der Begründung ist überflüssig und zu streichen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt. Der Hinweis zur Meldung von archäologischen Befunden wird in den Planunterlagen redaktionell ergänzt</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im Ursprungsplan werden die Voraussetzungen für die Unterbringung einer ausreichenden Zahl an Stellplätzen für den geplanten Hotel- und Gaststättenbetrieb geschaffen. Hiernach können diese innerhalb der überbaubaren und nicht überbaubaren sowie innerhalb der an der Kleibroker Straße festgesetzten Stellplatzfläche realisiert werden. Der konkrete Nachweis wird seitens des Vorhabenträgers im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens erbracht.</p> <p>Den Hinweisen wird gefolgt und die betreffenden Stellen in den Planunterlagen im Weiteren redaktionell berichtigt bzw. ergänzt.</p>

Oldenburg-Ostfriesischer Wasserverband
Georgstraße 4
26919 Brake

Wir haben die Änderung des o. g. Bebauungsplanes zur Kenntnis genommen. Im Bereich des Bebauungsgebietes befinden sich Versorgungsanlagen des OOWV. Diese dürfen weder durch Hochbauten noch durch eine geschlossene Fahrbahndecke, außer in Kreuzungsbereichen, überbaut werden. Bei der Erstellung von Bauwerken sind gemäß DVGW Arbeitsblatt W 400-1 Sicherheitsabstände zu den Versorgungsanlagen einzuhalten. Außerdem weisen wir darauf hin, dass die Versorgungsanlagen gemäß DIN 1998 Punkt 5 nicht mit Bäumen überpflanzt werden dürfen. Um für die Zukunft sicherzustellen, dass eine Überbauung der Leitungen nicht stattfinden kann, werden Sie gebeten, ggf. für die betroffenen Leitungen ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht einzutragen. Das ausgewiesene Planungsgebiet muss durch die bereits vorhandenen Versorgungsanlagen als voll erschlossen angesehen werden. Ob und in welchem Umfang eine Erweiterung durchgeführt wird, müssen die Gemeinde und der OOWV rechtzeitig vor Ausschreibung der Erschließungsarbeiten gemeinsam festlegen.

Da es sich bei dem vorgenannten Bebauungsgebiet um ein Sondergebiet handelt, kann eine Erweiterung nur auf der Grundlage der AVB Wasser V und unter Anwendung des § 5 der Allgemeinen Preisregelungen des OOWV durchgeführt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass für die

Die Hinweise zu den im Bereich des Plangebietes verlaufenden Versorgungsanlagen des OOWV werden zur Kenntnis genommen. Diese wurden bereits im Zuge der Aufstellung des Ursprungsplanes ausreichend berücksichtigt. Es wird in diesem Zusammenhang auf die entsprechenden Inhalte des Bebauungsplanes Nr. 95 hingewiesen.



Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

<p>ordnungsgemäße Unterbringung von Versorgungsleitungen der Freiraum von Entsorgungsleitungen freizuhalten ist. Dieser darf wegen erforderlicher Wartungs- Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten weder bepflanzt noch mit anderen Hindernissen versehen werden. Um Beachtung der DIN 1998 und des DVGW Arbeitsblattes W 400-1 wird gebeten. Wir bitten vor Ausschreibung der Erschließungsarbeiten um einen Besprechungstermin, an dem alle betroffenen Versorgungsträger teilnehmen.</p> <p>Im Hinblick auf den der Gemeinde obliegenden Brandschutz (Grundschutz) weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass die Löschwasservorhaltung kein gesetzlicher Bestandteil der öffentlichen Wasserversorgung ist. Die öffentliche Wasserversorgung als Aufgabe der Daseinsvorsorge wird durch die gesetzlichen Aufgabenzuweisungen des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes (NBrandSchG) nicht berührt, sondern ist von der kommunalen Löschwasserversorgungspflicht zu trennen. Eine Pflicht zur vollständigen oder teilweisen Sicherstellung der Löschwasserversorgung über das öffentliche Wasserversorgungsnetz (leitungsgebunden) besteht durch den OOWV nicht. Allerdings können im Zuge der geplanten Rohrverlegungsarbeiten Unterflurhydranten für einen anteiligen Löschwasserbezug eingebaut werden. Lieferung und Einbau der Feuerlöschhydranten regeln sich nach den bestehenden Verträgen. Wir bitten, die von Ihnen gewünschten Unterflurhydranten nach Rücksprache mit dem Brandverhütungsingenieur in den genehmigten Bebauungsplan einzutragen. Da unter Berücksichtigung der baulichen Nutzung und der Gefahr der Brandausbreitung unterschiedliche Richtwerte für den Löschwasserbedarf bestehen (DVGW-Arbeitsblatt W 405), ist frühzeitig beim OOWV der mögliche Anteil (rechnerischer Wert) des leitungsgebundenen Löschwasseranteils zu erfragen, um planungsrechtlich die Erschließung als gesichert anerkannt zu bekommen.</p> <p>Evtl. Sicherungs- bzw. Umlegungsarbeiten können nur zu Lasten des Veranlassers oder nach den Kostenregelungen bestehender Verträge durchgeführt werden. Die Einzeichnung der vorhandenen Versorgungsanlagen in dem anliegenden Lageplan ist unmaßstäblich. Die genaue Lage der Leitungen gibt Ihnen der Dienststellenleiter Herr Kaper von unserer Betriebsstelle in Westerstede, Telefon 04488 845211, in der Örtlichkeit an. Nach endgültiger Planfassung und Beschluss als Satzung wird um eine Ausfertigung eines genehmigten Bebauungsplanes gebeten.</p>	<p>Die Hinweise zur Löschwasserversorgung werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der Ausführungsplanung berücksichtigt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
---	---

Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH Heisfelder Straße 2 26789 Leer		
<p>Eine Erschließung des Gebietes erfolgt unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Diese sind in der Regel ohne Beteiligung des Auftraggebers an den Erschließungskosten nicht gegeben. Wenn Sie an einem Ausbau interessiert sind, sind wir gerne bereit, Ihnen ein Angebot zur Realisierung des Vorhabens zur Verfügung zu stellen. Bitte setzen Sie sich dazu mit unserem Team Neubaugebiete in Verbindung:</p> <p>Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH Neubaugebiete KMU Südwestpark 15 90449 Nürnberg Neubaugebiete@Kabeldeutschland.de</p> <p>Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei.</p>		<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Ausführungsplanung berücksichtigt.</p>

Anregungen von Bürgern

von den Bürgern wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/171

freigegeben am **20.10.2015**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

Datum: 08.10.2015

8. Änderung des Bebauungsplans 6 D - Mühlenstraße

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	02.11.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 02.11.2015 berücksichtigt.
2. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 2 BauGB abgesehen.
3. Die 8. Änderung des Bebauungsplans 6 D mit Begründung und örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.
4. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

Sach- und Rechtslage:

Für das Grundstück der Sägerei Brötje an der Mühlenstraße ist als Folgenutzung eine Wohnbebauung mit 4 Mehrparteienhäusern geplant. Hierfür ist die Änderung des Bebauungsplans erforderlich, da die Gebietsausweisung von Mischgebiet zu Allgemeinem Wohngebiet zu ändern ist (s. Vorlage 2015/041).

Im Rahmen der zwischenzeitlich durchgeführten Beteiligung der Öffentlichkeit sind keine Stellungnahmen eingegangen.

Von den Trägern öffentlicher Belange wurde neben redaktionellen Hinweisen auf die Altlastenbelastung und Veränderung der Grundwasserströme hingewiesen. Diese Aspekte werden im Baugenehmigungsverfahren näher betrachtet und stellen sich daher für den Abschluss des Bauleitplanverfahrens unproblematisch dar. Insbesondere hinsichtlich des Vorkommens von Altlasten wird eine abschließende Beurteilung auch erst möglich sein, wenn das Baugrundstück freigeräumt ist.

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB geändert, sodass lediglich eine öffentliche Auslegung sowie Trägerbeteiligung durchzuführen war. Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Da der Flächennutzungsplan das Plangebiet noch als gemischte Baufläche ausweist, ist der Flächennutzungsplan im Wege der Berichtigung anzupassen. Hierzu wird die 61. Anpassung des Flächennutzungsplans vorgenommen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten für die Änderung des Bebauungsplans werden vom Investor getragen.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Abwägungsvorschläge
4. 61. Anpassung des Flächennutzungsplans

8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6 d "Rastede I"

August 2015

M. 1 : 1.000



PLANZEICHENERKLÄRUNG

1. Art der baulichen Nutzung



Allgemeines Wohngebiet

2. Maß der baulichen Nutzung

①,8

Geschossflächenzahl

0,4

Grundflächenzahl

II

Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

OK \leq 28 m
ü. NHN

Höhe baulicher Anlagen als Höchstmaß (NHN= Normalhöhennull))

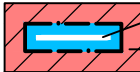
3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

a

Abweichende Bauweise



Baugrenze



überbaubare Fläche

nicht überbaubare Fläche

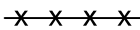
15. Sonstige Planzeichen



Umgrenzung von Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

LPB III

Lärmpegelbereich



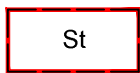
Abgrenzung unterschiedlicher Lärmpegelbereiche im EG



Abgrenzung unterschiedlicher Lärmpegelbereiche im OG



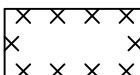
Abgrenzung unterschiedlicher Lärmpegelbereiche im DG



Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen, und Gemeinschaftsanlagen



Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen, und Gemeinschaftsanlagen - Tiefgaragen



Umgrenzung der Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Textliche Festsetzungen

1. Es gilt gemäß § 22 [2] BauNVO die offene Bauweise. Abweichend wird festgesetzt, dass nur Gebäudelängen bis maximal 28 m zulässig sind. Oberirdische Gebäude, die lediglich durch unter der Geländeoberfläche liegende Gebäudeteile verbunden werden, sind als selbstständige Gebäude zu werten.
2. Gemäß § 16 [2] BauNVO wird bestimmt, dass die Gebäudehöhe in dem festgesetzten Allgemeinen Wohngebiet (WA) maximal 28,00 m über NHN betragen darf. Bezugspunkte sind die Oberkante des Gebäudes und Normalhöhennull.
3. Tiefgaragen sind mit Ausnahme der Zu-/Abfahrtsrampe vollständig unterhalb der Geländeoberfläche anzulegen.
4. In Teilbereichen werden die gebietstypischen Orientierungswerte nach Beiblatt 1 zur DIN 18005 durch Schallimmissionen von der Mühlenstraße überschritten.

Gemäß § 9 (1) Nr. 24 BauGB müssen bei der Errichtung von neuen Gebäuden oder der wesentlichen baulichen Änderung der Außenbauteile bestehender Gebäude innerhalb der gekennzeichneten Lärmpegelbereiche des Plangebietes, die dem dauerhaften Aufenthalt von Menschen dienen, die Mindestanforderungen an die Luftschalldämmung von den nach außen abschließenden Bauteilen von Aufenthaltsräumen der DIN 4109, Tabelle 8 eingehalten werden.

In den mit Lärmpegelbereich II und III gekennzeichneten Bereichen sind die folgenden resultierenden Schalldämm-Maße durch die Außenbauteile einzuhalten:

Lärmpegelbereich II

Aufenthaltsräume von Wohnungen u. ä. erf. $R'_{w,res} = 30$ dB

Büroräume u. ä. erf. $R'_{w,res} = 30$ dB

Lärmpegelbereich III

Aufenthaltsräume von Wohnungen u. ä. erf. $R'_{w,res} = 35$ dB

Büroräume u. ä. erf. $R'_{w,res} = 30$ dB

Innerhalb der mit Lärmpegelbereich II und III gekennzeichneten Bereiche ist als Vorkehrung zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen die erforderliche Gesamtschalldämmung der Außenfassaden auch im Lüftungszustand sicherzustellen.

5. Oberirdische Stellplätze sind neben der innerhalb der im Planteil abgegrenzten Flächen für Stellplätze auch innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

Auf den nicht überbaubaren Flächen entlang der Mühlenstraße sind gemäß § 23 (5) BauNVO Nebenanlagen nach § 14 BauNVO mit Ausnahme von Einfriedungen sowie Garagen und offene Kleingaragen (i.S.v. § 1 (3) GaVO (Carports)) nach § 12 BauNVO in einer Tiefe von 5 m, gemessen von der Grenze des Geltungsbereiches entlang der Mühlenstraße, nicht zulässig.
6. Die zulässige Grundfläche (GRZ 2) darf durch Tiefgaragen über die nach § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO festgelegte Überschreitung von 50 % hinaus, um eine Grundfläche von 0,2 bis zu einer Grundfläche von 0,8 überschritten werden ($0,6+0,2 = 0,8$).

Örtliche Bauvorschriften

1. Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der örtlichen Bauvorschriften ist identisch mit dem Geltungsbereich der 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6d.

2. Dachform und Dachneigung

Die obersten Geschosse von Hauptgebäuden (bei Staffelgeschossen ist ausschließlich das Staffelgeschoß das oberste Geschoß) sind mit einem geneigten Dach zu erstellen. Die Dachneigung muss mindestens 15° betragen. Aus gestalterischen Gründen dürfen maximal 10 % der relevanten Dachfläche mit einer geringeren Dachneigung ausgeführt werden.

Ausgenommen von dieser Regelung sind begrünte Dächer, Dachgauben und Dachaufbauten, sowie Wintergärten. Bei Garagen und Nebenanlagen sind auch Flachdächer zulässig.

3. Einfriedung

Entlang der straßenseitigen Grundstücksgrenze ist das Baugrundstück mit geschnittenen Laubgehölzhecken (z.B. Hainbuche, Weißdorn, Rotbuche, Liguster, Stechpalme), mit einer Mindesthöhe von 0,60 m, einzufrieden. Innerhalb der Heckenführung sind Zäune gestattet, jedoch nicht höher als die eigentliche Hecke.

4. Einstellplätze

Gemäß § 84 Abs. 1 Nr. 2 NBauO wird festgelegt, dass je Wohneinheit 2 Einstellplätze anzulegen sind.

5. Tiefgaragenstellplätze

Mindestens 50 % der insgesamt je Baugrundstück erforderlichen Einstellplätze sind als Tiefgaragenstellplätze vorzusehen.

Hinweise

- 1) Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, 26121 Oldenburg – oder der Unteren Denkmalschutzbehörde gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.
- 2) Sollten bei geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen bzw. Altstandorte zutage treten, so ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.
- 3) Die Lage der Versorgungsleitungen ist den Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen.
- 4) Erläuterungen zu den Anforderungen der textlichen Festsetzung Nr. 4

Lärmpegelbereich II

Bei der Erstellung von Gebäuden mit Wohn- und Schlafräumen innerhalb der Fläche des Lärmpegelbereiches II nach DIN 4109, ist nach Tabelle 8 der Norm, Spalte 4 ein erforderliches resultierendes Schalldämm-Maß von mindestens $R'_{w,res} = 30$ dB für die Außenbauteile zu fordern. Unter Berücksichtigung, dass die Außenwände mit einem bewerteten Schalldämm-Maß von mindestens $R'_w = 35$ dB errichtet werden und max. 40 % der Außenbauteile als Fensterflächen ausgeführt sind, ergibt sich entsprechend Tabelle 10 der DIN 4109, unter Vernachlässigung der Tabelle 9, ein erforderliches Schalldämm-Maß für die Fenster von $R'_w = 25$ dB.

Lärmpegelbereich III

Bei der Erstellung von Gebäuden mit Wohn- und Schlafräumen innerhalb der Fläche des Lärmpegelbereiches III nach DIN 4109 ist nach Tabelle 8 der Norm, Spalte 4 ein erforderliches resultierendes Schalldämm-Maß von mindestens $R'_{w,res} = 35$ dB für die Außenbauteile zu fordern. Unter Berücksichtigung, dass die Außenwände mit einem bewerteten Schalldämm-Maß von mindestens $R'_w = 40$ dB errichtet werden und max. 40 % der Außenbauteile als Fensterflächen ausgeführt sind, ergibt sich entsprechend Tabelle 10 der DIN 4109, unter Vernachlässigung der Tabelle 9, ein erforderliches Schalldämm-Maß für die Fenster von $R'_w = 30$ dB.

Fenster und Lüftungselemente

Fenster sind entsprechend ihrer schalldämmenden Eigenschaften gemäß VDI 2719 in die Schallschutzklassen 1-6 unterteilt, die wie folgt definiert sind:

Spalte	1	2	3
Zeile	Schallschutzklasse	bewertetes Schalldämm-Maß R'_w des am Bau funktionsmäßig eingebauten Fensters	erforderliches Schalldämm-Maß R_w des im Prüfstand funktionsfähigen Fensters
1	1	25 bis 29 dB	≥ 27 dB
2	2	30 bis 34 dB	≥ 32 dB
3	3	35 bis 39 dB	≥ 37 dB
4	4	40 bis 44 dB	≥ 42 dB
5	5	45 bis 49 dB	≥ 47 dB
6	6	≥ 50 dB	≥ 52 dB

Schallschutzklassen von Fenstern

Beim Einbau von Fenstern ist zu berücksichtigen, dass die für eine ausreichende Lüftung der schutzbedürftigen Räume erforderliche technische Einrichtung die Mindestanforderungen an die resultierende Schalldämmung der Außenwand nicht unterschreitet. Fenster moderner Qualität, die der gültigen Wärmeschutzverordnung genügen, besitzen eine Luftschalldämmung von $R'_w = 30 - 34$ dB (Schallschutzklasse 2) und teilweise sogar einen Wert von $R'_w = 35-39$ dB (Schallschutzklasse 3).

5) Verwendete DIN-Normen und Regelwerke

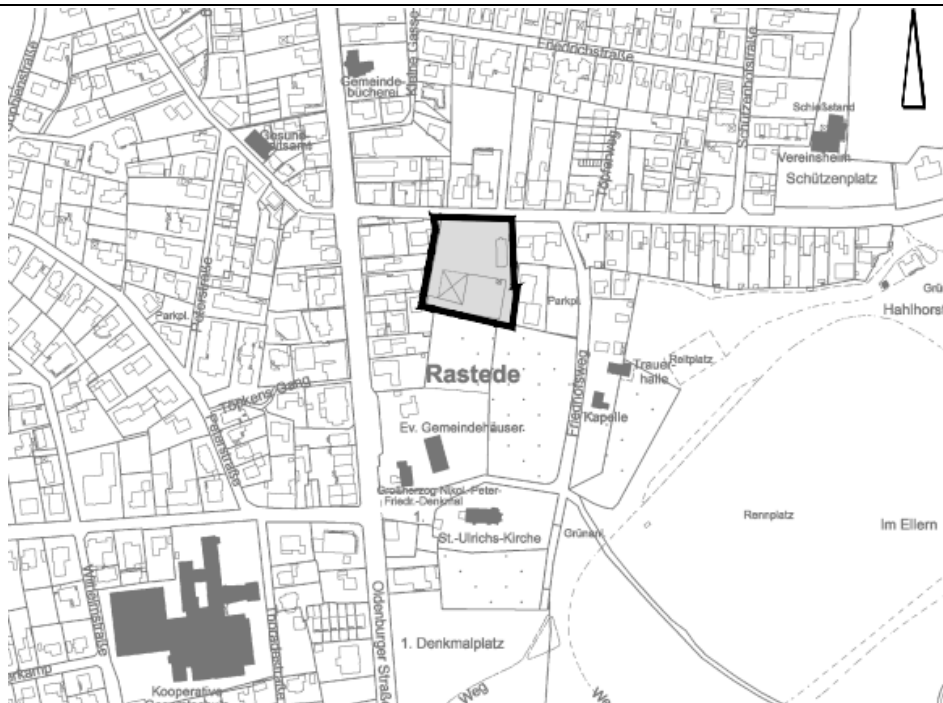
Die den textlichen Festsetzungen zugrunde liegenden und genannten DIN-Normen und technischen Regelwerke liegen zur Einsichtnahme bei der Gemeinde Rastede während der üblichen Öffnungszeiten aus.

6) Rechtskraft

Mit Rechtskraft der 8. Änderung treten in deren Geltungsbereich die bisherigen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 6 d und der relevanten Änderungen außer Kraft.

Gemeinde Rastede Landkreis Ammerland

8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6d „Rastede I“



Begründung

mit örtlichen Bauvorschriften

August 2015

NWP Planungsgesellschaft mbH

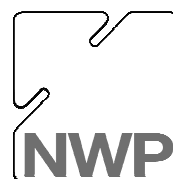
Gesellschaft für räumliche
Planung und Forschung

Escherweg 1
26121 Oldenburg

Postfach 3867
26028 Oldenburg

Telefon 0441 97174 -0
Telefax 0441 97174 -73

E-Mail info@nwp-ol.de
Internet www.nwp-ol.de



Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
1.0 Vorbemerkung	3
1.1 Anlass der Planung	3
1.2 Rechtsgrundlagen	3
1.3 Geltungsbereich der Planung	3
1.4 Beschreibung des Plangebietes	4
1.5 Planungsrahmenbedingungen	4
2. Ziele und Zwecke der Planung	6
3. Wesentliche Auswirkungen der Planung: Grundlagen und Ergebnisse der Abwägung	7
3.1 Ergebnisse der Beteiligungsverfahren	7
3.1.1 Ergebnisse der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB	7
3.1.2 Ergebnisse der parallel zur öffentlichen Auslegung durchgeführten Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB	7
3.2 Relevante Abwägungsbelange	9
3.2.1 Belange von Natur und Landschaft	9
3.2.2 Einfügen der Änderung in den städtebaulichen Kontext	12
3.2.3 Immissionsschutzrechtliche Belange	13
3.2.4 Verkehrliche Belange	16
3.2.5 Altlasten/ Baugrund	17
3.2.6 Belange der Ver- und Entsorgung, Kampfmittel	17
3.2.7 Belange des Denkmalschutzes	18
4. Inhalte der Festsetzungen	18
4.1 Art und Maß der baulichen Nutzung	18
4.2 Stellplätze/ Tiefgaragen	19
4.3 Festsetzungen zum Lärmschutz	19
5. Örtliche Bauvorschriften	20
6. Ergänzende Angaben	21
6.1 Daten zum Verfahrensablauf	21
6.2 Städtebauliche Flächenbilanz	22

1. Einleitung

1.0 Vorbemerkung

Auf rechtlicher Grundlage von § 13a BauGB kann ein Bebauungsplan für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, die Nachverdichtung oder andere Maßnahmen der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden.

Bei der 8. Änderung des Bebauungsplans Nr. 6d handelt es sich um eine Nachverdichtung des Bestands. Das Plangebiet liegt innerhalb des Siedlungszusammenhangs der Gemeinde Rastede und ist bereits durch ein Sägewerk baulich genutzt. An den Geltungsbereich grenzen westlich, nördlich und östlich bereits bebaute Bereiche an.

Die Voraussetzungen für die Anwendung des § 13a BauGB sind damit gegeben. Es muss kein Umweltbericht angefertigt werden, zudem ist das Erfordernis zum Ausgleich des Eingriffs in Natur und Landschaft aufgehoben.

1.1 Anlass der Planung

Das Plangebiet liegt im zentralen Teil der Ortslage Rastede, südlich der Mühlenstraße. Anlass für die 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6d ist die Absicht der Gemeinde, das Gelände des derzeitigen Sägewerkes einer Folgenutzung zuzuführen. Aufgrund der zentralen, attraktiven Lage bietet sich das Gelände für die Errichtung von Mehrfamilienhäusern besonders an. Auf der Basis der bestehenden Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 6d sind Mehrfamilienhäuser nicht zweckmäßig realisierbar. Im Rahmen der 8. Änderung sollen daher die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung von zweigeschossigen Mehrfamilienhäusern (zuzüglich Staffelgeschoss) geschaffen werden.

1.2 Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlagen für die 8. Änderung des Bebauungsplans Nr. 6d sind das Baugesetzbuch (BauGB), die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO), die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanzV) und das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz, jeweils in der geltenden Fassung.

1.3 Geltungsbereich der Planung

Die 8. Änderung des Bebauungsplans Nr. 6d liegt im zentralen Bereich des Hauptortes Rastede. Der Geltungsbereich wird im Norden durch die Verkehrsparzelle der Mühlenstraße begrenzt. Im Osten grenzen ein Mehrfamilienhaus (Flurstück Nr. 446/12) und ein Steinmetzbetrieb an. Die südliche Grenze wird durch einen Friedhof, die westliche

Grenze durch die rückwärtigen Grundstücksgrenzen der an der Oldenburger Straße gelegenen Wohnnutzungen und gewerblichen Nutzungen gebildet.

Der genaue Geltungsbereich und die Lage innerhalb des Gemeindegebietes ergeben sich aus der Planzeichnung bzw. dem Übersichtsplan auf der Planzeichnung.

1.4 Beschreibung des Plangebietes

Der Geltungsbereich wird aktuell durch ein Sägewerk bzw. einen Holzbiegebetrieb genutzt. Im nördlichen Grundstücksbereich sind befestigte, zum Teil geschotterte, zum Teil asphaltierte Lagerflächen des Holzverarbeitenden Betriebes vorhanden. Im nordöstlichen Grundstücksbereich befindet sich ein Ausstellungsgebäude, im südlichen Teil liegt eine Gewerbehalle.

Südlich des Plangebietes liegen der Friedhof und weiter südlich die Auferstehungskapelle. Zwischen Friedhof und Sägewerk befindet sich eine Hecke. Südöstlich des Plangebietes - in einer Entfernung von ca. 180 m - befindet sich das Veranstaltungsgelände auf dem Turnierplatz am Ellernteich.

Östlich des Plangebietes liegen ein zweigeschossiges Mehrfamilienhaus zuzüglich Stafelgeschoss und ein Steinmetzbetrieb mit Betriebsleiterwohnung. Die Gewerbehalle des Steinmetzbetriebes liegt im westlichen Grundstücksbereich, die Freiflächen liegen im östlichen Bereich. Weiter östlich, an der Friedhofstraße, liegt ein öffentlicher Parkplatz, der insbesondere von Kunden des Steinmetzbetriebes und bei Ereignissen in der Auferstehungskapelle (z.B. Trauerfeiern) genutzt wird.

Nördlich des Plangebietes bzw. nördlich der Mühlenstraße liegen eingeschossige Einfamilienhäuser auf relativ großzügig geschnittenen Grundstücken. Westlich des Plangebietes, in einer Entfernung von ca. 60 m zur westlichen Grenze des Plangebietes, liegt die Oldenburger Straße (K 131). Sie stellt die Hauptgeschäfts- und Einkaufsstraße der Gemeinde Rastede dar.

Die nördlich des Plangebietes gelegene Mühlenstraße hat eine Erschließungsfunktion für die angrenzenden Grundstücke und führt in den östlichen Bereich von Rastede und stellt eine Verbindung Richtung Hankhausen her. Die Mühlenstraße führt in westlicher Richtung zur Oldenburger Straße (K 131). Diese führt in Richtung Süden nach Oldenburg und in Richtung Norden nach Hahn-Lehmden.

1.5 Planungsrahmenbedingungen

Ziele und Grundsätze der Raumordnung (LROP/RROP)

Die Gemeinde Rastede ist im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Ammerland 1996 als Mittelzentrum mit den Schwerpunktaufgaben „Sicherung und

Entwicklung von Wohnstätten“ und „Erholung“ dargestellt. Für das Plangebiet werden keine Darstellungen getroffen.

Flächennutzungsplan

Im wirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Rastede ist das Planungsgebiet als gemischte Baufläche dargestellt. Der Flächennutzungsplan soll daher gemäß § 13a (2) BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden (61. Änderung des Flächennutzungsplans). Die Darstellungen auf den angrenzenden Flächen können dem nachstehenden Ausschnitt entnommen werden:

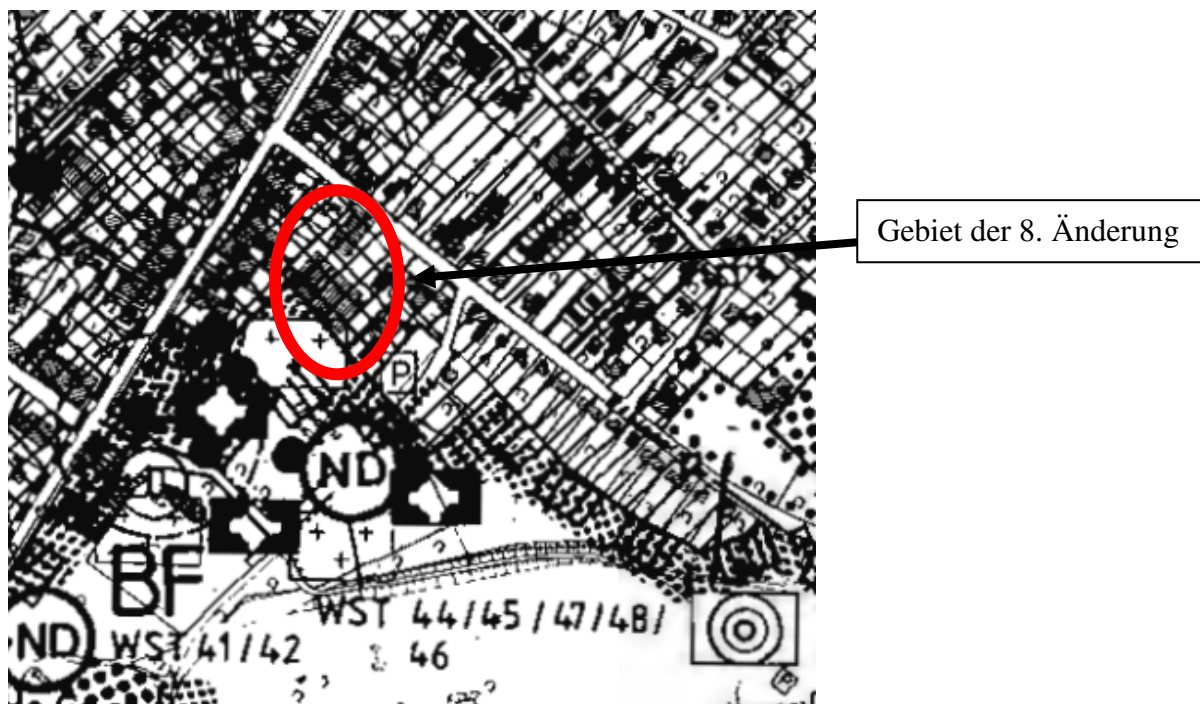


Abb.: Ausschnitt aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Rastede

Bebauungspläne oder sonstige städtebauliche Satzungen

Für das Plangebiet besteht der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 6d „Rastede I“. Er setzt für den Bereich dieser 8. Änderung ein Mischgebiet mit einer Grundflächenzahl von 0,4 und ein großzügiges Baufeld fest. Für den Bebauungsplan Nr. 6d wurden zahlreiche Änderungsverfahren durchgeführt.

Die 1. und 2. Änderung sind für den Geltungsbereich dieser 8. Änderung nicht von Relevanz. Im Rahmen der 3. und 4. Änderung wurde die Zulässigkeit von baulichen Anlagen auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen neu geregelt und die Zulässigkeit von Nebenanlagen erweitert.

Die 5. und 6. Änderung wurden als Sammeländerung durchgeführt. Im Rahmen der 5. Änderung wurde u.a. die Anzahl der zulässigen Vollgeschosse auf I begrenzt. Im Zuge

der 6. Änderung wurde u.a. die Anzahl der zulässigen Wohneinheiten auf zwei Wohneinheiten je Wohngebäude begrenzt. Zudem wurde eine abweichende Bauweise mit einer maximalen Gebäudelänge von 20 m ausgewiesen.

Unmittelbar westlich grenzt der Bebauungsplan Nr. 60 „Ortskern Rastede“ an. Er setzt für das angrenzende Grundstück ein Mischgebiet mit einer Grundflächenzahl von 0,4, einer Geschossflächenzahl von 0,8 sowie maximal zwei Vollgeschosse fest.

2. Ziele und Zwecke der Planung

Das Plangebiet ist derzeit noch durch ein Sägewerk bzw. einen Holzbiegebetrieb genutzt. Im Rahmen der 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6d sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Nachnutzung durch vier Mehrfamilienhäuser geschaffen werden. Die bestehenden Gebäude und Betriebsanlagen werden abgerissen.

Für das Plangebiet liegt eine Hochbauplanung vor.¹ Demnach sollen im nördlichen Teil des Plangebietes zwei Mehrfamilienhäuser mit je 8 Wohnungen und im südlichen Teil zwei Mehrfamilienhäuser mit je 10 Wohnungen errichtet werden. Die Gebäude sollen jeweils zwei Vollgeschosse zuzüglich Staffelgeschoss aufweisen. Parallel zur Mühlenstraße und im zentralen Bereich des Plangebiets sollen Stellplätze geschaffen werden. In der Mitte des Plangebietes ist zudem eine Tiefgarage mit 36 Einstellplätzen geplant.

Für das Plangebiet liegt der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 6d vor. Auf der Basis der derzeit rechtskräftigen Festsetzungen, insbesondere die Begrenzung der Anzahl der Wohneinheiten auf zwei je Wohngebäude und die Begrenzung auf ein Vollgeschoss ist das geplante Hochbauvorhaben nicht zulässig. Daher ist die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6d erforderlich. Zur planungsrechtlichen Absicherung der Hochbauplanung wird im Rahmen dieser 8. Änderung das gesamte Plangebiet als Allgemeines Wohngebiet festgesetzt und für die geplanten Wohngebäude einzelne Baufelder festgesetzt. Das Plangebiet wird über die Mühlenstraße erschlossen. Es werden zudem maximal zwei Vollgeschosse und eine maximale Gebäudehöhe von 28 m ü. NHN ausgewiesen, was bei einer Geländehöhe von ca. 15 m ü. NHN einer tatsächlichen Gebäudehöhe von ca. 13 m entspricht.

Aufgrund seiner zentralen Lage und guten Erschließungsmöglichkeiten eignet sich das Plangebiet besonders für die Entwicklung eines Wohngebietes. Das Plangebiet liegt unmittelbar östlich der Oldenburger Straße mit zahlreichen Infrastruktureinrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten. Auch ein Kindergarten und die Gesamtschule liegen im Umfeld des Plangebietes. Südlich des Plangebietes befinden sich mit dem Ellernteich, dem Rasteder Schloss und dem Schlosspark Naherholungsflächen in unmittelbarer Nähe. Das Wohngebiet soll die Nachfrage nach zentrumnahe Wohnen bedienen.

¹

Architekturbüro Peters & Onken: Neubau einer Wohnanlage mit 36 WE und Errichtung einer Tiefgarage mit 36 Kfz-Estpl. Mühlenstraße 8 + 10, Wiefelstede, 05.02.2015

Einen besonderen Abwägungsbelang stellt der Immissionsschutz dar. Das Plangebiet liegt im Einwirkungsbereich der Oldenburger Straße und der Mühlenstraße, des östlich angrenzenden Steinmetzbetriebes und des Veranstaltungsgeländes auf dem Turnierplatz am Ellerteich. Es wurden daher schalltechnische Berechnungen durchgeführt. Die Schallgutachter sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Belange des Immissionsschutzes der Planung nicht entgegenstehen. Die Ergebnisse des Schallgutachtens werden in die Planunterlagen eingearbeitet.

3. Wesentliche Auswirkungen der Planung: Grundlagen und Ergebnisse der Abwägung

3.1 Ergebnisse der Beteiligungsverfahren

Um die konkurrierenden privaten und öffentlichen Belange fach- und sachgerecht in die Abwägung gemäß § 1 (7) BauGB einstellen zu können, werden gemäß §§ 3 und 4 BauGB Beteiligungsverfahren durchgeführt.

3.1.1 Ergebnisse der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB

Es wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

3.1.2 Ergebnisse der parallel zur öffentlichen Auslegung durchgeführten Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB

- *Der Landkreis Ammerland hat angeregt, ihm spätestens nach Abschluss des Verfahrens gemäß Runderlass des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 06.08.2008 (Az.: 501.2 - 21013.4) eine beglaubigte Abschrift der Berichtigung des Flächennutzungsplans zu übersenden.*

Der Anregung wird nachgekommen.

- *Der Landkreis Ammerland hat angeregt, das Plangebiet als Altlaststandort mit belasteten Böden zu kennzeichnen und darauf hingewiesen, dass erst nach Vorlage eines Fachbüro-Abschlussberichts, mit dem die Einhaltung der Prüfwerte für Wohngebiete (Wirkungspfad Boden-Mensch) nachgewiesen wird, eine Freigabe für die geplante Nutzung als allgemeines Wohngebiet erfolgen kann.*

Der Anregung wird nachgekommen. Das Plangebiet wird entsprechend als Altlaststandort mit belasteten Böden gekennzeichnet. Die Gemeinde Rastede geht davon aus, dass bei Berücksichtigung der o.g. Anforderungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes die Voraussetzungen für die geplante Nutzung als Allgemeines Wohngebiet gegeben sind. Ein entsprechender Abschlussbericht wird erstellt.

- *Der Landkreis Ammerland hat darauf hingewiesen, dass sich innerhalb des alten Gewerbebetriebs Gerätschaften befinden, die im Zusammenhang mit der Holzbiegerei stehen und als Baudenkmale einzustufen sind. Insbesondere die alte Dampfmaschine sei von besonderer Bedeutung. Die untere Denkmalschutzbehörde habe daher nur dann keine Bedenken gegen diese Planung, wenn ein denkmalrechtliches Konzept zur Unterbringung und Sicherung der Gerätschaften vorgelegt werde.*

Weitere redaktionelle Anregungen wurden von Seiten des Landkreises getroffen.

Bei den angesprochenen Baudenkmalen (z.B. Dampfmaschine) handelt es sich um transportable Anlagen, die nicht an den Boden gebunden sind. Sofern diese Anlagen denkmalschutzrechtlich geschützt sind, obliegt ihr Schutz bzw. ihre Unterbringung und die Sicherung den Eigentümern. Die Unterbringung und Sicherung dieser Anlagen ist nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens. Ihre Sicherung wird parallel zur Änderung des Bebauungsplanes in Abstimmung mit dem Landkreis geregelt.

Die redaktionellen Anregungen – wurden soweit erforderlich – berücksichtigt.

- *Das Nds. Landesamt für Denkmalpflege hat auf archäologische Fundstellen in der Umgebung hingewiesen. Auf eine archäologische Begleitung der Erdarbeiten könne aber verzichtet werden.*

Die Begründung wurde um diese Aussagen ergänzt.

- *Der OOWV hat auf die bestehenden Leitungen hingewiesen und die Eintragung eines Geh-, Fahr- und Leitungsrechts angeregt sowie Hinweise zur Ausführungsebene vorgebracht.*

Die Eintragung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten ist weder möglich noch erforderlich, da sich die Leitungen außerhalb des Plangebietes befinden.

- *Die LGLN hat darauf hingewiesen, dass nicht unterstellt werden könne, dass keine Kampfmittelbelastung im Planungsbereich vorliege.*

Das Plangebiet ist bereits baulich genutzt. In der Begründung wird ergänzt, dass nicht unterstellt werden kann, dass keine Kampfmittelbelastung im Planungsbereich vorliegt.

- *Die Ev.-luth. Kirchengemeinde Rastede weist darauf hin, dass eventuell vorhandene Grundwasserströmungen nicht durch massive Fundamente, Tiefgaragen und Kellerbauten behindert werden dürften. Hier müsse eventuell eine entsprechende Dränage mit kontrollierter Ableitung vorgesehen werden. In Edeweicht sei der Grundwasserstand so angestiegen, dass auf dem dortigen Friedhof nur noch mit erheblichen Aufwand oder gar nicht mehr beerdigt werden könne, weil sogenannte Wachsleichen entstehen. Angeregt wird an der Friedhofsgrenze eine höhere (mannshohe) Hecke zu setzen.*

Das Plangebiet ist bereits vollständig baulich genutzt und hoch versiegelt. Für die Gemeinde Rastede ist nicht erkennbar, dass mit der Neubebauung im Plangebiet an Anstieg des Grundwasserspiegels einhergehen könnte.

Zum Friedhof hin ist bereits eine Heckeneingrünung vorhanden. Die Schnitthecke befindet sich zum überwiegenden Teil auf dem Friedhofsgelände und trennt die beiden Nutzungsformen optisch voneinander. Es wird kein Erfordernis für eine höhere oder eine zusätzliche Heckenstruktur gesehen, es handelt sich nicht um eine Ortsrandsituation.

- *Der VBN hat Hinweise zur ÖPNV Erschließung des Plangebietes vorgebracht.*

Die Begründung wurde um die Aussagen ergänzt.

- *Die Deutsche Telekom Technik GmbH hat Hinweise zur Ausführungsebene vorgebracht.*

3.2 Relevante Abwägungsbelange

3.2.1 Belange von Natur und Landschaft

Aktueller Zustand

Innerhalb des Plangebietes ist seit 1875 ein Sägewerk bzw. Holzbiegebetrieb ansässig. Die Betriebsflächen sind zum überwiegenden Teil versiegelt, wobei sowohl voll- wie auch teilversiegelte Flächen bestehen. Während die mit Gebäuden bestandenen Flächen vollversiegelt sind, sind die Lagerflächen im nördlichen Teil des Planungsgebietes als teilversiegelt zu betrachten. Hier befindet sich eine schmale, befestigte Zufahrt sowie seitlich davon verdichtete Schotterflächen.

Im Planungsgebiet ist als Naturboden Podsol-Pseudogley vorhanden, die Grundwasserneubildungsrate ist generell hoch. Es bestehen keine Gewässer im Plangebiet. Bezüglich Klima und Luft liegen keine Besonderheiten vor.

Gehölze befinden sich nur wenige im Südwesten des Plangebietes. Hierbei handelt es sich um eine Birke mittleren Alters sowie eine Strauch-Baum-Hecke. Eine Lebensbaum-Schnitthecke auf dem Friedhofsgelände trennt die beiden Nutzungsformen optisch voneinander.

Landschaftlich liegt das Planungsgebiet im Ortskern der Gemeinde Rastede, der entlang der Mühlenstraße vom langjährig ansässigen Sägewerk entscheidend mit geprägt wird. Allerdings handelt es sich bei den Bestandsgebäuden um teilweise auffällige Bauten und stellt damit einen Bruch mit den umliegenden Wohnnutzungen, Infrastruktureinrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten des innerörtlichen Bereiches dar.

Auswirkungen auf Natur und Landschaft, Eingriffsregelung

Bei Umsetzung der Planung ist nach Abriss der Bestandsgebäude mit einer relativ großflächigen Versiegelung sowie der Beseitigung der bestehenden Gehölze und einem damit einhergehenden Verlust der Lebensraumfunktionen zu rechnen. Entsprechend der Festsetzungen des Bebauungsplans, der bei einer Plangebietsfläche von 5.050 m² eine Grundflächenzahl von 0,4 und eine Überschreitung bis auf 0,8 (Tiefgarage) festsetzt, kommt es zu Bodenversiegelungen auf maximal 4.040 m². Somit kommt es zu Eingriffen in den Boden-, Wasser- oder Klimahaushalt, deren Auswirkungen aufgrund der lokalen Versiegelungen und Befestigungen nicht als erheblich betrachtet werden.

Im Plangebiet kommen vorwiegend Biotoptypen von geringer Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften vor. Die Bäume können mit mittlerer Bedeutung bewertet werden. Da die Gehölze nicht als zu erhalten festgesetzt sind, ist davon auszugehen, dass sie entfernt werden. Dies ist als erhebliche Beeinträchtigung für Arten und Lebensgemeinschaften zu beurteilen.

Mit der Planung sind keine Beeinträchtigungen des Landschafts- bzw. Ortsbildes durch Entnahme markanter Gehölzstrukturen zu erwarten. Dennoch hat das ansässige Sägewerk seit seiner Gründung 1875 einen prägenden Einfluss auf das Ortsbild im zentralen Bereich der Gemeinde Rastede. Da es sich aber teilweise um auffällige Gebäude handelt, wird durch die Umsetzung der Planung und die Änderung hin zu einem Allgemeinen Wohngebiet die Möglichkeit genutzt, die Fläche entsprechend des Bedarfs neu zu gestalten. Damit ist insgesamt keine erhebliche Beeinträchtigung für das Landschafts- bzw. Ortsbild zu erwarten.

Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Eingriffsregelung werden nicht erforderlich. Dies gilt bei Bebauungsplänen der Innenentwicklung grundsätzlich, da entsprechend § 13 a Abs. 2 Nr. 4 BauGB Eingriffe als vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig gelten.

Naturschutzrechtliche Schutzgebiete und Schutzobjekte

Nach Naturschutzrecht ausgewiesene Schutzgebiete oder Schutzobjekte sind von der Planung nicht betroffen. In etwa 1,7 km südöstlich befindet sich das FFH-Gebiet „Eichenbruch, Ellernbusch“. Alle weiteren Schutzgebiete liegen in mindestens 5 km Entfernung. Dazu gehören das FFH-Gebiet „Mansholter Holz, Schippstroht“ im Südwesten und das Naturschutzgebiet „Hochmoor und Grünland am Heiddeich“ östlich des Plangebietes.

Der südlich des Planungsgebietes gelegene Rasteder Schlosspark ist als Landschaftsschutzgebiet „Schloßpark, Park Hagen“ ausgewiesen.

Die große Entfernung zwischen dem Plangebiet und den europäischen wie nationalen Schutzgebieten sowie die bestehende Nutzung lassen keine Auswirkungen auf den

Schutzzweck und das Erhaltungsziel der Schutzgebiete bei Umsetzung der Planung erwarten.

Belange des besonderen Artenschutzes

Die Bestimmungen zum besonderen Artenschutz gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG untersagen konkret schädigende Handlungen für besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten. Die Verbote werden durch die Bauleitplanung nicht unmittelbar berührt. Im Rahmen der Planung ist jedoch zu prüfen, ob die artenschutzrechtlichen Bestimmungen die Realisierung der Planung dauerhaft hindern könnten und somit eine Nichtigkeit des Bauleitplans bewirken würden.

Zur Umsetzung der Planung sind umfangreiche Abrissmaßnahmen der bestehenden Gebäude sowie kleinflächige Gehölzentfernungen notwendig. Die bestehenden Gehölzstrukturen weisen trotz ihrer geringen Größe eine Habitatfunktion für Brutvögel auf. Gleichzeitig bilden die bestehenden Gebäudestrukturen (Dachböden, Lagerräume, Luken, hinter Regenrinnen, Verschaltungen, Brettern, Ritzen und Spalten im Gebälk, Schornstein) mögliche Quartiere für Fledermäuse oder Niststätten für gebäudegebundene Vogelarten. Betroffenheiten weiterer artenschutzrechtlich relevanter Tier- und Pflanzenarten sind aufgrund der Biotopstrukturen im Plangebiet nicht zu erwarten.

Nachfolgend wird geprüft, ob die artenschutzrechtlichen Verbote durch die Entnahme der Gehölze und den Abriss der Gebäude berührt werden (können). Auf Grund der Biotopausstattung des Plangebietes können von der Planung voraussichtlich nur gehölz- bzw. gebäudebrütende und siedlungstolerante Vogelarten betroffen sein.

- 1.) Verbot der Verletzung oder Tötung von Tieren sowie Naturentnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen

Bei der Fällung von Bäumen oder Entfernung von Gebüsch ist die Verletzung oder Tötung von nicht flüggen Jungvögeln sowie die Zerstörung von Vogeleiern denkbar, sofern zu dem Zeitpunkt besetzte Vogel-Brutplätze in dem Baum bzw. Strauch vorhanden sind. Ebenso ist eine Tötung von gebäudebrütenden Vögeln und von Fledermäusen beim Abriss möglich.

Die Erfüllung des Verbotstatbestandes ist jedoch vermeidbar, indem die Gehölzfällung außerhalb der Vogelbrutzeit durchgeführt wird (sofern überhaupt besetzte Brutplätze betroffen sind). Hinsichtlich der Gebäude ist vor Abriss zu prüfen, ob eine Nutzung durch Fledermäuse (Winterquartier, Wochenstube) oder Vögel gegeben ist. Sollte dies der Fall sein, sind die Abrissarbeiten zu verschieben, bis die Quartiersnutzung beendet bzw. die Brut- und Aufzucht abgeschlossen ist. Aufgrund dieser Vermeidungsmöglichkeit ist das Tötungsverbot nicht geeignet, die Umsetzung der Planung dauerhaft zu hindern.

- 2.) Verbot der erheblichen Störung von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten

Im artenschutzrechtlichen Sinne erheblich sind Störungen dann, wenn hierdurch die Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Population zu befürchten steht. So geartete Störungen sind bei Umsetzung der Planung nicht zu erwarten, da die Fläche auch in der Vergangenheit stark in Anspruch genommen wurde. Außerdem bestehen im Anschluss Siedlungsstrukturen, die von der Störwirkung (insbesondere Beunruhigung von Tieren durch die Anwesenheit von Menschen) der geplanten Nutzung entspricht. Stöempfindliche Tierarten sind deshalb im betrachteten Bereich nicht zu erwarten.

3.) Verbot der Naturentnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Tieren

Die Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten ist im Zuge der Baumfällung oder der Abrissarbeiten möglich. Allerdings kommt das Verbot der Zerstörung von Lebensstätten für zulässige Vorhaben innerhalb von Bebauungsplänen nicht zur Anwendung, soweit die ökologische Funktion der betroffenen Lebensstätte im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 BNatSchG). Dies ist hier gegeben, da in der unmittelbaren Umgebung weitere, auch ältere Gehölzbestände und Gebäudestrukturen vorhanden sind. Zahlreiche Einzelgehölze und Baumreihen sowie zusammenhängende Forstflächen befinden sich innerhalb der angrenzenden Siedlungsnutzungen sowie südwestlich im Schlosspark Rastede.

Artenschutz-Fazit:

Die gesetzlichen Vorgaben des besonderen Artenschutzes sind nicht geeignet, die Umsetzung der Planung dauerhaft zu hindern. Allerdings sind auf der Umsetzungsebene möglicherweise bestimmte Vermeidungsmaßnahmen erforderlich.

Darstellungen des Landschaftsrahmenplans

Der Landschaftsrahmenplan des Landkreises Ammerland (1995) trifft für den Bereich von Rastede keine spezielle Aussage. Konkrete landschaftsplanerische Ziele stehen der Planung demnach nicht entgegen.

3.2.2 Einfügen der Änderung in den städtebaulichen Kontext

Die Umgebung des Plangebietes ist von Wohnnutzungen geprägt. Sowohl westlich als auch nördlich des Plangebietes befinden sich Ein- und Zweifamilienhäuser, östlich liegt ein Mehrfamilienhaus. Gewerbliche Ansätze finden sich mit dem Steinmetzbetrieb auf dem östlich angrenzenden Grundstück und einem kleinen Möbel- und Dekogeschäft nordöstlich des Plangebietes nur vereinzelt in der unmittelbaren Umgebung des Plangebietes. Im Rahmen der 8. Änderung wird die Festsetzung eines Mischgebietes in ein Allgemeines Wohngebiet geändert. Mit der Änderung werden die vorhandenen Strukturen in der Umgebung berücksichtigt. Für einen gewerblichen Anteil wird innerhalb des Plangebietes kein Bedarf erkannt. Mit der Festsetzung des Allgemeinen Wohngebietes fügt sich die Planung strukturell in die Umgebung des Plangebietes ein.

Auf der nördlichen Seite der Mühlenstraße befinden sich eingeschossige Häuser, zum Teil mit ausgebautem Dachgeschoss, das östlich angrenzende Mehrfamilienhaus ist zweigeschossig zuzüglich eines Staffelgeschosses. Im Rahmen dieser 8. Änderung wird die Anzahl der zulässigen Vollgeschosse von eins auf zwei erhöht und die zulässige Gebäudehöhe wird auf 28 m ü. NHN begrenzt. Das entspricht einer absoluten Gebäudehöhe von ca. 13 Metern. Damit wird planungsrechtlich ein zusätzliches Staffelgeschoss ermöglicht.

Die getroffenen Festsetzungen werden in Anlehnung an die Höhenentwicklung auf dem östlich angrenzenden Grundstück getroffen und im Plangebiet fortgeführt. Das bestehende Mehrfamilienhaus ist mit seinen Wohnbereichen nach Süden orientiert und damit nur gering von der 8. Änderung betroffen. Die Entfernung der nördlich der Mühlenstraße gelegenen Wohnhäuser zum im Plangebiet festgesetzten Baufeld beträgt ca. 20 m. Insofern sind die Wohnhäuser nördlich der Mühlenstraße nur im geringen Umfang durch Verschattungen betroffen.

Insgesamt fügt sich das Planvorhaben damit strukturell und hinsichtlich der Höhenentwicklung in die angrenzenden Strukturen ein.

3.2.3 Immissionsschutzrechtliche Belange

Im Rahmen der 8. Änderung des Bebauungsplanes wurde ein Schallgutachten erstellt.² Darin wurden die auf das Plangebiet einwirkenden Verkehrslärmimmissionen der Oldenburger Straße und der Mühlenstraße, die Gewerbelärmimmissionen des östlich angrenzenden Steinmetzbetriebes sowie das Veranstaltungsgelände auf dem Turnierplatz am Ellernteich. untersucht und beurteilt. Die gutachterlichen Ergebnisse werden nachstehend verkürzt wiedergegeben.

Zusätzlich zur Berechnung von Immissionsrastern wurden sieben Immissionsaufpunkte entsprechend dem zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung vorliegenden Planungsstand definiert. Innerhalb des Plangebiets wurde mit freier Schallausbreitung gerechnet, die übrigen Gebäude in der Umgebung des Plangebietes wurden sowohl als Hindernisse bezüglich des Ausbreitungsweges als auch als Reflexionsflächen berücksichtigt.

Verkehrslärm

Die Berechnungen zum Verkehrslärm erfolgten auf der Grundlage der von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Verkehrszahlen. Diese beruhen auf Zählungen zwischen dem 04.06.2014 und dem 06.06.2014 (Mühlenstraße) sowie dem 19.05.2014 und 23.05.2014 (Oldenburger Straße). Im Rahmen der Prognose wurde ein Zeithorizont von 15 Jahren bei einer jährlichen Steigerung der Verkehrszahlen von 1 % angesetzt, was einer Zunahme der Verkehrsstärken von 16,1 % gegenüber dem Ist-Zustand entspricht. Daraus resultierten folgende Eingangsdaten:

² technologie entwicklungen & dienstleistungen GmbH ted: Schallimmissionsprognose im Rahmen des B-Planverfahrens Nr. 6 D der Gemeinde Rastede, Bremerhaven, 02. März 2015

Streckenabschnitt	Maßgebliche Verkehrsstärke		Maßgebender Lkw-Anteil	
	M _t	M _n	p _t	p _n
Mühlenstraße	129 Kfz/h	9 Kfz/h	4,0 %	2,4 %
Oldenburger Straße, nordwärts	315 Kfz/h	31 Kfz/h	27,3 %	13,3 %
Oldenburger Straße, südwärts	327 Kfz/h	27 Kfz/h	7,3 %	7,5 %

Darüber hinaus wurde der Parkverkehr im Zusammenhang mit Veranstaltungen in der Auferstehungskapelle des nahegelegenen Friedhofs bei der Immissionsberechnung berücksichtigt.

Die schalltechnische Beurteilung der festgestellten Verkehrslärmimmissionen erfolgte auf der Basis der DIN 18005. Die DIN 18005 sieht für Verkehrslärm bei Allgemeinen Wohngebieten einen Orientierungswert von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts vor.

Die Schallgutachter sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Immissionsbelastung überwiegend durch den Verkehr auf der Mühlenstraße bestimmt wird. Die Orientierungswerte von 55 dB(A) und 45 dB(A) werden im Bereich der ersten Baureihe an der Mühlenstraße während der Tages- und der Nachtzeit durch den Straßenverkehr überschritten. Die Überschreitung beträgt wenige dB(A), die Grenzwerte der 16. BImSchV werden nicht überschritten. Während der Tageszeit ist der immissionsrelevante Einfluss der Oldenburger Straße auf die obere Etage an der Westseite der geplanten Bebauung erkennbar. Auch hier betragen die Überschreitungen wenige dB(A).

Aufgrund der Überschreitungen haben die Schallgutachter Lärmpegelbereiche für unterschiedliche Höhen (1,5 m für das EG, 5,0 m für das 1. OG und 7,5 m für ein mögliches Staffelgeschoss) definiert. Es ergibt sich für die erste Baureihe entlang der Mühlenstraße der Lärmpegelbereich III und für die zweite Baureihe der Lärmpegelbereich II.

Im Rahmen eines konkreten Baugenehmigungsverfahrens bzw. bei einer wesentlichen baulichen Veränderung ist der Nachweis zu erbringen, dass die Anforderungen, die sich aus der DIN 4109 für die Lärmpegelbereiche ergeben, durch die geplante Bauausführung eingehalten werden können. Günstige Gebäudestellungen (z. B. der Schallquelle abgewandte Gebäudeseite) können noch im Nachweisverfahren gemäß DIN 4109 entsprechend Berücksichtigung finden.

Innerhalb der mit Lärmpegelbereich II und III gekennzeichneten Bereiche ist als Vorkehrung zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen die erforderliche Gesamtschalldämmung der Außenfassaden auch im Lüftungszustand sicherzustellen.

Gewerbelärm

Bei dem östlich an das Plangebiet angrenzenden Gewerbe handelt es sich um einen Steinmetzbetrieb. Im Rahmen einer Begehung und der Durchführung von Schalldruckpegel-Messungen wurden die folgenden Emissionsquellen als potenziell relevant festgestellt und quantifiziert: Gliedertor, Lüftungsöffnungen, Absaugeinrichtung der Werkhalle, Gabelstaplerbetrieb im Außenbereich, Kundenverkehr auf dem Parkplatz und als seltenes Ereignis im Sinne der TA Lärm die Materialanlieferung mit 12-Tonnen-LKW zweimal pro Jahr. Sämtliche Schallquellen des Gewerbebetriebs emittieren ausschließlich innerhalb des Zeitrahmens von 07:30 Uhr und 16:30 Uhr.

Für die Beurteilung der Immissionsbelastung durch Gewerbelärm wurden die Immissionsrichtwerte der TA Lärm herangezogen. Die Immissionsgrenzwerte betragen für Allgemeine Wohngebiete 55 dB(A) tags und 40 dB(A) nachts. Einzelne Spitzenpegel dürfen die Richtwerte am Tag um nicht mehr als 30 dB(A) und während der Nacht um nicht mehr als 20 dB(A) überschreiten.

Die Schallgutachter haben bei der Berechnung der Immissionsraster festgestellt, dass lediglich in einem kleinen Bereich in direkter Nachbarschaft zum Steinmetzbetrieb zur Tageszeit eine Überschreitung des Richtwertes auftritt. Bei den Einzelpunktberechnungen wurde keine Überschreitung der Richtwerte durch Gewerbelärm prognostiziert. Ferner werden durch den Gewerbebetrieb keine kurzzeitigen Geräuschspitzen erwartet, die den Immissionsrichtwert am Tage um mehr als 30 dB(A) überschreiten.

Schallereignisse, verursacht durch Materialanlieferungen beim Steinmetzbetrieb, finden an maximal zwei Tagen pro Jahr statt und sind entsprechend der TA Lärm als selten zu beurteilen. Der betreffende Immissionsrichtwert von 70 dB(A) für seltene Ereignisse wird eingehalten.

Eine gewerblich bedingte Immissionsbelastung gibt es während der Nachtzeit nicht.

Freizeitlärm

Die Schallgutachter sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die auf dem nahegelegenen Turnierplatz stattfindenden Veranstaltungen zu schalltechnisch relevanten Immissionspegeln im Plangebiet führen können. Auf Basis des Veranstaltungskalenders ist der Lärm als das Auftreten seltener Ereignisse im Sinne der Regelwerke einzustufen. Hinsichtlich der Immissionspegel ist festzustellen, dass die geplante Wohnbebauung weiter vom Turnierplatz als Emissionsort entfernt liegt als große Teile der benachbarten Bestandsbebauung. Somit ist die Immissionsbelastung im betrachteten Plangebiet aufgrund der höheren Abstandsdämpfung bei der Schallausbreitung geringer als im Bestand.

Die Einhaltung der betreffenden Immissionsrichtwerte für die Bestandsbebauung untersteht bereits jetzt der messtechnischen Überwachung durch die Gemeinde. Unter die-

ser Voraussetzung ist von einer Einhaltung der Immissionsrichtwerte im Plangebiet auszugehen.

Umsetzung der gutachterlichen Ergebnisse durch die Gemeinde

Die Gemeinde Rastede hat die gutachterlichen Ergebnisse nachvollzogen und für plausibel befunden. Die vorgeschlagenen Lärmpegelbereiche werden in den Bebauungsplan übernommen. Festsetzungen zum Schutz der Außenwohnbereiche haben die Schallgutachter nicht vorgeschlagen. Aufgrund der Belichtung werden die Frei- und Außenwohnbereiche voraussichtlich in Richtung Süden orientiert. Daher sind Maßnahmen, die einen zusätzlichen Schallschatten erzielen könnten, aus Sicht der Gemeinde Rastede nicht erforderlich.

3.2.4 Verkehrliche Belange

Die Erschließung des Allgemeinen Wohngebietes erfolgt direkt über die Mühlenstraße. Zusätzliche öffentliche Verkehrswege sind nicht erforderlich. Die interne Erschließung des Plangebietes bleibt der Ausbauplanung vorbehalten. Die Mühlenstraße ist leistungsfähig genug, um den zusätzlichen Verkehr aufzunehmen.

In der Hochbauplanung ist vorgesehen, die erforderlichen Stellplätze sowohl oberirdisch als auch in Tiefgaragen vorzusehen. Im zentralen Teil des Plangebietes ist eine Fläche für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen - Tiefgaragen abgegrenzt. Tiefgaragen sind mit Ausnahme der Zu-/Abfahrtsrampe vollständig unterhalb der Geländeoberfläche anzulegen. Oberirdische Stellplätze sind neben der im Planteil abgegrenzten Flächen für Stellplätze auch innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

Mit der Möglichkeit, Tiefgaragenstellplätze vorzusehen, wird die zentrale Lage des Gebietes berücksichtigt und die Qualität des Plangebietes unterstrichen. Großflächige Stellplatzanlagen sind aufgrund ihres Erscheinungsbildes städtebaulich nicht erwünscht. Daher wird über örtliche Bauvorschriften abgesichert, dass mindestens 50 % der insgesamt je Baugrundstück erforderlichen Einstellplätze als Tiefgaragenstellplätze vorzusehen sind.

Ebenfalls über örtliche Bauvorschriften wird geregelt, dass je Wohneinheit 2 Einstellplätze anzulegen sind. Damit geht die Gemeinde über die gesetzlich vorgeschriebenen 1,5 Stellplätze je Wohneinheit hinaus. In der Vergangenheit hat sich in der Gemeinde gezeigt, dass 1,5 Stellplätze nicht ausreichend sind und die öffentlichen Straßen daher vermehrt als Parkraum in Anspruch genommen werden. Das ist städtebaulich nicht gewollt.

Das Planungsgebiet liegt im Einzugsbereich der Haltestelle „Rastede, Abzw. Bahnhofstraße“, die von den Linien 340, 341, 343, 344 und N31 bedient wird. Die Linie 340

verkehrt regelmäßig zwischen Oldenburg und Jaderberg, während die Linien 341, 343 und 344 ausschließlich auf die Bedürfnisse der Schülerbeförderung ausgerichtet sind.

3.2.5 Altlasten/ Baugrund

Für das Plangebiet wurde eine Baugrunduntersuchung erstellt, die gleichzeitig der Beprobung der obersten Bodenschichten diene, um Aussagen über den Belastungszustand der Böden zu erhalten.³ Es wurden Rammkernsondierbohrungen niedergebracht und Bodenproben aus der Auffüllung ausgewählt, die hinsichtlich der Entsorgung des anfallenden Bodenaushubs abfallrechtlich deklariert wurden.

Die Gutachter haben festgestellt, dass in den Proben aus den Auffüllungen erhöhte Schadstoffgehalte (PAK) vorliegen und somit Hinweise für eine Belastung dieser Böden bestehen (LAGA Z 2 bis LAGA > Z2). Falls Bodenmaterial bei der Baufeldräumung auf dem Gelände anfällt, muss es ordnungsgemäß verwertet werden (LAGA Z0 bis LAGA Z2) oder entsorgt (LAGA >Z2, gefährlicher Abfall).

Die Herkunft der Bodenverunreinigungen ist derzeit unklar. In holzverarbeitenden Betrieben wurde in früheren Jahren mit PAK-haltigen Stoffen (Carbolineum, Steinkohlenteeröl) umgegangen. Bei der Geländebegehung war augenscheinlich keine oberflächliche Verunreinigung erkennbar. Es sind neben der festgestellten, flächenhaften Verunreinigung auch kleinere „hot-spots“ möglich, wo diese Stoffe direkt eingesetzt oder gelagert wurden.

Die Gutachter haben deshalb empfohlen, eine Begleitung der Abriss- und Tiefbauarbeiten sowie eine Freimessung des Geländes nach Anforderungen des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) durchzuführen.

3.2.6 Belange der Ver- und Entsorgung, Kampfmittel

Das Plangebiet ist bereits bebaut und zum großen Teil versiegelt. Das anfallende Oberflächenwasser soll im bestehenden System entsorgt werden.

Die Schmutzwasserentsorgung des Gebietes wird durch die öffentlichen Versorgungsträger gewährleistet.

Die Versorgung mit Erdgas und elektrischer Energie erfolgt durch neu zu errichtende Netze der EWE NETZ GmbH.

Die Wasserversorgung erfolgt durch den Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband. Das Planungsgebiet kann im Rahmen einer erforderlichen Rohrnetzerweiterung an die zentrale Trinkwasserversorgung angeschlossen werden. Sollte die Nutzung einer Brauchwasseranlage (z. B. Regenwasserzisterne, Hausbrunnen, Grauwassernutzung) im

³ Böker und Partner: Orientierende Untersuchung Mühlenstraße 8 in 26180 Rastede, Oldenburg, den 25.08.2014

Haushalt vorgesehen sein (z.B. Toilettenspülung), ist dieses dem Gesundheitsamt, Lange Straße 36, 26655 Westerstede, anzuzeigen. Die Installation solcher Anlagen muss den technischen Normen entsprechen. Querverbindungen (z. B. Eigenwasserversorgungsanlage/öffentliche Wasserversorgung) sind auch innerhalb der Hausinstallation nicht zulässig.

Die Entsorgung der im Plangebiet anfallenden Abfälle erfolgt entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen sowie den jeweils gültigen Satzungen zur Abfallentsorgung des Landkreises. Die Beseitigung der festen Abfallstoffe ist damit gewährleistet. Evtl. anfallender Sonderabfall ist einer den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Entsorgung zuzuführen.

Es kann nicht unterstellt werden, dass keine Kampfmittelbelastung im Planungsbereich vorliegt.

3.2.7 Belange des Denkmalschutzes

Innerhalb des im Plangebiet befindlichen alten Gewerbebetrieb befinden sich Gerätschaften, die im Zusammenhang mit der Holzbiegerei stehen und als Baudenkmale einzustufen sind. Insbesondere die alte Dampfmaschine ist von besonderer Bedeutung. Bei den angesprochenen Baudenkmalen (z.B. Dampfmaschine) handelt es sich um transportable Anlagen, die nicht an den Boden gebunden sind. Sofern diese Anlagen denkmalrechtlich geschützt sind, obliegt ihr Schutz bzw. ihre Unterbringung und die Sicherung den Eigentümern. Die Unterbringung und Sicherung dieser Anlagen ist nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens. Ihre Sicherung wird parallel zur Änderung des Bebauungsplanes in Abstimmung mit dem Landkreis geregelt.

4. Inhalte der Festsetzungen

4.1 Art und Maß der baulichen Nutzung

Das Plangebiet wird als Allgemeines Wohngebiet nach § 4 BauNVO festgesetzt. Damit wird der städtebaulichen Zielsetzung entsprochen, im Plangebiet ein Wohngebiet zu entwickeln.

Im Allgemeinen Wohngebiet sind maximal zwei Geschosse mit einer maximalen Gebäudehöhe von 28,00 m über NHN zulässig. Bezugspunkte sind die Oberkante des Gebäudes und Normalhöhennull. Die Höhenfestsetzung wurde unter Berücksichtigung des östlich vorhandenen Mehrfamilienhauses getroffen. Bei einer Geländehöhe von ca. 15 m ü. NHN entspricht das einer maximalen Gebäudehöhe von ca. 13 m.

Außerdem wird eine abweichende Bauweise ausgewiesen. Abweichend sind nur Gebäudelängen bis 28 m zulässig. Oberirdische Gebäude, die lediglich durch unter der

Geländeoberfläche liegende Gebäudeteile verbunden werden, sind als selbstständige Gebäude zu werten.

Die Grundflächenzahl wird mit 0,4, die Geschossflächenzahl mit 0,8 festgesetzt. Diese Ausnutzungsziffern schöpfen in Anbetracht der zentralen Lage die Höchstgrenzen des § 17 (1) BauNVO aus. Die zulässige Grundfläche (GRZ 2) darf durch Tiefgaragen über die nach § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO festgelegte Überschreitung von 50 % hinaus, um eine Grundfläche von 0,2 bis zu einer Grundfläche von 0,8 überschritten werden ($0,6+0,2 = 0,8$). Diese Festsetzung ist erforderlich, um eine zweckmäßige Ausnutzung des Grundstückes durch Tiefgaragen zu ermöglichen. Tiefgaragen unterstreichen die Qualität des Plangebietes. Flächige oberirdische Stellplatzanlagen sind aufgrund ihres Erscheinungsbildes städtebaulich nicht erwünscht.

Für die einzelnen Gebäude werden jeweils separat zugeschnittene Baufelder festgesetzt. Damit wird eine interne Gliederung des Gebietes in zwei Bauzeilen erreicht. Die Baugrenzen werden zur Mühlenstraße in einem Abstand von 5 m eingetragen. Es wird eine optimale Ausrichtung der Gebäude bzw. eine Ausrichtung der Freibereiche in Richtung Süden ermöglicht. Zu den Altanliegern werden die Baugrenzen in einem Abstand von 3 m zu den Grundstücksgrenzen festgesetzt.

4.2 Stellplätze/ Tiefgaragen

Tiefgaragen sind mit Ausnahme der Zu-/Abfahrtsrampe vollständig unterhalb der Geländeoberfläche anzulegen.

Oberirdische Stellplätze sind neben der im Planteil abgegrenzten Flächen für Stellplätze auch innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

Auf den nicht überbaubaren Flächen entlang der Mühlenstraße sind Nebenanlagen nach § 14 BauNVO mit Ausnahme von Einfriedungen sowie Garagen und offene Kleingaragen nach § 12 BauNVO nicht zulässig. Damit wird der Straßenraum optisch vergrößert.

Zu weiteren Vorschriften in den örtlichen Bauvorschriften s. Kap. 5.

4.3 Festsetzungen zum Lärmschutz

Es werden die Lärmpegelbereiche II und III festgesetzt.

Gemäß § 9 (1) Nr. 24 BauGB müssen bei der Errichtung von neuen Gebäuden oder der wesentlichen baulichen Änderung der Außenbauteile bestehender Gebäude innerhalb der gekennzeichneten Lärmpegelbereiche des Plangebietes, die dem dauerhaften Aufenthalt von Menschen dienen, die Mindestanforderungen an die Luftschalldämmung von den nach außen abschließenden Bauteilen von Aufenthaltsräumen der DIN 4109, Tabelle 8 eingehalten werden.

In den mit Lärmpegelbereich II und III gekennzeichneten Bereichen sind die folgenden resultierenden Schalldämm-Maße durch die Außenbauteile einzuhalten:

Lärmpegelbereich II

Aufenthaltsräume von Wohnungen u. ä. erf. $R'_{w, res} = 30 \text{ dB}$

Büroräume u. ä. erf. $R'_{w, res} = 30 \text{ dB}$

Lärmpegelbereich III

Aufenthaltsräume von Wohnungen u. ä. erf. $R'_{w, res} = 35 \text{ dB}$

Büroräume u. ä. erf. $R'_{w, res} = 30 \text{ dB}$

Innerhalb der mit Lärmpegelbereich II und III gekennzeichneten Bereiche ist als Vorkehrung zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen die erforderliche Gesamtschalldämmung der Außenfassaden auch im Lüftungszustand sicherzustellen.

5. Örtliche Bauvorschriften

Der Geltungsbereich der örtlichen Bauvorschriften ist identisch mit dem Geltungsbereich der 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6d. Orientiert an in der Umgebung ortstypischen Wohnbebauung lassen sich für das Ortsbild positive bebauungsstrukturelle Merkmale ableiten. Mit den örtlichen Bauvorschriften soll erreicht werden, dass die Gestaltvielfalt auf ein angemessenes Maß reduziert wird. Die Bau- und Gestaltungsfreiheit des einzelnen bleibt trotz der Festsetzungen weitestgehend erhalten. Konkret werden Gestaltungsvorschriften zur Dachform und zur Dachneigung, zur Einfriedung sowie zur Anzahl an Einstellplätzen und Tiefgaragenstellplätzen erlassen.

Unter Berücksichtigung vorhandener und vergleichbarer Wohngebiete im Gemeindegebiet soll das geneigte Dach als dominierendes Gestaltelement fortgeführt werden. Die Hauptgebäude sind entsprechend dem ortsüblichen Erscheinungsbild mit einer Dachneigung von mindestens 15° auszuführen. Damit wird die ortsgestalterische Kontinuität fortgesetzt. Den Dächern wird damit eine ausreichende Ansichtsfläche gegeben. Ebenfalls in Anlehnung an die Bebauung in der Umgebung werden geschnittene Laubgehölzhecken entlang der straßenseitigen Grundstücksgrenze vorgeschrieben. Innerhalb der Heckenführung sind Zäune gestattet, jedoch nicht höher als die eigentliche Hecke. Damit wird das bestehende Ortsbild fortgesetzt.

Großflächige Stellplatzanlagen sind aufgrund ihres Erscheinungsbildes städtebaulich nicht erwünscht. Daher wird über örtliche Bauvorschrift abgesichert, dass mindestens 50 % der insgesamt je Baugrundstück erforderlichen Einstellplätze als Tiefgaragenstellplätze vorzusehen sind. Zudem wird festgesetzt, dass je Wohneinheit 2 Einstellplätze anzulegen sind. Damit wird der öffentliche Raum von Parksuchverkehren und von parkenden Autos freigehalten.

Im Einzelnen wird erlassen:

1. Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der örtlichen Bauvorschriften ist identisch mit dem Geltungsbereich der 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6d.

2. Dachform und Dachneigung

Die obersten Geschosse von Hauptgebäuden (bei Staffelgeschossen ist ausschließlich das Staffelgeschoß das oberste Geschoß) sind mit einem geneigten Dach zu erstellen. Die Dachneigung muss mindestens 15° betragen. Aus gestalterischen Gründen dürfen maximal 10 % der relevanten Dachfläche mit einer geringeren Dachneigung ausgeführt werden.

Ausgenommen von dieser Regelung sind begrünte Dächer, Dachgauben und Dachaufbauten, sowie Wintergärten. Bei Garagen und Nebenanlagen sind auch Flachdächer zulässig.

3. Einfriedung

Entlang der straßenseitigen Grundstücksgrenze ist das Baugrundstück mit geschnittenen Laubgehölzhecken (z.B. Hainbuche, Weißdorn, Rotbuche, Liguster, Stechpalme), mit einer Mindesthöhe von 0,60 m, einzufrieden. Innerhalb der Heckenführung sind Zäune gestattet, jedoch nicht höher als die eigentliche Hecke.

4. Einstellplätze

Gemäß § 84 Abs. 1 Nr. 2 NBauO wird festgelegt, dass je Wohneinheit 2 Einstellplätze anzulegen sind.

5. Tiefgaragenstellplätze

Mindestens 50 % der insgesamt je Baugrundstück erforderlichen Einstellplätze sind als Tiefgaragenstellplätze vorzusehen.

6. Ergänzende Angaben

6.1 Daten zum Verfahrensablauf

	Beschluss über den Entwurf und die öffentliche Auslegung der Planung
	Ortsübliche Bekanntmachung des Entwurfsbeschlusses und der öffentlichen Auslegung
	Öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB

	Satzungsbeschluss
--	-------------------

6.2 Städtebauliche Flächenbilanz

Die Größe des Plangebietes beträgt ca. 5.050 qm.

Rastede, den

Der Bürgermeister



Gemeinde Rastede
8. Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 D - Mühlenstraße
Abwägung der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB
und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
1	Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede 24.07.2015	<p>Ich bitte darum, mir spätestens nach Abschluss des Verfahrens gemäß Runderlass des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 06.08.2008 (Az.: 501.2 - 21013.4) eine beglaubigte Abschrift der Berichtigung des Flächennutzungsplans zu übersenden (zunächst ist hierfür noch eine fortlaufende Nr. zu vergeben und Kapitel 1.5 der Begründung entsprechend zu ergänzen).</p> <p>Im Altlastenkataster meiner unteren Bodenschutzbehörde ist das Planänderungsgebiet aufgrund der gewerblichen Historie und einer im August 2014 durchgeführten Altlastenuntersuchung als belasteter Altstandort gekennzeichnet. Daher ist das Planänderungsgebiet entsprechend § 9 Abs. 5 Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Altlaststandort mit belasteten Böden zu kennzeichnen (Planzeichen Nr. 15.12 der Anlage zur Planzeichenverordnung: Umgrenzung der Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind).</p> <p>Zukünftige Abriss- und Tiefbauarbeiten sind durch ein Fachbüro für Altlasten gutachtlich zu begleiten. Die Altlastensanierung hat nach den Anforderungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) sowie der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) zu erfolgen.</p>	<p>Der Anregung wird nachgekommen.</p> <p>Der Anregung wird nachgekommen. Das Plangebiet wird entsprechend als Altlaststandort mit belasteten Böden gekennzeichnet.</p> <p>Für das Plangebiet wurde eine Baugrunduntersuchung erstellt, die gleichzeitig der Beprobung der obersten Bodenschichten diente, um Aussagen über den Belastungszustand der Böden zu erhalten.¹ Die Gutachter haben festgestellt, dass in den Proben aus den Auffüllungen erhöhte Schadstoffgehalte (PAK) vorliegen und somit Hinweise für eine Belastung dieser Böden bestehen (LAGA Z 2 bis LAGA > Z2). Falls Bodenmaterial bei der Baufeldräumung auf dem Gelände anfällt, muss es ordnungsgemäß verwertet werden (LAGA Z0 bis LAGA Z2) oder entsorgt (LAGA >Z2, gefährlicher Abfall). Die Gutachter haben deshalb empfohlen, eine Begleitung der Abriss- und Tiefbauarbeiten sowie eine Freimessung des Geländes nach Anforderungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) durchzuführen.</p>

1

Böker und Partner: Orientierende Untersuchung Mühlenstraße 8 in 26180 Rastede, Oldenburg, den 25.08.2014



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Landkreis Ammerland	<p>Erst nach Vorlage eines Fachbüro-Abschlussberichts, mit dem die Einhaltung der Prüfwerte für Wohngebiete (Wirkungspfad Boden-Mensch) nachgewiesen wird, kann eine Freigabe für die geplante Nutzung als allgemeines Wohngebiet durch meine untere Bodenschutzbehörde erfolgen. Anfallendes Bodenmaterial ist nach der LAGA-Richtlinie (TR Boden 2004) ordnungsgemäß zu verwerten bzw. zu entsorgen.</p> <p>In dem alten Gewerbebetrieb innerhalb des Planänderungsgebietes befinden sich Gerätschaften, die im Zusammenhang mit der Holzbiegerei stehen und als Baudenkmale einzustufen sind. Insbesondere die alte Dampfmaschine ist von besonderer Bedeutung. Meine untere Denkmalschutzbehörde hat daher nur dann keine Bedenken gegen diese Planung, wenn ihr ein denkmalrechtliches Konzept zur Unterbringung und Sicherung der Gerätschaften vorgelegt wird.</p> <p>Meine untere Straßenverkehrsbehörde begrüßt die örtliche Bauvorschrift Nr. 4, wonach je Wohneinheit jeweils zwei Einstellplätze anzulegen sind, und legt Wert darauf, dass im weiteren Verlauf dieser Planung an dieser örtlichen Bauvorschrift festgehalten wird.</p> <p>Da die Gebäudehöhe mit zeichnerischer und textlicher Festsetzung auf die NHN-Höhe bezogen wird, vermisst meine untere Bauaufsichtsbehörde in der Planzeichnung einen Bezugspunkt mit einer NHN-Höhe sowie entsprechender Beschriftung und bittet um entsprechende Ergänzung.</p> <p>Diese Planung sollte um Aussagen zur Anbindung des Planänderungsgebietes an den öffentlichen Personennahverkehr entsprechend der Stellungnahme des VBN vom 23.07.2015 ergänzt werden.</p> <p>Aus redaktioneller Sicht bitte ich, die Einheit für das Schalldämm-Maß in der textlichen Festsetzung Nr. 4 (meines Erachtens "erf. R'W,res" anstatt "erf. R'Wi res"),</p> <p>die Angabe der Spalte der Tabelle 8 der DIN 4109 für Wohn- und Schlafräume im Hinweis Nr. 4 (meines Erachtens Spalte 4 anstatt Spalte 5),</p>	<p>Die vorstehenden Ausführungen sind in der Begründung bereits enthalten. Die Gemeinde Rastede geht davon aus, dass bei Berücksichtigung der o.g. Anforderungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes die Voraussetzungen für die geplante Nutzung als Allgemeines Wohngebiet gegeben sind. Ein entsprechender Abschlussbericht wird erstellt.</p> <p>Bei den angesprochenen Baudenkmalen (z.B. Dampfmaschine) handelt es sich um transportable Anlagen, die nicht an den Boden gebunden sind. Sofern diese Anlagen denkmalschutzrechtlich geschützt sind, obliegt ihr Schutz bzw. ihre Unterbringung und die Sicherung den Eigentümern. Die Unterbringung und Sicherung dieser Anlagen ist nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens. Ihre Sicherung wird parallel zur Änderung des Bebauungsplanes in Abstimmung mit dem Landkreis geregelt. Die nebenstehenden und vorherigen Aussagen werden in der Begründung ergänzt.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Die Angabe/ Festsetzung einer NHN-Höhe bedarf nicht eines Planeintrages. Sie gilt universell. In der Begründung ist bereits ausgeführt, dass die zulässige Gebäudehöhe von 28 m ü. NHN einer absoluten Gebäudehöhe von ca. 13 Metern entspricht.</p> <p>Die Begründung wird entsprechend ergänzt (s. Punkt 9 dieser Abwägung).</p> <p>Der Anregung wird nachgekommen.</p> <p>Die Anregung wird im Lärmgutachten und in den Hinweisen berücksichtigt.</p>



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Landkreis Ammerland	<p>das erforderliche bewertete Schalldämm-Maß in den Spalten 2 und 3 der Tabelle im Hinweis Nr. 4 (das Zeichen ">" für die Aussage "größer als" sollte durch die Zeichen für die Aussage "größer/gleich als" ersetzt werden),</p> <p>die Organzuständigkeit im Verfahrensvermerk für den Aufstellungsbeschluss (meines Erachtens Verwaltungsausschuss anstatt Rat),</p> <p>die Aktualität der letzten Änderung des Baugesetzbuchs auf der Planzeichnung,</p> <p>die kommunale Rechtsgrundlage im Kapitel 1.2 der Begründung (Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz anstatt Niedersächsische Gemeindeordnung) und</p> <p>die Himmelsrichtungen im Unterkapitel "Naturschutzrechtliche Schutzgebiete und Schutzobjekte" im Kapitel 3.2.1 der Begründung (das FFH-Gebiet "Mansholter Holz, Schippstroht" befindet sich nicht im Südosten, sondern im Südwesten des Planänderungsgebietes; das Naturschutzgebiet "Hochmoor und Grünland am Heiddeich" befindet sich nicht westlich, sondern östlich des Planänderungsgebietes)</p> <p>zu überprüfen.</p>	<p>Der Anregung wird nachgekommen.</p> <p>Die Verfahrensvermerke werden angepasst.</p> <p>Der Anregung wird nachgekommen.</p> <p>Der Anregung wird nachgekommen.</p> <p>Das relevante Kapitel wird korrigiert.</p>
2	Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg Kaiserstr. 27 26122 Oldenburg 20.07.2015	<p>Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 6 D liegt an der Gemeindestraße „Mühlenstraße“ und in deutlichem Abstand zu der K131 „Oldenburger Straße“.</p> <p>Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg (NLStBV-OL), ist im Landkreis Ammerland für alle klassifizierten Bundes-, Landes- und Kreisstraßen zuständig. Das Plangebiet der o.g. Bauleitplanungen liegt außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der NLStBV-OL. Die Belange der NLStBV-OL sind nicht betroffen.</p> <p>Hinweise oder Anregungen sind nicht vorzutragen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>




Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
3	Nds. Landesamt für Denkmalpflege Abteilung Archäologie Ofener Str. 15 26121 Oldenburg 20.07.2015	Seitens der Archäologischen Denkmalpflege werden zu o. g. Planungen folgende Bedenken und Anregungen vorgetragen: In der Umgebung des Plangebietes befinden sich zwar denkmalgeschützte archäologische Fundstellen unterschiedlicher Zeitstellungen, direkt aus dem Plangebiet sind nach unserem derzeitigen Kenntnisstand aber keine archäologischen Fundstellen bekannt. Da das Plangebiet derzeit bereits durch ein Sägewerk bzw. einen Holzbetrieb genutzt wird und der Boden laut Erläuterungsbericht zudem schadstoffbelastet ist, kann auf eine archäologische Begleitung der Erdarbeiten verzichtet werden. Der Hinweis auf die Meldepflicht von Bodenfunden ist bereits in die Planunterlagen enthalten und sollte unbedingt beachtet werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Begründung wird um diese Aussagen ergänzt.
4	LWK Niedersachsen Bezirksstelle Oldenburg-Nord Im Dreieck 12 26127 Oldenburg 13.07.2015	Als Träger öffentlicher Belange Landwirtschaft bestehen keine Bedenken gegen die 8. Änderung des B-Plans Nr. 6 D "Rastede I". Die Innenentwicklung bzw. Nachverdichtung wird ausdrücklich begrüßt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
5	OOWV Georgstraße 4 26919 Brake 02.07.2015	Wir haben die Änderung des o. g. Bebauungsplanes zur Kenntnis genommen. Angrenzend an das Bebauungsgebiet befinden sich Versorgungsanlagen des OOWV. Das ausgewiesene Planungsgebiet kann im Rahmen einer erforderlichen Rohrnetzerweiterung an unsere zentrale Trinkwasserversorgung angeschlossen werden. Wann und in welchem Umfang diese Erweiterung durchgeführt wird, müssen die Gemeinde und der OOWV rechtzeitig vor Ausschreibung der Erschließungsarbeiten gemeinsam festlegen. Die notwendigen Rohrverlegungsarbeiten können nur auf der Grundlage der AVB Wasser V unter Anwendung des § 4 der Wasserversorgungsbedingungen des OOWV durchgeführt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Begründung wird um die nebenstehenden Aussagen ergänzt.



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung OOWV	<p>Wir machen darauf aufmerksam, dass die Gemeinde die sich aus diesem Paragraphen ergebende Verpflichtung rechtzeitig durch Kauf- oder Erschließungsverträge auf die neuen Grundstückseigentümer übertragen kann.</p> <p>Bei der Erstellung von Bauwerken sind gemäß DVGW Arbeitsblatt W 400-1 Sicherheitsabstände zu den Versorgungsleitungen einzuhalten. Außerdem weisen wir darauf hin, dass die Versorgungsleitungen gemäß DIN 1998 Punkt 5 nicht mit Bäumen überpflanzt werden dürfen.</p> <p>Um für die Zukunft sicherzustellen, dass eine Überbauung der Leitungen nicht stattfinden kann, werden Sie gebeten, ggf. für die betroffenen Leitungen ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht einzutragen.</p> <p>Für die ordnungsgemäße Unterbringung der Versorgungsleitungen innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen im Baugebiet, sollte ein durchgehender seitlicher Versorgungstreifen angeordnet werden. Dieser darf wegen erforderlicher Wartungs-, Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten weder bepflanzt noch mit anderen Hindernissen versehen werden. Um Beachtung der DIN 1998 und des DVGW Arbeitsblattes W 400-1 wird gebeten.</p> <p>Wir bitten vor Ausschreibung der Erschließungsarbeiten um einen Besprechungstermin, an dem alle betroffenen Versorgungsträger teilnehmen.</p> <p>Im Hinblick auf den der Gemeinde obliegenden Brandschutz (Grundschutz) weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass die Löschwasservorhaltung kein gesetzlicher Bestandteil der öffentlichen Wasserversorgung ist. Die öffentliche Wasserversorgung als Aufgabe der Daseinsvorsorge wird durch die gesetzlichen Aufgabenzuweisungen des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes (NBrandSchG) nicht berührt, sondern ist von der kommunalen Löschwasserversorgungspflicht zu trennen.</p>	<p>Die nebenstehenden Aussagen beziehen sich auf die Ausführungsebene und sind nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens.</p> <p>Die Eintragung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten ist weder möglich noch erforderlich, da sich die Leitungen außerhalb des Plangebietes befinden.</p> <p>Innerhalb des Plangebietes befinden sich keine öffentlichen Verkehrsflächen.</p> <p>Die nebenstehenden Aussagen beziehen sich auf die Ausführungsebene.</p>



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung OOWV	<p>Eine Pflicht zur vollständigen oder teilweisen Sicherstellung der Löschwasserversorgung über das öffentliche Wasserversorgungsnetz (leitungsgebunden) besteht durch den OOWV nicht. Allerdings können im Zuge der geplanten Rohrverlegungsarbeiten Unterflurhydranten für einen anteiligen Löschwasserbezug eingebaut werden. Lieferung und Einbau der Feuerlöschhydranten regeln sich nach den bestehenden Verträgen. Wir bitten, die von Ihnen gewünschten Unterflurhydranten nach Rücksprache mit dem Brandverhütungsingenieur in den genehmigten Bebauungsplan einzutragen.</p> <p>Da unter Berücksichtigung der baulichen Nutzung und der Gefahr der Brandausbreitung unterschiedliche Richtwerte für den Löschwasserbedarf bestehen (DVGW-Arbeitsblatt W 405), ist frühzeitig beim OOWV der mögliche Anteil (rechnerischer Wert) des leitungsgebundenen Löschwasseranteils zu erfragen, um planungsrechtlich die Erschließung als gesichert anerkannt zu bekommen.</p> <p>Evtl. Sicherungs- bzw. Umlegungsarbeiten können nur zu Lasten des Veranlassers oder nach den Kostenregelungen bestehender Verträge durchgeführt werden.</p> <p>Die Einzeichnung der vorhandenen Versorgungsanlagen in dem anliegenden Lageplan ist unmaßstäblich. Die genaue Lage der Leitungen gibt Ihnen der Dienststellenleiter Herr Kaper von unserer Betriebsstelle in Westerstede, Telefon 04488 845211, in der Örtlichkeit an.</p> <p>Nach endgültiger Planfassung und Beschluss als Satzung wird um eine Ausfertigung eines genehmigten Bebauungsplanes gebeten.</p> <p>Anlagen:</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die nebenstehenden Aussagen beziehen sich auf die Ausführungsebene und sind nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens. Die Eintragung von Unterflurhydranten in den genehmigten Bebauungsplan ist nicht möglich und nicht sinnvoll.</p> <p>Die nebenstehenden Aussagen beziehen sich auf die Ausführungsebene und sind nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens.</p> <p>Der Anregung wird nach Abschluss des Verfahrens nachgekommen.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung OOWV	 <p>Anlage 2: Bebauungsplanentwurf</p>	
6	Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH Heisfelder Straße 2 26789 Leer 08.07.2015	<p>Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 18.06.2015.</p> <p>Wir teilen Ihnen mit, dass die Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH gegen die von Ihnen geplante Maßnahme keine Einwände geltend macht.</p> <p>In Ihrem Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Bei objektkonkreten Bauvorhaben im Plangebiet werden wir dazu eine Stellungnahme mit entsprechender Auskunft über unseren vorhandenen Leitungsbestand abgeben.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
7	LGLN Regionaldirektion Hameln-Hannover Kampfmittelbeseitigungsdienst Marienstraße 34 30171 Hannover 23.06.2015	<p>Sie haben im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens oder einer vergleichbaren Planung das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln-Hannover (Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der Rückseite; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.</p> <p>Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenforschung zuständig sind.</p> <p>Eine Maßnahme der Gefahrenforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsluftbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.</p> <p>Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Es kann nicht unterstellt werden, dass keine Kampfmittelbelastung im Planungsbereich vorliegt.</p>	<p>Das Plangebiet ist bereits baulich genutzt. In der Begründung wird ergänzt, dass nicht unterstellt werden kann, dass keine Kampfmittelbelastung im Planungsbereich vorliegt.</p>
8	Ev.-luth. Kirchengemeinde Rastede Denkmalsplatz 2 26180 Rastede 30.04.2015	<p>Das Gelände der Sägerei Brötje grenzt mit seiner Südseite an die Liegenschaft der ev.-luth. Kirchengemeinde Rastede insbesondere ans Friedhofsgelände.</p> <p>Laut Gutachten ist im Planungsgebiet als Naturboden Podsol-Pseudogley vorhanden, die Grundwasserneubildungsrate ist generell hoch.</p>	



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Ev.-luth. Kirchengemeinde Rastede	<p>Als Beispiel hierfür sei die in den Jahren verdichtet Bebauung um die Kirche in Edeweht zitiert. Dort ist der Grundwassererstand so angestiegen, dass auf dem dortigen Friedhof nur noch mit erheblichen Aufwand oder gar nicht mehr beerdigt werden kann, weil sogenannte Wachsleichen entstehen.</p> <p>Es muss darauf geachtet werden, dass eventuell vorhandene Grundwasserströmungen nicht durch massive Fundamente, Tiefgaragen und Kellerbauten behindert werden. Hier muss eventuell eine entsprechende Dränage mit kontrollierter Ableitung vorgesehen werden.</p> <p>Darüber hinaus würden wir es begrüßen, wenn festgeschrieben wird, dass an der Friedhofsgrenze eine höhere (mannshohe) Hecke zu setzen und zu erhalten ist.</p> <p>Ob der Bereich noch zum Ensemble der denkmalgeschützten St.-Ulrichs-Kirche gehört, ist mit dem Amt für Denkmalschutz abzuklären.</p>	<p>Das Plangebiet ist bereits vollständig baulich genutzt und hoch versiegelt. Für die Gemeinde Rastede ist nicht erkennbar, dass mit der Neubebauung im Plangebiet an Anstieg des Grundwasserspiegels einhergehen könnte.</p> <p>Sofern beispielsweise für die Errichtung der Tiefgarage erforderlich, ist ein entsprechender Nachweis im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu erbringen.</p> <p>Zum Friedhof hin ist bereits eine Heckeneingrünung vorhanden. Die Schnitthecke befindet sich zum überwiegenden Teil auf dem Friedhofsgelände und trennt die beiden Nutzungsformen optisch voneinander. Es wird kein Erfordernis für eine höhere oder eine zusätzliche Heckenstruktur gesehen, es handelt sich nicht um eine Ortsrandsituation.</p> <p>Der Landkreis als Untere Denkmalschutzbehörde hat mit Blick auf die Kirche keine Bedenken gegen die Planung vorgebracht.</p>
9	VBN Willy-Brand-Platz 7 28215 Bremen 23.07.2015	<p>Das Planungsgebiet liegt im Einzugsbereich der Haltestelle „Rastede, Abzw. Bahnhofstraße“, die von den Linien 340, 341, 343, 344 und N31 bedient wird. Die Linie 340 verkehrt regelmäßig zwischen Oldenburg und Jaderberg, während die Linien 341, 343 und 344 ausschließlich auf die Bedürfnisse der Schülerbeförderung ausgerichtet sind.</p> <p>Der Sachverhalt ist mit dem Landkreis Ammerland und dem Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (ZVBV) abgestimmt. Dieses Schreiben gilt in Bezug auf den öffentlichen Personennahverkehr als gemeinsame Stellungnahme.</p>	Die Begründung wird um die nebenstehenden Aussagen ergänzt.



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
10	Deutsche Telekom Technik GmbH Ammerländer Heerstraße 138 26129 Oldenburg 21.07.2015	<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Durch die Änderung des Bebauungsplanes reichen unsere bestehenden Anlagen ev. nicht aus, um die zusätzlichen Wohngebäude an unserer Telekommunikationsnetz anzuschließen. Es kann deshalb sein, dass bereits ausgebaute Straßen ggf. wieder aufgebrochen werden müssen.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie bezieht sich auf die Ausführungsebene und ist nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens.
Keine Anregungen und Bedenken hatten: <ol style="list-style-type: none">1. Oldenburgische IHK, Schreiben vom 23.07.20152. Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Hannover, Schreiben vom 22.07.20153. EWE NETZ GmbH, Schreiben vom 14.07.20154. TenneT TSO GmbH, Schreiben vom 09.07.20155. Gastransport Nord GmbH, Schreiben vom 14.07.20156. Avacon AG, Schreiben vom 06.07.20157. Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg, Schreiben vom 06.07.20158. ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Schreiben vom 25.06.2015			

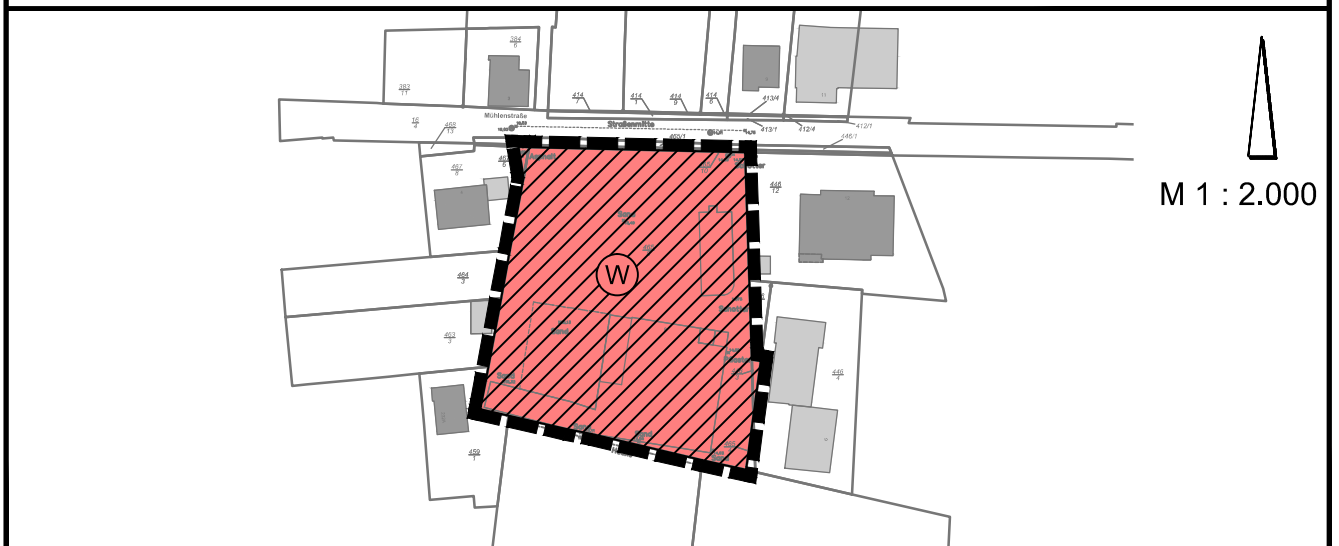


Nr.	Private Einwen- der/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
<div data-bbox="168 354 2128 486">Es wurden keine Stellungnahmen abgegeben.</div>			

Ausschnitt rechtswirksamer Flächennutzungsplan



61. Anpassung des Flächennutzungsplanes



Planzeichenerklärung



Wohnbaufläche



Geltungsbereich der FNP-Änderung

61. Anpassung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rastede (§ 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB)

Die Gemeinde Rastede hat im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB den Bebauungsplan Nr. 6d, 8. Änderung für die Innenentwicklung aufgestellt. Der Satzungsbeschluss durch den Rat der Gemeinde Rastede wurde am gefasst.

Gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 2 wird der Flächennutzungsplan der Gemeinde Rastede im Wege der Berichtigung angepasst.

Rastede, den

Der Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/216

freigegeben am **25.11.2015**

GB 2

Sachbearbeiter/in: Sabine Meyer

Datum: 19.11.2015

Kommunalwahl 2016 - Wahlbereich/e

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	08.12.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Rastede bildet für die Kommunalwahl 2016 einen Wahlbereich.

Sach- und Rechtslage:

Durch Verordnung vom 11.05.2015 hat die Niedersächsische Landesregierung festgelegt, dass die kommunalen allgemeinen Neuwahlen am 11. September 2016 stattfinden.

Die Zahl der Abgeordneten wird in § 46 Absatz 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) festgelegt. Die Zahl der Ratsfrauen und Ratsherren beträgt in Gemeinden mit 20.000 bis 25.000 Einwohnerinnen und Einwohnern 34. Die amtliche Einwohnerzahl zum Stichtag 31.03.2015 betrug 21.760.

Entsprechend § 7 Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz (NKWG) wird die Kommunalwahl in Wahlbereichen durchgeführt. Wahlgebiete, in denen die Zahl der zu wählenden Abgeordneten mindestens 34 und höchsten 39 beträgt, können in zwei Wahlbereiche eingeteilt werden (§ 7 Abs. 3 NKWG). Insofern besteht für die Gemeinde Rastede ein Wahlrecht, entweder das Gemeindegebiet in zwei Wahlbereiche oder für das gesamte Gemeindegebiet einen einheitlichen Wahlbereich zu bilden. Für die letzte Kommunalwahl in 2011 wurde sich für einen Wahlbereich ausgesprochen, davor waren es zwei Wahlbereiche.

Ein Wahlbereich hat den Vorteil, dass alle Kandidaten von allen Bürgern im Gemeindegebiet gewählt werden können. Bei Teilung des Gemeindegebietes in zwei Wahlbereiche ist zu berücksichtigen, dass gem. § 7 Abs. 6 NKWG die Abweichung der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlbereiche nicht mehr als 25 % nach oben oder nach unten betragen soll.

Die Wahlbereiche Nord und Süd entsprechend der Kommunalwahl 2006 würden unter Berücksichtigung der aktuellen Einwohnerzahlen die gesetzliche Schwankungsbreite einhalten. Dabei bleibt zu bedenken, dass sich der Verlauf der Grenze durch den Hauptort zieht.

Für die Bestimmung der Zahl der Abgeordneten und der Abgrenzung der Wahlbereiche ist die Einwohnerzahl nach § 177 Abs. 2 NKomVG maßgeblich. Das Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN) hat die Landeswahlleiterin darüber informiert, dass die maßgeblichen Einwohnerzahlen zum Stichtag 30.06.2015 erst Ende Januar 2016 erwartet werden. Vor diesem zeitlichen Hintergrund soll laut der Landeswahlleiterin auf die vom LSN zum Stichtag 31.03.2015 ermittelte Einwohnerzahl zurückgegriffen werden, da sich dieser Stichtag noch im zeitlichen Korridor des § 177 Abs. 2 NKomVG befindet.

Hinsichtlich der Wahlbezirke bleibt anzumerken, dass eine Änderung zur letzten Wahl (Europawahl im Mai 2014) nur hinsichtlich der Räumlichkeiten des ehemaligen Ev. Gemeindehauses in Kleibrok verwaltungsseitig als erforderlich erachtet wird. Der Wahlvorstand soll zukünftig in den Räumlichkeiten des Bauhofes untergebracht werden. Anderweitige Räumlichkeiten stehen nicht zur Verfügung beziehungsweise sind bereits mit anderen Wahlbezirken belegt.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Durchführung der Wahl sind im Haushaltsplan 2016 zum Produkt Statistik und Wahlen Kosten in Höhe von 41.100 Euro eingeplant. Dem gegenüber stehen zu erwartende Einnahmen in Höhe von 10.000 Euro.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/122**freigegeben am **14.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 22.07.2015**Haushalt 2010 - Beschluss über die Jahresrechnung 2010 -
Entlastung des Bürgermeisters****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Ergebnisse des Jahresabschlusses - ohne Überschussverwendung - werden wie folgt festgestellt:
Ordentliches Ergebnis: Überschuss in Höhe von 3.658.236,06 Euro
Außerordentliches Ergebnis: Fehlbetrag in Höhe von 192.529,49 Euro
2. Überschussverwendung:
 - a. Vom ordentlichen Ergebnis in Höhe von 3.658.236,06 Euro wird der Überschuss der kostenrechnenden Einrichtung zentrale Abwasserbeseitigung in Höhe von 171.713,23 Euro dem Sonderposten für Gebührenausgleich zugeführt. Das ordentliche Ergebnis reduziert sich dadurch auf 3.486.522,83 Euro
 - b. Vom verbliebenen v.g. ordentlichen Ergebnis in Höhe von 3.486.522,83 Euro wird der Überschuss der kostenrechnenden Einrichtung dezentrale Abwasserbeseitigung, soweit er nicht zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren benötigt wird, in Höhe von 534,84 Euro dem Sonderposten für Gebührenausgleich zugeführt. Das ordentliche Ergebnis reduziert sich dadurch auf 3.485.987,99 Euro
 - c. Vom verbliebenen v.g. ordentlichen Ergebnis in Höhe von 3.485.987,99 Euro wird der Überschuss der kostenrechnenden Einrichtung Straßenreinigung in Höhe von 777,34 Euro dem Sonderposten für Gebührenausgleich zugeführt. Das ordentliche Ergebnis reduziert sich dadurch auf 3.485.210,65 Euro.

- d. Der verbleibende Überschuss von 3.485.210,65 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
3. Ausgleich Fehlbetrag
 - a. Zum Ausgleich des Fehlbetrages des außerordentlichen Ergebnishaushaltes wird der Gesamtbestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 33.525,61 Euro entnommen. Der Fehlbetrag reduziert sich damit auf den Betrag von 159.003,88 Euro.
 - b. Zum Ausgleich des verbliebenen Fehlbetrages in Höhe von 159.003,88 Euro wird eine Verrechnung mit der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses vorgenommen. Zu diesem Zweck ist der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Haushaltes ein Betrag in Höhe des verbliebenen Fehlbetrages zu entnehmen.
4. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010 wird unter Berücksichtigung der vorstehenden Punkte beschlossen.
5. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2010 Entlastung erteilt.

Sach- und Rechtslage:

Nach § 129 Abs. 1 NKomVG stellt der Bürgermeister die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses fest und legt ihn dem Rat mit dem jeweiligen Schlussbericht der Rechnungsprüfung und mit einer eigenen Stellungnahme zu diesem Bericht vor. Der Rat beschließt über den Jahresabschluss und die Entlastung des Bürgermeisters.

Die Verwaltung hat unverzüglich nach Ausfertigung des Jahresabschlusses 2010 diesen dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegt. Die Prüfung wurde durchgeführt und darüber der anliegende Prüfbericht vom 26.05.2015 ausgefertigt. Zu den Prüfungsbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes ist eine Stellungnahme erstellt worden. Sie ist in der Anlage beigefügt. Im Ergebnis ergeben sich keine Feststellungen oder Beanstandungen, die einer Entlastung des Bürgermeisters entgegenstehen.

Begründung für den Vorschlag der Überschussverwendung und Deckung des Fehlbetrages:

Ein positives Jahresergebnis ist immer das Ziel einer Kommune. Der gegebenenfalls vorhandene Überschuss muss im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten verwendet, ein Fehlbetrag muss nach den gesetzlichen Vorgaben im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten ausgeglichen werden.

Die Verwaltung schlägt dem Rat vor, den Überschuss des ordentlichen Ergebnishaushaltes zunächst „nur“ der Überschussrücklage und nicht schon dem Reinvermögen zuzuschlagen. Auf die Ausführungen im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2009 wird insoweit verwiesen.

Der Jahresabschluss 2010 ist der zweite doppische Jahresabschluss, den die Gemeinde Rastede erstellt hat. Es wurde davon Abstand genommen, nur anhand von zwei Jahresergebnissen grafische Entwicklungskurven und damit Kennzahlen zu berechnen, um aus diesen heraus Entwicklungen und Tendenzen zu schlussfolgern. Lediglich zwei Wirtschaftsergebnisse lassen dies nach Meinung der Verwaltung noch nicht zu. Es kann jetzt allenfalls positiv zur Kenntnis genommen werden, dass weitestgehend alle Bilanzwerte einen positiven Sprung gemacht haben und die Bilanzsumme gestiegen ist.

Die in dem Beschlussvorschlag genannten Beträge finden sich so direkt nicht in der Bilanz. Dafür gibt es zwei Gründe:

- Das in der Bilanz unter der Position 1.3.2.1 ausgewiesene Jahresergebnis von 3.465.706,57 Euro ist das kumulierte Jahresergebnis des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses ohne Überschussverwendung und Fehlbetragsdeckung. Die Einzelbeträge finden sich in der Gesamtergebnisrechnung.
- Das in der Bilanz unter der Position 1.3.2.0 ausgewiesene Jahresergebnis von 173.025,41 Euro ist der kumulierte Wert von +171.713,23 Euro (Überschuss kostenrechnende Einrichtung zentrale Abwasserbeseitigung), +534,84 Euro (Überschuss kostenrechnende Einrichtung dezentrale Abwasserbeseitigung) und +777,34 Euro (Überschuss kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung). Diese Buchungen hätten erst nach Beschluss über diesen Beschlussvorschlag ausgeführt werden dürfen. Die Buchung war nicht korrekt, allerdings ohne Auswirkung auf das Ergebnis. Deshalb ist eine förmliche Beanstandung durch das RPA nicht erfolgt.
- Zahlenmäßige Gesamtdarstellung der Überschüsse und ihre Verwendung:

ordentliches Ergebnis:	3.658.236,06
Überschussverwendung:	
- Entnahme Überschuss zentrale Abwasserbeseitigung	- 171.713,23
- Entnahme Überschuss dezentrale Abwasserbeseitigung	- 534,84
- Entnahme kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung	- 777,34
Zwischenergebnis:	3.485.210,65
- Zuführung zur Rücklage Überschuss ordentliches Ergebnis:	-3.485.210,65
	0,00

außerordentliches Ergebnis (Fehlbetrag):	192.529,49
Deckung Fehlbetrag (begründet vor allem durch periodenfremde Aufwendungen) :	
- Entnahme Rücklage Überschuss außerordentliches Ergebnis:	-33.525,61
- Entnahme Rücklage Überschuss ordentliches Ergebnis:	- 159.003,88
	0,00

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Anlage 1: Jahresrechnung 2010

Anlage 2: Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Anlage 3: Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht



Jahresrechnung 2010

Inhaltsverzeichnis

Feststellungserklärung	3-4
Gesamtrechnung = Ergebnisrechnung u. Finanzrechnung	5-8
Teilhaushalte:	
TH1_01 Gemeindeorgane	9-14
TH2_01 Gleichstellungsbeauftragte	15-20
TH3_01 Stabstelle, Personal- und Organisation	21-26
TH3_02 Stabstelle, Haushalt und Finanzen	27-34
TH3_03 Stabstelle, Wirtschaftsförderung, Einrichtungen, Unternehmen, Tourismus	35-42
TH4_01 Zentrale Gebäudewirtschaft, Hochbau	43-48
TH5_01 Soziale Leistungen	49-66
TH5_011 Angelegenheiten der Kinder u. Jugendlichen	67-82
TH5_02 Ordnungsangelegenheiten, Allgem. Einrichtungen	83-96
TH5_021 Angelegenheit der Schulen	97-112
TH5_022 Heimat und Kulturpflege	113-128
TH5_023 Gesundheit und Sport	129-138
TH6_01 Räumliche Planung und Entwicklung, Tiefbau, Natur- und Landschaftspflege	139-154
Th6_02 Beziehungen zum Bauhof	155-160
Bilanz	161-166
Anhang zur Jahresrechnung	167-190
Anlagen zum Anhang	191
- Rechenschaftsbericht	192-194
- Anlagenübersicht	195-196
- Schuldenübersicht	197
- Forderungsspiegel	198
- Nebenrechnung nach § 56 GemHKVO	199-200

Jahresrechnung 2010

Feststellungserklärung

Feststellungserklärung zum Jahresabschluss 2010

Der Jahresabschluss zum 31.12.2010 der Gemeinde Rastede wurde gemäß den Vorschriften der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) und der Niedersächsischen Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (GemHKVO) aufgestellt.

Der Jahresabschluss enthält alle in § 128 NKomVG geforderten Bestandteile und Anlagen.

Gemäß § 128 Abs. 1 NKomVG wird hiermit die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2010 festgestellt.

Rastede, den 18.08.2014

Dudek
Leiter Fachbereich Haushalt und Finanzen

von Essen
Bürgermeister

Jahresrechnung 2010

Gesamtergebnisrechnung
Gesamtfinanzrechnung

Ergebnisrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis Vorjahr	Ergebnis Haushaltsjahr	Ansatz Haushaltsjahr	Differenz	aus Spalte 5: bisher nicht bewilligte über-/außer- planmäßige Aufwendungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben	-13.638.441,42	-15.587.277,05	-12.981.100	2.606.177,05	
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-5.131.729,56	-4.511.710,52	-4.219.573	292.137,52	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-1.640.933,53	-1.574.072,02	-1.550.229	23.843,13	
04. sonstige Transfererträge	-252.249,95	-415.753,58	-184.500	231.253,58	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-2.705.050,39	-3.023.384,60	-2.933.079	90.305,60	
06. privatrechtliche Entgelte	-2.716.380,61	-2.242.999,65	-1.406.950	836.049,65	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-733.448,95	-711.217,59	-684.900	26.317,59	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	-117.206,71	-138.356,58	-55.781	82.575,58	
09. aktivierte Eigenleistung					
10. Bestandsveränderungen	1.501.766,51	884.306,47	441.000	-443.306,47	
11. sonstige ordentliche Erträge	-840.639,83	-623.067,71	-378.100	244.967,71	
12.= Summe ordentliche Erträge	-26.274.314,44	-27.943.532,83	-23.953.212	3.990.320,94	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	6.024.881,84	6.099.976,02	6.239.076	139.099,81	
14. Aufwendungen für Versorgung			6	6,00	
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.195.580,91	4.811.298,41	5.292.817	481.518,59	
16. Abschreibungen	2.596.800,30	2.756.943,99	2.138.046	-618.897,99	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	148.872,73	109.590,19	265.000	155.409,81	
18. Transferaufwendungen	8.441.888,31	8.939.434,88	8.391.745	-547.689,88	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	1.225.732,75	1.568.053,28	1.221.349	-346.704,28	
20.= Summe ordentliche Aufwendungen	23.633.756,84	24.285.296,77	23.548.039	-737.257,94	
21. ordentliches Ergebnis	-2.640.557,60	-3.658.236,06	-405.173	3.253.063,00	
22. außerordentliche Erträge	-440.678,50	-165.363,93	0	165.363,93	
23. außerordentliche Aufwendungen	407.152,89	357.893,42		-357.893,42	
24. außerordentliches Ergebnis	-33.525,61	192.529,49	0	-192.529,49	
Jahresergebnis	-2.674.083,21	-3.465.706,57	-405.173	3.060.533,51	

Finanzrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Spalte 5: bisher nicht bewilligte über-/außer- planmäßige Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben	-13.552.828,23	-15.230.756,59	-12.981.100	2.249.656,59	
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-5.275.810,11	-4.556.948,92	-4.219.573	337.375,92	
03. sonstige Transfereinzahlungen	-233.214,30	-382.932,06	-184.500	198.432,06	
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	-2.870.032,47	-3.021.831,95	-2.933.079	88.752,95	
05. privatrechtliche Entgelte	-300.049,02	-186.950,94	-186.950	0,94	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-620.613,84	-917.858,41	-684.900	232.958,41	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	-121.812,71	-133.896,02	-55.781	78.115,02	
08. Einzahl. aus d. Veräußerung geringwert. Vermögensgegenstände	-339,08	-4.010,62		4.010,62	
09. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	-790.166,25	-474.775,39	-465.745	9.030,39	
10. = Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-23.764.866,01	-24.909.960,90	-21.711.628	3.198.332,90	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	5.903.185,59	5.840.867,82	6.084.900	244.032,18	
12. Auszahlungen für Versorgung			6	6,00	
13. Auszahl. f. Sach- u. Dienstl. u. GWG	5.169.892,18	5.007.443,25	5.292.517	285.073,75	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	148.872,73	109.590,19	265.000	155.409,81	
15. Transferauszahlungen	8.441.588,76	8.959.639,88	8.391.745	-567.894,88	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	1.483.333,60	1.544.243,45	1.305.014	-239.229,45	
17. = Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	21.146.872,86	21.461.784,59	21.339.182	-122.602,59	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.617.993,15	-3.448.176,31	-372.446	3.075.730,31	

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Spalte 5: bisher nicht bewilligte über-/außer- planmäßige Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	-411.915,13	-1.250.552,86	-1.482.092	-231.539,14	
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	-1.151.690,86	-1.276.625,90	-733.500	543.125,90	
21. Veräußerung von Sachvermögen	-2.533.587,30	-2.400.431,70	-1.709.000	691.431,70	
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen		-13.037,94		13.037,94	
23. sonstige Investitionstätigkeit	-95.365,67	-7.843,30	-7.843	0,30	
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	-4.192.558,96	-4.948.491,70	-3.932.435	1.016.056,70	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Auszahl. f.d. Erw. v. Grdstcken. u. Gebäuden	4.238.464,18	1.218.278,16	851.900	-366.378,16	
26. Auszahlungen für Baumaßnahmen	4.259.249,54	4.355.527,03	7.399.100	3.043.572,97	
27. Auszahl. f.d. Erw.v. bewegl. Sachvermögen	1.117.366,30	380.582,62	397.299	16.716,38	
28. Auszahlungen für Finanzvermögensanlagen		10.000,00		-10.000,00	
29. Auszahlungen f. aktivierbare Zuwendungen	649.333,25	457.075,91	280.100	-176.975,91	
30. Sonstige Investitionstätigkeit		75.268,78	67.000	-8.268,78	
31. = Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	10.264.413,27	6.496.732,50	8.995.399	2.498.666,50	
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	6.071.854,31	1.548.240,80	5.062.964	3.514.723,20	
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	3.453.861,16	-1.899.935,51	4.690.518	6.590.453,51	
34. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit		-474.100,00	-5.100.000	-4.625.900,00	
35. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.315.338,89	240.284,85	360.000	119.715,15	
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.315.338,89	-233.815,15	-4.740.000	-4.506.184,85	
37. Summe der Salden aus Zeile 33 und 36	4.769.200,05	-2.133.750,66	-49.482	2.084.268,66	
38. Haushaltsunwirksame Einzahlungen	-3.043.328,48	-2.895.635,52		2.895.635,52	
39. Haushaltsunwirksame Auszahlungen	2.845.202,87	3.463.492,07		-3.463.492,07	
40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-198.125,61	567.856,55		-567.856,55	
41. Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Jahres	-8.430.492,70	-3.847.913,91		-3.847.913,91	
42. Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	-3.847.913,91	-5.453.853,89		-5.453.853,89	

Jahresrechnung 2010

Teilhaushalt 1_01

Gemeindeorgane

A. Teil-Ergebnisrechnung 2010TH1_01 Gemeindeorgane

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte	-30,00	-70,00		70,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-1.968,18	-2.142,50		2.142,50	
12. =Summe ordentliche Erträge	-1.998,18	-2.212,50		2.212,50	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	230.923,61	255.123,79	291.000	35.876,21	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.672,36	14.424,38	26.100	11.675,62	
16. Abschreibungen		51,00		-51,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	13.234,00	13.603,99		-13.603,99	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	158.732,35	158.732,91	175.200	16.467,09	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	414.562,32	441.936,07	492.300	50.363,93	
21. ordentliches Ergebnis	412.564,14	439.723,57	492.300	52.576,43	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	17.062,58	4.842,40		-4.842,40	
24. außerordentliches Ergebnis	17.062,58	4.842,40		-4.842,40	
25. Jahresergebnis	429.626,72	444.565,97	492.300	47.734,03	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-429.626,72	-444.565,97	-492.300	-47.734,03	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	-429.626,72	-444.565,97	-492.300	-47.734,03	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	0,00	0,00	0	0,00	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH1_01 Gemeindeorgane

Produkt P1.01.00.111100 Gemeindeorgane

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte	-30,00	-70,00		70,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-1.968,18	-2.142,50		2.142,50	
12. =Summe ordentliche Erträge	-1.998,18	-2.212,50		2.212,50	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	230.923,61	255.123,79	291.000	35.876,21	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.672,36	14.424,38	26.100	11.675,62	
16. Abschreibungen		51,00		-51,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	13.234,00	13.603,99		-13.603,99	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	158.732,35	158.732,91	175.200	16.467,09	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	414.562,32	441.936,07	492.300	50.363,93	
21. ordentliches Ergebnis	412.564,14	439.723,57	492.300	52.576,43	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	17.062,58	4.842,40		-4.842,40	
24. außerordentliches Ergebnis	17.062,58	4.842,40		-4.842,40	
25. Jahresergebnis	429.626,72	444.565,97	492.300	47.734,03	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-429.626,72	-444.565,97	-492.300	-47.734,03	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	-429.626,72	-444.565,97	-492.300	-47.734,03	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	0,00	0,00	0	0,00	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH1_01 Gemeindeorgane

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen					
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte					
05. privatrechtliche Entgelte	-30,00	-70,00		70,00	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen					
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-30,00	-70,00		70,00	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	238.923,63	268.748,89	291.000	22.251,11	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	11.882,36	14.702,88	26.100	11.397,12	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen	13.234,00	13.603,99		-13.603,99	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	160.475,15	172.556,62	175.200	2.643,38	
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	424.515,14	469.612,38	492.300	22.687,62	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	424.485,14	469.542,38	492.300	22.757,62	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH1_01 Gemeindeorgane

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen					
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen		255,00		-255,00	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen			1.500	1.500,00	
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit		255,00	1.500	1.245,00	
32. Saldo aus Investitionstätigkeit		255,00	1.500	1.245,00	
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	424.485,14	469.797,38	493.800	24.002,62	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit					
37. Finanzmittelveränderung	424.485,14	469.797,38	493.800	24.002,62	

Jahresrechnung 2010

Teilhaushalt 2_01

Gleichstellungsbeauftragte

A. Teil-Ergebnisrechnung 2010TH2_01 Gleichstellung von Mann und Frau

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	156,21	914,23	200	-714,23	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	192,75		2.300	2.300,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	6.890,04	6.485,10	7.300	814,90	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	7.239,00	7.399,33	9.800	2.400,67	
21. ordentliches Ergebnis	7.239,00	7.399,33	9.800	2.400,67	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	59,40				
24. außerordentliches Ergebnis	59,40				
25. Jahresergebnis	7.298,40	7.399,33	9.800	2.400,67	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-7.298,40	-7.399,33	-9.800	-2.400,67	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	-7.298,40	-7.399,33	-9.800	-2.400,67	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	0,00	0,00	0	0,00	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH2_01 Gleichstellung von Mann und Frau

Produkt P1.02.00.111200 Gleichstellung von Mann und Frau

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	156,21	914,23	200	-714,23	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	192,75		2.300	2.300,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	6.890,04	6.485,10	7.300	814,90	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	7.239,00	7.399,33	9.800	2.400,67	
21. ordentliches Ergebnis	7.239,00	7.399,33	9.800	2.400,67	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	59,40				
24. außerordentliches Ergebnis	59,40				
25. Jahresergebnis	7.298,40	7.399,33	9.800	2.400,67	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-7.298,40	-7.399,33	-9.800	-2.400,67	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	-7.298,40	-7.399,33	-9.800	-2.400,67	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	0,00	0,00	0	0,00	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH2_01 Gleichstellung von Mann und Frau

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen					
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte					
05. privatrechtliche Entgelte					
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen					
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit					
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	156,21	914,23	200	-714,23	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	192,75		2.300	2.300,00	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen					
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	6.949,44	6.485,10	7.300	814,90	
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	7.298,40	7.399,33	9.800	2.400,67	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.298,40	7.399,33	9.800	2.400,67	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH2_01 Gleichstellung von Mann und Frau

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen					
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen					
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen					
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
32. Saldo aus Investitionstätigkeit					
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	7.298,40	7.399,33	9.800	2.400,67	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit					
37. Finanzmittelveränderung	7.298,40	7.399,33	9.800	2.400,67	

Jahresrechnung 2010

Teilhaushalt 3_01

Stabstelle
Personal und Organisation

A. Teil-Ergebnisrechnung 2010TH3_01 Innere Verwaltung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-2.581,80	-2.747,20	-3.000	-252,80	
06. privatrechtliche Entgelte		-88,55		88,55	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-14.814,39	-5.578,78	-3.700	1.878,78	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge			-23.100	-23.100,00	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-36.184,56	-33.190,64	7.700	40.890,64	
12. =Summe ordentliche Erträge	-53.580,75	-41.605,17	-22.100	19.505,17	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	475.626,04	649.884,65	704.376	54.491,18	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	234.533,83	182.204,92	176.800	-5.404,92	
16. Abschreibungen	32.931,65	34.754,99	17.101	-17.653,99	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		36,32		-36,32	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	131.652,59	131.357,03	151.200	19.842,97	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	874.744,11	998.237,91	1.049.477	51.238,92	
21. ordentliches Ergebnis	821.163,36	956.632,74	1.027.377	70.744,09	
22. außerordentliche Erträge	-1.955,89	-6.404,98		6.404,98	
23. außerordentliche Aufwendungen	22.045,79	10.169,68		-10.169,68	
24. außerordentliches Ergebnis	20.089,90	3.764,70		-3.764,70	
25. Jahresergebnis	841.253,26	960.397,44	1.027.377	66.979,39	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-965.684,40	-1.064.098,20	-1.113.950	-49.851,63	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	7.837,56	7.480,39		-7.480,39	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	32.421,61	9.647,37		-9.647,37	
28. Saldo aus ILV	-925.425,23	-1.046.970,44	-1.113.950	-66.979,39	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-84.171,97	-86.573,00	-86.573	0,00	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH3_01 Innere Verwaltung

Produkt P1.03.02.111210 Personalangelegenheiten

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-23.206,76	-9.936,38	7.700	17.636,38	
12. =Summe ordentliche Erträge	-23.206,76	-9.936,38	7.700	17.636,38	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	112.750,45	271.819,87	269.076	-2.744,04	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.378,71	8.698,60	1.000	-7.698,60	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	101,36	82,80	100	17,20	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	114.230,52	280.601,27	270.176	-10.425,44	
21. ordentliches Ergebnis	91.023,76	270.664,89	277.876	7.210,94	
22. außerordentliche Erträge		-2.298,83		2.298,83	
23. außerordentliche Aufwendungen	5.703,33	973,56		-973,56	
24. außerordentliches Ergebnis	5.703,33	-1.325,27		1.325,27	
25. Jahresergebnis	96.727,09	269.339,62	277.876	8.536,21	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-104.564,65	-269.339,62	-277.876	-8.536,21	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	7.837,56				
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	-96.727,09	-269.339,62	-277.876	-8.536,21	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	0,00	0,00	0	0,00	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH3_01 Innere Verwaltung
Produkt P1.03.02.111230 Organisation und Einrichtungen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-2.581,80	-2.747,20	-3.000	-252,80	
06. privatrechtliche Entgelte		-88,55		88,55	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-14.814,39	-5.578,78	-3.700	1.878,78	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge			-23.100	-23.100,00	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-12.977,80	-23.254,26		23.254,26	
12. =Summe ordentliche Erträge	-30.373,99	-31.668,79	-29.800	1.868,79	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	362.875,59	378.064,78	435.300	57.235,22	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	233.155,12	173.506,32	175.800	2.293,68	
16. Abschreibungen	32.931,65	34.754,99	17.101	-17.653,99	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		36,32		-36,32	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	131.551,23	131.274,23	151.100	19.825,77	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	760.513,59	717.636,64	779.301	61.664,36	
21. ordentliches Ergebnis	730.139,60	685.967,85	749.501	63.533,15	
22. außerordentliche Erträge	-1.955,89	-4.106,15		4.106,15	
23. außerordentliche Aufwendungen	16.342,46	9.196,12		-9.196,12	
24. außerordentliches Ergebnis	14.386,57	5.089,97		-5.089,97	
25. Jahresergebnis	744.526,17	691.057,82	749.501	58.443,18	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-861.119,75	-794.758,58	-836.074	-41.315,42	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		7.480,39		-7.480,39	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	32.421,61	9.647,37		-9.647,37	
28. Saldo aus ILV	-828.698,14	-777.630,82	-836.074	-58.443,18	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-84.171,97	-86.573,00	-86.573	0,00	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH3_01 Innere Verwaltung

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen					
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	-2.581,80	-2.747,20	-3.000	-252,80	
05. privatrechtliche Entgelte		-88,55		88,55	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-15.702,37	-9.146,78	-3.700	5.446,78	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen		-2.314,84	-23.100	-20.785,16	
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		-797,19		797,19	
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-18.284,17	-15.094,56	-29.800	-14.705,44	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	460.068,33	481.276,56	550.200	68.923,44	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	238.022,74	185.334,06	176.800	-8.534,06	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen		36,32		-36,32	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	135.023,23	130.922,50	151.200	20.277,50	
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	833.114,30	797.569,44	878.200	80.630,56	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	814.830,13	782.474,88	848.400	65.925,12	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH3_01 Innere Verwaltung

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen	203.212,82	29.211,10		-29.211,10	
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	107.972,66	37.039,20	7.500	-29.539,20	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen		9.698,83		-9.698,83	
29. Aktivierbare Zuwendungen					
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	311.185,48	75.949,13	7.500	-68.449,13	
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	311.185,48	75.949,13	7.500	-68.449,13	
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	1.126.015,61	858.424,01	855.900	-2.524,01	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit					
37. Finanzmittelveränderung	1.126.015,61	858.424,01	855.900	-2.524,01	

Jahresrechnung 2010

Teilhaushalt 3_02

Stabstelle
Haushalt und Finanzen

A. Teil-Ergebnisrechnung 2010TH3_02 Allgemeine Finanzen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben	-13.638.441,42	-15.587.277,05	-12.981.100	2.606.177,05	
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-3.740.968,00	-2.954.448,00	-2.877.723	76.725,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-257.623,92	-248.955,00	-253.191	-4.236,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-50.000,00	-54.798,62	-53.000	1.798,62	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	-95.020,72	-116.413,84	-32.681	83.732,84	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-57.976,38	-71.997,98	-25.500	46.497,98	
12. =Summe ordentliche Erträge	-17.840.030,44	-19.033.890,49	-16.223.195	2.810.695,49	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	435.360,00	440.668,63	422.300	-18.368,63	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.178,33	4.098,60	9.700	5.601,40	
16. Abschreibungen	139.189,20	145.585,43	17.000	-128.585,43	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	148.844,76	109.590,19	265.000	155.409,81	
18. Transferaufwendungen	6.919.835,00	7.179.687,00	6.745.445	-434.242,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	44.552,01	52.730,08	49.400	-3.330,08	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	7.688.959,30	7.932.359,93	7.508.845	-423.514,93	
21. ordentliches Ergebnis	-10.151.071,14	-11.101.530,56	-8.714.350	2.387.180,56	
22. außerordentliche Erträge	-64.725,84	-7.467,82		7.467,82	
23. außerordentliche Aufwendungen	11.789,16	4.855,13		-4.855,13	
24. außerordentliches Ergebnis	-52.936,68	-2.612,69		2.612,69	
25. Jahresergebnis	-10.204.007,82	-11.104.143,25	-8.714.350	2.389.793,25	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-301.960,45	-342.696,79	-302.500	40.196,79	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	18.959,13	30.198,72		-30.198,72	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	-283.001,32	-312.498,07	-302.500	9.998,07	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-10.487.009,14	-11.416.641,32	-9.016.850	2.399.791,32	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH3_02 Allgemeine Finanzen

Produkt P1.03.03.111500 Finanzverwaltung und Rechnungsprüfung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-50.000,00	-54.798,62	-53.000	1.798,62	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00				
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-19.706,59	-26.739,23		26.739,23	
12. =Summe ordentliche Erträge	-69.706,59	-81.537,85	-53.000	28.537,85	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	300.028,87	342.590,72	287.400	-55.190,72	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.178,33	4.098,60	3.000	-1.098,60	
16. Abschreibungen			17.000	17.000,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	43.365,56	45.172,12	48.100	2.927,88	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	344.572,76	391.861,44	355.500	-36.361,44	
21. ordentliches Ergebnis	274.866,17	310.323,59	302.500	-7.823,59	
22. außerordentliche Erträge		-2.558,72		2.558,72	
23. außerordentliche Aufwendungen	8.135,15	4.733,20		-4.733,20	
24. außerordentliches Ergebnis	8.135,15	2.174,48		-2.174,48	
25. Jahresergebnis	283.001,32	312.498,07	302.500	-9.998,07	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-301.960,45	-342.696,79	-302.500	40.196,79	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	18.959,13	30.198,72		-30.198,72	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	-283.001,32	-312.498,07	-302.500	9.998,07	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	0,00	0,00	0	0,00	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH3_02 Allgemeine Finanzen
Produkt P1.03.03.611000 Steuern, allgem. Zuweisungen, Umlagen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben	-13.638.441,42	-15.587.277,05	-12.981.100	2.606.177,05	
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-3.740.968,00	-2.954.448,00	-2.877.723	76.725,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-257.623,92	-248.955,00	-253.191	-4.236,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	-14.827,22	-98.597,00	-12.000	86.597,00	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-2.892,23	-1.784,68		1.784,68	
12. =Summe ordentliche Erträge	-17.654.752,79	-18.891.061,73	-16.124.014	2.767.047,73	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	33.928,12	11.798,42	28.100	16.301,58	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			6.700	6.700,00	
16. Abschreibungen	759,42	46.650,33		-46.650,33	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	43.915,00	37.110,00	35.000	-2.110,00	
18. Transferaufwendungen	6.919.835,00	7.179.687,00	6.745.445	-434.242,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	64,03	6.352,99		-6.352,99	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	6.998.501,57	7.281.598,74	6.815.245	-466.353,74	
21. ordentliches Ergebnis	-10.656.251,22	-11.609.462,99	-9.308.769	2.300.693,99	
22. außerordentliche Erträge	-981,22				
23. außerordentliche Aufwendungen	2.422,69	30,48		-30,48	
24. außerordentliches Ergebnis	1.441,47	30,48		-30,48	
25. Jahresergebnis	-10.654.809,75	-11.609.432,51	-9.308.769	2.300.663,51	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV					
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-10.654.809,75	-11.609.432,51	-9.308.769	2.300.663,51	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH3_02 Allgemeine Finanzen

Produkt P1.03.03.612000 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	-80.193,50	-17.816,84	-20.681	-2.864,16	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-35.374,56	-43.474,07	-25.500	17.974,07	
12. =Summe ordentliche Erträge	-115.568,06	-61.290,91	-46.181	15.109,91	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	90.059,26	86.360,71	106.800	20.439,29	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen	138.429,78	98.935,10		-98.935,10	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	104.926,76	72.480,19	230.000	157.519,81	
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	1.122,42	1.204,97	1.300	95,03	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	334.538,22	258.980,97	338.100	79.119,03	
21. ordentliches Ergebnis	218.970,16	197.690,06	291.919	94.228,94	
22. außerordentliche Erträge	-63.744,62	-4.909,10		4.909,10	
23. außerordentliche Aufwendungen	568,31	91,45		-91,45	
24. außerordentliches Ergebnis	-63.176,31	-4.817,65		4.817,65	
25. Jahresergebnis	155.793,85	192.872,41	291.919	99.046,59	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV					
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	155.793,85	192.872,41	291.919	99.046,59	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH3_02 Allgemeine Finanzen

Produkt P1.03.03.613000 Abwicklung der Vorjahre

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	11.343,75	-81,22		81,22	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	11.343,75	-81,22		81,22	
21. ordentliches Ergebnis	11.343,75	-81,22		81,22	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	663,01				
24. außerordentliches Ergebnis	663,01				
25. Jahresergebnis	12.006,76	-81,22		81,22	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV					
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	12.006,76	-81,22		81,22	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH3_02 Allgemeine Finanzen

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben	-13.552.828,23	-15.230.756,59	-12.981.100	2.249.656,59	
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.740.968,00	-2.954.448,00	-2.877.723	76.725,00	
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte					
05. privatrechtliche Entgelte					
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-50.000,00	-57.357,34	-53.000	4.357,34	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	-99.626,72	-109.785,94	-32.681	77.104,94	
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	-27.988,05	-30.418,26	-25.500	4.918,26	
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-17.471.411,00	-18.382.766,13	-15.970.004	2.412.762,13	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	406.025,06	421.678,72	422.300	621,28	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	1.178,33	6.753,60	9.700	2.946,40	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	148.844,76	109.590,19	265.000	155.409,81	
15. Transferauszahlungen	6.898.946,00	7.177.435,00	6.745.445	-431.990,00	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	44.619,33	53.402,61	49.400	-4.002,61	
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	7.499.613,48	7.768.860,12	7.491.845	-277.015,12	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-9.971.797,52	-10.613.906,01	-8.478.159	2.135.747,01	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH3_02 Allgemeine Finanzen

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit	-94.870,06	-7.843,30	-7.843	0,30	
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	-94.870,06	-7.843,30	-7.843	0,30	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen					
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen					
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen					
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	-94.870,06	-7.843,30	-7.843	0,30	
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	-10.066.667,58	-10.621.749,31	-8.486.002	2.135.747,31	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit			-3.893.900	-3.893.900,00	
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	1.074.697,32	24.486,97	77.300	52.813,03	
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.074.697,32	24.486,97	-3.816.600	-3.841.086,97	
37. Finanzmittelveränderung	-8.991.970,26	-10.597.262,34	-12.302.602	-1.705.339,66	

Jahresrechnung 2010

Teilhaushalt 3_03

Stabstelle
Wirtschaftsförderung,
Einrichtungen, Unternehmen
Tourismus

A. Teil-Ergebnisrechnung 2010TH3_03 Wirtschaft und Tourismus

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte	-88.239,05	-274.888,29		274.888,29	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-871,49				
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	-21.743,24	-21.743,24	0	21.743,24	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen	13.498,01	115.393,74		-115.393,74	
11. sonstige ordentliche Erträge	-3.496,82	-1.037,66		1.037,66	
12. =Summe ordentliche Erträge	-100.852,59	-182.275,45	0	182.275,45	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	91.449,76	86.575,42	99.100	12.524,58	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.449,85	18.694,58	21.400	2.705,42	
16. Abschreibungen	2.917,47	16.874,79	1.145	-15.729,79	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	286.169,83	404.455,16	240.000	-164.455,16	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	5.725,16	28.858,63	1.000	-27.858,63	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	393.712,07	555.458,58	362.645	-192.813,58	
21. ordentliches Ergebnis	292.859,48	373.183,13	362.645	-10.538,13	
22. außerordentliche Erträge		-25,03		25,03	
23. außerordentliche Aufwendungen	5.423,75	869,92		-869,92	
24. außerordentliches Ergebnis	5.423,75	844,89		-844,89	
25. Jahresergebnis	298.283,23	374.028,02	362.645	-11.383,02	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-673,51	-1.061,06		1.061,06	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	54.929,52	65.499,48	40.935	-24.564,12	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	3.930,93	12.165,61		-12.165,61	
28. Saldo aus ILV	58.186,94	76.604,03	40.935	-35.668,67	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	356.470,17	450.632,05	403.580	-47.051,69	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH3_03 Wirtschaft und Tourismus

Produkt P1.03.01.535000 Kombinierte Versorgung (Strom/Gas)

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		81,40		-81,40	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		26.395,25		-26.395,25	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen		26.476,65		-26.476,65	
21. ordentliches Ergebnis		26.476,65		-26.476,65	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis		26.476,65		-26.476,65	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV					
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV		26.476,65		-26.476,65	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH3_03 Wirtschaft und Tourismus

Produkt P1.03.01.571000 Wirtschaftsförderung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte	-88.239,05	-274.888,29		274.888,29	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-826,86				
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen	13.498,01	115.393,74		-115.393,74	
11. sonstige ordentliche Erträge	-3.496,82	-1.037,66		1.037,66	
12. =Summe ordentliche Erträge	-79.064,72	-160.532,21		160.532,21	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	90.970,09	86.092,13	98.400	12.307,87	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.184,46	18.499,75	17.400	-1.099,75	
16. Abschreibungen	2.917,47	16.874,79	1.145	-15.729,79	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	17.125,20	3.455,16		-3.455,16	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	5.725,16	703,50	1.000	296,50	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	120.922,38	125.625,33	117.945	-7.680,33	
21. ordentliches Ergebnis	41.857,66	-34.906,88	117.945	152.851,88	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	5.423,75	869,92		-869,92	
24. außerordentliches Ergebnis	5.423,75	869,92		-869,92	
25. Jahresergebnis	47.281,41	-34.036,96	117.945	151.981,96	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-272,54	-454,34		454,34	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	25.237,34	34.809,86	19.215	-15.594,98	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	24.964,80	34.355,52	19.215	-15.140,64	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	72.246,21	318,56	137.160	136.841,32	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH3_03 Wirtschaft und Tourismus

Produkt P1.03.01.573100 Allg. Einr. und Unterneh. (einschl)

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-44,63				
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	-21.743,24	-21.743,24	0	21.743,24	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-21.787,87	-21.743,24	0	21.743,24	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	479,67	483,29	700	216,71	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.265,39	113,43	4.000	3.886,57	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	269.044,63	401.000,00	240.000	-161.000,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		1.759,88		-1.759,88	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	272.789,69	403.356,60	244.700	-158.656,60	
21. ordentliches Ergebnis	251.001,82	381.613,36	244.700	-136.913,36	
22. außerordentliche Erträge		-25,03		25,03	
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis		-25,03		25,03	
25. Jahresergebnis	251.001,82	381.588,33	244.700	-136.888,33	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-208,49	-379,54		379,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	22.190,89	16.453,25	13.645	-2.808,17	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	3.930,93	12.165,61		-12.165,61	
28. Saldo aus ILV	25.913,33	28.239,32	13.645	-14.594,24	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	276.915,15	409.827,65	258.345	-151.482,57	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH3_03 Wirtschaft und Tourismus

Produkt P1.03.01.575000 Tourismus

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen					
21. ordentliches Ergebnis					
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis					
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-192,48	-227,18		227,18	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	7.501,29	14.236,37	8.075	-6.160,97	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	7.308,81	14.009,19	8.075	-5.933,79	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	7.308,81	14.009,19	8.075	-5.933,79	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH3_03 Wirtschaft und Tourismus

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen					
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte					
05. privatrechtliche Entgelte					
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-871,49				
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	-21.743,24	-21.743,24	0	21.743,24	
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen					
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-22.614,73	-21.743,24	0	21.743,24	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	94.984,00	92.182,68	99.100	6.917,32	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	6.538,55	20.456,88	21.400	943,12	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen	286.169,83	404.455,16	240.000	-164.455,16	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	5.765,06	28.932,43	1.000	-27.932,43	
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	393.457,44	546.027,15	361.500	-184.527,15	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	370.842,71	524.283,91	361.500	-162.783,91	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH3_03 Wirtschaft und Tourismus

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit		-53.631,00		53.631,00	
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	2.272,20				
21. Veräußerung von Sachvermögen	-84.373,80	-278.753,54	-165.000	113.753,54	
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen		-13.037,94		13.037,94	
23. sonstige Investitionstätigkeit					
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	-82.101,60	-345.422,48	-165.000	180.422,48	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden	629.353,00	2.122,85	70.000	67.877,15	
26. Baumaßnahmen					
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	99.880,06	17.843,79		-17.843,79	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen		10.000,00		-10.000,00	
29. Aktivierbare Zuwendungen	35.407,11	90.617,94	41.000	-49.617,94	
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	764.640,17	120.584,58	111.000	-9.584,58	
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	682.538,57	-224.837,90	-54.000	170.837,90	
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	1.053.381,28	299.446,01	307.500	8.053,99	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit					
37. Finanzmittelveränderung	1.053.381,28	299.446,01	307.500	8.053,99	

Jahresrechnung 2010

Teilhaushalt 4_01

Zentrale Gebäudewirtschaft
Hochbau

A. Teil-Ergebnisrechnung 2010TH4_01 Zentrale Gebäudewirtschaft

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-2.200,00		-1.000	-1.000,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-168.107,31	-192.358,21	-160.133	32.225,21	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-61,45		61,45	
06. privatrechtliche Entgelte	-2.607.816,77	-1.949.649,41	-1.392.250	557.399,41	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-3.698,19	-18.746,77	-7.400	11.346,77	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen	1.488.268,50	768.912,73	441.000	-327.912,73	
11. sonstige ordentliche Erträge	-33.047,91	-24.403,63		24.403,63	
12. =Summe ordentliche Erträge	-1.326.601,68	-1.416.306,74	-1.119.783	296.523,74	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	923.689,87	910.875,09	911.500	624,91	
14. Aufwendungen für Versorgung			6	6,00	
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.346.926,81	2.307.500,39	2.634.380	326.879,61	
16. Abschreibungen	525.476,16	593.923,92	424.680	-169.243,92	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	3.000,00				
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	61.998,93	34.769,34	35.722	952,66	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	3.861.091,77	3.847.068,74	4.006.288	159.219,26	
21. ordentliches Ergebnis	2.534.490,09	2.430.762,00	2.886.505	455.743,00	
22. außerordentliche Erträge	-28.643,97	-15.199,69	0	15.199,69	
23. außerordentliche Aufwendungen	143.440,23	228.018,59		-228.018,59	
24. außerordentliches Ergebnis	114.796,26	212.818,90	0	-212.818,90	
25. Jahresergebnis	2.649.286,35	2.643.580,90	2.886.505	242.924,10	
26a Erträge aus ILV 3811*	-3.613.870,12	-3.594.922,00	-3.605.118	-10.196,00	
26b Ertrag aus Umlage 91*	-2.452,14	-2.469,73		2.469,73	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	132.682,56	126.294,37	123.791	-2.503,52	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	95.433,43	109.731,72		-109.731,72	
28. Saldo aus ILV	-3.388.206,27	-3.361.365,64	-3.481.327	-119.961,51	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-738.919,92	-717.784,74	-594.822	122.962,59	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH4_01 Zentrale Gebäudewirtschaft

Produkt P1.04.02.111600 Liegenschaftsverwaltung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen			-1.000	-1.000,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten			-160.133	-160.133,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte			-172.250	-172.250,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-7.400	-7.400,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge			-340.783	-340.783,00	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal			860.200	860.200,00	
14. Aufwendungen für Versorgung			6	6,00	
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			2.593.280	2.593.280,00	
16. Abschreibungen			424.680	424.680,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			35.622	35.622,00	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen			3.913.788	3.913.788,00	
21. ordentliches Ergebnis			3.573.005	3.573.005,00	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis			3.573.005	3.573.005,00	
26a Erträge aus ILV 3811*			-3.605.118	-3.605.118,00	
26b Ertrag aus Umlage 91*	-2.003,13	-1.748,06		1.748,06	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	100.209,28	83.562,03	102.114	18.552,42	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-124.798,94	102.808,03		-102.808,03	
28. Saldo aus ILV	-26.592,79	184.622,00	-3.503.004	-3.687.625,55	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-26.592,79	184.622,00	70.001	-114.620,55	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH4_01 Zentrale Gebäudewirtschaft

Produkt P1.04.02.522000 Wohnbauförderung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte	-2.344.683,66	-1.783.253,78	-1.220.000	563.253,78	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen	1.488.268,50	768.912,73	441.000	-327.912,73	
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-856.415,16	-1.014.341,05	-779.000	235.341,05	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	49.435,42	50.895,76	51.300	404,24	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	44.004,96	26.367,44	41.100	14.732,56	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	5.387,77		100	100,00	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	98.828,15	77.263,20	92.500	15.236,80	
21. ordentliches Ergebnis	-757.587,01	-937.077,85	-686.500	250.577,85	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	-757.587,01	-937.077,85	-686.500	250.577,85	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-449,01	-721,67		721,67	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	32.473,28	42.732,34	21.676	-21.055,94	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	13.235,61	-5.020,36		5.020,36	
28. Saldo aus ILV	45.259,88	36.990,31	21.676	-15.313,91	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-712.327,13	-900.087,54	-664.824	235.263,94	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH4_01 Zentrale Gebäudewirtschaft

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.200,00		-1.000	-1.000,00	
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte		-61,45		61,45	
05. privatrechtliche Entgelte	-279.473,56	-168.716,29	-172.250	-3.533,71	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-5.866,63	-18.996,74	-7.400	11.596,74	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG	-296,33	-312,24		312,24	
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	-5.424,90	-5.818,73		5.818,73	
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-293.261,42	-193.905,45	-180.650	13.255,45	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	901.023,51	893.031,42	911.500	18.468,58	
12. Auszahlungen für Versorgung			6	6,00	
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	2.365.767,78	2.470.666,19	2.634.080	163.413,81	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen	3.000,00				
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	138.648,53	101.358,93	35.722	-65.636,93	
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.408.439,82	3.465.056,54	3.581.308	116.251,46	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.115.178,40	3.271.151,09	3.400.658	129.506,91	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH4_01 Zentrale Gebäudewirtschaft

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen	-2.441.341,56	-2.111.490,28	-1.529.500	581.990,28	
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	-2.441.341,56	-2.111.490,28	-1.529.500	581.990,28	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden	3.592.286,60	1.151.055,31	781.800	-369.255,31	
26. Baumaßnahmen		898,14		-898,14	
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen		1.360,11		-1.360,11	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen	39.625,00				
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	3.631.911,60	1.153.313,56	781.800	-371.513,56	
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	1.190.570,04	-958.176,72	-747.700	210.476,72	
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	4.305.748,44	2.312.974,37	2.652.958	339.983,63	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit					
37. Finanzmittelveränderung	4.305.748,44	2.312.974,37	2.652.958	339.983,63	

Jahresrechnung 2010

Teilhaushalt 5_01

Soziale Leistungen

A. Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-1.504,00	-1.508,00	-1.500	8,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge	-249.285,38	-415.753,58	-184.500	231.253,58	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-58.731,38	-70.565,75	-63.000	7.565,75	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-390.223,90	-274.351,33	-387.500	-113.148,67	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-17.785,75	-29.970,45		29.970,45	
12. =Summe ordentliche Erträge	-717.530,41	-792.149,11	-636.500	155.649,11	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	485.707,76	404.645,64	429.600	24.954,36	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	42.587,68	44.450,60	47.100	2.649,40	
16. Abschreibungen	9.396,81	1.220,61		-1.220,61	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	39.582,86	30.566,58	42.000	11.433,42	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	226.382,99	428.095,73	188.200	-239.895,73	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	803.658,10	908.979,16	706.900	-202.079,16	
21. ordentliches Ergebnis	86.127,69	116.830,05	70.400	-46.430,05	
22. außerordentliche Erträge	-3.315,37	-28.191,62		28.191,62	
23. außerordentliche Aufwendungen	1.025,08	2.937,47		-2.937,47	
24. außerordentliches Ergebnis	-2.290,29	-25.254,15		25.254,15	
25. Jahresergebnis	83.837,40	91.575,90	70.400	-21.175,90	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-1.819,61	-3.162,63		3.162,63	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	101.593,43	183.798,98	122.574	-61.225,18	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-19.215,58	13.044,89		-13.044,89	
28. Saldo aus ILV	80.558,24	193.681,24	122.574	-71.107,44	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	164.395,64	285.257,14	192.974	-92.283,34	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales

Produkt P1.05.01.111240 Beirat f. Senioren und Behinderte

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-1.504,00	-1.508,00	-1.500	8,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-1.504,00	-1.508,00	-1.500	8,00	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen	133,34	230,81		-230,81	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	801,00	984,10	1.200	215,90	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	934,34	1.214,91	1.200	-14,91	
21. ordentliches Ergebnis	-569,66	-293,09	-300	-6,91	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	-569,66	-293,09	-300	-6,91	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-144,36	-174,82		174,82	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	4.594,81	6.484,93	8.075	1.590,47	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	4.450,45	6.310,11	8.075	1.765,29	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	3.880,79	6.017,02	7.775	1.758,38	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales
Produkt P1.05.01.311100 HzL (3. Kapitel SGB XII) - örtl. T.

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge	-33.613,01	-18.937,16	-15.500	3.437,16	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-3.790,25		-8.500	-8.500,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-37.403,26	-18.937,16	-24.000	-5.062,84	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen	585,73				
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	4.286,75	4.320,00	8.500	4.180,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	30.319,56	8.943,66	15.500	6.556,34	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	35.192,04	13.263,66	24.000	10.736,34	
21. ordentliches Ergebnis	-2.211,22	-5.673,50	0	5.673,50	
22. außerordentliche Erträge	-23,40				
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis	-23,40				
25. Jahresergebnis	-2.234,62	-5.673,50	0	5.673,50	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV					
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-2.234,62	-5.673,50	0	5.673,50	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales

Produkt P1.05.01.311200 Hilfe z. Pflege (7.Kap. SGB XII)-örtl.T.

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge	-1.862,00				
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.777,24		-3.000	-3.000,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-3.639,24		-3.000	-3.000,00	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	1.777,24		3.000	3.000,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	1.862,00				
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	3.639,24		3.000	3.000,00	
21. ordentliches Ergebnis	0,00		0	0,00	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	0,00	129,41		-129,41	
24. außerordentliches Ergebnis	0,00	129,41		-129,41	
25. Jahresergebnis	0,00	129,41	0	-129,41	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV					
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	0,00	129,41	0	-129,41	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales

Produkt P1.05.01.311400 Hilfen z. Gesundheit (Kap. 5 SGB XII)

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge	-306,72	-306,72		306,72	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-306,72	-306,72		306,72	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	2.252,80	91,76		-91,76	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	306,72	306,72		-306,72	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	2.559,52	398,48		-398,48	
21. ordentliches Ergebnis	2.252,80	91,76		-91,76	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	2.252,80	91,76		-91,76	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV					
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	2.252,80	91,76		-91,76	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales

Produkt P1.05.01.311500 Hilfe i. and. Lebensl. (9 Kap.SGB XII)

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge	-436,07	-3.181,55		3.181,55	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.326,26		-3.000	-3.000,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-2.762,33	-3.181,55	-3.000	181,55	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	2.326,26	5.699,84	3.000	-2.699,84	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	436,07	2.981,55		-2.981,55	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	2.762,33	8.681,39	3.000	-5.681,39	
21. ordentliches Ergebnis	0,00	5.499,84	0	-5.499,84	
22. außerordentliche Erträge	-127,82				
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis	-127,82				
25. Jahresergebnis	-127,82	5.499,84	0	-5.499,84	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV					
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-127,82	5.499,84	0	-5.499,84	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales

Produkt P1.05.01.311600 GS Alter/Erwerbsmind.(4.K.SGB XII)-ö.T.

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge	-3.135,96	-11.345,32	-2.500	8.845,32	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-3.135,96	-11.345,32	-2.500	8.845,32	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	250,00		2.500	2.500,00	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	250,00		2.500	2.500,00	
21. ordentliches Ergebnis	-2.885,96	-11.345,32	0	11.345,32	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	-2.885,96	-11.345,32	0	11.345,32	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV					
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-2.885,96	-11.345,32	0	11.345,32	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales

Produkt P1.05.01.311900 Verwaltung der Sozialhilfe - örtl. T.

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-4.977,89	-9.375,98		9.375,98	
12. =Summe ordentliche Erträge	-4.977,89	-9.375,98		9.375,98	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	65.657,23	72.735,20	58.300	-14.435,20	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.544,63	1.657,66	2.200	542,34	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		335,40	400	64,60	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	67.201,86	74.728,26	60.900	-13.828,26	
21. ordentliches Ergebnis	62.223,97	65.352,28	60.900	-4.452,28	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	12,37	8,00		-8,00	
24. außerordentliches Ergebnis	12,37	8,00		-8,00	
25. Jahresergebnis	62.236,34	65.360,28	60.900	-4.460,28	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-368,78	-905,91		905,91	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	22.534,24	58.895,41	39.219	-19.676,89	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	22.165,46	57.989,50	39.219	-18.770,98	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	84.401,80	123.349,78	100.119	-23.231,26	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales

Produkt P1.05.01.312000 Grundsicherung Arbeitssuchende SGB II

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge	-210.447,42	-379.740,54	-166.500	213.240,54	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00				
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-356.642,30	-274.351,33	-350.000	-75.648,67	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-12.690,86	-20.323,39		20.323,39	
12. =Summe ordentliche Erträge	-579.780,58	-674.415,26	-516.500	157.915,26	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	398.350,12	310.582,63	349.200	38.617,37	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	101,40	329,80	900	570,20	
16. Abschreibungen	8.677,74	989,80		-989,80	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	191.550,61	415.389,49	169.800	-245.589,49	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	598.679,87	727.291,72	519.900	-207.391,72	
21. ordentliches Ergebnis	18.899,29	52.876,46	3.400	-49.476,46	
22. außerordentliche Erträge	-2.338,15	-28.191,62		28.191,62	
23. außerordentliche Aufwendungen	21,44	95,70		-95,70	
24. außerordentliches Ergebnis	-2.316,71	-28.095,92		28.095,92	
25. Jahresergebnis	16.582,58	24.780,54	3.400	-21.380,54	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-689,00	-905,91		905,91	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	26.806,53	67.351,23	39.209	-28.142,43	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	26.117,53	66.445,32	39.209	-27.236,52	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	42.700,11	91.225,86	42.609	-48.617,06	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales
Produkt P1.05.01.312900 Verw. der GS für Arbeitsuchende

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-356.642,30	-274.351,33	-350.000	-75.648,67	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-12.690,86	-20.323,39		20.323,39	
12. =Summe ordentliche Erträge	-369.333,16	-294.674,72	-350.000	-55.325,28	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	398.350,12	310.582,63	349.200	38.617,37	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	101,40	329,80	900	570,20	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	1.535,23	1.231,30	1.300	68,70	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	399.986,75	312.143,73	351.400	39.256,27	
21. ordentliches Ergebnis	30.653,59	17.469,01	1.400	-16.069,01	
22. außerordentliche Erträge		-28.191,62		28.191,62	
23. außerordentliche Aufwendungen	94,80	95,70		-95,70	
24. außerordentliches Ergebnis	94,80	-28.095,92		28.095,92	
25. Jahresergebnis	30.748,39	-10.626,91	1.400	12.026,91	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-689,00	-905,91		905,91	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	26.806,53	67.351,23	39.209	-28.142,43	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	26.117,53	66.445,32	39.209	-27.236,52	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	56.865,92	55.818,41	40.609	-15.209,61	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales

Produkt P1.05.01.313000 Leistungen Asylbewerberleistungsgesetz

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge	-2.308,60	-2.242,29		2.242,29	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-25.687,85		-23.000	-23.000,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-27.996,45	-2.242,29	-23.000	-20.757,71	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	24.943,60	15.757,46	23.000	7.242,54	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	1.658,03	138,91		-138,91	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	26.601,63	15.896,37	23.000	7.103,63	
21. ordentliches Ergebnis	-1.394,82	13.654,08	0	-13.654,08	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	991,27	1.242,74		-1.242,74	
24. außerordentliches Ergebnis	991,27	1.242,74		-1.242,74	
25. Jahresergebnis	-403,55	14.896,82	0	-14.896,82	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-606,68		606,68	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		23.749,69		-23.749,69	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV		23.143,01		-23.143,01	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-403,55	38.039,83	0	-38.039,83	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales

Produkt P1.05.01.315400 Soziale Einricht. für Wohnungslose

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-56.531,52	-70.565,75	-63.000	7.565,75	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-117,00	-271,08		271,08	
12. =Summe ordentliche Erträge	-56.648,52	-70.836,83	-63.000	7.836,83	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	20.052,83	19.818,35	20.200	381,65	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	40.850,65	42.463,14	44.000	1.536,86	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	60.903,48	62.281,49	64.200	1.918,51	
21. ordentliches Ergebnis	4.254,96	-8.555,34	1.200	9.755,34	
22. außerordentliche Erträge	-826,00				
23. außerordentliche Aufwendungen		866,24		-866,24	
24. außerordentliches Ergebnis	-826,00	866,24		-866,24	
25. Jahresergebnis	3.428,96	-7.689,10	1.200	8.889,10	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-216,50	-189,77		189,77	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	20.105,75	8.988,31	16.773	7.784,65	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-19.215,58	13.044,89		-13.044,89	
28. Saldo aus ILV	673,67	21.843,43	16.773	-5.070,47	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	4.102,63	14.154,33	17.973	3.818,63	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales

Produkt P1.05.01.315500 Soz. Einricht. f.Aussiedler u.Ausländer

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-2.199,86				
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-2.199,86				
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	1.647,58	1.509,46	1.900	390,54	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	91,00				
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	1.738,58	1.509,46	1.900	390,54	
21. ordentliches Ergebnis	-461,28	1.509,46	1.900	390,54	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	-461,28	1.509,46	1.900	390,54	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-208,49	-189,77		189,77	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	19.998,94	8.066,84	11.203	3.136,32	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	19.790,45	7.877,07	11.203	3.326,09	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	19.329,17	9.386,53	13.103	3.716,63	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales
Produkt P1.05.01.315600 Andere soziale Einrichtungen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	3.195,21	3.713,42	3.300	-413,42	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	3.195,21	3.713,42	3.300	-413,42	
21. ordentliches Ergebnis	3.195,21	3.713,42	3.300	-413,42	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		595,38		-595,38	
24. außerordentliches Ergebnis		595,38		-595,38	
25. Jahresergebnis	3.195,21	4.308,80	3.300	-1.008,80	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-192,48	-189,77		189,77	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	7.553,16	10.262,57	8.095	-2.167,61	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	7.360,68	10.072,80	8.095	-1.977,84	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	10.555,89	14.381,60	11.395	-2.986,64	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.504,00	-1.508,00	-1.500	8,00	
03. sonstige Transfereinzahlungen	-230.249,73	-382.932,06	-184.500	198.432,06	
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	-59.490,91	-70.210,05	-63.000	7.210,05	
05. privatrechtliche Entgelte					
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-390.375,12	-302.542,95	-387.500	-84.957,05	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	-1.286,10				
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-682.905,86	-757.193,06	-636.500	120.693,06	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	460.179,85	393.646,52	429.600	35.953,48	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	43.391,72	45.322,82	47.100	1.777,18	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen	40.232,27	32.475,27	42.000	9.524,73	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	222.621,23	337.508,01	188.200	-149.308,01	
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	766.425,07	808.952,62	706.900	-102.052,62	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	83.519,21	51.759,56	70.400	18.640,44	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH5_01 Arbeit und Soziales

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen					
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	668,34	484,81		-484,81	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen					
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	668,34	484,81		-484,81	
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	668,34	484,81		-484,81	
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	84.187,55	52.244,37	70.400	18.155,63	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit					
37. Finanzmittelveränderung	84.187,55	52.244,37	70.400	18.155,63	

Jahresrechnung 2010

Teilhaushalt 5_011

Angelegenheiten der
Kinder und Jugendlichen

A. Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-736.865,79	-709.729,88	-730.600	-20.870,12	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-2.170,06	-2.170,00	-2.057	113,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-258.940,99	-250.528,75	-257.400	-6.871,25	
06. privatrechtliche Entgelte	-471,14	-765,05	-500	265,05	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-23.562,00	-25.109,00	-20.000	5.109,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-49.152,48	-37.779,65		37.779,65	
12. =Summe ordentliche Erträge	-1.071.162,46	-1.026.082,33	-1.010.557	15.525,33	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	1.841.042,94	1.864.481,22	1.928.400	63.918,78	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	125.242,02	130.388,64	138.450	8.061,36	
16. Abschreibungen	4.150,18	5.586,30	5.513	-73,30	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	823.312,03	980.889,07	1.002.100	21.210,93	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	51.333,75	47.566,66	66.150	18.583,34	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	2.845.080,92	3.028.911,89	3.140.613	111.701,11	
21. ordentliches Ergebnis	1.773.918,46	2.002.829,56	2.130.056	127.226,44	
22. außerordentliche Erträge	-100,00	-25.937,09		25.937,09	
23. außerordentliche Aufwendungen	7.395,37	5.693,45		-5.693,45	
24. außerordentliches Ergebnis	7.295,37	-20.243,64		20.243,64	
25. Jahresergebnis	1.781.213,83	1.982.585,92	2.130.056	147.470,08	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-5.753,13	-5.795,38		5.795,38	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*		160,00		-160,00	
27b Aufwand aus Umlage 91*	232.992,16	360.642,38	413.585	52.942,26	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-38.129,46	-32.944,94		32.944,94	
28. Saldo aus ILV	189.109,57	322.062,06	413.585	91.522,58	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	1.970.323,40	2.304.647,98	2.543.641	238.992,66	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Produkt P1.05.01.361200 Förderung von Kindern in Tagespflege

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	690,00				
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	690,00				
21. ordentliches Ergebnis	690,00				
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	690,00				
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-45,71		45,71	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		2.741,54	7.948	5.206,42	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV		2.695,83	7.948	5.252,13	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	690,00	2.695,83	7.948	5.252,13	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Produkt P1.05.01.362500 Sonst. Jugendarbeit (ohne Einr.)

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-30.108,80	-34.496,68	-30.000	4.496,68	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-2.057,15	-2.057,00	-2.057	0,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte	-352,40	-765,05	-500	265,05	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-23.562,00	-25.109,00	-20.000	5.109,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-3.898,42	-1.826,29		1.826,29	
12. =Summe ordentliche Erträge	-59.978,77	-64.254,02	-52.557	11.697,02	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	69.020,75	69.402,13	65.900	-3.502,13	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	36.941,00	44.734,02	38.750	-5.984,02	
16. Abschreibungen	2.057,15	2.057,00		-2.057,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	2.189,07	2.422,48	3.400	977,52	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	110.207,97	118.615,63	108.050	-10.565,63	
21. ordentliches Ergebnis	50.229,20	54.361,61	55.493	1.131,39	
22. außerordentliche Erträge	-100,00				
23. außerordentliche Aufwendungen	463,90	838,82		-838,82	
24. außerordentliches Ergebnis	363,90	838,82		-838,82	
25. Jahresergebnis	50.593,10	55.200,43	55.493	292,57	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-272,54	-379,54		379,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*		160,00		-160,00	
27b Aufwand aus Umlage 91*	23.045,36	18.567,20	19.215	647,68	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	22.772,82	18.347,66	19.215	867,22	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	73.365,92	73.548,09	74.708	1.159,79	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Produkt P1.05.01.363120 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	800,00	800,00	800	0,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	800,00	800,00	800	0,00	
21. ordentliches Ergebnis	800,00	800,00	800	0,00	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	800,00	800,00	800	0,00	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-192,48	-379,54		379,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	5.361,21	13.742,58	5.614	-8.128,66	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	5.168,73	13.363,04	5.614	-7.749,12	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	5.968,73	14.163,04	6.414	-7.749,12	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Produkt P1.05.01.365100 KiGa Loy

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-104.218,43	-97.563,28	-98.000	-436,72	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-31.571,00	-25.662,00	-33.000	-7.338,00	
06. privatrechtliche Entgelte	-118,74				
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-5.095,80	-3.414,31		3.414,31	
12. =Summe ordentliche Erträge	-141.003,97	-126.639,59	-131.000	-4.360,41	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	259.262,21	241.139,22	277.900	36.760,78	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.467,69	6.738,23	8.300	1.561,77	
16. Abschreibungen	288,20	565,73		-565,73	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	14.846,16	15.139,01	17.360	2.220,99	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	281.864,26	263.582,19	303.560	39.977,81	
21. ordentliches Ergebnis	140.860,29	136.942,60	172.560	35.617,40	
22. außerordentliche Erträge		-11.838,97		11.838,97	
23. außerordentliche Aufwendungen	306,54	274,84		-274,84	
24. außerordentliches Ergebnis	306,54	-11.564,13		11.564,13	
25. Jahresergebnis	141.166,83	125.378,47	172.560	47.181,53	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-621,63	-379,54		379,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	27.784,87	28.486,53	52.712	24.225,15	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-12.085,78	-14.880,58		14.880,58	
28. Saldo aus ILV	15.077,46	13.226,41	52.712	39.485,27	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	156.244,29	138.604,88	225.272	86.666,80	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Produkt P1.05.01.365200 KiGa Marienstraße

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-132.513,69	-109.803,89	-123.500	-13.696,11	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-26.053,50	-37.477,00	-31.500	5.977,00	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-11.223,33	-5.732,17		5.732,17	
12. =Summe ordentliche Erträge	-169.790,52	-153.013,06	-155.000	-1.986,94	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	274.080,63	293.041,13	281.300	-11.741,13	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.108,79	8.679,76	9.800	1.120,24	
16. Abschreibungen	390,43	376,20	1.684	1.307,80	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	8.293,28	6.804,37	10.250	3.445,63	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	290.873,13	308.901,46	303.034	-5.867,46	
21. ordentliches Ergebnis	121.082,61	155.888,40	148.034	-7.854,40	
22. außerordentliche Erträge		-3.475,90		3.475,90	
23. außerordentliche Aufwendungen	82,42	18,90		-18,90	
24. außerordentliches Ergebnis	82,42	-3.457,00		3.457,00	
25. Jahresergebnis	121.165,03	152.431,40	148.034	-4.397,40	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-821,78	-379,54		379,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	30.455,07	36.210,60	52.712	16.501,08	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-14.666,29	-4.061,74		4.061,74	
28. Saldo aus ILV	14.967,00	31.769,32	52.712	20.942,36	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	136.132,03	184.200,72	200.746	16.544,96	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Produkt P1.05.01.365300 KiGa Mühlenstraße

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-139.360,39	-151.798,45	-153.000	-1.201,55	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-98.844,04	-81.784,25	-84.500	-2.715,75	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-18.810,19	-17.417,73		17.417,73	
12. =Summe ordentliche Erträge	-257.014,62	-251.000,43	-237.500	13.500,43	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	551.183,87	553.141,68	551.800	-1.341,68	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	25.377,21	23.188,65	28.450	5.261,35	
16. Abschreibungen	262,86	812,69	1.621	808,31	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	7.297,16	6.552,90	11.160	4.607,10	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	584.121,10	583.695,92	593.031	9.335,08	
21. ordentliches Ergebnis	327.106,48	332.695,49	355.531	22.835,51	
22. außerordentliche Erträge		-1.945,35		1.945,35	
23. außerordentliche Aufwendungen	96,30	141,00		-141,00	
24. außerordentliches Ergebnis	96,30	-1.804,35		1.804,35	
25. Jahresergebnis	327.202,78	330.891,14	355.531	24.639,86	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-1.101,97	-379,54		379,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	34.193,33	48.596,21	74.991	26.394,55	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	2.286,47	-3.062,48		3.062,48	
28. Saldo aus ILV	35.377,83	45.154,19	74.991	29.836,57	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	362.580,61	376.045,33	430.522	54.476,43	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Produkt P1.05.01.365400 KiGa Neusüdende

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-117.196,56	-98.510,31	-130.100	-31.589,69	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-112,91	-94,00		94,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-28.479,80	-32.281,50	-38.400	-6.118,50	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-5.468,39				
12. =Summe ordentliche Erträge	-151.257,66	-130.885,81	-168.500	-37.614,19	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	277.266,20	209.745,94	304.600	94.854,06	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.870,50	5.623,15	13.300	7.676,85	
16. Abschreibungen	1.079,70	497,91	1.208	710,09	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	13.114,21	9.842,14	13.630	3.787,86	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	298.330,61	225.709,14	332.738	107.028,86	
21. ordentliches Ergebnis	147.072,95	94.823,33	164.238	69.414,67	
22. außerordentliche Erträge		-6.726,87		6.726,87	
23. außerordentliche Aufwendungen	208,48	156,89		-156,89	
24. außerordentliches Ergebnis	208,48	-6.569,98		6.569,98	
25. Jahresergebnis	147.281,43	88.253,35	164.238	75.984,65	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-621,63	-379,54		379,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	27.784,87	33.663,01	58.281	24.618,47	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-17.894,11	1.947,16		-1.947,16	
28. Saldo aus ILV	9.269,13	35.230,63	58.281	23.050,85	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	156.550,56	123.483,98	222.519	99.035,50	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe
Produkt P1.05.01.365500 KiGa Voßbarg (einschl. Gymnastikraum)

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-100.707,92	-101.224,65	-97.500	3.724,65	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-73.992,65	-66.376,00	-70.000	-3.624,00	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-4.656,35	-5.188,65		5.188,65	
12. =Summe ordentliche Erträge	-179.356,92	-172.789,30	-167.500	5.289,30	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	396.672,98	405.415,58	427.500	22.084,42	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.531,11	17.041,55	21.850	4.808,45	
16. Abschreibungen	71,84	452,68	1.000	547,32	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		2.500,00		-2.500,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	5.593,87	5.587,67	10.350	4.762,33	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	417.869,80	430.997,48	460.700	29.702,52	
21. ordentliches Ergebnis	238.512,88	258.208,18	293.200	34.991,82	
22. außerordentliche Erträge		-683,35		683,35	
23. außerordentliche Aufwendungen	906,01	370,11		-370,11	
24. außerordentliches Ergebnis	906,01	-313,24		313,24	
25. Jahresergebnis	239.418,89	257.894,94	293.200	35.305,06	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-741,72	-379,54		379,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	29.386,98	33.120,97	47.142	14.021,03	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	12.987,38	-11.497,72		11.497,72	
28. Saldo aus ILV	41.632,64	21.243,71	47.142	25.898,29	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	281.051,53	279.138,65	340.342	61.203,35	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Produkt P1.05.01.365600 KiGa Feldbreite

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-5.280,00		5.280,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-19,00		19,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-3.727,00		3.727,00	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-3.734,93		3.734,93	
12. =Summe ordentliche Erträge		-12.760,93		12.760,93	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal		67.136,91		-67.136,91	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.754,45		-1.754,45	
16. Abschreibungen		628,85		-628,85	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		1.025,79		-1.025,79	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen		70.546,00		-70.546,00	
21. ordentliches Ergebnis		57.785,07		-57.785,07	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis		57.785,07		-57.785,07	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-379,54		379,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		33.120,97		-33.120,97	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	80,13	1.498,27		-1.498,27	
28. Saldo aus ILV	80,13	34.239,70		-34.239,70	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	80,13	92.024,77		-92.024,77	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Produkt P1.05.01.365700 Hort Feldbreite

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-3.221,00		3.221,00	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge		-3.221,00		3.221,00	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal		6.586,97		-6.586,97	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		2.619,99		-2.619,99	
16. Abschreibungen		37,99		-37,99	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen		9.244,95		-9.244,95	
21. ordentliches Ergebnis		6.023,95		-6.023,95	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis		6.023,95		-6.023,95	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-74,81		74,81	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		13.266,18		-13.266,18	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV		13.191,37		-13.191,37	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV		19.215,32		-19.215,32	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Produkt P1.05.01.365900 Förderung anderer Kindertagesstätten

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-112.760,00	-107.083,35	-93.500	13.583,35	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-112.760,00	-107.083,35	-93.500	13.583,35	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	13.556,30	12.975,62	13.800	824,38	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.945,72	19.723,91	17.700	-2.023,91	
16. Abschreibungen		157,25		-157,25	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	821.822,03	977.589,07	1.001.300	23.710,93	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	860.324,05	1.010.445,85	1.032.800	22.354,15	
21. ordentliches Ergebnis	747.564,05	903.362,50	939.300	35.937,50	
22. außerordentliche Erträge		-1.266,65		1.266,65	
23. außerordentliche Aufwendungen	5.331,72	3.892,89		-3.892,89	
24. außerordentliches Ergebnis	5.331,72	2.626,24		-2.626,24	
25. Jahresergebnis	752.895,77	905.988,74	939.300	33.311,26	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-1.363,37	-2.411,36		2.411,36	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	52.471,22	86.609,03	82.818	-3.790,91	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-8.837,26	-2.887,85		2.887,85	
28. Saldo aus ILV	42.270,59	81.309,82	82.818	1.508,30	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	795.166,36	987.298,56	1.022.118	34.819,56	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Produkt P1.05.01.367500 Familienservicebüro

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-3.969,27	-5.000	-1.030,73	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-465,57		465,57	
12. =Summe ordentliche Erträge		-4.434,84	-5.000	-565,16	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal		5.896,04	5.600	-296,04	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		284,93	300	15,07	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		192,30		-192,30	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen		6.373,27	5.900	-473,27	
21. ordentliches Ergebnis		1.938,43	900	-1.038,43	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis		1.938,43	900	-1.038,43	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-16,01	-227,18		227,18	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	2.509,25	12.517,56	12.152	-365,40	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	2.493,24	12.290,38	12.152	-138,22	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	2.493,24	14.228,81	13.052	-1.176,65	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH5_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-737.604,34	-731.814,67	-730.600	1.214,67	
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	-257.270,49	-250.494,15	-257.400	-6.905,85	
05. privatrechtliche Entgelte	-571,14	-665,05	-500	165,05	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-23.562,00	-25.109,00	-20.000	5.109,00	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		0,00		0,00	
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.019.007,97	-1.008.082,87	-1.008.500	-417,13	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	1.806.290,44	1.835.510,19	1.928.400	92.889,81	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	128.337,66	130.713,26	138.450	7.736,74	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen	843.760,40	998.485,02	1.002.100	3.614,98	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	52.933,49	48.183,29	66.150	17.966,71	
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.831.321,99	3.012.891,76	3.135.100	122.208,24	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.812.314,02	2.004.808,89	2.126.600	121.791,11	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH5_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	-137.253,18	-426.956,11	-893.550	-466.593,89	
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	-137.253,18	-426.956,11	-893.550	-466.593,89	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen	494.248,71	1.246.528,71	1.575.000	328.471,29	
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8.426,39	71.395,26	106.150	34.754,74	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen		14.165,25	8.000	-6.165,25	
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	502.675,10	1.332.089,22	1.689.150	357.060,78	
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	365.421,92	905.133,11	795.600	-109.533,11	
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	2.177.735,94	2.909.942,00	2.922.200	12.258,00	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit					
37. Finanzmittelveränderung	2.177.735,94	2.909.942,00	2.922.200	12.258,00	

Jahresrechnung 2010

Teilhaushalt 5_02

Ordnungsangelegenheiten
Allgemeine Einrichtungen

A. Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-21.762,54	-40.960,38	-26.400	14.560,38	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-3.171,07	-2.770,00	-3.263	-493,00	
04. sonstige Transfererträge	-140,17				
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-135.587,53	-141.321,12	-124.600	16.721,12	
06. privatrechtliche Entgelte	-891,78	-2.765,63	-1.000	1.765,63	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-33.795,18	-31.162,27	-7.700	23.462,27	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-21.846,97	-22.042,90	-10.100	11.942,90	
12. =Summe ordentliche Erträge	-217.195,24	-241.022,30	-173.063	67.959,30	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	263.809,10	255.353,27	257.500	2.146,73	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	159.860,95	156.913,09	215.830	58.916,91	
16. Abschreibungen	78.939,54	86.641,57	68.674	-17.967,57	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	9.489,10	10.782,40	7.700	-3.082,40	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	91.385,74	54.234,89	50.600	-3.634,89	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	603.484,43	563.925,22	600.304	36.378,78	
21. ordentliches Ergebnis	386.289,19	322.902,92	427.241	104.338,08	
22. außerordentliche Erträge	-13.541,23	-228,38		228,38	
23. außerordentliche Aufwendungen	12.116,11	1.663,92		-1.663,92	
24. außerordentliches Ergebnis	-1.425,12	1.435,54		-1.435,54	
25. Jahresergebnis	384.864,07	324.338,46	427.241	102.902,54	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-3.255,36	-5.654,28		5.654,28	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	237.748,52	245.052,62	210.592	-34.461,10	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-44.329,38	-6.566,80		6.566,80	
28. Saldo aus ILV	190.163,78	232.831,54	210.592	-22.240,02	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	575.027,85	557.170,00	637.833	80.662,52	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Produkt P1.05.02.121000 Statistik und Wahlen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-20.419,54	-11.717,21	-1.000	10.717,21	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-20.419,54	-11.717,21	-1.000	10.717,21	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	10.013,41	9.920,89	10.500	579,11	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	26.965,10	300,00	4.700	4.400,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	12.151,24		700	700,00	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	49.129,75	10.220,89	15.900	5.679,11	
21. ordentliches Ergebnis	28.710,21	-1.496,32	14.900	16.396,32	
22. außerordentliche Erträge	-12.139,38				
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis	-12.139,38				
25. Jahresergebnis	16.570,83	-1.496,32	14.900	16.396,32	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-160,37	-303,36		303,36	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	19.232,54	13.203,28	16.753	3.550,12	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	19.072,17	12.899,92	16.753	3.853,48	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	35.643,00	11.403,60	31.653	20.249,80	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Produkt P1.05.02.122100 Ordnungsangelegenheiten

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge	-140,17				
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-21.307,90	-21.687,34	-20.500	1.187,34	
06. privatrechtliche Entgelte	-878,78	-1.447,78	-1.000	447,78	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.909,50	-2.205,22	-100	2.105,22	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-15.609,74	-12.434,95	-10.000	2.434,95	
12. =Summe ordentliche Erträge	-40.846,09	-37.775,29	-31.600	6.175,29	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	69.028,99	67.044,52	59.300	-7.744,52	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.204,84	7.293,60	20.600	13.306,40	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	612,80		700	700,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	3.369,45	2.934,83	2.900	-34,83	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	84.216,08	77.272,95	83.500	6.227,05	
21. ordentliches Ergebnis	43.369,99	39.497,66	51.900	12.402,34	
22. außerordentliche Erträge	-410,00				
23. außerordentliche Aufwendungen	2.077,02	70,68		-70,68	
24. außerordentliches Ergebnis	1.667,02	70,68		-70,68	
25. Jahresergebnis	45.037,01	39.568,34	51.900	12.331,66	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-192,48	-379,54		379,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	19.785,32	13.742,58	27.893	14.150,42	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	19.592,84	13.363,04	27.893	14.529,96	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	64.629,85	52.931,38	79.793	26.861,62	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Produkt P1.05.02.122200 Standesamt und Personenstandswesen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-24.532,60	-23.990,50	-22.000	1.990,50	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-1.940,10	-4.881,85		4.881,85	
12. =Summe ordentliche Erträge	-26.472,70	-28.872,35	-22.000	6.872,35	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	54.117,90	50.115,14	53.300	3.184,86	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.153,88	6.117,32	5.100	-1.017,32	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	123,58	169,08	300	130,92	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	62.395,36	56.401,54	58.700	2.298,46	
21. ordentliches Ergebnis	35.922,66	27.529,19	36.700	9.170,81	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	460,50	3,30		-3,30	
24. außerordentliches Ergebnis	460,50	3,30		-3,30	
25. Jahresergebnis	36.383,16	27.532,49	36.700	9.167,51	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-352,59	-454,34		454,34	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	21.921,47	24.990,90	16.753	-8.237,50	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	21.568,88	24.536,56	16.753	-7.783,16	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	57.952,04	52.069,05	53.453	1.384,35	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Produkt P1.05.02.122300 Obdachl.-angelegenh. - ohne Einr.Unterk.

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen					
21. ordentliches Ergebnis					
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis					
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-192,48	-379,54		379,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	5.361,21	13.357,45	5.614	-7.743,53	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	5.168,73	12.977,91	5.614	-7.363,99	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	5.168,73	12.977,91	5.614	-7.363,99	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Produkt P1.05.02.122400 Meldeangelegenheiten

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-73.665,83	-79.032,60	-70.000	9.032,60	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-632,48		632,48	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-3.725,80	-2.822,95	-100	2.722,95	
12. =Summe ordentliche Erträge	-77.391,63	-82.488,03	-70.100	12.388,03	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	86.180,89	81.944,26	87.200	5.255,74	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.057,22	47.643,88	54.600	6.956,12	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	53.636,43	9.696,14	6.300	-3.396,14	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	141.874,54	139.284,28	148.100	8.815,72	
21. ordentliches Ergebnis	64.482,91	56.796,25	78.000	21.203,75	
22. außerordentliche Erträge	-951,85	-28,38		28,38	
23. außerordentliche Aufwendungen	668,98	426,14		-426,14	
24. außerordentliches Ergebnis	-282,87	397,76		-397,76	
25. Jahresergebnis	64.200,04	57.194,01	78.000	20.805,99	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-304,47	-452,96		452,96	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	21.051,42	31.504,83	16.626	-14.878,87	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	20.746,95	31.051,87	16.626	-14.425,91	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	84.946,99	88.245,88	94.626	6.380,08	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Produkt P1.05.02.126100 "Brandschutz; ohne Einzelfeuerwehr"

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-21.492,54	-35.040,38	-25.000	10.040,38	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-21.492,54	-35.040,38	-25.000	10.040,38	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	9.866,93	7.725,21	10.100	2.374,79	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.618,90	13.727,90	30.100	16.372,10	
16. Abschreibungen	3.762,79	6.677,80		-6.677,80	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	7.106,30	2.532,60	6.300	3.767,40	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	11.672,22	25.491,05	26.700	1.208,95	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	53.027,14	56.154,56	73.200	17.045,44	
21. ordentliches Ergebnis	31.534,60	21.114,18	48.200	27.085,82	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	8.096,50	688,56		-688,56	
24. außerordentliches Ergebnis	8.096,50	688,56		-688,56	
25. Jahresergebnis	39.631,10	21.802,74	48.200	26.397,26	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-144,36	-265,95		265,95	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	4.594,81	12.075,66	4.858	-7.217,98	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-26.739,84	-4.474,23		4.474,23	
28. Saldo aus ILV	-22.289,39	7.335,48	4.858	-2.477,80	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	17.341,71	29.138,22	53.058	23.919,46	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Produkt P1.05.02.126200 Feuerwehren

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-270,00	-5.920,00	-1.400	4.520,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-3.171,07	-2.770,00	-3.263	-493,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.263,00	-749,60		749,60	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-571,33	-1.769,43		1.769,43	
12. =Summe ordentliche Erträge	-5.275,40	-11.209,03	-4.663	6.546,03	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	14.982,26	13.683,28	14.600	916,72	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	79.791,47	76.450,01	88.480	12.029,99	
16. Abschreibungen	75.176,75	79.963,77	68.674	-11.289,77	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	1.770,00	8.020,00	700	-7.320,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	10.432,82	15.943,79	13.500	-2.443,79	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	182.153,30	194.060,85	185.954	-8.106,85	
21. ordentliches Ergebnis	176.877,90	182.851,82	181.291	-1.560,82	
22. außerordentliche Erträge	-40,00	-200,00		200,00	
23. außerordentliche Aufwendungen	433,72	468,91		-468,91	
24. außerordentliches Ergebnis	393,72	268,91		-268,91	
25. Jahresergebnis	177.271,62	183.120,73	181.291	-1.829,73	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-1.026,53	-1.966,37		1.966,37	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	59.260,24	88.270,98	62.374	-25.897,38	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-14.072,31	-173,51		173,51	
28. Saldo aus ILV	44.161,40	86.131,10	62.374	-23.757,50	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	221.433,02	269.251,83	243.665	-25.587,23	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Produkt P1.05.02.128000 Katastrophenschutz

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	848,53	962,11	1.200	237,89	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.500,27	8,72	2.000	1.991,28	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	6.348,80	970,83	3.200	2.229,17	
21. ordentliches Ergebnis	6.348,80	970,83	3.200	2.229,17	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	28,21	6,33		-6,33	
24. außerordentliches Ergebnis	28,21	6,33		-6,33	
25. Jahresergebnis	6.377,01	977,16	3.200	2.222,84	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-160,37	-280,91		280,91	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	16.244,08	12.732,79	16.626	3.893,17	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	16.083,71	12.451,88	16.626	4.174,08	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	22.460,72	13.429,04	19.826	6.396,92	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Produkt P1.05.02.561000 Umweltschutzmaßnahmen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte		-1.317,85		1.317,85	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-7.017,74	-13.681,32	-6.600	7.081,32	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-133,72		133,72	
12. =Summe ordentliche Erträge	-7.017,74	-15.132,89	-6.600	8.532,89	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	7.419,79	12.511,11	8.900	-3.611,11	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.515,87	1.724,48	5.450	3.725,52	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		229,80		-229,80	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			200	200,00	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	8.935,66	14.465,39	14.550	84,61	
21. ordentliches Ergebnis	1.917,92	-667,50	7.950	8.617,50	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	1.917,92	-667,50	7.950	8.617,50	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-208,49	-327,18		327,18	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	19.895,29	10.564,71	16.626	6.061,25	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	19.686,80	10.237,53	16.626	6.388,43	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	21.604,72	9.570,03	24.576	15.005,93	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Produkt P1.05.02.573200 Allgem. Einricht./Unternehmen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-16.081,20	-16.610,68	-12.100	4.510,68	
06. privatrechtliche Entgelte	-13,00				
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.185,40	-2.176,44		2.176,44	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-18.279,60	-18.787,12	-12.100	6.687,12	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	19.687,12	12.050,71	12.400	349,29	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.053,40	3.647,18	4.800	1.152,82	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	23.740,52	15.697,89	17.200	1.502,11	
21. ordentliches Ergebnis	5.460,92	-3.089,23	5.100	8.189,23	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	351,18				
24. außerordentliches Ergebnis	351,18				
25. Jahresergebnis	5.812,10	-3.089,23	5.100	8.189,23	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-513,22	-844,13		844,13	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	50.402,14	24.609,44	26.469	1.859,20	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-15.029,93	-16.452,91		16.452,91	
28. Saldo aus ILV	34.858,99	7.312,40	26.469	19.156,24	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	40.671,09	4.223,17	31.569	27.345,47	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH5_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-31.872,29	-40.960,38	-26.400	14.560,38	
03. sonstige Transfereinzahlungen	-140,17				
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	-134.741,68	-141.864,80	-124.600	17.264,80	
05. privatrechtliche Entgelte	-891,78	-2.765,63	-1.000	1.765,63	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-33.292,68	-31.389,37	-7.700	23.689,37	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	-21.292,11	-6.300,12	-10.100	-3.799,88	
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-222.230,71	-223.280,30	-169.800	53.480,30	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	251.979,99	245.534,45	257.500	11.965,55	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	161.591,44	158.545,66	215.830	57.284,34	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen	9.489,10	10.782,40	7.700	-3.082,40	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	110.229,88	54.210,63	50.600	-3.610,63	
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	533.290,41	469.073,14	531.630	62.556,86	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	311.059,70	245.792,84	361.830	116.037,16	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH5_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen	-92,56	-1.715,00		1.715,00	
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	-92,56	-1.715,00		1.715,00	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen	66.027,92	1.536,56		-1.536,56	
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	47.460,03	106.010,88	170.100	64.089,12	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen					
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	113.487,95	107.547,44	170.100	62.552,56	
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	113.395,39	105.832,44	170.100	64.267,56	
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	424.455,09	351.625,28	531.930	180.304,72	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit					
37. Finanzmittelveränderung	424.455,09	351.625,28	531.930	180.304,72	

Jahresrechnung 2010

Teilhaushalt 5_021

Angelegenheiten der Schulen

A. Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_21 Schulaufgaben

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-619.409,12	-805.064,26	-582.350	222.714,26	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-34.096,25	-45.174,85	-171	45.003,85	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte	-1.925,00	-1.500,00	-700	800,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-200.395,60	-211.599,06	-158.000	53.599,06	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-14.550,33	-11.987,41		11.987,41	
12. =Summe ordentliche Erträge	-870.376,30	-1.075.325,58	-741.221	334.104,58	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	246.097,64	272.570,33	239.500	-33.070,33	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	152.056,53	165.858,25	163.050	-2.808,25	
16. Abschreibungen	35.529,44	57.610,47	4.366	-53.244,47	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		113,57		-113,57	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	337.673,83	373.973,10	377.700	3.726,90	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	771.357,44	870.125,72	784.616	-85.509,72	
21. ordentliches Ergebnis	-99.018,86	-205.199,86	43.395	248.594,86	
22. außerordentliche Erträge	-147.991,95	-28.668,92		28.668,92	
23. außerordentliche Aufwendungen	21.548,08	4.298,23		-4.298,23	
24. außerordentliches Ergebnis	-126.443,87	-24.370,69		24.370,69	
25. Jahresergebnis	-225.462,73	-229.570,55	43.395	272.965,55	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-3.086,33	-4.672,77		4.672,77	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	248.449,52	218.518,70	188.986	-29.532,58	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-45.046,02	255.833,99		-255.833,99	
28. Saldo aus ILV	200.317,17	469.679,92	188.986	-280.693,80	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-25.145,56	240.109,37	232.381	-7.728,25	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_21 Schulaufgaben

Produkt P1.05.02.211100 Grundschule Feldbreite

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-715,40	-782,06	-700	82,06	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-867,56	-1.585,40		1.585,40	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-1.582,96	-2.367,46	-700	1.667,46	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	14.351,37	15.467,19	15.800	332,81	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.882,84	5.997,41	10.500	4.502,59	
16. Abschreibungen	1.560,98	2.971,83	1.721	-1.250,83	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	9.025,00	10.399,96	8.700	-1.699,96	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	33.820,19	34.836,39	36.721	1.884,61	
21. ordentliches Ergebnis	32.237,23	32.468,93	36.021	3.552,07	
22. außerordentliche Erträge	-161,00				
23. außerordentliche Aufwendungen	476,47	129,08		-129,08	
24. außerordentliches Ergebnis	315,47	129,08		-129,08	
25. Jahresergebnis	32.552,70	32.598,01	36.021	3.422,99	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-232,51	-416,94		416,94	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	22.511,31	20.814,06	19.234	-1.579,62	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	6.734,75	20.700,56		-20.700,56	
28. Saldo aus ILV	29.013,55	41.097,68	19.234	-21.863,24	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	61.566,25	73.695,69	55.255	-18.440,25	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_21 Schulaufgaben

Produkt P1.05.02.211200 Grundschule Hahn-Lehmden

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-848,67	-764,68	-800	-35,32	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-1.644,00	-1.644,00		1.644,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-2.492,67	-2.408,68	-800	1.608,68	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	17.599,06	18.673,16	19.000	326,84	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.628,22	7.152,87	11.700	4.547,13	
16. Abschreibungen	1.899,36	2.808,92		-2.808,92	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	9.715,86	8.922,85	9.700	777,15	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	39.842,50	37.557,80	40.400	2.842,20	
21. ordentliches Ergebnis	37.349,83	35.149,12	39.600	4.450,88	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	291,54	173,28		-173,28	
24. außerordentliches Ergebnis	291,54	173,28		-173,28	
25. Jahresergebnis	37.641,37	35.322,40	39.600	4.277,60	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-272,54	-416,94		416,94	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	23.045,36	21.220,59	19.234	-1.986,15	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	2.085,95	-6.413,45		6.413,45	
28. Saldo aus ILV	24.858,77	14.390,20	19.234	4.844,24	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	62.500,14	49.712,60	58.834	9.121,84	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_21 Schulaufgaben

Produkt P1.05.02.211300 Grundschule Kleibrok

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-994,40	-847,24	-1.000	-152,76	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-1.609,99	-1.680,00		1.680,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-2.604,39	-2.527,24	-1.000	1.527,24	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	16.220,25	17.263,44	16.800	-463,44	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.165,06	16.544,86	18.150	1.605,14	
16. Abschreibungen	2.799,75	3.653,50		-3.653,50	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	11.782,19	10.757,45	11.400	642,55	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	45.967,25	48.219,25	46.350	-1.869,25	
21. ordentliches Ergebnis	43.362,86	45.692,01	45.350	-342,01	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	291,54	63,28		-63,28	
24. außerordentliches Ergebnis	291,54	63,28		-63,28	
25. Jahresergebnis	43.654,40	45.755,29	45.350	-405,29	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-232,51	-416,94		416,94	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	22.511,31	21.057,98	19.234	-1.823,54	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	143,74	233.514,59		-233.514,59	
28. Saldo aus ILV	22.422,54	254.155,63	19.234	-234.921,19	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	66.076,94	299.910,92	64.584	-235.326,48	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_21 Schulaufgaben

Produkt P1.05.02.211400 Grundschule Leuchtenburg

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-390,04	-391,05	-400	-8,95	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-654,46	-821,00		821,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-1.044,50	-1.212,05	-400	812,05	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	8.816,83	9.779,98	9.900	120,02	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.616,69	8.509,04	9.800	1.290,96	
16. Abschreibungen	851,89	1.396,59		-1.396,59	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	4.897,27	5.264,31	4.900	-364,31	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	23.182,68	24.949,92	24.600	-349,92	
21. ordentliches Ergebnis	22.138,18	23.737,87	24.200	462,13	
22. außerordentliche Erträge	-42,75				
23. außerordentliche Aufwendungen	336,72	180,72		-180,72	
24. außerordentliches Ergebnis	293,97	180,72		-180,72	
25. Jahresergebnis	22.432,15	23.918,59	24.200	281,41	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-256,53	-416,94		416,94	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	22.831,73	21.627,12	19.234	-2.392,68	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-19.970,17	-10.391,28		10.391,28	
28. Saldo aus ILV	2.605,03	10.818,90	19.234	8.415,54	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	25.037,18	34.737,49	43.434	8.696,95	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_21 Schulaufgaben

Produkt P1.05.02.211500 Grundschule Loy

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-377,18	-360,73	-400	-39,27	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-591,47	-590,00		590,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-968,65	-950,73	-400	550,73	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	8.313,98	9.199,27	9.600	400,73	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.009,88	7.308,05	8.000	691,95	
16. Abschreibungen	1.151,16	1.510,60	437	-1.073,60	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	4.662,94	4.746,97	4.600	-146,97	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	22.137,96	22.764,89	22.637	-127,89	
21. ordentliches Ergebnis	21.169,31	21.814,16	22.237	422,84	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	399,87	133,58		-133,58	
24. außerordentliches Ergebnis	399,87	133,58		-133,58	
25. Jahresergebnis	21.569,18	21.947,74	22.237	289,26	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-232,51	-416,94		416,94	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	22.511,31	20.515,94	19.234	-1.281,50	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-6.101,88	29.801,72		-29.801,72	
28. Saldo aus ILV	16.176,92	49.900,72	19.234	-30.666,28	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	37.746,10	71.848,46	41.471	-30.377,02	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_21 Schulaufgaben

Produkt P1.05.02.211600 Grundschule Wahnbek

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-642,93	-664,75	-600	64,75	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-932,56	-932,00		932,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-43,03	-49,18		49,18	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-1.618,52	-1.645,93	-600	1.045,93	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	17.056,01	18.108,62	17.600	-508,62	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.740,26	11.727,70	14.500	2.772,30	
16. Abschreibungen	2.083,06	2.358,85	1.040	-1.318,85	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		113,57		-113,57	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	8.270,79	8.430,63	7.700	-730,63	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	37.150,12	40.739,37	40.840	100,63	
21. ordentliches Ergebnis	35.531,60	39.093,44	40.240	1.146,56	
22. außerordentliche Erträge		-36,89		36,89	
23. außerordentliche Aufwendungen	370,41	1.061,48		-1.061,48	
24. außerordentliches Ergebnis	370,41	1.024,59		-1.024,59	
25. Jahresergebnis	35.902,01	40.118,03	40.240	121,97	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-272,54	-416,94		416,94	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	23.045,36	21.654,23	19.234	-2.419,79	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-11.036,96	-42.258,30		42.258,30	
28. Saldo aus ILV	11.735,86	-21.021,01	19.234	40.255,45	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	47.637,87	19.097,02	59.474	40.377,42	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_21 Schulaufgaben

Produkt P1.05.02.218000 KGS Rastede

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-521.001,85	-713.466,08	-504.000	209.466,08	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-26.824,72	-35.327,45	-171	35.156,45	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte	-1.925,00	-1.500,00	-700	800,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-80.294,18	-89.379,99	-45.000	44.379,99	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-10.965,22	-9.567,26		9.567,26	
12. =Summe ordentliche Erträge	-641.010,97	-849.240,78	-549.871	299.369,78	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	134.307,60	151.771,58	121.100	-30.671,58	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	77.827,63	95.605,80	77.300	-18.305,80	
16. Abschreibungen	23.737,06	39.897,77	1.168	-38.729,77	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	104.679,11	102.911,92	141.600	38.688,08	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	340.551,40	390.187,07	341.168	-49.019,07	
21. ordentliches Ergebnis	-300.459,57	-459.053,71	-208.703	250.350,71	
22. außerordentliche Erträge	-147.788,20	-5.478,42		5.478,42	
23. außerordentliche Aufwendungen	2.286,73	764,13		-764,13	
24. außerordentliches Ergebnis	-145.501,47	-4.714,29		4.714,29	
25. Jahresergebnis	-445.961,04	-463.768,00	-208.703	255.065,00	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-801,43	-986,24		986,24	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	35.231,92	51.040,88	24.157	-26.883,44	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	2.432,11	-3.170,26		3.170,26	
28. Saldo aus ILV	36.862,60	46.884,38	24.157	-22.726,94	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-409.098,44	-416.883,62	-184.546	232.338,06	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_21 Schulaufgaben

Produkt P1.05.02.221000 Förderschulen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-94.438,65	-87.787,67	-74.450	13.337,67	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-971,49	-2.595,00		2.595,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-30.000,00	-30.000,00	-21.000	9.000,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-125.410,14	-120.382,67	-95.450	24.932,67	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	16.982,72	18.025,29	18.000	-25,29	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.141,10	13.003,73	12.800	-203,73	
16. Abschreibungen	1.446,18	3.012,41		-3.012,41	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	96.146,95	121.638,74	94.900	-26.738,74	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	127.716,95	155.680,17	125.700	-29.980,17	
21. ordentliches Ergebnis	2.306,81	35.297,50	30.250	-5.047,50	
22. außerordentliche Erträge		-23.153,61		23.153,61	
23. außerordentliche Aufwendungen	16.840,97	1.735,72		-1.735,72	
24. außerordentliches Ergebnis	16.840,97	-21.417,89		21.417,89	
25. Jahresergebnis	19.147,78	13.879,61	30.250	16.370,39	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-272,54	-416,94		416,94	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	23.045,36	21.646,63	13.665	-7.981,99	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-19.333,56	34.050,41		-34.050,41	
28. Saldo aus ILV	3.439,26	55.280,10	13.665	-41.615,46	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	22.587,04	69.159,71	43.915	-25.245,07	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_21 Schulaufgaben

Produkt P1.05.02.241000 Schülerbeförderung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-90.058,39	-92.169,89	-92.000	169,89	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-3.585,11	-2.420,15		2.420,15	
12. =Summe ordentliche Erträge	-93.643,50	-94.590,04	-92.000	2.590,04	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	9.580,97	10.421,80	8.100	-2.321,80	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	88.189,58	100.734,22	92.000	-8.734,22	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	97.770,55	111.156,02	100.100	-11.056,02	
21. ordentliches Ergebnis	4.127,05	16.565,98	8.100	-8.465,98	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	4.127,05	16.565,98	8.100	-8.465,98	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-160,37	-265,95		265,95	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	19.128,89	7.440,31	11.056	3.615,85	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	18.968,52	7.174,36	11.056	3.881,80	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	23.095,57	23.740,34	19.156	-4.584,18	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_21 Schulaufgaben

Produkt P1.05.02.243000 Sonstige schulische Aufgaben

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	318,57	428,82	500	71,18	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	44,85	8,79	300	291,21	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	304,14	166,05	2.200	2.033,95	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	667,56	603,66	3.000	2.396,34	
21. ordentliches Ergebnis	667,56	603,66	3.000	2.396,34	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	28,21	6,33		-6,33	
24. außerordentliches Ergebnis	28,21	6,33		-6,33	
25. Jahresergebnis	695,77	609,99	3.000	2.390,01	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-208,49	-327,18		327,18	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	19.998,94	6.943,06	11.184	4.240,54	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	19.790,45	6.615,88	11.184	4.567,72	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	20.486,22	7.225,87	14.184	6.957,73	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_21 Schulaufgaben

Produkt P1.05.02.244000 Kreisschulbaukasse

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	2.550,28	3.431,18	3.100	-331,18	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	2.550,28	3.431,18	3.100	-331,18	
21. ordentliches Ergebnis	2.550,28	3.431,18	3.100	-331,18	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	225,62	50,63		-50,63	
24. außerordentliches Ergebnis	225,62	50,63		-50,63	
25. Jahresergebnis	2.775,90	3.481,81	3.100	-381,81	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-144,36	-174,82		174,82	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	14.588,03	4.557,90	13.518	8.959,74	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	14.443,67	4.383,08	13.518	9.134,56	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	17.219,57	7.864,89	16.618	8.752,75	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH5_21 Schulaufgaben

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-752.641,37	-828.217,87	-582.350	245.867,87	
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte					
05. privatrechtliche Entgelte	-1.968,42	-1.250,00	-700	550,00	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-84.346,07	-341.648,82	-158.000	183.648,82	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG	-42,75				
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	-5.361,21	-128,25		128,25	
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-844.359,82	-1.171.244,94	-741.050	430.194,94	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	239.597,56	262.803,67	239.500	-23.303,67	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	153.228,73	170.349,23	163.050	-7.299,23	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen		113,57		-113,57	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	349.094,44	376.225,68	380.700	4.474,32	
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	741.920,73	809.492,15	783.250	-26.242,15	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-102.439,09	-361.752,79	42.200	403.952,79	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH5_21 Schulaufgaben

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	-274.661,95	-465.650,17	-355.942	109.708,17	
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen	4.243,10			-957,24	
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	-270.418,85	-464.692,93	-355.942	108.750,93	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen	644.956,45	668.966,28	1.533.000	864.033,72	
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	335.984,72	91.537,49	66.000	-25.537,49	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen	67.027,06	0,00	33.500	33.500,00	
30. Sonstige Investitionstätigkeit		65.569,95	67.000	1.430,05	
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	1.047.968,23	826.073,72	1.699.500	873.426,28	
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	777.549,38	361.380,79	1.343.558	982.177,21	
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	675.110,29	-372,00	1.385.758	1.386.130,00	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit		-474.100,00	-1.206.100	-732.000,00	
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	240.641,57	215.797,88	282.700	66.902,12	
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	240.641,57	-258.302,12	-923.400	-665.097,88	
37. Finanzmittelveränderung	915.751,86	-258.674,12	462.358	721.032,12	

Jahresrechnung 2010

Teilhaushalt 5_022

Heimat- und Kulturpflege

A. Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_22 Kultur und Wissenschaft

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-69,79		69,79	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-11.900,00	-12.779,50	-11.000	1.779,50	
06. privatrechtliche Entgelte	-300,00				
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-109,89		-100	-100,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-3.489,83	-2.593,79		2.593,79	
12. =Summe ordentliche Erträge	-15.799,72	-15.443,08	-11.100	4.343,08	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	182.661,59	191.924,69	193.900	1.975,31	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	39.200,47	16.228,46	19.600	3.371,54	
16. Abschreibungen	1.356,36	2.429,41	2.057	-372,41	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	254.763,73	223.225,18	254.500	31.274,82	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	53.274,03	31.571,45	22.200	-9.371,45	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	531.256,18	465.379,19	492.257	26.877,81	
21. ordentliches Ergebnis	515.456,46	449.936,11	481.157	31.220,89	
22. außerordentliche Erträge	-84,38				
23. außerordentliche Aufwendungen	480,50	881,90		-881,90	
24. außerordentliches Ergebnis	396,12	881,90		-881,90	
25. Jahresergebnis	515.852,58	450.818,01	481.157	30.338,99	
26a Erträge aus ILV 3811*		-160,00		160,00	
26b Ertrag aus Umlage 91*	-1.803,86	-3.233,58		3.233,58	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	137.860,95	129.973,07	171.949	41.976,21	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-7.817,45	-7.494,23		7.494,23	
28. Saldo aus ILV	128.239,64	119.085,26	171.949	52.864,02	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	644.092,22	569.903,27	653.106	83.203,01	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_22 Kultur und Wissenschaft

Produkt P1.05.02.252100 Archiv

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-779,50		779,50	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge		-779,50		779,50	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	796,28	819,51	1.000	180,49	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.263,52	705,22	2.700	1.994,78	
16. Abschreibungen		53,68		-53,68	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	14.090,04	14.098,68	17.200	3.101,32	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	17.149,84	15.677,09	20.900	5.222,91	
21. ordentliches Ergebnis	17.149,84	14.897,59	20.900	6.002,41	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	223,35	187,90		-187,90	
24. außerordentliches Ergebnis	223,35	187,90		-187,90	
25. Jahresergebnis	17.373,19	15.085,49	20.900	5.814,51	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-240,34	-227,18		227,18	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	15.744,19	14.831,70	15.870	1.038,02	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	15.503,85	14.604,52	15.870	1.265,20	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	32.877,04	29.690,01	36.770	7.079,71	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_22 Kultur und Wissenschaft

Produkt P1.05.02.252200 Ausstellungen/Veranstaltungen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	327,65	348,11	600	251,89	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	327,65	348,11	600	251,89	
21. ordentliches Ergebnis	327,65	348,11	600	251,89	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	327,65	348,11	600	251,89	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-96,24	-189,77		189,77	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	4.924,41	6.250,56	6.088	-162,12	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	4.828,17	6.060,79	6.088	27,65	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	5.155,82	6.408,90	6.688	279,54	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_22 Kultur und Wissenschaft

Produkt P1.05.02.261000 Theater

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	2.000,00	213,58	4.200	3.986,42	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	2.000,00	213,58	4.200	3.986,42	
21. ordentliches Ergebnis	2.000,00	213,58	4.200	3.986,42	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	2.000,00	213,58	4.200	3.986,42	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-96,24	-171,07		171,07	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	4.820,76	4.236,57	5.961	1.724,43	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	4.724,52	4.065,50	5.961	1.895,50	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	6.724,52	4.279,08	10.161	5.881,92	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_22 Kultur und Wissenschaft

Produkt P1.05.02.262000 Musikpflege

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen	12,00	231,80		-231,80	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	2.202,57	1.508,99	4.500	2.991,01	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	2.214,57	1.740,79	4.500	2.759,21	
21. ordentliches Ergebnis	2.214,57	1.740,79	4.500	2.759,21	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	2.214,57	1.740,79	4.500	2.759,21	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-96,24	-174,82		174,82	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	4.924,41	4.633,95	6.088	1.454,49	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	4.828,17	4.459,13	6.088	1.629,31	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	7.042,74	6.199,92	10.588	4.388,52	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_22 Kultur und Wissenschaft

Produkt P1.05.02.263000 Musikschulen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	12.432,99	12.558,87	13.000	441,13	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	12.432,99	12.558,87	13.000	441,13	
21. ordentliches Ergebnis	12.432,99	12.558,87	13.000	441,13	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	12.432,99	12.558,87	13.000	441,13	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-96,24	-171,07		171,07	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	4.820,76	4.236,57	5.961	1.724,43	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	4.724,52	4.065,50	5.961	1.895,50	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	17.157,51	16.624,37	18.961	2.336,63	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_22 Kultur und Wissenschaft

Produkt P1.05.02.271000 Volkshochschulen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen					
21. ordentliches Ergebnis					
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis					
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-96,24	-189,77		189,77	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	4.820,76	6.223,46	5.961	-262,46	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	4.724,52	6.033,69	5.961	-72,69	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	4.724,52	6.033,69	5.961	-72,69	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_22 Kultur und Wissenschaft

Produkt P1.05.02.272000 Büchereien (Schulbüch. Zuord. z.Schule)

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-11.900,00	-12.000,00	-11.000	1.000,00	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-109,89		-100	-100,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-3.489,83	-2.593,79		2.593,79	
12. =Summe ordentliche Erträge	-15.499,72	-14.593,79	-11.100	3.493,79	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	115.863,16	115.876,59	116.900	1.023,41	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.564,49	14.891,59	15.500	608,41	
16. Abschreibungen	80,85	80,00		-80,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	3.048,08	3.079,54	5.000	1.920,46	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	135.556,58	133.927,72	137.400	3.472,28	
21. ordentliches Ergebnis	120.056,86	119.333,93	126.300	6.966,07	
22. außerordentliche Erträge	-84,38				
23. außerordentliche Aufwendungen	33,53	170,85		-170,85	
24. außerordentliches Ergebnis	-50,85	170,85		-170,85	
25. Jahresergebnis	120.006,01	119.504,78	126.300	6.795,22	
26a Erträge aus ILV 3811*		-160,00		160,00	
26b Ertrag aus Umlage 91*	-272,54	-454,34		454,34	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	21.949,39	22.649,21	40.263	17.613,95	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	658,52	-1.409,79		1.409,79	
28. Saldo aus ILV	22.335,37	20.625,08	40.263	19.638,08	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	142.341,38	140.129,86	166.563	26.433,30	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_22 Kultur und Wissenschaft

Produkt P1.05.02.281100 Heimat- und sonstige Kulturpflege

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte	-300,00				
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-300,00				
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	4.561,22	4.833,51	5.300	466,49	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.052,00				
16. Abschreibungen	213,60	353,00		-353,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	113.128,17	71.125,08	105.800	34.674,92	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	36.076,41	14.393,23		-14.393,23	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	174.031,40	90.704,82	111.100	20.395,18	
21. ordentliches Ergebnis	173.731,40	90.704,82	111.100	20.395,18	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	223,62	523,15		-523,15	
24. außerordentliches Ergebnis	223,62	523,15		-523,15	
25. Jahresergebnis	173.955,02	91.227,97	111.100	19.872,03	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-208,49	-323,43		323,43	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	22.190,89	10.152,12	19.215	9.062,76	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	0,09	-1,00		1,00	
28. Saldo aus ILV	21.982,49	9.827,69	19.215	9.387,19	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	195.937,51	101.055,66	130.315	29.259,22	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_22 Kultur und Wissenschaft

Produkt P1.05.02.281200 Palais

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	327,65	348,11	600	251,89	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	125.000,00	137.818,66	127.000	-10.818,66	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	125.327,65	138.166,77	127.600	-10.566,77	
21. ordentliches Ergebnis	125.327,65	138.166,77	127.600	-10.566,77	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	125.327,65	138.166,77	127.600	-10.566,77	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-232,51	-379,54		379,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	24.599,64	15.977,30	15.979	1,86	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-406,96	1.255,59		-1.255,59	
28. Saldo aus ILV	23.960,17	16.853,35	15.979	-874,19	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	149.287,82	155.020,12	143.579	-11.440,96	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_22 Kultur und Wissenschaft

Produkt P1.05.02.291000 Förd.v. Kirchengem./s. Religionsgem.

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen					
21. ordentliches Ergebnis					
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis					
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-96,24	-171,07		171,07	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	6.020,38	4.259,38	6.563	2.303,54	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	5.924,14	4.088,31	6.563	2.474,61	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	5.924,14	4.088,31	6.563	2.474,61	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_22 Kultur und Wissenschaft

Produkt P1.05.02.366100 Jugendtr. Villa Hartm. und Jugendräume

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-69,79		69,79	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge		-69,79		69,79	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	60.785,63	61.876,93	60.800	-1.076,93	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	320,46	631,65	800	168,35	
16. Abschreibungen	1.049,91	1.710,93	2.057	346,07	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	59,50				
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	62.215,50	64.219,51	63.657	-562,51	
21. ordentliches Ergebnis	62.215,50	64.149,72	63.657	-492,72	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	62.215,50	64.149,72	63.657	-492,72	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-272,54	-454,34		454,34	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	23.045,36	25.632,31	30.354	4.722,17	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-3.008,46	-4.542,84		4.542,84	
28. Saldo aus ILV	19.764,36	20.635,13	30.354	9.719,35	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	81.979,86	84.784,85	94.011	9.226,63	

Teilergebnisrechnung-sonstige 2010TH5_22 Kultur und Wissenschaft

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00		0,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge		0,00		0,00	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal		7.821,93	8.700	878,07	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			600	600,00	
16. Abschreibungen	0,00	0,00		0,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0,00	7.821,93	9.300	1.478,07	
21. ordentliches Ergebnis	0,00	7.821,93	9.300	1.478,07	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	0,00	7.821,93	9.300	1.478,07	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-327,18		327,18	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		10.889,94	13.645	2.755,14	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-5.060,64	-2.796,19		2.796,19	
28. Saldo aus ILV	-5.060,64	7.766,57	13.645	5.878,51	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-5.060,64	15.588,50	22.945	7.356,58	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH5_22 Kultur und Wissenschaft

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen					
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	-12.013,54	-12.779,50	-11.000	1.779,50	
05. privatrechtliche Entgelte	-300,00				
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-19,20		-100	-100,00	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	-3,51				
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-12.336,25	-12.779,50	-11.100	1.679,50	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	180.147,15	190.277,89	193.900	3.622,11	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	39.295,67	16.400,11	19.600	3.199,89	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen	254.930,93	223.732,08	254.500	30.767,92	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	53.435,71	31.762,15	22.200	-9.562,15	
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	527.809,46	462.172,23	490.200	28.027,77	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	515.473,21	449.392,73	479.100	29.707,27	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH5_22 Kultur und Wissenschaft

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit		-347,79		347,79	
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit		-347,79		347,79	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen	5.000,00				
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	7.779,76	4.834,01	5.900	1.065,99	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen	0,00	2.288,40	26.300	24.011,60	
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	12.779,76	7.122,41	32.200	25.077,59	
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	12.779,76	6.774,62	32.200	25.425,38	
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	528.252,97	456.167,35	511.300	55.132,65	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit					
37. Finanzmittelveränderung	528.252,97	456.167,35	511.300	55.132,65	

Jahresrechnung 2010

Teilhaushalt 5_023

Gesundheit und Sport

A. Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-75,58	-253,53	-613	-359,47	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-292.021,52	-320.202,17	-334.579	-14.376,83	
06. privatrechtliche Entgelte	-3.972,00	-1.137,39	-1.500	-362,61	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-218,64	-87,75		87,75	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-4.740,84	-18.932,72		18.932,72	
12. =Summe ordentliche Erträge	-301.028,58	-340.613,56	-336.692	3.921,56	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	241.411,86	236.520,13	228.100	-8.420,13	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	19.858,05	15.476,61	35.877	20.400,39	
16. Abschreibungen	3.603,22	7.268,72	8.079	810,28	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	57.299,01	64.167,90	63.500	-667,90	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	6.190,39	8.031,41	12.227	4.195,59	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	328.362,53	331.464,77	347.783	16.318,23	
21. ordentliches Ergebnis	27.333,95	-9.148,79	11.091	20.239,79	
22. außerordentliche Erträge	-946,46	-4.070,09		4.070,09	
23. außerordentliche Aufwendungen	215,29	2.053,06		-2.053,06	
24. außerordentliches Ergebnis	-731,17	-2.017,03		2.017,03	
25. Jahresergebnis	26.602,78	-11.165,82	11.091	22.256,82	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-3.303,93	-5.456,52		5.456,52	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	188.018,53	229.532,06	251.174	21.642,06	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-183.780,62	-142.111,35		142.111,35	
28. Saldo aus ILV	933,98	81.964,19	251.174	169.209,93	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	27.536,76	70.798,37	262.265	191.466,75	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen

Produkt P1.05.02.421000 Förderung des Sports

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	13.064,01	13.481,03	13.700	218,97	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen	831,75	2.555,39		-2.555,39	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	57.299,01	64.167,90	63.500	-667,90	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	71.194,77	80.204,32	77.200	-3.004,32	
21. ordentliches Ergebnis	71.194,77	80.204,32	77.200	-3.004,32	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	56,42	1.747,48		-1.747,48	
24. außerordentliches Ergebnis	56,42	1.747,48		-1.747,48	
25. Jahresergebnis	71.251,19	81.951,80	77.200	-4.751,80	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-208,49	-360,83		360,83	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	24.382,87	18.896,80	21.676	2.779,60	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	24.174,38	18.535,97	21.676	3.140,43	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	95.425,57	100.487,77	98.876	-1.611,37	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen

Produkt P1.05.02.424100.001 Freibad Rastede

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-97.499,55	-85.150,07	-88.785	-3.634,93	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-97.499,55	-85.150,07	-88.785	-3.634,93	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	72.174,77	70.443,52	74.700	4.256,48	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.020,30	2.266,96	5.782	3.515,04	
16. Abschreibungen	47,76	250,18		-250,18	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	5.050,21	6.798,51	7.905	1.106,49	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	79.293,04	79.759,17	88.387	8.627,83	
21. ordentliches Ergebnis	-18.206,51	-5.390,90	-398	4.992,90	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	-18.206,51	-5.390,90	-398	4.992,90	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-256,53	-416,94		416,94	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	22.831,73	23.048,33	30.354	7.306,15	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-36.513,44	-65.994,96		65.994,96	
28. Saldo aus ILV	-13.938,24	-43.363,57	30.354	73.718,05	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-32.144,75	-48.754,47	29.956	78.710,95	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen

Produkt P1.05.02.424100.002 Badeanstalt Hahn

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen					
21. ordentliches Ergebnis					
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis					
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-96,24	-171,07		171,07	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	5.916,73	8.199,63	7.948	-251,67	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	14.134,53	-2.113,72		2.113,72	
28. Saldo aus ILV	19.955,02	5.914,84	7.948	2.033,12	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	19.955,02	5.914,84	7.948	2.033,12	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen

Produkt P1.05.02.424100.003 Hallenbad

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-193.465,97	-235.052,10	-245.794	-10.741,90	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-100,00				
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-4.740,84	-18.932,72		18.932,72	
12. =Summe ordentliche Erträge	-198.306,81	-253.984,82	-245.794	8.190,82	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	139.445,00	137.167,94	123.500	-13.667,94	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.049,57	7.057,72	9.095	2.037,28	
16. Abschreibungen	579,95	1.541,15	3.968	2.426,85	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	389,64	1.232,90	1.522	289,10	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	145.464,16	146.999,71	138.085	-8.914,71	
21. ordentliches Ergebnis	-52.842,65	-106.985,11	-107.709	-723,89	
22. außerordentliche Erträge	-787,59	-4.070,09		4.070,09	
23. außerordentliche Aufwendungen		305,58		-305,58	
24. außerordentliches Ergebnis	-787,59	-3.764,51		3.764,51	
25. Jahresergebnis	-53.630,24	-110.749,62	-107.709	3.040,62	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-352,77	-644,10		644,10	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	26.556,50	36.887,22	30.354	-6.532,74	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-120.125,18	-70.865,68		70.865,68	
28. Saldo aus ILV	-93.921,45	-34.622,56	30.354	64.977,04	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-147.551,69	-145.372,18	-77.355	68.017,66	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen

Produkt P1.05.02.424200 Sportplätze

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten			-613	-613,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge			-613	-613,00	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	5.992,90	4.333,36	4.700	366,64	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			3.600	3.600,00	
16. Abschreibungen	1.428,40	2.063,00	665	-1.398,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			1.000	1.000,00	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	7.421,30	6.396,36	9.965	3.568,64	
21. ordentliches Ergebnis	7.421,30	6.396,36	9.352	2.955,64	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	7.421,30	6.396,36	9.352	2.955,64	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-1.170,89	-1.886,08		1.886,08	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	53.782,15	70.509,04	74.851	4.341,56	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-3.332,70	19.392,72		-19.392,72	
28. Saldo aus ILV	49.278,56	88.015,68	74.851	-13.165,08	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	56.699,86	94.412,04	84.203	-10.209,44	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH5_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen

Produkt P1.05.02.424300 Sporthallen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-75,58	-253,53		253,53	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-1.056,00				
06. privatrechtliche Entgelte	-3.972,00	-1.137,39	-1.500	-362,61	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-118,64	-87,75		87,75	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-5.222,22	-1.478,67	-1.500	-21,33	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	10.735,18	11.094,28	11.500	405,72	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.788,18	6.151,93	17.400	11.248,07	
16. Abschreibungen	715,36	859,00	3.446	2.587,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	750,54		1.800	1.800,00	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	24.989,26	18.105,21	34.146	16.040,79	
21. ordentliches Ergebnis	19.767,04	16.626,54	32.646	16.019,46	
22. außerordentliche Erträge	-158,87				
23. außerordentliche Aufwendungen	158,87				
24. außerordentliches Ergebnis	0,00				
25. Jahresergebnis	19.767,04	16.626,54	32.646	16.019,46	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-1.219,01	-1.977,50		1.977,50	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	54.548,55	71.991,04	85.990	13.999,16	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-37.943,83	-22.529,71		22.529,71	
28. Saldo aus ILV	15.385,71	47.483,83	85.990	38.506,37	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	35.152,75	64.110,37	118.636	54.525,83	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH5_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen					
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	-292.684,89	-323.790,02	-334.579	-10.788,98	
05. privatrechtliche Entgelte	-3.972,00	-1.137,39	-1.500	-362,61	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-260,62	-87,75		87,75	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG		-158,87		158,87	
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	-20.407,02	-22.985,20	-79.945	-56.959,80	
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-317.324,53	-348.159,23	-416.024	-67.864,77	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	222.675,24	227.860,15	228.100	239,85	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	20.103,59	10.695,52	35.877	25.181,48	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen	56.588,38	66.613,36	63.500	-3.113,36	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	111.747,56	16.967,71	92.892	75.924,29	
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	411.114,77	322.136,74	420.369	98.232,26	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	93.790,24	-26.022,49	4.345	30.367,49	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH5_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit		-172.225,79	-22.600	149.625,79	
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen		-400,00		400,00	
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit		-172.625,79	-22.600	150.025,79	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen	713.389,06	988.326,56	1.120.000	131.673,44	
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	413.936,74	7.789,00	33.649	25.860,00	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen	77.376,75	22.504,39	57.800	35.295,61	
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	1.204.702,55	1.018.619,95	1.211.449	192.829,05	
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	1.204.702,55	845.994,16	1.188.849	342.854,84	
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	1.298.492,79	819.971,67	1.193.194	373.222,33	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit					
37. Finanzmittelveränderung	1.298.492,79	819.971,67	1.193.194	373.222,33	

Jahresrechnung 2010

Teilhaushalt 6_01

Räumliche Planung und Entwicklung
Tiefbau
Naturschutz und Landschaftspflege

A. Teil-Ergebnisrechnung 2010TH6_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-4.784,01				
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-1.175.689,34	-1.082.320,64	-1.130.801	-48.480,25	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-1.945.287,17	-2.225.178,66	-2.139.500	85.678,66	
06. privatrechtliche Entgelte	-12.734,87	-12.135,33	-11.000	1.135,33	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-759,67	-29.784,01	-5.000	24.784,01	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	-442,75	-199,50		199,50	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-596.152,70	-366.988,38	-350.200	16.788,38	
12. =Summe ordentliche Erträge	-3.735.850,51	-3.716.606,52	-3.636.501	80.105,63	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	577.807,11	523.473,15	526.100	2.626,85	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.055.005,44	1.755.059,89	1.802.230	47.170,11	
16. Abschreibungen	1.763.310,27	1.804.996,78	1.589.431	-215.565,78	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27,97				
18. Transferaufwendungen	35.202,75	31.907,71	36.500	4.592,29	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	49.761,70	211.646,95	84.450	-127.196,95	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	4.481.115,24	4.327.084,48	4.038.711	-288.373,48	
21. ordentliches Ergebnis	745.264,73	610.477,96	402.210	-208.267,85	
22. außerordentliche Erträge	-179.373,41	-8.393,23		8.393,23	
23. außerordentliche Aufwendungen	164.521,55	91.609,67		-91.609,67	
24. außerordentliches Ergebnis	-14.851,86	83.216,44		-83.216,44	
25. Jahresergebnis	730.412,87	693.694,40	402.210	-291.484,29	
26a Erträge aus ILV 3811*	-112.930,68	-195.890,40		195.890,40	
26b Ertrag aus Umlage 91*	-3.816,02	-5.658,37		5.658,37	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*	5.538,40	8.781,72		-8.781,72	
27b Aufwand aus Umlage 91*	327.483,69	252.895,71	336.759	83.862,89	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	218.045,24	-196.772,41		196.772,41	
28. Saldo aus ILV	434.320,63	-136.643,75	336.759	473.402,35	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	1.164.733,50	557.050,65	738.969	181.918,06	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH6_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege
Produkt P1.06.00.366200 Kinderspielpl.(nicht Schulen, KiGa, Bad)

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	5.671,51	4.939,79	6.000	1.060,21	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	96.436,69	73.832,67	91.500	17.667,33	
16. Abschreibungen			8.250	8.250,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	102.108,20	78.772,46	105.750	26.977,54	
21. ordentliches Ergebnis	102.108,20	78.772,46	105.750	26.977,54	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	9.661,84				
24. außerordentliches Ergebnis	9.661,84				
25. Jahresergebnis	111.770,04	78.772,46	105.750	26.977,54	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-208,49	-342,13		342,13	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	22.190,89	12.100,02	13.645	1.545,06	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	12.489,58	9.122,41		-9.122,41	
28. Saldo aus ILV	34.471,98	20.880,30	13.645	-7.235,22	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	146.242,02	99.652,76	119.395	19.742,32	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH6_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege
Produkt P1.06.00.511000 Räuml. Planung u. Entwicklungsmaßn.

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-194,00		194,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-2.543,16	-7.721,99	-3.000	4.721,99	
06. privatrechtliche Entgelte	-122,70				
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-222.605,69	-4.204,71		4.204,71	
12. =Summe ordentliche Erträge	-225.271,55	-12.120,70	-3.000	9.120,70	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	83.741,98	46.104,30	51.400	5.295,70	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	116.946,02	49.087,52	27.000	-22.087,52	
16. Abschreibungen	5.305,28	8.112,10		-8.112,10	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	5.114,65	8.082,88	2.800	-5.282,88	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	211.107,93	111.386,80	81.200	-30.186,80	
21. ordentliches Ergebnis	-14.163,62	99.266,10	78.200	-21.066,10	
22. außerordentliche Erträge	-65,88				
23. außerordentliche Aufwendungen	10.124,32	78,21		-78,21	
24. außerordentliches Ergebnis	10.058,44	78,21		-78,21	
25. Jahresergebnis	-4.105,18	99.344,31	78.200	-21.144,31	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-352,59	-379,54		379,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	30.689,36	33.259,28	21.676	-11.582,88	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	30.336,77	32.879,74	21.676	-11.203,34	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	26.231,59	132.224,05	99.876	-32.347,65	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH6_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege
Produkt P1.06.00.538100 Abwasserbeseitigung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-320.322,47	-337.751,82	-301.921	35.830,82	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-1.895.062,41	-2.161.797,60	-2.112.450	49.347,60	
06. privatrechtliche Entgelte	-2.500,00	-3.178,00		3.178,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-222,02		-200	-200,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	-332,00	-199,50		199,50	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-2.975,29	-8.202,60		8.202,60	
12. =Summe ordentliche Erträge	-2.221.414,19	-2.511.129,52	-2.414.571	96.558,52	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	272.837,39	300.688,06	300.000	-688,06	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	423.437,22	451.501,78	586.530	135.028,22	
16. Abschreibungen	657.177,56	657.847,98	662.411	4.563,02	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	22.024,65	201.057,81	77.650	-123.407,81	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	1.375.476,82	1.611.095,63	1.626.591	15.495,37	
21. ordentliches Ergebnis	-845.937,37	-900.033,89	-787.980	112.053,89	
22. außerordentliche Erträge	-168.697,62	-2.342,13		2.342,13	
23. außerordentliche Aufwendungen	53.167,37	68.828,77		-68.828,77	
24. außerordentliches Ergebnis	-115.530,25	66.486,64		-66.486,64	
25. Jahresergebnis	-961.467,62	-833.547,25	-787.980	45.567,25	
26a Erträge aus ILV 3811*	-5.538,40	-8.781,72		8.781,72	
26b Ertrag aus Umlage 91*	-897,67	-1.138,60		1.138,60	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*	5.538,40	8.781,72		-8.781,72	
27b Aufwand aus Umlage 91*	89.544,73	57.164,68	57.601	435,88	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	72,44				
28. Saldo aus ILV	88.719,50	56.026,08	57.601	1.574,48	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-872.748,12	-777.521,17	-730.379	47.141,73	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH6_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege
Produkt P1.06.00.538200 Niederschlagswasser

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-59.845,91	-60.463,56	-56.233	4.230,56	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-276,12	-1.326,70	-300	1.026,70	
06. privatrechtliche Entgelte	-209,65	-86,92		86,92	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-60.331,68	-61.877,18	-56.533	5.344,18	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	35.847,04	35.759,15	36.400	640,85	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	51.902,29	91.684,51	102.200	10.515,49	
16. Abschreibungen	214.784,57	215.894,90	201.848	-14.046,90	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	180,45	1.919,05	100	-1.819,05	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	302.714,35	345.257,61	340.548	-4.709,61	
21. ordentliches Ergebnis	242.382,67	283.380,43	284.015	634,57	
22. außerordentliche Erträge	-2.042,56	-841,93		841,93	
23. außerordentliche Aufwendungen	2.688,49	3.128,72		-3.128,72	
24. außerordentliches Ergebnis	645,93	2.286,79		-2.286,79	
25. Jahresergebnis	243.028,60	285.667,22	284.015	-1.652,22	
26a Erträge aus ILV 3811*	-107.392,28	-187.108,68		187.108,68	
26b Ertrag aus Umlage 91*	-465,02	-721,67		721,67	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	28.302,95	29.143,85	21.676	-7.467,45	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	-79.554,35	-158.686,50	21.676	180.362,90	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	163.474,25	126.980,72	305.691	178.710,68	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH6_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege

Produkt P1.06.00.541100 Gemeindestraßen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-789.887,95	-678.006,82	-769.855	-91.848,07	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-40,00		40,00	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-25.000,00		25.000,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	-110,75				
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge	-370.571,72	-354.581,07	-350.200	4.381,07	
12. =Summe ordentliche Erträge	-1.160.570,42	-1.057.627,89	-1.120.055	-62.427,00	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	144.238,03	103.980,66	96.600	-7.380,66	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	986.094,02	660.373,69	733.500	73.126,31	
16. Abschreibungen	860.436,51	892.813,65	704.081	-188.732,65	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	2.383,47	383,47	1.500	1.116,53	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	21.876,34	570,05	3.800	3.229,95	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	2.015.028,37	1.658.121,52	1.539.481	-118.640,52	
21. ordentliches Ergebnis	854.457,95	600.493,63	419.426	-181.067,52	
22. außerordentliche Erträge	-5.959,89	-3.562,86		3.562,86	
23. außerordentliche Aufwendungen	67.125,49	10.680,86		-10.680,86	
24. außerordentliches Ergebnis	61.165,60	7.118,00		-7.118,00	
25. Jahresergebnis	915.623,55	607.611,63	419.426	-188.185,52	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-561,08	-759,07		759,07	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	48.392,69	38.972,60	76.644	37.671,32	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	226.587,78	-2.188,00		2.188,00	
28. Saldo aus ILV	274.419,39	36.025,53	76.644	40.618,39	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	1.190.042,94	643.637,16	496.070	-147.567,13	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH6_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege
Produkt P1.06.00.545100 Straßenreinigung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-47.405,48	-54.292,37	-23.750	30.542,37	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-47.405,48	-54.292,37	-23.750	30.542,37	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	6.556,51	6.449,51	7.000	550,49	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	177.780,63	288.602,13	104.550	-184.052,13	
16. Abschreibungen	0,01	0,02		-0,02	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	184.337,15	295.051,66	111.550	-183.501,66	
21. ordentliches Ergebnis	136.931,67	240.759,29	87.800	-152.959,29	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	136.931,67	240.759,29	87.800	-152.959,29	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-192,48	-360,83		360,83	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	19.748,30	12.216,41	41.494	29.277,47	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	19.555,82	11.855,58	41.494	29.638,30	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	156.487,49	252.614,87	129.294	-123.320,99	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH6_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege
Produkt P1.06.00.545200 Straßenbeleuchtung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-265,58		265,58	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-537,65				
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-537,65	-265,58		265,58	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	3.471,17	3.215,75	3.700	484,25	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	129.232,30	102.371,16	109.000	6.628,84	
16. Abschreibungen	7.302,56	7.536,12	5.665	-1.871,12	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27,97				
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	565,61				
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	140.599,61	113.123,03	118.365	5.241,97	
21. ordentliches Ergebnis	140.061,96	112.857,45	118.365	5.507,55	
22. außerordentliche Erträge	-2.607,46	-982,70		982,70	
23. außerordentliche Aufwendungen	7.316,13	7.389,32		-7.389,32	
24. außerordentliches Ergebnis	4.708,67	6.406,62		-6.406,62	
25. Jahresergebnis	144.770,63	119.264,07	118.365	-899,07	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-208,49	-360,83		360,83	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	19.954,53	11.836,99	19.215	7.377,89	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	19.746,04	11.476,16	19.215	7.738,72	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	164.516,67	130.740,23	137.580	6.839,65	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH6_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege
Produkt P1.06.00.547000 ÖPNV

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	-5.633,01	-5.638,86	-2.792	2.846,86	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-5.633,01	-5.638,86	-2.792	2.846,86	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	7.780,42	7.131,43	7.900	768,57	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.014,73	14.008,71	19.650	5.641,29	
16. Abschreibungen	11.789,28	8.455,95	7.176	-1.279,95	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen	32.819,28	31.524,24	35.000	3.475,76	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		17,16	100	82,84	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	70.403,71	61.137,49	69.826	8.688,51	
21. ordentliches Ergebnis	64.770,70	55.498,63	67.034	11.535,37	
22. außerordentliche Erträge		-663,61		663,61	
23. außerordentliche Aufwendungen	910,38	1.503,79		-1.503,79	
24. außerordentliches Ergebnis	910,38	840,18		-840,18	
25. Jahresergebnis	65.681,08	56.338,81	67.034	10.695,19	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-208,49	-360,83		360,83	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	14.978,84	14.412,14	19.215	4.802,74	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	35,07	-17.116,68		17.116,68	
28. Saldo aus ILV	14.805,42	-3.065,37	19.215	22.280,25	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	80.486,50	53.273,44	86.249	32.975,44	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH6_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege

Produkt P1.06.00.551100 Öffentliches Grün/Landschaftsbau

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte	-923,12	-8.870,41	-11.000	-2.129,59	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-923,12	-8.870,41	-11.000	-2.129,59	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	7.526,47	7.053,12	7.800	746,88	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	31.189,70	15.719,07	18.500	2.780,93	
16. Abschreibungen	6.514,50	14.336,06		-14.336,06	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	45.230,67	37.108,25	26.300	-10.808,25	
21. ordentliches Ergebnis	44.307,55	28.237,84	15.300	-12.937,84	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	44.307,55	28.237,84	15.300	-12.937,84	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-208,49	-379,54		379,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	22.190,89	16.029,16	19.215	3.185,72	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	-25.885,09	-186.546,35		186.546,35	
28. Saldo aus ILV	-3.902,69	-170.896,73	19.215	190.111,61	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	40.404,86	-142.658,89	34.515	177.173,77	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH6_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege
Produkt P1.06.00.553000 Friedhofs- u. Bestattungswesen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen	-4.784,01				
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-4.784,01	-4.800	-15,99	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-4.784,01	-4.784,01	-4.800	-15,99	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	359,25	2.156,04	4.800	2.643,96	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	359,25	2.156,04	4.800	2.643,96	
21. ordentliches Ergebnis	-4.424,76	-2.627,97	0	2.627,97	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	-4.424,76	-2.627,97	0	2.627,97	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-96,24	-171,07		171,07	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	3.724,78	5.981,09	7.948	1.966,87	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	587,19	-830,66		830,66	
28. Saldo aus ILV	4.215,73	4.979,36	7.948	2.968,60	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	-209,03	2.351,39	7.948	5.596,57	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH6_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege
Produkt P1.06.00.554000 Naturschutz- und Landschaftspflege

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge					
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	6.665,42	4.935,63	5.500	564,37	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23.612,59	5.722,61	5.000	-722,61	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	30.278,01	10.658,24	10.500	-158,24	
21. ordentliches Ergebnis	30.278,01	10.658,24	10.500	-158,24	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen	13.527,53				
24. außerordentliches Ergebnis	13.527,53				
25. Jahresergebnis	43.805,54	10.658,24	10.500	-158,24	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-208,49	-342,13		342,13	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	14.978,84	12.028,26	19.215	7.186,62	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	4.018,81	786,87		-786,87	
28. Saldo aus ILV	18.789,16	12.473,00	19.215	6.741,88	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	62.594,70	23.131,24	29.715	6.583,64	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH6_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege

Produkt P1.06.00.555000 Land. und Forstwirtschaft

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte	-8.979,40				
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-8.979,40				
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	3.471,17	3.215,75	3.800	584,25	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	3.471,17	3.215,75	3.800	584,25	
21. ordentliches Ergebnis	-5.508,23	3.215,75	3.800	584,25	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis					
25. Jahresergebnis	-5.508,23	3.215,75	3.800	584,25	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-208,49	-342,13		342,13	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	12.786,89	9.751,23	19.215	9.463,65	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*	139,46				
28. Saldo aus ILV	12.717,86	9.409,10	19.215	9.805,78	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	7.209,63	12.624,85	23.015	10.390,03	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH6_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.784,01				
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	-2.111.249,16	-2.219.884,78	-2.139.500	80.384,78	
05. privatrechtliche Entgelte	-12.592,12	-12.258,03	-11.000	1.258,03	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.317,66	-30.802,58	-5.000	25.802,58	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	-442,75	-52,00		52,00	
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG		-3.539,51		3.539,51	
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	-579.063,23	-339.451,08	-350.200	-10.748,92	
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.709.448,93	-2.605.987,98	-2.505.700	100.287,98	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	611.996,27	520.436,67	526.100	5.663,33	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	2.000.011,82	1.777.503,04	1.802.230	24.726,96	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	27,97				
15. Transferauszahlungen	35.202,75	31.907,71	36.500	4.592,29	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	91.611,31	185.727,79	84.450	-101.277,79	
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.738.850,12	2.515.575,21	2.449.280	-66.295,21	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	29.401,19	-90.412,77	-56.420	33.992,77	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH6_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit		-131.742,00	-210.000	-78.258,00	
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	-1.153.963,06	-1.276.625,90	-733.500	543.125,90	
21. Veräußerung von Sachvermögen	-12.022,48	-9.030,12	-14.500	-5.469,88	
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit	-495,61				
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	-1.166.481,15	-1.417.398,02	-958.000	459.398,02	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden	1.317,80	65.100,00	100	-65.000,00	
26. Baumaßnahmen	2.132.414,58	1.420.059,68	3.171.100	1.751.040,32	
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	95.257,60	42.033,07	6.000	-36.033,07	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen	429.897,33	327.499,93	112.000	-215.499,93	
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	2.658.887,31	1.854.692,68	3.289.200	1.434.507,32	
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	1.492.406,16	437.294,66	2.331.200	1.893.905,34	
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	1.521.807,35	346.881,89	2.274.780	1.927.898,11	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit					
37. Finanzmittelveränderung	1.521.807,35	346.881,89	2.274.780	1.927.898,11	

Jahresrechnung 2010

Teilhaushalt 6_02

Beziehungen zum Bauhof

A. Teil-Ergebnisrechnung 2010TH6_02 Bauhof

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-15.000,00	-60.000,00	-42.500	17.500,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-15.000,00	-60.000,00	-42.500	17.500,00	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	15.265,57	6.361,82	7.500	1.138,18	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen	0,00				
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	15.265,57	6.361,82	7.500	1.138,18	
21. ordentliches Ergebnis	265,57	-53.638,18	-35.000	18.638,18	
22. außerordentliche Erträge		-40.777,08		40.777,08	
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis		-40.777,08		40.777,08	
25. Jahresergebnis	265,57	-94.415,26	-35.000	59.415,26	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-832,80	-514,79		514,79	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	42.811,09	46.552,92	58.206	11.652,62	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	41.978,29	46.038,13	58.206	12.167,41	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	42.243,86	-48.377,13	23.206	71.582,67	

Teil-Ergebnisrechnung 2010TH6_02 Bauhof

Produkt P1.06.00.573300 Bauhof

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Differenz	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Ordentliche Erträge					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-15.000,00	-60.000,00	-42.500	17.500,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
12. =Summe ordentliche Erträge	-15.000,00	-60.000,00	-42.500	17.500,00	
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	15.265,57	6.361,82	7.500	1.138,18	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen	0,00				
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	15.265,57	6.361,82	7.500	1.138,18	
21. ordentliches Ergebnis	265,57	-53.638,18	-35.000	18.638,18	
22. außerordentliche Erträge		-40.777,08		40.777,08	
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis		-40.777,08		40.777,08	
25. Jahresergebnis	265,57	-94.415,26	-35.000	59.415,26	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*	-832,80	-514,79		514,79	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*	42.811,09	46.552,92	58.206	11.652,62	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
28. Saldo aus ILV	41.978,29	46.038,13	58.206	12.167,41	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV	42.243,86	-48.377,13	23.206	71.582,67	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH6_02 Bauhof

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen					
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte					
05. privatrechtliche Entgelte					
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-15.000,00	-100.777,08	-42.500	58.277,08	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen					
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-15.000,00	-100.777,08	-42.500	58.277,08	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	15.265,57	6.361,82	7.500	1.138,18	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG					
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen					
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen					
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	15.265,57	6.361,82	7.500	1.138,18	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	265,57	-94.415,26	-35.000	59.415,26	

B. Teil-Finanzrechnung 2010TH6_02 Bauhof

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+), weniger(-)	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen					
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen					
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen					
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
32. Saldo aus Investitionstätigkeit					
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	265,57	-94.415,26	-35.000	59.415,26	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit					
37. Finanzmittelveränderung	265,57	-94.415,26	-35.000	59.415,26	

Jahresrechnung 2010

Bilanz

Bilanz Gemeinde Rastede zum 31.12.2010

Aktiva	2009	2010	Passiva	2009	2010
	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -
1. Immaterielles Vermögen	1.012.509,00	1.422.212,94	1. Nettoposition	89.055.953,87	93.497.188,71
1.1 Konzessionen			1.1 Basis-Reinvermögen	52.030.183,20	52.059.289,58
1.2 Lizenzen	138.013,00	119.203,00	1.1.1 Reinvermögen	52.030.183,20	52.059.289,58
1.3 Ähnliche Rechte			1.1.2 Sollfehlbetr.aus kameral.Abschl.als Minusbetr		
1.4 Geleist. Investitionszuwendungen u -zuschüsse	874.496,00	1.303.009,94	1.2 Rücklagen		
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand			1.2.1 Rückl. aus Überschüssen d. ordentl. Erg.		
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen			1.2.2 Rückl. aus Überschüssen d. außerordentl. Erg.		
2. Sachvermögen	92.332.947,50	94.402.170,25	1.2.3 Bewertungsrücklage i.F.d. § 54 IV S.2 GemHKVO		
2.1 Unbeb. Grundstücke u. grundst.-gleiche Rechte	7.389.523,34	7.339.887,14	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen		
2.1.1 Grünflächen	1.910.943,44	1.920.081,34	1.2.5 Sonstige Rücklagen		
2.1.2 Ackerland			1.3 Jahresergebnis	2.628.980,81	5.921.661,96
2.1.3 Wald, Forsten			1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren		2.674.083,21
2.1.9 Sonstige unbebaute Grundstücke	5.478.579,90	5.419.805,80	1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetr	2.628.980,81	3.247.578,75
2.2 Beb. Grundstücke und grundst.- gleiche Rechte	27.484.669,58	29.126.886,83	1.3.2.0 Jahresergebnis	-45.102,40	-218.127,82
2.2.1 Grundstücke mit Wohnbauten	1.175.837,02	805.307,19	1.3.2.1 Jahresergebnis positiv(+) / negativ (-)	2.674.083,21	3.465.706,57
2.2.2 Grundstücke mit sozialen Einrichtungen	2.879.193,73	4.400.290,81	1.4 Sonderposten	34.396.789,86	35.516.237,17
2.2.3 Grundstücke mit Schulen	8.150.241,03	8.638.524,03	1.4.1 Investitionszuweisungen u Zuschüsse/ Sapo	14.492.658,26	15.242.642,26
2.2.4 Grundst. m. Kultur-, Sport- u. Gartenanlagen	12.911.066,34	12.879.495,34	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	17.306.352,95	17.097.808,95
2.2.5 Grundst.f.Brandschutz, Rettungsdienst ,Katastr.	1.144.524,18	1.178.317,18	1.4.3 Gebührenaussgleich	645.232,26	818.257,68
2.2.9 GS m.so.Dienst-,Geschäfts- u.and.Betriebsgeb.	1.223.807,28	1.224.952,28	1.4.4 Bewertungsausgleich		
2.3 Infrastrukturvermögen	44.761.035,01	43.838.140,97	1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	1.864.435,39	2.268.402,28
2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	320,00	320,00	1.4.6 Sonstige Sonderposten	88.111,00	89.126,00
2.3.2 Brücken und Tunnel	219.146,00	301.217,00	1.4 Sonderposten	34.396.789,86	35.516.237,17
2.3.3 Gleisanl.m.Streckenausrüst.u.Sicherh eitsanl.			1.4.1 Investitionszuweisungen u Zuschüsse/ Sapo	14.492.658,26	15.242.642,26
2.3.4 Entwässerungs-und Abwasserbeseitigungsanlagen	24.359.665,07	23.781.190,75	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	17.306.352,95	17.097.808,95
2.3.5 Straßen,Wege,Plätze,Verkehrsmitteln usanlagen	20.159.714,94	19.735.153,22	1.4.3 Gebührenaussgleich	645.232,26	818.257,68
2.3.6 Strom-,Gas- ,Wasserleit.u.zugehörige Anlagen			1.4.4 Bewertungsausgleich		
2.3.7 Wasserbauliche Anlagen			1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	1.864.435,39	2.268.402,28
2.3.8 Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen			1.4.6 Sonstige Sonderposten	88.111,00	89.126,00
2.3.9 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	22.189,00	20.260,00	2. Schulden	3.870.713,50	3.978.049,91
2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	99,00	95,00	2.1 Geldschulden	3.457.392,37	3.691.207,52

Aktiva	2009	2010	Passiva	2009	2010
	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	9.306,00	8.973,00	2.1.1 Anleihen		
2.5.1 Kunstgegenstände	9.306,00	8.973,00	2.1.2 Verb. aus Krediten für Investitionen	3.457.392,37	3.691.207,52
2.5.5 Kulturdenkmäler			2.1.3 Liquiditätskredite		
2.6 Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge	991.813,00	912.602,00	2.1.4 Sonstige Geldschulden		
2.6.1 Fahrzeuge	850.353,00	777.441,00	2.1.4.5 Sonstige Geldschulden		
2.6.2 Maschinen und Technische Anlagen	141.460,00	135.161,00	2.2 Verb. aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		
2.7 Betriebs- u. Geschäftsausst., Pflanzen u. Tiere	2.497.794,00	2.606.350,00	2.2.1 Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden		
2.7.1 Betriebsvorrichtungen	1.892.471,00	1.761.425,00	2.2.2 Restkaufgelder		
2.7.2 Betriebs- und Geschäftsausstattung	384.693,00	489.182,00	2.2.3 Leasinggeschäfte		
2.7.3 Nutzpflanzen und Nutztiere			2.2.9 Sonst. Kreditaufn. gleichkommende Vorgänge		
2.7.5 Sapo f. bewegl.VG über 150,- bis 1.000,- Euro	220.630,00	355.743,00	2.3 Verb. aus Lieferungen und Leistungen	69.825,65	69.711,11
2.8 Vorräte	4.223.348,06	4.488.614,27	2.4 Transferverbindlichkeiten	62.196,45	152.946,71
2.8.1 Rohstoffe / Fertigungsmaterial			2.4.1 Finanzausgleichsverbindlichkeiten		
2.8.2 Hilfsstoffe			2.4.2 Verb.Zuw.u.Zusch.für lfd.Zwecke		
2.8.3 Betriebsstoffe			2.4.3 Verb.aus Schuldendiensthilfen		
2.8.4 Waren			2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	62.196,45	152.946,71
2.8.5 Unfertige / Fertige Erzeugnisse	4.223.348,06	4.488.614,27	2.4.5 Verb.Zuw.u.Zusch.für Investitionen		
2.8.7 Geleistete Anzahlungen auf Vorräte			2.4.6 Steuerverbindlichkeiten		
2.8.9 Sonstige Vorräte			2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten		
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	4.975.359,51	6.080.621,04	2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	281.299,03	64.184,57
2.9.1 Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen		1.165,82	2.5.1 Durchlaufende Posten	286.389,73	71.609,52
2.9.6 Anlagen im Bau	4.975.359,51	6.079.455,22	2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer	24.035,16	52.947,87
3. Finanzvermögen	2.692.765,46	3.157.010,90	2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer		
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	40.564,59	25.000,00	2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	218.693,40	18.661,65
3.1.1 Anteilsrechte an verbundenen Unternehmen	40.564,59	25.000,00	2.5.5 Kassenverrechnungskonto Bauhof	43.661,17	
3.2 Beteiligungen	36.050,03	48.601,71	2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer		
3.2.1 Beteiligungen	36.050,03	48.601,71	2.5.3 Empfangene Anzahlungen		
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	450.000,00	450.000,00	2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten	-5.090,70	-7.424,95
3.3.1 Sondervermögen	450.000,00	450.000,00	3. Rückstellungen	7.041.227,90	7.054.666,59
3.3.2 Treuhandvermögen			3.1 Pensionsrückst. und ähnliche Verpflichtungen	6.340.582,45	6.400.785,60
3.4 Ausleihungen	1.552.679,57	1.610.406,22	3.2 Rückst.f.Altersteilzeit u. ähnliche Maßnahmen	375.836,82	373.864,45

Aktiva	2009	2010	Passiva	2009	2010
	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -
3.4.1 Ausleihungen an Bund			3.3 Rückstellungen f. unterlassene Instandhaltung	130.596,25	160.754,98
3.4.2 Ausleihungen an Land			3.4 Rückst.f.Rekultiv.u.Nachsorg.geschl.A bfalldep		
3.4.3 Ausleihungen an Gemeinden (GV)	1.439.057,24	1.504.627,19	3.5 Rückstellungen f. d. Sanierung von Altlasten		
3.4.4 Ausleihungen an Zweckverbände und dergl.			3.6 Rückst.i.R.d.Fin.-Ausgl.u.v.Steuerschuldverh.		
3.4.5 Ausleihungen an sonst. öff. Bereich			3.7 Rück.f.droh.Verpfl.a.Bürgsch.,Gewährl.,anh.GV		
3.4.6 Ausleih. an verb.Untern.,Beteil.u.Sonderverm.			3.8 Andere Rückstellungen	194.212,38	119.261,56
3.4.7 Ausleihungen an sonst. öff. Sonderrechnungen	113.622,33	105.779,03	4. Passive Rechnungsabgrenzung	64.705,55	57.437,31
3.4.8 Ausleihungen an Kreditinstitute			4.1 Passive Rechnungsabgrenzung	64.705,55	57.437,31
3.4.9 Ausleihungen an sonst. inländischen Bereich			4.2 Verbindlichkeiten aus Dienstleistungen		
3.4.10 Ausleihungen an sonst. ausländischen Bereich			4.9 Übrige Verbindlichkeiten		
3.5 Wertpapiere					
3.5.1 Investmentzertifikate					
3.5.2 Kapitalmarktpapiere					
3.5.2.1 Kapitalmarktpapiere beim Bund					
3.5.2.2 Kapitalmarktpapiere beim Land					
3.5.2.3 Kapitalmarktpapiere bei Gemeinden (GV)					
3.5.2.4 Kapitalmarktpap. bei Zweckverbänden u. dergl.					
3.5.2.5 Kapitalmarktpapiere beim sonst. öff. Bereich					
3.5.2.6 Kapitalmarktpap.bei verb.UN,Beteil.,SonderV.					
3.5.2.7 Kapitalmarktpapiere bei öff. Sonderrechnungen					
3.5.2.8 Kapitalmarktpapiere bei Kreditinstituten					
3.5.2.9 Kapitalmarktpap. b. sonst.inländisch. Bereich					
3.5.2.10 Kapitalmarktpap. b. sonst.ausländisch.Bereich					
3.5.3 Geldmarktpapiere					
3.5.3.1 Geldmarktpapiere beim Bund					
3.5.3.2 Geldmarktpapiere beim Land					
3.5.3.3 Geldmarktpapiere bei Gemeinden (GV)					
3.5.3.4 Geldmarktpapiere bei Zweckverbänden u.dergl.					
3.5.3.5 Geldmarktpapiere beim sonst. öff. Bereich					
3.5.3.6 Geldmarktpap.b.verb.Untern.,Beteil.,SonderV.					
3.5.3.7 Geldmarktpapiere bei öffentl.Sonderrechnungen					

Aktiva	2009	2010
	- Euro -	- Euro -
3.5.3.8 Geldmarktpapiere bei Kreditinstituten		
3.5.3.9 Geldmarktpapiere b. sonst.inländisch.Bereich		
3.5.3.10 Geldmarktpapiere b. sonst.ausländisch.Bereich		
3.5.4 Finanzderivate		
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	402.044,33	498.197,29
3.6.1 Forderungen aus öff.-rechtl. Dienstleistungen	69.085,57	102.519,99
3.6.2 Öffentlich-rechtliche Forderungen		
3.6.9 Komm. Steuern u. übrige öff-recht Forderungen	332.958,76	395.677,30
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	83.041,11	104.563,58
3.7.1 Forderungen aus Transferleistungen	83.041,11	104.563,58
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	57.917,24	338.098,88
3.8.1 Ford. aus privatrechtlichen Dienstleistungen	19.711,44	15.634,09
3.8.2 Sonstige privatrechtliche Forderungen	-19.990,78	-8.359,76
3.8.7 Eingef.,no.ni.eingez.Kap.u.eingef.Nachschüsse		
3.8.8 Vorsteuer	58.189,47	52.952,08
3.8.9 Übrige privatrechtliche Forderungen	7,11	
3.8.10 Kassenverrechnungskonto Bauhof		277.872,47
3.9 Sonstige Vermögensgegenstände	70.468,59	82.143,22
3.9.1 Sonstige Vermögensgegenstände	70.468,59	82.143,22
4. Liquide Mittel	3.847.913,91	5.461.032,39
4.1 Sichteinl. b. Banken/Kredln; Schecks; Bargeld	3.847.913,91	5.461.032,39
4.1.1 Sparkasse	163.183,14	1.893.269,07
4.1.2 Oldenburgische Landesbank	21.028,20	445.057,10
4.1.3 Volksbank	3.032.478,97	3.112.586,55
4.1.4 Postbank		
4.1.5 Sonstige	631.223,60	10.119,67
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	146.464,95	144.916,04
5.1 Aktive Rechnungsabgrenzung	146.464,95	144.916,04
5.2 Disagio		
5.3 Zölle und Verbrauchssteuern		
5.4 Vorsteuer auf erhaltene Anzahlungen		

Aktiva	2009	2010
	- Euro -	- Euro -
5.5 Sonstige aktive Rechnungsabgrenzung		

Bilanzsumme	2009	2010
	- Euro -	- Euro -
	100.032.600,82	104.587.342,52

Bilanzsumme	2009	2010
	- Euro -	- Euro -
	100.032.600,82	104.587.342,52

Jahresrechnung 2010

Anhang zur Jahresrechnung

Anhang zum Jahresabschluss 2010

1. Die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses

1.1 Vorbemerkung

Dieser Jahresabschluss ist für die Gemeinde Rastede der zweite Jahresabschluss nach doppischen Regeln.

Mit dem Vorliegen der dritten Bilanz (die erste Bilanz war die Erste Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009) kann die Gemeinde nun erstmalig Tendenzen in der Vermögens-, Ertrags- und Finanzentwicklung aufzeigen. Weil die Jahresabschlüsse nach doppischen Regeln in der Ergebnisrechnung auch den Ressourcenverbrauch abbilden, kann auch hier eine Entwicklung aufgezeigt werden.

1.2 Bilanz

Die Bilanzsumme ist um 4.626.941,70 Euro gestiegen.

Bilanz/ GuV-Position	Text Bilanz/GuV-Position	31.12.2009	31.12.2010	Absolute Abweichung	Relative Abweichung
AKTIVA / PASSIVA	SUMME AKTIVA / PASSIVA	100.032.600,82	104.587.342,52	4.554.741,70	4,6

Die für die Bilanzverlängerung verantwortlichen Vermögenspositionen verteilen sich über alle Vermögensarten, wie aus der nachfolgenden Aufstellung zu ersehen ist. Bis zusätzliche Kassenmittel zum Stichtag in Höhe von 1,6 Mio Euro ist die Wertsteigerung in langfristiges Sachvermögen geflossen.

Bilanz/ GuV-Position	Text Bilanz/GuV-Position	31.12.2009	31.12.2010	Absolute Abweichung	Relative Abweichung
A1.	Summe Immaterielles Vermögen	1.012.509,00	1.422.212,94	409.703,94	28,8
A2.2	Summe Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	27.484.669,58	29.126.886,83	1.642.217,25	5,6
A2.7	Summe BGA, Pflanzen und Tiere	2.497.794,00	2.606.350,00	108.556,00	4,2
A2.8	Summe Vorräte	4.223.348,06	4.488.614,27	265.266,21	5,9
A2.9	Summe Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	4.975.359,51	6.080.621,04	1.105.261,53	18,2
A3.6	Summe Öffentlich-rechtliche Forderungen	402.044,33	498.197,29	96.152,96	19,3
A3.8	Summe Sonstige privatrechtliche Forderungen	57.917,24	338.098,88	280.181,64	82,9
A4.	Summe Liquide Mittel	3.847.913,91	5.461.032,39	1.613.118,48	29,5

Die Finanzierung der Wertsteigerung der aktiven Vermögenswerte ist im Wesentlichen durch den liquiden Anteil des Jahresüberschusses der Ergebnisrechnung erfolgt. Darüber hinaus sind an der Finanzierung beteiligt erhaltene Investitionszuweisungen und -Zuschüsse, sowie erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten und Geldschulden (Kredite aus der Kreisschulbaukasse). Siehe dazu die nachfolgende Tabelle.

Bilanz/ GuV-Position	Text Bilanz/GuV-Position	31.12.2009	31.12.2010	Absolute Abweichung	Relative Abweichung
P1.3.2	Summe Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.628.980,81	3.247.578,75	618.597,94	19,0
P1.4.1	Summe Investitionszuweisungen und Zuschüsse	14.492.658,26	15.242.642,26	749.984,00	4,9
P1.4.5	Summe Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	1.864.435,39	2.268.402,28	403.966,89	17,8
P2.1	Summe Geldschulden	3.457.392,37	3.691.207,52	233.815,15	6,3

1.3 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung entspricht weitestgehend der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung. Es sind in ihr somit alle liquiden und nichtliquiden finanzwirtschaftlichen Vorgänge berücksichtigt.

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis Vorjahr *)	Ergebnis Haushaltsjahr *)	Ansatz Haushaltsjahr	mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
21. ordentliches Ergebnis	-2.640.557,60	-3.658.236,06	-405.173	3.253.063,00
24. außerordentliches Ergebnis	-33.525,61	192.529,49	0	-192.529,49
Jahresergebnis	-2.674.083,21	-3.465.706,57	-405.173	3.060.533,51

*) Minuswert = positive Entwicklung

Das Ergebnis ist, jahresvergleichsweise und überhaupt, erfreulich positiv.

1.4 Finanzrechnung

Die Finanzrechnung umfasst alle liquiden finanzwirtschaftlichen Vorgänge, den laufenden Verwaltungsbetrieb, die Investitionen und die Finanzierung betreffend. Außerdem werden alle haushaltswirksamen Geldvorgänge (Durchlaufende Gelder) berücksichtigt.

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 *)	Ergebnis 2010 *)	Ansätze 2010	mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.617.993,15	-3.448.176,31	-372.446	3.075.730,31
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	6.071.854,31	1.548.240,80	5.062.964	3.514.723,20
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.315.338,89	-233.815,15	-4.740.000	-4.506.184,85
40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-198.125,61	567.856,55		-567.856,55
41. Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Jahres	-8.430.942,70	-3.847.913,91		-3.847.913,91
42. Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	-3.847.913,91	-5.453.853,89		-5.453.853,89

Zahlungsmittelfluss lt. vorstehender Finanzrechnung:	-1.605.939,98	
Zahlungsmittelfluss lt. Bestandskonten:	-1.613.118,48	
Differenz vorstehende Finanzrechnung zu den Bestandskonten:	7.178,50	

*) Minus = Überschuss

Zahlennachweis für die Differenz zwischen Bestandskonten der Bilanz und der Finanzrechnung:

	Euro
Betriebsmittelvorschüsse	-7.640,00
Nicht verbuchter Bankeinzug zum Konto 171104	461,50
	-7.178,50

Der Liquiditätsüberschuss im Bereich „Laufende Verwaltungstätigkeit“ ist erfreulich positiv.

Den erheblichen Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Jahres verantwortet nicht allein das Wirtschaftsergebnis 2010, sondern es sind im Wesentlichen die Summen des Wirtschaftsergebnisses 2010 („Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit“) und planmäßig nicht zur Ausführung gekommene Investitionen („Saldo aus Investitionstätigkeit“), wobei unter Berücksichtigung des Kassenbestandes zu Beginn des Jahres (3.847.913,91 Euro) eine Kreditaufnahme in 2010 nicht erforderlich wurde. Von der geplanten Kreditaufnahme in Höhe von 4.740.000 Euro mussten nur 233.815,15 Euro (Kreisschulbaukasse) realisiert werden.

2. Erhebliche Abweichungen des Jahresergebnisses von den Haushaltsansätzen

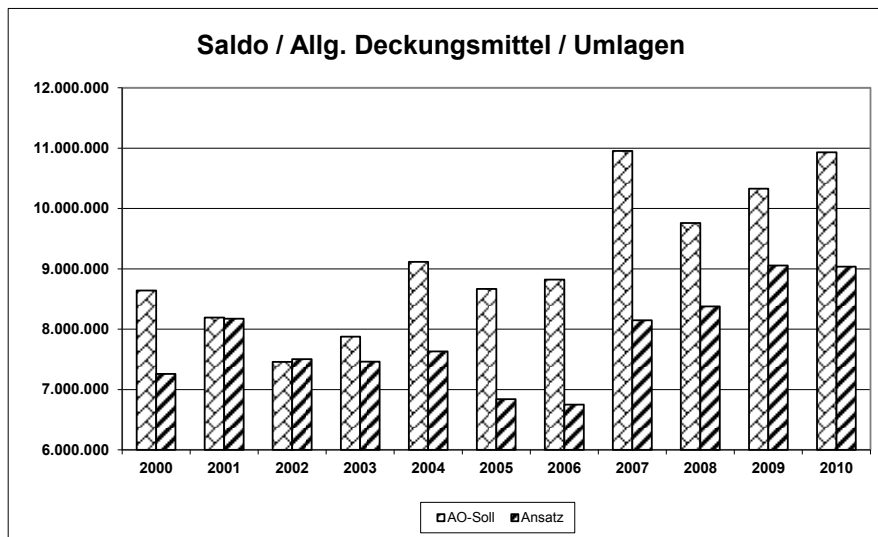
Laufende Verwaltung:

Im Folgenden werden solche Abweichungen erläutert, die inhaltlich eine erhebliche Abweichung beinhalten und soweit sie Bereiche betreffen, die für den Dienstbetrieb und für die Vermeidung von Verlusten an den gemeindlichen Vermögenswerten von besonderer Bedeutung sind.

- Allgemeine Deckungsmittel

Die Allgemeinen Deckungsmittel sind eine Reihe von Einnahmen, für die eine spezielle Gegenleistung nicht zu erbringen ist. Diese Deckungsmittel (siehe Aufstellung nachstehend) machen durchschnittlich rund 70 % der Finanzausstattung für den Bereich laufende Verwaltung aus und erhalten deshalb immer eine besondere Aufmerksamkeit.

Der Saldo der Allgemeinen Deckungsmittel abzüglich Umlagen (Gewerbesteuerumlage, Kreisumlage) liegt für 2010 deutlich über der planerischen Erwartung. Der nachfolgenden Zahlentabelle kann entnommen werden, dass hierfür insbesondere die Zahlungen aus der Gewerbesteuer und der Beteiligung an der Einkommensteuer verantwortlich sind.



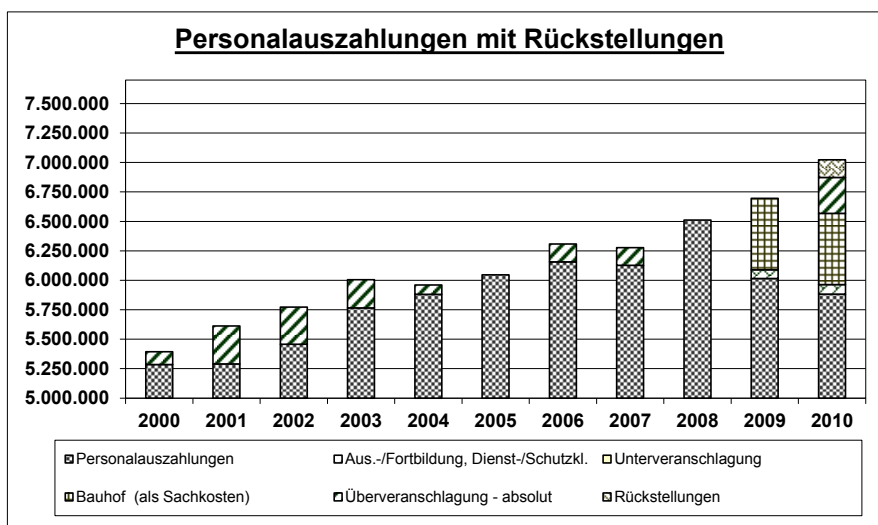
	2010		
	Ansatz	endgültig	Abweichung *)
Grundsteuer A	138.000	129.806,66	8.193,34
Grundsteuer B	2.245.000	2.231.007,57	13.992,43
Gewerbsteuer	5.600.000	7.388.228,99	-1.788.228,99
Einkommensteuerbeteiligung	4.500.000	4.977.509,00	-477.509,00
Umsatzsteuerbeteiligung	421.600	428.239,00	-6.639,00
Vergnügungssteuer	23.500	23.008,00	492,00
Hundesteuer	53.000	52.957,37	42,63
Schlüsselzuweisungen	2.540.926	2.613.104,00	-72.178,00
Zuschuss übertragener WK	336.178	341.344,00	-5.166,00
Summe	15.858.204	18.185.204,59	-2.327.000,59

Gewerbesteuerumlage	1.282.581	1.689.891,00	-407.310,00
Kreisumlage	5.462.864	5.487.544,00	-24.680,00
Summe	6.745.445	7.177.435,00	-431.990,00

Saldo	9.112.759	11.007.769,59	-1.895.010,59
--------------	------------------	----------------------	----------------------

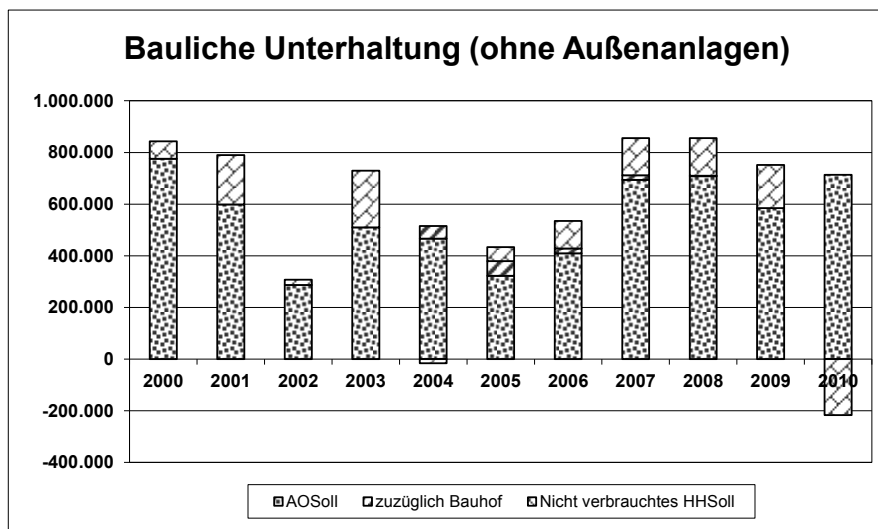
*) „,,“ = Mehreinnahme/Minderaufwand

- Personalaufwand



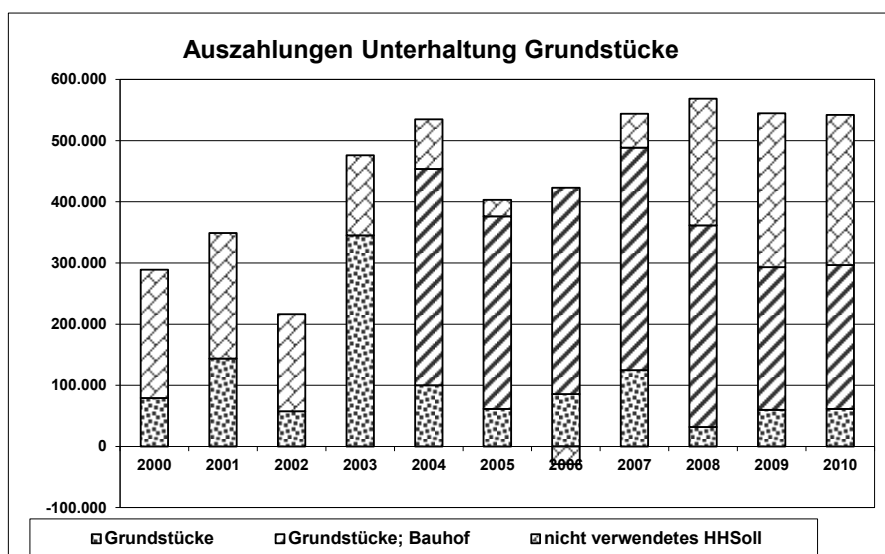
Besondere personalpolitische Entscheidungen liegen dem Zahlungszuwachs nicht zu Grunde. Der spezielle Block in den Säulen 2009 und 2010, den Bauhof betreffend, ist keine direkte Personalauszahlung (an die Bauhofsmitarbeiter), weil der Bauhof mit seiner eigenen Bilanz und Finanzbuchhaltung seine Personalauszahlungen direkt leisten muss. Sie werden aber finanziert über Stundenlöhne, die die Gemeindeverwaltung dem Bauhof für seine Leistungen bezahlen muss.

- Unterhaltung von baulichen Anlagen

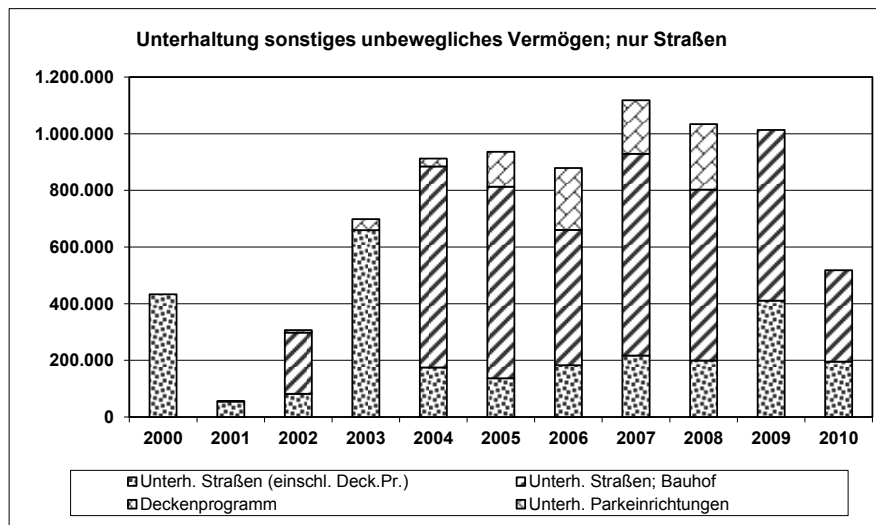


Die Aufwendungen für die bauliche Unterhaltung orientieren sich immer an dem Bedarf und dem Ziel, den Haushaltsplan auszugleichen. Nur vor diesem Hintergrund sind die Volumenschwankungen über die Jahre zu verstehen, denn grundsätzlich geht die Gemeindeverwaltung von einem kontinuierlichen Bedarf aus. Besonders im Blick ist aber, dass bei Volumenreduzierungen kein unterlassener Unterhaltungsbedarf entsteht. 2010 ist besonders dadurch gekennzeichnet, dass im Rahmen überplanmäßiger Deckung bedarfsentsprechend rd. 200.000 Euro über die Veranschlagung hinaus ausgegeben wurden.

- Unterhaltung von Außenanlagen



Hier gilt sinngemäß dasselbe wie bei der baulichen Unterhaltung, wobei unterlassener Unterhaltungsbedarf grundsätzlich kein Thema der Grundstücksunterhaltung ist.



„Großes“ Thema bei dem sonstigen unbeweglichen Vermögen sind die Straßen. Auch hier gilt, bedarfsgerechtes Veranschlagen im Spannungsverhältnis zur Notwendigkeit, den Haushalt auszugleichen. Angestrebt wird, wie bei den vorstehenden Aufwandsarten, eine ausreichende kontinuierliche Bereitstellung von Unterhaltungsmitteln. 2010 ist das in zweierlei Hinsicht nicht gelungen. Im Hinblick auf den Haushaltsausgleich wurde bei dieser Unterhaltungsart deutlich weniger Mittel zur Verfügung gestellt. Und aus Gründen der Deckung anderweitiger nicht geplanter Aufwendungen, wurden Mittel nur im ähnlichen Maße wie in den vorangegangenen Jahren (2004 bis 2008) in Anspruch genommen.

- Betrachtung von Produkten

Grundsätzlich ist vorzuschicken, dass die Gemeinde ihren Haushaltsplan im Ergebnishaushalt, also im konsumtiven Bereich „erfüllt“ hat, d.h., die Haushaltsmittel zweckentsprechend im erforderlichen Maß eingesetzt hat. Abweichungen haben sich grundsätzlich nur deshalb ergeben, weil der Veranschlagungsbedarf nicht besser vorausgesehen werden konnte. Im investiven Bereich hat die Gemeinde ebenfalls das gleiche Ziel verfolgt, wobei allerdings einige Investitionsmaßnahmen sich in der Umsetzung verzögert haben oder günstiger wurden.

Es wird nachfolgend nicht mehr auf Abweichungen eingegangen, wenn die betroffenen Einnahmen und Ausgaben bereits vorstehend im Rahmen von allgemeinen Deckungsmitteln und bestimmten Aufwandsarten erläutert wurden.

P1.03.01.571000 Wirtschaftsförderung

Die Erträge aus dem Verkauf von Baugrundstücken lassen sich nur schwer kalkulieren. Der Ertrag bei dem Verkauf von Gewerbegrundstücken liegt unerwartet bei 78.905,45 Euro; veranschlagt waren 0 Euro.

PSP P1.03.01.573100 Allg. Einrichtungen und Unternehmen (einschließlich Beteiligungen)

Aufwendungen in diesem Produkt fließen insbesondere der Residenzort Rastede GmbH zu. Entsprechende Zuwendungen waren in Höhe von 185.000 Euro veranschlagt. Tatsächlich sind Zahlungen in Höhe von 401.000 Euro geflossen, was in nicht vorausgesehenen Umsatzsteuernachzahlungen begründet liegt.

PSP P1.03.03.611000 Steuern, allgemeine Zuweisungen

Die Verzinsung von Steuernachforderungen kann für den Haushaltsplan anhand von Erfahrungen nur geschätzt werden. Veranschlagt wurden Einnahmen in Höhe von 12.000 Euro. Tatsächlich wurden 98.597 eingenommen.

P1.03.03.612000 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Dadurch, dass die veranschlagten Kredite 2010 nicht aufgenommen werden mussten, hat sich der Zinsaufwand von veranschlagten 200.000 Euro auf 72.147 Euro reduziert.

P1.03.02.111230 Organisation und Einrichtungen

Die EDV-Kosten waren mit 145.500 Euro veranschlagt. Mehraufwendungen in Höhe von 46.941 Euro sind im Wesentlichen dadurch entstanden, dass alle mit der Einführung und dem Doppik-Verfahrens verbundenen Aufwendungen nicht in ihrer vollen Höhe abgesehen werden konnten.

PSP P1.04.02.111600 Liegenschaftsverwaltung

Für die Unterhaltung von Gebäuden und Grundstücken im liquiden wie im nichtliquiden Bereich waren 3.918.788 Euro veranschlagt worden. Der entstandene Aufwand beläuft sich insgesamt auf 3.984.943,64 Euro. Der verhältnismäßig geringe Mehraufwand von 71.155,64 Euro verteilt sich auf verschiedene Ursachen. Für die Unterhaltung des beweglichen Vermögens wurden bedarfsgerecht anstelle der veranschlagten 41.300 Euro 126.151 Euro ausgegeben. Im Gegensatz dazu wurden von den veranschlagten 357.660 Euro für Gas lediglich 255.755 Euro benötigt. Auch die Reinigungskosten sind im ähnlichen Umfang nicht benötigt worden. 411.860 Euro wurden anstelle der veranschlagten 518.280 Euro ausgegeben. Im Bereich Bäder wurden für Heizung 129.800 Euro veranschlagt; gebraucht wurden tatsächlich lediglich 61.238 Euro. Die Abschreibungen für bewegliches Vermögen haben sich anders entwickelt als geplant. Vorausgesehen wurden 34.951 Euro; zu buchen waren 150.580 Euro. Im Zuge des Verkaufs von Grundstücken haben sich buchmäßige Belastungen in Höhe von 125.202 Euro ergeben. Diese genannten Veränderungen und weitere geringfügige Veränderungen haben zu dem o.g. Ergebnis des Produktes geführt.

Im Produkt Liegenschaftsverwaltung werden u.a. alle Gebäude und Grundstücke verwaltet, die mit keiner gemeindlichen Aufgabenerledigung verbunden sind. Ziel ist es, dass die Gemeinde mit diesen Liegenschaften keinen Aufwand hat. Entweder werden die Liegenschaften verkauft oder so vermietet oder verpachtet, dass im Ergebnis kein Aufwand zu tragen ist. Für 2010 hat sich das Ergebnis ergeben, dass mit einem Ertrag von 40.806 Euro gerechnet wurde, was dem Ziel entsprochen hätte. Tatsächlich aber ergibt sich eine Belastung von 102.808 Euro. Die Ursache liegt in dem v.g. Liegenschaftsverkauf, der mit einem Aufwand von 125.202 Euro abgeschlossen wurde.

P1.04.02.522000 Wohnbauförderung

Erträge aus dem Verkauf von Wohnbaugrundstücken wurden in Höhe von 779.000 Euro veranschlagt. Mehrerträge in Höhe von 235.341 sind entstanden. Wie auch bei den Gewerbegrundstücken lässt sich die Höhe der zu erwartenden Erträge aus Verkauf nur sehr schwer kalkulieren.

Um Baugrundstücke verkaufen zu können, sind Aufwendungen erforderlich, die das Grundstück „verkaufsfähig“ machen. Diese Aufwendungen wurden bei der Haushaltsplanung nicht veranschlagt. Ausgaben in Höhe von 25.872 Euro sind entstanden.

P1.05.02.218000.001 KGS, Gebäude Wilhelmstr. (ohne Schulbudget)

Für die KGS wurden als Einnahmen Zuweisungen des Landkreises in Höhe von 400.000 Euro veranschlagt. Tatsächlich abgerechnet wurden 209.576 Euro mehr. Seitens der Gemeinde Wiefelstede wurde eine Erstattung in Höhe von 45.000 Euro erwartet. Abgerechnet wurden tatsächlich 89.000 Euro. Diese Mehreinnahmen sind nicht erwartet worden. Aber es ist zu berücksichtigen, dass diesen Zuwendungen auch immer entsprechende Mehraufwendungen der Gemeinde selbst gegenüber stehen. Die Mehreinnahme ist für die Gemeinde deshalb keine Netto-Einnahme.

P1.05.02.281100 Heimat- und sonstige Kulturpflege

Wesentlicher Aufwandsbereich dieses Produktes ist die Unterstützung und Förderung von Veranstaltungen in der Gemeinde. Bei der Veranschlagung ist man von Ausgaben in Höhe von insgesamt 105.800 Euro ausgegangen. Tatsächlich wurden aber nur 71.125 Euro abgefordert. Eine Veranschlagung ist nur im Rahmen von Erfahrungswerten möglich.

P1.05.02.424100.003 Hallenbad

Die Besucherzahlen haben die Erwartungen nur geringfügig verfehlt. Eintrittsgelder in Höhe von 245.794 Euro waren erwartet worden. Tatsächlich konnten 235.052 Euro eingenommen werden.

PSP P1.05.02.424100.001 Freibad Rastede

Das Planungsziel beim Freibad wurde ähnlich gut erreicht wie beim Hallenbad. Benutzungsgebühren in Höhe von 88.785 wurden veranschlagt. Einnahmen in Höhe von 88.150 Euro wurden erzielt.

P1.06.00.538100.001 Schmutzwasserbeseitigung, zentrale Einrichtung

Die speziellen Aufwendungen für die Schlammabeseitigung, also die Aufwendungen speziell für die Reinigung des Schmutzwassers, werden unter dem Sachkonto Schlammabeseitigung zusammengefasst. Vorausgesehen waren Aufwendungen in Höhe von 195.000 Euro. Entstanden sind Ausgaben lediglich in Höhe von 139.487 Euro.

Nach dem Abwasserabgabengesetz besteht die Verpflichtung, für das Einleiten von Abwasser in Gewässer jährlich eine Abwasserabgabe zu zahlen. Die Höhe bemisst sich nach Schadeinheiten. Veranschlagt wurden 45.800 Euro. Gebucht wurden insge-

samt 176.742 Euro. Die hohe Belastung ist dadurch entstanden, dass für drei Jahre gebucht werden musste. Neben der Zahlung für 2010 ist eine Nachzahlung für 2009 erfolgt, und für 2011 wurde auch bereits eine Rückstellung gebucht.

Einnahmen wurden in Höhe von 2.062.750 Euro berechnet und veranschlagt. Die Einnahmen belaufen sich tatsächlich auf 2.115.999 Euro.

Investitionen:

Finanzpositionen	Gesamt 2010	Planzahl. 2010	Plan-/Ist-Abweichung
Alle Investitionen	6.505.709,55	8.995.399,00	-2.489.689,45

Mit 2.489.689,45 Euro sind erhebliche Investitionsmittel nicht ausgegeben worden, wobei zu beachten ist, dass in dem Ist-Ergebnis (Spalte Gesamt 2010) auch Ausgaben enthalten sind, die ihre Ermächtigung in Haushaltsausgaberesten aus 2009 haben. Die Minderausgaben bedeuten nicht, dass von Investitionsmaßnahmen Abstand genommen wurde, sondern dass sich zeitliche Verzögerungen ergeben haben. Im Rahmen des Jahresabschlusses wurde geprüft, wie viel von den veranschlagten Haushaltsmitteln im Folgejahr tatsächlich noch benötigt werden. In entsprechender Höhe, nämlich in Höhe von 4.071.136,16 Euro, wurden Haushaltsausgabereste für den Investitionsbereich gebildet.

Zuweisungen und Zuschüsse des Landes und der Kommunen:

Finanzpositionen	Gesamt 2010 *)	Planzahl. 2010 *)	Plan-/Ist-Abweichung
681100 Inv.Zuw. Land	-623.829,35	-1.099.492,00	475.662,65
681200 Inv.Zuw. Gemeinden	-584.324,89	-382.600,00	-201.724,89
* Finanzpositionen	-1.208.154,24	-1.482.092,00	273.937,76

*) Minus = Einnahme

Die Investitionszuwendungen sind abhängig davon, dass einerseits plangemäß überhaupt zuwendungsfähige Ausgaben vorhanden sind und andererseits davon, in welcher Höhe sie dann tatsächlich entstanden sind. Dementsprechend konnten 273.937,67 Euro weniger als geplant Zuwendungen generiert werden.

Eine wesentliche Position bei den Zuweisungen ist der Neubau der Krippe Feldbreite. Die veranschlagten 466.600 Euro konnten in 2010 nicht mehr realisiert werden. Das gleiche gilt für die Erweiterung der P + R Anlage beim Bahnhof. 130.000 Euro Zuwendungen waren eingeplant und konnten wegen des Baufortschrittes nicht abgefordert werden.

Die Baumaßnahmen für den neuen Sportplatz Köttersweg konnten ebenfalls nicht plangemäß weiter geführt werden, so dass die veranschlagten 265.000 Euro Zuschuss nicht angefordert werden konnten.

Andererseits war es verspätet möglich, für durchgeführte Baumaßnahmen nachträgliche Zuschüsse zu vereinnahmen. Dazu gehören 115.700 Euro für energetische Sanierungsmaßnahmen nach dem KPII-Programm und 89.314 Euro für die Neugestaltung der Umkleiden im Hallenbad.

Veräußerung von Vermögen:

Finanzpositionen	Gesamt 2010 *)	Planzahl. 2010 *)	Plan-/Ist-Abweichung
682100 Veräuß.GrdSt. und Gebäude	-2.377.946,34	-1.694.500,00	-683.446,34
683110 VermGG>1000 EUR	-1.515,00		-1.515,00
683120 VermGG 150-1000EUR	-1.514,69	-14.500,00	12.985,31
* Finanzpositionen	-2.380.976,03	-1.709.000,00	-671.976,03

*) Minus = Einnahme

Wie oben bereits ausgeführt, lässt sich nur sehr schwer vorausskalkulieren, in welchem Umfang Grundstücke verkauft werden können. Die hohe Nachfrage nach Grundstücken hat einen umfangreicheren Verkauf realisieren lassen als veranschlagt; es sind Mehreinnahmen in Höhe von 683.446 Euro entstanden.

Rückflüsse von Ausleihungen:

Finanzpositionen	Gesamt 2010 *)	Planzahl. 2010 *)	Plan-/Ist-Abweichung
688500 Rückfl.von Ausleihungen an verbundene Unternehmen	-7.843,30	-7.843,00	-0,30
688800 Rückflüsse von Ausleihungen an inländischen Bereichen.	0	0	0,00
* Finanzpositionen	-7.843,30	-7.843,00	-0,30

*) Minus = Einnahme

Bei den 7.843 Euro handelt es sich um Tilgungsleistungen des Bauhofes der Gemeinde Rastede, der eine eigene Finanzbuchhaltung betreibt.

Beiträge und ähnliche Entgelte:

Finanzpositionen	Gesamt 2010 *)	Planzahl. 2010 *)	Plan-/Ist-Abweichung
689100 Beiträge u. ähnliche Entgelte		-733.500,00	733.500,00
689110 Erschließungsbeiträge	0	0	0
689120 Straßenausbaubeiträge	-148.786,38		-148.786,38
689130 Abwasserbeiträge	-503.619,86		-503.619,86
* Finanzpositionen	-652.406,24	-733.500,00	81.093,76

*) Minus = Einnahme

Die Veranschlagung ist nicht unter den richtigen Konten 689110 bis 689130 erfolgt. Im Ergebnis liegen die Einnahmen 81.093 Euro unter den Veranschlagungen. Die Ansätze sind nicht genau berechenbar. Die tatsächliche Einnahme hängt immer von der Schlussrechnung der Maßnahme (Straßenausbaubeiträge), dem Verkauf von Grundstücken (Erschließungsbeiträge) und dem Anschluss von Grundstücken an die Abwasserbeseitigungsanlage ab.

Zuweisungen und Zuschüsse der Gemeinde an Dritte:

Finanzpositionen	Gesamt 2010	Planzahl. 2010	Plan-/Ist-Abweichung
781200 Zuw/Zusch. Inv. Gemeinden		33.500,00	-33.500,00
781700 Inv.Zusch. priv. Unternehmen	254.658,94	112.000,00	142.658,94
* Finanzpositionen	254.658,94	145.500,00	109.158,94

Die gezahlten investiven Zuschüsse liegen deutlich über dem Ansatz. Verantwortlich hierfür sind die Investitionen durch die Residenzort Rastede GmbH. Für Baumaßnahmen beim Turnierplatz waren Zuwendungen in Höhe von 12.000 Euro erwartet worden. Aufgewendet werden mussten dagegen 90.000 Euro

Nicht veranschlagt waren auch 53.631 Euro für die Breitbandversorgung. Diese Zuwendung an die EWE belastet den gemeindlichen Haushalt allerdings nicht, weil ihr in gleicher Höhe eine Landeszuwendung gegenüber steht.

Grunderwerb,:

Finanzpositionen	Gesamt 2010	Planzahl. 2010	Plan-/Ist-Abweichung
782100 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.216.151,49	851.900,00	364.251,49
* Finanzpositionen	1.216.151,49	851.900,00	364.251,49

Ein planmäßiger Erwerb von Grund und Boden für die Baulanderschließung liegt nicht allein in der Hand der Gemeinde. Unerwartete Ankaufsmöglichkeiten mussten realisiert werden, so dass es hier zu einer überplanmäßigen Auszahlung gekommen ist.

Ankauf von beweglichem Vermögen:

Finanzpositionen	Gesamt 2010	Planzahl. 2010	Plan-/Ist-Abweichung
783110 VermGG>1000 EUR	201.160,92	148.627,00	52.533,92
783120 VermGG 150-1000EUR	179.421,70	248.672,00	-69.250,30
* Finanzpositionen	380.582,62	397.299,00	-16.716,38

Die Mehrausgaben bei Beschaffungen im Wert über 1.000 Euro und mit Wert zwischen 150 und 1.000 Euro korrespondieren miteinander. Es ist kaum möglich, die Anschaffungen im Wert von über oder unter 150 Euro genau vorausszusehen. I.d.R. liegen die Anschaffungswerte doch über 150 Euro, so dass die nicht korrekt veranschlagten Mittel zum anderen Sachkonto übertragen werden müssen.

Folgender wesentlicher Kauf wurde unter dem Konto 783110 getätigt:

Finanzpositionen	Zahlung 2010	
* I1000535 Anschaffung Gerätewagen	52.557,31	Die Feuerwehr Hahn hat plangemäß einen neuen Gerätewagen erhalten. Veranschlagt waren 90.000 Euro.
783110 VermGG>1000 EUR	52.557,31	

Hochbau:

Finanzpositionen	Gesamt 2010	Planzahl. 2010	Plan-/Ist-Abweichung
787100 Hochbaumaßnahmen	2.587.656,34	3.738.000,00	-1.150.343,66
787300 sonst. Baumaßnahmen	303.395,94		303.395,94
* Finanzpositionen	2.891.052,28	3.738.000,00	-846.947,72

Die Auszahlungen sind hinter den Veranschlagungen zurückgeblieben.

Geplant war, dass auf der Kläranlage das Rechengebäude erneuert wird. Die veranschlagten 370.000 Euro wurden nicht benötigt, weil mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde.

Die Krippe Feldbreite befindet sich im Bau. Die eingeplanten Gelder sind entsprechend dem Baufortschritt aber nicht im vollen Umfang abgeflossen. Von den veranschlagten 525.000 Euro wurden 239.339 Euro noch nicht benötigt.

Der Bau des Kindergartens Feldbreite steht wegen der baulichen Einheit mit der Krippe Feldbreite in Abhängigkeit von ihr. Der auf den Kindergarten entfallende Investitionsanteil lag planerisch 2010 bei 1.050.000 Euro. Benötigt wurden 656.784 Euro.

Ebenso zu dem Gemeinschaftsbau Krippe und Kindergarten gehört eine gemeinsame Außenanlage als sonstige Baumaßnahme. Überplanmäßig für das Haushaltsjahr 2010 nicht veranschlagte 303.395 Euro mussten ausgegeben werden.

Für den Umbau der Umkleideräume an der KGS zu einer Ganztagsschulküche waren 128.000 Euro eingeplant worden. In 2010 konnten lediglich erst 26.606 Euro in Anspruch genommen werden.

Die Sanierung der Seitenfassade an der KGS war nicht eingeplant worden. Dennoch ließ sich die Investition nicht vermeiden. Überplanmäßig mussten 74.549 Euro für die Baumaßnahme ausgegeben werden.

Die alte Turnhalle Feldbreite wird ersetzt. Die für 2010 veranschlagten 1.000.000 Euro wurden noch nicht in vollem Umfange benötigt. 850.865 Euro wurden ausgegeben.

Für den Einbau einer Sonnenschutzanlage in dem Gebäude Feldbreite der KGS waren 86.000 Euro vorgesehen. Benötigt wurden in dem Jahr lediglich erst 18.644 Euro.

Tiefbau:

Finanzpositionen	Gesamt 2010	Planzahl. 2010	Plan-/Ist-Abweichung
787200 Tiefbaumaßnahmen	1.477.707,19	3.661.100,00	-2.183.392,81
* Finanzpositionen	1.477.707,19	3.661.100,00	-2.183.392,81

Die Auszahlungen sind hinter den Veranschlagungen zurückgeblieben.

Sämtliche Erneuerungen von Kanalhaltungen im Bereich zentrale Schmutzwasserbeseitigung sind nicht zur Ausführung gekommen. Veranschlagte 184.900 Euro sind deshalb nicht ausgegeben worden.

Verzögerungen bei dem Erschließungsvorhaben BPlan 86 (Gewerbegebiet AK Oldenburg Nord) haben dazu geführt, dass die für Niederschlags- (155.000 Euro) und Schmutzwasserkanal (50.000 Euro) veranschlagten Mittel nicht zur Ausgabe gekommen sind. Das ebenfalls im Rahmen dieser Erschließungsmaßnahme erforderliche Pumpwerk konnte noch nicht errichtet werden. Dafür veranschlagte 65.000 Euro wurden 2010 nicht benötigt.

Die Straßenbeleuchtung in der Kleibroker Straße sollte erneuert werden. Die Maßnahme kam nicht zur Durchführung. 36.000 Euro wurden nicht ausgegeben.

Die Erschließungsmaßnahmen für das Gewerbegebiet BPlan 63 f (Hohe Brink) hat sich verzögert. Veranschlagt waren im Bereich Straßenbau 140.000 Euro. Eine Ausgabe ist nicht erfolgt.

Ebenfalls Verzögerungen gab es bei dem Erschließungsvorhaben Wohnbaugebiet BPlan 79 (Südlich Schlosspark):

	Ausgegeben	Ansatz	Differenz
* I1000376 BBPl. 79 - SWK	94.285,73	150.000,00	55.714,27
Schmutzwasserkanal	94.285,73	150.000,00	55.714,27
* I1000389 BBPl. 79 - NW	74.940,92	150.000,00	75.059,08
Niederschlagswasserkanal	74.940,92	150.000,00	75.059,08
* I1000578 BBPl. 79 (2.BA)	5.696,97	310.000,00	304.303,03
Straßenbau	5.696,97	310.000,00	304.303,03
* I1000579 BBPl. 79 (3.BA)	100.073,30	280.000,00	179.926,70
Straßenbau	100.073,30	280.000,00	179.926,70

Die Straßenbaumaßnahme im BPlan-Gebiet 75 (Kleingartengebiet; Im Göhlen) ist nicht zur Ausführung gekommen. Veranschlagte 40.000 Euro sind nicht ausgegeben worden.

Im Zuge der Erschließung im BPlan-Gebiet 86 (Gewerbegebiet AK Oldenburg Nord) ist an der B211 eine Bushaltestelle zu errichten. Diese Maßnahme kam noch nicht zur Ausführung. Die veranschlagten 108.000 Euro wurden nicht benötigt. In der Folge konnte auch der veranschlagte Zuschuss des Landes in Höhe von 80.000 Euro nicht eingenommen werden.

Ausleihungen der Gemeinde an Dritte:

Finanzpositionen	Gesamt 2010	Planzahl. 2010	Plan-/Ist-Abweichung
788230 Ausleihungen Gemeinde >5J.	65.569,95	67.000,00	-1.430,05
* Finanzpositionen	65.569,95	67.000,00	-1.430,05

Vorstehend handelt es sich um Beiträge an die Kreisschulbaukasse beim Landkreis Ammerland.

- Angabe und Erläuterung der auf die Posten der Ergebnisrechnung sowie der Vermögensrechnung und der Bilanz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
§ 55 Abs. 2 Ziff. 1 GemHKVO

Bewertet und bilanziert wird ausschließlich nach den Anschaffungs- und Herstellungswerten entsprechend § 45 GemHKVO. Festwerte im Sinne des § 46 Abs. 1 GemHKVO wurden nicht gebildet und sind insgesamt auch nicht vorhanden.

- Angabe und Erläuterung der Abweichungen von den bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden mit Begründung, wobei deren Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage gesondert zu erläutern ist
§ 55 Abs. 2 Ziff. 2 GemHKVO

Von den bisherigen Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden wurde nicht abgewichen.

- Art und Höhe der wesentlichen außerordentlichen Erträge und Aufwendungen
§ 55 Abs. 2 Ziff. 3 GemHKVO

Der außerordentliche Haushalt enthält keine Veranschlagungen, weil die außerordentlichen Sachverhalte kaum oder gar nicht vorausgesehen werden können.

Zu Buchungen in diesem Haushaltsbereich kam es dennoch. Gebucht wurden Schadensfälle und deren Abwicklung sowie die periodenfremden Abgrenzungen im Ertrags- und Aufwandsbereich. Wesentliche außerordentliche Erträge und Aufwendungen sind vor diesem Hintergrund nicht vorhanden. Ebenso hat es keine aufwendungserheblichen Schadensfälle gegeben.

6. Angaben und Erläuterung über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungswerte
§ 55 Abs. 2 Ziff. 4 GemHKVO

Zinsen für Fremdkapital wurden in die Herstellungswerte nicht einbezogen, was daran liegt, dass 2010 keine Kredite aufgenommen wurden.

7. Angaben und Erläuterungen zu Haftungsverhältnissen, auch wenn gleichwertige Rückgriffsforderungen gegenüberstehen.
§ 55 Abs. 2 Ziff. 5 GemHKVO

Haftungsverhältnisse sind nicht vorhanden.

8. Angaben und Erläuterungen zu Sachverhalten, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können.
§ 55 Abs. 2 Ziff. 6 GemHKVO

Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können, haben sich 2010 nicht ergeben und sind auch aus der längerfristigen Vergangenheit heraus nicht vorhanden.

9. Angaben und Erläuterung zu noch nicht abgedeckten Fehlbeträgen, die einzeln nach Jahren getrennt angegeben werden
§ 55 Abs. 2 Ziff. 7 GemHKVO

Fehlbeträge aus Vorjahren sind nicht vorhanden.

10. Erläuterungen zu Bilanzpositionen

- 10.01 Als Aufwand berücksichtigte Umsatzsteuer auf am Abschluss tag auszuweisende oder von den Vorräten offen abgesetzte Anzahlungen als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.
§ 49 Abs. 1 Satz 2 GemHKVO

Alle in 2010 einen „Betrieb gewerblicher Art“ betreffende Anzahlungen wurden immer mit Umsatzsteuer gebucht. Den Fall, dass eine Anzahlung geleistet wurde, ohne dass auch die Umsatzsteuer ausgewiesen wurde, hat es nicht gegeben.

10.02 Durchführung einer Inventur

Die Gemeinde betreibt Buch- und permanente Inventuren. Das gilt allerdings nicht für bewegliche Vermögenswerte. Soweit es sich um bewegliche Vermögensgegenstände handelt, ist im Hinblick auf den zeitlichen Verzug bei der Erstellung der Jahresabschlüsse eine Inventur nicht durchgeführt worden.

10.03 Buchung der Bestandsveränderungen lt. Inventurliste

Weil eine Inventurliste zum 31.12.2010 nicht erstellt wurde, waren auch keine Bestandsveränderungen zu buchen.

10.04 Planmäßige Abschreibungen wurden gebucht

Alle planmäßigen Buchungen wurden vorgenommen.

10.05 Es wurde geprüft, ob außerplanmäßige Abschreibungen notwendig sind

Gemeint sind die Fälle, in denen eine voraussichtlich andauernde Wertminderung eintritt und für die deshalb eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen werden muss.

Die vorstehend beschriebenen Fälle hat es in 2010 nicht gegeben.

10.06 Es wurde geprüft, ob Zuschreibungen notwendig sind.

Gemeint sind die Fälle, wo sich herausgestellt hat, dass die Gründe für höhere Abschreibungen nicht mehr bestehen, so dass der nicht mehr gerechtfertigte Abschreibungsbetrag wieder zugeschrieben werden muss.

Die vorstehend beschriebenen Fälle hat es in 2010 nicht gegeben.

10.07 Sondervermögen

Sondervermögen ist in Höhe von 450.000 Euro vorhanden; es betrifft den Bauhof der Gemeinde Rastede. Der Bauhof ist ein optimierter Regiebetrieb mit eigener Finanzbuchhaltung und deshalb Sondervermögen der Gemeinde Rastede. Im Rahmen der Erstellung der ersten Eröffnungsbilanz für die Gemeinde war festzustellen, dass der Wert des Sondervermögens 450.000 Euro beträgt, der entsprechend in der Ersten Eröffnungsbilanz eingestellt und fortgeschrieben wird. Fortschreibungsbedarf hat sich nicht ergeben.

10.08 Ausleihungen

Bauhof:

Der Bauhof der Gemeinde Rastede betreibt als optimierter Regiebetrieb eine eigene Finanzbuchhaltung mit eigener Bilanz. In dieser Eigenschaft ist der Bauhof Empfänger eines gemeindlichen Kredites. Dieser Kredit wird in der Bilanz der Gemeinde als Ausleihung nachgewiesen. Die planmäßig eingegangenen Tilgungsbeträge wurden gebucht.

Beiträge an die Kreisschulbaukasse:

Die seit Mitte der siebziger Jahre an den Landkreis jährlich gezahlten Beiträge an die Kreisschulbaukasse werden in der Bilanz als Ausleihung nachgewiesen.

10.09 Reinvermögen; Erläuterung der Inhalte der Netto-Position

An der Bilanzsumme in Höhe von 104 Millionen Euro hat die Nettoposition bei 89 Millionen Euro einen Anteil von 89 Prozent an der Bilanzsumme. Das ist eine überaus hohe und sehr erfreuliche „Eigenkapitalquote“.

	01.01.2009	31.12.2009	31.12.2010
	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1. Nettoposition	86.819.413,69	89.055.953,87	93.497.188,71
1.1 Basis-Reinvermögen	52.350.056,04	52.030.183,20	52.059.289,58
1.1.1 Reinvermögen	52.350.056,04	52.030.183,20	52.059.289,58
1.2 Rücklagen			
1.3 Jahresergebnis		2.628.980,81	3.247.578,75
1.4 Sonderposten	34.469.357,65	34.396.789,86	35.516.237,17

Das Reinvermögen ändert sich grundsätzlich nicht. Auf keinen Fall ist - außerhalb einer zulässigen Korrektur der Ersten Eröffnungsbilanz - eine Reduzierung unterhalb des Wertes der Ersten Eröffnungsbilanz (86.819.413,69 Euro) erlaubt. Eine Veränderung ergibt sich regelmäßig aus Sonderposten (erhaltene Zuwendungen) für nicht der Abschreibung unterliegende Sachvermögensgegenstände und in den ersten Jahren nach Erstellung der Ersten Eröffnungsbilanz durch Korrekturen der Ersten Eröffnungsbilanz. Korrekturen dürfen im Falle der Gemeinde Rastede vier Jahre lang, also bis einschließlich der Bilanz zum 31.12.2012, vorgenommen werden, soweit sich in dieser Zeit Fehler herausstellen sollten.

Verteilung der Veränderungen auf Sonderposten und Bilanzkorrekturen:

Das Reinvermögen erhöht sich um 29.106,38 Euro. Die Anhebung resultiert im Wesentlichen aus den 2010 eingenommenen Schmutzwasserbeiträgen. Es handelt sich dabei um einen rechnerischen Anteil der Beiträge an unbeweglichem Vermögen.

10.10 Reinvermögen; Überschussverwendung

Der Rat der Gemeinde Rastede wird noch darüber entscheiden, ob der Jahresüberschuss des Jahres 2010 dem Reinvermögen zugeschlagen oder der Überschussrücklage zugeführt werden soll.

10.11 Sonderposten; Sonderposten wurden gebildet und aufgelöst

Sonderposten werden auf die gleiche Laufzeit eingestellt, wie der Vermögenssachwert abgeschrieben wird, wofür der Sonderposten eingenommen wurde. Soweit der Sonderposten erst im Jahr nach der Aktivierung des Vermögenssachwertes passiviert werden kann, werden die Auflösungsbeträge des Sonderpostens in einem Betrag nachgeholt und nicht auf die Restlaufzeit des Postens verteilt.

Eine Besonderheit gilt für die Abwasserbeiträge. Beiträge werden zwar speziell für die Finanzierung von Vermögenswerten eingenommen, aber im Bereich Abwasser ist eine Zuordnung zu einem speziellen Vermögensgegenstand nicht möglich, weil sich der gezahlte Beitrag auf die Gesamtanlage (Klärwerk, Kanäle und Pumpwerke) bezieht. Nach einem rechnerischen Modell werden die im Jahr gezahlten Beiträge Blöcken zugerechnet, für die Lösungszeiten vorgesehen sind,

wie Sachvermögen mit unterschiedlichen Abschreibungszeiten in dem Jahr entstanden ist.

10.13 Kreditverbindlichkeiten

Kredite wurden 2010 am Kreditmarkt nicht aufgenommen. Allerdings wurden Kredite der Kreisschulbaukasse in Höhe von 474.100 Euro aufgenommen. Der Aufnahme stehen Tilgungen in Höhe von 240.284,85 Euro gegenüber. Entsprechend dem Saldo in Höhe von 233.815,15 Euro erhöhen sich die Kreditverbindlichkeiten.

	31.12.2009	31.12.2010
	- Euro -	- Euro -
2.1 Geldschulden	3.457.392,37	3.691.207,52
Schuldenentwicklung:		233.815,15

Beginn	Tilgung	Kreditaufnahme	Ende	Konto	Bezeichnung
	215.797,88	474.100,00		231230	KredAufn.f.Invest.b.Gem.,LZ mehr als 5J.,EUR
	24.486,97	0,00		231630	KredAufn.f.Invest.b.Kreditinstitute,LZ mehr als 5J.,EUR
	0,00	0,00		231730	KredAufn.f.Invest.b.ö.SoRg.,LZ mehr als 5J., EUR
3.457.392,37	240.284,85	474.100,00	3.691.207,52		
Saldo:			233.815,15		

10.14 Rückstellungen

Die Rückstellungen sind gegenüber dem 01.01.2010 geringfügig gestiegen.

Die Steigerung der Pensions- und Beihilferückstellungen liegt an den versicherungsmathematischen Berechnungen für die Beamten der Gemeinde Rastede. Gehalts- und Pensionserhöhungen zeichnen für die Erhöhung verantwortlich.

Die „anderen“ Rückstellungen sind Abgrenzungen. Für die in 2010 erbrachten Leistungen lagen noch keine Rechnungen vor. Der Ausweis der Rückstellung für unterlassene Instandhaltung ist nicht korrekt. Richtiger Weise handelt es sich um Andere Rückstellungen. Die Buchung ist versehentlich so erfolgt.

	31.12.2009	31.12.2010
	- Euro -	- Euro -
3. Rückstellungen	7.041.227,90	7.054.666,56
3.1 Pensionsrückst. und ähnliche Verpflichtungen	6.340.582,45	6.400.785,60
3.2 Rückst.für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	375.836,82	373.864,45
3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	130.596,25	160.754,98
3.4 Rückst.für Rekultiv.und Nachsorg.geschl. Abfalldep		
3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten		
3.6 Rückst. i.R.d.Fin.-Ausgl. und von Steuerschuldverh.		
3.7 Rück.für droh.Verpfl.a.Bürgsch.,Gewährl.,anh.GV		
3.8 Andere Rückstellungen	194.212,38	119.261,56
Rückstellungsentwicklung:		13.438,66

10.15 Weitere Punkte:

- Nachholung von Abschreibungen und Auflösung von Sonderposten:

Soweit Abschreibungen oder Auflösungsbeträge für Sonderposten nachgeholt werden, weil eine Verbuchung im Aktivierungsjahr nicht mehr möglich ist, müsste nach dem Wortlaut der haushaltsrechtlichen Vorschriften eine periodenfremde Buchung erfolgen, die wiederum in den außerordentlichen Ergebnishaushalt gehört. Dementsprechend verfährt die Gemeinde bei diesen Positionen allerdings nicht, d.h., die einer Monatsperiode nachzuholenden Abschreibungs- und Auflösungsbeträge werden im ordentlichen Ergebnishaushalt gebucht. Denn bei den nachzuholenden Beträgen handelt sich im Sinne der Kontenregeln nicht um „Aufwendungen, die aus unvorhergesehenen Ereignissen und Finanzvorfällen“ heraus entstehen; es handelt sich vielmehr um geplante Aufwendungen. Der Charakter der Außerordentlichkeit von Fällen, für die der außerordentliche Ergebnishaushalt vorgesehen ist, ist nicht gegeben.

- Aktivierung von geleisteten Investitionszuschüssen

Der Zahlung von Investitionszuschüssen geht ein entsprechender Bescheid an den Antragsteller voraus. Mit der Bescheiderteilung geht die Gemeinde zwar eine Verpflichtung ein, aber die Zahlung des Zuschusses hängt von Bedingungen ab. Insoweit ist eine „Gegenleistung“ des Zuschussnehmers erforderlich, nämlich, dass die Bedingung erfüllt wird. Vor diesem Hintergrund wird die Zuschussgewährung zunächst als „schwebendes Geschäft“ betrachtet, welches nicht zu bilanzieren ist. Die Aktivierung erfolgt mit Zahlung des Zuschusses.

11. Vorbelastungen aus dem Haushaltsjahr 2009 § 54 Abs. 5 GemHKVO

11.01 Vorbelastungen

Der abschließende Kassenbestand in Höhe von 5.453.853,89 (Tagesabschluss/Finanzrechnung 30.12.) Euro ist ausreichend, um nichtplanerische Vorbelastungen für 2010 zu finanzieren; es verbleiben nach Abzug dieser Vorbelastungen 759.187,75 Euro liquide Mittel. Haushaltseinnahmereste mussten nicht gebildet werden.

Zusammenfassendes Ergebnis		Liquidität				Rückstellungen		Haushaltsausgabereste	
						Ergebnis- haushalt	Finanz- haushalt;	Ergebnis- haushalt	Finanz- haushalt;
1.	Kassenistbestand 31.12.2010	5.453.853,89		5.453.853,89					
2.	Vorbelastungen HHJahr 2010								
2.1	Einzelpositionen								
	- Ergebnis Bauhof								
	- nicht verbrauchte HHReste	entfällt *)							
	- Haushaltsunwirksame Zahlungen	79.969,28							
	- Bürgschaften	0,00							
	- Gewährleistungsverträge	0,00							
	- kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00							
	- Spenden	0,00							
	- der Gemeinde gestundete Beträge	0,00							
	Sonstige Verbindlichkeiten	0,00							
	- Sonstiges (zweckgeb. Einnahmen))	0,00							
	Summe:	79.969,28	79.969,28						
2.2	Finanzaushalt								
2.2.1	Laufende Verwaltung								
	- HHReste für im abgelaufenen Jahr gebildete Rückstellungen, die im Folgejahr kassenwirksam werden	159.148,48				159.148,48			159.148,48
	- HHReste für in Vorjahren gebildete Rückstellungen, die im Folgejahr kassenw. werden.	1.606,50				1.606,50			1.606,50
	- HHReste	382.805,72						382.805,72	382.805,72
	Summe:	543.560,70	543.560,70						
			623.529,98	-623.529,98					
	Zwischenkassenbestand:			4.830.323,91					
2.2.2	Rückbehalt für Deckung Fehlbedarf/-betrag:	0,00		0,00					
				4.830.323,91	4.830.323,91				
2.2.3	Investitionen								
	- HHReste Rückst.	0,00					0,00		0,00
	- HHReste (mit und ohne Aufträge)	4.071.136,16							4.071.136,16
	- Spenden	0,00							
	- Anzahl. auf SoPo (ohne Abwasser)	0,00							
	- der Gemeinde gestundete Beträge	0,00							
	- Haushaltsvorgriffe (§ 117 Abs. 2 NKomVG) **)	0,00							0,00
	Summe:	4.071.136,16			-				
					4.071.136,16				
3.	Verbleibender Kas- senbestand				759.187,75				
4.	abzüglich Sockelbe- trag für Kasse				0,00				
5.	Einsetzung für Kreditreduzierung (bei Minusbe- trag = Haushaltseinnahmerest)				759.187,75				
6.	Summen:								
	- Rückstellungen					160.754,98	0,00		
						160.754,98			
	- Haushaltsreste (Der Gesamtbetrag beinhaltet auch die nicht erledigten Haushaltsreste aus 2010 und davor)							382.805,72	4.614.696,86
								4.997.502,58	

*) Nicht verbrauchte HHReste aus Vorjahren wurden neu angemeldet

**) Soweit eine Veranschlagung im neuen Jahr nicht und Finanzierung über Kassenbestand erfolgt

11.02 Bürgschaften

Die Gemeinde hat keine Bürgschaften geleistet

11.03 Gewährleistungsverträge

Die Gemeinde hat keine Gewährleistungsverträge geschlossen

11.04 Kreditähnliche Rechtsgeschäfte

Die Gemeinde ist keine kreditähnlichen Rechtsgeschäfte eingegangen

11.05 Gestundete Beträge

Der genaue Betrag kann für 2010 nicht ermittelt werden, soweit buchungstechnisch nicht das richtige Verfahren angewendet wurde und anstelle von Ratenplänen lediglich Fälligkeitsveränderungen vorgenommen sein sollten. Für die Gewährung von Stundungen gilt einschlägiges öffentliches Recht. Durch Ratenpläne sichtbare Forderungsveränderungen hat es im Umfang von 139.915,62 Euro gegeben.

11.06 Haushaltsreste

Die Haushaltsreste sind eine öffentlich-rechtliche Besonderheit; sie sind handelsrechtlich nicht bekannt. Die Haushaltsreste sind ein Instrument, Haushalts-, also Zahlungsermächtigungen, in das nächste Haushaltsjahr zu übertragen. Sie werden gebildet sowohl im Ergebnishaushalt als auch insbesondere im investiven Bereich. Die Kassenwirksamkeit tritt regelmäßig im Folgejahr ein.

Haushaltsreste wurde in folgendem Umfang gebildet:

Ergebnishaushalt 2010/2011	382.805,72 €
Finanzhaushalt 2010/2011	4.071.136,16 €
	4.453.941,88 €

Es war nicht notwendig, für die Finanzierung der Haushaltsausgabereste auch Haushaltseinnahmereste zu bilden. Siehe dazu oben unter 10.01.

Soweit Rückstellungen gebildet wurden, sind im Finanzhaushalt entsprechende Haushaltsreste zu bilden. Das ist erforderlich, weil die Doppik keine Rückstellungen im liquiden Bereich, also im Finanzhaushalt kennt. Insofern erhöht sich nominal der v.g. Gesamtbetrag der Haushaltsreste im Finanzhaushalt um weitere 159.148,48 Euro und 1.606,50 Euro auf insgesamt 4.614.696,86 Euro (siehe vorstehende Aufstellung zu den Vorbelastungen).

11.07 Rückstellungen

Als Vorbelastungen werden Rückstellungen rechnerisch berücksichtigt, soweit sich in unmittelbarer Zukunft, also insbesondere im Folgejahr, Zahlungsverpflichtungen ergeben. Diese sind vorhanden bei den gebildeten Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen und bei Anderen Rückstellungen.

11.08 Haushaltsvorgriffe

Ein Haushaltsvorgriff liegt dann vor, wenn im Haushaltsjahr über- oder außerplanmäßig eine Zahlung geleistet werden muss, die erst durch einen Haushaltsplan im Folgejahr gedeckt werden kann. Als Vorbelastung wirken sich die Vorgriffe dann aus, wenn eine Veranschlagung im Folgejahr nicht erfolgen sollte.

Haushaltsvorgriffe hat es 2010 nicht gegeben.

11.09 Durchlaufende Gelder

Durchlaufende Gelder sind vorhanden, weil die entstandenen Zahlungsvorgänge entweder den gemeindlichen Haushalt nicht berühren oder weil sie mangels anderer Möglichkeit im Haushalt nicht zu buchen waren.

	31.12.2009	31.12.2010
	- Euro -	- Euro -
Durchlaufende Posten aktiv	-19.990,78 1)	-8.359,76 1)
Durchlaufende Posten passiv	-242.728,56 2)	-71.609,52 2)

1) Das „-“, zeigt, dass es sich um eine Verbindlichkeit handelt

2) Das „-“, zeigt, dass es sich um eine Verbindlichkeit handelt

11.10 In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen, die in Anspruch genommen wurden, sind eine Auftragsvergabe im abgelaufenen Jahr mit Kassenwirksamkeit in späteren Jahren. Insoweit liegt in der Tat eine Vorbelastung zukünftiger Haushaltsjahre vor, die aber nicht den vorhandenen Kassenbestand zum 31.12. belasten. Eine Belastung des Kassenbestandes liegt nicht vor, wenn vorschriftsgemäß für die Verpflichtungsermächtigungen in den Jahren der Kassenwirksamkeit ein Haushaltsansatz eingeplant wurde.

Im Haushaltsjahr 2010 sind keine Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt worden.

12. Änderung der Gliederung Jahresabschluss, Gesamtabchluss, insbesondere Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Bilanz gegenüber Vorjahr § 48 Abs. 1 GemHKVO

Änderungen in der Gliederung des Jahresabschlusses und in der Ergebnis- und Finanzrechnung hat es nicht gegeben.

Der Gesamtabchluss ist für 2009 noch nicht erforderlich; eine Entscheidung über die Konsolidierung und damit eine Entscheidung über den Gesamtabchluss muss erst für die Bilanz zum 31.12.2012 getroffen werden.

13. Jahr zu Jahr nicht vergleichbare Positionen in Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Bilanz § 48 Abs. 2 Ziff 1 GemHKVO

Nicht vergleichbare Bilanzpositionen sind nicht vorhanden.

14. Im Haushaltsjahr vorhandene und in dem Jahr nicht verwendete zweckgebundene Erträge
§ 49 Abs. 4 GemHKVO

Alle zweckgebundenen Erträge wurden zweckentsprechend verwendet.

15. Fälle, wo der Rückzahlungsbetrag einer Verbindlichkeit höher ist als der Ausgabebetrag
§ 49 Abs. 2 GemHKVO

Solche Fälle hat es 2010 nicht gegeben.

16. Zugehörigkeit von Vermögensgegenständen und Schuldenpositionen zu mehreren Bilanzpositionen
§ 48 Abs. 3 GemHKVO

Es sind keine Vermögens- und Schuldenpositionen vorhanden, die mehreren Bilanzpositionen zuzuordnen wären.

17. Vermerk über weitere Untergliederungen von Posten gegenüber der vorgeschriebenen Gliederung (Bilanz)
§ 48 Abs. 4 GemHKVO

Weitere Gliederungen von Posten wurden nicht vorgenommen.

18. Angabe und Erläuterung der auf die Posten der Ergebnisrechnung sowie der Vermögensrechnung und der Bilanz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
§ 55 Abs. 2 Ziff. 1 GemHKVO

Bilanziert wurde vorschriftsgemäß nach Anschaffungs- und Herstellungswerten, wobei erbrachte Eigenleistungen noch nicht berücksichtigt wurden. Andere Bewertungsnotwendigkeiten z.B. Sachwertverfahren haben sich nicht ergeben.

19. Angabe und Erläuterung der Abweichungen von den bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden mit Begründung, wobei deren Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage gesondert zu erläutern ist
§ 55 Abs. 2 Ziff. 2 GemHKVO

Abweichungen hat es nicht gegeben.

20. Art und Höhe der wesentlichen außerordentlichen Erträge und Aufwendungen
§ 55 Abs. 2 Ziff. 3 GemHKVO

Wesentliche außerordentliche Erträge und Aufwendungen hat es nicht geben. Wie oben bereits ausgeführt ergaben sich außerordentliche Buchungsvorgänge nur im Rahmen der zeitlichen Abgrenzung und im Rahmen der Abwicklung von Schadensfällen. Bei den Schadensfällen hat es keine bedeutenden Fälle gegeben.

21. Angaben und Erläuterung über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungswerte
§ 55 Abs. 2 Ziff. 4 GemHKVO

Die Möglichkeit hat sich nicht ergeben, weil in 2010 keine zinsbehafteten Kredite aufgenommen wurden. Auch im Übrigen wurden bisher Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungswerte nicht aufgenommen.

22. Angaben und Erläuterungen zu Haftungsverhältnissen, auch wenn gleichwertige Rückgriffsforderungen gegenüberstehen.
§ 55 Abs. 2 Ziff. 5 GemHKVO

Haftungsverhältnisse wurden 2010 nicht eingegangen und sind im Übrigen aus Vorjahren heraus auch nicht vorhanden.

23. Angaben und Erläuterungen zu Sachverhalten, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können.
§ 55 Abs. 2 Ziff. 6 GemHKVO

Solche Sachverhalte haben sich 2010 nicht ergeben und sind im Übrigen aus Vorjahren heraus nicht vorhanden.

24. Angaben und Erläuterung zu noch nicht abgedeckten Fehlbeträgen, die einzeln nach Jahren getrennt angegeben werden
§ 55 Abs. 2 Ziff. 7 GemHKVO

Fehlbeträge aus Vorjahren sind nicht vorhanden.

Anlagen zum Anhang

1. Anlagenübersicht
§ 56 Abs. 1 GemHKVO

2. Forderungs- und Verbindlichkeitsspiegel
§ 56 Abs. 2 und 3 GemHKVO

3. Nebenrechnung zur Ermittlung und Verwendung der aus speziellen Entgelten für die Inanspruchnahme leitungsgebundener Einrichtungen gedeckten Abschreibungen
§ 56 Abs. 4 GemHKVO

Jahresrechnung 2010

Anlagen zum Anhang

Rechenschaftsbericht

Anlagenübersicht

Schuldenübersicht

Forderungsübersicht

Nebenrechnungen nach § 56 GemHKVO

Rechenschaftsbericht 2010

Nach § 57 NKomVG sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinde entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen darzustellen. Dabei ist eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorzunehmen. Darüber hinaus soll auch über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind und über zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, berichtet werden.

Mit dem Jahresabschluss 2010 erstellt die Gemeinde Rastede ihren zweiten Jahresabschluss nach doppelten Regeln. Damit liegen neben der Ersten Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 zwei Bilanzen vor, die das Wirtschaftsergebnis von zwei Jahresperioden berücksichtigen. Der Vergleich der Bilanzen erlaubt neben dem Einblick in die gemeindliche Vermögens-, Ertrags- und Verbindlichkeitsentwicklung auch das Erkennen einer Tendenz der Wirtschafts- und Leistungsentwicklung der Gemeinde.

Positiv zu vermerken ist, dass die Bilanzsumme eine kontinuierliche Steigerung von 100.032.600 Euro am 01.01.2009 auf 104.587.342 Euro zum 31.12.2009 zu verzeichnen hat. Dies ist eine Wertschöpfung, die im Wesentlichen darin ihre Ursache findet, dass der Gemeinde liquide Mittel zugeflossen sind und zwar außerhalb von Kreditmarktmitteln. Der Mittelzufluss hat seinen Niederschlag gefunden in einem höheren immateriellen und Sachvermögen. Außerdem liegt zum Stichtag im Vergleich zum 31.12.2009 ein höherer Bestand an Kassenmitteln vor. Der Kassenbestand an sich hat wenig Aussagekraft, denn er ist im Verhältnis zur Ausführung der Haushaltsplanung 2010 zu sehen. Vor diesem Hintergrund ist festzustellen, dass der Gemeinde erhebliche nicht geplante Allgemeine Deckungsmittel (Gemeindesteuern, Beteiligung an der Einkommensteuer usw.) erhalten hat und nicht alle geplanten Investitionsvorhaben umgesetzt werden konnten. Der Kassenbestand ist auskömmlich, die Vorbelastungen des Haushaltsjahres 2011 zu finanzieren, ohne dass u.a. für die Verzögerungen im Investitionsbereich auch noch zusätzliche Kreditmarktmittel benötigt werden. D.h., es war nicht notwendig, Kreditermächtigungen aus dem Jahr 2010 als Haushaltseinnahmerest in das Jahr 2011 zu übertragen. Auf die diesbezüglichen Ausführungen im Anhang wird hingewiesen.

Der Bestand an Forderungen hat gegenüber dem Stichtag 31.12.2009 zwar nominal zugenommen, aber es ist darauf hinzuweisen, dass sich die richtige Darstellung von Forderungen buchungstechnisch noch nicht richtig eingespielt hat. Das „Forderungsmanagement“ ist öffentlich-rechtlich stark reglementiert. So ist gesetzlich geregelt, wann es zu Stundungen (Ratenzahlungen) und befristeten Niederschlagungen kommt und die Einziehung von Forderungen ist ebenfalls geregelt. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Einziehung dem Recht entsprechend betrieben wird.

Das Jahresergebnis 2009 betrug 2.628.980 Euro. Für 2010 weist die Ergebnisrechnung ein Ergebnis in Höhe von 3.247.578 Euro aus. Unter Berücksichtigung einer Umbuchung in Höhe von 218.127 Euro zum Sonderposten für den Gebührenaussgleich kumuliert sich das Jahresergebnis auf 5.921.661 Euro. Im Vergleich zum Handelsrecht ist ein kommunales Jahresergebnis kein Produktivitätsergebnis, weil der gemeindlichen Tätigkeit eine für die Jahresperiode grundsätzlich ausgeglichene Haushaltsplanung zu Grunde liegt. Dennoch positive Ergebnisse können verschiedene Gründe haben, die zumeist nicht in der Einflussphäre der Gemeinde liegen. So lässt sich z.B. nicht bestimmen, wieviel Geld die Gemeinde aus der Beteiligung an der Einkommensteuer hat oder wieviel Schlüsselzuweisungen sie bekommt. Eine pauschale Überlegung des Lesers, dass eine Fehlplanung vorliegen könnte, wäre nicht gerechtfertigt,

weil eben zu überwiegenden Anteilen der Ergebnishaushalt, also der konsumtive Bereich des gemeindlichen Haushaltes, fremdbestimmt ist. Unter Hinweis auf die Ausführungen im Anhang ist an dieser Stelle zu wiederholen, dass die Gemeinde im Bereich laufende Verwaltung ihre Ziele weitestgehend erreicht hat. Und vor diesem Hintergrund ist das Jahresergebnis sehr erfreulich und der Hinweis darauf, dass der Gemeinde ungeplante Haushaltsmittel zugeflossen sind. Ein positives Jahresergebnis stärkt die Nettoposition (Eigenkapital) und kann in den Jahren ausgleichend helfen, in denen sich die Jahresergebnisse negativ entwickeln.

Die Sonderposten, also erhaltene Investitionszuschüsse und Beiträge, sind um rund 1 Mio. Euro von 34.396.789 Euro auf 35.516.237 Euro gestiegen. Zu beachten ist, dass die Sonderposten auch einem Werteverzehr unterliegen und zwar entsprechend dem bezuschussten Vermögensgegenstand. Durch die zugeflossenen Mittel konnten zwar der Werteverzehr und zusätzliche rd. 1 Mio Euro generiert werden. Jedoch ist festzustellen, dass es zunehmend schwerer ist, insbesondere Zuschussmittel zu erhalten. Die Beiträge sind insoweit fremdbestimmt, als deren Fälligkeit davon abhängig ist, wie Grundstücke an öffentliche Einrichtungen angeschlossen, von öffentlichen Einrichtungen erschlossen oder von Straßenbaumaßnahmen begünstigt werden. Wegbrechende Zuschüsse können positive Jahresergebnisse aufzehren und zu einer Reduzierung der Nettoposition führen.

Die Verschuldungssituation ist positiv zu bewerten, denn es war auch in 2010 nicht erforderlich Kreditmarktmittel in Anspruch zu nehmen. Der Schuldenstand hat sich zwar geringfügig um rd. 150.000 Euro erhöht, aber hierbei handelt es sich um Kreditmittel der Kreisschulbaukasse. Dies sind im Ergebnis eigene Mittel, die über Jahre zuvor von den Gemeinden in Solidargemeinschaft über Beiträge an die Kreisschulbaukasse in diese Kasse eingezahlt wurden.

Die Rückstellungen sind pflichtgemäß berechnet und gebucht worden. Soweit es sich um kurzfristige Rückstellungen handelt, weil zum Stichtag z.B. Rechnungen noch nicht vorlagen, sind sie bei der Vorbelastung des Haushalts 2011 berücksichtigt worden; sie sind aus den Mitteln des Jahres 2010 finanziert.

Die Bilanz zum 31.12.2010 für sich und im Vergleich zum 31.12.2009 enthält keine negativen Entwicklungsmerkmale. Die Entwicklung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzsituation 2010 ist durchweg positiv. Sie enthält deshalb auch kein Indiz dafür, dass die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde gefährdet ist und demnächst gefährdet sein wird. Es sind zudem sowohl keine finanzwirtschaftlichen Risiken für die zukünftige Aufgabenerfüllung der Gemeinde erkennbar, noch sind nach dem Schluss des Haushaltsjahres 2010 Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Die Bilanz ist selbstverständlich immer nur die Ergebnisdarstellung einer das Gemeinwohl lenkenden Haushaltsplanung, gepaart mit kaum zu beeinflussenden Faktoren wie z.B. die konjunkturelle Entwicklung in der Gemeinde, die sich in den Gewerbesteuererträgen zeigt.

Die Haushaltsplanung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dem Einwohner der Gemeinde Rastede eine umfängliche Infrastruktur und ausreichende Einrichtungen für die Bildung, die Erziehung, den Sport und die Kultur zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig ist die gemeindliche Planung darauf ausgerichtet, die Gemeinde in ihrem Einwohnerbestand zu entwickeln. Deshalb wird großer Raum der gemeindlichen Aktivität durch Baugebietsentwicklung für die Bereiche Wohnen und Gewerbe eingenommen. So ist zu erklären, warum das Sachvermögen 2010 und voraussichtlich auch in den nächsten Jahren erheblich zugenommen hat und zunehmen wird, eben weil für die Einwohner der Gemeinde Sachwerte geschaffen werden. Allein der Blick auf das Vorratsvermögen, welches sich ausschließlich auf den Erwerb von Grund-

stücken und die Herstellung und die Wiederveräußerung von Bauland bezieht, offenbart hier eine umfangreiche Facette der gemeindlichen Entwicklung.

Die Haushaltsplanung 2010 wurde umgesetzt. Dies auch im investiven Bereich, soweit es die Umstände der Planung und Planungsausführung zugelassen haben. Dies auf der einen Seite und die angesprochenen Bilanzwerte auf der anderen Seite lassen auch das Jahr 2010 sachlich wie finanziell als erfolgreich und solide bewerten.

Die Finanzrechnung anstelle einer nicht so detailreichen handelsrechtlichen Kapitalflussrechnung zeigt die liquiden Zu- und Abflüsse auf. Sie weist weder zu Beginn noch zum Ende des Haushaltsjahres ein Minus bzw. ein durch Liquiditätskredite erzeugten positiven Kassenbestand auf. D.h., die Gemeinde war in diesen Zeitpunkten aus eigener Kraft liquide. Auch unterjährig hat sich zu keiner Zeit der Bedarf für die Aufnahme eines vorübergehenden Liquiditätskredites ergeben.

Die Ergebnisrechnung, die auch die nichtliquiden Faktoren wie Abschreibungen und Rückstellungsbildungen berücksichtigt und die letztendlich das Jahresergebnis aufzeigt, ist ebenso positiv ausgefallen. Es haben sich keine besonderen Sachverhalte ergeben, die von der Haushaltsplanung abweichen und deshalb besonders dargestellt werden müssten.

Rastede, den 19.08.14

von Essen
Bürgermeister

Anlagenübersicht

Anlagevermögen 1) 2)	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 31.12.2009	Zugänge in 2010	Abgänge in 2010	Umbuchungen in 2010	Stand am 31.12.2010	Stand am 31.12.2009	Abschreibungen in 2010	Auflösungen ³⁾	Zuschreibungen in 2010	Stand am 31.12.2010	am 31.12.2010	am 31.12.2009
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
		+	-	+/-			-	-	+			
1. Immaterielles Vermögen	1.113.299,07	464.875,32	0,00	50.652,54	1.628.826,93	-100.790,07	-105.823,92	0,00	0,00	-206.613,99	1.422.212,94	1.012.509,00
1.1 Konzessionen												
1.2 Lizenzen	214.554,40	7.538,88	0,00	0,00	222.093,28	-76.541,40	-26.348,88	0,00	0,00	-102.890,28	119.203,00	138.013,00
1.3 Ähnliche Rechte												
1.4 Geleist. Investitionszuwendungen und Investitionszuschüsse	898.744,67	457.336,44	0,00	50.652,54	1.406.733,65	-24.248,67	-79.475,04	0,00	0,00	-103.723,71	1.303.009,94	874.496,00
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand												
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen												
2. Sachvermögen (ohne Vorräte u. geringwertige VG)	124.600.212,89	4.787.862,35	-530.857,16	-37.614,60	128.819.603,48	-36.490.613,45	-2.504.544,82	87.944,95	0,00	-38.907.213,32	89.912.390,16	88.109.599,44
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	7.389.523,34	9.453,80	-59.090,00	0,00	7.339.887,14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.339.887,14	7.389.523,34
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	37.717.362,93	1.742.027,68	-463.373,96	693.041,84	39.689.058,49	-10.232.693,35	-409.945,07	80.466,76	0,00	-10.562.171,66	29.126.886,83	27.484.669,58
2.3 Infrastrukturvermögen	69.354.028,10	325.816,11	-8.393,20	454.474,81	70.125.925,82	-24.592.993,09	-1.702.184,50	7.392,74	0,00	-26.287.784,85	43.838.140,97	44.761.035,01
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	342,22	0,00	0,00	0,00	342,22	-243,22	-4,00	0,00	0,00	-247,22	95,00	99,00
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	9.500,00	0,00	0,00	0,00	9.500,00	-194,00	-333,00	0,00	0,00	-527,00	8.973,00	9.306,00
2.6 Maschinen u. tech. Anlagen; Fahrzeuge	1.612.761,95	6.970,73	0,00	0,00	1.619.732,68	-620.948,95	-86.181,73	0,00	0,00	-707.130,68	912.602,00	991.813,00

Anlagevermögen 1) 2)	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 31.12.2009	Zugänge in 2010	Abgänge in 2010	Umbuch- ungen in 2010	Stand am 31.12.2010	Stand am 31.12.2009	Abschrei- bungen in 2010	Auflösungen 3)	Zuschrei- bungen in 2010	Stand am 31.12.2010	am 31.12.2010	am 31.12.2009
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
		+	-	+/-			-	-	+			
2.6.1 Fahrzeuge	1.399.913,44	0,00	0,00	0,00	1.399.913,44	-549.560,44	-72.912,00	0,00	0,00	-622.472,44	777.441,00	850.353,00
2.6.2 Maschinen	212.848,51	6.970,73	0,00	0,00	219.819,24	-71.388,51	-13.269,73	0,00	0,00	-84.658,24	135.161,00	141.460,00
2.6.3 Technische Anlagen												
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung; Pflanzen und Tiere	3.541.334,84	414.367,07	0,00	0,00	3.955.701,91	-1.043.540,84	-305.896,52	85,45	0,00	-1.349.351,91	2.606.350,00	2.497.794,00
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	4.975.359,51	2.289.226,96	0,00	-1.185.131,25	6.079.455,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.079.455,22	4.975.359,51
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	2.079.294,19	75.594,98	-7.843,30	-13.037,94	2.134.007,93	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.134.007,93	2.079.294,19
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	40.564,59	10.000,00	0,00	-25.564,59	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	40.564,59
3.2 Beteiligungen	36.050,03	25,03	0,00	12.526,65	48.601,71	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	48.601,71	36.050,03
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	450.000,00	0,00	0,00	0,00	450.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	450.000,00	450.000,00
3.4 Ausleihungen	1.552.679,57	65.569,95	-7.843,30	0,00	1.610.406,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.610.406,22	1.552.679,57
3.5 Wertpapiere												
insgesamt	127.792.806,15	5.328.332,65	-538.700,46	0,00	132.582.438,34	-36.591.403,52	-2.610.368,74	87.944,95	0,00	-39.113.827,31	93.468.611,03	91.201.402,63

1) Gliederung richtet sich nach der Bilanz

2) Im Falle der Vermögenstrennung jeweils auch das realisierbare Vermögen

3) Kumulierte Abschreibungen für Abgänge

Schuldenübersicht

gem. § 56 Abs. 3 GemHKVO

Art der Schulden 1)	Gesamtbetrag am 31.12.2010 -Euro-	davon mit einer Restzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2009 - Euro-	Mehr(+)/wenige r(-) -Euro-
		Mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr - Euro-	Mit einer Restlaufzeit von über 1 bis 5 Jahre -Euro-	Mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahre -Euro-		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden	3.691.207,52				3.457.392,37	233.815,15
1.1 Anleihen						
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	3.691.207,52	15.047,32	155.164,23	3.520.995,97	3.457.392,37	233.815,15
1.3 Liquiditätskredite						
1.4 sonstige Geldschulden						
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften						
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	69.711,11	69.711,11			69.825,65	-114,54
4. Transferverbindlichkeiten	152.946,71	62.255,29	90.691,42		62.196,45	90.750,26
5. Sonstige Verbindlichkeiten	64.184,57	64.184,57			237.637,86	-173.453,29
Schulden insgesamt	3.978.049,91	211.198,29	245.855,65	3.520.995,97	3.827.052,33	150.997,58

1) Gliederung richtet sich nach der Bilanz

Forderungsübersicht

gem. § 56 Abs. 2 GemHKVO

Art der Forderungen 1)	Gesamtbetrag am 31.12.2010 -Euro-	davon mit einer Restzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2009 -Euro-	Mehr(+)/ weniger(-) - Euro-
		Mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr - Euro-	Mit einer Restlaufzeit von über 1 bis 5 Jahre -Euro-	Mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahre -Euro-		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Öffentlich-rechtliche Forderungen	498.197,29	294.623,22	144.974,49	58.599,58	402.044,33	96.152,96
Forderungen aus Transferleistungen	104.563,58	13.872,16	67.723,36	22.968,06	83.041,11	21.522,47
Sonstige privatrechtliche Forderungen	60.226,41	60.226,41			57.917,24	2.309,17
Summe aller Forderungen	662.987,28	368.721,79	212.697,85	81.567,64	543.002,68	119.984,60

1) Gliederung richtet sich nach der Bilanz

**Nebenrechnung nach § 56 Abs. 4 GemHKVO
für die leitungsgebundene kostenrechnende Einrichtung Regenwasser**

I. Berechnung für 2010

	Abschreibungen	Aufwendungen auf die die Abschreibungen angerechnet werden = verwendete Abschreibungen	noch nicht verwendete Abschreibungen
	1	2	3
1 a) bisherige Abschreibungen aus Spalte 6 (= "bisherige Abschreibungen") des Musters 12 (=Anlagennachweise) zu § 39 Abs. 2 GemHVO	1.660.850,93 EUR		
1 b) bisherige Abschreibungen (1a)) soweit sie im jeweiligen Jahr **) erwirtschaftet wurden. Erwirtschaftet sind die Abschreibungen in dem Umfang, wie die Einnahmen die Kosten der Einrichtung decken.	440.069,19 EUR		
2 a) bisherige Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen, für die keine Beiträge und Zuweisungen gezahlt worden sind		2.711.044,95 EUR	
2 b) bisherige Tilgungen von - spezielle Darlehen Krediten für diese Einrichtung - allg. Darlehen		210.742,01 EUR 592.881,00 EUR	
2 c) bisherige Anteile für die Refinanzierung allgemeiner Deckungsmittel (= Darlehen der Gemeinde) abzüglich Einnahmeüberschüsse aus Vorjahren		2.796.808,06 EUR -256.200,55 EUR	
Summe Spalte 2		6.055.275,47 EUR	
3 bisher nicht verwendete Abschreibungen = Ergebnis der Nebenrechnung 2010	440.069,19 EUR	6.055.275,47 EUR	-5.615.206,28 EUR

**Nebenrechnung nach § 56 Abs. 4 GemHKVO
für die leitungsgebundene kostenrechnende Einrichtung Schmutzwasser**

I. Berechnung für 2010

	Abschreibungen	Aufwendungen auf die die Abschreibungen angerechnet werden = verwendete Abschreibungen	noch nicht verwendete Abschreibungen
	1	2	3
1 a) bisherige Abschreibungen aus Spalte 6 (= "bisherige Abschreibungen") des Musters 12 (=Anlagennachweise) zu § 39 Abs. 2 GemHVO	12.610.540,31 EUR		
1 b) bisherige Abschreibungen (1a)) soweit sie im jeweiligen Jahr erwirtschaftet wurden. Erwirtschaftet sind die Abschreibungen in dem Umfang, wie die Einnahmen die Kosten der Einrichtung decken.	12.795.291,06 EUR		
2 a) bisherige Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen, für die keine Beiträge und Zuweisungen gezahlt worden sind		3.700.866,57 EUR	
2 b) bisherige Tilgungen von - spezielle Darlehen Krediten für diese Einrichtung - allg. Darlehen		3.703.550,68 EUR 2.316.771,76 EUR	
2 c) bisherige Anteile für die Refinanzierung allgemeiner Deckungsmittel (= Darlehen der Gemeinde) abzüglich Einnahmeüberschüsse aus Vorjahren		4.668.016,99 EUR -1.518.970,25 EUR	
Summe Spalte 2		12.870.235,75 EUR	
3 bisher nicht verwendete Abschreibungen = Ergebnis der Nebenrechnung 2010	12.795.291,06 EUR	12.870.235,75 EUR	-74.944,69 EUR



Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2010 der Gemeinde Rastede

Rechnungsprüfungsamt
Landkreis Ammerland



Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	- 5 -
1. Grundlagen der Prüfung des Jahresabschlusses	- 6 -
1.1 Prüfungsauftrag	- 6 -
1.2 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	- 6 -
1.3 Jahresabschluss des Vorjahres	- 7 -
1.3.1 Entlastung des Vorjahres	- 7 -
1.3.2 Ergebnisverwendung	- 7 -
1.3.3 Erledigung früherer Prüfungsbemerkungen	- 8 -
1.4 Grundlagen der Haushaltswirtschaft.....	- 8 -
1.4.1 Haushaltssatzung / Nachtragssatzung / Genehmigung	- 9 -
1.4.2 Vorläufige Haushaltsführung	- 9 -
1.4.3 Haushaltsplan.....	- 9 -
1.4.4 Ergebnisplan / Finanzplan / Investitionsprogramm.....	- 10 -
1.4.5 Verpflichtungsermächtigungen	- 10 -
1.4.6 Ausführung des Haushaltsplans.....	- 11 -
1.4.7 Liquidität einschließlich Liquiditätskredite.....	- 13 -
1.4.8 Investitionskredite / Schuldenmanagement.....	- 13 -
1.4.9 Haushaltssicherungskonzept.....	- 13 -
1.4.10 Stellenplan.....	- 13 -
2. Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens	- 14 -
2.1 Allgemeines	- 14 -
2.2 Buchführung	- 14 -
2.3 Anordnungs- und Belegwesen.....	- 15 -
2.4 Kassenwesen	- 16 -
2.5 Internes Kontrollsystem	- 16 -
2.6 Systemprüfungen.....	- 16 -
3. Prüfung des Jahresabschlusses	- 18 -
3.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses	- 18 -
3.2 Aktivseite der Bilanz.....	- 19 -
3.3 Passivseite der Bilanz.....	- 22 -
3.4 Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre (§ 54 Abs. 5 GemHKVO)	- 25 -
3.4.1 Haushaltsreste.....	- 25 -
3.4.2 Bürgschaften	- 25 -
3.4.3 Gewährleistungsverträge.....	- 25 -

3.4.4	In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen.....	- 25 -
3.4.5	Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften.....	- 25 -
3.4.6	Gestundete Beträge	- 25 -
3.5	Ergebnisrechnung.....	- 26 -
3.5.1	Allgemeines	- 26 -
3.5.2	Jahresergebnis	- 26 -
3.5.3	Plan-Ist-Vergleich	- 27 -
3.5.4	Jahresvergleich	- 28 -
3.6	Finanzrechnung	- 29 -
3.6.1	Allgemeines	- 29 -
3.6.2	Finanzlage	- 29 -
3.6.3	Plan-Ist-Vergleich	- 30 -
3.6.4	Jahresvergleich	- 32 -
3.7	Anhang, Anlagen zum Anhang, Rechenschaftsbericht.....	- 33 -
3.7.1	Anhang	- 33 -
3.7.2	Anlagen zum Anhang	- 33 -
3.7.3	Rechenschaftsbericht	- 34 -
3.8	Kennzahlen zur Jahresabschluss-Analyse	- 35 -
3.8.1	Vermögensstruktur	- 35 -
3.8.2	Kapitalstruktur.....	- 36 -
3.8.3	Kennzahlen im Bereich der langfristigen Aktiva	- 36 -
3.8.4	Deckungsverhältnis	- 38 -
3.9	Gesamtbetrachtung des Jahresabschlusses	- 38 -
4.	Produkthaushalt, Steuerungsprozess	- 39 -
5.	Prüfung von Vergaben.....	- 39 -
6.	Prüfung der Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit....	- 40 -
6.1	Prüfung der Geschäftsbereiche Zentrale Gebäudewirtschaft sowie Bauen und Verkehr	- 40 -
7.	Wirtschaftliche Betätigung der Kommune	- 41 -
7.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	- 41 -
7.1.1	Prüfung der Residenzort Rastede GmbH.....	- 41 -
7.2	Beteiligungen	- 41 -
7.2.1	Prüfung der Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH	- 42 -
7.2.2	Prüfung der Sozialstation Rastede gGmbH.....	- 42 -
7.2.3	Prüfung der HUNO Verlag GmbH	- 42 -
7.2.4	Sonstige Beteiligungen.....	- 43 -

7.3	Sondervermögen	- 43 -
7.3.1	Prüfung des Bauhofs Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede	- 43 -
7.4	Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung	- 43 -
8.	Bestätigungsvermerk	- 44 -
9.	Kurzdarstellung der Prüfungsfeststellungen / -bemerkungen	- 46 -
10.	Anlagen	- 48 -
10.1	Bilanz zum 31.12.2010	- 48 -
10.2	Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2010 (Muster 11)	- 50 -
10.3	Finanzrechnung für das Haushaltsjahr 2010 (Muster 12)	- 51 -

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AHW	Anschaffungs- und Herstellungswert
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heißt
e. V.	eingetragener Verein
ff.	fortfolgend
fortg.	fortgeschrieben
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GemHKVO	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Gemeinden auf der Grundlage der kommunalen Doppik (Gemeindehaushalts- u. -kassenverordnung)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
IDR	Institut der Rechnungsprüfer
i. H. v.	in Höhe von
i. V. m.	in Verbindung mit
KDO	Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg
LSKN	Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen
Nds.	Niedersachsen
NGO	Niedersächsische Gemeindeordnung
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NKR	Neues Kommunales Rechnungswesen
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RdErl. d. MI	Runderlass des Nds. Ministeriums für Inneres und Sport
S.	Satz
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannten
u. a.	unter anderem
u. ä.	und ähnliches
v. g.	vorgenannt
VOB/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen
z. B.	zum Beispiel

1. Grundlagen der Prüfung des Jahresabschlusses

1.1 Prüfungsauftrag

Ab dem 01.01.2009 wird die Haushaltswirtschaft der Gemeinde Rastede nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung im Rechnungsstil der doppelten Buchführung auf der Grundlage der NGO / des NKomVG und der GemHKVO geführt (§ 82 Abs. 3 NGO bzw. § 110 Abs. 3 NKomVG).

Die Gemeinde Rastede hat gemäß § 100 Abs. 1 NGO (§ 128 NKomVG) für jedes Haushaltsjahr einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Die Prüfung des Jahresabschlusses obliegt nach geltender Rechtslage (§§ 119, 120 NGO bzw. §§ 155, 156 NKomVG) dem zuständigen Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Ammerland.

1.2 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand der Prüfung waren die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31.12.2010 in der Fassung vom 18.08.2014, einschließlich des Anhangs und der Pflichtanlagen gemäß § 100 Abs. 3 NGO (§ 128 Abs. 3 NKomVG). Darüber hinaus wurden die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, der sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen geprüft. Hinsichtlich des Rechenschaftsberichts haben wir auch geprüft, ob dieser mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gemeinde Rastede vermittelt und die zukünftigen Chancen und Risiken abbildet.

Der Jahresabschluss wurde in der Zeit vom 08.04.2015 bis 26.05.2015 (mit Unterbrechung) von den Prüferinnen Frau Hempel und Frau Heimerich geprüft. In 2012 erfolgten Vorprüfungen bereits fertig gestellter Teilbereiche der Jahre 2009 und 2010.

Als Prüfungsunterlagen dienten die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, die Bestätigungen der Kreditinstitute sowie die Akten und das Schriftgut der Gemeinde Rastede. Des Weiteren wurde die Prüfungsmitteilung der überörtlichen Kommunalprüfung durch den Landesrechnungshof vom 12.07.2012 herangezogen.

Alle erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind von den einzelnen Fachbereichen bereitwillig erbracht worden.

Die Prüfung des Jahresabschlusses gem. §§ 119, 120 NGO (§§ 155, 156 NKomVG) wurde unter ergänzender Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes in Anlehnung an die vom IDR verabschiedeten Grundsätze vorgenommen. Die Prüfungshandlungen wurden unter Beachtung der Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit in Anwendung des § 120 Abs. 1 NGO (§ 156 Abs. 1 NKomVG) und im Hinblick auf den zeitlichen Verzug auf den Umfang beschränkt, der nach pflichtgemäßem Ermessen notwendig und angemessen ist, um relevante Sachverhalte beurteilen und die im Rahmen des gesetzlichen Prüfauftrages erforderlichen Feststellungen treffen zu können.

Demzufolge war die Prüfung des Jahresabschlusses so zu planen und durchzuführen, dass eine hinreichend sichere Beurteilung darüber abgegeben werden kann, ob der Jahresabschluss rechtskonform und frei von wesentlichen Fehlaussagen ist.

Davon ausgehend haben wir uns zunächst einen aktuellen Überblick über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Verwaltung der Gemeinde Rastede verschafft und uns mit den Risiken befasst, die zu wesentlichen Fehlern im Verwaltungshandeln bzw. in der Rechnungslegung führen können. Zudem haben wir untersucht, welche Maßnahmen die Verwaltung ergriffen hat, um diese Risiken zu bewältigen. In diesem Zusammenhang wurde auch eine grundsätzliche Einschätzung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems durchgeführt. Darauf aufbauend haben wir sowohl analytische Prüfungshandlungen als auch Einzelfallprüfungen nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete in ausgewählten Stichproben vorgenommen.

Im Rahmen der Prüfung wurde als Sachbereichsprüfung auch die Prüfung der in 2010 abgeschlossenen Baumaßnahmen durchgeführt. Damit umfasste die Jahresabschlussprüfung neben der Prüfung der Buchführung und des Jahresabschlusses auch die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns.

Über das Ergebnis der Prüfungen unterrichtet dieser Prüfungsbericht. Prüfungsbemerkungen von untergeordneter Bedeutung und solche, die während des Prüfungszeitraumes ausgeräumt wurden, sind nicht Inhalt dieses Berichts. In diesen Fällen wurden die Einzelheiten mit den zuständigen Mitarbeitern der Gemeinde Rastede besprochen.

1.3 Jahresabschluss des Vorjahres

Der Jahresabschluss des Vorjahres wurde zum ersten Mal auf den Grundlagen der doppelten Rechnungslegung erstellt.

1.3.1 Entlastung des Vorjahres

Über den Jahresabschluss mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 20.03.2015 für das Haushaltsjahr 2009 wurde noch nicht beschlossen. Entsprechend wurde dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2009 noch keine Entlastung erteilt.

Seitens der Gemeinde ist beabsichtigt, den Beschluss über den Jahresabschluss 2009 im Rahmen der Ratssitzung am 15.12.2015 zu fassen. Somit wurde das Haushaltsjahr 2009 zum Prüfungszeitpunkt noch nicht ordnungsgemäß zum Abschluss gebracht.

1.3.2 Ergebnisverwendung

Das Jahresergebnis 2009 i. H. v. 2.674.083,21 EUR setzt sich zusammen aus den Jahresüberschüssen des ordentlichen Ergebnisses i. H. v. 2.640.557,60 EUR und des außerordentlichen Ergebnisses i. H. v. 33.525,61 EUR. Der Beschluss des Rates über die Verwendung des Jahresergebnisses 2009 steht derzeit noch aus.

In der Bilanz 2009 wird das Jahresergebnis um 45.102,40 EUR geringer ausgewiesen als in der Ergebnisrechnung, da bereits eine Verbuchung zu den Sonderposten für den Gebührenaussgleich vorgenommen wurde.

1.3.3 Erledigung früherer Prüfungsbemerkungen

Im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 der Gemeinde Rastede vom 20.03.2015 waren die folgenden zehn Prüfungsfeststellungen aufgeführt:

01, 06	Das Vorratsvermögen wird um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen. Grund hierfür sind öffentliche Flächen, die im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz sowohl beim Vorratsvermögen als auch im Sachanlagevermögen erfasst wurden. Durch die doppelte Erfassung von Flächen im Anlage- sowie im Vorratsvermögen wird das Basis-Reinvermögen um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen.
02	Vermögensabgänge im Vorratsvermögen wurden fehlerhaft gebucht. Als Folge hieraus wird das Vorratsvermögen i. H. v. 633.727,79 EUR zu gering ausgewiesen. In gleicher Höhe ergeben sich auch Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2009.
03	Die Abgrenzung aktivierungsfähiger Investitionsmaßnahmen von Unterhaltungsmaßnahmen wurde bei der Gemeinde Rastede nicht vollumfänglich entsprechend der Bilanzierungsgrundsätze nach § 45 Abs. 3 GemHKVO vorgenommen.
04, 07	Der gemeindliche Anteil des „Osterlohfonds“, bestehend aus einem Girokonto und Wertpapieren (insgesamt 106.163,10 EUR), ist bilanziell auf der Aktivseite auszuweisen; gleichzeitig ist dieser Anteil auf der Passivseite als zweckgebundene Rücklage zu passivieren.
05, 08	Die kreditorischen Debitoren (z. B. Überzahlungen von Schuldnern der Gemeinde) wurden nicht zu den Verbindlichkeiten umgegliedert. Ebenso wurden die debitorischen Kreditoren (z. B. Überzahlungen an Gläubiger der Gemeinde) nicht zu den Forderungen umgegliedert. Hierbei handelt es sich um einen Verstoß gegen das Verrechnungsverbot gemäß § 42 Abs. 2 GemHKVO.
09, 10	Die Gemeinde Rastede weist in der Ergebnis- und Finanzrechnung in Spalte 4 „Ansatz Haushaltsjahr“ nur die ursprünglichen Haushaltsansätze des Haushaltsplans und nicht die fortgeschriebenen Haushaltsansätze aus.

Die Prüfungsfeststellungen der Textziffern 01 – 10 wirken sich aufgrund der parallelen Erstellung der Jahresabschlüsse 2009 und 2010 auch auf das Jahr 2010 aus und werden daher erneut in diesem Prüfungsbericht aufgeführt.

1.4 Grundlagen der Haushaltswirtschaft

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan mit seinen Bestandteilen Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Teilhaushalte, Stellenplan und den Anlagen zum Haushaltsplan stellen die Grundlage der Haushaltswirtschaft dar.

1.4.1 Haushaltssatzung / Nachtragssatzung / Genehmigung

Die Haushaltssatzung ist auf der Grundlage des § 84 NGO (§ 112 NKomVG) erstellt worden. Die mit RdErl. d. MI vom 04.12.2006 aus Gründen der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der kommunalen Haushalte für verbindlich erklärten Haushaltsmuster sind für den Haushalt einschließlich aller Nachträge anzuwenden. Diese wurden von der Gemeinde Rastede angewandt.

Gemäß § 86 Abs. 1 NGO (§ 114 Abs. 1 NKomVG) soll die Haushaltssatzung der Aufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorgelegt werden.

Da die Haushaltssatzung des Haushaltsplans 2010 erst am 02.03.2010 vom Rat beschlossen wurde, konnte die Vorlage bei der Aufsichtsbehörde erst verspätet zum 10.03.2010 erfolgen.

Der Landkreis Ammerland als Kommunalaufsichtsbehörde hat die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2010 am 30.04.2010 mit Einschränkungen genehmigt. Die festgesetzte Kreditermächtigung i. H. v. 5.100.000,00 EUR wurde bezüglich eines Betrages i. H. v. 49.482,00 EUR nicht anerkannt. Die öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt erfolgte am 14.05.2010 und die öffentliche Auslegung in der Zeit vom 17.05.2010 bis 25.05.2010.

Mit Ausnahme der verspäteten Vorlage der Haushaltssatzung 2010 wurden die Bestimmungen zur Genehmigung der Haushaltssatzung einschließlich der Bestimmungen zur öffentlichen Bekanntmachung und Auslegung beachtet.

1.4.2 Vorläufige Haushaltsführung

Aufgrund der zu Beginn des Jahres 2010 noch nicht rechtskräftigen Haushaltssatzung waren die Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 88 NGO (§ 116 NKomVG) zu beachten. Wesentliche Verstöße hiergegen wurden nicht festgestellt. Die vorläufige Haushaltsführung endete am 25.05.2010.

1.4.3 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan ist auf der Grundlage des § 85 NGO (§ 113 NKomVG) i. V. m. § 1 GemHKVO aufgestellt worden. Der Haushaltsplan wurde in einen Ergebnishaushalt und einen Finanzhaushalt gegliedert und darüber hinaus noch in Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalte untergliedert. Die mit RdErl. d. MI vom 04.12.2006 aus Gründen der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der kommunalen Haushalte für verbindlich erklärten Haushaltsmuster wurden für den Haushalt 2010 grundsätzlich verwandt.

Die in § 1 Abs. 1 GemHKVO aufgeführten Bestandteile des Haushaltsplans einschließlich der Anlagen lagen für den Haushalt 2010 größtenteils vor. Für den Beteiligungsbericht war ein zukünftiger Optimierungsbedarf bezüglich der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung festzustellen. Auf die Ausführungen im Begleitschreiben der Kommunalaufsicht zur Haushaltsgenehmigung 2012 vom 01.06.2012 wird verwiesen.

Nennenswerte Abweichungen bei den verbindlich vorgeschriebenen Mustern bestanden u. a. wie folgt:

- Muster 6: Die Darstellung des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses ist nicht korrekt. Auf das Prüfungsergebnis der überörtlichen Prüfung des Landesrechnungshofes mit Prüfbericht vom 12.07.2012 wird verwiesen.
- Muster 8: Teil A zu Muster 8 war nicht vorhanden.

Die Aufstellung des Haushalts erfolgte auf der Grundlage der organisatorischen Struktur der Gemeindeverwaltung. Dies führte zur Bildung von insgesamt 14 Teilhaushalten und 42 Budgets, welche die übergeordneten Aufgabenbereiche der Gemeinde abbilden. Diesen Aufgabenbereichen, die der Verwaltungsgliederung entsprechen, wurden die jeweiligen Produkte zugeordnet.

Die Bildung von Budgets erfolgte durch Haushaltsvermerk gemäß § 4 Abs. 3 GemHKVO.

Der Haushaltsausgleich gemäß § 82 Abs. 4 NGO (§ 110 Abs. 4 NKomVG) war in der Planung für den ordentlichen sowie den außerordentlichen Haushalt gegeben.

1.4.4 Ergebnisplan / Finanzplan / Investitionsprogramm

Nach § 90 Abs. 1 NGO (§ 118 Abs. 1 NKomVG) hat die Gemeinde Rastede ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung zugrunde zu legen. Als Grundlage hierfür ist nach § 90 Abs. 3 NGO (§ 118 Abs. 3 NKomVG) ein Investitionsprogramm aufzustellen.

Gem. § 90 Abs. 5 NGO (§ 118 Abs. 5 NKomVG) ist der Ergebnis- und Finanzplan dem Rat mit dem Entwurf zur Haushaltssatzung vorzulegen; das Investitionsprogramm dagegen ist gem. § 40 Abs. 1 Nr. 8 NGO (§ 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG) vom Rat zu beschließen.

Der Ergebnis- und der Finanzplan, als Teile des Haushaltsplans, umfassen gemäß § 90 Abs. 1 und 3 NGO (§ 118 Abs. 1 und 3 NKomVG) üblicherweise 5 Planungsjahre, somit für das Haushaltsjahr 2010 die Planungsjahre 2009 bis 2013. Diese lagen auch vor.

Der Rat der Gemeinde Rastede hat am 02.03.2010 das Investitionsprogramm beschlossen sowie die Fortschreibung des Ergebnis- und Finanzplans zur Kenntnis genommen.

1.4.5 Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen wurden für das Jahr 2010 gemäß § 3 der Haushaltssatzung nicht festgesetzt.

1.4.6 Ausführung des Haushaltsplans

Ergebnishaushalt / -rechnung	Ausführung 2010	Planansatz 2010	Differenz 2010 mehr (+)/weniger (-)
	€	€	€
ordentliche Erträge	27.943.532,83	23.953.212,00	+3.990.320,83
ordentliche Aufwendungen	-24.285.296,77	-23.548.039,00	-737.257,77
ordentliches Ergebnis	3.658.236,06	405.173,00	+3.253.063,06
außerordentliche Erträge	165.363,93	0,00	+165.363,93
außerordentliche Aufwendungen	-357.893,42	0,00	-357.893,42
außerordentliches Ergebnis	-192.529,49	0,00	-192.529,49
Jahresergebnis	3.465.706,57	405.173,00	+3.060.533,57

Der Haushaltsausgleich gemäß § 82 Abs. 4 NGO (§ 110 Abs. 4 NKomVG) i. V. m. § 24 GemHKVO war für das Ergebnis des ordentlichen Haushalts 2010 mit einem Überschuss i. H. v. 3.658.236,06 EUR gegeben. Der außerordentliche Haushalt ist im Ergebnis jedoch nicht ausgeglichen und schließt mit einem Fehlbetrag i. H. v. **-192.529,49 EUR** ab. Eine Deckung kann aus der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen und ordentlichen Ergebnisses gemäß § 24 Abs. 3 S. 2 GemHKVO erfolgen, wenn entsprechend über die Verwendung des Vorjahresergebnisses beschlossen wird, so dass gemäß der Regelung des § 82 Abs. 5 NGO (§ 110 Abs. 5 NKomVG) der Haushalt als ausgeglichen gilt.

Finanzhaushalt / -rechnung	Ausführung 2010	Planansatz 2010	Differenz 2010 mehr (+)/weniger (-)
	€	€	€
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	24.909.960,90	21.711.628,00	+3.198.332,90
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-21.461.784,59	-21.339.182,00	-122.602,59
Saldo	3.448.176,31	372.446,00	+3.075.730,31
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	4.948.491,70	3.932.435,00	+1.016.056,70
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-6.496.732,50	-8.995.399,00	+2.498.666,50
Saldo	-1.548.240,80	-5.062.964,00	+3.514.723,20
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	474.100,00	5.100.000,00	-4.625.900,00
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-240.284,85	-360.000,00	+119.715,15
Saldo	233.815,15	4.740.000,00	-4.506.184,85
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	2.895.635,52	---	---
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	-3.463.492,07	---	---
Saldo	-567.856,55	---	---
<i>Nachrichtlich: Endbestand an Zahlungsmitteln</i>	5.453.853,89*	0,00	+5.453.853,89

* Der in der Finanzrechnung ausgewiesene Endbestand i. H. v. 5.453.853,89 EUR entspricht dem Bestand des Tagesabschlusses zum 31.12.2010 und stimmt nicht mit der Bilanzposition „4. Liquide Mittel“ (5.461.032,39 EUR) überein. Auf die Ausführung unter Gliederungspunkt 3.6.2 wird verwiesen.

Gemäß § 82 Abs. 4 NGO (§ 110 Abs. 4 NKomVG) sind, neben dem Haushaltsausgleich in Planung und Rechnung, die Liquidität der Gemeinde sowie die Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sicherzustellen. Aufgrund der Umstellung auf die doppelte Haushaltsführung ergeben sich sowohl in der Planung als auch in der Ausführung noch Ungenauigkeiten. Zu beanstandende Sachverhalte wurden im Rahmen der Prüfung jedoch nicht festgestellt. Nach den von hier vorgenommenen Prüfungen konnte festgestellt werden, dass die Gemeinde Rastede die Anforderungen an die Liquidität sichergestellt hat.

Im Haushaltsjahr 2010 notwendig gewordene über- oder außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen wurden bereits unterjährig gem. § 89 NGO (§ 117 NKomVG) vom Rat genehmigt bzw. dem Rat mitgeteilt. Weitere mitteilungs- bzw. genehmigungspflichtige über- oder außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind nicht entstanden.

1.4.7 Liquidität einschließlich Liquiditätskredite

Die Liquiditätslage der Gemeinde Rastede ist geordnet. Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2010 Liquiditätskredite in Anspruch genommen werden durften, wurde gemäß § 4 der Haushaltssatzung auf 1.500.000,00 EUR festgesetzt. Zum 31.12.2010 bestanden bei der Gemeinde Rastede keine Liquiditätskredite.

1.4.8 Investitionskredite / Schuldenmanagement

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde gemäß § 2 der Haushaltssatzung auf 5.100.000,00 EUR festgesetzt. Die Genehmigung des Landkreises wurde, wie bereits unter dem Gliederungspunkt 1.4.1 dargelegt, erteilt, jedoch nur bis zu einem Gesamtbetrag von 5.050.518,00 EUR. Aus dem Jahr 2009 sind keine Kreditermächtigungen übertragen worden.

Im Jahr 2010 wurden zehn Kredite bei der Kreisschulbaukasse von insgesamt 474.100,00 EUR aufgenommen. Eine Übertragung von Kreditermächtigungen in das Jahr 2011 war nicht erforderlich.

1.4.9 Haushaltssicherungskonzept

Gemäß der Haushaltssatzung sowie dem Gesamtergebnisplan und Gesamtfinanzplan sind sowohl der Ergebnishaushalt 2010 als auch die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bis 2013 ausgeglichen, so dass die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes gemäß § 82 Abs. 6 NGO (§ 110 Abs. 6 NKomVG) nicht erforderlich war.

1.4.10 Stellenplan

Im Vorjahr waren insgesamt 192 Planstellen zu verzeichnen. Im Stellenplan des Haushalts 2010 der Gemeinde Rastede sind insgesamt 193 Planstellen enthalten. Hiervon entfallen 9 Stellen auf Beamte und 184 Stellen auf Beschäftigte.

Das nach § 75 Abs. 1 Nr. 8 Nds. Personalvertretungsgesetz erforderliche Benehmen zum Stellenplan 2010 wurde mit dem Personalrat hergestellt.

Der Landkreis Ammerland hat den Stellenplan nicht beanstandet.

2. Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens

2.1 Allgemeines

Die Haushaltswirtschaft der Gemeinde Rastede wird seit dem 01.01.2009 nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung im Rechnungsstil der doppelten Buchführung auf der Grundlage der NGO (NKGVG) und der GemHKVO geführt (§ 82 Abs. 3 NGO bzw. § 110 Abs. 3 NKGVG).

Die zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Erledigung der Zahlungsanweisung, der Buchführung und der Zahlungsabwicklung erforderliche Dienstanweisung gemäß § 41 Abs. 1 GemHKVO wurde durch den Bürgermeister zum 05.11.2011 erlassen (Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung und Gemeindekasse der Gemeinde Rastede). Diese Dienstanweisung enthält die Mindestregelungen gemäß § 41 Abs. 2 GemHKVO.

Bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorstehenden Dienstanweisung fanden die in der kameralen Haushaltswirtschaft geltenden Dienstanweisungen weiterhin Anwendung. Auswirkungen auf die Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens ergaben sich im geprüften Haushaltsjahr 2010 nicht.

2.2 Buchführung

Das Rechnungswesen umfasst die Finanzbuchführung, inklusive einer Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung, sowie die Anlagenbuchhaltung.

Die Gemeinde Rastede verwendet für das Haushalts- und Rechnungswesen auf doppischer Basis die Software „KDO doppik&more“ auf Grundlage der mySAP ERP-Technologie, welche über die KDO bereitgestellt wird. In 2010 war die Geschäftsbuchhaltung zentral eingerichtet. Seit 2012 besteht eine dezentrale Buchhaltung. Die Vorkontierung wird dabei in den einzelnen Geschäftsbereichen vorgenommen, die Endkontierung und Anordnung der Geschäftsvorfälle erfolgt weiterhin zentral in der Kämmererei.

Für die vorhandenen Konten wurde gemäß § 35 Abs. 4 GemHKVO ein Kontenplan eingerichtet. Dieser Kontenplan wurde auf der Grundlage des vom LSKN bekannt gegebenen Musters gegliedert und hinsichtlich der besonderen Erfordernisse der Gemeinde weiter differenziert.

Der verbindliche Produktrahmen und auch der Kontenrahmen einschließlich der zugehörigen Zuordnungsvorschriften wurden bis auf wenige Ausnahmen (u. a. Verrechnungskonten) eingehalten.

Die Buchführung und das Belegwesen sind nach unseren Feststellungen ordnungsgemäß und entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen zu entnehmenden Informationen sind ebenfalls ordnungsgemäß in der Buchführung und dem Jahresabschluss berücksichtigt worden.

Die Gemeinde Rastede schließt aus technischen Gründen das Buchungsjahr bereits zum 31.01. des jeweiligen Folgejahres ab. Dadurch werden Erkenntnisse, die das bereits abgeschlossene Haushaltsjahr betreffen aber der Gemeinde noch bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt werden, nicht vollumfänglich berücksichtigt. Das Wertaufhellungsprinzip gem. § 44 Abs. 4 S. 2 GemHKVO wird damit nicht hinreichend

beachtet. Sollten aufgrund dieser Vorgehensweise wesentliche Vorgänge nach dem 31.01. des jeweiligen Folgejahres nicht berücksichtigt werden, sind diese von der Gemeinde Rastede im Lagebericht darzustellen.

Die Einrichtung eines neuen Nutzers für die vorstehende Finanzsoftware erfolgt ausschließlich durch die KDO. Die Benutzerberechtigungen werden aktuell durch den Administrator und den Kassenaufsichtsbeamten der Gemeinde Rastede vergeben. Die Vergabe von Berechtigungen erfolgt gemäß § 24 der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung und Gemeindekasse der Gemeinde Rastede vom 05.11.2012 nur auf Anweisung des Kassenaufsichtsbeamten. Gemäß § 1 der Dienstanweisung nimmt die Kassenaufsicht der Fachbereichsleiter für Haushalt und Finanzen wahr.

Hinweis

Das Verfahren der Gemeinde Rastede zur Erteilung von Berechtigungen für die Finanzsoftware ist aus Sicht des RPA risikobehaftet. Die Erteilung von Berechtigungen wird vom Fachbereich für Haushalt und Finanzen vorgenommen. Nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes ist aus Sicherheitsgründen die Berechtigungsverwaltung vom Fachbereich für Haushalt und Finanzen organisatorisch zu trennen.

Eine vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport akzeptierte Softwarebescheinigung zur Bestätigung der Ordnungsmäßigkeit und Sicherheit für die eingesetzte rechnungslegungsbezogene Software liegt, bezogen auf das niedersächsische NKR, vor. Eine Freigabe der Software gem. § 35 Abs. 5 GemHKVO ist formell erfüllt.

Bei der Prüfung wurden keine weiteren Sachverhalte festgestellt, die gegen eine Eignung der von der Gemeinde Rastede getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen zur Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT- Systeme sprechen. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ist nach unseren Feststellungen grundsätzlich dazu geeignet, die vollständige und richtige Erfassung, Verarbeitung, Dokumentation und Sicherung der Geschäftsvorfälle zu gewährleisten.

2.3 Anordnungs- und Belegwesen

Das Anordnungs- und Belegwesen wurde stichprobenweise bezüglich der Einhaltung der haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie der Beachtung allgemeiner Wirtschaftlichkeitsgrundsätze geprüft. Im Rahmen der Prüfung der Anlagenbuchhaltung wurde die Verbuchung in Bezug auf die Übereinstimmung mit den angeordneten Beträgen abgeglichen sowie die ordnungsgemäße Belegablage gesichtet. Festgestellt wurde, dass die Buchungen ausreichend begründet und belegt waren. Auch waren keine Anhaltspunkte dafür erkennbar, dass den Bescheinigungen der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit auf den zahlungsbegründenden Unterlagen nicht die erforderliche Prüfung vorausgegangen war.

Die Prüfung der korrekten Beibuchung der Sachkonten einschließlich der periodengerechten Zuordnung wurde mittels Plausibilitäts- und Einzelprüfungen vorgenommen. Soweit Feststellungen zu treffen waren, sind diese unter den nachstehenden Gliederungspunkten erläutert.

2.4 Kassenwesen

Dem RPA obliegt gemäß § 119 Abs. 1 NGO (§ 155 Abs. 1 NKomVG) u. a. die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses und die dauernde Überwachung der Kassen sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen, unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht nach § 98 Abs. 5 NGO (§ 126 Abs. 5 NKomVG).

Die erforderlichen Prüfungen durch das RPA wurden lediglich im Jahr 2010 nicht durchgeführt. Ab dem Jahr 2011 erfolgten wieder jährlich unvermutete Kassenprüfungen.

Neben der Prüfung der Gemeindekasse sind weitere Prüfungen unterschiedlicher Intensität bei den insgesamt 19 Nebenkassen durchzuführen. Im Rahmen der Fachaufsicht sind die Nebenkassen mindestens einmal jährlich unvermutet zu prüfen.

Der Landesrechnungshof hat in seinem Bericht vom 12.07.2012 festgestellt, dass in 2010 keine unvermuteten Kassenprüfungen durch den Kassenaufsichtsbeamten durchgeführt worden sind und somit gegen § 40 Abs. 7 GemHKVO verstoßen worden ist. Gemäß dieser Vorschrift ist die Zahlungsabwicklung mindestens einmal jährlich unvermutet zu prüfen.

2.5 Internes Kontrollsystem

Ein angemessenes, der Größe der Verwaltung entsprechendes, rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem ist eingerichtet. Dieses ist grundsätzlich dazu geeignet, die vollständige und richtige Erfassung, Verarbeitung, Dokumentation und Sicherung der Geschäftsvorfälle zu gewährleisten.

Ein zentrales Vertragsregister über alle wesentlichen Verträge der Gemeinde sowie ein Prozessregister werden derzeit nicht geführt. Das RPA empfiehlt, entsprechende Register einzuführen.

Derzeit obliegen die Ausführung von Verträgen und auch die Überwachung der Einhaltung den jeweiligen Geschäftsbereichen der Gemeinde.

2.6 Systemprüfungen

Die Gemeinde Rastede verwendet für das Haushalts- und Rechnungswesen auf doppischer Basis die Software KDO doppik&more von der KDO auf der Basis der mySAP ERP-Technologie.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2010 sind Einstellungen in KDO doppik&more aufgefallen, die sich teilweise und nur geringfügig auf das Ergebnis auswirken:

- Abschreibungsbeträge werden auf den nächsten vollen Euro gerundet. Hierbei handelt es sich um eine Grundeinstellung in der Finanzsoftware, die auch von der KDO nicht geändert werden kann.
- Durch nachträgliche Änderungen von Produktzuordnungen stimmen die Summen der Teilergebnis- und -finanzrechnungen nicht mit den Beträgen der Gesamtergebnis- und -finanzrechnung überein. Kritisch wird seitens des RPA betrachtet, dass sich aus späteren Änderungen rückwirkend Abweichungen in den

bereits abgeschlossenen Wirtschaftsjahren ergeben. Die Gesamtergebnis- und -finanzrechnung werden jedoch richtig dargestellt. Ab dem Jahr 2011 wirken sich nachträgliche Veränderungen durch veränderte Softwareorganisation nicht mehr auf die Teilergebnisrechnungen und Teilfinanzrechnungen aus.

- Aufgrund einer fehlerhaften Programmierung in der Finanzsoftware weisen einzelne Zeilen der Spalte 5 der Ergebnisrechnung „Rundungsdifferenzen“ aus. Die fehlerhafte Einstellung wurde seitens der KDO behoben. Ab 2011 erfolgt eine korrekte Darstellung.

Eine Freigabe der Software gemäß § 35 Abs. 5 GemHKVO ist, wie bereits unter Gliederungspunkt 2.2 dargelegt, erfolgt. Die interne Freigabe der Software ist gemäß § 24 der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung und Gemeindekasse der Gemeinde Rastede am 26.03.2009 erfolgt.

3. Prüfung des Jahresabschlusses

3.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss ist nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufzustellen und soll ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage vermitteln. Er besteht nach § 100 Abs. 2 NGO (§ 128 Abs. 2 NKomVG) aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, der Bilanz und einem Anhang. Gemäß § 100 Abs. 3 NGO (§ 128 Abs. 3 NKomVG) sind dem Anhang ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagen-, Schulden- und Forderungsübersicht sowie eine Übersicht über die in das Folgejahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beizufügen.

Die für den Jahresabschluss vorgeschriebenen Bestandteile und Anlagen liegen in der erforderlichen Form weitestgehend vollständig vor. Die mit RdErl. d. MI vom 04.12.2006 für verbindlich erklärten Haushaltsmuster wurden grundsätzlich verwandt, teilweise aber in abgeänderter Form.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass der Jahresabschluss aufgrund der Zeitverzögerung bei der Erstellung der ersten Eröffnungsbilanz nicht fristgerecht zum 31.03.2011 (vgl. § 101 Abs. 1 NGO bzw. § 129 Abs. 1 NKomVG) aufgestellt werden konnte.

Die Ergebnis- und die Finanzrechnung sowie die Bilanz wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren Unterlagen abgeleitet. Soweit Prüfungsfeststellungen zu treffen waren, sind diese in den folgenden Abschnitten dargestellt.

Die Rechenschaftslegung in Bezug auf die Ertrags- und Finanzlage erfolgte auf der Ebene der Budgets (Teilhaushalte) mittels Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen und entspricht den gesetzlichen Anforderungen des § 57 GemHKVO.

Der Bürgermeister hat mit Vollständigkeitserklärung vom 18.08.2014 die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses gemäß § 101 Abs. 1 NGO (§ 129 Abs. 1 NKomVG) festgestellt.

3.2 Aktivseite der Bilanz

Prüfungsschwerpunkte zur Aktivseite der Bilanz waren die Vollständigkeit der aktivischen Bilanzpositionen bzw. die korrekte Fortschreibung der Bilanzpositionen aus der Eröffnungsbilanz. Die periodengerechte Zuordnung der Geschäftsvorfälle und die Rechnungsabgrenzung waren weitere Prüfungsschwerpunkte. Auf eine detaillierte Darstellung der einzelnen Positionen der Aktivseite der Bilanz wurde wegen des zeitlichen Abstands zum Jahresabschluss 2010 verzichtet.

Bilanz- position	Bezeichnung	Ergebnis zum 31.12.2010	Ergebnis zum 31.12.2009
		€	€
1.	Immaterielle Vermögensgegenstände	1.422.212,94	1.012.509,00
2.	Sachvermögen	94.402.170,25	92.332.947,50
3.	Finanzvermögen	3.157.010,90	2.692.765,46
4.	Liquide Mittel	5.461.032,39	3.847.913,91
5.	Aktive Rechnungsabgrenzung	144.916,04	146.464,95
	Bilanzsumme Aktiva	104.587.342,52	100.032.600,82

Im Rahmen der Prüfung des Sachvermögens, als größte Bilanzposition der Aktivseite, wurde u. a. das unter der Bilanzposition 2.8 zu bilanzierende Vorratsvermögen näher betrachtet. An dieser Stelle werden bei der Gemeinde Rastede Grundstücke bilanziert, die veräußert werden sollen. Festgestellt wurde, dass das Vorratsvermögen u. a. auch öffentliche Flächen beinhaltet. Die Gemeinde Rastede wird ab dem Jahresabschluss 2011 diese öffentlichen Flächen unter den richtigen Bilanzpositionen erfassen. Dadurch werden nur die tatsächlich zum Verkauf stehenden Grundstücke im Vorratsvermögen ausgewiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass nach dem niedersächsischen Kontenrahmen zum Verkauf vorgesehene Grundstücke unter der Bilanzposition „2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte“ zu bilanzieren sind. Aus Sicht des RPA des Landkreises Ammerland ist die Vorgehensweise vertretbar und spiegelt die Absicht der Gemeinde Rastede wider, diese Grundstücke nicht dauerhaft im Vermögen der Gemeinde zu belassen.

Insgesamt war festzustellen, dass im Jahresabschluss 2010 das Vermögen auf der Aktivseite der Bilanz weitgehend vollständig und richtig dargestellt wurde. Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr 2009 um 4.554.741,70 EUR erhöht.

Im Rahmen der Prüfung haben sich die nachfolgenden Feststellungen und Hinweise ergeben:

01 Feststellung zum Sachvermögen - Allgemein

Das Sachvermögen wird um 197.432,64 EUR zu gering ausgewiesen, da die in 2010 erbrachten Leistungen für bereits abgeschlossene Baumaßnahmen nicht aktiviert wurden. Aufgrund der Nichterfassung des o. g. Sachvermögens wurde gegen den Vollständigkeitsgrundsatz gem. § 42 Abs. 1 GemHKVO verstoßen.

Als Folge hieraus werden auch die Verbindlichkeiten auf der Passivseite in entsprechender Höhe zu gering ausgewiesen. Auf die Feststellung 10 unter Gliederungspunkt 3.3 wird verwiesen.

02 Feststellung zum Sachvermögen - Gebäude und Aufbauten

Die Abgrenzung aktivierungsfähiger Investitionsmaßnahmen von Unterhaltungsmaßnahmen wurde bei der Gemeinde Rastede nicht vollumfänglich entsprechend der Bilanzierungsgrundsätze nach § 45 Abs. 3 GemHKVO vorgenommen. Neben der unzulässigen Klassifizierung energetischer Unterhaltungsmaßnahmen als Investitionen hat die Gemeinde Rastede aufgrund einer Absprache zwischen dem Landkreis Ammerland und den kreisangehörigen Kommunen eine von den Grundsätzen abweichende Abgrenzungsmethode verwandt, die nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes rechtswidrig ist.

Als Folge hieraus werden Unterhaltungsmaßnahmen aktiviert, die rechtskonform ergebniswirksam im Aufwand zu buchen wären. Dadurch werden im Ergebnis die Bilanzpositionen des Sachvermögens zu hoch und die Aufwendungen in der Ergebnisrechnung zu gering ausgewiesen.

Im Rahmen unserer Stichprobe wurde festgestellt, dass in 2010 eine energetische Sanierung an der kooperativen Gesamtschule Wilhelmstraße i. H. v. 107.979,27 EUR als investiv angesehen wurde. Diese Sanierungsmaßnahme führte weder zu einer Verlängerung der Nutzungsdauer noch erfüllten sie den Ausnahmetatbestand gemäß § 45 Abs. 3 S. 4 GemHKVO. Die Aufwendungen dieser Maßnahme wären demnach ergebniswirksam zu verbuchen gewesen. Durch die Aktivierung erfolgte eine unzulässige Erhöhung des Anlagevermögens und gleichzeitig eine ebenfalls unzulässige Verbesserung des Ergebnisses um 107.979,27 EUR.

Feststellungen zum Sachvermögen - Vorräte

03 Das Vorratsvermögen wird um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen. Grund hierfür sind öffentliche Flächen, die im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz sowohl beim Vorratsvermögen als auch im Sachanlagevermögen erfasst wurden. Der doppelte Ausweis dieser Flächen hat keine Auswirkung auf das Jahresergebnis 2010. Das Basis-Reinvermögen wird jedoch um den vorgenannten Betrag zu hoch ausgewiesen. Die Gemeinde Rastede wird gem. § 61 Abs. 1 GemHKVO zum Jahresabschluss 2011 eine Korrektur der Eröffnungsbilanz vornehmen.

04 Vermögensabgänge im Vorratsvermögen wurden in 2009 und 2010 fehlerhaft gebucht. Als Folge hieraus wird das Vorratsvermögen i. H. v. insgesamt 648.400,86 EUR (633.727,79 EUR aus 2009, 14.673,07 EUR aus 2010) zu gering ausgewiesen. In Höhe von 14.673,07 EUR ergeben sich auch Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2010. Die erforderlichen Korrekturbuchungen für 2009 und 2010 werden von der Gemeinde Rastede im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 vorgenommen. Diese Korrekturen werden das Jahresergebnis 2011 entsprechend verändern.

05 Feststellung zum Finanzvermögen und den liquiden Mitteln

Die Gemeinde Rastede verwaltet als Miterbin den sog. „Osterlohfonds“. Der gemeindliche Anteil des Erbes, bestehend aus einem Girokonto und Wertpapieren (insgesamt 107.468,39 EUR zum 31.12.2010), ist bilanziell auszuweisen; dieser Ausweis erfolgt nach Mitteilung der Gemeinde Rastede jedoch erst ab dem Wirtschaftsjahr 2011. Auswirkungen auf das Basis-Reinvermögen ergeben sich durch die vorgesehene Korrektur nicht.

06 Feststellung zu den Forderungen

Die kreditorischen Debitoren (z. B. Überzahlungen von Schuldnern der Gemeinde) wurden nicht zu den Verbindlichkeiten umgegliedert. Hierbei handelt es sich um einen Verstoß gegen das Verrechnungsverbot gemäß § 42 Abs. 2 GemHKVO. Dieses führt zu einem zu geringen Ausweis der Forderungen und der Verbindlichkeiten. Auswirkungen auf das Jahresergebnis ergeben sich hierdurch nicht.

Hinweis zu den liquiden Mitteln

Der Bestand der liquiden Mittel stimmt nicht mit den tatsächlichen Bank- und Barbeständen, und damit auch nicht mit dem Tagesabschluss zum 31.12.2010, überein. Die Abweichung i. H. v. 461,50 EUR ist ein reiner Darstellungsfehler innerhalb der Software, der mit dem Jahresabschluss 2011 behoben wird.

3.3 Passivseite der Bilanz

Prüfungsschwerpunkte zur Passivseite der Bilanz waren die Vollständigkeit der passivischen Bilanzpositionen bzw. die korrekte Fortschreibung der Bilanzpositionen aus der Eröffnungsbilanz. Die rechtskonforme Auflösung der Sonderposten sowie die Rechnungsabgrenzung waren weitere Prüfungsschwerpunkte. Auf eine detaillierte Darstellung der einzelnen Positionen der Passivseite der Bilanz wurde wegen des zeitlichen Abstands zum Jahresabschluss 2010 verzichtet.

Bilanz- position	Bezeichnung	Ergebnis zum 31.12.2010	Ergebnis zum 31.12.2009
		€	€
1.	Nettoposition	93.497.188,71	89.055.953,87
2.	Schulden	3.978.049,91	3.870.713,50
3.	Rückstellungen	7.054.666,59	7.041.227,90
4.	Passive Rechnungsabgrenzung	57.437,31	64.705,55
	Bilanzsumme Passiva	104.587.342,52	100.032.600,82

Unter der Bilanzposition „1.3 Jahresergebnis“ wird nicht das Jahresergebnis 2010, sondern werden die Jahresergebnisse 2009 und 2010 kumuliert i. H. v. 5.921.661,96 EUR dargestellt.

Das positive Jahresergebnis aus 2009 i. H. v. 2.674.083,21 EUR wird unter der Bilanzposition „1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren“ ausgewiesen. Dieser Betrag entspricht nicht dem im Vorjahr ausgewiesenen tatsächlichen Jahresergebnis i. H. v. 2.628.980,81 EUR, da in 2009 die Umbuchung zum Sonderposten Gebührenausschleich i. H. v. **-45.102,40 EUR** berücksichtigt wurde. Stattdessen wurde in der Bilanz 2010 diese Umbuchung zum Sonderposten Gebührenausschleich 2009 beim Jahresergebnis 2010 berücksichtigt. Auf den nachfolgenden Hinweis zum Jahresergebnis wird verwiesen. Es handelt sich hierbei um ein reines Darstellungsproblem bezüglich des Jahresergebnisses.

Zudem werden in der gedruckten Fassung des Jahresabschlusses Bilanzpositionen der Passivseite nicht korrekt dargestellt. Insbesondere werden die Sonderposten doppelt ausgewiesen und das Kassenverrechnungskonto Bauhof wurde der Bilanzposition „2.5.1 Durchlaufende Posten“ zugeordnet. Die Bilanzsumme wird richtig ausgewiesen. In der Finanzsoftware erfolgt die korrekte Darstellung.

Insgesamt war festzustellen, dass im Jahresabschluss 2010 die passivischen Bilanzpositionen weitgehend vollständig und richtig dargestellt wurden. Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr 2009 um 4.554.741,70 EUR erhöht.

Im Rahmen der Prüfung haben sich die nachfolgenden Feststellungen sowie Hinweise ergeben:

07 Feststellung zur Nettoposition – Basis-Reinvermögen

Durch die doppelte Erfassung von Flächen im Anlage- sowie im Vorratsvermögen wird das Basis-Reinvermögen um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen. Auf die Feststellung 03 unter Gliederungspunkt 3.2 wird verwiesen.

08 Feststellung zur Nettoposition – zweckgebunden Rücklagen

Der „Osterlohfonds“ ist auf der Passivseite als zweckgebundene Rücklage zu bilanzieren. Auf die Feststellung 05 unter Gliederungspunkt 3.2 wird verwiesen.

09 Feststellung zur Nettoposition – Jahresergebnis

Es wurden Haushaltsreste für Aufwendungen, bei denen es sich um bereits in 2010 erbrachte Leistungen handelt, i. H. v. 74.356,52 EUR gebildet, die zu der Einstellung einer Verbindlichkeit geführt hätten. Bei korrekter Verbuchung wäre der Ergebnishaushalt um diesen Betrag belastet worden, so dass das Ergebnis in entsprechender Höhe zu hoch dargestellt wird.

10 Feststellung zu den Schulden

Entsprechend der Feststellung 01 (Gliederungspunkt 3.2) hätten für die in 2010 erbrachten Leistungen für bereits abgeschlossene Baumaßnahmen Verbindlichkeiten i. H. v. 197.432,64 EUR passiviert werden müssen. Somit werden in der vorgenannten Höhe die Schulden zu gering ausgewiesen. Von der Gemeinde Rastede wurden in Höhe dieses Betrages Haushaltsreste für Investitionen als Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre ausgewiesen.

Aufgrund der Nichterfassung der o. g. Schulden wurde gegen den Vollständigkeitsgrundsatz gem. § 42 Abs. 1 GemHKVO verstoßen.

11 Feststellung zu den Schulden – Verbindlichkeiten

Die debitorischen Kreditoren (z. B. Überzahlungen an Gläubiger der Gemeinde) wurden nicht zu den Forderungen umgegliedert. Auf die Feststellung 06 unter Gliederungspunkt 3.2 wird verwiesen.

Hinweis zum Jahresergebnis

Das Jahresergebnis wird in der Bilanz um 218.127,82 EUR (45.102,40 EUR aus 2009, 173.025,42 EUR aus 2010) geringer ausgewiesen als das Jahresergebnis in der Ergebnisrechnung. Ursache hierfür ist, dass die in 2009 und 2010 entstandene Unter- bzw. Überdeckung der vorhandenen Gebührenhaushalte aus dem Jahresergebnis bereits vorgehend in 2009 bzw. 2010 gegen die bestehenden Sonderposten Gebührenausschlag gebucht wurden. Die Verwendung des Jahresergebnisses hätte erst auf Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung erfolgen dürfen, die Buchung der Sonderposten damit erst im Folgejahr 2010 bzw. 2011.

Hinweis zu den Sonderposten

Die Gemeinde verstößt gegen § 5 Abs. 2 NKAG, indem sie die seit 2005 aufgelaufenen Überschüsse der zentralen Schmutzwasserbeseitigung nicht innerhalb von drei Jahren gebührenmindernd eingesetzt hat. Zur Vermeidung doppelter Feststellungen wird auf den Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 12.07.2012 verwiesen.

Hinweis zu den Verbindlichkeiten

Die Transferverbindlichkeiten werden um 62.196,45 EUR zu hoch ausgewiesen. Grund hierfür ist die erneute Berücksichtigung einer Verbindlichkeit aus 2009 gegenüber dem Landkreis. Dies hat zur Folge, dass das Jahresergebnis um den genannten Betrag zu niedrig ausgewiesen wird. Die notwendige Korrektur wurde von der Gemeinde bereits vorgenommen und spiegelt sich im Wirtschaftsjahr 2011 wider.

Hinweise zu den Rückstellungen

Die Gemeinde Rastede sieht generell kein Rückstellungserfordernis für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen des Finanzausgleichs (hier: Kreisumlage). Das RPA ist jedoch der Auffassung, dass grundsätzlich eine Verpflichtung zur Bildung dieser Rückstellung gem. § 43 Abs. 1 Nr. 6 GemHKVO besteht.

Unter Anwendung eines derzeit anerkannten Berechnungsmodells hat sich jedoch im Rahmen einer vorgenommenen Vergleichsberechnung kein Rückstellungsbetrag für 2010 ergeben.

Die Regelungen gem. § 43 Abs. 1 Nr. 3 GemHKVO zur Bildung von Instandhaltungsrückstellungen wurden nicht vollumfänglich umgesetzt. Eine differenziertere Betrachtung wird ab 2011 von der Gemeinde Rastede vorgenommen.

3.4 Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre (§ 54 Abs. 5 GemHKVO)

Unter der Bilanz werden gemäß § 54 Abs. 5 GemHKVO die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre vermerkt, sofern sie nicht auf der Passivseite der Bilanz auszuweisen sind. Ein Ausweis der Vorbelastungen unter der Bilanz erfolgte nicht. Jedoch enthält der Anhang eine Auflistung der Vorbelastungen mit entsprechenden Erläuterungen.

3.4.1 Haushaltsreste

In das Folgejahr sind Ermächtigungsübertragungen für Investitionen von insgesamt 4.071.136,16 EUR vorgenommen worden. Die übertragenen konsumtiven Haushaltsreste sind gem. § 54 Abs. 4 Nr. 1.3.2 GemHKVO auf der Passivseite der Bilanz in Klammern darzustellen. Die Gemeinde Rastede hat diese stattdessen im Anhang beziffert.

Es wurden Haushaltsreste für Aufwendungen sowie für Investitionen gebildet, die stattdessen in der Bilanz abzubilden gewesen wären. Auf die Feststellungen 09 und 10 zu Gliederungspunkt 3.3 wird verwiesen.

3.4.2 Bürgschaften

Zum Bilanzstichtag 31.12.2010 waren bei der Gemeinde Rastede keine Bürgschaften auszuweisen.

3.4.3 Gewährleistungsverträge

Bei der Gemeinde Rastede waren zum Bilanzstichtag 31.12.2010 keine Gewährleistungsverträge vorhanden.

3.4.4 In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen

Für das Jahr 2010 wurden keine Verpflichtungsermächtigungen festgesetzt.

3.4.5 Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften bestanden zum 31.12.2010 nicht.

3.4.6 Gestundete Beträge

Es wurden über den 31.12.2010 hinaus gestundete Beträge i. H. v. 139.915,62 EUR ermittelt.

Die Prüfungen der Gliederungspunkte 3.4.1 – 3.4.6 haben ergeben, dass die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre weitestgehend richtig dargestellt wurden. Auf die Ausführung zu dem Gliederungspunkt 3.4.1 wird verwiesen.

3.5 Ergebnisrechnung

3.5.1 Allgemeines

In der Ergebnisrechnung werden gemäß § 50 Abs. 1 GemHKVO die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt. Sie dient damit als Grundlage für die Ermittlung des Jahresergebnisses. Die Gemeinde Rastede hat in Anwendung des Musters 11 des RdErl. des MI vom 04.12.2006 die Aufstellung der Ergebnisrechnung, wie in § 50 Abs. 2 GemHKVO festgeschrieben, in Staffelform vorgenommen. Das Muster 11 des RdErl. des MI wurde in geringfügig abgeänderter Form verwandt.

Prüfungsschwerpunkte zur Ergebnisrechnung waren die vollständige Erfassung der Erträge und Aufwendungen sowie die Auflösung von Sonderposten.

Auf eine detaillierte Darstellung der einzelnen Positionen der Ergebnisrechnung wurde wegen des zeitlichen Abstands zum Jahresabschluss 2010 verzichtet.

3.5.2 Jahresergebnis

Das Jahresergebnis der Gemeinde Rastede für das Jahr 2010 stellt sich folgendermaßen dar:

	<u>31.12.2010</u>
Ordentliche Erträge	27.943.532,83 €
Ordentliche Aufwendungen	<u>-24.285.296,77 €</u>
Ordentliches Ergebnis	<u>3.658.236,06 €</u>
Außerordentliche Erträge	165.363,93 €
Außerordentliche Aufwendungen	<u>-357.893,42 €</u>
Außerordentliches Ergebnis	<u>-192.529,49 €</u>
Jahresergebnis	3.465.706,57 €

In der gedruckten Fassung des Jahresabschlusses 2010 werden die Ergebnisse der Teilhaushalte unter Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung nicht in richtiger Höhe ausgewiesen. In der Finanzsoftware hingegen werden die internen Leistungsverrechnungen vollständig und in korrekter Höhe dargestellt.

Unabhängig von der Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung stimmt die Summe der Teilergebnisrechnungen nicht mit dem Betrag der Gesamtergebnisrechnung überein. Auf die Ausführung unter Gliederungspunkt 2.6 wird verwiesen. Die Gesamtergebnisrechnung weist jedoch das richtige Ergebnis aus.

Die Prüfung hat ergeben, dass das Jahresergebnis ordnungsgemäß hergeleitet wurde.

3.5.3 Plan-Ist-Vergleich

Nach § 52 GemHKVO sind die Erträge und Aufwendungen den Haushaltsansätzen in der nach § 50 GemHKVO vorgeschriebenen Ordnung gegenüberzustellen.

Dabei werden dem Plan-Ist-Vergleich die sog. fortgeschriebenen Planansätze zugrunde gelegt. Diese setzen sich auf der Aufwandsseite aus der Ermächtigung durch den Haushaltsplan (Haushaltsansätze 2010), den Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr sowie den über- und außerplanmäßigen Ermächtigungen zusammen.

Ergebnisrechnung 2010	Ergebnis 2010	Ansatz 2010	Vergleich 2010 mehr (+) / weniger (-)
	€	€	€
ordentliche Erträge	27.943.532,83	23.953.212,00	+3.990.320,83
ordentliche Aufwendungen	-24.285.296,77	-23.548.039,00	-737.257,77
ordentliches Ergebnis	3.658.236,06	405.173,00	+3.253.063,06
außerordentliche Erträge	165.363,93	0,00	+165.363,93
außerordentliche Aufwendungen	-357.893,42	0,00	-357.893,42
außerordentliches Ergebnis	-192.529,49	0,00	-192.529,49
Jahresergebnis	3.465.706,57	405.173,00	+3.060.533,57

Im Anhang zum Jahresabschluss 2010 wurden die relevanten Plan-Ist-Abweichungen erläutert. Aufgrund der Umstellung auf die doppische Haushaltsführung ergeben sich sowohl in der Planung als auch in der Ausführung noch Ungenauigkeiten.

Im Rahmen der Prüfung hat sich die nachfolgende Feststellung ergeben:

12 Feststellung

Die Gemeinde Rastede weist in Spalte 4 „Ansatz Haushaltsjahr“ die ursprünglichen Haushaltsansätze des Haushaltsplans aus. Eine Berücksichtigung der Haushaltsreste aus Vorjahren sowie der Änderungen des Ansatzes durch bewilligte über- und außerplanmäßige Ausgaben im laufenden Haushaltsjahr erfolgt nicht. Ein aussagekräftiger Vergleich des Ergebnisses mit den aktualisierten Plandaten ist damit nicht möglich.

Eine Berücksichtigung der Haushaltsreste ist technisch erst ab dem Jahr 2015 möglich. Die Buchung von bewilligten über- und außerplanmäßigen Beträgen, die folglich zu einer Ansatzerhöhung führen, ist jedoch nach derzeitigem Kenntnisstand technisch ausgeschlossen.

3.5.4 Jahresvergleich

Der Vergleich der Ergebnisse der Wirtschaftsjahre 2009 und 2010 stellt sich wie folgt dar:

Jahresvergleich der Ergebnisrechnung	Ergebnis 2010	Ergebnis 2009	Veränderung zum Vorjahr mehr (+)/weniger (-)
	€	€	€
ordentliche Erträge	27.943.532,83	26.274.314,44	+1.669.218,39
ordentliche Aufwendungen	-24.285.296,77	-23.633.756,84	-651.539,93
ordentliches Ergebnis	3.658.236,06	2.640.557,60	+1.017.678,46
außerordentliche Erträge	165.363,93	440.678,50	-275.314,57
außerordentliche Aufwendungen	-357.893,42	-407.152,89	+49.259,47
außerordentliches Ergebnis	-192.529,49	33.525,61	-226.055,10
Jahresergebnis	3.465.706,57	2.674.083,21	+791.623,36

Das Gesamtergebnis des Wirtschaftsjahres 2010 liegt mit 3.465.706,57 EUR über dem Vorjahresergebnis (2.674.083,21 EUR). Auf eine detaillierte Analyse der Veränderungen wurde wegen des zeitlichen Abstands zum Jahresabschluss 2010 verzichtet. Auf die Erläuterungen im Rechenschaftsbericht wird verwiesen.

3.6 Finanzrechnung

3.6.1 Allgemeines

In der Finanzrechnung werden gemäß § 51 Abs. 1 GemHKVO alle in dem Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen ausgewiesen.

Die Gemeinde Rastede hat in Anwendung des Musters 12 des RdErl. des MI vom 04.12.2006 die Aufstellung der Finanzrechnung, wie in § 51 Abs. 2 GemHKVO festgeschrieben, in Staffelform vorgenommen.

Prüfungsschwerpunkte zur Finanzrechnung waren die vollständige Erfassung der Einzahlungen und Auszahlungen sowie die richtige Zuordnung zu den einzelnen Teilen der Finanzrechnung (laufende Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit, Finanzierungstätigkeit und haushaltsunwirksame Vorgänge) sowie der Abgleich mit der Bilanzposition „4. Liquide Mittel“. Auf eine detaillierte Darstellung der einzelnen Positionen der Finanzrechnung wurde wegen des zeitlichen Abstands zum Jahresabschluss 2010 verzichtet.

3.6.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Gemeinde Rastede für das Jahr 2010 stellt sich folgendermaßen dar:

31.12.2010

Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	24.909.960,90 €
Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	<u>-21.461.784,59 €</u>
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	<u>3.448.176,31 €</u>
Einz. für Investitionstätigkeit	4.948.491,70 €
Ausz. für Investitionstätigkeit	<u>-6.496.732,50 €</u>
Saldo aus Investitionstätigkeit	<u>-1.548.240,80 €</u>
Einz. aus Finanzierungstätigkeit	474.100,00 €
Ausz. aus Finanzierungstätigkeit	<u>-240.284,85 €</u>
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	<u>233.815,15 €</u>
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	2.895.635,52 €
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	<u>-3.463.492,07 €</u>
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	<u>-567.856,55 €</u>
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	3.847.913,91 €
Veränderung des Zahlungsmittelbestandes	1.565.894,11 €
Endbestand an Zahlungsmitteln	5.413.808,02 €

In der Finanzsoftware wird der Endbestand an Zahlungsmitteln i. H. v. 5.413.808,02 EUR dargestellt. In der gedruckten Fassung des Jahresabschlusses 2010 hingegen wird der Endbestand an Zahlungsmitteln in Höhe der im Tagesabschluss zum 31.12.2010 ermittelten Kassen- und Bankbestände (5.453.853,89 EUR) ausgewiesen.

Die Summe der Teilfinanzrechnungen stimmt jedoch nicht mit dem ausgewiesenen Betrag in Zeile 37 der Gesamtfinanzrechnung überein. Auf die Ausführung unter Gliederungspunkt 2.6 wird verwiesen.

Hinweis

Der in der Finanzsoftware ausgewiesene Endbestand an Zahlungsmitteln i. H. v. 5.413.808,02 EUR entspricht nicht der Bilanzposition „4. Liquide Mittel“ i. H. v. 5.461.032,39 EUR, sondern wird um 47.224,37 EUR zu gering ausgewiesen. Diese Abweichung ist auf fehlerhafte Buchungen aus 2009 zurückzuführen, die in 2010 korrigiert werden konnten.

3.6.3 Plan-Ist-Vergleich

Nach § 52 GemHKVO sind die Einzahlungen und Auszahlungen den Haushaltsansätzen in der nach § 51 GemHKVO vorgeschriebenen Ordnung gegenüberzustellen.

Dabei werden dem Plan-Ist-Vergleich die sog. fortgeschriebenen Planansätze zugrunde gelegt. Diese setzen sich bei den Auszahlungen aus der Ermächtigung durch den Haushaltsplan (Haushaltsansätze 2010), den Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr sowie den über- und außerplanmäßigen Zahlungsermächtigungen zusammen.

Finanzrechnung 2010	Ergebnis 2010	Ansatz 2010	Vergleich 2010 mehr (+)/ weniger (-)
	€	€	€
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	24.909.960,90	21.711.628,00	+3.198.332,90
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-21.461.784,59	-21.339.182,00	-122.602,59
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.448.176,31	372.446,00	+3.075.730,31
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	4.948.491,70	3.932.435,00	+1.016.056,70
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-6.496.732,50	-8.995.399,00	+2.498.666,50
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.548.240,80	-5.062.964,00	+3.514.723,20
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	474.100,00	5.100.000,00	-4.625.900,00
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-240.284,85	-360.000,00	+119.715,15
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	233.815,15	4.740.000,00	-4.506.184,85
Gesamtsaldo der Finanzrechnung	2.133.750,66	49.482,00	+2.084.268,66
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	2.895.635,52	---	---
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	-3.463.492,07	---	---
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-567.856,55	---	---
Gesamtsaldo der Finanz- rechnung einschließlich haushaltsunwirksamer Zahlungsvorgänge	1.565.894,11	49.482,00	+1.516.412,11

Im Anhang zum Jahresabschluss 2010 wurden die relevanten Plan-Ist-Abweichungen erläutert. Aufgrund der Umstellung auf die doppische Haushaltsführung ergeben sich sowohl in der Planung als auch in der Ausführung noch Ungenauigkeiten.

Im Rahmen der Prüfung hat sich die nachfolgende Feststellung ergeben:

13 Feststellung

Die Gemeinde Rastede weist auch in der Finanzrechnung in Spalte 4 „Ansatz Haushaltsjahr“ nur die ursprünglichen Haushaltsansätze des Haushaltsplans, und nicht die fortgeschriebenen Haushaltsansätze, aus. Auf die Feststellung 09 unter Gliederungspunkt 3.5.3 wird verwiesen.

3.6.4 Jahresvergleich

Der Vergleich der Ergebnisse der Wirtschaftsjahre 2009 und 2010 stellt sich wie folgt dar:

Jahresvergleich der Finanzrechnung	Ergebnis 2010	Ergebnis 2009	Veränderung zum Vorjahr mehr (+)/weniger (-)
	€	€	€
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	24.909.960,90	23.764.866,01	+1.145.094,89
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-21.461.784,59	-21.146.872,86	-314.911,73
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.448.176,31	2.617.993,15	+830.183,16
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	4.948.491,70	4.192.558,96	+755.932,74
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-6.496.732,50	-10.264.413,27	+3.767.680,77
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.548.240,80	-6.071.854,31	+4.523.613,51
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	474.100,00	0,00	+474.100,00
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-240.284,85	-1.315.338,89	+1.075.054,04
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	233.815,15	-1.315.338,89	+1.549.154,04
Gesamtsaldo der Finanzrechnung	2.133.750,66	-4.769.200,05	+6.902.950,71
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	2.895.635,52	3.043.328,48	-147.692,96
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	-3.463.492,07	-2.845.202,87	-618.289,20
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-567.856,55	198.125,61	-765.982,16
Gesamtsaldo der Finanzrechnung einschließlich haushaltsunwirksamer Zahlungsvorgänge	1.565.894,11	-4.571.074,44	+6.136.968,55

Der Gesamtsaldo der Finanzrechnung einschließlich der haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgänge liegt in 2010 mit 1.565.894,11 EUR über dem Vorjahresergebnis (-4.571.074,44 EUR). Auf eine detaillierte Analyse der Veränderungen wurde wegen des zeitlichen Abstands zum Jahresabschluss 2010 verzichtet. Auf die Erläuterungen im Rechenschaftsbericht wird verwiesen.

3.7 Anhang, Anlagen zum Anhang, Rechenschaftsbericht

3.7.1 Anhang

In den Anhang als Teil des Jahresabschlusses (§ 100 Abs. 2 NGO bzw. § 128 Abs. 2 NKomVG) sind gemäß § 55 Abs. 1 GemHKVO diejenigen Angaben aufzunehmen, die zu den einzelnen Posten der Ergebnis-, Finanz-, Vermögensrechnung und der Bilanz zum Verständnis sachverständiger Dritter notwendig oder vorgeschrieben sind. Dabei sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen als auch von den Vorjahresergebnissen im Anhang zu erläutern.

Die besonderen Anforderungen des Anhangs ergeben sich aus § 55 Abs. 2 GemHKVO.

Darüber hinaus sind dem Anhang gemäß § 100 Abs. 3 NGO (§ 128 Abs. 3 NKomVG) ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beizufügen.

Die Gemeinde Rastede hat zum Jahresabschluss 2010 einen Anhang zuzüglich Anlagen erstellt. Die Anforderungen an den Anhang gem. § 55 GemHKVO wurden im Wesentlichen erfüllt.

Er berichtet über das abgelaufene Jahr anhand von ausgewählten Produkten. Darüber hinaus werden die Entwicklung der Bilanz mit dem Fokus auf vereinzelter Bilanzpositionen erläutert sowie die Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde Rastede schematisch dargestellt.

3.7.2 Anlagen zum Anhang

Als Anlagen zum Anhang sind dem Jahresabschluss gemäß § 100 Abs. 3 NGO (§ 128 Abs. 3 NKomVG) i. V. m. § 56 GemHKVO die Anlagenübersicht, die Schuldenübersicht, die Forderungsübersicht, die Übersicht über die in das folgende Haushaltsjahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen und, soweit erforderlich, die Nebenrechnungen zu Gebührenkalkulationen beizufügen.

Die Anforderungen an die Anlagen zum Anhang gem. § 56 GemHKVO wurden im Wesentlichen erfüllt. Es ergaben sich die nachfolgenden Abweichungen:

- In der Anlagenübersicht werden die Anzahlungen auf Sachanlagen nicht ausgewiesen.
- Die Versorgungsrücklage wurde nicht in der Forderungsübersicht ausgewiesen.
- In der Forderungsübersicht wird das Kassenverrechnungskonto Bauhof nicht ausgewiesen. Somit wurden die Forderungen der Gemeinde Rastede um 277.872,47 EUR zu gering ausgewiesen.
- In der Forderungsübersicht werden die Forderungen bezüglich der Restlaufzeiten nicht korrekt aufgeteilt. Hintergrund ist die technische Berücksichtigung aller Wertberichtigungen nur in der Spalte „mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr“.
- Die Übersicht über die in das folgende Haushaltsjahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen wurde dem Jahresabschluss nicht beigelegt.

3.7.3 Rechenschaftsbericht

Im Rechenschaftsbericht sind gem. § 100 Abs. 3 NGO (§ 128 Abs. 3 NKomVG) i. V. m. § 57 GemHKVO der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinde Rastede den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend darzustellen. Dabei ist eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorzunehmen. Ferner sind Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, darzulegen. Gleiches gilt für zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung.

Die Mindestanforderungen an den Rechenschaftsbericht gemäß § 57 GemHKVO wurden erfüllt. Er beinhaltet Aussagen zur Lage der Gemeinde und berichtet über das abgelaufene Jahr. Darüber hinaus wird die Entwicklung der Bilanz erläutert.

Inhaltlich sind folgende Aspekte des Rechenschaftsberichts hervorzuheben:

- Im Haushaltsjahr 2010 hat sich die Bilanzsumme um 4,5 Mio. EUR erhöht.
- In 2010 stellt sich die Entwicklung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzsituation positiv dar.
- Unter Berücksichtigung der Umbuchung zum Sonderposten für den Gebührenausgleich der Jahre 2009 und 2010 weist das Jahresergebnis für 2010 einen Betrag i. H. v. 3.247.578, 75 EUR aus.
- Das gemeindliche Vermögen hat sich positiv entwickelt, ohne dass Finanzmittel am Kreditmarkt in Anspruch genommen werden mussten. Durch die Aufnahme von Kreditmitteln bei der Kreisschulbaukasse hat sich der Schuldenstand lediglich um rund 150.000,00 EUR erhöht.
- Die Aufnahme von Liquiditätskrediten war auch in 2010 nicht erforderlich.
- Durch Steuermehreinnahmen und dadurch, dass nicht alle geplanten Investitionsvorhaben in 2010 umgesetzt werden konnten hat sich der Kassenbestand zum 31.12.2010 um 1,6 Mio. EUR erhöht.
- Die Sonderposten in Form von erhaltenen Investitionszuschüssen und Beiträgen sind um rund 1 Mio. EUR gestiegen.
- Um die Einwohnerzahl der Gemeinde weiter zu steigern, wird Wert auf die Baugebietenentwicklung im Bereich Wohnen und Gewerbe gelegt.

Diese Aussagen sind aufgrund der im Rahmen der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse korrekt. Nach dem Ergebnis der Prüfung wurden, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinde Rastede zutreffend dargestellt. Die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Gemeinde Rastede wurden plausibel und folgerichtig abgeleitet. Der Rechenschaftsbericht inklusive Lagebeurteilung ist inhaltlich zutreffend.

3.8 Kennzahlen zur Jahresabschluss-Analyse

Mit der ersten Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 wurde erstmals ein vollständiger Nachweis über das Vermögen und die Schulden der Gemeinde Rastede auf der Basis des NKR vorgelegt. Aufgrund des nunmehr vorliegenden zweiten Jahresabschlusses zum 31.12.2010 kann die Entwicklung der Vermögens-, Kapital- sowie Schuldposten fortgeschrieben, nachvollzogen und analysiert werden. Auf weitere Kennzahlen wird zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund des zeitlichen Verzuges des Jahresabschlusses verzichtet.

3.8.1 Vermögensstruktur

	31.12.2010		31.12.2009	
Langfristige Aktiva	98.040.534,34 €	93,74 %	95.495.219,28 €	95,46 %
davon				
Immaterielles Vermögen	1.422.212,94 €	1,36 %	1.012.509,00 €	1,01 %
Sachvermögen*	94.402.170,25 €	90,26 %	92.332.947,50 €	92,30 %
Langfristiges Finanzvermögen	2.216.151,15 €	2,12 %	2.149.762,78 €	2,15 %
Kurzfristige Aktiva	6.546.808,18 €	6,26 %	4.537.381,54 €	4,54 %
davon				
Kurzfristiges Finanzvermögen	940.859,75 €	0,90 %	543.002,68 €	0,54 %
Liquide Mittel	5.461.032,39 €	5,22 %	3.847.913,91 €	3,85 %
Rechnungsabgrenzungsposten	144.916,04 €	0,14 %	146.464,95 €	0,15 %
Gesamt:	104.587.342,52 €	100,00 %	100.032.600,82 €	100,00 %

* Aufteilung des Sachvermögens:

	31.12.2010		31.12.2009	
Sachvermögen	94.402.170,25 €	100,00 %	92.332.947,50 €	100,00 %
davon				
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	7.339.887,14 €	7,78 %	7.389.523,34 €	8,00 %
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	29.126.886,83 €	30,85 %	27.484.669,58 €	29,77 %
Infrastrukturvermögen	43.838.140,97 €	46,44 %	44.761.035,01 €	48,48 %
Restliches Sachvermögen	14.097.255,31 €	14,93 %	12.697.719,57 €	13,75 %

(Aufgrund von Rundungen kann es zu minimalen Abweichungen bei der prozentualen Darstellung kommen.)

Im Jahr 2010 hat sich eine Bilanzverlängerung um rund 4,55 Mio. EUR ergeben. Durch Steuermehreinnahmen und die Verschiebung von Investitionsmaßnahmen hat sich die Vermögensstruktur zu Gunsten der kurzfristigen Aktiva, im Speziellen bei den liquiden Mitteln, verändert.

3.8.2 Kapitalstruktur

	31.12.2010		31.12.2009	
Nettoposition	93.497.188,71 €	89,40 %	89.055.953,87 €	89,03 %
davon				
Basis-Reinvermögen	52.059.289,58 €	49,78 %	52.030.183,20 €	52,01 %
Rücklagen aus Überschüssen	0,00 €	0,00 %	0,00 €	0,00 %
Zweckgebundene Rücklagen	0,00 €	0,00 %	0,00 €	0,00 %
Jahresergebnis	3.247.578,75 €	3,11 %	2.628.980,81 €	2,63 %
Jahresergebnis aus 2009*	2.674.083,21 €	2,56 %	-	0,00 %
Sonderposten	35.516.237,17 €	33,96 %	34.396.789,86 €	34,39 %
Sonstige langfristige Passiva	10.465.857,57 €	10,01 %	10.173.811,64 €	10,17 %
davon				
Pensionsrückstellungen	6.400.785,60 €	6,12 %	6.340.582,45 €	6,34 %
u. ä. Verpflichtungen				
Rückstellungen für Altersteilzeit	373.864,45 €	0,36 %	375.836,82 €	0,38 %
u. ä. Maßnahmen				
Langfristige Geldschulden	3.691.207,52 €	3,53 %	3.457.392,37 €	3,46 %
Sonstige kurzfristige Passiva	624.296,24 €	0,60 %	802.835,31 €	0,80 %
davon				
Sonstige Rückstellungen	280.016,54 €	0,27 %	324.808,63 €	0,32 %
Sonstige Verbindlichkeiten	286.842,39 €	0,27 %	413.321,13 €	0,41 %
Kurzfristige Geldschulden	0,00 €	0,00 %	0,00 €	0,00 %
Rechnungsabgrenzungsposten	57.437,31 €	0,05 %	64.705,55 €	0,06 %
Gesamt:	104.587.342,52 €	100,00 %	100.032.600,82 €	100,00 %

(Aufgrund von Rundungen kann es zu minimalen Abweichungen bei der prozentualen Darstellung kommen.)

* es erfolgt ein gesonderter Ausweis des Jahresergebnisses 2009 aufgrund des noch ausstehenden Verwendungsbeschlusses

Nennenswerte Veränderungen ergaben sich im Bereich der Nettoposition (ca. +4,4 Mio. EUR). Diese resultieren aus dem positiven Jahresergebnis sowie der in 2010 erhaltenen Sonderposten.

3.8.3 Kennzahlen im Bereich der langfristigen Aktiva

		2010	2009
Anlagendeckung in %	$\frac{(\text{Nettoposition} + \text{sonstige langfristige Passiva}) \times 100}{\text{langfristige Aktiva}}$	106,04%	103,91%
Anlagenintensität in %	$\frac{\text{langfristige Aktiva} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	93,74%	95,46%

Die Kennzahl „Anlagendeckung“ beschreibt, in welchem Umfang die langfristigen Aktiva fristenkongruent durch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital finanziert wurden. Der anzustrebende Wert von 100 % wurde auch in 2010 erreicht. Gegenüber dem Vorjahr ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Die Kennzahl „Anlagenintensität“ zeigt, dass der wesentliche Anteil der Bilanzsumme der Gemeinde Rastede aus Anlagevermögen besteht. Der prozentuale Wert der Anlagenintensität > 90 % ist für eine Kommune typisch und weist keine Besonderheiten auf.

		2010	2009
Eigenkapitalquote I in %	$\frac{(\text{Basis-Reinvermögen} + \text{Rücklagen} + \text{Jahresergebnis}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	55,44%	54,64%
Eigenkapitalquote II in %	$\frac{(\text{Basis-Reinvermögen} + \text{Rücklagen} + \text{Jahresergebnis} + \text{Sonderposten}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	89,40%	89,03%

Die Gemeinde Rastede ist mit einer Eigenkapitalquote I in Höhe von 54,64 % (31.12.09) und 55,44 % (31.12.10) mittelfristig betrachtet mit einem nennenswert guten Eigenkapital ausgestattet.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Sonderposten, die bei zweckentsprechender Verwendung eigenkapitalähnlichen Charakter haben, errechnet sich die Eigenkapitalquote II mit einem Wert von 89,03 % (31.12.09) und 89,40 % (31.12.10).

Die Eigenkapitalquoten I und II sind in 2010 im Verhältnis zum Vorjahr leicht gestiegen. Dies liegt im positiven Jahresergebnis begründet.

		2010	2009
Anlagenabnutzungsgrad in % (Bebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte)	$\frac{\text{Kumulierte Abschreibungen zum 31.12. des Haushaltsjahres bzw. Vorjahres} \times 100}{\text{Ursprüngliche Anschaffungswerte}}$	26,61%	27,13%
Anlagenabnutzungsgrad in % (Infrastrukturvermögen)	$\frac{\text{Kumulierte Abschreibungen zum 31.12. des Haushaltsjahres bzw. Vorjahres} \times 100}{\text{Ursprüngliche Anschaffungswerte}}$	37,49%	35,46%

Der Anlagenabnutzungsgrad gibt an, inwieweit das Vermögen bereits von den ursprünglichen Anschaffungswerten abgeschrieben ist. Bei der Analyse der beiden Kennzahlen ist zu berücksichtigen, dass die vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Integration vorgegebene Abschreibungstabelle für massive Gebäude eine Nutzungsdauer von 90 Jahren und für Straßen eine Nutzungsdauer von 25 Jahren vorsieht.

Der Anlagenabnutzungsgrad der bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte ist erneut leicht gesunken. Dies liegt darin begründet, dass die Gemeinde auch in 2010 aufgrund der durchgeführten Investitionsmaßnahmen dem Werteverzehr entgegenwirken konnte.

Der Anlagenabnutzungsgrad zum Infrastrukturvermögen ist leicht gestiegen und weist zum Bilanzstichtag keine Besonderheiten auf.

3.8.4 Deckungsverhältnis

	31.12.2010	31.12.2009
Nettoposition	93.497.188,71 €	89.055.953,87 €
+ sonstige langfristige Passiva	10.465.857,57 €	10.173.811,64 €
- langfristige Aktiva	<u>98.040.534,34 €</u>	<u>95.495.219,28 €</u>
Unterdeckung bzw. Überdeckung:	+5.922.511,94 € 6,04 %	+3.734.546,23 € 3,91 %

Die Deckungsverhältnisse, d. h. die fristenkongruente Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögenswerte in Form der langfristigen Aktiva durch langfristig zur Verfügung stehendes Eigen- und Fremdkapital, weisen sowohl zum Jahresabschluss 2009 als auch zum Jahresabschluss 2010 eine Überdeckung aus.

Das langfristig gebundene Vermögen war somit zum 31.12.2009 noch zu 103,91 % und zum 31.12.2010 zu 106,04 % durch langfristig zur Verfügung stehende Finanzierungsmittel gedeckt.

3.9 Gesamtbetrachtung des Jahresabschlusses

Als Prüfungsergebnis stellen wir fest, dass der Jahresabschluss zum 31.12.2010 und der Anhang einschließlich der Anlagen gem. § 100 Abs. 1 S. 1 NGO (§ 128 Abs. 1 S. 1 NKomVG) unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung nach den geltenden Vorschriften der NGO (NKomVG) und der GemHKVO klar und übersichtlich aufgestellt wurde.

Im Jahresabschluss werden gem. § 100 Abs. 1 S. 2 NGO (§ 128 Abs. 1 S. 2 NKomVG) grundsätzlich sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde Rastede dargestellt. Auf die Feststellungen zu den Gliederungspunkten 3.2, 3.3, 3.5 und 3.6 wird hingewiesen.

Die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde Rastede im Sinne des § 23 GemHKVO ist auf Grundlage der Daten des Jahresabschlusses 2010 anzunehmen.

4. Produkthaushalt, Steuerungsprozess

Nach § 4 Abs. 7 GemHKVO sind im Haushaltsplan die wesentlichen Produkte mit den dazugehörigen Leistungen und die zu erreichenden Ziele mit den jeweils geplanten Maßnahmen sowie Kennzahlen zur Zielerreichung abzubilden. Ziele und Kennzahlen sollen gemäß § 21 Abs. 2 i. V. m. § 6 GemHKVO zur Grundlage von Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushalts gemacht werden. Zudem hat die Gemeinde gemäß § 21 Abs. 1 GemHKVO entsprechend den wirtschaftlichen und örtlichen Bedürfnissen eine Kosten- und Leistungsrechnung, ein Controlling und ein unterjähriges Berichtswesen zu führen.

Die Gemeinde Rastede hat bisher noch keine wesentlichen Produkte bestimmt. Eine entsprechende Festlegung wird erst erfolgen, wenn die Ziele der Gemeinde Rastede definiert wurden. Die Festlegung auf konkrete Zielsetzungen und Kennzahlen je Produkt bzw. wesentlichem Produkt, um damit auch steuern zu können, steht noch aus.

Bei der Gemeinde Rastede ist bereits eine umfangreiche Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt worden.

Die Einführung eines Controllings und damit verbundenen unterjährigen Berichtswesens wurde zurückgestellt, bis die Aufholung der noch offenen Jahresabschlüsse erfolgt ist.

5. Prüfung von Vergaben

Gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 4 NGO (§ 155 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG) obliegt dem RPA die Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung.

Die Vorgehensweise für die Erteilung von Aufträgen ist in der Dienstanweisung der Gemeinde Rastede über die Vergabe von Leistungen nach der VOL und der VOB (Vergabeordnung) geregelt.

Bei der Prüfung von Vergaben wird zwischen Vergaben für Liefer- und Dienstleistungen nach der VOL/A und für Bauaufträge nach der VOB/A unterschieden. Im Jahr 2010 waren dem RPA Vergaben nach VOL/A ab einer Wertgrenze i. H. v. 5.000,00 EUR und Vergaben nach VOB/A ab einer Wertgrenze i. H. v. 12.500,00 EUR beim Hochbau und i. H. v. 25.000,00 EUR beim Tiefbau zur Prüfung vorzulegen.

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 29 Vergaben geprüft. Hiervon entfielen 26 auf Vergaben nach VOB und drei auf Vergaben nach VOL.

Sofern vergaberechtliche Problematiken auftraten, wurden diese in der Regel direkt mit dem zuständigen Sachbearbeiter / der zuständigen Sachbearbeiterin im Rahmen der Prüfung besprochen, um eine rechtskonforme Vergabe zu ermöglichen. Grundsätzliche Verstöße gegen das Vergaberecht wurden nicht festgestellt.

6. Prüfung der Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit

6.1 Prüfung der Geschäftsbereiche Zentrale Gebäudewirtschaft sowie Bauen und Verkehr

Die Prüfung der Baumaßnahmen 2010 wurde in der Zeit vom 27.05.2013 bis 07.06.2013 und in der Zeit vom 06.03.2014 bis 12.01.2015 (mit Unterbrechungen) von den technischen Prüfern des Rechnungsprüfungsamtes durchgeführt.

Im Zuge dieser Ordnungsmäßigkeitsprüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte für einschränkende Feststellungen. Die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben durch die Geschäftsbereiche Zentrale Gebäudewirtschaft sowie Bauen und Verkehr wurde festgestellt. Auf den Prüfungsbericht vom 21.04.2015 wird verwiesen.

7. Wirtschaftliche Betätigung der Kommune

Die Gemeinde Rastede darf sich gemäß § 108 Abs. 1 NGO (§ 136 Abs. 1 NKomVG) zur Erledigung von Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft unter Berücksichtigung der Voraussetzungen der Nr. 1 - 3 wirtschaftlich betätigen. Der Eigenbetrieb als Unternehmen gemäß § 108 Abs. 2 Nr. 1 NGO (§ 136 Abs. 2 Nr. 1 NKomVG) i. V. m. § 113 NGO (§ 140 NKomVG) zählt zum Sondervermögen gemäß § 102 Abs. 1 Nr. 3 NGO (§ 130 Abs. 1 Nr. 3 NKomVG). Für die Führung eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder auch nur der Beteiligung an einem solchen Unternehmen hat die Gemeinde Rastede die Voraussetzungen des § 109 NGO (§ 137 NKomVG) zu beachten.

Darüber hinaus hat die Gemeinde Rastede gemäß § 114a NGO (§ 150 NKomVG) ihre Unternehmen, Beteiligungen und Einrichtungen im Sinne der zu erfüllenden öffentlichen Zwecke zu überwachen und zu koordinieren.

7.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Verbundene Unternehmen sind gemäß § 59 Nr. 50 GemHKVO die nach § 100 Abs. 4 NGO (§ 128 Abs. 4 NKomVG) konsolidierungspflichtigen Einrichtungen und Unternehmen, die unter dem beherrschenden Einfluss der Kommune stehen, d. h. an denen die Kommune mit mehr als 50% beteiligt ist. Die Bilanzierung erfolgt zu AHW, d. h. dem Anteil am gezeichneten Kapital.

Die Gemeinde Rastede weist in ihrem Jahresabschluss 2010 folgende Anteile an verbundenen Unternehmen aus:

Residenzort Rastede GmbH:	<u>25.000,00 EUR</u>	100 %
Summe:	<u>25.000,00 EUR</u>	

7.1.1 Prüfung der Residenzort Rastede GmbH

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 der Residenzort Rastede GmbH an die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF ARBICON ZINK KG – Oldenburg - vergeben. Nach erfolgter Prüfung wurde mit Datum vom 30.11.2011 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Nach erfolgter Auswertung des Prüfungsberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kam das Rechnungsprüfungsamt am 02.04.2012 zu dem Ergebnis, dass keine den Bestätigungsvermerk ergänzenden oder einschränkenden Feststellungen zu treffen waren.

In 2010 hat die Gemeinde Rastede weitere Anteile (40 %) erworben und ist nun zu 100 % Eigentümerin der Residenzort Rastede GmbH.

7.2 Beteiligungen

Beteiligungen sind Anteile an Unternehmen, die in der Absicht gehalten werden eine dauernde Verbindung zu diesem Unternehmen herzustellen. Die Bilanzierung erfolgt zu AHW, d. h. in Höhe der Einlage.

Die Gemeinde Rastede hält zum Bilanzstichtag folgende Beteiligungen:

Ammerländer Wohnungsbau GmbH:	19.470,00 EUR	3,80 %
Sozialstation Rastede gGmbH:	12.526,65 EUR	49 %
Rasteder Bürgergenossenschaft eG: (ein Geschäftsanteil beträgt 100,00 EUR)	10.000,00 EUR	100 Anteile
HUNO Verlag GmbH:	5.200,00 EUR	20,00 %
Raiffeisenbank Rastede eG: (ein Geschäftsanteil beträgt 300,00 EUR)	166,28 EUR	
Raiffeisen-Warengenossenschaft Ammerland-Friesland eG:	<u>1.238,78 EUR</u>	
(ein Geschäftsanteil beträgt 1.500,00 EUR)		
Summe:	<u>48.601,71 EUR</u>	

7.2.1 Prüfung der Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 der Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH an den Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen i. V. - Hannover - vergeben. Nach erfolgter Prüfung wurde mit Datum vom 23.06.2011 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Nach erfolgter Auswertung des Prüfungsberichtes des Verbandes kam das Rechnungsprüfungsamt am 29.08.2011 zu dem Ergebnis, dass keine den Bestätigungsvermerk ergänzenden oder einschränkenden Feststellungen zu treffen waren.

7.2.2 Prüfung der Sozialstation Rastede gGmbH

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 an die Carstens Revision & Treuhand GmbH - Nordenham - vergeben. Nach erfolgter Prüfung wurde mit Datum vom 06.04.2011 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Nach erfolgter Auswertung des Prüfungsberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kam das Rechnungsprüfungsamt am 12.04.2011 zu dem Ergebnis, dass keine den Bestätigungsvermerk ergänzenden oder einschränkenden Feststellungen zu treffen waren.

Durch die Schenkung von 51 % der Anteile an die Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadtland GmbH in 2010 stand das Unternehmen nicht mehr unter dem beherrschenden Einfluss der Gemeinde und war deshalb zu den Beteiligungen umzugliedern.

7.2.3 Prüfung der HUNO Verlag GmbH

Der Jahresabschluss der HUNO Verlag GmbH wurde von dem Steuerberatungsbüro Finkeisen & Partner, Rastede, aufgestellt. Das Geschäftsjahr 2010 schloss mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 16.478,41 EUR ab.

7.2.4 Sonstige Beteiligungen

Zu den Beteiligungen an der Rasteder Bürgergenossenschaft eG, der Raiffeisenbank Rastede eG sowie der Raiffeisen-Warengenossenschaft Ammerland-Friesland eG ergaben sich keine prüfungsrelevanten Feststellungen.

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2010 ergaben sich zu den vorstehenden Beteiligungen keine Anhaltspunkte dafür, dass die kommunalen Vorschriften zur wirtschaftlichen Betätigung von der Gemeinde Rastede nicht eingehalten wurden.

7.3 Sondervermögen

Gemäß § 102 Abs. 1 NGO (§ 130 Abs. 1 NKG) zählen zum Sondervermögen der Kommunen das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen der rechtlich unselbständigen örtlichen Stiftungen, wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, öffentliche Einrichtungen, für die aufgrund gesetzlicher Vorschriften Sonderrechnungen geführt werden, sowie rechtlich unselbständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen.

Der Bauhof der Gemeinde Rastede wird als optimierter Regiebetrieb geführt und mit 450.000,00 EUR gemäß § 108 Abs. 3 i. V. m. § 110 NGO als Sondervermögen bilanziert.

7.3.1 Prüfung des Bauhofs Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede

Der Jahresabschluss des Bauhofs Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF ARBICON ZINK KG, Oldenburg, aufgestellt. Das Geschäftsjahr 2010 schloss mit einem Jahresfehlbetrag i. H. v. **-47.652,43 EUR** ab.

Die liquiden Mittel des Bauhofes werden auf einem gemeindeeigenen Bankkonto geführt und in der Bilanz der Gemeinde als Verbindlichkeiten gegenüber dem Bauhof passiviert. Aufgrund unterschiedlicher Vorgehensweisen bei der Verbuchung von Zahlungsvorgängen ergaben sich Differenzen zwischen dem Bestand an liquiden Mitteln in der Bilanz des Bauhofes und den ausgewiesenen Verbindlichkeiten bei der Gemeinde. Diese Differenzen konnten bislang nicht vollständig aufgeklärt werden.

Zum 01.01.2013 wurde der Bauhof wieder in den gemeindlichen Haushalt integriert.

7.4 Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung haben sich keine Erkenntnisse oder Anhaltspunkte ergeben, die gegen eine ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung durch diverse wirtschaftliche Betätigungen der Gemeinde Rastede, unter Beachtung der hierzu erlassenen kommunalen Vorschriften, sprechen. Ferner wurden die Aufgaben zum Beteiligungsmanagement gemäß der Vorschriften nach § 114a NGO (§ 150 NKG) von der Gemeinde Rastede rechtskonform wahrgenommen.

8. Bestätigungsvermerk

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung erteilen wir dem Jahresabschluss 2010 der Gemeinde Rastede den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Ammerland hat den Jahresabschluss der Gemeinde Rastede zum 31.12.2010 geprüft. Zur Prüfung lagen alle Bestandteile des Jahresabschlusses gemäß § 100 Abs. 2 NGO (§ 128 Abs. 2 NKomVG) vor.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den Vorschriften der NGO und der GemHKVO liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gemeinde Rastede.

Die Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes besteht darin, zu prüfen, ob der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht, und aufgrund der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss abzugeben.

Die Prüfung des Jahresabschlusses gem. §§ 119, 120 NGO (§§ 155, 156 NKomVG) wurde unter ergänzender Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes in Anlehnung an die vom IDR verabschiedeten Grundsätze vorgenommen. Die Prüfungshandlungen wurden unter Beachtung der Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit in Anwendung des § 120 Abs. 1 NGO (§ 156 Abs. 1 NKomVG) auf den Umfang beschränkt, der nach pflichtgemäßem Ermessen und allgemeinen Erfahrungsgrundsätzen notwendig und angemessen ist, um relevante Sachverhalte beurteilen und die im Rahmen des gesetzlichen Prüfauftrages erforderlichen Feststellungen treffen zu können. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Aufgrund der vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses der Gemeinde Rastede zum 31. Dezember 2010, über deren Ergebnisse dieser Prüfungsbericht in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften informiert, bestätigen wir:

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Jahresabschluss im Wesentlichen den gesetzlichen Vorschriften und den sie ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Darüber hinaus bestätigen wir, dass weitgehend

- der Haushaltsplan eingehalten worden ist,
- die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eingehalten worden sind,
- bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen des kommunalen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist und
- sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde Rastede darstellt.

Auf die Prüfungsfeststellungen der Textziffern 01-13 wird hingewiesen. Anhaltspunkte, die gegen eine Entlastung des Bürgermeisters sprechen, haben sich nicht ergeben.

Westerstede, den 26.05.2015

Hempel

Deichsel

9. Kurzdarstellung der Prüfungsfeststellungen / -bemerkungen

Textziffer		Seite
01, 10	<p>Das Sachvermögen wird um 197.432,64 EUR zu gering ausgewiesen, da die in 2010 erbrachten Leistungen für bereits abgeschlossene Baumaßnahmen nicht aktiviert wurden.</p> <p>Entsprechend hätten für die in 2010 erbrachten Leistungen für bereits abgeschlossene Baumaßnahmen Verbindlichkeiten i. H. v. 197.432,64 EUR passiviert werden müssen. Somit werden in der vorgenannten Höhe die Schulden zu gering ausgewiesen.</p> <p>Aufgrund der Nichterfassung des o. g. Sachvermögens und der o. g. Schulden wurde gegen den Vollständigkeitsgrundsatz gem. § 42 Abs. 1 GemHKVO verstoßen.</p>	19, 23
02	Die Abgrenzung aktivierungsfähiger Investitionsmaßnahmen von Unterhaltungsmaßnahmen wurde bei der Gemeinde Rastede nicht vollumfänglich entsprechend der Bilanzierungsgrundsätze nach § 45 Abs. 3 GemHKVO vorgenommen.	20
03, 07	<p>Das Vorratsvermögen wird um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen. Grund hierfür sind öffentliche Flächen, die im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz sowohl beim Vorratsvermögen als auch im Sachanlagevermögen erfasst wurden.</p> <p>Durch die doppelte Erfassung von Flächen im Anlage- sowie im Vorratsvermögen wird das Basis-Reinvermögen um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen.</p>	20, 22
04	Vermögensabgänge im Vorratsvermögen wurden fehlerhaft gebucht. Als Folge hieraus wird das Vorratsvermögen i. H. v. 648.400,86 EUR zu gering ausgewiesen. In Höhe von 14.673,07 EUR ergeben sich auch Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2010.	20
05, 08	Der gemeindliche Anteil des „Osterlohfonds“ bestehend aus einem Girokonto und Wertpapieren (insgesamt 107.468,39 EUR) ist bilanziell auf der Aktivseite auszuweisen; gleichzeitig ist dieser Anteil auf der Passivseite als zweckgebundene Rücklage zu passivieren.	20, 23
06, 11	Die kreditorischen Debitoren (z. B. Überzahlungen von Schuldnern der Gemeinde) wurden nicht zu den Verbindlichkeiten umgegliedert. Ebenso wurden die debitorischen Kreditoren (z. B. Überzahlungen an Gläubiger der Gemeinde) nicht zu den Forderungen umgegliedert. Hierbei handelt es sich um einen Verstoß gegen das Verrechnungsverbot gemäß § 42 Abs. 2 GemHKVO.	21, 23

09	Es wurden Haushaltsreste für Aufwendungen, bei denen es sich um bereits in 2010 erbrachte Leistungen handelt, i. H. v. 74.356,52 EUR gebildet, die zu der Einstellung einer Verbindlichkeit geführt hätten. Bei korrekter Verbuchung wäre der Ergebnishaushalt um diesen Betrag belastet worden, so dass das Ergebnis in entsprechender Höhe zu hoch dargestellt wird.	23
12, 13	Die Gemeinde Rastede weist in der Ergebnis- und Finanzrechnung in Spalte 4 „Ansatz Haushaltsjahr“ nur die ursprünglichen Haushaltsansätze des Haushaltsplanes und nicht die fortgeschriebenen Haushaltsansätze aus.	27, 31

10. Anlagen

10.1 Bilanz zum 31.12.2010

Aktiva		Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-	Passiva		Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-
1.	Immaterielles Vermögen	1.012.509,00	1.422.212,94	1.	Nettoposition	89.055.953,87	93.497.188,71
1.2	Lizenzen	138.013,00	119.203,00	1.1	Basis-Reinvermögen	52.030.183,20	52.059.289,58
1.4	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	874.496,00	1.303.009,94	1.1.1	Reinvermögen	52.030.183,20	52.059.289,58
2.	Sachvermögen	92.332.947,50	94.402.170,25	1.3	Jahresergebnis	2.628.980,81	5.921.661,96
2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	7.389.523,34	7.339.887,14	1.3.1	Fehlbeträge aus Vorjahren*	0,00	2.674.083,21
2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	27.484.669,58	29.126.886,83	1.3.2	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.628.980,81	3.247.578,75
2.3	Infrastrukturvermögen	44.761.035,01	43.838.140,97	1.4	Sonderposten	34.396.789,86	35.516.237,17
2.4	Bauten auf fremden Grundstücken	99,00	95,00	1.4.1	Investitionszuweisungen und -zuschüsse	14.492.658,26	15.242.642,26
2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	9.306,00	8.973,00	1.4.2	Beiträge und ähnliche Entgelte	17.306.352,95	17.097.808,95
2.6	Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge	991.813,00	912.602,00	1.4.3	Gebührenausschlag	645.232,26	818.257,68
2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	2.497.794,00	2.606.350,00	1.4.5	erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	1.864.435,39	2.268.402,28
2.8	Vorräte	4.223.348,06	4.488.614,27	1.4.6	Sonstige Sonderposten	91.626,94	88.111,00
2.9	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	4.975.359,51	6.080.621,04	2.	Schulden	3.870.713,50	3.978.049,91
3.	Finanzvermögen	2.692.765,46	3.157.010,90	2.1	Geldschulden	3.457.392,37	3.691.207,52
3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	40.564,59	25.000,00	2.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	3.457.392,37	3.691.207,52
3.2	Beteiligungen	36.050,03	48.601,71	2.3	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	69.825,65	69.711,11
3.3	Sondervermögen mit Sonderrechnung	450.000,00	450.000,00	2.4	Transferverbindlichkeiten	62.196,45	152.946,71
3.4	Ausleihungen	1.552.679,57	1.610.406,22	2.4.4	Soziale Leistungsverbindlichkeiten	62.196,45	152.946,71
3.6	Öffentlich-rechtliche Forderungen	402.044,33	498.197,29	2.5	sonstige Verbindlichkeiten	281.299,03	64.184,57
3.7	Forderungen aus Transferleistungen	83.041,11	104.563,58	2.5.1	Durchlaufende Posten	286.389,73	71.609,52
3.8	Sonstige privatrechtliche Forderungen	57.917,24	338.098,88	2.5.1.1	Verrechnete Mehrwertsteuer	24.035,16	52.947,87
3.9	sonstige Vermögensgegenstände	70.468,59	82.143,22	2.5.1.3	Sonstige durchlaufende Posten	262.354,57	18.661,65
4.	Liquide Mittel	3.847.913,91	5.461.032,39	2.5.4	Andere sonstige Verbindlichkeiten	-5.090,70	-7.424,95
5.	Aktive Rechnungsabgrenzung	146.464,95	144.916,04	2.5.5	Kassenverrechnungskonto Bauhof	43.661,17	0,00
				3.	Rückstellungen	7.041.227,90	7.054.666,59
				3.1	Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	6.340.582,45	6.400.785,60
				3.2	Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen	375.836,82	373.864,45
				3.3	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	130.596,25	160.754,98

Aktiva	Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-	Passiva	Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-
			3.8 Andere Rückstellungen	194.212,38	119.261,56
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	64.705,55	57.437,31
Bilanzsumme	Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-	Bilanzsumme	Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-
	100.032.600,82	104.587.342,52		100.032.600,82	104.587.342,52

* Unter dieser Bilanzposition wird kein Fehlbetrag des Vorjahres ausgewiesen. Aufgrund des noch ausstehenden Verwendungsbeschlusses erfolgt hier der Ausweis des positiven Jahresergebnisses 2009.

10.2 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2010 (Muster 11)

Ergebnisrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushalts- jahres	Ansätze des Haushalts- jahres	mehr(+) weniger (-) (Sp. 3 – Sp. 4)	aus Spalte 5: bisher nicht bewilligte über-/außer- planmäßige Aufwendungen ³⁾
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5	6
ordentliche Erträge	—	—	—	—	—
1. Steuern und ähnliche Abgaben	13.638.441,42	15.587.277,05	12.981.100,00	+2.606.177,05	—
2. Zuwendungen und allg. Umlagen ¹⁾	5.131.729,56	4.511.710,52	4.219.573,00	+292.137,52	—
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	1.640.933,53	1.574.072,02	1.550.229,00	+23.843,13*	—
4. sonstige Transfererträge	252.249,95	415.753,58	184.500,00	+231.253,58	—
5. öffentlich-rechtliche Entgelte ²⁾	2.705.050,39	3.023.384,60	2.933.079,00	+90.305,60	—
6. privatrechtliche Entgelte	2.716.380,61	2.242.999,65	1.406.950,00	+836.049,65	—
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	733.448,95	711.217,59	684.900,00	+26.317,59	—
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	117.206,71	138.356,58	55.781,00	+82.575,58	—
9. aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	—
10. Bestandsveränderungen	-1.501.766,51	-884.306,47	-441.000,00	-443.306,47	—
11. sonstige ordentliche Erträge	840.639,83	623.067,71	378.100,00	+244.967,71	—
12. = Summe ordentliche Erträge	26.274.314,44	27.943.532,83	23.953.212,00	+3.990.320,94*	—
ordentliche Aufwendungen	—	—	—	—	—
13. Aufwendungen für aktives Personal	-6.024.881,84	-6.099.976,02	-6.239.076,00	+139.099,81*	—
14. Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	-6,00	+6,00	—
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.195.580,91	-4.811.298,41	-5.292.817,00	+481.518,59	—
16. Abschreibungen	-2.596.800,30	-2.756.943,99	-2.138.046,00	-618.897,99	—
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-148.872,73	-109.590,19	-265.000,00	+155.409,81	—
18. Transferaufwendungen	-8.441.888,31	-8.939.434,88	-8.391.745,00	-547.689,88	—
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.225.732,75	-1.568.053,28	-1.221.349,00	-346.704,28	—
20. =Summe ordentl. Aufwendungen	-23.633.756,84	-24.285.296,77	-23.548.039,00	-737.257,94*	—
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen) Jahresüberschuss(+) / Jahresfehlbetrag (-)	2.640.557,60	3.658.236,06	405.173,00	+3.253.063,00*	—
22. außerordentliche Erträge	440.678,50	165.363,93	0,00	+165.363,93	—
23. außerordentliche Aufwendungen	-407.152,89	-357.893,42	0,00	-357.893,42	—
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	33.525,61	-192.529,49	0,00	-192.529,49	—
Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	2.674.083,21	3.465.706,57	405.173,00	+3.060.533,51*	—

¹⁾ nicht für Investitionstätigkeit, ²⁾ ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit, ³⁾ Die Angaben in Spalte 5 können dem Jahresabschluss in einer gesonderten Anlage beigelegt werden.

* Bezüglich der rechnerischen Abweichungen von diesen Differenzbeträgen wird auf Gliederungspunkt 2.6 verwiesen.

10.3 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr 2010 (Muster 12)

Finanzrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushalts- jahres	Ansätze des Haushalts- jahres	mehr(+) weniger (-) (Sp. 3 – Sp. 4)	aus Spalte 5 bisher nicht bewilligte über-/außer- planmäßige Aus- zahlungen ⁴⁾
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5	6
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	—	—	—	—	—
1. Steuern und ähnliche Abgaben	13.552.828,23	15.230.756,59	12.981.100,00	+2.249.656,59	—
2. Zuwendungen u. allg. Umlagen ¹⁾	5.275.810,11	4.556.948,92	4.219.573,00	+337.375,92	—
3. sonstige Transfereinzahlungen	233.214,30	382.932,06	184.500,00	+198.432,06	—
4. öffentlich-rechtliche Entgelte ²⁾	2.870.032,47	3.021.831,95	2.933.079,00	+88.752,95	—
5. privatrechtliche Entgelte ³⁾	300.049,02	186.950,94	186.950,00	+0,94	—
6. Kostenerstattungen u. Kostenumlagen ³⁾	620.613,84	917.858,41	684.900,00	+232.958,41	—
7. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	121.812,71	133.896,02	55.781,00	+78.115,02	—
8. Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	339,08	4.010,62	0,00	+4.010,62	—
9. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	790.166,25	474.775,39	465.745,00	+9.030,39	—
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	23.764.866,01	24.909.960,90	21.711.628,00	+3.198.332,90	—
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	—	—	—	—	—
11. Auszahlungen für aktives Personal	-5.903.185,59	-5.840.867,82	-6.084.900,00	+244.032,18	—
12. Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	-6,00	+6,00	—
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	-5.169.892,18	-5.007.443,25	-5.292.517,00	+285.073,75	—
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-148.872,73	-109.590,19	-265.000,00	+155.409,81	—
15. Transferauszahlungen ³⁾	-8.441.588,76	-8.959.639,88	-8.391.745,00	-567.894,88	—
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	-1.483.333,60	-1.544.243,45	-1.305.014,00	-239.229,45	—
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-21.146.872,86	-21.461.784,59	-21.339.182,00	-122.602,59	—
18. Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 10 abzüglich Zeile 17)	2.617.993,15	3.448.176,31	372.446,00	+3.075.730,31	—
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	—	—	—	—	—
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	411.915,13	1.250.552,86	1.482.092,00	-231.539,14	—
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	1.151.690,86	1.276.625,90	733.500,00	+543.125,90	—
21. Veräußerung von Sachvermögen	2.533.587,30	2.400.431,70	1.709.000,00	+691.431,70	—
22. Finanzvermögensanlagen	0,00	13.037,94	0,00	+13.037,94	—
23. Sonstige Investitionstätigkeit	95.365,67	7.843,30	7.843,00	+0,30	—
24. =Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.192.558,96	4.948.491,70	3.932.435,00	+1.016.056,70	—

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushalts- jahres	Ansätze des Haushalts- jahres	mehr(+) weniger (-) (Sp. 3 – Sp. 4)	aus Spalte 5 bisher nicht bewilligte über-/außer- planmäßige Aus- zahlungen ⁴⁾ -Euro-
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	
1	2	3	4	5	6
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	—	—	—	—	—
25. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden	-4.238.464,18	-1.218.278,16	-851.900,00	-366.378,16	—
26. Baumaßnahmen	-4.259.249,54	-4.355.527,03	-7.399.100,00	+3.043.572,97	—
27. Erwerb von bewegl. Sachvermögen	-1.117.366,30	-380.582,62	-397.299,00	+16.716,38	—
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	-10.000,00	0,00	-10.000,00	—
29. Aktivierbare Zuwendungen	-649.333,25	-457.075,91	-280.100,00	-176.975,91	—
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	-75.268,78	-67.000,00	-8.268,78	—
31. =Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-10.264.413,27	-6.496.732,50	-8.995.399,00	+2.498.666,50	—
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	-6.071.854,31	-1.548.240,80	-5.062.964,00	+3.514.723,20	—
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	-3.453.861,16	1.899.935,51	-4.690.518,00	+6.590.453,51	—
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	—	—	—	—	—
34. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten u. inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	474.100,00	5.100.000,00	-4.625.900,00	—
35. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	-1.315.338,89	-240.284,85	-360.000,00	+119.715,15	—
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Zeile 34 und 35)	-1.315.338,89	233.815,15	4.740.000,00	-4.506.184,85	—
37. Finanzmittelbestand (Saldo aus Zeile 33 und 36)	-4.769.200,05	2.133.750,66	49.482,00	+2.084.268,66	—
38. haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	3.043.328,48	2.895.635,52	—	—	—
39. haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	-2.845.202,87	-3.463.492,07	—	—	—
40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (Zeile 38 und Zeile 39)	198.125,61	-567.856,55	—	—	—
41. +/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres	8.430.942,70	3.847.913,91	0,00	+3.847.913,91	—
42. = Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres) (Summe aus Zeilen 37, 40 und 41)	3.847.913,91	5.453.853,89*	0,00	+5.453.853,89	—

¹⁾ nicht für Investitionstätigkeit, ²⁾ ohne Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit, ³⁾ außer für Investitionstätigkeit,

⁴⁾ Die Angaben in Spalte 5 können dem Jahresabschluss in einer gesonderten Anlage beigelegt werden.

* Der ausgewiesene Endbestand i. H. v. 5.453.853,89 EUR entspricht dem Bestand des Tagesabschlusses zum 31.12.2010. Auf die Ausführung unter Gliederungspunkt 3.6.2 wird verwiesen.

Landkreis Ammerland
Ammerlandallee 12
26655 Westerstede

Telefon: 04488 – 56-0
Fax: 04488 – 56-444
www.ammerland.de



30.10.15

Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2010 der Gemeinde Rastede; Stellungnahme der Verwaltung zu den Prüfungsbemerkungen

Im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 der Gemeinde Rastede vom 20.03.2015 waren die nachstehend in *kursiv* aufgeführten Prüfungsfeststellungen enthalten. Sie werden vom Rechnungsprüfungsamt noch einmal wieder angesprochen, weil es sich um Feststellungen handelt, die für aufeinanderfolgende Jahre gelten. Die Prüfungen der Jahre 2009 und 2010 wurden in 2015 durchgeführt. Das hat dazu geführt und wird dazu führen, dass 2009 bis 2014 wiederholt zu treffende Feststellungen erst in den Jahren 2015 und 2016 buchungstechnisch korrigiert werden konnten und können. Eine andere Vorgehensweise ist nicht möglich. Die Stellungnahme der Verwaltung zu den Prüfungsbemerkungen 2009 ist ebenfalls noch einmal (in *kursiv*) wiedergegeben:

01, 06 2009	<p><u>Prüfungsbemerkung Jahresabschluss 2009:</u></p> <p><i>Das Vorratsvermögen wird um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen. Grund hierfür sind öffentliche Flächen, die im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz sowohl beim Vorratsvermögen als auch im Sachanlagevermögen erfasst wurden. Durch die doppelte Erfassung von Flächen im Anlage- sowie im Vorratsvermögen wird das Basis-Reinvermögen um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen.</i></p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung (zum Prüfbericht 2009):</u></p> <p><i>Die Feststellung ist zutreffend. Das gesamte Vorratsvermögen wurde überprüft und hat letztlich zur Feststellung des v.g. Betrages geführt. Die Korrekturen wurden mit Buchungen im Haushaltsjahr 2011 korrigiert. Buchungen in 2010 waren nicht mehr möglich, weil der Jahresabschluss 2010 bereits ausgefertigt ist.</i></p>	
01, 10	<p><u>Prüfungsbemerkung Jahresabschluss 2010</u></p> <p>Das Sachvermögen wird um 197.432,64 EUR zu gering ausgewiesen, da die in 2010 erbrachten Leistungen für bereits abgeschlossene Baumaßnahmen nicht aktiviert wurden. Entsprechend hätten für die in 2010 erbrachten Leistungen für bereits abgeschlossene Baumaßnahmen Verbindlichkeiten i. H. v. 197.432,64 EUR passiviert werden müssen. Somit werden in der vorgenannten Höhe die Schulden zu gering ausgewiesen. Aufgrund der Nichterfassung des o. g. Sachvermögens und der o. g. Schulden wurde gegen den Vollständigkeitsgrundsatz gem. § 42 Abs. 1 GemHKVO verstoßen.</p>	19, 23

	<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></p> <p>Die Feststellung ist nicht ganz zutreffend. Es handelt sich um Rechnungen, die zunächst über Durchlaufende Gelder bezahlt wurden. Übersehen wurde, dass die Vorleistungen bei den Durchlaufenden Geldern über regulären Haushaltsbuchungen, also über veranschlagte Haushaltsansätze, hätten ausgeglichen werden können, so dass die Bildung von Haushaltsresten nicht mehr notwendig gewesen wäre. Allerdings ist es nicht zutreffend, dass die Schulden nicht richtig ausgewiesen werden, denn es macht bilanziell keinen Unterschied, ob eine Rechnung über Durchlaufende Gelder beglichen wird oder regulär über einen veranschlagten Haushaltsansatz.</p> <p>Das RPA meint, dass, wenn Leistungen erbracht und dafür lediglich Haushaltsreste gebildet wurden, Verbindlichkeiten ausgewiesen werden müssten. Theoretisch ist das richtig, aber es ist zu beachten, dass die erbrachten Leistungen bezahlt wurden und damit keine Verbindlichkeit mehr besteht.</p>	
02 2009	<p><u>Prüfungsbemerkung Jahresabschluss 2009:</u></p> <p><i>Vermögensabgänge im Vorratsvermögen wurden fehlerhaft gebucht. Als Folge hieraus wird das Vorratsvermögen i. H. v. 633.727,79 EUR zu gering ausgewiesen. In gleicher Höhe ergeben sich auch Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2009.</i></p> <p><i>Vermögensabgänge im Vorratsvermögen wurden fehlerhaft gebucht. Als Folge hieraus wird das Vorratsvermögen i. H. v. 633.727,79 EUR zu gering ausgewiesen. In gleicher Höhe ergeben sich auch Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2009.</i></p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung (zum Prüfbericht 2009):</u></p> <p><i>Auch diese Feststellung ist zutreffend. Es gilt die Ausführung der Verwaltung zur Textziffer 01, 06</i></p>	20
02	<p><u>Prüfungsbemerkung Jahresabschluss 2010</u></p> <p>Die Abgrenzung aktivierungsfähiger Investitionsmaßnahmen von Unterhaltungsmaßnahmen wurde bei der Gemeinde Rastede nicht vollumfänglich entsprechend der Bilanzierungsgrundsätze nach § 45 Abs. 3 GemHKVO vorgenommen.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></p> <p>Siehe Begründung zur Prüfungsbemerkung 03 aus 2009</p>	20

03 2009	<p><u>Prüfungsbemerkung Jahresabschluss 2009:</u></p> <p>Die Abgrenzung aktivierungsfähiger Investitionsmaßnahmen von Unterhaltungsmaßnahmen wurde bei der Gemeinde Rastede nicht vollumfänglich entsprechend der Bilanzierungsgrundsätze nach § 45 Abs. 3 GemHKVO vorgenommen.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung (zum Prüfbericht 2009):</u></p> <p>Im Rahmen der Einführung der Doppik haben sich der Landkreis und die kreisangehörigen Gemeinden Gedanken darüber gemacht, ob und wie in der Summe erhebliche „Unterhaltungsmaßnahmen“ als Investition betrachtet und aktiviert werden können. Bei der Absprache war das Rechnungsprüfungsamt dabei. Seitens des Rechnungsprüfungsamtes wurde bereits zu dem Zeitpunkt darauf hingewiesen, dass es die Vorgehensweise der Kommunen nicht für richtig hält und es deshalb zu entsprechenden Prüfungsbemerkungen kommen wird.</p>	
04, 07 2009	<p><u>Prüfungsbemerkung Jahresabschluss 2009:</u></p> <p>Der gemeindliche Anteil des „Osterlohfonds“, bestehend aus einem Girokonto und Wertpapieren (insgesamt 106.163,10 EUR), ist bilanziell auf der Aktivseite auszuweisen; gleichzeitig ist dieser Anteil auf der Passivseite als zweckgebundene Rücklage zu passivieren.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung (zum Prüfbericht 2009):</u></p> <p>Die Feststellung ist richtig. Ab 2011 erfolgen die bilanziellen Ausweisungen richtig.</p>	
03, 07	<p><u>Prüfungsbemerkung Jahresabschluss 2010</u></p> <p>Das Vorratsvermögen wird um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen. Grund hierfür sind öffentliche Flächen, die im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz sowohl beim Vorratsvermögen als auch im Sachanlagevermögen erfasst wurden. Durch die doppelte Erfassung von Flächen im Anlage- sowie im Vorratsvermögen wird das Basis-Reinvermögen um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></p> <p>Siehe Begründung zur Prüfungsbemerkung 02 aus 2009</p>	20, 22
04	<p><u>Prüfungsbemerkung Jahresabschluss 2010</u></p> <p>Vermögensabgänge im Vorratsvermögen wurden fehlerhaft</p>	20

	<p>gebucht. Als Folge hieraus wird das Vorratsvermögen i. H. v. 648.400,86 EUR zu gering ausgewiesen. In Höhe von 14.673,07 EUR ergeben sich auch Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2010.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></p> <p>Siehe Begründung zur Prüfungsbemerkung 02 aus 2009</p>	
05, 08 2009	<p><u>Prüfungsbemerkung Jahresabschluss 2009:</u></p> <p><i>Die kreditorischen Debitoren (z. B. Überzahlungen von Schuldnern der Gemeinde) wurden nicht zu den Verbindlichkeiten umgegliedert. Ebenso wurden die debitorischen Kreditoren (z. B. Überzahlungen an Gläubiger der Gemeinde) nicht zu den Forderungen umgegliedert. Hierbei handelt es sich um einen Verstoß gegen das Verrechnungsverbot gemäß § 42 Abs. 2 GemHKVO.</i></p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung (zum Prüfbericht 2009):</u></p> <p><i>Hier handelt es sich um ein technisches Problem, was sich nicht lösen lässt; dem Rechnungsprüfungsamt ist das bekannt. Formal gesehen kann es durch die technische Situation zu einem falschen Saldenausweis kommen. d.h. es kann dazu kommen, dass Überzahlungen von Schuldnern im Saldo die ursprüngliche Forderung zu einer Verbindlichkeit werden lassen, was bilanziell entsprechend ausgewiesen werden müsste. Theoretisch könnte das durch manuelle Umbuchungen zum Stichtag 31.12. so korrigiert werden, aber das wäre mit einem unverhältnismäßigen und fehlerträchtigen Arbeitsaufwand verbunden, der nicht vertretbar ist. Außerdem wird das bilanzielle Jahresergebnis nicht berührt. Die Verwaltung wird ihre Praxis nicht verändern.</i></p>	
05, 08	<p><u>Prüfungsbemerkung Jahresabschluss 2010</u></p> <p>Der gemeindliche Anteil des „Osterlohfonds“ bestehend aus einem Girokonto und Wertpapieren (insgesamt 107.468,39 EUR) ist bilanziell auf der Aktivseite auszuweisen; gleichzeitig ist dieser Anteil auf der Passivseite als zweckgebundene Rücklage zu passivieren.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></p> <p>Siehe Begründung zur Prüfungsbemerkung 04 und 07 aus 2009</p>	20, 23
06, 11	<p><u>Prüfungsbemerkung Jahresabschluss 2010</u></p> <p>Die kreditorischen Debitoren (z. B. Überzahlungen von</p>	21, 23

	<p>Schuldern der Gemeinde) wurden nicht zu den Verbindlichkeiten umgegliedert. Ebenso wurden die debitorischen Kreditoren (z. B. Überzahlungen an Gläubiger der Gemeinde) nicht zu den Forderungen umgegliedert. Hierbei handelt es sich um einen Verstoß gegen das Verrechnungsverbot gemäß § 42 Abs. 2 GemHKVO.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></p> <p>Siehe Begründung zur Prüfungsbemerkung 05 und 07 aus 2009</p>	
09, 10 2009	<p><u>Prüfungsbemerkung Jahresabschluss 2009:</u></p> <p><i>Die Gemeinde Rastede weist in der Ergebnis- und Finanzrechnung in Spalte 4 „Ansatz Haushaltsjahr“ nur die ursprünglichen Haushaltsansätze des Haushaltsplans und nicht die fortgeschriebenen Haushaltsansätze aus.</i></p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung (zum Prüfbericht 2009):</u></p> <p><i>Das ist zutreffend. Es lässt sich bis einschließlich 2014 nicht ändern. Letztendlich geht es um ein technisches Problem. In der Jahresrechnung werden die Ist-Zahlungen den Planzahlen gegenüber gestellt. Die Ist-Zahlungen beinhalten auch die Zahlungen, die auf Haushaltsreste getätigt wurden. Die Planansätze enthalten in der Jahresrechnung die Haushaltsreste dagegen nicht. Ursprünglicher Planansatz und Haushaltsrest müssten für eine Vergleichbarkeit kumuliert werden. Das lässt sich technisch nur dadurch erreichen, dass für die Haushaltsreste im Finanzbuchhaltungsprogramm eine eigene Planversion „Haushaltsreste“ eingerichtet wird und die beiden Planversionen „Plan“ und „Haushaltsreste“ in einer gemeinsamen Planversion kumuliert werden. Für 2015 ist das nun vorgesehen.</i></p>	
09	<p><u>Prüfungsbemerkung Jahresabschluss 2010</u></p> <p>Es wurden Haushaltsreste für Aufwendungen, bei denen es sich um bereits in 2010 erbrachte Leistungen handelt, i. H. v. 74.356,52 EUR gebildet, die zu der Einstellung einer Verbindlichkeit geführt hätten. Bei korrekter Verbuchung wäre der Ergebnishaushalt um diesen Betrag belastet worden, so dass das Ergebnis in entsprechender Höhe zu hoch dargestellt wird.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></p> <p>Die Feststellung ist zutreffend. Die Rechnungen wurden aus Durchlaufende Gelder und nicht aus den veranschlagten Ansätzen des Ergebnishaushaltes bezahlt. Dadurch ist es</p>	23

	dazu gekommen, dass für die nicht in Anspruch genommenen Ansätze Haushaltsreste gebildet wurden, was nicht mehr erforderlich gewesen wäre. Das Jahresergebnis wurde durch diesen Fehler zwar zu hoch ausgewiesen, aber eine Auswirkung auf die Bilanzsumme ist nicht gegeben.	
12, 13	<u>Prüfungsbemerkung Jahresabschluss 2010</u> Die Gemeinde Rastede weist in der Ergebnis- und Finanzrechnung in Spalte 4 „Ansatz Haushaltsjahr“ nur die ursprünglichen Haushaltsansätze des Haushaltsplanes und nicht die fortgeschriebenen Haushaltsansätze aus. <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Siehe Begründung zur Prüfungsbemerkung 09 und 10 aus 2009	27, 31

Beschlussvorlage

Vorlage-Nr.: 2015/215

freigegeben am **25.11.2015**

Stab

Sachbearbeiter/in: Kannwischer, Daniela

Datum: 19.11.2015

Zuwendungen des Jahres 2014 und Nachmeldung 2013

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	07.12.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	08.12.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage aufgeführten Zuwendungen werden angenommen und für den förderungsfähigen Zweck verwendet.

Sach- und Rechtslage:

Im Jahr 2014 sind die in der anliegenden Liste aufgeführten Zuwendungen in Form von zweckgebundenen Geld- und Sachspenden bei der Gemeinde Rastede eingegangen. Nachträglich wurden für das Jahr 2013 noch Spenden nachgemeldet.

Über die Annahme und Vermittlung der Zuwendungen über der Wertgrenze von 100 Euro entscheidet gem. § 111 Abs. 7 Satz 3 NKomVG in Verbindung mit § 25a Abs. 1 Satz 1 GemHKVO der Rat. Sind von einem Zuwendungsgeber mehrere Zuwendungen in einem Jahr geleistet worden, ist ab summenmäßiger Überschreitung der Wertgrenze ebenfalls der Rat für die Annahme der Zuwendungen zuständig. In der Auflistung handelt es sich um alle Spenden, bei denen pro Spender die Spendensumme von 100 Euro überschritten wurde. Über die Annahme der Spenden unter 100 Euro (pro Spender) hat bereits der Bürgermeister entschieden.

Finanzielle Auswirkungen:

Für den Erhalt der Zuwendungen müssen / mussten keine eigenen finanziellen Mittel eingesetzt werden.

Anlagen:

Zuwendungen des Jahres 2014 und Nachmeldungen für das Jahr 2013.

Zuwendungen des Jahres 2014

Annahme und Vermittlung von Zuwendungen über 100,00€ pro Spender

Anlage 1 zu Vorlage 2015/215

Nr.	Datum der Zuwendung	Einrichtung / Außenstelle	Zuwendungsgeber Nachname / Firmenname	Zuwendungsart	Zuwendungswert pro Spende	Gesamtwert pro Spender über 100,00 €	Zuwendungszweck
1	05.12.2014	Kindergarten Feldbreite	Firma Also Deutschland	Sachzuwendung	118,80 €	237,60 €	12 Blechtrommeln
2	08.12.2014	Kindergarten Voßbarg	Firma Also Deutschland	Sachzuwendung	118,80 €		12 Blechtrommeln
3	11.11.2014	Kindergarten Marienstraße	Herr Burghard Bruns	Sachzuwendung	69,98 €		Vogelhaus und Futter
4	26.11.2014	Kindergarten Marienstraße	Herr Burghard Bruns	Sachzuwendung	254,00 €	323,98 €	Tandem Lauftrad
5	25.04.2014	KGS Rastede	Firma EWE Aktiengesellschaft	Sachzuwendung	2.163,66 €		20 Desktop PC HP DC7800, 20 EIZO Monitore
6	26.05.2014	Kindergarten Feldbreite	Förderverein Feldmäuse e.V.	Sachzuwendung	49,95 €	1.988,06 €	5 Musikinstrumente
7	06.08.2014	Kindergarten Feldbreite	Förderverein Feldmäuse e.V.	Sachzuwendung	189,00 €		1 Puppentheater
8	06.08.2014	Kindergarten Feldbreite	Förderverein Feldmäuse e.V.	Sachzuwendung	49,00 €		1 Puppenhaus
9	06.08.2014	Kindergarten Feldbreite	Förderverein Feldmäuse e.V.	Sachzuwendung	99,00 €		1 Ritterburg
10	14.10.2014	Kindergarten Feldbreite	Förderverein Feldmäuse e.V.	Sachzuwendung	938,41 €		verschiedene Gegenstände (Puppenfrisierkommode und Kindergarderobe)
11	13.08.2014	Kindergarten Feldbreite	Förderverein Feldmäuse e.V.	Sachzuwendung	69,90 €		Ritter-Set (Spielzeug)
12	13.10.2014	Kindergarten Feldbreite	Förderverein Feldmäuse e.V.	Sachzuwendung	141,00 €		verschiedene Spielsachen (Verkehrsschilder-Set 1+2 und Ampel)
13	14.10.2014	Kindergarten Feldbreite	Förderverein Feldmäuse e.V.	Sachzuwendung	451,80 €		4 Kinderklappsessel
14	23.04.2014	KGS Rastede	Förderverein KGS Rastede	Sachzuwendung	534,15 €	721,61 €	versch. Anschaffungen für die Imker-AG
15	28.04.2014	KGS Rastede	Förderverein KGS Rastede	Sachzuwendung	187,46 €		1 Drucker und Druckerpatronen für Schülerfirma "Colorful Office"
16	23.05.2014	Kindergarten Mühlenstraße	Förderverein Kindergarten Mühlenstr. e.V.	Sachzuwendung	394,04 €	394,04 €	Holz-Xylophon
17	10.02.2014	GS Wahnbek	Freundeskreis GS Wahnbek	Sachzuwendung	298,90 €		diverse Bücher für die Schulbücherei
18	11.06.2014	GS Wahnbek	Freundeskreis GS Wahnbek	Sachzuwendung	730,00 €	1.334,65 €	10 Sony Radiorecorder für die Klassenräume
19	08.10 + 21.11.2014	Grundschule Wahnbek	Freundeskreis GS Wahnbek	Sachzuwendung	206,27 €		diverse Bücher für die Schulbücherei
20	01.12.2014	Grundschule Wahnbek	Freundeskreis GS Wahnbek	Sachzuwendung	99,48 €		Springseile
21	16.12.2014	Feuerwehr Neusüdende	Herr Friedemann Richter	Geldzuwendung	485,55 €		Förderung des Feuerschutzes
22	04.08.2014	Freiwillige Feuerwehr Hahn	Raiffeisen Warenen. Wesermarsch eG	Sachzuwendung	380,00 €	380,00 €	Dachziegel, Friste und Ortgang Dachziegel für Dacheindeckung Hinweisschild
23	01.08.2014	Kindergarten Mühlenstraße	Firma Rolladenbau Brunken	Geldzuwendung	615,71 €	615,71 €	Aufwandsspende: Lieferung und Einbau von 2 Perfektline Festern
24	24.10.2014	Kindergarten Marienstraße	Waldkindergarten Rastede e.V.	Sachzuwendung	160,62 €		Akku-Bohrschrauber (Bosch PSR , Zubehör-Set + Toolbox +2 Akkus und Ladegerät)
25	24.10.2014	Kindergarten Marienstraße	Waldkindergarten Rastede e.V.	Sachzuwendung	74,95 €	428,66 €	verschiedene Spielsachen (u.a. Bagger, Bücher usw.)
26	16.11.2014	Kindergarten Marienstraße	Waldkindergarten Rastede e.V.	Sachzuwendung	44,31 €		verschiedene Gegenstände (u.a. Schrauben, Schraubhaken, Fahrradpumpe, Lichterkette)
27	19.11.2014	Kindergarten Voßbarg	Waldkindergarten Rastede e.V.	Sachzuwendung	148,78 €		verschiedene Gegenstände (u.a. 2 Kosmos-Bücher, Werkzeug, Rucksack)
28	03.04.2014	Freiwillige Feuerwehr Loy-Barghorn	Firma ZB-Holzsysteme	Geldzuwendung	200,00 €	200,00 €	Förderung des Feuerschutzes

Nachmeldungen für das Jahr 2013

29	27.04.2013	KGS Rastede	Förderverein der KGS Rastede e.V.	Sachzuwendung	749,00 €	6.565,52 €	Kompakt Blitzgerät Bowsens Gemini 400/400 Rx
30	03.09.2013	KGS Rastede	Förderverein der KGS Rastede e.V.	Sachzuwendung	234,45 €		"Barfußpfad" bestehend aus Rundholz, Rindenmulch und Zierkies
31	20.11.2013	KGS Rastede	Förderverein der KGS Rastede e.V.	Sachzuwendung	661,76 €		Canon EOS 1100D SLR-Digitalkameras (2 Stk.)
32	20.11.2013	KGS Rastede	Förderverein der KGS Rastede e.V.	Sachzuwendung	399,50 €		Zubehör für Digitalkameras (Buch, Objektiv, Tasche)
33	25.05.2013	KGS Feldbreite	Förderverein der KGS Rastede e.V.	Sachzuwendung	4.520,81 €	3.423,01 €	Spielgerät - Seilpyramide
34	28.10.2013	GS Feldbreite	Förderverein der GS Rastede e.V.	Sachzuwendung	3.423,01 €		Spielgerät - Motorischer Pfad mit Rutsche

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2015/204

freigegeben am **26.11.2015**

Stab

Sachbearbeiter/in: G.Röben

Datum: 05.11.2015

Haushalt 2015 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	07.12.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	08.12.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Höhe von jeweils über 5.000 Euro.

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage sind die seit dem 24.06.2015 angefallenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von jeweils über 5.000 Euro aufgeführt.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Sachkonten in anderen Budgets im Haushalt 2015 (Minderaufwendungen oder Mehrerträge, Minderauszahlungen oder Mehreinzahlungen) vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben seit dem 24.06.2015 in Höhe von jeweils über 5.000 Euro.

Hinweis zur Anlage:

In der Aufstellung sind auch Beträge unter 5.000 Euro enthalten. Die Wertgrenze von 5.000 Euro bezieht sich nicht auf die einzelne Zahlung, sondern auf die Höhe der Überschreitung eines jeweiligen Budgets. Die in der Anlage aufgeführten Zahlungen sind also vorangegangenen überplanmäßigen Ausgaben hinzuzurechnen, woraus sich eine Überschreitung von über 5.000 Euro ergibt.

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben**Verschiebung von Mittel innerhalb des Ergebnishaushaltes (über 5.000 €)**

Lfd. Nr.	Datum	Teilhaushalt	Produkt	Kostenstelle	IPSP-Element	Bezeichnung	Budget - Bezeichnung	Budget - Schlüssel	Betrag	Begründung der Verschiebungen
1	08.07.2015	TH4_01	-	9142425002	-	Umkleidegebäude Sportplatz Wahnbek	Liegenschaften, Gebäude und Grundstücke	410000	1.796,90 €	Die Schadenersatzleistung der Versicherung für einen Einbruchschaden an der Umkleide Sportplatz Wahnbek wird dem Ausgabebudget zur Verfügung gestellt.
2	08.07.2015	TH4_01	-	9142411050	-	Funktionsgebäude	Liegenschaften, Gebäude und Grundstücke	410000	1.008,19 €	Die Schadenersatzleistung der Versicherung für einen Leitungswasserschaden im Freibad wird dem Ausgabebudget zur Verfügung gestellt.
3	08.07.2015	TH4_01	-	9121800001	-	KGS	Liegenschaften, Gebäude und Grundstücke	410000	2.500,55 €	Die Schadenersatzleistung der Versicherung für einen Leitungswasserschaden in der KGS wird dem Ausgabebudget zur Verfügung gestellt.
4	13.07.2015 07.10.2015	TH5_01	-	9315400002	-	angemietete fremde Wohnungen	Soziale Einrichtungen	510400	51.700,00 €	Aufgrund vermehrter Zuweisungen von Flüchtlingen mussten zusätzliche Wohnungen angemietet werden.
5	24.09.2015	TH4_01	-	9242423001	-	Sportplatz Kleibrok	Liegenschaften, Gebäude und Grundstücke	410000	60.000,00 €	Für die Unterbringung neuer Flüchtlinge wird auf dem Sportplatz Kleibrok übergangsweise ein Containerdorf errichtet. (Siehe Vorlage 2015/156 vom 16.09.2015)
6	24.09.2015	TH6_01	P1.06.00.541100.001	-	-	Gemeindestraßen	Straßen und Brücken, Straßenreinigung, Straßenbeleuchtung, ÖPNV	610400	6.383,91 €	Die Schadenersatzleistung der Versicherung für die Beschädigung von Baumwurzeln im Wohngebiet "Am Stratjebusch" wird dem Ausgabebudget zur Verfügung gestellt.
7	14.10.2015	TH4_01	-	9136560001	-	Kindergarten Feldbreite	Liegenschaften, Gebäude und Grundstücke	410000	7.121,30 €	Die Schadenersatzleistung der Versicherung für einen Wasserschaden beim Kindergarten Feldbreite wird dem Ausgabebudget zur Verfügung gestellt.

Verschiebung von Mittel innerhalb des Finanzhaushaltes (über 5.000 €)

Lfd. Nr.	Datum	Teilhaushalt	Produkt	Kostenstelle	IPSP-Element	Bezeichnung	Budget - Bezeichnung	Budget - Schlüssel	Betrag	Begründung der Verschiebungen
1	24.06.2015	TH3_01	-	-	I1.009062.510	Erweiterung Schnittstelle FM-Tools/SAP	Erweiterung Schnittstelle FM-Tools/SAP	I1009062	7.400,00 €	Außerplanmäßige Programmierung der Schnittstelle zwischen FM-Tools und SAP zur Übergabe von Vormerkungen.
2	22.07.2015	TH5_021	-	-	I1.045233.510	2015 Sammelposten - KGS Wilhelmstraße (ohne Schulbudget)	2015 Sammelposten - KGS Wilhelmstraße (ohne Schulbudget)	I1045233	44.000,00 €	Im Rahmen des 1. Nachtragshaushaltsplanes 2015 wurden die zur Verfügung gestellten Mittel für investive Maßnahmen versehentlich beim Budget "2015 Sammelposten (Gebäude) - KGS Wilhelmstr." eingeplant, richtig ist jedoch "2015 Sammelposten - KGS Wilhelmstr. (ohne Schulbudget)".
3	01.09.2015	TH3_01	-	-	I1.009017.510	2015 Sammelposten Inventar - Rathaus	2015 Sammelposten Inventar - Rathaus	I1009017	5.163,77 €	Es mussten fünf neue PC's und zwei neue Notebooks beschafft werden.
4	09.09.2015	TH3_03	-	-	I1.003023.525	2015 Zuschuss Schmutzwasserbeitrag Gewerbegebiete	2015 Zuschuss Schmutzwasserbeitrag Gewerbegebiete	I1003023	29.812,58 €	Im Haushaltsjahr 2015 müssen mehr Zuschüsse für Schmutzwasserbeiträge an Gewerbetreibende gezahlt werden.

5	10.09.2015	TH5_02	-	-	I1.033711.500	Brunnen 2 (Büfa) baulicher Teil, Brandschutz	Brunnen 2 (Büfa) baulicher Teil, Brandschutz	I1033711	27.500,00 €	Bei den jährlichen Wartungsarbeiten wurde eine defekte Pumpe festgestellt. Nach Ausbau der Pumpe mittels Autokran konnte ein Totalschaden durch eingedrungenen Filterkies festgestellt werden. Der Bohrbrunnen ist nicht reperabel und muss in unmittelbarer Nähe neu gebaut werden.
6	14.09.2015	TH6_01	-	-	I1.071914.500	BPL.86; Am Autobahnkreuz Regenwasserkanal + Schächte	BPL.86; Am Autobahnkreuz Regenwasserkanal + Schächte	I1085919	130.000,00 €	Spundwand zur Herstellung des Objektschutzes (Löschwasser) gemäß vertraglicher Verpflichtung (Siehe Vorlage 2015/129).
7	14.09.2015	TH6_01	-	-	I1.066080.510	Pumpwerk Neusüdende (29) maschineller Teil (Pumpe)	Pumpwerk Neusüdende (29) maschineller Teil (Pumpe)	I1066080	6.500,00 €	Die Tauchmotorpumpe im Pumpwerk Neusüdende ist defekt und muss ersetzt werden.
8	14.09.2015	TH6_01	-	-	I1.077012.525	Ampel Schulstraße, Straßen	Ampel Schulstraße, Straßen	I1077012	20.451,83 €	Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 13.05.2014 die Installation einer Lichtsignalanlage an der Schulstraße (Siehe Vorlage 2014/068A) beschlossen.
9	15.09.2015	TH6_01	-	-	I1.000311.500	BPl. 59 (GE Leuchtenburg III) - Regenwasserkanal (Planung)	BPl. 59 (GE Leuchtenburg III) - Regenwasserkanal (Planung)	I1000311	5.730,81 €	Bei der Sicherung der Versorgungsleitungen sind höhere Kosten entstanden als im Haushaltsplan eingeplant wurden.
10	17.09.2015	TH6_01	-	-	I1.071914.500	BPl.86; Am Autobahnkreuz - Regenwasserkanal + Schächte	BPl.86; Am Autobahnkreuz - Regenwasserkanal + Schächte	I1071990	6.103,52 €	Zur Sicherung des Grundstückes musste das Regenwasserrückhaltebecken zum Löschteich als fester Anschluss für die Feuerwehr umgebaut werden.
11	21.09.2015	TH6_01	-	-	I1.000331.500	BPl. 59 (GE Leuchtenburg III) - Straßenbau	BPl. 59 (GE Leuchtenburg III) - Straßenbau	I1000331	19.926,81 €	Die Planungsleistungen für die Erweiterung des Gewerbegebietes Bürgermeister-Brötje-Straße sollen bereits im Jahr 2015 beginnen (Beschluss des Verwaltungsausschusses Vorlage 2015/149 vom 03.09.2015).
12	21.09.2015	TH6_01	-	-	I1.000311.500	BPl. 59 (GE Leuchtenburg III) - Regenwasserkanal (Planung)	BPl. 59 (GE Leuchtenburg III) - Regenwasserkanal (Planung)	I1000311	3.994,44 €	Die Planungsleistungen für die Erweiterung des Gewerbegebietes Bürgermeister-Brötje-Straße sollen bereits im Jahr 2015 beginnen (Beschluss des Verwaltungsausschusses Vorlage 2015/149 vom 03.09.2015).
13	24.09.2015	TH5_021	-	-	I1.046242.510	2015 Sammelposten (Gebäude) - KGS Feldbreite	2015 Sammelposten (Gebäude) - KGS Feldbreite	I1046242	4.308,40 €	Für die KGS Feldbreite wurden neue Projektionsflächen angeschafft. Da der Netto-Einzelwert einer Projektionsfläche unter 1.000,00 € liegt, muss der Rechnungsausgleich aus dem Sammelposten erfolgen.
14	24.09.2015	TH5_01	-	-	I1.025601.500	Ersatzbau Tannenkrug 41, Soziale Einrichtungen Wohnungslose	Ersatzbau Tannenkrug 41, Soziale Einrichtungen Wohnungslose	I1025601	14.250,00 €	Das Gebäude der Tannenkrugsiedlung Nr. 41 muss abgebrochen werden.
15	24.09.2015	TH6_01	-	-	I1.065980.500	Entlastungssammler Wilhelmstraße, Schmutzwasserkanal	Entlastungssammler Wilhelmstraße, Schmutzwasserkanal	I1065980	8.447,25 €	Es mussten mehr Grundstücksanschlussleitungen hergestellt werden als vorher geplant wurde.
16	25.09.2015	TH6_01	-	-	I1.077025.525	Kostenanteil für Trafostation, Straßen	Kostenanteil für Trafostation, Straßen	I1077025	57.904,21 €	Installation einer Trafostation zur Stromversorgung gemäß vertraglicher Verpflichtungen.
17	21.10.2015	TH5_021	-	-	I1.046242.510	2015 Sammelposten (Gebäude) - KGS Feldbreite	2015 Sammelposten (Gebäude) - KGS Feldbreite	I1046242	952,00 €	Die Schadenersatzleistung der Versicherung für einen Brandschaden an zwei Müllcontainern an der KGS Feldbreite wird dem Ausgabebudget zur Verfügung gestellt.
18	21.10.2015	TH3_01	-	-	I1.009058.510	DMS Ceyoniq (Software), Rathaus allgemein	DMS Ceyoniq (Software), Rathaus allgemein	I1009058	2.281,83 €	Für das Dokumentenmanagementsystem wurden Probleme durch die KDO behoben.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/210freigegeben am **18.11.2015****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Düring, Andre

Datum: 12.11.2015

2. Fortschreibung und Festsetzung der Abwasserbeiträge

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	07.12.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	08.12.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die 2. Fortschreibung und Neufestsetzung der Abwasserbeiträge (Schmutz- und Regenwasser) werden auf der Grundlage der als Anlage 1 beigefügten 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Beiträge für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Rastede beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Rechtsprechung ist die Beitragskalkulation im Abwasserbereich alle 10 Jahre neu zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Diese Beitragskalkulationen, getrennt nach Schmutz- und Niederschlagswasser, sind dieser Vorlage als Anlagen 2 und 3 beigefügt.

Der Beitragssatz ergibt sich aus den Kosten für die Herstellung der Abwasserbeseitigungseinrichtungen (bisherige Kosten und die in den nächsten zehn Jahren geplanten Kosten) dividiert durch die Flächen der Grundstücke, die an die Einrichtungen angeschlossen sind und künftig angeschlossen werden sollen.

Die Beitragssätze decken die Kosten der erstmaligen Herstellung der Abwasserbeseitigungseinrichtung ab. Insofern stehen Kosten und damit der Beitrag fest; er ist schlicht das Ergebnis einer Berechnung. Diese Berechnung hat im Ergebnis den maximalen Beitragssatz, dieser Satz darf nicht überschritten werden.

Zum Verständnis ist darauf hinzuweisen, dass die erstmalige Herstellung der Abwasserbeseitigungseinrichtung noch nicht abgeschlossen ist, da ja noch – durch neue Baugebiete – eine ständige Erweiterung stattfindet.

Die Fortschreibung der Beitragskalkulation hat zu folgendem Ergebnis geführt:

	Bisheriger Beitragssatz	Neuer Beitragssatz
Schmutzwasser	13,24 Euro	13,35 Euro
Niederschlagswasser	3,02 Euro	3,98 Euro

Gegenüber dem zurückliegenden Kalkulationszeitraum ist nunmehr eine leichte Erhöhung des Beitragssatzes vorgesehen. Das liegt vor allem in allgemeiner Preisentwicklung begründet.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Anlage 1: Satzungstext

Anlage 2: Beitragskalkulation Niederschlagswasser - Auszug

Anlage 3: Beitragskalkulation Schmutzwasser - Auszug

1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Beiträge für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Rastede

Aufgrund von §§ 10, 58 Abs. 1 Nr. 7 und 111 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i.d.F. v. 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 434), der §§ 2, 6, 6a Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz (NKAG) i.d.F. v. 23. Januar 2007 (Nds. GVBl. S. 41) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2012 (Nds. GVBl. S. 279) hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am 15.12.2015 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung über die Erhebung der Beiträge für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Rastede (Abwasserbeitragssatzung) vom 06.07.2004 wird wie folgt geändert

§ 5 Abs. 1 erhält folgende Fassung

„ (1) Die Beitragssätze für die Herstellung der zentralen öffentlichen Abwasseranlagen betragen bei der

- | | |
|-----------------------------------|--------------------------|
| 1. Schmutzwasserbeseitigung | 13,35 €/m ² , |
| 2. Niederschlagswasserbeseitigung | 3,98 €/m ² .“ |

Artikel 2

Diese Abgabensatzung tritt zum 01.01.2016 in Kraft.

Rastede, den

Von Essen
-Bürgermeister-



Vorbemerkungen zur Beitragskalkulation

1. Einrichtungsbegriff

Die Gemeinde Rastede betreibt die Kanalisationsanlagen (öffentliche Abwasseranlagen im Trennsystem) zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung sowie zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung als jeweils eigenständige öffentliche Einrichtung nach Maßgabe des § 1 Abs. 1 der Abwasserbeseitigungssatzung.

Der Umfang der öffentlichen Einrichtungen wird in § 2 Abs. 6 der Abwasserbeseitigungssatzung definiert.

Zur öffentlichen Einrichtung gehören demnach auch die Anschlusskanäle (Grundstücksanschlüsse) für den ersten Grundstücksanschluss nach Maßgabe von § 2 Abs. 6 a der Abwasserbeseitigungssatzung. Allerdings sind die Anschaffungs-/Herstellungskosten für zusätzliche Grundstücksanschlüsse gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Abwasserbeitragsatzung der Refinanzierung durch Abwasserbeiträge entzogen, da hierfür ein gesonderter Aufwendungsersatz erhoben wird.

2. Erfordernis der Beitragskalkulation

Zur Deckung des Aufwands für die Anschaffung und Herstellung der öffentlichen Einrichtungen kann die Gemeinde Rastede nach dem Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz (NKAG) Beiträge von den Grundstückseigentümern erheben, denen die Möglichkeit der Inanspruchnahme dieser öffentlichen Einrichtungen besondere wirtschaftliche Vorteile bietet (§ 6 Abs. 1 Satz 1 NKAG). Grundlage für die Erhebung von sogenannten „Anschlussbeiträgen“ ist eine Satzung, die gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 NKAG den Kreis der Abgabenschuldner, den die Abgabe begründenden Tatbestand, den Maßstab und den Satz der Abgabe sowie die Entstehung und den Zeitpunkt der Fälligkeit der Schuld bestimmen muss.

Der Beitragssatz ist damit ein Pflichtbestandteil der Abgabensatzung. Die Festsetzung des Beitragssatzes fällt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 7 NKomVG in die Entscheidungskompetenz des Rats der Gemeinde Rastede. Dabei hat dieser ein Auswahlermessen über die Höhe des Beitragssatzes.

Eine rechtlich fehlerfreie Entscheidung über die Beitragssatzhöhe setzt jedoch voraus, dass dem Rat der Gemeinde Rastede eine schriftliche Beitragskalkulation spätestens bei der Beschlussfassung vorliegt, denn nur so kann er seine Ermessensentscheidungen ausüben sowie auch das Aufwandsüberschreitungsverbot zweifelsfrei erkennen.

Liegt vor oder bei der Bestimmung des Beitragssatzes keine schriftliche Beitragskalkulation vor, so führt dies zur Ungültigkeit des Beitragssatzes und Nichtigkeit der entsprechenden Satzungsbestimmungen (OVG Lüneburg, Urteil vom 26.05.1988 - 3 A 91/87 - sowie OVG Lüneburg, Urteil vom 24.05.1989 - 9 L 2/89).

3. Grundlagen der Beitragskalkulation

Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 NKAG muss die Abgabensatzung u. a. den Beitragssatz bestimmen. Der Beitragssatz für die Anschaffung und Herstellung einer öffentlichen Einrichtung errechnet sich durch die Division der über Beiträge zu finanzierenden Anschaffungs- und Herstellungskosten durch die Summe der bevorteilten Grundstücksflächen gemäß dem dafür ausgewählten Verteilungsmaßstab, der in der Abwasserbeitragssatzung ausgewiesen ist.

Als Verteilungsmaßstab für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung wird gemäß § 4 I. der Abwasserbeitragssatzung ein nutzungsbezogener Maßstab zugrunde gelegt. Dieser nutzungsbezogene Flächenmaßstab ergibt sich aus der Vervielfältigung der Grundstücksfläche mit einem Nutzungsfaktor je Vollgeschoss. Für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung ist der nutzungsbezogene Maßstab demnach der sogenannte „Vollgeschossmaßstab“ (vgl. Flächentabelle zur Beitragskalkulation: NF-Fläche, wobei NF für Nutzungsfaktor steht).

Für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung sieht die Abwasserbeitragssatzung unter § 4 II. einen nutzungsbezogenen Maßstab vor, der die Summe der beitragsrelevanten Maßstabseinheiten aus der Vervielfältigung der Grundstücksfläche mit der Grundflächenzahl (GRZ) entwickelt (vgl. Flächentabelle zur Beitragskalkulation: GRZ-Fläche).

Die Beitragskalkulation erfolgt sowohl für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung als auch für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung als sogenannte Gesamtanlagenkalkulation bzw. Globalkalkulation.

Dem Prinzip der Gesamtanlage folgend sind neben der Einbeziehung vergangenheitsbezogener Kosten und Maßstabseinheiten auch der Aufwand und die Maßstabseinheiten für zukünftige Flächenerschließungen zu berücksichtigen.

4. Ermittlung der ansatzfähigen Herstellungskosten

Bei der Erstellung einer Beitragskalkulation zur Ermittlung eines Herstellungsbeitrages ist zunächst zu bestimmen, welche einrichtungsbezogenen Maßnahmen den Beitragstatbestand der Herstellung erfüllen.

Unter dem Begriff der Herstellung ist die erstmalige Schaffung einer öffentlichen Einrichtung zu verstehen (OVG Lüneburg, Urteil vom 02.12.1982 - 3 A 106/79), wobei die Herstellung alle baulichen Maßnahmen umfasst, die diesem Zweck dienen.

Bei der Ermittlung des Aufwands für die Herstellung sind neben den tatsächlich angefallenen Herstellungskosten für bereits realisierte Maßnahmen auch zukünftig zu erwartende Herstellungskosten für geplante Maßnahmen der Beitragskalkulation zugrunde zu legen.

Zur Ermittlung für die vorhandenen, d. h. bestehenden Anlagegüter wurden uns die Anschaffungs- und Herstellungskosten vom Auftraggeber auf Basis des Anlagenachweises bzw. der Anlagenbuchhaltung benannt.

Da die künftigen Herstellungskosten in aller Regel nur im Wege einer Schätzung ermittelt werden können, müssen die Grundlagen der Schätzung aus der Kalkulation hervorgehen.

Die voraussichtlichen Investitionskosten für zukünftige Investitionsmaßnahmen der zentralen Schmutz- bzw. Niederschlagswasserbeseitigung wurden unter Heranziehung der Hektarsätze des Konzeptes Rastede 2000+ sowie für die geplanten Flächenerschließungen ermittelt. Geplante Investitionskosten für die Abwasserbehandlung wurden uns von der Verwaltung mitgeteilt.

Im Rahmen der Beitragskalkulation für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung wurden die Kosten der Kraftfahrzeuge sowie die anteiligen Kosten der dezentralen Abwasserbeseitigung an den Kosten der Kläranlage als nicht beitragsfähige, da einrichtungsfremde Kosten, abgegrenzt.

5. Berechnung des Straßenentwässerungskostenanteils

Werden bestimmte Einrichtungsteile der zentralen Schmutz- bzw. Niederschlagswasserbeseitigung von verschiedenen öffentlichen Einrichtungen gemeinsam genutzt (Mehrfachfunktionen von Abwasseranlagen), so ist der jeweilige Herstellungsaufwand für diese Anlagenteile aufzuteilen und den einzelnen Einrichtungen zuzuordnen.

So dient beispielsweise der Niederschlagswasserkanal in einem Trennsystem regelmäßig sowohl der Grundstücksoberflächenentwässerung als auch der Straßenentwässerung. Es ist nicht zulässig, dass Aufwendungen für die Teile der Einrichtungen, die sowohl der Straßen- als auch der Grundstücksoberflächenentwässerung zur Verfügung gestellt werden, ausschließlich über Niederschlagswasserbeiträge finanziert werden.

Das Baugesetzbuch bestimmt abschließend, dass die Kosten für die erstmalige Herstellung der Straßenentwässerung Erschließungsaufwand darstellt, der durch Erschließungsbeiträge zu decken ist. Hier entfaltet das bundesrechtliche Erschließungsbeitragsrecht eine Sperrwirkung gegenüber dem landesrechtlichen Anschlussbeitragsrecht.

Somit sind die Herstellungskosten, die auf die Straßenentwässerung entfallen, aufgrund der bundesrechtlichen Sperrwirkung der Aufwandsermittlung für die leitungsgebundenen Einrichtungen entzogen.

In Anlehnung an das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 09.12.1983, Az. 8 C 112.82, und in Anlehnung an die bisherige Beitragskalkulation, fand eine Abspaltung von 50 % der Niederschlagswasserkanalnetzkosten im Trennsystem als Anteil für die Straßenentwässerung statt.

6. Berücksichtigung der eingegangenen bzw. zu erwartenden Zuweisungen und Zuschüsse

Nachdem der beitragsfähige Aufwand ermittelt wurde, d. h. alle Kosten, die im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Beitragstatbestandes der erstmaligen Herstellung stehen, erfolgt die Ermittlung des umlagefähigen Aufwandes.

Vom beitragsfähigen Aufwand sind Zuschüsse und Zuwendungen Dritter abzuziehen. Dies bezieht sich nicht nur auf Zuschüsse, die die Gemeinde Rastede für die bereits abgeschlossenen Maßnahmen erhalten hat, sondern auch auf die, die für künftige Maßnahmen noch erwartet werden.

Bei der Ermittlung der künftig zu erwartenden Zuschüsse und Zuwendungen Dritter sind die derzeitigen Zuwendungsrichtlinien maßgebend, es sei denn, es zeichnet sich eine Änderung der bisherigen Zuwendungspraktik bereits konkret ab.

Die Gemeinde Rastede erwartet für zukünftig geplante Investitionsmaßnahmen keine Zuschüsse. Für die bestehenden Maßnahmen wurden die vereinnahmten Zuschüsse korrespondierend zu den realisierten Kanalbaumaßnahmen aufwandsmindernd in Ansatz gebracht.

7. Umlagefähiger Aufwand

Der umlagefähige Aufwand, der über Beiträge finanziert werden darf, ergibt sich aus den beitragsfähigen Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich Herstellungskostenanteilen für andere Einrichtungen (z. B. Straßenentwässerung) abzüglich Zuweisungen und Zuschüssen Dritter. Der umlagefähige Aufwand stellt die Kostenmasse dar, die kraft Gesetzes oder nach dem Willen der Gemeinde Rastede (Gebührenfinanzierungsanteil) durch Beiträge zu decken ist.

8. Anzusetzende Grundstücksfläche

Für die Beitragskalkulation der Gemeinde Rastede wurde eine Fortschreibung der ursprünglichen Flächenermittlung mittels eines digitalisierten Kartenwerkes erstellt. Diesem digitalen Kartenwerk liegt die sogenannte „automatisierte Liegenschaftskarte“ (ALK) zugrunde.

Die im Rahmen der Beitragskalkulation zu berücksichtigenden Flächen bzw. Grundstücke wurden für den Zeitraum der Rechnungsperiode vom Auftraggeber mitgeteilt.

Auszugehen ist dabei stets vom Grundstück im bürgerlich-rechtlichen Sinne. Nur wenn das Festhalten am bürgerlich-rechtlichen Grundstücksbegriff grob unangemessen ist, kann ausnahmsweise von diesem abgewichen werden. Darüber hinaus ist zu untersuchen, ob die beitragsrechtlich relevante Ausnutzbarkeit („Vorteil“) das ganze Grundstück erfasst. Beitragsrechtlich relevant ausnutzbar ist ein Grundstück in dem Umfang, wie es als bebaut, bebaubar, gewerblich genutzt oder gewerblich nutzbar einzustufen ist.

In qualifiziert beplanten Gebieten lässt sich der Umfang der Ausnutzbarkeit durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes bestimmen. Aus diesem Grund wurden bei der Flächenermittlung zur Beitragskalkulation die Festsetzungen der Bebauungspläne berücksichtigt, deren technische Realisierung im Kalkulationszeitraum erfolgte bzw. zu erwarten ist.

Liegen die Grundstücke, welche durch im Kalkulationszeitraum realisierte bzw. zu realisierende Maßnahmen erschlossen wurden bzw. werden, hingegen mit ihrer Gesamtfläche im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB), wurde gemäß § 4 I. Abs. 2 Ziffer 4 lit. a) der Abwasserbeitragssatzung die Gesamtfläche des Grundstücks als „baulich oder gewerblich ausnutzbar“ in die Kalkulation einbezogen (OVG Lüneburg, Beschluss vom 19.01.1999, Az. 9 M 3626/98).

Bei Grundstücken, die mit ihrer Fläche teilweise im Innenbereich (§ 34 BauGB) und teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen, wurde gemäß Satzungsvorgabe (§ 4 I. Abs. 2 Ziffer 4 lit. b) der Abwasserbeitragssatzung) die Fläche zwischen der Straße und einer Linie, die in einem gleichmäßigen Abstand von 40 m zur Straße verläuft, als „baulich oder gewerblich ausnutzbare“ Grundstücksfläche einbezogen (OVG Lüneburg, Beschluss vom 19.01.1999, Az. 9 M 3626/98).

Bei Grundstücken, die nicht an die Straße angrenzen oder lediglich durch einen zum Grundstück gehörenden Weg mit der Straße verbunden sind, wurde die Fläche zwischen der der Straße zugewandten Grundstücksseite und einer Linie, die in einem gleichmäßigen Abstand von 40 m zur Straße verläuft, als bevorteilte Grundstücksfläche in die Kalkulation einbezogen (§ 4 I. Abs. 2 Ziffer 4 lit. b) der Abwasserbeitragssatzung).

Bei angeschlossenen und bebauten Grundstücken im Außenbereich (§ 35 BauGB) wurde die Grundfläche der an die Abwasseranlage angeschlossenen Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 als „fiktive“ Grundstücksfläche in die Beitragskalkulation eingestellt. Die so ermittelte Fläche wird diesen Baulichkeiten dergestalt zugeordnet, dass ihre Grenzen jeweils im gleichen Abstand von den Außenwänden der Baulichkeiten verlaufen (§ 4 I. Abs. 2 Ziffer 8 der Abwasserbeitragssatzung).

Bei der Ermittlung der baulichen oder gewerblichen Ausnutzbarkeit von künftig zu erschließenden Flächen wurden, soweit bereits rechtsverbindliche Bebauungspläne vorhanden sind, diese zugrunde gelegt. In allen anderen Flächen hat man sich, was die zu erwartenden Grundstückerschließungen betrifft, am Flächennutzungsplan, dem bestehenden Entwässerungskonzept etc. orientiert.

Die zu erwartende bauliche oder gewerbliche Ausnutzbarkeit wurde geschätzt. Dabei hat man sich an der vorhandenen Bebauung oder gewerblichen Nutzung in der Nähe der zu realisierenden Flächen oder den Festsetzungen im Flächennutzungsplan orientiert.

9. Maß der baulichen Nutzbarkeit

Gemäß § 6 Abs. 5 Satz 1 NKAG sind Beiträge nach Vorteilen zu bemessen. Da unterschiedliche bauliche und gewerbliche Nutzbarkeiten von Grundstücken eine unterschiedliche Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung zur Folge haben oder erwarten lassen, werden von der Einrichtung unterschiedliche Vorteile vermittelt. Die Gemeinde Rastede hat folglich einen Maßstab festzulegen, der die unterschiedliche Vorteilslage der Grundstücke erfasst.

Die Gemeinde Rastede hat in § 4 I. der Abwasserbeitragssatzung als Beitragsmaßstab für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung den sogenannten Vollgeschossmaßstab und für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung gemäß § 4 II. der Abwasserbeitragssatzung den sogenannten Grundflächenzahlmaßstab normiert.

Der Vollgeschossmaßstab als Maßstab für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung geht unter Wahrscheinlichkeitsgesichtspunkten von dem Erfahrungssatz aus, dass mit zunehmender realisierbarer Geschossigkeit auch der Gebrauchs- und Nutzwert des Grundstücks bzw. der Grundstücksfläche steigt. Entsprechend der Vorteilsregelung der Abwasserbeitragssatzung der Gemeinde Rastede ist unter Beachtung der vorhandenen Vollgeschosse bzw. anhand von Bebauungsplänen gemäß § 4 I. Abs. 1 der Abwasserbeitragssatzung die zulässige Zahl der Vollgeschosse zu ermitteln. Soweit sich die Zahl der Vollgeschosse nicht aus einem Bebauungsplan ergibt (§§ 34, 35 BauGB), sieht die Abwasserbeitragssatzung entsprechende Regelungen für die satzungskonforme Ermittlung der Vollgeschosse vor.

Die Beitragsfläche für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung ergibt sich durch die Multiplikation der Grundstücksfläche mit den entsprechenden Faktoren der Vollgeschosse.

Beitragsmaßstab für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung ist der Grundflächenzahl- bzw. GRZ-Maßstab. Auch dieser Maßstab geht unter Wahrscheinlichkeitsgesichtspunkten von dem Erfahrungssatz aus, dass mit zunehmender realisierbarer Grundflächenzahl der Gebrauchs- und Nutzwert des Grundstücks bzw. der Grundstücksfläche steigt.

Aus den Unterlagen zur Flächenermittlung (Flächentabellen und Planwerk) sind die erforderlichen Berechnungsgrundlagen ersichtlich. So sind neben den anzusetzenden Grundstücksflächen auch die Anzahl der Vollgeschosse für den Beitragsmaßstab der zentralen Schmutzwasserbeseitigung sowie die GRZ-Faktoren für den Beitragsmaßstab der zentralen Niederschlagswasserbeseitigung dargestellt.

Die Herangehensweise der vorgehend beschriebenen Abläufe haben wir in der Flächentabelle und dem Planwerk zur Beitragskalkulation umgesetzt.

10. Beitragssatz

Der höchstzulässige Beitragssatz für die zentrale Schmutz- bzw. Niederschlagswasserbeseitigung ergibt sich jeweils durch die Division des ermittelten umlagefähigen Aufwands durch die für den entsprechenden Kalkulationszeitraum ermittelten Maßstabseinheiten.

Dem Rat der Gemeinde Rastede als zuständigem Ortsgesetzgeber steht bei der Beschlussfassung zum Beitragssatz ein Ermessen bezüglich der Höhe des Beitragssatzes zu. Das Ermessen wird jedoch durch das Aufwandsüberschreitungsverbot in dem Maße eingeschränkt, dass der Beitragssatz nicht über den (in der Kalkulation ermittelten) höchstzulässigen Beitragssatz hinaus beschlossen werden darf.

Beitragskalkulation für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung der Grundstücke für die Gemeinde Rastede

1. Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten

1.1 Anschaffungs- und Herstellungskosten bis zum 31.12.2014

		ansatzfähige Kosten
(vgl. Anlagevermögen Regenwasserbeseitigung, Anlage 1.1)		
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für das Regenwasserkanalnetz (aktiviert)	11.150.285,97 €	
davon abzugrenzen für Straßenentwässerungskostenanteile	50%	
	- 5.575.142,98 €	
ergibt ansatzfähige NW-Kanalkosten in Höhe von:		5.575.142,99 €
Summe der Anlagenzugänge/Aktivierung im Jahr 2014 für das Regenwasserkanalnetz	1.166.531,37 €	
davon abzugrenzen für Straßenentwässerungskostenanteile	50%	
	- 583.265,69 €	
ergibt ansatzfähige NW-Kanalkosten in Höhe von:		583.265,68 €
Summe der Anlagen im Bau im Jahr 2014 für das Regenwasserkanalnetz	1.630.024,89 €	
davon abzugrenzen für Straßenentwässerungskostenanteile	50%	
	- 815.012,45 €	
ergibt ansatzfähige NW-Kanalkosten in Höhe von:		815.012,44 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für Regenrückhaltebecken (vgl. Anlage 1.3)	317.754,72 €	
davon abzugrenzen für Straßenentwässerungskostenanteile	50%	
	- 158.877,36 €	
ergibt ansatzfähige NW-Kosten in Höhe von:		158.877,36 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für Regenwasser-Grundstücksanschlüsse (Kennziffer 1.1)	2.079.996,27 €	
davon abzugrenzen für Straßenentwässerungskostenanteile	0%	
	- €	
ergibt ansatzfähige NW-Kosten in Höhe von:		2.079.996,27 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für Regenwasser-Gräben (vgl. Anlage 1.2)	156.614,98 €	
davon abzugrenzen für Straßenentwässerungskostenanteile	100%	
	- 156.614,98 €	
ergibt ansatzfähige NW-Kosten in Höhe von:		0,00 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Niederschlagswasserbeseitigung der Grundstücke zum 31.12.2014		9.212.294,74 €

1.2 weitere Anschaffungs- und Herstellungskosten ab 01.01.2014

(lt. Aufstellung der Verwaltung vom 05.08.2015)

ansatzfähige
Kosten

Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für das Regenwasserkanalnetz (vgl. Anlage 1.4)	259.994,31 €
davon abzugrenzen für Straßenentwässerungskostenanteile	50%
	- 129.997,16 €
ergibt ansatzfähige NW-Kanalkosten in Höhe von:	129.997,15 €

Ansatz entfällt, um zu verhindern dass Kosten doppelt erfasst werden, da diese Maßnahmen zum Teil ebenfalls im Bauprogramm für geplante Maßnahmen (vgl. Anlage 4) Berücksichtigung finden

Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für das Regenwasserkanalnetz (vgl. Anlage 1.5)	236.240,62 €
davon abzugrenzen für Straßenentwässerungskostenanteile	50%
	- 118.120,31 €
ergibt ansatzfähige NW-Kanalkosten in Höhe von:	118.120,31 €

Ansatz entfällt, um zu verhindern dass Kosten doppelt erfasst werden, da diese Maßnahmen zum Teil ebenfalls im Bauprogramm für geplante Maßnahmen (vgl. Anlage 4) Berücksichtigung finden

Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Niederschlagswasserbeseitigung der Grundstücke vom 01.01.2014 bis zum 04.08.2015	0,00 €
--	--------

1.3 Anschaffungs- und Herstellungskosten Zusammenfassung

Summe Anschaffungs- und Herstellungskosten vgl. 1.1	9.212.294,74 €
Summe Anschaffungs- und Herstellungskosten vgl. 1.2	0,00 €

Summe Anschaffungs- und Herstellungskosten bis zum 31.12.2012	9.212.294,74 €
---	----------------

2. Ermittlung der erhaltenen Zuschüsse bis zum 31.12.2014

Summe der erhaltenen Zuschüsse für die Niederschlagswasserbeseitigung (vgl. Anlage 3- Zuschüsse 1953-2007)	618.696,46 €
Summe der erhaltenen Erstattungen für Grundstücksanschlüsse der Niederschlagswasserbeseitigung (Kostenersatz für Zweitanschlüsse) (vgl. Anlage 1.1)	3.019,58 €
Summe der erhaltenen Zuschüsse für die Niederschlagswasserbeseitigung (vgl. Anlage 2- Zuschüsse 2009-2014)	0,00 €

Summe der erhaltenen Zuschüsse und Kostenerstattungen für die Niederschlags- wasserbeseitigung der Grundstücke zum 31.12.2014	621.716,04 €
--	--------------

3. Ermittlung der erhaltenen bzw. erwarteten Zuschüsse für Anlagen im Bau

(vgl. Mail der Gemeinde Rastede am 17.02.2014)

Summe der erhaltenen Zuschüsse für den Kanalnetzbereich			0,00 €
		anzusetzen	
Zuschuss NBank IG Autobahnkreuz Straße	230.557,86 €		
Zuschuss NBank IG Autobahnkreuz SW-Kanal	230.557,86 €		
Zuschuss NBank IG Autobahnkreuz RW-Kanal	230.557,86 €	230.557,86 €	230.557,86 €
Summe der erhaltenen bzw. erwarteten Zuschüsse für die Niederschlags- wasserbeseitigung der Grundstücke für Anlagen im Bau			230.557,86 €

4. Ermittlung der erwarteten Anschaffungs- und Herstellungskosten für zukünftige Investitionsmaßnahmen

(vgl. Anlage 4)

Summe der zukünftigen Anschaffungs- und Herstellungskosten für Regenwasserkanäle (bereinigt um Anteile der Straßenoberflächenentwässerung)	2.583.574,51 €
--	----------------

Summe der zukünftigen Anschaffungs- und Herstellungskosten für Regenwasser-Sonderbauwerke (bereinigt um Anteile der Straßenoberflächenentwässerung)	1.537.305,00 €
---	----------------

Summe der zukünftigen Anschaffungs- und Herstellungskosten für Regenwasser-Hausanschlussleitungen	575.127,65 €
---	--------------

Summe der erwarteten Anschaffungs- und Herstellungskosten für zukünftige Investitionsmaßnahmen im Bereich der Niederschlagswasserbeseitigung (bereinigt um Anteile der Straßenoberflächenentwässerung)	4.696.007,16 €
---	----------------

5. Ermittlung der erwarteten Zuschüsse für zukünftige Investitionsmaßnahmen

Lt. Rücksprache mit der Verwaltung der Gemeinde Rastede am 23.10.2013 ist davon auszugehen, dass es keine weitere Förderung für den Ausbau des NW-Kanalnetzes gibt.

Summe der erwarteten Zuschüsse für den NW-Kanalnetzbereich	0,00 €
--	--------

Summe der erwarteten Zuschüsse für die Niederschlagswasserbeseitigung	0,00 €
---	--------

6. Ermittlung des höchstzulässigen Beitragssatzes für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung der Grundstücke

6.1 Ermittlung des umlagefähigen Aufwands

Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Niederschlagswasserbeseitigung der Grundstücke zum 31.12.2014 (vgl. Ziffern 1.1 und 1.2)	9.212.294,74 €
--	----------------

Summe der zukünftigen Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Niederschlagswasserbeseitigung der Grundstücke (vgl. Ziffer 4)	4.696.007,16 €
--	----------------

Zwischensumme / beitragsfähiger Aufwand	13.908.301,90 €
---	-----------------

abzüglich

Summe der erhaltenen Zuschüsse für die Niederschlagswasserbeseitigung der Grundstücke zum 31.12.2014 (vgl. Ziffer 2)	-621.716,04 €
---	---------------

Summe der erhaltenen Zuschüsse für die Niederschlagswasserbeseitigung der Grundstücke für Anlagen im Bau (vgl. Ziffer 3)	-230.557,86 €
---	---------------

Summe der erwarteten Zuschüsse für die Niederschlagswasserbeseitigung der Grundstücke (vgl. Ziffer 5)	0,00 €
--	--------

Umlagefähiger Aufwand für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung der Grundstücke	13.056.028,00 €
---	-----------------

6.2 Ermittlung der beitragsrelevanten Maßstabseinheiten

Gemäß § 4 Abs. 2 der aktuellen Abwasserbeseitigungsabgabensatzung wird der Abwasserbeitrag für die Niederschlagswasserbeseitigung nach einem nutzungsbezogenen Maßstab berechnet. Zur Ermittlung der beitragsrelevanten Maßstabseinheiten wird demnach die Grundstücksfläche mit der für das individuelle Grundstück zu bestimmenden Grundflächenzahl (GRZ) vervielfacht (Grundflächenzahlmaßstab).

Summe der beitragsrelevanten Maßstabseinheiten (vgl. Kartenwerk mit Flächentabelle zur Globalberechnung)	327,264 ha
umgerechnet in Quadratmeter ergibt dies (Faktor 10.000):	3.272.640 m ²

6.3 Ermittlung des höchstzulässigen Beitragssatzes

Der höchstzulässige Beitragssatz ergibt sich aus der Division des umlagefähigen Aufwands durch die Summe der beitragsrelevanten Maßstabseinheiten:

Umlagefähiger Aufwand (vgl. Ziffer 6.1)	13.056.028,00 €
dividiert durch die	
Summe der beitragsrelevanten Maßstabseinheiten (vgl. Ziffer 6.2)	3.272.640 m ²
höchstzulässiger Beitragssatz	3,98 € / m ²

Höchstzulässiger Beitragssatz für die	3,98 € / m²
zentrale Niederschlagswasserbeseitigung	
der Grundstücke nach dem nutzungsbezogenen	
Grundflächenzahl-Beitragsmaßstab	



Vorbemerkungen zur Beitragskalkulation

1. Einrichtungsbegriff

Die Gemeinde Rastede betreibt die Kanalisationsanlagen (öffentliche Abwasseranlagen im Trennsystem) zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung sowie zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung als jeweils eigenständige öffentliche Einrichtung nach Maßgabe des § 1 Abs. 1 der Abwasserbeseitigungssatzung.

Der Umfang der öffentlichen Einrichtungen wird in § 2 Abs. 6 der Abwasserbeseitigungssatzung definiert.

Zur öffentlichen Einrichtung gehören demnach auch die Anschlusskanäle (Grundstücksanschlüsse) für den ersten Grundstücksanschluss nach Maßgabe von § 2 Abs. 6 a der Abwasserbeseitigungssatzung. Allerdings sind die Anschaffungs-/Herstellungskosten für zusätzliche Grundstücksanschlüsse gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Abwasserbeitragsatzung der Refinanzierung durch Abwasserbeiträge entzogen, da hierfür ein gesonderter Aufwendungsersatz erhoben wird.

2. Erfordernis der Beitragskalkulation

Zur Deckung des Aufwands für die Anschaffung und Herstellung der öffentlichen Einrichtungen kann die Gemeinde Rastede nach dem Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz (NKAG) Beiträge von den Grundstückseigentümern erheben, denen die Möglichkeit der Inanspruchnahme dieser öffentlichen Einrichtungen besondere wirtschaftliche Vorteile bietet (§ 6 Abs. 1 Satz 1 NKAG). Grundlage für die Erhebung von sogenannten „Anschlussbeiträgen“ ist eine Satzung, die gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 NKAG den Kreis der Abgabenschuldner, den die Abgabe begründenden Tatbestand, den Maßstab und den Satz der Abgabe sowie die Entstehung und den Zeitpunkt der Fälligkeit der Schuld bestimmen muss.

Der Beitragssatz ist damit ein Pflichtbestandteil der Abgabensatzung. Die Festsetzung des Beitragssatzes fällt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 7 NKomVG in die Entscheidungskompetenz des Rats der Gemeinde Rastede. Dabei hat dieser ein Auswahlermessen über die Höhe des Beitragssatzes.

Eine rechtlich fehlerfreie Entscheidung über die Beitragssatzhöhe setzt jedoch voraus, dass dem Rat der Gemeinde Rastede eine schriftliche Beitragskalkulation spätestens bei der Beschlussfassung vorliegt, denn nur so kann er seine Ermessensentscheidungen ausüben sowie auch das Aufwandsüberschreitungsverbot zweifelsfrei erkennen.

Liegt vor oder bei der Bestimmung des Beitragssatzes keine schriftliche Beitragskalkulation vor, so führt dies zur Ungültigkeit des Beitragssatzes und Nichtigkeit der entsprechenden Satzungsbestimmungen (OVG Lüneburg, Urteil vom 26.05.1988 - 3 A 91/87 - sowie OVG Lüneburg, Urteil vom 24.05.1989 - 9 L 2/89).

3. Grundlagen der Beitragskalkulation

Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 NKAG muss die Abgabensatzung u. a. den Beitragssatz bestimmen. Der Beitragssatz für die Anschaffung und Herstellung einer öffentlichen Einrichtung errechnet sich durch die Division der über Beiträge zu finanzierenden Anschaffungs- und Herstellungskosten durch die Summe der bevorteilten Grundstücksflächen gemäß dem dafür ausgewählten Verteilungsmaßstab, der in der Abwasserbeitragssatzung ausgewiesen ist.

Als Verteilungsmaßstab für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung wird gemäß § 4 I. der Abwasserbeitragssatzung ein nutzungsbezogener Maßstab zugrunde gelegt. Dieser nutzungsbezogene Flächenmaßstab ergibt sich aus der Vervielfältigung der Grundstücksfläche mit einem Nutzungsfaktor je Vollgeschoss. Für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung ist der nutzungsbezogene Maßstab demnach der sogenannte „Vollgeschossmaßstab“ (vgl. Flächentabelle zur Beitragskalkulation: NF-Fläche, wobei NF für Nutzungsfaktor steht).

Für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung sieht die Abwasserbeitragssatzung unter § 4 II. einen nutzungsbezogenen Maßstab vor, der die Summe der beitragsrelevanten Maßstabseinheiten aus der Vervielfältigung der Grundstücksfläche mit der Grundflächenzahl (GRZ) entwickelt (vgl. Flächentabelle zur Beitragskalkulation: GRZ-Fläche).

Die Beitragskalkulation erfolgt sowohl für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung als auch für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung als sogenannte Gesamtanlagenkalkulation bzw. Globalkalkulation.

Dem Prinzip der Gesamtanlage folgend sind neben der Einbeziehung vergangenheitsbezogener Kosten und Maßstabseinheiten auch der Aufwand und die Maßstabseinheiten für zukünftige Flächenerschließungen zu berücksichtigen.

4. Ermittlung der ansatzfähigen Herstellungskosten

Bei der Erstellung einer Beitragskalkulation zur Ermittlung eines Herstellungsbeitrages ist zunächst zu bestimmen, welche einrichtungsbezogenen Maßnahmen den Beitragstatbestand der Herstellung erfüllen.

Unter dem Begriff der Herstellung ist die erstmalige Schaffung einer öffentlichen Einrichtung zu verstehen (OVG Lüneburg, Urteil vom 02.12.1982 - 3 A 106/79), wobei die Herstellung alle baulichen Maßnahmen umfasst, die diesem Zweck dienen.

Bei der Ermittlung des Aufwands für die Herstellung sind neben den tatsächlich angefallenen Herstellungskosten für bereits realisierte Maßnahmen auch zukünftig zu erwartende Herstellungskosten für geplante Maßnahmen der Beitragskalkulation zugrunde zu legen.

Zur Ermittlung für die vorhandenen, d. h. bestehenden Anlagegüter wurden uns die Anschaffungs- und Herstellungskosten vom Auftraggeber auf Basis des Anlagenachweises bzw. der Anlagenbuchhaltung benannt.

Da die künftigen Herstellungskosten in aller Regel nur im Wege einer Schätzung ermittelt werden können, müssen die Grundlagen der Schätzung aus der Kalkulation hervorgehen.

Die voraussichtlichen Investitionskosten für zukünftige Investitionsmaßnahmen der zentralen Schmutz- bzw. Niederschlagswasserbeseitigung wurden unter Heranziehung der Hektarsätze des Konzeptes Rastede 2000+ sowie für die geplanten Flächenerschließungen ermittelt. Geplante Investitionskosten für die Abwasserbehandlung wurden uns von der Verwaltung mitgeteilt.

Im Rahmen der Beitragskalkulation für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung wurden die Kosten der Kraftfahrzeuge sowie die anteiligen Kosten der dezentralen Abwasserbeseitigung an den Kosten der Kläranlage als nicht beitragsfähige, da einrichtungsfremde Kosten, abgegrenzt.

5. Berechnung des Straßenentwässerungskostenanteils

Werden bestimmte Einrichtungsteile der zentralen Schmutz- bzw. Niederschlagswasserbeseitigung von verschiedenen öffentlichen Einrichtungen gemeinsam genutzt (Mehrfachfunktionen von Abwasseranlagen), so ist der jeweilige Herstellungsaufwand für diese Anlagenteile aufzuteilen und den einzelnen Einrichtungen zuzuordnen.

So dient beispielsweise der Niederschlagswasserkanal in einem Trennsystem regelmäßig sowohl der Grundstücksoberflächenentwässerung als auch der Straßenentwässerung. Es ist nicht zulässig, dass Aufwendungen für die Teile der Einrichtungen, die sowohl der Straßen- als auch der Grundstücksoberflächenentwässerung zur Verfügung gestellt werden, ausschließlich über Niederschlagswasserbeiträge finanziert werden.

Das Baugesetzbuch bestimmt abschließend, dass die Kosten für die erstmalige Herstellung der Straßenentwässerung Erschließungsaufwand darstellt, der durch Erschließungsbeiträge zu decken ist. Hier entfaltet das bundesrechtliche Erschließungsbeitragsrecht eine Sperrwirkung gegenüber dem landesrechtlichen Anschlussbeitragsrecht.

Somit sind die Herstellungskosten, die auf die Straßenentwässerung entfallen, aufgrund der bundesrechtlichen Sperrwirkung der Aufwandsermittlung für die leitungsgebundenen Einrichtungen entzogen.

In Anlehnung an das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 09.12.1983, Az. 8 C 112.82, und in Anlehnung an die bisherige Beitragskalkulation, fand eine Abspaltung von 50 % der Niederschlagswasserkanalnetzkosten im Trennsystem als Anteil für die Straßenentwässerung statt.

6. Berücksichtigung der eingegangenen bzw. zu erwartenden Zuweisungen und Zuschüsse

Nachdem der beitragsfähige Aufwand ermittelt wurde, d. h. alle Kosten, die im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Beitragstatbestandes der erstmaligen Herstellung stehen, erfolgt die Ermittlung des umlagefähigen Aufwandes.

Vom beitragsfähigen Aufwand sind Zuschüsse und Zuwendungen Dritter abzuziehen. Dies bezieht sich nicht nur auf Zuschüsse, die die Gemeinde Rastede für die bereits abgeschlossenen Maßnahmen erhalten hat, sondern auch auf die, die für künftige Maßnahmen noch erwartet werden.

Bei der Ermittlung der künftig zu erwartenden Zuschüsse und Zuwendungen Dritter sind die derzeitigen Zuwendungsrichtlinien maßgebend, es sei denn, es zeichnet sich eine Änderung der bisherigen Zuwendungspraktik bereits konkret ab.

Die Gemeinde Rastede erwartet für zukünftig geplante Investitionsmaßnahmen keine Zuschüsse. Für die bestehenden Maßnahmen wurden die vereinnahmten Zuschüsse korrespondierend zu den realisierten Kanalbaumaßnahmen aufwandsmindernd in Ansatz gebracht.

7. Umlagefähiger Aufwand

Der umlagefähige Aufwand, der über Beiträge finanziert werden darf, ergibt sich aus den beitragsfähigen Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich Herstellungskostenanteilen für andere Einrichtungen (z. B. Straßenentwässerung) abzüglich Zuweisungen und Zuschüssen Dritter. Der umlagefähige Aufwand stellt die Kostenmasse dar, die kraft Gesetzes oder nach dem Willen der Gemeinde Rastede (Gebührenfinanzierungsanteil) durch Beiträge zu decken ist.

8. Anzusetzende Grundstücksfläche

Für die Beitragskalkulation der Gemeinde Rastede wurde eine Fortschreibung der ursprünglichen Flächenermittlung mittels eines digitalisierten Kartenwerkes erstellt. Diesem digitalen Kartenwerk liegt die sogenannte „automatisierte Liegenschaftskarte“ (ALK) zugrunde.

Die im Rahmen der Beitragskalkulation zu berücksichtigenden Flächen bzw. Grundstücke wurden für den Zeitraum der Rechnungsperiode vom Auftraggeber mitgeteilt.

Auszugehen ist dabei stets vom Grundstück im bürgerlich-rechtlichen Sinne. Nur wenn das Festhalten am bürgerlich-rechtlichen Grundstücksbegriff grob unangemessen ist, kann ausnahmsweise von diesem abgewichen werden. Darüber hinaus ist zu untersuchen, ob die beitragsrechtlich relevante Ausnutzbarkeit („Vorteil“) das ganze Grundstück erfasst. Beitragsrechtlich relevant ausnutzbar ist ein Grundstück in dem Umfang, wie es als bebaut, bebaubar, gewerblich genutzt oder gewerblich nutzbar einzustufen ist.

In qualifiziert beplanten Gebieten lässt sich der Umfang der Ausnutzbarkeit durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes bestimmen. Aus diesem Grund wurden bei der Flächenermittlung zur Beitragskalkulation die Festsetzungen der Bebauungspläne berücksichtigt, deren technische Realisierung im Kalkulationszeitraum erfolgte bzw. zu erwarten ist.

Liegen die Grundstücke, welche durch im Kalkulationszeitraum realisierte bzw. zu realisierende Maßnahmen erschlossen wurden bzw. werden, hingegen mit ihrer Gesamtfläche im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB), wurde gemäß § 4 I. Abs. 2 Ziffer 4 lit. a) der Abwasserbeitragssatzung die Gesamtfläche des Grundstücks als „baulich oder gewerblich ausnutzbar“ in die Kalkulation einbezogen (OVG Lüneburg, Beschluss vom 19.01.1999, Az. 9 M 3626/98).

Bei Grundstücken, die mit ihrer Fläche teilweise im Innenbereich (§ 34 BauGB) und teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen, wurde gemäß Satzungsvorgabe (§ 4 I. Abs. 2 Ziffer 4 lit. b) der Abwasserbeitragssatzung) die Fläche zwischen der Straße und einer Linie, die in einem gleichmäßigen Abstand von 40 m zur Straße verläuft, als „baulich oder gewerblich ausnutzbare“ Grundstücksfläche einbezogen (OVG Lüneburg, Beschluss vom 19.01.1999, Az. 9 M 3626/98).

Bei Grundstücken, die nicht an die Straße angrenzen oder lediglich durch einen zum Grundstück gehörenden Weg mit der Straße verbunden sind, wurde die Fläche zwischen der der Straße zugewandten Grundstücksseite und einer Linie, die in einem gleichmäßigen Abstand von 40 m zur Straße verläuft, als bevorteilte Grundstücksfläche in die Kalkulation einbezogen (§ 4 I. Abs. 2 Ziffer 4 lit. b) der Abwasserbeitragssatzung).

Bei angeschlossenen und bebauten Grundstücken im Außenbereich (§ 35 BauGB) wurde die Grundfläche der an die Abwasseranlage angeschlossenen Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 als „fiktive“ Grundstücksfläche in die Beitragskalkulation eingestellt. Die so ermittelte Fläche wird diesen Baulichkeiten dergestalt zugeordnet, dass ihre Grenzen jeweils im gleichen Abstand von den Außenwänden der Baulichkeiten verlaufen (§ 4 I. Abs. 2 Ziffer 8 der Abwasserbeitragssatzung).

Bei der Ermittlung der baulichen oder gewerblichen Ausnutzbarkeit von künftig zu erschließenden Flächen wurden, soweit bereits rechtsverbindliche Bebauungspläne vorhanden sind, diese zugrunde gelegt. In allen anderen Flächen hat man sich, was die zu erwartenden Grundstückerschließungen betrifft, am Flächennutzungsplan, dem bestehenden Entwässerungskonzept etc. orientiert.

Die zu erwartende bauliche oder gewerbliche Ausnutzbarkeit wurde geschätzt. Dabei hat man sich an der vorhandenen Bebauung oder gewerblichen Nutzung in der Nähe der zu realisierenden Flächen oder den Festsetzungen im Flächennutzungsplan orientiert.

9. Maß der baulichen Nutzbarkeit

Gemäß § 6 Abs. 5 Satz 1 NKAG sind Beiträge nach Vorteilen zu bemessen. Da unterschiedliche bauliche und gewerbliche Nutzbarkeiten von Grundstücken eine unterschiedliche Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung zur Folge haben oder erwarten lassen, werden von der Einrichtung unterschiedliche Vorteile vermittelt. Die Gemeinde Rastede hat folglich einen Maßstab festzulegen, der die unterschiedliche Vorteilslage der Grundstücke erfasst.

Die Gemeinde Rastede hat in § 4 I. der Abwasserbeitragssatzung als Beitragsmaßstab für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung den sogenannten Vollgeschossmaßstab und für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung gemäß § 4 II. der Abwasserbeitragssatzung den sogenannten Grundflächenzahlmaßstab normiert.

Der Vollgeschossmaßstab als Maßstab für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung geht unter Wahrscheinlichkeitsgesichtspunkten von dem Erfahrungssatz aus, dass mit zunehmender realisierbarer Geschossigkeit auch der Gebrauchs- und Nutzwert des Grundstücks bzw. der Grundstücksfläche steigt. Entsprechend der Vorteilsregelung der Abwasserbeitragssatzung der Gemeinde Rastede ist unter Beachtung der vorhandenen Vollgeschosse bzw. anhand von Bebauungsplänen gemäß § 4 I. Abs. 1 der Abwasserbeitragssatzung die zulässige Zahl der Vollgeschosse zu ermitteln. Soweit sich die Zahl der Vollgeschosse nicht aus einem Bebauungsplan ergibt (§§ 34, 35 BauGB), sieht die Abwasserbeitragssatzung entsprechende Regelungen für die satzungskonforme Ermittlung der Vollgeschosse vor.

Die Beitragsfläche für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung ergibt sich durch die Multiplikation der Grundstücksfläche mit den entsprechenden Faktoren der Vollgeschosse.

Beitragsmaßstab für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung ist der Grundflächenzahl- bzw. GRZ-Maßstab. Auch dieser Maßstab geht unter Wahrscheinlichkeitsgesichtspunkten von dem Erfahrungssatz aus, dass mit zunehmender realisierbarer Grundflächenzahl der Gebrauchs- und Nutzwert des Grundstücks bzw. der Grundstücksfläche steigt.

Aus den Unterlagen zur Flächenermittlung (Flächentabellen und Planwerk) sind die erforderlichen Berechnungsgrundlagen ersichtlich. So sind neben den anzusetzenden Grundstücksflächen auch die Anzahl der Vollgeschosse für den Beitragsmaßstab der zentralen Schmutzwasserbeseitigung sowie die GRZ-Faktoren für den Beitragsmaßstab der zentralen Niederschlagswasserbeseitigung dargestellt.

Die Herangehensweise der vorgehend beschriebenen Abläufe haben wir in der Flächentabelle und dem Planwerk zur Beitragskalkulation umgesetzt.

10. Beitragssatz

Der höchstzulässige Beitragssatz für die zentrale Schmutz- bzw. Niederschlagswasserbeseitigung ergibt sich jeweils durch die Division des ermittelten umlagefähigen Aufwands durch die für den entsprechenden Kalkulationszeitraum ermittelten Maßstabseinheiten.

Dem Rat der Gemeinde Rastede als zuständigem Ortsgesetzgeber steht bei der Beschlussfassung zum Beitragssatz ein Ermessen bezüglich der Höhe des Beitragssatzes zu. Das Ermessen wird jedoch durch das Aufwandsüberschreitungsverbot in dem Maße eingeschränkt, dass der Beitragssatz nicht über den (in der Kalkulation ermittelten) höchstzulässigen Beitragssatz hinaus beschlossen werden darf.

Beitragskalkulation für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Rastede

<u>1. Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten</u>	ansatzfähige Kosten
<u>1.1 Anschaffungs- und Herstellungskosten bis zum 31.12.2008</u>	
(vgl. Anlagevermögen Schmutzwasserbeseitigung, Anlage 1)	
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die zentralen Abwasserbehandlungsanlagen der Kläranlage (Kennziffer 20)	5.260.728,44 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die dezentrale Abwasserbeseitigung auf der Kläranlage (nur nachrichtlich, da nicht ansatzfähig für die zentrale SW-Beseitigung) (Kennziffer 17)	105.360,32 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für Fahrzeugkosten auf der Kläranlage (nur nachrichtlich, da nicht ansatzfähig) (Kennziffer 19)	17.449,16 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für das Schmutzwasserkanalnetz (Kennziffer 13)	17.636.363,67 €
Summe der Anlagen im Bau im Jahr 2008 für das Schmutzwasserkanalnetz (Kennziffer 14)	920.012,86 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Schmutzwasser-Hausanschlüsse (Kennziffer 11)	1.294.896,33 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Schmutzwasser-Druckrohrleitungen (Kennziffer 10)	2.057.765,96 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Schmutzwasser-Pumpwerke (Kennziffer 12)	1.739.772,37 €
<hr/> Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung zum 31.12.2008	<hr/> 28.909.539,63 € <hr/>

1.2 Anschaffungs-und Herstellungskosten 01.01.2009 bis zum 31.12.2012

	ansatzfähige Kosten
(vgl. Anlagevermögen Schmutzwasserbeseitigung, Anlage 2)	
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die zentralen Abwasserbehandlungsanlagen der Kläranlage (Kennziffer 20)	498.015,11 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die dezentrale Abwasserbeseitigung auf der Kläranlage (nur nachrichtlich, da nicht ansatzfähig für die zentrale SW-Beseitigung) (Kennziffer 17)	- €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für Fahrzeugkosten auf der Kläranlage (nur nachrichtlich, da nicht ansatzfähig) (Kennziffer 19)	20.315,37 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für das Schmutzwasserkanalnetz (Kennziffer 13)	1.345.965,07 €
Summe der Anlagen im Bau im Jahr 2012 für das Schmutzwasserkanalnetz (Kennziffer 14)	0,00 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Schmutzwasser-Hausanschlüsse (Kennziffer 11)	0,00 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Schmutzwasser-Druckrohrleitungen (Kennziffer 10)	391.707,12 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Schmutzwasser-Pumpwerke (Kennziffer 12)	235.258,93 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2012	2.470.946,23 €

1.3 Anschaffungs-und Herstellungskosten Zusammenfassung bis zum 31.12.2012

Summe Anschaffungs- und Herstellungskosten bis zum 31.12.2008	28.909.539,63 €
Summe Anschaffungs- und Herstellungskosten vom 01.01.2009 bis 31.12.2012	2.470.946,23 €
Summe Anschaffungs- und Herstellungskosten bis zum 31.12.2012	31.380.485,86 €

2. Ermittlung der erhaltenen Zuschüsse bis zum 31.12.2012

Summe der erhaltenen Zuschüsse für den Kläranlagenbereich (vgl. Anlage 3- Zuschüsse 1953-2007)	1.240.321,07 €
Summe der erhaltenen Zuschüsse für den Kanalnetzbereich (vgl. Anlage 3- Zuschüsse 1953-2007)	2.469.860,28 €
Summe der erhaltenen Zuschüsse für den Kläranlagenbereich (2009-2012) (vgl. Mail vom 17.02.2014)	0,00 €
Summe der erhaltenen Zuschüsse für den Kanalnetzbereich (2009-2012) (Verrechnung Abwasserabgabe für DRL Delfshausen) (vgl. Anlage 2 Kennziffer 15, sowie Mail vom 17.02.2014)	132.199,26 €
<hr/>	
Summe der erhaltenen Zuschüsse für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung zum 31.12.2012	3.842.380,61 €
<hr/>	

3. Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten im Jahr 2013 ("Anlagen im Bau")

Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die zentralen Abwasserbehandlungsanlagen (Kläranlagen)	0,00 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für das Schmutzwasserkanalnetz	0,00 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Schmutzwasser-Hausanschlüsse	0,00 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Schmutzwasser-Druckrohrleitungen	0,00 €
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Schmutzwasser-Pumpwerke	0,00 €
<hr/>	
Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten im Jahr 2013 für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung ("Anlagen im Bau")	0,00 €
<hr/>	

4. Ermittlung der erhaltenen bzw. erwarteten Zuschüsse für Anlagen im Bau

(vgl. Mail der Gemeinde Rastede am 17.02.2014)

Summe der erhaltenen Zuschüsse für den Kläranlagenbereich	0,00 €
Summe der erhaltenen Zuschüsse für den Kanalnetzbereich	0,00 €
	anzusetzen
Zuschuss NBank IG Autobahnkreuz Straße	230.557,86 €
Zuschuss NBank IG Autobahnkreuz SW-Kai	230.557,86 €
Zuschuss NBank IG Autobahnkreuz RW-Kai	230.557,86 €
<hr/>	
Summe der erhaltenen bzw. erwarteten Zuschüsse für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung für Anlagen im Bau	230.557,86 €
<hr/>	

5. Ermittlung der erwarteten Anschaffungs- und Herstellungskosten für zukünftige Investitionsmaßnahmen

Kläranlagenbereich (vgl. Mail der Gemeinde vom 31.03.2014)		
Ausbau des Faulturms	3.200.000,00 €	
Klärschlammbehandlung, Optimierung von Prozessabläufen	1.750.000,00 €	
Summe der geplanten Investitionskosten der Kläranlage	4.950.000,00 €	4.950.000,00 €
Grundstücksanschlüsse an Druckrohrleitungen		0,00 €
Schmutzwasserkanäle inkl. Druckrohrleitungen (vgl. Anlage 4)		4.942.753,85 €
Schmutzwasser-Hausanschlussleitungen (vgl. Anlage 4)		534.674,71 €
Schmutzwasser-Pumpwerke (vgl. Anlage 4)		3.078.610,00 €
Summe der zukünftigen Anschaffungs- und Herstellungskosten für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung		13.506.038,56 €

6. Ermittlung der erwarteten Zuschüsse für zukünftige Investitionsmaßnahmen

Lt. Rücksprache mit der Verwaltung der Gemeinde Rastede am 23.10.2013 ist davon auszugehen, dass es keine weitere Förderung für den Ausbau der Kläranlage bzw. des Kanalnetzes gibt.

Summe der erwarteten Zuschüsse für den Kläranlagenbereich	0,00 €
Summe der erwarteten Zuschüsse für den Kanalnetzbereich	0,00 €
Summe der erwarteten Zuschüsse für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung	0,00 €

7. Kläranlagenkapazitätsuntersuchung

(gemäß Vorgabe der Gemeinde Rastede am 21.05.2013)

Gesamtkapazität der Kläranlage Rastede (Ausbaugröße hydraulisch)	100,00%	25.000 EW
abzüglich derzeit zentral an die Kläranlage angeschlossene Einwohner bzw. Einwohnergleichwerte	-84,00%	-21.000 EW

Zwischensumme:	16,00%	4.000 EW
Zuwachs für zentralen Anschluss im Planungszeitraum	-8,00%	-2.000 EW

ergibt freie bzw. ungenutzte Kapazität zum Planungsende	8,00%	2.000 EW
---	-------	----------

(Da lt. Rechtsprechung des OVG Lüneburg, Urt. v. 08.08.1990, 9 L 182/89, max. 20% der Kläranlagenkapazität als Sicherheitsreserve vorgehalten werden dürfen, entfällt eine Abspaltung von Überkapazitätsanteilen)

8. Ermittlung des höchstzulässigen Beitragssatzes für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung

8.1 Ermittlung des umlagefähigen Aufwands

Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung zum 31.12.2012 (vgl. Ziffer 1.3)	31.380.485,86 €
--	-----------------

Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung im Jahr 2013 ("Anlagen im Bau") (vgl. Ziffer 3)	0,00 €
---	--------

Summe der zukünftigen Anschaffungs- und Herstellungskosten für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung (vgl. Ziffer 5)	13.506.038,56 €
---	-----------------

Zwischensumme / beitragsfähiger Aufwand	44.886.524,42 €
---	-----------------

abzüglich

Summe der erhaltenen Zuschüsse für die Schmutzwasserbeseitigung zum 31.12.2012 (vgl. Ziffer 2)	-3.842.380,61 €
---	-----------------

Summe der erhaltenen bzw. erwarteten Zuschüsse für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung für Anlagen im Bau (vgl. Ziffer 4)	-230.557,86 €
--	---------------

Summe der erwarteten Zuschüsse für die Schmutzwasserbeseitigung (vgl. Ziffer 6)	0,00 €
--	--------

Umlagefähiger Aufwand für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung	40.813.585,95 €
---	-----------------

8.2 Ermittlung der beitragsrelevanten Maßstabseinheiten

Gemäß § 4 Abs. 1 der aktuellen Abwasserbeseitigungsabgabensatzung wird der Abwasserbeitrag für die Schmutzwasserbeseitigung nach einem nutzungsbezogenen Maßstab berechnet. Zur Ermittlung der beitragsrelevanten Maßstabseinheiten wird demnach für das erste Vollgeschoss 25% und für jedes weitere Vollgeschoss zusätzlich 15% der Grundstücksfläche in Ansatz gebracht (Vollgeschossmaßstab mit 60%iger Steigerung).

Summe der beitragsrelevanten Maßstabseinheiten (vgl. Kartenwerk mit Flächentabelle zur Globalberechnung)	305,697 ha
umgerechnet in Quadratmeter ergibt dies (Faktor 10.000):	3.056.970 m ²

8.3 Ermittlung des höchstzulässigen Beitragssatzes

Der höchstzulässige Beitragssatz ergibt sich aus der Division des umlagefähigen Aufwands durch die Summe der beitragsrelevanten Maßstabseinheiten:

Umlagefähiger Aufwand (vgl. Ziffer 8.1)	40.813.585,95 €
dividiert durch die	
Summe der beitragsrelevanten Maßstabseinheiten (vgl. Ziffer 8.2)	3.056.970 m ²
höchstzulässiger Beitragssatz	13,35 € / m ²

Höchstzulässiger Beitragssatz für die	13,35 € / m²
zentrale Schmutzwasserbeseitigung	
nach dem nutzungsbezogenen	
Vollgeschoss-Beitragsmaßstab	

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/209

freigegeben am **19.11.2015**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Wiechering, Jens

Datum: 11.11.2015

Neufassung der Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Rastede

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	01.12.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.12.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Straßenreinigung in der Gemeinde Rastede und die Verordnung über die Art und den Umfang der Straßenreinigung in der Gemeinde Rastede werden in der als Anlage jeweils beigefügten Fassung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Entwicklung der Bau- und Gewerbegebiete macht die Aufnahme der vorhandenen neuen Straßen in die Straßenverzeichnisse A (maschinelle und gebührenpflichtige Reinigung) und B (Reinigungsverpflichtung übertragen auf die angrenzenden Grundstückseigentümer) erforderlich. Die Fortschreibung ist zum Anlass genommen worden, die Straßenreinigungssatzung und die Verordnung insgesamt zu überarbeiten. Zum einen wurden die neuen Straßen in das Straßenverzeichnis der Anlage A oder B entsprechend nachstehender Aufstellung aufgenommen.

Für die gebührenrelevante Anlage A wurden die Straßen Bürgermeister-Brötje-Straße, Am Autobahnkreuz wie auch der Loyer Weg (Parkstraße bis Emsoldstraße) aufgrund seiner gestiegenen verkehrlichen Bedeutung durch die Bebauung „Südlich Schloßpark“ hinzugenommen.

Im Ortsteil Loy gab es in der bisherigen Form lediglich Straßen, die der Anlage B zugeordnet worden waren. Dabei waren jedoch die Braker Chaussee (Ortsdurchfahrt) und die Loyerbergstraße noch gar nicht in der Reinigungssatzung enthalten. Ausgehend von ihrer verkehrlichen Bedeutung und im Vergleich mit maschinell gereinigten Straßen in Rastede, Hahn-Lehmden und Wahnbeek sollten beide Straßen der Anlage A zugeordnet werden. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, den Hankhauser Weg (Dorfstraße bis Loyerbergstraße) von der Anlage B in die Anlage A aufgrund seiner Bedeutung zu übernehmen.

Für die Anlage B (eigenständige Reinigung durch die Anlieger) wurden die neuen Straßen hinzugenommen (vgl. unten). Gestrichen wurden dagegen die in der Anlage B benannten Fuß- bzw. Verbindungswege, soweit diese nicht innerhalb von verkehrsberuhigten Bereichen liegen. Die Reinigung und Pflege der Fuß- bzw. Verbindungswege wird künftig im Rahmen einer allgemeinen Unterhaltung von der Gemeinde wahrgenommen.

Neu in das Straßenverzeichnis Anlage A aufgenommen werden:

- Am Autobahnkreuz
- Bürgermeister-Brötje-Straße
- Loyer Weg (Parkstraße bis Emsoldstraße)
- Braker Chaussee (alte Ortsdurchfahrt B 211)
- Loyerbergstraße (Hankhauser Weg bis Braker Chaussee)
- Hankhauser Weg (Dorfstraße bis Loyerbergstraße)
- Oldenburger Straße (Brombeerweg bis zur Sandbergstraße)

Neu in das Straßenverzeichnis Anlage B aufgenommen werden:

- Adelheidstraße
- Alte Schloßgärtnerei
- Amalienstraße
- Am Vorwerk
- Friederikenstraße
- Cäcilienring
- Egerstraße
- Heinrich-Munderloh-Straße
- Herzogin-Ida-Straße
- Hesterkrugstraße
- Feldrosenweg
- Buchenstraße (Oldenburger Str. – Loyer Weg)
- Ligusterweg
- Müritzstraße

Sonstige Änderungen:

- | | |
|------------------------------|---|
| • An der Bleiche (A) | Reinigung nun beidseitig auf gesamter Länge |
| • Buschweg (A) | Reinigung nun beidseitig auf gesamter Länge |
| • Feldbreite (A) | Reinigung nun beidseitig auf gesamter Länge |
| • Oldenburger Str. (A) | Reinigung nun beidseitig von der Parkstraße bis Auf der Raade |
| • Raiffeisenstraße (A) | Reinigung von der Oldenburger Straße bis Danziger Straße beidseitig |
| • Wilhelm-Kraatz-Straße (A) | jetzt beidseitige Reinigung |
| • Wiefelsteder Straße (A) | jetzt beidseitige Reinigung bis zum Heideweg |
| • Wilhelmshavener Straße (A) | Reinigung von Wiefelsteder Straße bis Meenheitsweg beidseitig |
| • Brombeerweg | Verlängerung neues Gewerbegebiet Brombeerweg |

Finanzielle Auswirkungen:

Die zusätzlichen Aufwendungen für die Straßenreinigung sind gebührenrelevant und werden durch die hinzukommenden Gebührenpflichtigen getragen werden.

Anlagen:

1. Neufassung der Straßenreinigungssatzung
2. Neufassung der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung

Satzung

über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in den zusammenhängend bebauten Ortsteilen der Gemeinde Rastede

- Straßenreinigungssatzung –

Auf Grund der §§ 10, 11, 13 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010, zuletzt geändert am 16.12.2014 (Nds. GVBl. S. 434)) in Verbindung mit § 52 des Nds. Straßengesetzes (NStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1980, zuletzt geändert am 22.10.2014 (Nds. GVBl. S. 291), hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am 15.12.2015 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Allgemeines

Innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile betreibt die Gemeinde Rastede die Straßenreinigung als öffentliche Einrichtung für die in dem anliegenden Straßenverzeichnis Anlage A, das Bestandteil dieser Satzung ist, aufgeführten öffentlichen Straßen, Wege und Plätze. Alle durch die Gemeinde zu reinigenden, in der Anlage A aufgeführten Straßen, Wege und Plätze werden mit derselben Häufigkeit gereinigt. Unterschieden wird nur die Reinigung im wöchentlichen Rhythmus (in den Herbst-, Winter- und Frühjahrsmonaten Oktober bis Mai) in 8 Monaten des Jahres und im 14-tägigen Rhythmus (in den Sommermonaten Juni bis September) in 4 Monaten des Jahres.

Die Gemeinde bedient sich zur Reinigung eines privaten Unternehmers.

§ 2

Reinigungsverpflichtete

(1) Die Reinigungspflicht der Gemeinde Rastede umfasst die Fahrbahnen der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze und solche Flächen, die den Fahrbahnen entsprechen. Ferner umfasst die Reinigungspflicht die Radwege, Parkstreifen und Haltebuchten, Mehrzweckstreifen, Straßenrinnen, Grün- Trenn-, Seiten, Rand-Sicherheits- und Schutzstreifen entsprechend dem anliegenden Straßenverzeichnis Anlage A. Zur Reinigungspflicht gehört auch der Winterdienst nach einem dafür aufgestellten Räum- und Streuplan.

Der Gemeinde Rastede obliegt ferner als öffentliche Aufgabe die Reinigung des gesamten Straßenraums vor Grundstücken, an denen ihr Nutzungsrechte im Sinne des § 3 Abs. 3 bestellt sind, und vor ihren eigenen Grundstücken in den zusammenhängend bebauten Ortsteilen, soweit die Reinigungspflicht gemäß § 3 Abs. 3 nicht einem anderen obliegt.

(2) Soweit die Gemeinde Rastede die Straßenreinigung durchführt, gelten die Eigentümer der an die von der Gemeinde zu reinigenden Straßen angrenzenden und durch sie erschlossenen Grundstücke als Benutzer der öffentlichen Straßenreinigung. Für die Benutzung erhebt die Gemeinde Gebühren nach der besonderen Gebührensatzung.

§ 3

Übertragung von Reinigungsaufgaben

(1) Die Reinigung der Gehwege sowie gemeinsamer Rad-/Gehwege, der Warteflächen am Ein- und Ausstieg an Bushaltestellen, gleich ob und wie diese befestigt sind, wird für die im § 1 genannten Straßen, Wege und Plätze den Eigentümern der angrenzenden bebauten und unbebauten Grundstücken übertragen.

(2) Die Reinigungspflicht einschließlich Winterdienst obliegt den Eigentümern auch, wenn die Grundstücke durch eine Mauer, Böschung, einen Graben, Grün- Trenn-, Seiten- Rand-, Sicherheits- und Schutzstreifen oder in ähnlicher Weise von den zu reinigenden Gehwegs- oder Straßenteilen getrennt sind. Dies gilt nicht, wenn das Grundstück von den zu reinigenden Straßen/-teilen durch ein Gelände getrennt ist, das weder dem öffentlichen Verkehr gewidmet, noch Bestandteil der Straße ist.

(3) Den Eigentümern werden hinsichtlich der Pflicht zur Reinigung der Gehwege die Nießbraucher (§ 1030 BGB), Erbbauberechtigten (§ 1 Erbbaurecht-Verordnung), Wohnungsberechtigten (§ 1093 BGB) und Dauerwohnungs- bzw. Dauernutzungsberechtigten (§§ 31 ff Wohnungseigentumsgesetz) gleichgestellt. Die Reinigungspflicht dieser Verpflichteten geht der der Eigentümer vor. Mehrere Reinigungsverpflichtete sind gesamtschuldnerisch verantwortlich.

(4) Die Abs. 1 und 2 gelten nicht für Grundstücke, deren Eigentümer die Gemeinde ist, sofern nicht einem anderen an diesen Grundstücken eines der in Abs. 3 genannten Nutzungsrechte bestellt ist. Die Abs. 1 und 2 gelten ferner nicht für Grundstücke, an denen der Gemeinde eines der in Abs. 3 genannten Nutzungsrechte bestellt ist.

§ 4

Vertretung des Pflichtigen

Hat für die Reinigungspflichtigen mit Zustimmung der Gemeinde ein anderer die Ausführung der Reinigung übernommen, so ist nur dieser zur Reinigung öffentlich rechtlich verpflichtet. Die Zustimmung der Gemeinde ist jederzeit widerruflich.

Trifft bei Verunreinigungen die Reinigungspflicht nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften (zum Beispiel § 17 NStrG, § 32 StVO, VO über das Mitführen von Hunden in der Öffentlichkeit) zugleich einen Dritten, so geht dessen Pflicht zur Beseitigung der Verunreinigung vor, befreit den Eigentümer jedoch nicht von seiner Reinigungspflicht nach dieser Satzung.

§ 5

Reinigungsgebiet

(1) Für die in der Anlage B genannten öffentliche Straßen, Wege und Plätze innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile wird den Eigentümern der angrenzenden bebauten und unbebauten Grundstücke die Reinigung der Gehwege sowie gemeinsamer Geh-/Radwege und der Parkspuren sowie der Fahrbahn bis zur Mitte übertragen. Die Reinigungsverpflichtung für Wege als Verbindungsweg zwischen zwei Straßen gilt nur, wenn dies in Anlage B gesondert benannt ist. Die Reinigungspflicht besteht ohne Rücksicht darauf, ob und wie die einzelnen Straßenteile befestigt sind.

(2) §3 Abs. 2 bis 4 und § 4 gelten entsprechend.

§ 6

Begriffsbestimmung

Zu den im Zusammenhang bebauten Ortsteilen im Sinne dieser Satzung gehört das Gemeindegebiet, soweit darin die Wohnhäuser und Betriebsgrundstücke nebst den dazugehörigen Höfen, Wirtschaftsgebäuden und Hausgärten in einem räumlichen Zusammenhang liegen.

§ 7

Umfang der Reinigung

Art und Umfang der Reinigung sind in der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Gemeinde Rastede vom 15.12.2015 geregelt.

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

Zuwiderhandlungen gegen §§ 3, 4 und 5 dieser Satzung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes. Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 € geahndet werden.

§ 9

Inkrafttreten der Satzung

Diese Satzung tritt am 01.01.2016 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in den zusammenhängend bebauten Ortsteilen der Gemeinde Rastede vom 13.12.2005 außer Kraft.

26180 Rastede, den 15.12.2015

von Essen
- Bürgermeister –

Anlage A

zu §1 der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in den zusammenhängend bebauten Ortsteilen der Gemeinde Rastede - Straßenreinigungssatzung

Ort Rastede

- Achtern Nordpol (rechtsseitig bis Grundstück HausNr. 10, linksseitig bis Grundstück Haus-Nr. 5)
- Am Hang
- Am Hankhauser Busch
- Am Horstbusch
- Am Kleinenfelde
- Am Mühlenhof
- Am Nordrand
- Am Stratjebusch (von der Feldbreite bis zur Einmündung der Eichenstraße, vom Voßbarg bis Haus-Nr.27)
- Am Wiesenrand (außer Weg Kleingartengelände)
- Am Winkel
- An der Bleiche (linksseitig von der Peterstraße bis zur Raiffeisenstraße und rechtsseitig von der Sophienstraße bis zur Raiffeisenstraße)
- An der Brücke (ausgenommen Haus-Nr. 7, 9, 11, 13, 15, 17, 19, 21, 23)
- Anton-Günther-Straße
- Arndtstraße
- Auf dem Esch
- Auf der Raade
- August-Brötje-Straße (ausgenommen Haus-Nr.28)
- Bachstraße
- Bahnhofstraße
- Bahnweg (bis Haus-Nr.15)
- Baumgartenstraße
- Beethovenstraße
- Bogenstraße (ausgenommen Haus-Nr. 39 bis 56 und seitlich entlang der Grundstücke 36 und 40- verkehrsberuhigter Bereich)
- Brahmsstraße
- Breslauer Straße
- Brucknerstraße
- Bürgermeister-Brötje-Straße
- Buschweg
- Carl-Rohde-Straße
- Christian-Ludwig-Bosse-Straße
- Danziger Straße
- Denkmalsplatz
- Diedrich-Freels-Straße
- Dobbenstraße
- Domsheide
- Düserweg (ausgenommen Genossenschaftsweg ab Haus-Nr. 20)
- Eichendorffstraße
- Eichenstraße (ausgenommen Haus-Nr. 21 bis 25 und 33)
- Elisabethstraße
- Farnweg
- Fasanenstraße
- Feldbreite
- Finkenstraße (ausgenommen Haus-Nr. 4A, 4B, und 4C)
- Föhrenkamp
- Friedhofsweg (einschließlich Parkplatz)

- Friedrichstraße
- Fuchsweg
- Gartenstraße
- Gloysteinstraße
- Gluckstraße
- Goethestraße
- Grasweg
- Haydnstraße
- Händelstraße
- Hebbelstraße
- Herderstraße
- Hermann-Allmers-Straße
- Hermann-Löns-Straße
- Hirschorweg
- Hostemoster Straße (von der Raiffeisenstraße beidseitig einschl. Wendehammer)
- Hubertusstraße
- Im Kühlen Grunde
- Jan-Eilers-Straße
- Kleibroker Straße (Oldenburger Straße bis zur Einmündung Am Horstbusch beidseitig)
- Kolberger Straße
- Kögel-Willms-Straße
- Königsberger Straße
- Königstraße
- Ladestraße
- Lessingstraße
- Leuchtenburger Straße
- Lindenstraße
- Lisztstraße
- Lortzingstraße
- Loyer Weg (von Parkstraße bis Emsoldstraße)
- Marienstraße
- Martin-Luther-Straße
- Morissestraße
- Mozartstraße
- Mörikestraße
- Mühlenstraße (Oldenburger Straße bis einschl. Haus-Nr. 94)
- Oldenburger Straße (von der Parkstraße bis zur Schulstraße beidseitig)
- Ollerkamp
- Ostlandstraße (ausgenommen Haus-Nr. 5, 6 und 8)
- Peterstraße (von der Bahnhofstraße bis zur Einmündung An der Bleiche beidseitig)
- Quellenweg (außer Haus-Nr.11, 14, 16 und 18)
- Raabestraße
- Raiffeisenstraße (von der Oldenburger Straße bis Danziger Straße beidseitig)
- Reuterstraße
- Richard-Strauß-Straße
- Sophienstraße
- Spiekerstraße
- Springerweg
- Stettiner Straße
- Südender Straße (ausgenommen Stichstraße mit Hausnummern 47- 64)
- Schilfweg
- Schillerstraße
- Schloßstraße
- Schubertstraße
- Schumannstraße
- Schützenhofstraße

- Schwalbenstraße
- Taubenstraße
- Tegelbusch
- Thoradestraße
- Tonkuhlenstraße
- Uhlandstraße
- Uhlhornstraße
- Ulmenstraße
- Von-Bodelschwingh-Straße
- Von-Humboldt-Straße
- Von-Kleist-Straße
- Von-Weber-Straße
- Voßbarg
- Wagnerstraße
- Waldstraße
- Wilhelmstraße
- Wilhelm-Behrens-Straße
- Wilhelm-Kraatz-Straße
- Ziegelstraße
- Zum Ellern
- Zur-Windmühlen-Straße

Ort Wahnbek-Ipwege

- Ahornstraße (ausgenommen Stichstraße mit den Haus-Nr.5, 7A und 7B)
- Allerstraße
- Am Autobahnkreuz
- Am Hogen Esch
- Am Nordkreuz
- Am Sportplatz (ausgenommen die Stichstraße mit den Haus-Nr.9A - 9E)
- Am Turm (ausgenommen Stichstraße mit den Haus-Nr. 2A - 2E)
- Berneweg
- Brombeerweg (ausgenommen Teilstück ab Haus-Nr. 75 bis Hohe Brink)
- Butjadinger Straße (Fischteichstraße bis Haus-Nr.106 und 113 beidseitig)
- Delmeweg
- Eibenstraße
- Elbestraße
- Emsstraße
- Fichtenstraße (ausgenommen die Stichstraße mit den Haus-Nr. 5 - 17)
- Fuldastraße
- Haarenstraße
- Hainbuchenstraße
- Handelshof
- Haseweg
- Havelstraße
- Heckenstraße
- Hesterstraße (ab Haus-Nr.7 beidseitig)
- Hinter den Linden
- Huntestraße
- Jadestraße
- Jümmestraße
- Klein Feldhus
- Ledastraße
- Leineweg
- Lesumstraße
- Letheweg

- Luneweg
- Memelstraße
- Neißestraße
- Ochtumstraße
- Oderstraße
- Okerweg
- Oldenburger Straße (von Brombeerweg bis Sandbergstraße)
- Ollenweg
- Osteweg
- Sandbergstraße
- Schafjückenweg
- Schulstraße (bis zur ehem. Bahn außer rechtsseitig vom Goosbarg bis zur Bahn)
- Spreestraße
- Wapelstraße
- Werrastraße
- Weserstraße

Ort Loy-Barghorn

- Braker Chaussee (alte Ortsdurchfahrt B 211)
- Loyerbergstraße (Hankhauser Weg bis Braker Chaussee)
- Hankhauser Weg (Dorfstraße bis Loyerbergstraße)

Orte Hahn-Lehmden und Nethen

- Am Sternbusch (von der Bahn bis An der Lemmelheide)
- Amselstraße
- Am Waldrand
- Balsterhörn
- Heideweg
- Kornweg
- Lehmder Straße (von der Wilhelmshavener Straße bis zur Bahn einschließlich ausgebauter Wendeweg)
- Lerchenstraße
- Lilienstraße
- Meenheitsweg (bis zur Einmündung Weißdornweg)
- Nelkenstraße (Heideweg bis Haus Nr. 13)
- Paradiesstraße
- Pirolstraße
- Rosenstraße
- Sanddornweg (ausgenommen Haus-Nr. 8, 13, 15, 17, 19)
- Schlehenweg (vom Meenheitsweg bis Haus-Nr. 17 und 18 einschließlich Wendeplatz)
- Spillestraße
- Stöltjeströße
- Tulpenstraße
- Wachtelstraße
- Wiefelsteder Straße (von der Wilhelmshavener Straße bis zum Heideweg beidseitig)
- Wilhelmshavener Straße (von Wiefelsteder Straße bis Meenheitsweg beidseitig)
- Zum Haltepunkt

Anlage B

Zu § 5 der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in den zusammenhängend bebauten Ortsteilen der Gemeinde Rastede - Straßenreinigungssatzung

Ort Rastede

- Achtern Nordpol (nur die Stichstraße mit den Haus-Nr.7, 9, 12, 14, 16 und entlang des Grundstücks Haus-Nr.5)
- Adelheidstraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Alte Landstraße
- Alte Schloßgärtnerei
- Am Brink
- Am Brook inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Am Heerweg inkl. seiner Verbindungswege bis zur Grundstückszufahrt Haus-Nr. 6 A
- Am Hingstkamp
- Am Lüttjen Kamp inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Am Renkenkamp inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Am Vorwerk inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Amalienstraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- An der Brücke (nur Haus-Nr. 7, 9, 11, 13, 15, 15A,17, 19, 21, 21A, 23)
- An Hagendorffs Busch
- August-Brötje-Straße (nur Haus-Nr.28)
- Bei der Landwehr inkl. Verbindungswege bis zum Ende Grundstücksgrenze Haus-Nr. 9
- Bogenstraße (von Haus-Nr. 39 bis 56 und seitlich entlang der Grundstücke 36 und 40 - verkehrsberuhigter Bereich) inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Buchenstraße (von der Oldenburger Straße bis Loyer Weg) inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Cäcilienring inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Dietrich-Bonhoeffer-Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Eichenstraße (nur Haus-Nr.21 bis 25 und 33)
- Elektrizitätsweg
- Ernst-Klische-Straße
- Fabriciusstraße
- Fabrikweg
- Feigenhof
- Finkenstraße (nur Haus-Nr.4A, 4B, und 4C)
- Friederikenstraße
- Graf-Huno-Straße
- Graf-von-Galen-Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Harry-Wilters-Ring inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Heidecksburgstraße
- Herzogin-Ida-Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Hostemoster Straße (Weg ab Wendehammer)
- Hülsenweg
- Jagdweg
- Jochen-Klepper-Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Johann-Hinrich-Wichern-Straße
- Kleine Gasse
- Klocksweg
- Kösliner Straße
- Koppelweg inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Leharstraße
- Ostlandstraße (nur Haus-Nr.5, 6 und 8)
- Otto-Jaritz-Straße
- Pantinenweg
- Pater-Kolbe-Straße

- Peterstraße (ab Einmündung An der Bleiche bis zur Anton-Günther-Straße beidseitig)
- Quellenweg (Haus-Nr.11, 14, 16, und 18)
- Rudolf-Bultmann-Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Rudolstädter Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Schneppenweg
- Schoolkamp
- Schwarzburger Straße
- Sondershausener Straße
- Stollenkamp
- Stormstraße
- Südender Straße (nur Stichstraße mit den Hausnummern 47 - 64)
- Tannenweg (bis Haus-Nr.9 beidseitig)
- Thüringer Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Töpkens Gang
- Zum Breen
- Zum Damm inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge

Ort Loy-Barghorn

- Am Hagen inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Dorfstraße (zwischen Hankhauser Weg und Ringstraße)
- Florianstraße
- Fünfhäuserweg (mit den Stichstraßen zu den Haus-Nr. 2, 2A, 2B und 4, 4A, 4B und zu Haus-Nr. 6, 6A, 6B, 8, 8A, 8B, 8C)
- Kamphof inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Osterbergstraße (zwischen Florianstraße und Fünfhäuserweg)
- Sandkuhlenweg
- Talweg

Ort Wahnbek-Ipwege

- Ahornstraße (nur die Stichstraße mit den Grundstücken Haus-Nr. 5, 7A und 7B und entlang der Grundstücke Haus-Nr. 3 und 9)
- Am Sportplatz (nur die Stichstraße mit den Grundstücken Haus-Nr. 9A-9F und entlang den Grundstücken Haus-Nr. 9 und 11) inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Cornelius-Schmidt-Straße
- Donaustraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Egerstraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Feldstraße (von der Butjadinger Straße bis zur ehem. Bahn)
- Fichtenstraße (nur die Stichstraße mit den Haus-Nr. 5, 7, 9, 11, 13, 15 und 17)
- Hans-Hoffhenke-Ring inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Heinrich-Munderloh-Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Hesterstraße (bis zum Haus-Nr. 5 beidseitig)
- Hesterkrugstraße
- Hohe Brink (von der Butjadinger Straße bis Haus-Nr.8) inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Holunderweg
- Müritzstraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Saalestraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Schulstraße (von Goosbarg bis zur ehem.- Bahn rechtsseitig)
- Vogelbeerweg
- Weichselstraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Willehadstraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge

Orte Hahn-Lehmden und Nethen

Am Hahner Busch

- Am Ostermoor
- Am Schießstand
- Am Sternbusch (von Wilhelmshavener Straße bis zur Bahn)
- An der Lemmelheide (von Am Sternbusch bis zur Haus-Nr. 6A beidseitig)
- Feldrosenweg
- Heinrich-Bruns-Weg
- Hochbornteich
- In der Senke
- Korinthenweg
- Ligusterweg
- Nethener Weg
- Rotdornweg
- Sanddornweg (nur Haus-Nr. 8, 13, 15, 17, 19) inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Schlehenweg (nur Stichstraßen mit den Grundstücken Haus-Nr. 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34 und entlang der Grundstücke Haus-Nr.17 und 18) inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Spechtstraße
- Weißdornweg
- Werkstraße
- Wiesenweg
- Zum Roten Hahn
- Zur Waage

Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung der Gemeinde Rastede vom 15.12.2015

Aufgrund der §§ 1 und 55 Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) vom 19.01.2005 (Nds. GVBl. S. 9), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 436) hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am 15.12.2015 folgende Verordnung für das Gemeindegebiet beschlossen:

§ 1 Reinigungspflichtige

Nach der Satzung der Gemeinde Rastede über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in den zusammenhängend bebauten Ortsteilen vom 15.12.2015 obliegt die Straßenreinigung der Gemeinde Rastede und den Eigentümern der angrenzenden bebauten oder unbebauten Grundstücke oder den ihnen gleichgestellten Personen.

§ 2 Reinigungspflicht der Gemeinde

Die Reinigungspflicht der Gemeinde Rastede umfasst die Säuberung der Fahrbahnen der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze oder solche Flächen, die den Fahrbahnen entsprechen. Ferner umfasst die Reinigungspflicht die Radwege, Parkstreifen und Haltebuchten, Mehrzweckstreifen, Straßenrinnen, Grün- Trenn-, Seiten, Rand-Sicherheits- und Schutzstreifen entsprechend dem anliegenden Straßenverzeichnis Anlage A.

§ 3 Reinigungspflicht der Eigentümer

(1) Die Eigentümer der angrenzenden bebauten und unbebauten Grundstücke reinigen

- a) bei den in der Anlage A aufgeführten Straßen, Wegen und Plätzen, die Gehwege sowie gemeinsame Geh- und Radwege, die Warteflächen am Ein- und Ausstieg an Bushaltestellen unabhängig davon, wie sie befestigt und von der Fahrbahn abgegrenzt sind.
- b) Bei den in der Anlage B aufgeführten Straßen die Gehwege, Radwege, Parkpuren sowie die Fahrbahn bis zur Mitte.

(2) Die Eigentümer der in Anlage A und B angrenzenden bebauten und unbebauten Grundstücke haben die besondere winterliche Reinigung nach § 6 der Verordnung durchzuführen.

(3) Die Reinigungspflicht einschließlich Winterdienst obliegt den Eigentümern auch, wenn die Grundstücke durch eine Mauer, Böschung, einen Graben, Grün-, Trenn-,

Seiten-, Rand-, Sicherheits- oder Schutzstreifen oder in ähnlicher Weise von den zu reinigenden Gehwegs- oder Straßenteilen getrennt sind.

Dies gilt nicht, wenn das Grundstück von den zu reinigenden Straßen/-teilen durch ein Gelände getrennt ist, das weder dem öffentlichen Verkehr gewidmet, noch Bestandteil der Straße ist.

(4) Den in Abs. 1 und 2 genannten Eigentümern werden hinsichtlich der Pflicht zur Reinigung der Gehwege die Nießbraucher (§ 1030 BGB), Erbbauberechtigten (§ 1 Erbbaurecht-Verordnung), Wohnungsberechtigten (§ 1093 BGB) und Dauerwohnungs- bzw. Dauernutzungsberechtigten (§§ 31 ff Wohnungseigentumsgesetz) gleichgestellt. Die Reinigungspflicht dieser Verpflichteten geht der der Eigentümer vor.

(5) Trifft bei besonderen Verunreinigungen die Reinigungspflicht nach anderen öffentlichrechtlichen Vorschriften (z.B. § 17 Niedersächsisches Straßengesetz, § 32 Abs. 1 Straßenverkehrsordnung) zugleich einen Dritten, so geht dessen Pflicht zur Beseitigung der Verunreinigung vor.

§ 4 Häufigkeit der Reinigungen

(1) In 8 Monaten des Jahres (in den Herbst-, Winter- und Frühjahrsmonaten Oktober bis Mai) werden alle Straßen, Wege und Plätze, die in der Anlage A aufgeführt sind, einmal wöchentlich gereinigt. In den übrigen 4 Monaten des Jahres (Sommer - Juni bis September) wird die Reinigung in den Straßen der Anlage A alle 14 Tage durchgeführt. Hieraus ergeben sich 36 Wochen mit wöchentlicher Reinigung und 16 Wochen mit 14-tägiger Reinigung und eine Gesamtzahl von 44 Reinigungen im Jahr.

(2) Abweichend von den oben genannten Reinigungsintervallen besteht eine weitere unverzügliche Pflicht zur Reinigung, wenn durch Verunreinigungen entstandene Gefahrenquellen dies erfordern. § 3 (5) dieser Verordnung bleibt unberührt.

§ 5 Art der Reinigung

(1) Die Reinigung umfasst die Beseitigung von Schmutz, Unkraut, Laub und Unrat.

(2) Dasselbe gilt für Verunreinigungen, die nach An- und Abfuhr von Erden, Abfall, Brennstoffen, Baustoffen oder dergleichen, durch Bauarbeiten, Unfälle oder Tiere entstehen.

(3) Ist eine Gefahrenstelle entstanden, die vom Reinigungspflichtigen nicht unverzüglich beseitigt werden kann, so ist der Ort der Verunreinigung zu sichern und die Gemeinde unverzüglich zu benachrichtigen.

§ 6 Winterdienst

(1) Gehwege sowie gemeinsame Rad-/Gehwege mit einer geringeren Breite als 1,5 m sind in ganzer Breite, die übrigen mindestens in einer Breite von 1,50 m bei Schneefall zu räumen und bei Schnee- und Eisglätte zu bestreuen.

Ist ein Gehweg nicht vorhanden, so ist ein 1,50 m breiter Streifen neben der Fahrbahn oder, wo ein Seitenraum nicht vorhanden ist, am äußersten Rand der Fahrbahn oder auf einem Mehrzweckstreifen von Schnee zu räumen und bei Glätte zu bestreuen.

Ist über Nacht Schnee gefallen oder Glätte entstanden, muss der Winterdienst so rechtzeitig begonnen werden, dass er werktags mit dem Beginn des zu erwartenden Fußgängerverkehrs, spätestens aber um 7:30 Uhr, an Sonn- und Feiertagen bis spätestens 9:00 Uhr beendet ist.

(2) Der geräumte Schnee ist auf den Vorgartengrundstücken oder, wenn das nicht möglich ist, auf den Gehwegen an der Fahrbahn oder Radwegseite aufzuschichten. Der geräumte Schnee darf nicht dem Nachbarn zugekehrt werden. Ist eine Lagerung im Vorgarten oder auf den Gehwegen nicht möglich, darf die Fahrbahn in der Weise in Anspruch genommen werden, dass an der äußersten Fahrbahnkante ein möglichst schmaler Schneewall entsteht. Omnibushaltestellen, Zugänge zu den Fußgängerüberwegen, Regeneinläufe (Gullis) und Hydranten sind stets frei zu halten. Bei einsetzendem Tauwetter sind die Rinnsteine frei zu schaufeln und die Schneewälle so zu durchbrechen, dass das Schmelzwasser ablaufen kann.

(3) Der Winterdienst ist über Tag bis 20:00 Uhr bedarfsgerecht zu wiederholen. Die durch Winterdienstfahrzeuge unvermeidbar, auch wiederholt entstehenden Schnee- und Eiswallungen befreien den Eigentümer und dem Eigentümer gleich zustellende Personen nicht von dem ihnen obliegenden Winterdienst nach der Verordnung.

(4) Zur Beseitigung von Eis und Schnee dürfen schädliche Chemikalien nicht verwendet werden, Streusalz nur a) in Ausnahmefällen, wenn mit anderen Mitteln und zumutbarem Aufwand die Glätte nicht ausreichend beseitigt werden kann und b) an gefährlichen Stellen an Gehwegen einschließlich gemeinsamer Rad- und Gehwege, wie z.B. Treppen, Rampen, Brückenauf- oder -abgängen, starken Gefälle- oder Steigungsstrecken oder ähnlichen Gehwegabschnitten.

Baumscheiben und begrünte Flächen dürfen nicht mit Salz oder sonstigen auftauenden Materialien bestreut werden. Salzhaltiger oder sonstige auftauende Mittel enthaltender Schnee darf nicht auf ihnen gelagert werden.

(5) Bei eintretendem Tauwetter sind die Gehwege einschließlich gemeinsamer Rad- und Gehwege, die Fußgängerüberwege und die gefährlichen Fahrbahnstellen mit nicht unbedeutendem Verkehr von vorhandenem Eis zu befreien. Rückstände von Streumaterial sind zu beseitigen, wenn Glatteisgefahr nicht mehr besteht.

§ 7

weitere Bestimmungen

Schmutz, Laub, Unkraut und Unrat sowie Schnee und Eis dürfen von den Reinigungspflichtigen nicht auf die Nachbargrundstücke und nicht in Rinnsteine, Gräben, Einlaufschächte der Straßenkanalisation oder auf Hydrantendeckel gekehrt werden.

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 59 Nds. SOG handelt, wer als Reinigungspflichtiger vorsätzlich oder fahrlässig

- a) entgegen §§ 3, 4 und 7 dieser Verordnung das festgelegte Maß und die räumliche Ausdehnung der ihm obliegenden Reinigungspflichten nicht beachtet,
- c) entgegen § 5 dieser Verordnung die ihm obliegenden Reinigungspflichten hinsichtlich der Art der Reinigung in dem festgelegten Umfang nicht erfüllt,
- d) entgegen § 6 dieser Verordnung die ihm obliegenden Pflichten des Winterdienstes nach Art und Umfang nicht ordnungsgemäß durchführt.

Die Ordnungswidrigkeit kann gem. § 59 Abs. 2 Nds. SOG mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 € geahndet werden.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 01.01.2016 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung der Gemeinde Rastede vom 13.12.2005 außer Kraft.

26180 Rastede, 15.12.2015

von Essen
- Bürgermeister

Anlage A

zu §1 der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in den zusammenhängend bebauten Ortsteilen der Gemeinde Rastede - Straßenreinigungssatzung

Ort Rastede

- Achtern Nordpol (rechtsseitig bis Grundstück HausNr. 10, linksseit. bis Grundstück HausNr. 5)
- Am Hang
- Am Hankhauser Busch
- Am Horstbusch
- Am Kleinenfelde
- Am Mühlenhof
- Am Nordrand
- Am Stratjebusch (von der Feldbreite bis zur Einmündung der Eichenstraße, vom Voßbarg bis Haus-Nr.27)
- Am Wiesenrand (außer Weg Kleingartengelände)
- Am Winkel
- An der Bleiche (linksseitig von der Peterstraße bis zur Raiffeisenstraße und rechtsseitig von der Sophienstraße bis zur Raiffeisenstraße)
- An der Brücke (ausgenommen Haus-Nr. 7, 9, 11, 13, 15, 17, 19, 21, 23)
- Anton-Günther-Straße
- Arndtstraße
- Auf dem Esch
- Auf der Raade
- August-Brötje-Straße (ausgenommen Haus-Nr.28)
- Bachstraße
- Bahnhofstraße
- Bahnweg (bis Haus-Nr.15)
- Baumgartenstraße
- Beethovenstraße
- Bogenstraße (ausgenommen Haus-Nr. 39 bis 56 und seitlich entlang der Grundstücke 36 und 40- verkehrsberuhigter Bereich)
- Brahmsstraße
- Breslauer Straße
- Brucknerstraße
- Bürgermeister-Brötje-Straße
- Buschweg
- Carl-Rohde-Straße
- Christian-Ludwig-Bosse-Straße
- Danziger Straße
- Denkmalsplatz
- Diedrich-Freels-Straße
- Dobbenstraße
- Domsheide
- Düserweg (ausgenommen Genossenschaftsweg ab Haus-Nr. 20)
- Eichendorffstraße
- Eichenstraße (ausgenommen Haus-Nr. 21 bis 25 und 33)
- Elisabethstraße
- Farnweg
- Fasanenstraße
- Feldbreite
- Finkenstraße (ausgenommen Haus-Nr. 4A, 4B, und 4C)
- Föhrenkamp
- Friedhofsweg (einschließlich Parkplatz)
- Friedrichstraße

- Fuchsweg
- Gartenstraße
- Gloysteinstraße
- Gluckstraße
- Goethestraße
- Grasweg
- Haydnstraße
- Händelstraße
- Hebbelstraße
- Herderstraße
- Hermann-Allmers-Straße
- Hermann-Löns-Straße
- Hirschtoweg
- Hostemoster Straße (von der Raiffeisenstraße beidseitig einschl. Wendehammer)
- Hubertusstraße
- Im Kühlen Grunde
- Jan-Eilers-Straße
- Kleibroker Straße (Oldenburger Straße bis zur Einmündung Am Horstbusch beidseitig)
- Kolberger Straße
- Kögel-Willms-Straße
- Königsberger Straße
- Königstraße
- Ladestraße
- Lessingstraße
- Leuchtenburger Straße
- Lindenstraße
- Lisztstraße
- Lortzingstraße
- Loyer Weg (von Parkstraße bis Emsoldstraße)
- Marienstraße
- Martin-Luther-Straße
- Morissestraße
- Mozartstraße
- Mörikestraße
- Mühlenstraße (Oldenburger Straße bis einschl. Haus-Nr. 94)
- Oldenburger Straße (von der Parkstraße bis zur Schulstraße beidseitig)
- Ollerkamp
- Ostlandstraße (ausgenommen Haus-Nr. 5, 6 und 8)
- Peterstraße (von der Bahnhofstraße bis zur Einmündung An der Bleiche beidseitig)
- Quellenweg (außer Haus-Nr.11, 14, 16 und 18)
- Raabestraße
- Raiffeisenstraße (von der Oldenburger Straße bis Danziger Straße beidseitig)
- Reuterstraße
- Richard-Strauß-Straße
- Sophienstraße
- Spiekerstraße
- Springerweg
- Stettiner Straße
- Südender Straße (ausgenommen Stichstraße mit Hausnummern 47- 64)
- Schilfweg
- Schillerstraße
- Schloßstraße
- Schubertstraße
- Schumannstraße
- Schützenhofstraße
- Schwalbenstraße

- Taubenstraße
- Tegelbusch
- Thoradestraße
- Tonkuhlenstraße
- Uhlandstraße
- Uhlhornstraße
- Ulmenstraße
- Von-Bodelschwingh-Straße
- Von-Humboldt-Straße
- Von-Kleist-Straße
- Von-Weber-Straße
- Voßbarg
- Wagnerstraße
- Waldstraße
- Wilhelmstraße
- Wilhelm-Behrens-Straße
- Wilhelm-Kraatz-Straße
- Ziegelstraße
- Zum Ellern
- Zur-Windmühlen-Straße

Ort Wahnbek-Ipwege

- Ahornstraße (ausgenommen Stichstraße mit den Haus-Nr.5, 7A und 7B)
- Allerstraße
- Am Autobahnkreuz
- Am Hogen Esch
- Am Nordkreuz
- Am Sportplatz (ausgenommen die Stichstraße mit den Haus-Nr.9A - 9E)
- Am Turm (ausgenommen Stichstraße mit den Haus-Nr. 2A - 2E)
- Berneweg
- Brombeerweg (ausgenommen Teilstück ab Haus-Nr. 75 bis Hohe Brink)
- Butjadinger Straße (Fischteichstraße bis Haus-Nr.106 und 113 beidseitig)
- Delmeweg
- Eibenstraße
- Elbestraße
- Emsstraße
- Fichtenstraße (ausgenommen die Stichstraße mit den Haus-Nr. 5 - 17)
- Fuldastraße
- Haarenstraße
- Hainbuchenstraße
- Handelshof
- Haseweg
- Havelstraße
- Heckenstraße
- Hesterstraße (ab Haus-Nr.7 beidseitig)
- Hinter den Linden
- Huntestraße
- Jadestraße
- Jümmestraße
- Klein Feldhus
- Ledastraße
- Leineweg
- Lesumstraße
- Letheweg
- Luneweg

- Memelstraße
- Neißestraße
- Ochtumstraße
- Oderstraße
- Okerweg
- Oldenburger Straße (von Brombeerweg bis Sandbergstraße)
- Ollenweg
- Osteweg
- Sandbergstraße
- Schafjückenweg
- Schulstraße (bis zur ehem. Bahn außer rechtsseitig vom Goosbarg bis zur Bahn)
- Spreestraße
- Wapelstraße
- Werrastraße
- Weserstraße

Ort Loy-Barghorn

- Braker Chaussee (alte Ortsdurchfahrt B 211)
- Loyerbergstraße (Hankhauser Weg bis Braker Chaussee)
- Hankhauser Weg (Dorfstraße bis Loyerbergstraße)

Orte Hahn-Lehmden und Nethen

- Am Sternbusch (von der Bahn bis An der Lemmelheide)
- Amselstraße
- Am Waldrand
- Balsterhörn
- Heideweg
- Kornweg
- Lehmder Straße (von der Wilhelmshavener Straße bis zur Bahn einschließlich ausgebauter Wendeweg)
- Lerchenstraße
- Lilienstraße
- Meenheitsweg (bis zur Einmündung Weißdornweg)
- Nelkenstraße (Heideweg bis Haus Nr. 13)
- Paradiesstraße
- Pirolstraße
- Rosenstraße
- Sanddornweg (ausgenommen Haus-Nr. 8, 13, 15, 17, 19)
- Schlehenweg (vom Meenheitsweg bis Haus-Nr. 17 und 18 einschließlich Wendeplatz)
- Spillestraße
- Stöltjesträße
- Tulpenstraße
- Wachtelstraße
- Wiefelsteder Straße (von der Wilhelmshavener Straße bis zum Heideweg beidseitig)
- Wilhelmshavener Straße (von Wiefelsteder Straße bis Meehnheitsweg beidseitig)
- Zum Haltepunkt

Anlage B

Zu § 5 der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in den zusammenhängend bebauten Ortsteilen der Gemeinde Rastede - Straßenreinigungssatzung

Ort Rastede

- Achtern Nordpol (nur die Stichstraße mit den Haus-Nr.7, 9, 12, 14, 16 und entlang des Grundstücks Haus-Nr.5)
- Adelheidstraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Alte Landstraße
- Alte Schloßgärtnerei
- Am Brink
- Am Brook inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Am Heerweg inkl. seiner Verbindungswege bis zur Grundstückszufahrt Haus-Nr. 6 A
- Am Hingstkamp
- Am Lüttjen Kamp inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Am Renkenkamp inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Am Vorwerk inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Amalienstraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- An der Brücke (nur Haus-Nr. 7, 9, 11, 13, 15, 15A,17, 19, 21, 21A, 23)
- An Hagendorffs Busch
- August-Brötje-Straße (nur Haus-Nr.28)
- Bei der Landwehr inkl. seiner Verbindungswege bis Ende Grundstücksgrenze Haus-Nr. 9
- Bogenstraße (von Haus-Nr. 39 bis 56 und seitlich entlang der Grundstücke 36 und 40 - verkehrsberuhigter Bereich) inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Buchenstraße (von der Oldenburger Straße bis Loyer Weg) inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Cäcilienring inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Dietrich-Bonhoeffer-Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Eichenstraße (nur Haus-Nr.21 bis 25 und 33)
- Elektrizitätsweg
- Ernst-Klische-Straße
- Fabriciusstraße
- Fabrikweg
- Feigenhof
- Finkenstraße (nur Haus-Nr.4A, 4B, und 4C)
- Friederikenstraße
- Graf-Huno-Straße
- Graf-von-Galen-Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Harry-Wilters-Ring inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Heidecksburgstraße
- Herzogin-Ida-Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Hostemoster Straße (Weg ab Wendehammer)
- Hülsenweg
- Jagdweg
- Jochen-Klepper-Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Johann-Hinrich-Wichern-Straße
- Kleine Gasse
- Klocksweg
- Kösliner Straße
- Koppelweg inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Leharstraße
- Ostlandstraße (nur Haus-Nr.5, 6 und 8)
- Otto-Jaritz-Straße
- Pantinenweg
- Pater-Kolbe-Straße

- Peterstraße (ab Einmündung An der Bleiche bis zur Anton-Günther-Straße beidseitig)
- Quellenweg (Haus-Nr.11, 14, 16, und 18)
- Rudolf-Bultmann-Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Rudolstädter Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Schneppenweg
- Schoolkamp
- Schwarzburger Straße
- Sondershausener Straße
- Stollenkamp
- Stormstraße
- Südender Straße (nur Stichstraße mit den Hausnummern 47 - 64)
- Tannenweg (bis Haus-Nr.9 beidseitig)
- Thüringer Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Töpkens Gang
- Zum Breen
- Zum Damm inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge

Ort Loy-Barghorn

- Am Hagen inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Dorfstraße (zwischen Hankhauser Weg und Ringstraße)
- Florianstraße
- Fünfhäuserweg (mit den Stichstraßen zu den Haus-Nr. 2, 2A, 2B und 4, 4A, 4B und zu Haus-Nr. 6, 6A, 6B, 8, 8A, 8B, 8C)
- Kamphof inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Osterbergstraße (zwischen Florianstraße und Fünfhäuserweg)
- Sandkuhlenweg
- Talweg

Ort Wahnbek-Ipwege

- Ahornstraße (nur die Stichstraße mit den Grundstücken Haus-Nr. 5, 7A und 7B und entlang der Grundstücke Haus-Nr. 3 und 9)
- Am Sportplatz (nur die Stichstraße mit den Grundstücken Haus-Nr. 9A-9F und entlang den Grundstücken Haus-Nr. 9 und 11) inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Cornelius-Schmidt-Straße
- Donaustraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Egerstraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Feldstraße (von der Butjadinger Straße bis zur ehem. Bahn)
- Fichtenstraße (nur die Stichstraße mit den Haus-Nr. 5, 7, 9, 11, 13, 15 und 17)
- Hans-Hoffhenke-Ring inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Heinrich-Munderloh-Straße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Hesterstraße (bis zum Haus-Nr. 5 beidseitig)
- Hesterkrugstraße
- Hohe Brink (von der Butjadinger Straße bis Haus-Nr.8) inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Holunderweg
- Müritzstraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Saalestraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Schulstraße (von Goosbarg bis zur ehem.- Bahn rechtsseitig)
- Vogelbeerweg
- Weichselstraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Willehadstraße inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge

Orte Hahn-Lehmden und Nethen

- Am Hahner Busch
- Am Ostermoor
- Am Schießstand
- Am Sternbusch (von Wilhelmshavener Straße bis zur Bahn)
- An der Lemmelheide (von Am Sternbusch bis zur Haus-Nr. 6A beidseitig)
- Feldrosenweg
- Heinrich-Bruns-Weg
- Hochbornteich
- In der Senke
- Korinthenweg
- Ligusterweg
- Nethener Weg
- Rotdornweg
- Sanddornweg (nur Haus-Nr. 8, 13, 15, 17, 19) inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Schlehenweg (nur Stichstraßen mit den Grundstücken Haus-Nr. 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34 und entlang der Grundstücke Haus-Nr.17 und 18) inkl. seiner Verbindungswege auf gesamter Länge
- Spechtstraße
- Weißdornweg
- Werkstraße
- Wiesenweg
- Zum Roten Hahn
- Zur Waage

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/131

freigegeben am **09.09.2015**

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015

Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung legt für 2016 den Gebührensatz unverändert für die Kostenrechnung der Einrichtung „Straßenreinigung“ fest:

Gebührensatz für die Einrichtung Straßenreinigung

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung beträgt 13,00 € pro Einheit.

Sach- und Rechtslage:

Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr sind die Nachkalkulation 2014 auf der Basis von „Istzahlen“ und die Nachkalkulation 2015 auf der Basis von Planzahlen. Um die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2014 und 2015 besser vergleichen zu können, wurden sie in der nachfolgenden Tabelle gegenübergestellt. Die kalkulierten Ansätze für die Gebührenberechnung 2016 wurden angereicht.

Kostenpositionen Gebührensatz	Nachkalkulation 2014 15,60 €	Nachkalkulation 2015 13,00 €	Gebühren- berechnung 2016 ?
Reinigungskosten Fremdfirma	47.256,01 €	50.000,00 €	50.000,00 €
Deponiekosten	14.480,11 €	16.000,00 €	16.000,00 €
Personalkosten	8.567,02 €	11.000,00 €	11.500,00 €
Regiekosten	11.040,00 €	11.100,00 €	11.500,00 €
Gesamtkosten	81.343,14 €	88.100,00 €	89.000,00 €

Für das Jahr 2014 sind Reinigungskosten der Fremdfirma in Höhe von 47.256,01 € angefallen. Laut Reinigungsvertrag kann die Fremdfirma Mehrkosten aufgrund von tariflichen Lohn- oder Dieselmkraftstoffpreisänderungen in Rechnung stellen. Für die Jahre 2015 und 2016 wurde mit Reinigungskosten in Höhe von 50.000 € kalkuliert.

Für die Entsorgung des mit Schadstoffen belasteten Kehrgutes fallen Transport- und Deponiekosten an. 2014 betrugen die Deponiekosten 14.480,11 €, für 2015 und 2016 wurde / wird mit einem Betrag in Höhe von 16.000 € kalkuliert.

Gegenüber Personalaufwendung von 8.500 € für das Jahr 2014 wurde/wird in Folgejahren mit einem Personalaufwand von 11.000 € kalkuliert, da zwischenzeitlich Tarifänderungen in Kraft getreten sind.

Für 2014 wurden Regiekosten in Höhe von 11.040,70 €, für 2015 von 11.100 € und für 2016 von 11.500 € kalkuliert.

Von den Gesamtkosten werden 15 % (Kosten für die Reinigung der Öffentlichkeit zugänglichen Park- und Grünanlagen sowie Straßenkreuzungen und -einemündungen, Verkehrsinseln usw.) und von 10 % (Straßenreinigung im Interesse des Durchgangsverkehrs) abgezogen entsprechend der aktuellen Rechtsprechung.

Die Gebühreneinheiten sind Grundlage für die Ermittlung der Straßenreinigungsg Gebühr. Für 2016 wurde mit den gleichen Gebühreneinheiten wie 2014 und 2015 kalkuliert mit der Maßgabe, dass Straßen in den Neubaugebieten durch die Anlieger selbst zu reinigen sind.

	Nachkalkulation 2014	Nachkalkulation 2015	Gebühr 2016
Gebührensatz	15,60 €	13,00 €	Vorschlag 13,00 €
Gebührenaufkommen	62.821,41 €	52.474,50 €	52.491,40 €
gebührenrelevante Kosten	61.007,36 €	66.075,00 €	66.750,00 €
Überschuss/Defizit lfd. Jahr:	1.814,06 €	-13.600,50€	-14.258,60 €
Überschuss des Vorjahres	37.212,63 €	39.026,68 €	25.426,18 €
Fortschreibung Überschuss	39.026,68 €	25.426,18 €	11.167,58 €

Weil die Deponiekosten in den letzten Jahren erheblich geringer ausgefallen sind und um den hohen Überschuss von Vorjahren abzubauen, wurde die Straßenreinigungsg Gebühr für 2015 gesenkt auf 13,00 €.

Da die Regiekosten 2013 bis 2015 in tatsächlicher Höhe noch nicht feststehen und fraglich ist, ob sich die tatsächlichen Deponiekosten für 2015 und 2016 im geplanten Rahmen bewegen werden, schlägt die Verwaltung vor, den Gebührensatz in Höhe von 13,00 € beizubehalten.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Vorlage.

Anlagen:

Berechnung des Gebührensatzes der Straßenreinigung.

Berechnung d.Gebührensatzes d. Straßenreinigung (mit Deponierung)

Kalkulation:

2016

1.) Ermittlung der Gebühreneinheiten:

1.1) 4 Monate im Jahr 14-tägige Reinigung und 8 Monate im Jahr wöchentl. Reinigung

Einheiten	zu %			
3759,0	100	=		3759,0
239,0	70	=		167,3
223,0	50	=		111,5
4221,0				4037,8

1.2) Einheiten insgesamt: **4037,8**

2.) Umlagekosten

2.1) Deponiekosten:	
Gesamtkosten:	16.000,00 €
je Einheit	3,96 €

2.2) Verwaltungskosten:	
Personal Gemeinde	11.500,00 €
je Einheit	2,85 €

2.3) Kosten sonstige Reinigung - Radwegreinigung	
Kosten des Bauhofes	0,00 €
je Einheit	0,00 €

2.4) Reinigung Einlaufschächte	entfällt
--------------------------------	----------

2.5) Anteilige Regiekosten (Budget 80)	
Kosten Vorjahr plus Steigerung	11.500,00 €
je Einheit	2,85 €

2.6) Kosten der eigentlichen Reinigung	Werte	
Reinigungskosten	EUR/km	347,60 €
	Reinigungs-km	116,9
	Preis	40.634,44 €
	zuzügl. MWST	7.720,54 €
	Preis insges.:	48.354,98 €
	Pauschale	1.500,00 €
		49.854,98 €
		50.000,00 €
je Einheit		12,38 €

3.) Abzugskosten

3.1) Reinigungskostenanteil für die es keine Anlieger gibt			
umzulegen auf alle Benutzer zu gleichen Anteilen			
Reinigungskosten			89.000,00 €
Abzug (Prozent):	15	ergibt:	13.350,00 €
je Einheit:			3,31 €

3.2) Reinigungskostenanteil Allgemeininteresse			
umzulegen nach unterschiedlichen Anteilen			
Reinigungskosten			89.000,00 €
Abzug (Prozent):	10	ergibt:	8.900,00 €
je Einheit:			2,20 €

4.) Verarbeitung Überschussvortrag Vorjahr

4.1) voraussichtlicher Überschuss aus den Vorjahren laut Nachkalkulation 2015			
Gesamtbetrag:			-25.426,18 €
je Einheit:			-6,30 €

4.) Verarbeitung Überschussvortrag Vorjahr

4.2) voraussichtlicher Überschuss aus den Vorjahren laut Nachkalkulation 2015			
Gesamtbetrag:			-25.426,18 €
56,08	Prozent		-14.258,60 €
je Einheit:			-3,53 €

5.) Berechnung der Gebühr:

5.1) Gesamte Reinigungskosten geteilt durch Gebühreneinheiten				
Gebühreneinheiten:		4221,0	Gesamtkosten	je Einheit
zuzüglich		- Deponiekosten: (2.1)	16.000,00 €	3,96 €
		- Verwaltungskosten (2.2)	11.500,00 €	2,85 €
		- Kosten sonstige Reinigung (2.3)	0,00 €	0,00 €
		- Reinigung Einlaufschächte (2.4)	0,00 €	0,00 €
		- Anteilige Regiekosten (2.5)	11.500,00 €	2,85 €
		- Kosten der eigentlichen Reinigung (2.6)	50.000,00 €	12,38 €
Zwischenergebnis			89.000,00 €	22,04 €
abzüglich		- keine Anlieger (3.1)	-13.350,00 €	-3,31 €
		- Allgemeininteresse (3.2)	-8.900,00 €	-2,20 €
zuzüglich		- Überschussvortrag Vorjahr (4.1)	-25.426,18 €	-6,30 €
neuer Gebührensatz (Zwischenergebnis):				16,53 €
neuer Gebührensatz (Zwischenergebnis) mit Überschussabbau (Gesamtbetrag)				10,23 €
neuer Gebührensatz (Zwischenergebnis) mit Überschussabbau von rund 56 %				13,00 €

Gebührenrelevante Kosten ohne Überschussabbau	66.750,00 €
Gebührenrelevante Kosten mit vollst. Überschussabbau	41.323,82 €
Gebührenrelevante Kosten mit ca. 56 % Überschussabbau	52.491,40 €

5.2) 1. Kontrollrechnung

	Gebührensatz	Einheiten	Ausgabe	Einnahme
Gebühreneinnahmen:	13,00 EUR	3.759,0		48.867,00 EUR
		239,0		2.174,90 EUR
		223,0		1.449,50 EUR
Gebühreneinnahmen insgesamt:				52.491,40 EUR
gebührenrelevante Kosten		4.221,0	66.750,00 EUR	
Differenz				14.258,60 EUR

wenn Differenz, dann Ausgleich über den Gebührensatz	
Ausgleichsbetrag	14.258,60 EUR
je Einheit	3,53 EUR

5.3) Endgültige Gebührensatzberechnung

Rundung

Gesamte Reinigungskosten geteilt durch Gebühreneinheiten	16,53 EUR
Unter 5.1 berechneter neuer Gebührensatz	16,53 EUR
Berücksichtigung des berechneten Ausgleichsbetrages	0,00 EUR
Neuer einheitlicher Gebührensatz	16,53 EUR
Gebührensatzvorschlag 2016	13,00 EUR
bisheriger Gebührensatz 2015	13,00 EUR

5.4) Ergebnisrechnung mit dem vorgeschlagenen Gebührensatz

	Gebührensatz	Einheiten	Ausgabe	Einnahme
Gebühreneinnahmen	13,00 EUR	3759,0		48.867,00 EUR
		239,0		2.174,90 EUR
		223,0		1.449,50 EUR
Gebühreneinnahmen insgesamt:				52.491,40 EUR
gebührenrelevante Kosten		4221,0	66.750,00 EUR	
Differenz				-14.258,60 EUR

Aufgestellt: 03.07.2014

Ihmels

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/132**freigegeben am **10.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015**Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung
"Wochenmarkt"****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Gebührensatz für Marktstandgelder wird nicht verändert. Er beträgt weiterhin 1,70 € pro laufenden Meter.

Die Berücksichtigung der 20prozentigen Interessenquote findet zunächst weiterhin Anwendung.

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeinde Rastede betreibt eine öffentliche Einrichtung „Wochenmarkt“. Für die Teilnahme am Wochenmarkt werden auf der Grundlage einer Satzung Gebühren erhoben.

Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr ist die Nachkalkulation für 2014 auf der Basis von „Istzahlen“. Lediglich die Positionen Regiekosten und Abschreibungen für die „Öffentliche Toiletten“ stehen endgültig noch nicht fest. Bei der Nachkalkulation für 2015 handelt es sich um nachkalkulierte Planzahlen.

Die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2014 und 2015 stellen sich wie folgt dar. Die kalkulierten Ansätze für die Gebührenberechnung 2016 wurden angereicht.

Entwicklung der Aufwendungen für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

	Nachkalkulation 2014	Nachkalkulation 2015	Kalkulation 2016
Frischwasser	1,80 €	1,80 €	1,80 €
Abwassergebühren	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Stromkosten	2.066,93 €	2.000,00 €	2.000,00 €
Erwerb v. geringwertigem Vermögen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Abfallbeseitigung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Kosten Verlegung Marktplatz	0,00 €	100,00 €	100,00 €
Bekanntmachungskosten	0,00 €	100,00 €	100,00 €
Regiekosten	11.500,00 €	11.500,00 €	11.700,00 €
Personalk. Verw./ direkte Buchung	5.398,51 €	5.700,00 €	5.800,00 €
Öffentl. Toilette	1.100,00 €	1.200,00 €	1.200,00 €
insgesamt:	20.067,24 €	20.601,80 €	20.901,80 €

Aus der oben eingefügten Tabelle ist zu entnehmen, dass es keine gravierenden Veränderungen bei den Kostenpositionen gibt. Für die Regiekosten gibt es noch keine „Ist-Werte“, für 2016 wurde eine leichte Kostensteigerung eingerechnet. Auch bei den Personalkosten wurde eine Steigerung für 2015 und 2016 einkalkuliert.

Die Regiekosten und Abschreibungen für das Produkt „Öffentliche Toiletten“ sind noch nicht im „Ist“ gebucht worden, daher stehen tatsächliche Kosten noch nicht zur Verfügung. Um evtl. Preissteigerungen abzufangen, wurde ab 2015 dieser Ansatz auf 1.200 € kalkuliert.

Entwicklung der Erträge für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

	Nachkalkulation	Nachkalkulation	Kalkulation
	2014	2015	2016
Benutzungsgebühren	17.085,90 €	17.100,00 €	17.100,00 €
Erstattung von Verwaltungsausgaben (Strom)	2.360,28 €	2.300,00 €	2.300,00 €
insgesamt:	19.446,18 €	19.400,00 €	19.400,00 €

2014 wurde der Gebührensatz um 10 Cent von 1,60 € auf 1,70 € pro laufender Meter Marktstand erhöht. An Gebühreneinnahmen und bei der Erstattung von Verwaltungsausgaben konnten für 2014 insgesamt 19.446,18 € Erträge verzeichnet werden. In der Nachkalkulation für 2015 und in der Gebührenberechnung für 2016 wurde mit den gleichen Gebühreneinnahmen von rd. 19.400 € kalkuliert.

Entwicklung der Aufwendungen abzüglich der Erträge für die Kostenrechnung „Wochenmarkt“

		+ = Überschuss - = Defizit
2012	Fortschreibung d. kumulierten Defizites bis 31.12.2012	-5.405,14 €
2013	Überschuss des Jahres 2013 = Nachkalkulation 2013	2.113,77 €
		-3.291,37 €

Nachkalkulation 2014

	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten	- = Defizit
	Kalkulation	57,31 %	20%	80%	
Kosten	20.067,24 €	11.500,00 €	4.013,45 €	16.053,79 €	
Einnahmen	19.446,18 €			19.446,18 €	
	-621,06 €	11.500,00 €	4.013,45 €	3.392,39 €	101,02 €

Nachkalkulation 2015

	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten	- = Defizit
Kalkulation		55,82 %	20%	80%	
Kosten	20.601,80 €	11.500,00 €	4.120,36 €	16.481,44 €	
Einnahmen	19.400,00 €			19.400,00 €	
	-1.201,80 €	11.500,00 €	4.120,36 €	2.918,56 €	3.019,58 €

**Gebührenberechnung
2016**

	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	Verbleiben gebühren- relevante Kosten	- = Defizit
Kalkulation		55,98 %	20%	80%	
Kosten	20.901,80 €	11.700,00 €	4.180,36 €	16.721,44 €	
Einnahmen	19.400,00 €	0,00 €	0,00 €	19.400,00 €	
	-1.501,80 €	11.700,00 €	4.180,36 €	2.678,56 €	5.698,14 €

Unter Berücksichtigung der öffentlichen Interessenquote ergibt sich für 2016 ein kalkulierter Gesamtüberschuss in Höhe von rund 5.700 €. Da die Höhe der Regiekosten und die anteiligen Kosten für das Produkt „Öffentliche Toiletten“ nicht bekannt sind, sollte von einer Änderung des Gebührensatzes oder einer Anpassung der öffentlichen Interessenquote abgesehen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/133**freigegeben am **10.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015**Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung legt für 2016 den Gebührensatz unverändert für die kostenrechnende Einrichtung „zentrale Abwasserbeseitigung“ fest:

Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,10 €

Sach- und Rechtslage:

In der nachfolgenden Tabelle wurden die Erträge, der sachliche Betriebsaufwand und die kalkulatorischen Kosten gegenüber gestellt.

	2014 mit Ist-Beträgen und teilweise Nachkalkulationsbeträgen	2015 mit nachkalkulierten Planzahlen
Erträge	1.986.577,68	1.729.670,43
Sachl. Betriebsaufwand	993.756,49	1.013.826,76
Abschreibungen	672.600,04	672.600,04
Kalk. Zinsen	384.925,30	230.955,18
Aufwendungen	2.051.281,83	1.917.381,98
Saldo	-64.704,15	-187.711,55

Die Höhe der „Abschreibungen“ und die „Kalkulatorischen Zinsen“ stehen für die Nachkalkulationen 2014 und 2015 noch nicht fest. Erst wenn in der Anlagenbuchhaltung die Jahresergebnisse der Abschreibungen vorliegen, können exakte Werte vorgelegt werden. In den Nachkalkulationen für 2014 und 2015 wurden daher die

zwischenzeitlich bekannten Abschreibungen übernommen. Auch die „Regiekosten“, die im sachlichen Betriebsaufwand enthalten sind, stehen noch nicht endgültig fest.

Die tatsächliche Abwassermenge (OOWV und durch die Gemeinde selbst abgerechnete Abwassermenge) betrug in den Jahren 2009 bis 2013 insgesamt:

Abwassermenge je Jahr in cbm

2009	2010	2011	2012	2013	2014 Hochrechnung
821.136	825.135	869.799	827.232	824.484	839.474

Für 2014 liegt eine Hochrechnung vom Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband Brake in Höhe von 839.474 cbm vor. In der Nachkalkulation für 2014 wurde mit einer Abwassermenge in Höhe von 840.000 cbm kalkuliert. Von Jahr zu Jahr schwanken die Gebühreneinnahmen. Das liegt darin begründet, dass sich die Jahreseinnahmen aus Vorausleistungen und Nachforderungen bzw. Erstattungen für das Vorjahr zusammensetzen.

Das Gesamtvolumen der sachlichen Betriebskosten beträgt in der Nachkalkulation 2014 insgesamt 993.756,49 € und in der Nachkalkulation für 2015 insgesamt 1.013.826,76 €.

Einen großen Anteil an den Aufwendungen der zentralen Abwasserbeseitigung für Schmutzwasser haben die Abschreibungen und die kalkulatorischen Zinsen. Für die Nachkalkulationen 2014 und 2015 wurden die Abschreibungen des Jahres 2012 eingerechnet, da diese bereits vorliegen. Tatsächliche Abschreibungen sind erst bekannt, wenn der Jahresabschluss in der Anlagenbuchhaltung fertig gestellt wurde.

Anhand des Restbuchwertes 2012 und unter Berücksichtigung des Abzugskapitals (Beitrags- und Zuschusszahlungen, die vom Restbuchwert abgezogen werden) wurden die kalkulatorischen Zinsen berechnet.

Die letzten Gebührensenkungen reichten nicht aus, den kumulierten Überschuss aus Vorjahren abzubauen.

Vorläufige jährliche Entwicklung des Überschusses

Jahr	Fortschreibung		jährliche Entwicklung
bis 31.12.09	643.361,62	Ergebnis 2009	56.814,31
bis 31.12.10	815.074,85	Ergebnis 2010	171.713,23
bis 31.12.11	915.729,48	Ergebnis 2011	100.654,63
bis 31.12.12	946.633,01	Ergebnis 2012	30.903,53
bis 31.12.13	971.949,29		25.316,28
bis 31.12.14	907.245,14		-64.704,15
bis 31.12.15	719.533,59		-187.711,55

In der vorstehenden Tabelle ist zu erkennen, dass sich in der Nachkalkulation für 2014 ein Defizit in Höhe von 64.704,15 € errechnete, sodass der kumulierte Überschuss bis zum 31.12.2014 auf 907.245,14 € rechnerisch reduziert werden konnte. Für das Haushaltsjahr 2015 wurde anhand der Planzahlen und der Abschreibungen aus dem Jahre 2012 ein Defizit in Höhe von -187.711,55 € errechnet, sodass der kumulierte Überschuss um diesen Betrag rechnerisch zum 31.12.2015 auf 719.533,59 € sinken müsste.

Aufgrund vorliegender Ergebnisse aus Vorjahren zeichnet sich ab, dass die Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen zu niedrig berechnet worden sein dürften. Durch verschiedene Investitionen, die in 2013 bis 2015 getätigt wurden, steigen die Aufwendungen für Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen in den Nachkalkulationen 2014 und 2015 und für die Gebührenberechnung 2016.

Aus den oben genannten Gründen schlägt die Verwaltung vor, den Gebührensatz von 2,10 € zunächst nicht zu verändern.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Anlage.

Anlagen:

BAB – Nachkalkulation 2015 als Grundlage für die Gebührenberechnung 2016.

Kostenart neu Doppik	Kostenarten-Bezeichnung = Sachkonto	Hhsoll 2015 Abwasserbeseitigung	Abgrenzungen	eutraler Aufwan 9538109001	Neutrale Erträge 9538109002	Wirtschaftsrechnung 9538109003	Klärwerk 9538110001	Pumpwerke 9538110002	Rohrnetz 9538110003	Personalkosten 9538110050	Sach- und Dienst- leistungen 9538110051	Regiekosten 9538110052	Zusatzkosten 9538110053	Kalk. Zinsen 9538110054	Erträge 9538110060
	1. Personalkosten														
401100	Dienstaufwendungen Beamte	2.400,00				2.400,00				2.400,00					
401200	Dienstaufwendungen Arbeitnehmer	227.800,00				227.800,00	150.000,00	26.400,00		51.400,00					
401210	Leistungsentgelt	3.900,00				3.900,00	2.400,00	500,00							
402100	Beiträge an Versorgungskasse Beamte	6.100,00				6.100,00				6.100,00					
402200	Beiträge an Versorgungskasse Arbeitnehmer	16.700,00				16.700,00	11.000,00	1.900,00		3.800,00					
403200	Beiträge an gesetzl. Sozialvers. Arbeitnehmer	45.000,00				45.000,00	30.000,00	5.300,00		9.700,00					
404100	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beschäftigte	2.500,00				2.500,00									
426100	Dienst- und Schmutzkleidung	2.500,00				2.500,00	500,00	100,00		1.900,00					
426110	Aus- und Fortbildungskosten	1.400,00				1.400,00				1.400,00					
426120	Aus- und Fortbildungskosten für Auszubildene	1.500,00				1.500,00					1.500,00				
441100	Sonst. Personal- und Versorgungsaufwendungen	100,00				100,00				100,00					
	2. Sächl. Verw./Betr.Aufwand														
421100	Unterhaltung der baulichen Anlagen	46.500,00				46.500,00	40.500,00	6.000,00							
421110	Unterh. Grundst.	25.500,00				25.500,00	9.500,00	16.000,00							
421200	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	35.000,00				35.000,00									
422100	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	63.000,00				63.000,00	56.000,00	7.000,00							
422200	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände bis 150 Euro ohne Umsatzsteuer	2.500,00				2.500,00	1.000,00	1.000,00	500,00						
424120	Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	5.000,00				5.000,00	5.000,00								
424130	Bewirt. Frischwasser	700,00				700,00	700,00								
424140	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	12.460,00				12.460,00									
424150	Reinigung (auch Reinigung v. Bürowäsche,Vorhängen) Ungezieferbekämpfung	3.380,00				3.380,00	12.400,00	60,00							
424160	Versicherungen	8.400,00				8.400,00	6.500,00	1.900,00							
425100	Haltung von Fahrzeugen	4.000,00				4.000,00					4.000,00				
427100	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen - sonstige	7.600,00				7.600,00									
427101	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	123.200,00				123.200,00	75.200,00	48.000,00							
427103	Frischwasser	500,00				500,00		500,00							
427114	Kosten der Schlammabeseitigung	202.000,00				202.000,00	202.000,00								
442900	Inansp. Recht./Dienst.	33.400,00				33.400,00					33.400,00				
442913	Mitgl. Verb./Vereine	700,00				700,00			100,00		600,00				
443100	Bürobedarf	500,00				500,00	500,00								
443107	Post/Fernm. - Tel./Int.	12.650,00				12.650,00	800,00	11.850,00							
443109	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	11.000,00				11.000,00	11.000,00								
443112	Sonst. Geschäftsausgabe	100,00				100,00					100,00				
444130	Abwasserabgabe	43.000,00				43.000,00	43.000,00								
445300	Erstattung an Zweckverbänden u. dergleichen (OOWV)	12.000,00				12.000,00					12.000,00				
481104	Aufw. Bauhof, Unterhaltung unbew. Vermögen	2.700,00				2.700,00			2.700,00						
481112	Aufw. Bauhof, Sschk.-Son.	315,00				315,00	315,00								
481200	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - Regie	47.821,76				47.821,76						47.821,76			
	Zwischensumme zu 1 und 2:	1.013.826,76	0,00	0,00	0,00	1.013.826,76	661.695,00	131.510,00	37.900,00	80.300,00	54.600,00	47.821,76	0,00	0,00	0,00
	3. Kalkulatorische Kosten														
	Kalk. Abschreibungen	672.600,04				672.600,04	169.175,97	83.326,72	420.097,35						
	Kalk. Zinsen	230.955,18				230.955,18	58.091,09	28.612,45	144.251,64						
	Zwischensumme zu 3:	903.555,22	0,00	0,00	0,00	903.555,22	227.267,06	111.939,17	564.348,99	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	4. Umlagen														
	Personalkosten						#BEZUG!	#BEZUG!	#BEZUG!	-80.300,00					
	Sach- u. Dienstleistungen						#BEZUG!	#BEZUG!	#BEZUG!		-54.600,00				
	Regiekosten						#BEZUG!	#BEZUG!	#BEZUG!			-47.821,76			
	Zusatzkosten														
	Kalk. Zinsen														
	Summe sächl. V./B.Aufw. gesamt	1.917.381,98	0,00	0,00	0,00	1.917.381,98	#BEZUG!	#BEZUG!	#BEZUG!	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	II. Erträge														
331110	Genehmigungsgebühren	-600,00				-600,00			-600,00						
332100	Benutzungsgebühren und ähnl. Entgelte	-1.722.000,00				-1.722.000,00	#BEZUG!	#BEZUG!	#BEZUG!						-1.722.000,00
381100	Ertr. internLeist.be	-7.070,43				-7.070,43	-7.070,43								
	Summe Erträge	-1.729.670,43	0,00	0,00	0,00	-1.729.670,43	#BEZUG!	#BEZUG!	#BEZUG!	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.722.000,00
	III. Ergebnis														
	Unterdeckung	187.711,55	0,00	0,00	0,00	187.711,55	#BEZUG!	#BEZUG!	#BEZUG!	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
338100	Ertr.a.d.Aufl v. SoPo f. d. Gebührenaussgleich														
						0,00									

Vorläufige jährliche Entwicklung des Überschusses/Defizits

Jahr	Fortschreibung		jährliche Entwicklung
bis 31.12.09	643.361,62	Ergebnis 2009	56.814,31
bis 31.12.10	815.074,85	Ergebnis 2010	171.713,23
bis 31.12.11	915.729,48	Ergebnis 2011	100.654,63
bis 31.12.12	946.633,01	Ergebnis 2012	30.903,53
bis 31.12.13	971.949,29		25.316,28
bis 31.12.14	907.245,14		-64.704,15
bis 31.12.15	719.533,59		-187.711,55

840.000,00	2,10	1.764.000,00	Planung 2015
820.000,00	2,10	1.722.000,00	Nachkalkulation 2015

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/134freigegeben am **09.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015

Festsetzung der Gebührensätze 2016 für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung legt für 2016 den Gebührensatz unverändert für die kostenrechnende Einrichtung „dezentrale Abwasserbeseitigung“ fest:

Gebührensätze für die dezentrale Einrichtung Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers / Fäkalschlamms
73,00 €
- b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers / Fäkalschlamms
62,50 €

Sach- und Rechtslage:

Die tatsächlichen Abfuhrmengen der letzten Jahre sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt. In der Tabelle sind die Schwankungen bei der tatsächlichen Abfuhrmenge in den Jahren deutlich zu erkennen. Die jährliche Abfuhrmenge wird auch weiterhin schwanken, da nur dann eine bedarfsgerechte Abfuhr erfolgt.

Abfuhrmengen in cbm:

2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015 geschätzt	2016 geschätzt
503	758	701	640	585	503	600	600

Für die Festsetzung der Gebühr 2016 bilden die Nachkalkulationen 2014 und 2015 die Berechnungsgrundlagen. Bei der Abfuhrmenge für 2014 in einer Größenordnung von 503 cbm wurden 2.804,75 Euro Mehreinnahmen erzielt.

Die Aufwendungen 2014 in Höhe von 41.886,69 Euro können sich dagegen noch geringfügig ändern, weil für die Berechnung der Reinigung des Klärschlammes im Klärwerk die „Kosten des Klärwerkes im zentralen Abwasserbereich“ und die Regiekosten noch nicht endgültig feststehen. Für 2014 wurden 75 % der Regiekosten berücksichtigt. Die Kostenrechnung 2014 weist für die dezentrale Abwasserbeseitigung rechnerisch zurzeit ein Defizit in Höhe von 5.045,94 Euro aus.

Das Ausgabevolumen 2015 fällt gegenüber dem Jahre 2014 voraussichtlich um rund 8.900 Euro höher aus. Für diese Steigerung sind zusätzliche Personalaufwendungen verantwortlich. Weiterhin sind Kostensteigerungen eingerechnet, da für 2015 mit einer Abfuhrmenge in Höhe von 600 cbm nachkalkuliert wurde. Wird mit einer höheren Abfuhrmenge kalkuliert, dann steigen auch die Fahrtkosten und die Kosten der Reinigung auf dem Klärwerk. Obwohl die Gebührensätze für die Jahre 2014 und 2015 um jeweils 5 Euro angehoben wurden, reichte das nicht aus, um die Aufwendungen zu decken. Die Nachkalkulation 2015 schließt voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von rund 7.500 Euro. In der Gebührenberechnung für 2016 wurde mit einer Abfuhrmenge wie 2015 in Höhe von 600 cbm kalkuliert und eine leichte Kostensteigerung bei den Aufwendungen eingerechnet.

Unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Vorjahresergebnisse reduziert sich damit der kumulierte Überschuss auf 2.390,02 €.

Im Hinblick auf die noch nicht vorliegenden Jahresergebnisse 2013 und 2014 sowie des fast abgelaufenen Jahres 2015, in denen sich noch, wie oben beschrieben, Änderungen ergeben können, schlägt die Verwaltung vor, die Gebührensätze für 2016 nicht anzuheben.

Finanzielle Auswirkungen:

siehe Anlage.

Anlagen:

Berechnung der Gebührensätze für Fäkalschlamm.

Verrechnung der Fäkalschlammgebühr

(ohne Berücksichtigung der Abwasserabgabe)

Jahr	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Nachkalkulation 2013	Nachkalkulation 2014	Nachkalkulation 2015	Gebühr 2016	festgesetzte Gebühr
<u>Abfahrmenngen</u>									
Hauskläranlagen	380,5	615	553	506	519,5	487	550	550	
Abflußlose Gruben	122,5	143	148	134	65,5	16	50	50	
cbm Abwasser gesamt	503	758	701	640	585	503	600	600	
<u>Fahrtkosten</u>									
Fahrtkosten Abfuhrfirma	11.702,95 €	17.646,32 €	15.421,77 €	14.850,65 €	14.137,90 €	12.583,64 €	14.500,00 €	14.500,00 €	
Anteil Fahrtkosten	23,27 €	23,28 €	22,00 €	23,20 €	24,17 €	25,02 €	24,17 €	24,17 €	
<u>Kosten des Klärwerks</u>									
Betriebskosten einschl. Abschreibungen									
Gesamtanlieferung in cbm	821.136,00	825.135,00	869.799,00	827.232,00	824.484,00	820.000,00	820.000,00	820.000,00	
Kosten Klärwerk ohne kalk. Zinsen	886.252,04 €	885.099,17 €	903.368,32 €	899.950,25 €	933.451,12 €	908.845,88 €	970.000,00 €	970.000,00 €	
Kosten pro cbm	1,08 €	1,07 €	1,04 €	1,09 €	1,13 €	1,11 €	1,18 €	1,18 €	
<u>Vermögenskosten Klärwerk (ohne Beiträge)</u>									
Anlagekapital am 31.12.	2.330.639,50 €	2.186.971,00 €	2.135.819,00 €	2.321.886,80 €	2.325.000,00 €	2.325.000,00 €	2.325.000,00 €	2.325.000,00 €	
abzüglich abgeschriebener Zuschüsse	551.306,00 €	501.475,00 €	451.641,00 €	408.504,00 €	410.000,00 €	410.000,00 €	410.000,00 €	410.000,00 €	
ergibt zu verzinsendes Kapital	1.779.333,50 €	1.685.496,00 €	1.684.178,00 €	1.913.382,80 €	1.915.000,00 €	1.915.000,00 €	1.915.000,00 €	1.915.000,00 €	
zu verzinsendes Anlagekapital	106.760,01 €	101.129,76 €	101.050,68 €	114.802,97 €	95.750,00 €	95.750,00 €	57.450,00 €	57.450,00 €	
Zu verzinsendes Anlagekapital pro cbm	0,13 €	0,12 €	0,12 €	0,14 €	0,12 €	0,12 €	0,07 €	0,07 €	
Summe des Zuschlages für Klärwerk	1,21 €	1,20 €	1,15 €	1,23 €	1,25 €	1,23 €	1,25 €	1,25 €	
<u>Fäkalschlammannahme</u>									
Ant.Baukosten Fäkalschlammannahme	71.599,27 €	71.599,27 €	71.599,27 €	71.599,27 €	71.599,27 €	71.599,27 €	71.599,27 €	71.599,27 €	
bisherige Abschreibungen	24.344,27 €	25.776,27 €	27.208,27 €	28.640,27 €	30.072,27 €	31.504,27 €	32.936,27 €	34.368,27 €	
Restwert	47.255,00 €	45.823,00 €	44.391,00 €	42.959,00 €	41.527,00 €	40.095,00 €	38.663,00 €	37.231,00 €	
jährliche Abschreibung (2%)	1.432,43 €	1.432,00 €	1.432,00 €	1.432,00 €	1.432,00 €	1.432,00 €	1.432,00 €	1.432,00 €	
Zu verzinsendes Anlagekapital 6%	2.835,30 €	2.749,38 €	2.663,46 €	2.577,54 €	2.076,35 €	2.004,75 €	1.159,89 €	1.116,93 €	
Gesamt	4.267,73 €	4.181,38 €	4.095,46 €	4.009,54 €	3.508,35 €	3.436,75 €	2.591,89 €	2.548,93 €	
Anteil pro cbm	8,48 €	5,52 €	5,84 €	6,26 €	6,00 €	6,83 €	4,32 €	4,25 €	
<u>Hauskläranlagen</u>									
Verschmutzungszuschlag	12,96 €	12,81 €	12,37 €	13,14 €	13,37 €	13,13 €	13,42 €	13,42 €	
Kosten Klärwerk	1,21 €	1,20 €	1,15 €	1,23 €	1,25 €	1,23 €	1,25 €	1,25 €	
gesamt	14,17 €	14,00 €	13,53 €	14,37 €	14,62 €	14,35 €	14,68 €	14,68 €	
<u>Abflußlose Gruben</u>									
Verschmutzungszuschlag (nicht mehr erlaubt)									
Kosten Klärwerk	1,21 €	1,20 €	1,15 €	1,23 €	1,25 €	1,23 €	1,25 €	1,25 €	
gesamt	1,21 €	1,20 €	1,15 €	1,23 €	1,25 €	1,23 €	1,25 €	1,25 €	

<u>Personalkosten</u>									
insgesamt	5.094,14 €	5.112,58 €	5.241,69 €	5.703,01 €	6.717,48 €	8.501,28 €	11.700,00 €	12.000,00 €	
je cbm	10,13 €	6,74 €	7,48 €	8,91 €	11,48 €	16,90 €	19,50 €	20,00 €	
<u>Regiekosten</u>									
				25%	50%	75%	100%		
Gesamt	0,00 €	0,00 €	0,00 €	14.319,18	14.404,75 €	13.808,40 €	13.808,40 €		
Prozent	0,00 €	0,00 €	0,00 €	3.579,80 €	7.202,38 €	10.356,30 €	13.808,40 €	14.000,00 €	
Kosten pro cm	0,00 €	0,00 €	0,00 €	5,59 €	12,31 €	20,59 €	23,01 €	23,33 €	
	0,00 €	0,00 €	0,00 €	2.830,28 €	6.395,96 €	10.026,87 €	12.657,70 €	12.833,33 €	
	0,00 €	0,00 €	0,00 €	749,52 €	806,42 €	329,43 €	1.150,70 €	1.166,67 €	
<u>Gebühr Hauskläranlagen</u>									
anteilige Berücksichtigung Überschuss/Verlust Vorjahre	10,08 €	6,18 €	-0,76 €	-28,72 €	-39,85 €	-29,62 €	-16,42 €	-3,98 €	
Abfuhrkosten	23,27 €	23,28 €	22,00 €	23,20 €	24,17 €	25,02 €	24,17 €	24,17 €	
Baukosten Fäkalschlammanahme	8,48 €	5,52 €	5,84 €	6,26 €	6,00 €	6,83 €	4,32 €	4,25 €	
Anteilige Personalkosten Verwaltung	10,13 €	6,74 €	7,48 €	8,91 €	11,48 €	16,90 €	19,50 €	20,00 €	
Kosten Klärwerk <u>mit</u> Verschmutzungszulage	14,17 €	14,00 €	13,53 €	14,37 €	14,62 €	14,35 €	14,68 €	14,68 €	
Regiekosten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	5,59 €	12,31 €	20,59 €	23,01 €	23,33 €	
Gesamt	66,12 €	55,73 €	48,08 €	29,62 €	28,73 €	54,08 €	69,26 €	82,44 €	
ohne Berücksichtigung Überschuss/Verlust	56,04 €	49,54 €	48,85 €	58,34 €	68,58 €	83,69 €	85,68 €	86,43 €	
gültiger Gebührensatz	63,00 €	63,00 €	63,00 €	63,00 €	63,00 €	68,00 €	73,00 €	86,43 €	73,00 €
<u>Gebühr Abflusslose Gruben</u>									
Berücksichtigung Überschuss/Verlust Vorjahre	10,08 €	6,18 €	-0,76 €	-28,72 €	-39,85 €	-29,62 €	-16,42 €	-3,98 €	
Abfuhrkosten	23,27 €	23,28 €	22,00 €	23,20 €	24,17 €	25,02 €	24,17 €	24,17 €	
Baukosten Fäkalschlammanahme	8,48 €	5,52 €	5,84 €	6,26 €	6,00 €	6,83 €	4,32 €	4,25 €	
Anteilige Personalkosten Verwaltung	10,13 €	6,74 €	7,48 €	8,91 €	11,48 €	16,90 €	19,50 €	20,00 €	
Kosten Klärwerk <u>ohne</u> Verschmutzungszulage	1,21 €	1,20 €	1,15 €	1,23 €	1,25 €	1,23 €	1,25 €	1,25 €	
Regiekosten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	5,59 €	12,31 €	20,59 €	23,01 €	23,33 €	
Gesamt	53,16 €	42,92 €	35,71 €	16,48 €	15,36 €	40,95 €	55,84 €	69,02 €	
ohne Berücksichtigung Überschuss/Verlust	43,09 €	36,74 €	36,47 €	45,20 €	55,21 €	70,57 €	72,25 €	73,00 €	
gültiger Gebührensatz	52,50 €	52,50 €	52,50 €	52,50 €	52,50 €	57,50 €	62,50 €	73,00 €	62,50 €
<u>Umbuchung zum Jahresende (Kosten Klärwerk und Versch.Zuschl.)</u>									
für Hauskläranlagen	5.390,26 €	8.610,80 €	7.480,61 €	7.271,09 €	7.596,60 €	6.989,12 €	8.072,82 €	8.072,82 €	
für abflußlose Gruben	148,14 €	170,92 €	170,91 €	164,38 €	81,76 €	19,60 €	62,65 €	62,65 €	
Gesamt	5.538,40 €	8.781,72 €	7.651,52 €	7.435,46 €	7.678,37 €	7.008,72 €	8.135,47 €	8.135,47 €	
<u>Gebühreneinnahme</u>									
aus Hauskläranlagen	23.971,50 €	38.745,00 €	34.839,00 €	31.878,00 €	32.728,50 €	33.116,00 €	40.150,00 €	47.534,34 €	40.150,00 €
aus abflußlosen Gruben	6.431,25 €	7.507,50 €	7.770,00 €	7.035,00 €	3.438,75 €	920,00 €	3.125,00 €	3.650,06 €	3.125,00 €
Gesamt	30.402,75 €	46.252,50 €	42.609,00 €	38.913,00 €	36.167,25 €	34.036,00 €	43.275,00 €	51.184,40 €	43.275,00 €
tatsächliche Einnahmen	26.983,25 €	40.944,75 €	50.258,25 €	40.509,00 €	30.828,00 €	36.840,75 €			
	-3.419,50 €	-5.307,75 €	7.649,25 €	1.596,00 €	-5.339,25 €	2.804,75 €			
<u>Ausgaben</u>									
Fahrtkosten	11.702,95 €	17.646,32 €	15.421,77 €	14.850,65 €	14.137,90 €	12.583,64 €	14.500,00 €	14.500,00 €	

Kosten d. Reinigung	608,29 €	905,99 €	809,49 €	785,08 €	730,25 €	616,23 €	751,79 €	751,79 €	
Verschmutzungszuschlag	4.930,12 €	7.875,73 €	6.842,02 €	6.650,39 €	6.948,11 €	6.392,49 €	7.383,68 €	7.383,68 €	
Lohnkosten Verwaltung	5.094,14 €	5.112,58 €	5.241,69 €	5.703,01 €	6.717,48 €	8.501,28 €	11.700,00 €	12.000,00 €	
Kosten Fäkalschlammanahme	4.267,73 €	4.181,38 €	4.095,46 €	4.009,54 €	3.508,35 €	3.436,75 €	2.591,89 €	2.548,93 €	
Regiekosten ab 2012	0,00 €	0,00 €	0,00 €	3.579,80 €	7.202,38 €	10.356,30 €	13.808,40 €	14.000,00 €	
Ausgaben insgesamt:	26.603,22 €	35.722,00 €	32.410,44 €	35.578,46 €	39.244,47 €	41.886,69 €	50.735,76 €	51.184,40 €	51.184,40 €
Überschuss(+)/Fehlbetrag(-) lfd. Jahr:	380,03 €	5.222,75 €	17.847,81 €	4.930,54 €	-8.416,47 €	-5.045,94 €	-7.460,76 €	0,00 €	-7.909,40 €
Überschuss(+)/Fehlbetrag(-) aus Vorjahren:	-5.067,94 €	-4.687,91 €	534,84 €	18.382,65 €	23.313,19 €	14.896,72 €	9.850,78 €	0,00 €	2.390,02 €
Fortschreibung Überschuss	-4.687,91 €	534,84 €	18.382,65 €	23.313,19 €	14.896,72 €	9.850,78 €	2.390,02 €	0,00 €	-5.519,38 €

Stand: 3.8.2015

Ihmels

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/135**freigegeben am **14.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015**Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Niederschlagswasser****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung legt für 2016 den Gebührensatz unverändert für die kostenrechnende Einrichtung „zentrale Niederschlagswasserbeseitigung“ fest:

Gebührensatz für die Niederschlagswasserbeseitigung

Der Gebührensatz beträgt 0,20 € je qm überbauter und befestigter Grundstücksfläche, die an die Niederschlagswasserbeseitigung angeschlossen ist.

Sach- und Rechtslage:

Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr 2016 waren die Planzahlen für 2015. Eine Nachkalkulation für 2015 konnte noch nicht aufgestellt werden, da das Jahr noch nicht abgeschlossen ist und somit keine „Istzahlen“ vorliegen. Für 2016 wurde eine Gebührenkalkulation anhand der vorhandenen Planzahlen aufgestellt.

Die Zahlen sind teilweise rechnerische Ergebnisse, die aber dennoch den Status der Planzahl behalten. In der nachfolgenden Tabelle wurden die Erträge, der sachliche Betriebsaufwand und die kalkulatorischen Kosten gegenüber gestellt:

	2015 Planzahlen Euro	2016 Planzahlen Euro
Sachl. Betriebsaufwand	220.630,00	251.932,00
Abschreibungen	237.171,00	237.170,80
Kalk. Zinsen	225.182,00	243.743,22
Aufwendungen insgesamt	682.983,00	732.846,02

Genehmigungsgebühren	500,00	5.500,00
Benutzungsgebühren Niederschlagswasserbeseitigung	383.205,00	389.701,60
Anteil Straßenentwässerung	299.278,00	300.186,53
Erträge insgesamt	682.983,00	695.388,13
Saldo	0,00	-37.457,89

Der sachliche Betriebsaufwand steigt um rd. 31.000 € auf rd. 252.000 € an. Grund für die Mehrausgaben sind insbesondere zusätzliche Aufwendungen für Personal sowie Kanalspülungen und Reparaturen.

Bei den Abschreibungen wurden die endgültigen Werte vom 31.12.2012 genommen und alle Abschreibungen für die Zeit von 2013 bis 2015 hochgerechnet, sodass annähernd genaue Abschreibungen für die Niederschlagswasserbeseitigung 2015 ermittelt wurden. Für 2016 wurden deshalb die gleichen Abschreibungen zugrunde gelegt wie im Jahre 2015.

Die „kalkulatorischen Zinsen“ wurden für 2015 und 2016 mit dem Zinssatz in Höhe von 3 % Prozent berechnet. Die kalkulatorischen Zinsen sind in der Gebührenberechnung für 2016 um 18.561,22 € höher angesetzt als 2015.

Grund für die Steigerung sind Sonderposten (Zuschüsse), die im Jahre 2015 versehentlich beim Abzugskapital doppelt berücksichtigt und in der Gebührenberechnung für 2016 berichtigt wurden.

Ermittlung des Straßenentwässerungsanteils aus den laufenden Kosten für 2016:

	Flächen qm	Regenhöhe m	abgefl. Regenwasser qm	Prozentanteile	Rundung
	-			-	
Versiegelte Grundstücksflächen	1.948.508	0,6545	1.275.298	78,88	79
gewichtete Verkehrsflächen	521.753	0,6545	341.487,34	21,12	21
					100

In der Gebührenberechnung 2015 wurden die überbauten und befestigten Flächen der Grundstücke mittels Selbstauskunftsverfahren ermittelt. Für 2015 wurden gebührenpflichtige Flächen in einer Größenordnung von 1.847.859 qm zugrunde gelegt. Diese versiegelten Flächen, die sich nach einzelnen Faktoren aufschlüsseln, haben sich mittlerweile um 34.351 qm reduziert; es mussten einzelne Berichtigungen vorgenommen werden.

Für 2016 werden sich die versiegelten Grundstücksflächen um ca. 135.000 qm auf 1.948.508 qm erhöhen. Grund für die Erhöhung sind neue Baugebiete, die neu veranlagt werden. Diese Flächen werden mit der angefallenen Niederschlagshöhe multipliziert. Diese errechneten Werte ergeben das auf die versiegelten Grundstücksflächen und Verkehrsflächen abgeflossene Regenwasser, die dann ins Verhältnis zueinander gesetzt werden.

Der Grundstücksentwässerungsanteil beträgt 79 Prozent und der Straßenentwässerungsanteil 21 Prozent (2015 wurde das Verhältnis 78 zu 22 Prozent ermittelt).

Ermittlung der Jahreskosten für 2016	Niederschl.Wasser	Straßenentw.	insgesamt
Prozent	79	21	100
Betriebskosten	199.026,28	52.905,72	251.932,00
abzüglich Erträge	-5.500	0	-5.500,00
kalk. Abschreibungen	138.444,96	98.725,85	237.170,80
kalk. Zinsen	95.188,25	148.554,97	243.743,22
	427.159,49	300.186,53	727.346,02

Nach dem oben berechneten Verhältnis werden dann die kalkulierten Kosten aufgeteilt. Danach fallen auf den Straßenentwässerungsanteil insgesamt 300.186,53 €. Dieser Aufwand ist vom Produkt „Gemeindestraßen“ an das Produkt „Niederschlagswasser“ zu verrechnen.

Der gebührenpflichtige Aufwand in Höhe von 427.159,49 € ist von den Gebührenzahlern aufzubringen. Geteilt durch die versiegelten Flächen in Höhe von 1.948.508 qm ergäbe sich eine Niederschlagswassergebühr in Höhe von rund 0,22 €/qm.

Da es sich bei den Gebührenkalkulationen 2015 und 2016 um Planzahlen handelt, wird vorgeschlagen, die Gebühr für 2016 in Höhe von 0,20 €/qm, wie im Jahre 2015, zu belassen und zunächst endgültige Jahresrechnungen abzuwarten.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Anlage.

Anlagen:

BAB 2016 – Berechnung des Gebührensatzes für die Beseitigung von Niederschlagswasser

Zentrale Abwasserbeseitigung für Regenwasser 2016

Produkt P1.06.00.538100.003

Kostenart	Kostenarten-Bezeichnung = Sachkonto	Mittelanmeldungen		Abgrenzungen	Neutraler Aufwand 9538129001	Neutrale Erträge 953812002	Wirtschafts- rechnung 953812003
		2016 RW					
	1. Personalkosten						
401100	Dienstaufwendungen Beamte	2.500,00					2.500,00
401200	Dienstaufwendungen Arbeitnehmer	36.900,00					36.900,00
401210	Leistungsentgelt	800,00					800,00
402100	Beiträge an Versorgungskasse Beamte	6.400,00					6.400,00
402200	Beiträge an Versorgungskasse Arbeitneh	2.700,00					2.700,00
403200	Beiträge an gesetzl. Sozialvers. Arbeitneh	7.400,00					7.400,00
404100	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beschäftigte	1.800,00					1.800,00
	2. Sächl. Verw./Betr.Aufwand						0,00
421200	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	124.000,00					124.000,00
422200	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände						
442900	Inansp.Recht/Dienstleistungen						
427100	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen - sonstige	4.600,00					4.600,00
442913	Mitgl. Verb./Vereine	100,00					100,00
	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - Regie						0,00
481103	Aufw. Bauhof; Unterhaltung der Grundstücke	19.800,00					19.800,00
481104	Aufwendungen Bauhof, Unterhaltung unbew. Vermögen	3.315,00					3.315,00
481105	Aufw. Bauhof; Unterhaltung des beweglichen Vermögens	3.255,00					3.255,00
481112	Aufw. Bauhof, Sachk.- Sonstige	1.055,00					1.055,00
	Regiekosten	37.307,00					37.307,00
	Zwischensumme zu 1 und 2:	251.932,00	0,00	0,00	0,00	0,00	251.932,00
	3. Kalkulatorische Kosten						
	Kalk. Abschreibungen	237.170,80					237.170,80
	Kalk. Zinsen	243.743,22					243.743,22
	Zwischensumme zu 3:	480.914,02	0,00	0,00	0,00	0,00	480.914,02
	4. Umlagen						
	Personalkosten						
	Regiekosten						
	Straßeneinlaufschächter						
	Summe sächl. V./B.Aufw. gesamt	732.846,02	0,00	0,00	0,00	0,00	732.846,02
	II. Erträge						
331110	Genehmigungsgebühren	-5.500,00					-5.500,00
332100	Benutzungsgebühren und ähnl. Entgelte N	-389.701,60					-389.701,60
	Anteil Straßenentwässerung	-300.186,53					-300.186,53
	Summe Erträge	-695.388,13	0,00	0,00	0,00	0,00	-695.388,13
	III. Ergebnis						
	Unterdeckung	37.457,89	0,00	0,00	0,00	0,00	37.457,89
338100	Ertr.a.d.Aufl v. SoPo f. d. Gebührenaussgleich						0,00

Rohrnetz NW 9538130001	Gräben 9538130002	RWRB 9538130003	Straßeneinlauf- schächte 9538130004	Personalkosten 9538130050	Sach- u. Dienst- leistungen 9538130051	Regie- kosten 9538130052
				2.500,00		
				36.900,00		
				800,00		
				6.400,00		
				2.700,00		
				7.400,00		
				1.800,00		
100.000,00	0,00		24.000,00			
4.600,00						
100,00						
		19.800,00				
		3.315,00				
		3.255,00				
		1.055,00				
						37.307,00
104.700,00	0,00	27.425,00	24.000,00	58.500,00	0,00	37.307,00
215.374,80	0,00	21.796,00				
221.343,21	0,00	22.400,00				
436.718,02	0,00	44.196,00	0,00		0,00	0,00
19.018,35	0,00	4.981,65		-58.500,00		
46.357,24	0,00	12.142,76				-37.307,00
29.563,24	0,00	7.743,76	-24.000,00			
636.356,85	0,00	96.489,17	0,00	0,00	0,00	0,00
-5.500,00						
-5.500,00	0,00	0,00	0,00		0,00	0,00
630.856,85	0,00	96.489,17	0,00		0,00	0,00

[illegible]

Ermittlung der Jahreskosten

	NW	Straßenentw.	insgesamt
Prozent	79	21	100
Betriebskosten	199.026,28	52.905,72	251.932,00
abzüglich Erträge	-5.500	0	-5.500,00
kalk. Abschreibungen	138.444,96	98.725,85	237.170,80
kalk. Zinsen	95.188,25	148.554,97	243.743,22
	427.159,49	300.186,53	727.346,02

100

Die versiegelten Grundstücksflächen und gewichteten Verkehrsflächen werden vom GB 3 ermittelt

Veränderungen werden an das Steueramt gemeldet, von dort aus wird die NW-Gebühr erhoben.

Jährlich (zum 31.12. j. J.) ist eine Ist-Abfrage über die veranlagten Grundstücksflächen aus TFA zu ermitteln

Für Verkehrsflächen wird keine NW-Gebühr erhoben.

Berechnung qm NW - Grundstücksfläch 20.05.2015

	Tatsächl. qm	Faktor	gebührenpflich. Fläche
Vollversiegelte Fläche	1.407.562,00	1,00	1.407.562,0000
Teilversiegelte Fläche	527.164,00	0,70	369.014,8000
Sonstige versiegelte Flächen	42.865,00	0,40	17.146,0000
Zisterne (Garten/25qm je 1 qm)	21.071,00	0,50	10.535,5000
Zisterne (Garten/Restfläche)	6.827,00	1,00	6.827,0000
Zisterne (Brauchw/25qm je 1qm)	9.815,00	0,10	981,5000
Zisterne (Brauchw/25qm je 1qm)	1.441,00	1,00	1.441,0000
zu berücksichtigende Fläche	2.016.745,00		1.813.507,8000

rd.

1.813.508

90.000

45.000

1.948.508

Regenhöhe

abgefl. RW

Versiegelte Grundstücksflächen 1.948.508,00 €

0,6545

1.275.298,49

gewichtete Verkehrsflächen

521.753,00

0,6545

341.487,34 €

Damit ein Ergebnis NW jährlich ermittelt

werden kann, sind die gewichteten Verkehrs-

flächen zum 31.12. j. J. vom GB3 festzuhalten.

1.616.785,82 €

Ermittlung der Kostendeckenden Gebühren für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung

'ohne Berücksichtigung von Vorjahresergebnissen

geteilt durch 427.159
1.948.508

=

0,2192

0,22 € pro qm

Aufgestellt: 10.08.2015

Ihmels

2016 wird die Fläche voll veranlagt - Faktoren sind bereits berücksichtigt
2016 wird die Fläche voll veranlagt - Faktoren sind bereits berücksichtigt Die Hälfte von 90.000 qm

Anteile	Rundung
16.167,86	
78,88	79,00
21,12	21,00
	100,00

Gegenrechnung:

Gebühr pro qm	gebühren- pflichtige Fläche	gebührenpflichtige Aufwendungen
		427.159,49
0,22	1.948.508,00	428.671,76
	Überschuss	-1.512,27
0,20	1.948.508,00	389.701,60
	Defizit	37.457,89

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/136

freigegeben am **10.09.2015**

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015

Gebührensatzsatzung 2016 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 zur Vorlage 2015/136 beigelegte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze 2016 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Erläuterungen zu den Gebührensätzen sind den Vorlagen

- 2015//131 Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung
- 2015/133 Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser
- 2015/134 Festsetzung der Gebührensätze 2016 für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser
- 2015/135 Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Niederschlagswasser zu entnehmen.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Vorlagen.

Anlagen:

Anlage 1 : Gebührensatzsatzung 2016

**Satzung
über die Festsetzung der Gebührensätze 2016 für
die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser
und die
öffentliche Einrichtung Straßenreinigung
der Gemeinde Rastede**

Aufgrund der §§ 10 und 110 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2014 (Nds. GVBl. S. 434)

§ 96 Abs. 1 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 18.12.2014 (Nds. GVBl. Seite 477)

§ 2 Abs. 2 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Einrichtung zur dezentralen Beseitigung von Schmutzwasser,

§ 4 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Einrichtung zur zentralen Beseitigung von Schmutzwasser,

§ 4 der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Gemeinde Rastede

§ 4 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Einrichtung zur zentralen Beseitigung von Niederschlagswasser

und des § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) i.d.F. der Neubekanntmachung vom 23.01.2007 (Nds. GVBl., Seite 41), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2012 (Nds. GVBl., Seite 279)

hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am _____ folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt ab 2016 je cbm Abwasser 2,10 €

§ 2

Gebührensätze für die dezentrale Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt ab 2016 für die Abwasserbeseitigung

- a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten
Abwassers / Fäkalschlamms 73,00 €
- b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten
Abwassers / Fäkalschlamms 62,50 €

§ 3

Gebührensatz für die von der Gemeinde betriebene öffentliche Straßenreinigung

Der Gebührensatz beträgt für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung ab 2016 jährlich 13,00 €

§ 4

Gebührensatz für die von der Gemeinde betriebene öffentliche Einrichtung Niederschlagswasser

Der Gebührensatz beträgt für die öffentliche Einrichtung Niederschlagswasser ab 2016 jährlich 0,20 € je qm befestigte oder überbebaute Grundstücksfläche, die an die Niederschlagswasser-beseitigung je qm angeschlossen ist.

§ 5

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2016 in Kraft.

Rastede, den _____

von Essen
- Bürgermeister -

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/154**freigegeben am **14.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 08.09.2015**Erlass einer Spielgerätesteuersatzung****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Satzung der Gemeinde Rastede über die Erhebung einer Spielgerätesteuer für das entgeltliche Benutzen von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits- sowie Unterhaltungsgeräten und -automaten (Spielgerätesteuersatzung) wird beschlossen.
2. Die 3. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 02.12.85 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die derzeit gültige Vergnügungssteuersatzung stammt aus dem Jahr 1985. Diese Satzung regelt unter anderem die Besteuerung der Geräte nach einem Stückzahlmaßstab. Danach ist für jedes einzelne Gerät eine Pauschalsteuer zu entrichten.

Das Bundesverwaltungsgericht hat sich zwischenzeitlich gegen diesen Stückzahlmaßstab ausgesprochen, weil eine am Einspielergebnis orientierte Steuer wirklichkeitsnäher ist. Zwar hatte sich das Oberverwaltungsgericht bemüht, die Zulässigkeit des Stückzahlmaßstabes auch gegen die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes zu rechtfertigen; aus diesem Grund waren die Kommunen des Ammerlandes auch zurückhaltend bei der Änderung ihrer Steuersatzungen.

Nunmehr hat sich die Rechtsprechung jedoch so gefestigt, dass der Stückzahlmaßstab tatsächlich rechtlich nicht mehr haltbar ist. Die Rechtswidrigkeit des Stückzahlmaßstabes wurde auch vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg bestätigt.

Nach und nach haben die Kommunen des Ammerlandes ihre Spielgerätesteuersatzung der Rechtsprechung angepasst. Nur die Gemeinden Bad Zwischenahn und

Rastede fehlen noch. Die Gemeinde Bad Zwischenahn beabsichtigt, ihre Satzung ab 2016 zu ändern. Insbesondere vor dem rechtlichen Hintergrund ist es nunmehr geboten, die Satzung auch in Rastede anzupassen.

Derzeit sind in der Vergnügungssteuersatzung auch folgende andere Tatbestände geregelt:

§ 1 - Steuergegenstand

Die Gemeinde erhebt Vergnügungssteuer für die folgenden im Gemeindegebiet veranstalteten Vergnügungen gewerblicher Art:

1. *Tanz- und karnevalistische Veranstaltungen;*
2. *Veranstaltungen von Schönheitstänzen, Schaustellungen von Personen und Darbietungen ähnlicher Art;*
3. *Veranstaltungen, bei denen Filme bespielte Videokassetten, Bildplatten oder vergleichbare Bildträger vorgeführt werden, die von der obersten Landesbehörde nicht gemäß § 6 Abs. 3 Ziff. 1 - 5 des Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit i.d.F. vom 25.02.1985 (BGBl. I. S. 425) freigegeben worden sind;*
4. *das Ausspielen von Geld oder Gegenständen in Spielclubs, Spielcasinos und ähnlichen Einrichtungen;*
5. *der Betrieb von Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsapparaten und -automaten (einschließlich der Apparate und Automaten zur Auspielung von Geld und Gegenständen sowie Musikautomaten, ausgenommen Poolbillard, Fußballkicker und Spielgeräte für Kleinkinder) in Gaststätten, Vereinsräumen, Kantinen und an anderen Orten, die der Öffentlichkeit zugänglich sind;*
6. *Catcher-, Ringkampf- und Boxkampfveranstaltungen, wenn Personen auftreten, die solche Kämpfe berufs- oder gewerbsmäßig ausführen.*

Wegen des Umfangs der die Spielgerätesteuer betreffenden Regelungen empfiehlt es sich (so auch in den Nachbargemeinden praktiziert) eine spezielle Spielgerätesteuersatzung zu erlassen und in der Vergnügungssteuersatzung die Tatbestände aufzuheben, die die Spielgeräte betreffen.

Verbunden mit dem Neuerlass der Spielgerätesteuersatzung ist eine Entscheidung über die Höhe der Steuersätze. Die Verwaltung schlägt vor, sich dem bis jetzt einheitlichen Steuerniveau im Landkreis Ammerland (und auch bis jetzt der Stadt Oldenburg) anzupassen. Danach ergeben sich folgende Steuerfestsetzungen:

Steuerart	Hebesatz aktuell		Hebesatz mögliche Veränderung		Letzte Anhebung
Vergnügungssteuer	Geräte mit Gewinnmöglichkeit	Gaststätte: 23,00 Spielhalle: 61,00	Geräte mit Gewinnmöglichkeit	Abschaffung der Pauschalbesteuerung und Einführung Besteuerung nach Gewinn: 15 %	01.01.2002
	Geräte ohne Gewinnmöglichkeit	Gaststätte: 6,00 Spielhalle: 38,00	Geräte ohne Gewinnmöglichkeit	Gaststätte: 20,00 Spielhalle: 50,00	
	Geräte: Darstellung Gewalttätigkeiten	0,00	Geräte: Darstellung Gewalttätigkeiten	300,00	
	Musikautomaten	8,00	Musikautomaten	10,00	
	PC-Bildschirmplätze	0,00	PC-Bildschirmplätze	10,00	

	Geräte mit Gewinnmöglichkeiten			Geräte ohne Gewinnmöglichkeiten	
	nach Spielein-satz	in Gaststätten monatl. je Gerät	in Spielhallen monatl. je Gerät	in Gaststätten monatl. je Gerät	in Spielhallen monatl. je Gerät
Apen	15%			20,00	50,00
Bad Zwischenahn		60,00	150,00	15,00	45,00
Edeweicht	15%			20,00	50,00
Rastede	jetzt: 0 %	jetzt: 23,00	jetzt: 61,00	jetzt: 6,00	jetzt: 38,00
	Vorschlag: 15 %	Vorschlag: entfällt	Vorschlag: entfällt	Vorschlag: 20,00	Vorschlag: 50,00
Westerstede	15%			20,00	50,00
Wiefelstede	15 %			20,00	50,00

	Geräte mit denen Gewalttätigkeiten dargestellt werden monatl. je Gerät	Musikautomaten monatl. je Gerät	PC-Bildschirmplätze monatl. je Gerät
Apen	300,00	10,00	10,00
Bad Zwischenahn	195,00	10,00	
Edeweicht	300,00	10,00	10,00
Rastede	jetzt: 0,00	jetzt: 8,00	jetzt: 0,00
	Vorschlag: 300,00	Vorschlag: 10,00	Vorschlag: 10,00
Westerstede	300,00	10,00	10,00
Wiefelstede	300,00	10,00	10,00

Eine Anhebung der Steuersätze entsprechend dem vorstehenden Vorschlag dürfte zu einem jährlichen Mehrertrag von ca. 30.000 Euro führen. Die Mehreinnahme ist in dem Haushaltsplanentwurf 2016 noch nicht berücksichtigt worden.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Anlage 1: Spielgerätesteuersatzung

Anlage 2: 3. Satzung zur Änderung der Vergnügenssteuersatzung

**Satzung der Gemeinde Rastede
über die Erhebung einer Spielgerätesteuer für das entgeltliche Benutzen
von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits- sowie Unterhaltungsgeräten und -automaten
(Spielgerätesteuersatzung)**

Auf Grund der §§ 10, 58 und 111 der Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) in der Fassung vom 16.12.2014 (Nds. GVBl. S. 434) und der §§ 2 und 3 Nieders. Kommunalabgabengesetz (NKAG) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 23.01.2007 (Nds. GVBl. S. 41) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18.07.2012 (Nds. GVBl. S. 279) hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am ... folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Steuergegenstand, Besteuerungstatbestände**

- (1) Die Gemeinde erhebt eine Vergnügungssteuer in Gestalt einer Spielgerätesteuer.
- (2) Gegenstand der Steuer ist die entgeltliche Benutzung von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsgeräten und -automaten, einschließlich der Geräte und Automaten zur Ausspielung von Geld und Gegenständen (Spielgeräte) in Spielhallen und ähnlichen Unternehmen im Sinne des § 33 i der Gewerbeordnung (GewO) und darüber hinaus von allen Spielgeräten mit und ohne Gewinnmöglichkeit an allen anderen Aufstellungsorten, soweit sie der Öffentlichkeit im Satzungsgebiet zugänglich sind. Als Spielgeräte im Sinne von Satz 1 gelten auch elektronische multifunktionale Bildschirmgeräte (insbes. Personalcomputer), die aufgrund ihrer Ausstattung und/ oder ihres Aufstellortes zum individuellen Spielen oder gemeinsamen Spielen in Netzwerken oder zum Spielen über das Internet verwendet werden können. Ihre Besteuerung kommt nicht in Betracht, wenn das Gerät ausschließlich zur Informationsbeschaffung oder für die Aus- bzw. Weiterbildung eingesetzt wird. Entgelt ist alles, was für die Benutzung des Spielgerätes aufgewandt wird.
- (3) Hat ein Spielgerät mehrere Spiel-, Geschicklichkeits- oder Unterhaltungseinrichtungen, die unabhängig voneinander und zeitgleich ganz oder teilweise nebeneinander bespielt werden können, so gilt jede dieser Einrichtungen als ein Spielgerät. Bei elektronischen multifunktionalen Bildschirmgeräten im Sinne von Abs. 1 Satz 2 gilt jeder Bildschirmplatz als ein Spielgerät.

**§ 2
Steuerfreiheit**

Von der Steuer befreit ist die entgeltliche Benutzung von Spielgeräten

1. auf Jahrmärkten, Volksfesten oder ähnlichen Veranstaltungen
2. ohne Gewinnmöglichkeit, die nach ihrer Bauart ausschließlich zur Benutzung von Kleinkinder bestimmt oder geeignet sind (z. B. mechanische Schaukeltiere).
3. ohne Gewinnmöglichkeit, die in ihrem Spielablauf vorwiegend eine individuelle körperliche Betätigung erfordern (wie z.B. Tischfußball, Billardtisch, Darts).

§ 3 Steuerpflichtiger

- (1) Steuerpflichtiger ist bei Spielgeräten im Sinne von § 1 Absatz 2 diejenige/derjenige, der/dem die Einnahmen zufließen
- (2) Steuerpflichtiger ist auch
 1. die Besitzerin/der Besitzer der Räumlichkeiten, in denen die Spielgeräte aufgestellt sind, wenn sie/er an den Einnahmen oder dem Ertrag aus dem Betrieb des Spielgerätes beteiligt ist oder für die Gestattung der Aufstellung ein Entgelt oder sonstigen Vorteil erhält und
 2. die wirtschaftliche Eigentümerin/der wirtschaftliche Eigentümer des Spielgerätes.
- (3) Mehrere Steuerschuldner sind Gesamtschuldner im Sinne des § 44 der Abgabenordnung (AO) in Verbindung mit § 11 Absatz 1 Nr. 2 b NKAG

§ 4 Beginn und Ende der Steuerpflicht

- (1) Die Steuerpflicht beginnt mit der Inbetriebnahme eines Spielgerätes an einem in § 1 Absatz 2 genannten Aufstellort.
- (2) Die Steuerpflicht endet, wenn das Spielgerät endgültig außer Betrieb gesetzt wird. § 8 Absatz 3 letzter Satz bleibt hiervon unberührt.
- (3) Beginnt oder endet die Steuerpflicht bei Geräten ohne Gewinnmöglichkeit im Laufe eines Kalendermonats, so ist dieser Monat mitzurechnen.

§ 5 Erhebungszeitraum, Entstehung und Fälligkeit der Steuerschuld

- (1) Die Steuer wird als Monatssteuer festgesetzt und erhoben. Die Steuerschuld entsteht mit Ablauf jedes Kalendermonats. Sie wird am 15. Tag des auf den Veranlagungsmonat folgenden Kalendermonats fällig.
- (2) Ein durch Bescheid festgesetzter Steuerbetrag (§ 8 Absatz 5) ist innerhalb von 10 Tagen nach Bekanntgabe zu entrichten.

§ 6 Bemessungsgrundlage / Steuermaßstab

- (1) Für Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit bemisst sich die Steuer nach dem Einspielergebnis.
- (2) Als Einspielergebnis gilt die elektronisch gezählte Bruttokasse. Sie errechnet sich aus der elektronisch gezählten Kasse (inklusive der Veränderung der Röhreninhalte) abzüglich der Nachfüllung, Falschgeld, Fehlgeld und Prüfgeld.
- (3) Für alle übrigen Spielgeräte im Sinne von § 1 Absatz 2 wird die Steuer als Pauschalsteuer nach § 7 Absatz 2 erhoben.

§ 7 Steuersätze

- (1) Bei der Spielgerätesteuer für Geräte mit Gewinnmöglichkeit (§ 6 Absatz 1) beträgt der Steuersatz 15 von Hundert des Einspielergebnisses.
- (2) Bei allen übrigen Spielgeräten (§ 1 Absatz 2) beträgt der Steuersatz für jeden angefangenen Kalendermonat und für jedes Gerät
 1. bei Geräten
 - a) in Spielhallen und ähnlichen Unternehmen i. S. v. § 33 i GewO 50,00 Euro
 - b) an anderen Aufstellorten 20,00 Euro
 2. an allen Aufstellorten abweichend von Nr. 1
 - a) bei Spielgeräten, mit denen Gewalttätigkeit gegen Menschen und Tiere dargestellt wird oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges oder die Würde des Menschen verletzende Darstellung zum Gegenstand haben 300,00 Euro
 - b) bei Musikautomaten 10,00 Euro
 - c) bei PC-Bildschirmplätzen gem. § 1 Abs.2 Satz 2 10,00 Euro
- (3) Die Voraussetzungen für die Erhebung der erhöhten Steuer nach Absatz 2 Buchstabe a) sind in jedem Fall als gegeben anzusehen, wenn das auf dem Apparat installierte Spiel von der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) keine Jugendfreigabe nach § 14 Jugendschutzgesetz erhalten hat oder von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) in die Liste der jugendgefährdenden Medien aufgenommen wurde.

§ 8 Besteuerungsverfahren

- (1) Der/Die Steuerpflichtige hat bei Spielgeräten **mit** Gewinnmöglichkeit bis zum 10. Tag nach Ablauf eines Kalendermonats (Steueranmeldezeitraum) eine Steueranmeldung für jedes im Anmeldezeitraum betriebene Gerät nach den von der Gemeinde Rastede vorgeschriebenen Vordrucken unterschrieben abzugeben und die Steuer dabei selber zu berechnen. Für den Folgemonat ist lückenlos an den Auslesezeitpunkt (Tag und Uhrzeit des Ausdrucks) des Auslesetages des Vormonats anzuschließen. Der Steueranmeldung ist für den jeweiligen Kalendermonat oder bei zeitlich begrenzter Steuerpflicht den anteiligen Zeitraum des Kalendermonats der Zählwerkausdruck beizufügen. Die unbeanstandete Entgegennahme der Steuererklärung gilt als Steuerfestsetzung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung gem. § 168 AO. Ein Steuerbescheid wird - ausgenommen der Regelung des Absatzes 5 - nicht erteilt.
- (2) Die Eintragungen in der Erklärung nach Absatz 1 sind getrennt nach Aufstellungsorten und anschließend aufsteigend nach Zulassungsnummern vorzunehmen. Die Zählwerkausdrucke sind entsprechend der Vergnügungssteuererklärung nach Geräten zu sortieren. Als Zählwerkausdruck gilt der jeweilige Auslesestreifen einschließlich Statistikteil (Geldbilanz und Serviceausdruck). Auf Anforderung sind bei diesen Spiel-

geräten alle Zählwerkausdrucke mit sämtlichen Parametern (wie z.B. Hersteller, Geräte-Name, -art, -typ, -nummer, Aufstellort, Zulassungsnummer, fortlaufende Nummer und Datum des jeweiligen Ausdrucks, Datum der letzten Kassierung, elektronisch gezählte Kasse, Röhreninhalte, tägliche Betriebsstunden, tägliche Spielzeit am Gerät, Anzahl der entgeltpflichtigen Spiele, Freispiele, eingesetzte Spielbeträge (Einwurf) ausgezahlte Gewinne (Auswurf), Fehlbetrag, usw.) einzureichen.

- (3) Bei Geldspielgeräten **ohne Gewinnmöglichkeit** ist die steuerliche Anmeldung eines Gerätes, Automaten oder Bildschirmarbeitsplatzes in einer Spielhalle, einer Gaststätte, einem Vereinsraum, einer Kantine oder einem anderen der Öffentlichkeit zugänglichen Ort unverzüglich vorzunehmen, sofern keine Steueranmeldung gem. Absatz 4 erfolgt. Die Anmeldung gilt für die gesamte Betriebszeit dieses und eines im Austausch an seine Stelle tretenden gleichartigen Gerätes. Die Außerbetriebnahme des angemeldeten Gerätes oder des Austauschgerätes ist unverzüglich zu melden; anderenfalls gilt als Tag der Außerbetriebnahme frühestens der Tag der Meldung. Tritt im Laufe eines Kalendermonats an die Stelle eines Gerätes im Austausch ein gleichartiges Gerät, so gilt für die Berechnung und Entrichtung der Steuer das ersetzte Gerät als weitergeführt.
- (4) Die Gemeinde kann von der/dem Steuerpflichtigen verlangen, bei Spielgeräten **ohne Gewinnmöglichkeit** die betriebenen Geräte je Erhebungszeitraum auf einer von der Gemeinde vorgeschriebenen Erklärung nach Art, Anzahl und Aufstellort anzugeben. In der Erklärung kann auch bestimmt werden, dass der Unternehmer die Steuer selbst zu berechnen hat (Steueranmeldung). Absatz 1 gilt sinngemäß. Diese Regelung gilt insbesondere für Betreiber, die ohnehin Geräte gemäß Absatz 1 zu erklären haben.
- (5) Gibt der Steuerschuldner seine Steuererklärung nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder nicht rechnerisch richtig ab, so setzt die Gemeinde Rastende die Steuer durch schriftlichen Bescheid fest. Dabei kann sie von der Schätzung der Bemessungsgrundlage und der Festsetzung von Verspätungszuschlägen nach den Vorschriften der Abgabenordnung Gebrauch machen.

§ 9

Anzeigepflichten und Aufbewahrungsfristen

- (1) Die/Der Steuerpflichtige hat die erstmalige Inbetriebnahme eines Spielgerätes (§ 1) hinsichtlich seiner Art und Anzahl seiner Spielmöglichkeiten an einem Aufstellort unverzüglich, spätestens bis zum 10. Tag des folgenden Kalendermonats anzuzeigen. Als Inbetriebnahme gilt die erste Aufstellung des Gerätes. Die Anzeige muss die Bezeichnung des Gerätes, Gerätenamen, den Aufstellort, den Zeitpunkt der Inbetriebnahme und bei Geräten mit Gewinnmöglichkeit zusätzlich die Zulassungsnummer enthalten.
- (2) Die Anzeigepflicht nach Absatz 1 gilt auch bei Veränderungen und der Außerbetriebnahme von Spielgeräten.
- (3) Der Steuerschuldner hat alle Unterlagen, aus denen die Bemessungsgrundlagen hervorgehen, entsprechend den Bestimmungen des § 147 Abgabenordnung aufzubewahren.

§ 10

Steueraufsicht

- (1) Die Gemeinde ist berechtigt, zur Nachprüfung der Steueranmeldung / Steuererklärung und zur Feststellung von Steuertatbeständen die Aufstellorte zu betreten, die Vorlage aktueller Zählwerksausdrucke (§ 8 Absatz 1 + 2) zu verlangen und Geschäftsunterlagen einzusehen.
- (2) Außenprüfungen nach § 193 ff AO bleiben vorbehalten.
- (3) Die/Der Steuerpflichtige ist verpflichtet, bei der Überprüfung und der Außenprüfung den von der Gemeinde Beauftragten ohne vorherige Ankündigung unentgeltlich Zutritt zu den Veranstaltungs- und Geschäftsräumen zu gestatten, alle für die Besteuerung bedeutsamen Auskünfte zu erteilen sowie Räumlichkeiten, Zählwerksausdrucke und Geschäftsunterlagen zugänglich zu machen.

§ 11

Datenverarbeitung

- (1) Die zur Ermittlung der Steuerpflichtigen, zur Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung der Vergnügungssteuer nach dieser Satzung erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten werden von der Gemeinde gemäß § 9 Absatz 1 Nr. 1 und § 10 Absatz 1 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG) i.V. mit § 11 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) und den dort genannten Bestimmungen der Abgabenordnung (AO) erhoben und verarbeitet. Die Datenerhebung beim Finanzamt, beim Amtsgericht (Handelsregister), beim Katasteramt und bei den für das Einwohnermeldewesen, Bauwesen, Ordnungsrecht sowie Finanzwesen zuständigen Stellen der Gemeinde erfolgt, soweit die Sachverhaltsaufklärung durch den Steuerpflichtigen nicht zum Ziel führt oder keinen Erfolg verspricht (§ 93 Absatz 1 Satz 3 AO).
- (2) Die Daten dürfen von der Daten verarbeitenden Stelle nur zum Zweck der Steuererhebung nach dieser Satzung oder zur Durchführung eines anderen Abgabenverfahrens, das denselben Abgabepflichtigen betrifft, verarbeitet werden. Zur Kontrolle der Verarbeitung sind technische und organisatorische Maßnahmen des Datenschutzes und der Datensicherheit nach § 7 Absatz 2 NDSG getroffen worden.

§ 12

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 18 Absatz 2 Nr. 2 NKAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig
 1. entgegen § 8 die Steuerklärung nicht oder nicht innerhalb der genannten Frist abgibt;
 2. entgegen § 9 Absatz 1 und 2 die Inbetriebnahme oder Veränderungen von bzw. bei Spielgeräten nicht innerhalb der genannten Frist anzeigt;
 3. entgegen § 10 Absatz 3 die ihr/ihm obliegenden Pflichten nicht erfüllt.

- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro geahndet werden.

§ 13 Übergangsvorschriften

- (1) Soweit Spielgeräte am Tag des In-Kraft-Tretens dieser Satzung bereits aufgestellt waren, unterliegen sie der neuen Satzungsregelung ab Inkrafttreten dieser Satzung.
- (2) Bei Inkrafttreten dieser Satzung aufgestellte Spielgeräte sind innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung der Satzung schriftlich anzuzeigen.

§ 14 In- und Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2016 in Kraft.

Rastede,

von Essen
Bürgermeister

3. Satzung zur Änderung der Satzung zur

Auf Grund der §§ 10, 58 und 111 der Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) in der Fassung vom 16.12.2014 (Nds. GVBl. S. 434) und der §§ 2 und 3 Nieders. Kommunalabgabengesetz (NKAG) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 23.01.2007 (Nds. GVBl. S. 41) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18.07.2012 (Nds. GVBl. S. 279) hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am ... folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Änderungen

§ 1 Ziff. 5 und § 9 werden aufgehoben

§ 2 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 01.01.2016 in Kraft

Rastede,

von Essen
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/137A

freigegeben am **26.11.2015**

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudsek

Datum: 20.11.2015

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	07.12.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	08.12.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2016 wird beschlossen.

- Der Haushaltsplan 2016 wird mit einem festgesetzten Haushaltsvolumen

im Ergebnishaushalt

bei den Erträgen mit	34.584.454 Euro
bei den Aufwendungen mit	34.584.454 Euro

im Finanzhaushalt

bei den Einzahlungen aus laufender Verwaltung	31.539.920 Euro
bei den Auszahlungen aus laufender Verwaltung	30.276.109 Euro
bei den Einzahlungen aus Investitionen	6.307.930 Euro
bei den Auszahlungen aus Investitionen	13.492.700 Euro
bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	6.520.959 Euro
bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	600.000 Euro

beschlossen.

- Das Investitionsprogramm 2016 bis 2019 wird beschlossen.
- Die Finanzplanung 2016 bis 2019 wird zur Kenntnis genommen.
- Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Fachausschussberatungen sind abgeschlossen und haben, abgesehen von den Finanzbewegungen bezüglich der Unterbringung von Flüchtlingen – die damit insgesamt in Zusammenhang stehenden Kosten sind derzeit nicht erkennbar – und der voraussichtlichen Beteiligung an Planungskosten im Zusammenhang mit der sog. Troglösung Raiffeisenstraße zu keinen wesentlichen Korrekturen am Entwurf des Haushaltsplanes geführt.

Der Haushalt ist nach wie vor ausgeglichen. Die sogenannten Schlüsselzuweisungen konnten bei der Fertigstellung der Arbeiten zum Haushaltsplanentwurf keine Berücksichtigung finden, da diese erst sehr kurzfristig bekannt gegeben worden sind.

Aufgrund der bereits positiven Einschätzung der Verwaltung belaufen sich die Mehreinnahmen gegenüber dem Planentwurf auf insgesamt rund 176.000 €. Da bei einer entsprechenden Änderung des Haushaltsplanes eine nicht unwesentliche Arbeitsbelastung erfolgen würde, wurde auf die separate Veranschlagung verzichtet. Unter Berücksichtigung des Beschlusses bezüglich der sogenannten Troglösung würden die Mittel zur Verringerung der planmäßige Kreditaufnahme eingesetzt werden.

Die wesentlichen Daten im Ergebnis:

Überschuss Ergebnishaushalt:	199.045,00
Überschuss Finanzhaushalt	1.263.811,00
davon:	
- ordentliche Tilgung	600.000,00
- Geld für Investitionen	663.811,00
Investitionsvolumen	13.492.700,00
davon durch Kredite finanziert:	6.520.959,00
Umfang Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten der nächsten Jahre	6.365.000,00

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Anlage 1: Haushaltssatzung

Anlage 2: Gesamthaushalt

Anlage 3: Änderungen im Ergebnishaushalt seit dem ersten Finanzausschuss

Anlage 4: Änderungen bei den Investitionen seit dem ersten Finanzausschuss

Anlage 5: Investitionsprogramm

Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2016

Auf Grund der §§ 10, 58 und 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 434) hat der Rat der Gemeinde Rastede in der Sitzung am 15.12.2015 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 wird

1. im **Ergebnishaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	34.584.454 Euro
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	34.584.454 Euro
1.3 der außerordentlichen Erträge	0 Euro
1.4 der außerordentlichen Aufwendung auf	0 Euro

2. im **Finanzhaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	31.539.920 Euro
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	30.276.109 Euro
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	6.307.930 Euro
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	13.492.700 Euro
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	6.520.959 Euro
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	600.000 Euro

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	44.368.809 Euro
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	44.368.809 Euro

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 6.520.959 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 6.365.000 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2016 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.500.000 Euro festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2016 wie folgt festgesetzt :

1. Grundsteuer

- | | |
|--|-----------|
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 295 v. H. |
| 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 315 v. H. |

2. Gewerbesteuer	325 v. H.
------------------	-----------

Rastede, den

von Essen
Bürgermeister

Ergebnishaushalt

Erträge und Aufwendungen	Rechnungs- ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushalts- jahres 1)	Ansatz des ersten Jahres der mittel- fristigen Ergebnis- und Finanzplanung	Ansatz des zweiten Jahres der mittel- fristigen Ergebnis- und Finanzplanung	Ansatz des dritten Jahres der mittel- fristigen Ergebnis- und Finanz- planung 2)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
01. Steuern und ähnliche Abgaben	,	-19.202.000	-20.485.000	-21.250.000	-21.821.000	-22.355.000
02. Zuwendungen u. allgemeine Umlagen		-3.726.690	-5.060.200	-4.635.250	-4.910.250	-5.236.250
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-1.767.614	-1.824.079	-1.647.044	-1.631.807	-1.572.048
04. sonstige Transfererträge		-292.600	-288.500	-288.500	-288.500	-288.500
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-3.537.450	-3.677.300	-3.677.300	-3.677.300	-3.677.300
06. privatrechtliche Entgelte		-2.335.405	-2.107.172	-2.329.540	-2.129.090	-1.840.040
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-725.360	-439.048	-465.748	-465.748	-465.748
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		-139.000	-143.700	-143.700	-143.700	-143.700
09. aktivierte Eigenleistung						
10. Bestandsveränderungen		855.000				
11. sonstige ordentliche Erträge		-762.300	-758.500	-750.600	-750.600	-750.600
12.= Summe ordentliche Erträge		-31.633.419	-34.783.499	-35.187.682	-35.817.995	-36.329.186
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal		7.930.800	8.547.700	8.893.200	9.055.100	9.236.000
14. Aufwendungen für Versorgung						
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		6.231.214	6.426.257	6.514.157	6.493.107	6.464.987
16. Abschreibungen		3.343.723	4.318.245	4.413.217	4.599.486	4.479.668
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		344.000	585.000	485.000	605.000	725.000
18. Transferaufwendungen		11.709.800	12.254.700	12.725.000	12.992.000	13.291.000
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		1.994.022	2.452.552	2.065.752	2.068.752	2.059.552
20. Überschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO		79.860				
21.= Summe ordentliche Aufwendungen		31.633.419	34.584.454	35.096.326	35.813.445	36.256.207
abzüglich Überschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO		79.860				
22. ordentliches Ergebnis		-79.860	-199.045	-91.356	-4.550	-72.979
23. außerordentliche Erträge						
24. außerordentliche Aufwendungen						
25. Überschuss gem. § 15 Abs. 6 GemHKVO						
26. Summe aus Zeile 24 und 25						
abzüglich Überschuss gem. § 15 Abs. 6 GemHKVO						
27. außerordentliches Ergebnis						
28. Jahresergebnis		-79.860	-199.045	-91.356	-4.550	-72.979
29. Summe der Jahresfehlbeträge aus Vorjahren gem. § 2 Abs. 6 GemHKVO						
Fortgeschriebenes Jahresergebnis		-79.860	-199.045	-91.356	-4.550	-72.979

1) bei einem Haushalt für zwei Jahre in besonderen Spalten die Ansätze nach Jahren getrennt

2) bei einem Haushalt für zwei Jahre werden noch Ansätze eines weiteren Jahres angegeben

3) außer für Investitionstätigkeit

4) außer Beiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit

Finanzhaushalt

Einzahlungen und Auszahlungen	Rechnungs- ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushalts- jahres 1)	Ansatz des ersten Jahres der mittel- fristigen Ergebnis- und Finanzplanung	Ansatz des zweiten Jahres der mittel- fristigen Ergebnis- und Finanzplanung	Ansatz des dritten Jahres der mittel- fristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
01. Steuern und ähnliche Abgaben	-17.886.829,60	-19.202.000	-20.485.000	-21.250.000	-21.821.000	-22.355.000
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-5.292.758,33	-3.726.690	-5.060.200	-4.635.250	-4.910.250	-5.236.250
03. sonstige Transfereinzahlungen	-305.019,94	-292.600	-288.500	-288.500	-288.500	-288.500
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	-3.178.048,50	-3.537.450	-3.677.300	-3.677.300	-3.677.300	-3.677.300
05. privatrechtliche Entgelte	-479.201,37	-585.405	-673.172	-683.540	-694.090	-705.040
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-752.808,06	-725.360	-454.048	-465.748	-465.748	-465.748
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	-45.405,77	-139.000	-143.700	-143.700	-143.700	-143.700
08. Einzahl. aus d. Veräußerung geringwert. Vermögensgegenstände	-452,76					
09. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	-538.518,77	-760.300	-758.000	-750.600	-750.600	-750.600
10. = Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-28.479.043,10	-28.968.805	-31.539.920	-31.894.638	-32.751.188	-33.622.138
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11. Auszahlungen für aktives Personal	7.498.429,68	7.941.100	8.557.600	8.902.700	9.064.800	9.245.600
12. Auszahlungen für Versorgung						
13. Auszahl. f. Sach- u. Dienstl. u. GVG	5.460.264,90	6.231.214	6.426.257	6.514.157	6.493.107	6.464.987
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	104.827,14	344.000	585.000	485.000	605.000	725.000
15. Transferauszahlungen	11.084.665,32	11.709.800	12.254.700	12.725.000	12.992.000	13.291.000
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	2.095.520,55	1.994.022	2.452.552	2.065.752	2.068.752	2.059.552
17. = Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	26.243.707,59	28.220.136	30.276.109	30.692.609	31.223.659	31.786.139
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.235.335,51	-748.669	-1.263.811	-1.202.029	-1.527.529	-1.835.999
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	-432.020,67	-330.500	-486.430	-50.000	-50.000	
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	-2.465.665,62	-911.000	-1.706.000	-861.000	-726.000	-726.000
21. Veräußerung von Sachvermögen	-2.769.586,66	-3.020.100	-3.919.500	-1.681.000	-1.640.000	-1.540.000
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen						
23. sonstige Investitionstätigkeit	-217.760,00	-202.000	-196.000	-191.000	-179.500	-166.000
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	-5.885.032,95	-4.463.600	-6.307.930	-2.783.000	-2.595.500	-2.432.000

Einzahlungen und Auszahlungen	Rechnungs- ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushalts- jahres 1)	Ansatz des ersten Jahres der mittel- fristigen Ergebnis- und Finanzplanung	Ansatz des zweiten Jahres der mittel- fristigen Ergebnis- und Finanzplanung	Ansatz des dritten Jahres der mittel- fristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.786.990,04	958.000	125.000	850.000	250.000	250.000
26. Baumaßnahmen	8.971.601,71	9.341.500	11.156.600	8.291.800	2.840.800	1.306.000
27. Erwerb von beweglichen Sachvermögen	1.318.679,65	633.150	947.600	650.150	684.800	160.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	44,52	200	200	200	200	
29. Aktivierbare Zuwendungen	502.320,69	524.400	1.251.200	217.000	217.000	3.000
30. Sonstige Investitionstätigkeit	12.751,83	11.700	12.100	12.300	12.500	12.700
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	12.592.388,44	11.468.950	13.492.700	10.021.450	4.005.300	1.731.700
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	6.707.355,49	7.005.350	7.184.770	7.238.450	1.409.800	-700.300
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	4.472.019,98	6.256.681	5.920.959	6.036.421	-117.729	-2.536.299
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	-5.900,00	-6.814.681	-6.520.959	-6.776.421	-652.271	
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	418.480,06	558.000	600.000	740.000	770.000	770.000
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	412.580,06	-6.256.681	-5.920.959	-6.036.421	117.729	770.000
37. Summe der Salden aus Zeile 33 und 36	4.884.600,04	0	0	0	0	-1.766.299
38. voraussichtl. Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres		3.760.723				
39. voraussichtl. Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	3.760.723,00	0	0	0	0	-1.766.299

1) bei einem Haushalt für zwei Jahre in besonderen Spalten die Ansätze nach Jahren getrennt

2) bei einem Haushalt für zwei Jahre werden noch Ansätze eines weiteren Jahres angegeben

3) außer für Investitionstätigkeit

4) außer Beiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit

Änderungen ab 01.10.15

Kostenstelle	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz neu	Veränderung	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Begründung
	P1.05.01.315500	Soziale Einrichtungen für Asylbewerber	332100	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	0,00	-205.000,00	-205.000,00	-205.000,00	-205.000,00	-205.000,00	Einnahmen für Containeranla Am Winkel 21, Objekt Witte A Nordkreuz 40 und ehem. Kindergarten Neusüdende Metjendorfer Str. 337
	P1.05.01.315500	Soziale Einrichtungen für Asylbewerber	423100	Mieten und Pachten	0,00	220.000,00	220.000,00	220.000,00	220.000,00	220.000,00	Mieten und Nebenkosten für Containeranlage Am Winkel 2 Objekt Witte Am Nordkreuz 4 und ehem. Kindergarten Neusüdende Metjendorfer Str
	P1.05.01.315500	Soziale Einrichtungen für Asylbewerber	427100	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	Containeranlage Am Winkel 2 Objekt Witte Am Nordkreuz 4 und ehem. Kindergarten Neusüdende Metjendorfer Str
	P1.05.02.211100	Grundschule Feldbreite	444110	Haftpflcht-, Unfallversicherung	10.100,00	11.950,00	1.850,00	11.950,00	11.950,00	11.950,00	Erhöhung Umlage GUV
	P1.05.02.211200	Grundschule Hahn-Lehmden	427111	Kosten für das Schulschwimmen	0,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	Busfahrten zum Schulschwimmen
	P1.05.02.211200	Grundschule Hahn-Lehmden	444110	Haftpflcht-, Unfallversicherung	8.100,00	8.550,00	450,00	8.550,00	8.550,00	8.550,00	Erhöhung Umlage GUV
	P1.05.02.211300	Grundschule Kleibrok	444110	Haftpflcht-, Unfallversicherung	10.100,00	11.450,00	1.350,00	11.450,00	11.450,00	11.450,00	Erhöhung Umlage GUV
	P1.05.02.211400	Grundschule Leuchtenburg	444110	Haftpflcht-, Unfallversicherung	5.100,00	5.900,00	800,00	5.900,00	5.900,00	5.900,00	Erhöhung Umlage GUV
	P1.05.02.211500	Grundschule Loy	444110	Haftpflcht-, Unfallversicherung	4.100,00	4.600,00	500,00	4.600,00	4.600,00	4.600,00	Erhöhung Umlage GUV
	P1.05.02.211600	Grundschule Wahnbek	444110	Haftpflcht-, Unfallversicherung	9.100,00	10.100,00	1.000,00	10.100,00	10.100,00	10.100,00	Erhöhung Umlage GUV
	P1.05.02.218000	KGS Gebäude Wilhelmstraße (ohne SB)	444110	Haftpflcht-, Unfallversicherung	100.800,00	121.050,00	20.250,00	121.050,00	121.050,00	121.050,00	Erhöhung Umlage GUV
	P1.05.02.221000	Förderschulen	444110	Haftpflcht-, Unfallversicherung	5.100,00	5.500,00	400,00	5.500,00	5.500,00	5.500,00	Erhöhung Umlage GUV
9126260002		Ortsfeuerwehr Neusüdende	425100	Haltung von Fahrzeugen	0,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	Versicherung Tanklöschfahrzeug
9365100000		Kindergarten Loy	444110	Haftpflcht-, Unfallversicherung	2.500,00	2.700,00	200,00	2.700,00	2.700,00	2.700,00	Erhöhung Umlage GUV
9365200000		Kindergarten Marienstraße	444110	Haftpflcht-, Unfallversicherung	3.450,00	3.700,00	250,00	3.700,00	3.700,00	3.700,00	Erhöhung Umlage GUV
9365300000		Kindergarten Mühlenstraße	444110	Haftpflcht-, Unfallversicherung	8.930,00	9.500,00	570,00	9.500,00	9.500,00	9.500,00	Erhöhung Umlage GUV
9365500000		Kindergarten Voßbarg	444110	Haftpflcht-, Unfallversicherung	7.600,00	8.050,00	450,00	8.050,00	8.050,00	8.050,00	Erhöhung Umlage GUV
9365600000		Kindergarten Feldbreite	444110	Haftpflcht-, Unfallversicherung	5.800,00	6.300,00	500,00	6.300,00	6.300,00	6.300,00	Erhöhung Umlage GUV
9365700000		Hort Feldbreite	444110	Haftpflcht-, Unfallversicherung	1.200,00	1.300,00	100,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00	Erhöhung Umlage GUV
9365999166		Krippe Wahnbek II	341100	Mieten und Pachten	-25.800,00	-7.400,00	18.400,00	-7.400,00	-7.400,00	-7.400,00	Mietsenkung infolge Landeszuschuss
9365999166		Krippe Wahnbek II	423100	Mieten und Pachten	25.800,00	7.400,00	-18.400,00	7.400,00	7.400,00	7.400,00	Mietsenkung infolge Landeszuschuss

[illegible]

Investitionsprogramm 2016

				Planungsjahre		2016		2017		2018		2019		Nr. I-PSP
						Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
P1.01.00.111100.000	TH1_01	Gemeindeorgane	111000	2016 Zuschuss EDV-Ausstattung Ratsmitglieder	1.000									I1.001002.525
P1.03.02.111210.000	TH3_01	Personalangelegenheiten	310000	2016 Versorgungsrücklage										
P1.03.02.111210.000				- aktive Beamte, Konto: 786510	1.800									kein IPSP erforderlich
P1.03.02.111210.000				- Versorgungsempfänger, Konto: 786520	10.300									kein IPSP erforderlich
P1.03.02.111210.000				2017 Versorgungsrücklage										
P1.03.02.111210.000				- aktive Beamte, Konto: 786510				1.900						kein IPSP erforderlich
P1.03.02.111210.000				- Versorgungsempfänger, Konto: 786520				10.400						kein IPSP erforderlich
P1.03.02.111210.000				2018 Versorgungsrücklage										
P1.03.02.111210.000				- aktive Beamte, Konto: 786510						2.000				kein IPSP erforderlich
P1.03.02.111210.000				- Versorgungsempfänger, Konto: 786520						10.500				kein IPSP erforderlich
P1.03.02.111210.000				2019 Versorgungsrücklage										
P1.03.02.111210.000				- aktive Beamte, Konto: 786510								2.100		kein IPSP erforderlich
P1.03.02.111210.000				- Versorgungsempfänger, Konto: 786520								10.600		kein IPSP erforderlich
P1.03.02.111230.000	TH3_01	Organisation und Einrichtungen für die gesamte Verwaltung	310000	2016 Sammelkosten Inventar - Rath.	13.800									I1.009025.510
P1.03.01.571000.000	TH3_03	Wirtschaftsförderung	330000	Verkauf Gewerbeflächen (allgemein) 2016	-850.000									I1.003019.565
P1.03.01.571000.000				Verkauf Gewerbeflächen (allgemein) 2017				-100.000						I1.003034.565
P1.03.01.571000.000				Verkauf Gewerbeflächen (allgemein) 2018						-100.000				I1.003029.565
P1.03.01.571000.000				Zuschuss an private Unternehmen 2016	76.000									I1.003020.525
P1.03.01.571000.000				Zuschuss an private Unternehmen 2017				46.000						I1.003026.525
P1.03.01.571000.000				Zuschuss an private Unternehmen 2018						46.000				I1.003030.525
P1.03.01.571000.000				Zuschuss 2016 SW-Beitrag Gewerbegebiete	52.000									I1.003024.525
P1.03.01.571000.000				Zuschuss 2017 SW-Beitrag Gewerbegebiete				18.000						I1.003027.525

Investitionsprogramm 2016

[illegible]

Investitionsprogramm 2016

Planungsjahre				2016		2017		2018		2019		Nr. I-PSP
				Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
P1.04.02.522200.000	TH4_01	Grunderwerb zur Weiterveräußerung (zur Bereitstellung von Bauland für den Wohnungsbau), eigener Wohnungsbau	410500	Objekt: BPl. 104, Erweiterung Hahn-Lehmden, "Am Ostermoor III"								
P1.04.02.522200.000				- Verkauf	-350.000		-247.000					I1.015013.565
P1.04.02.522200.000				Objekt: BPl. 99b, Stratjebusch, II.BA								
P1.04.02.522200.000				- Verkauf	-475.000		-99.000					I1.015019.565
P1.04.02.522200.000				Objekt BPl. 100, Göhlen								
P1.04.02.522200.000				- Verkauf				-1.540.000		-1.540.000		I1.015018.565
P1.04.02.522200.000				Objekt: BPl. Südlich Schlosspark III								
P1.04.02.522200.000				- Verkauf	-2.240.000							I1.015020.565
P1.04.02.522200.000				Objekt: BPl. Südlich Schlosspark IV								
P1.04.02.522200.000				- Ankauf			600.000					I1.015033.510
P1.04.02.522200.000				- Verkauf			-1.235.000					I1.015032.565
P1.05.01.365100.000	TH5_011	Kiga Loy	511101	2016 Sammelkosten	500							I1.027006.510
P1.05.01.365100.000				Geräteschuppen, Kiga Loy			2.500					I1.027009.510
P1.05.01.365100.000				Spielgerät Wackelbrücke, Kiga Loy			5.300					I1.027013.510
P1.05.01.365100.000				Spielgerät Rutsche, Kiga Loy				3.500				I1.027014.510
P1.05.01.365100.000				Geräteschuppen/ Hütte, Kiga Loy	4.500							I1.027017.510
P1.05.01.365100.000				Sonnenschirm, Kiga Loy	2.000							I1.027015.510
P1.05.01.365100.000				Küchenzeile, Kiga Loy	7.000							I1.027016.510
P1.05.01.365200.000	TH5_011	KiGa Marienstraße	511102	2016 Sammelkosten	1.900							I1.027508.510
P1.05.01.365200.000				Anbau Überdachung, Kiga Marienstr.			5.000					I1.027516.500
P1.05.01.365200.000				Zaunanlage, Kiga Marienstr.	4.800							I1.027521.510
P1.05.01.365200.000				Spielgeräte Schaukelgestelle, Kiga Marienstr.	2.000							I1.027526.510
P1.05.01.365200.000				Sonnenschutzanlagen Gruppenräume, Kiga Marienstr.			15.000					I1.027527.500
P1.05.01.365200.000				Geschirrspüler, Kiga Marienstr.	1.100							I1.027528.510

Investitionsprogramm 2016

Planungsjahre	2016		2017		2018		2019		Nr. I-PSP
	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	

P1.05.01.365300.000	TH5_011	KiGa Mühlenstraße	511103	2016 Sammelposten	2.400							I1.028013.510
P1.05.01.365300.000				Bücherregale Mitarbeiteraum, KiGa Mühlenstr.					1.500			I1.028024.510
P1.05.01.365300.000				Zaunanlage, KiGa Mühlenstr.			5.500					I1.028032.510
P1.05.01.365300.000				Matschbereich, KiGa Mühlenstr.			9.700					I1.028034.510
P1.05.01.365300.000				Spielgerät Wasserspiel, KiGa Mühlenstr.			5.700					I1.028038.510
P1.05.01.365300.000				Rampe, KiGa Mühlenstr.	1.500							I1.028039.510
P1.05.01.365300.000				Erweiterung Mitarbeiteraum KiGa Mühlenstr.	60.000							I1.028040.500
P1.05.01.365500.000	TH5_011	KiGa Voßbarg (einschl. Gymnastikraum)	511105	2016 Sammelposten	2.500							I1.029012.510
P1.05.01.365500.000				Spielgerät Mini-Kletteranlage KiGa Voßbarg			1.550					I1.029022.510
P1.05.01.365500.000				Energetische San. Fassaden mit Stahlbetonstützen, KiGa Voßbarg					80.000			I1.029019.500
P1.05.01.365500.000				Spielgerät Matschgerät, KiGa Voßbarg					11.500			I1.029026.510
P1.05.01.365600.000	TH5_011	Kiga Feldbreite	511106	2016 Sammelposten	2.700							I1.029514.510
P1.05.01.365600.000				Gerätehaus für Spielgeräte, KiGa Feldbr.			5.000					I1.029520.510
P1.05.01.365700.000	TH5_011	Hort Feldbreite	511107	2016 Sammelposten	600							I1.030004.510
P1.05.01.365700.000				Möbel Kuschelpalast, Hort Feldbr.	600							I1.030003.510
P1.05.01.365900.001	TH5_011	Diakonisches Werk Hahn- Lehmnden	511120	Zuschuss vom Landkreis Ammerland für Anbau- Zuschuss, Diak. Werk Hahn- Lehmnden	-38.350							I1.030505.555

Investitionsprogramm 2016

[illegible]

Investitionsprogramm 2016

			Planungsjahre		2016		2017		2018		2019		Nr. I-PSP
					Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
P1.05.02.126200.005	TH5_02	Ortsfeuerwehr Loy-Barghorn	520050	2016 Sammelposten	1.300								I1.036208.510
P1.05.02.126200.005				Erweiterung Mannschaftsraum, FW Loy-Bargh.			270.000						I1.036212.500
P1.05.02.126200.005				Zelthaut SG 30 für Jugendfeuerwehr, FW Loy-Bargh.	2.500								I1.036216.510
P1.05.02.126200.006	TH5_02	Ortsfeuerwehr Neusüdende	520050	2016 Sammelposten	1.300								I1.036704.510
P1.05.02.126200.006				Ern. Pflasterung vor Gerätehaus, FW Neusüdende					13.800				I1.036712.500
P1.05.02.126200.007	TH5_02	Ortsfeuerwehr Südbäke	520050	2016 Sammelposten	700								I1.037210.510
P1.05.02.126200.007				Notstromaggregat mit Halterung, FW Südbäke			3.000						I1.037216.510
P1.05.02.128000.000	TH5_02	Katastrophenschutz	520000	Notstromaggregat 100 kVA, Katastrophenschutz	70.000								I1.038201.510
P1.05.02.573200.003	TH5_02	Dorfgemeinschaftshäuser 3)	520000	2016 Sammelposten	2.000								I1.053803.510
P1.05.02.211100.001	TH5_021	Grundschule Feldbreite (ohne Schulbudget)	521000	2016 Sammelposten (oSB)	5.200								I1.039215.510
P1.05.02.211100.001				Sanierung und Dämmung Stahlbetonteile u. Dämmung der Brüstung, GS Feldbr.					97.000				I1.039204.500
P1.05.02.211100.001				Spielgerät Hangelbogen, GS Feldbr.			6.200						I1.039223.510
P1.05.02.211100.001				Neuanlage Schulhof, GS Feldbr.	320.000								I1.039706.500
P1.05.02.211100.002	TH5_021	Grundschule Feldbreite (Schulbudget)	521000	2016 Sammelposten (Schulbudget)	1.000								I1.039703.510
P1.05.02.211200.001	TH5_021	Grundschule Hahn-Lehmden (ohne Schulbudget)	521000	2016 Sammelposten (oSB)	1.000								I1.040209.510
P1.05.02.211200.001				Einbau einer Behindertentoilette, GS Hahn-Lehmden							30.000		I1.040213.500

Investitionsprogramm 2016

				Planungsjahre		2016		2017		2018		2019		Nr. I-PSP
						Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
P1.05.02.211200.001				Einbau eines Behindertenaufzuges, GS Hahn-Lehmden								100.000		I1.040214.500
P1.05.02.211200.001				Einbau Sonnenschutz OG Verwaltung, GS Hahn-Lehmden				5.000						I1.040218.500
P1.05.02.211200.002	TH5_021	Grundschule Hahn-Lehmden (Schulbudget)	521000	2016 Sammelposten (Schulbudget)		1.000								I1.040703.510
P1.05.02.211300.001	TH5_021	Grundschule Kleibrok (ohne Schulbudget)	521000	2016 Sammelposten (oSB)		7.000								I1.041218.510
P1.05.02.211300.001				Spielgerät Schiff, GS Kleibrok				27.000						I1.041225.510
P1.05.02.211300.001				Anbau / Neubau Klassenräume Mensa, GS Kleibrok		1.000.000	2.000.000	2.500.000						I1.041227.500
P1.05.02.211300.001				Neuanlage Schulhof, GS Kleibrok				150.000						I1.041229.500
P1.05.02.211300.001				2016 Sapo (Geb.) - GS Kleibrok		500								I1.041230.510
P1.05.02.211300.002	TH5_021	Grundschule Kleibrok (Schulbudget)	521000	2016 Sammelposten (Schulbudget)		1.000								I1.041703.510
P1.05.02.211400.001	TH5_021	Grundschule Leuchtenburg (ohne Schulbudget)	521000	2016 Sammelposten (oSB)		4.000								I1.042211.510
P1.05.02.211400.001				Zaunanlage zur Schoolstraat GS Leuchtenburg		5.000								I1.042214.510
P1.05.02.211400.001				Spielgerät Kombigerät, GS Leuchtenburg						17.000				I1.042223.510
P1.05.02.211400.001				2016 Sapo (Geb.) - GS Leuchtenburg		800								I1.042224.510
P1.05.02.211400.002	TH5_021	Grundschule Leuchtenburg (Schulbudget)	521000	2016 Sammelposten (Schulbudget)		1.000								I1.042703.510
P1.05.02.211500.001	TH5_021	Grundschule Loy (ohne Schulbudget)	521000	2016 Sammelposten (oSb)		7.500								I1.043211.510
P1.05.02.211500.001				Einbau Behinderten-WC, GS Loy								30.000		I1.043207.500
P1.05.02.211500.001				Rasentraktor, GS Loy						4.000				I1.043216.510

Investitionsprogramm 2016

				Planungsjahre		2016		2017		2018		2019		Nr. I-PSP
						Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
P1.05.02.211500.001				Behindertenaufzug, GS Loy								70.000		I1.043219.500
P1.05.02.211500.001				Basketballfläche, GS Loy				5.500						I1.043220.500
P1.05.02.211500.001				2016 Sammelposten (Geb.) - GS Loy		1.500								I1.043221.510
P1.05.02.211500.002	TH5_021	Grundschule Loy (Schulbudget)	521000	2016 Sammelposten (Schulbudget)		1.000								I1.043703.510
P1.05.02.211600.001	TH5_021	Grundschule Wahnbek (ohne Schulbudget)	521000	2016 Sammelposten (oSb)		2.000								I1.044225.510
P1.05.02.211600.001				Energetische Sanierung Fassade Ostseite 1-geschossiger Gebäudetrakt, Fensteraustausch, Stahlbetonstützen dämmen						125.000				I1.044213.500
P1.05.02.211600.001				Behindertenaufzug, GS Wahnbek				150.000						I1.044219.500
P1.05.02.211600.001				Behinderten-WC, GS Wahnbek				30.000						I1.044220.500
P1.05.02.211600.001				Sonnenschutzanlagen, GS Wahnbek				43.400						I1.044228.500
P1.05.02.211600.001				Küchenzeile, GS Wahnbek								20.000		I1.044232.510
P1.05.02.211600.001				Einbau Hohlraumdämmung, GS Wahnbek				18.900						I1.044234.500
P1.05.02.211600.001				Energetische Sanierung der Stahlbetonaußenbauteile, GS Wahnbek				58.800						I1.044235.500
P1.05.02.211600.002	TH5_021	Grundschule Wahnbek (Schulbudget)	521000	2016 Sammelposten (Schulbudget)		1.000								I1.044703.510
P1.05.02.218000.001	TH5_021	Gesamtschulen Gebäude Wilhelmstraße (ohne Schulbudget)	521020	2016 Sammelposten (Geb.)		2.000								I1.045276.510
P1.05.02.218000.001				2016 Sammelposten		55.800								I1.045234.510
P1.05.02.218000.001				Energetische San. Fassaden eingeschossiger Gebäudetrakt (BA IV), KGS Wilhelmstr.				425.000						I1.045225.500
P1.05.02.218000.001				Sonnenschutz, KGS Wilhelmstr.				25.000						I1.045226.500

Investitionsprogramm 2016

Planungsjahre				2016		2017		2018		2019		Nr. I-PSP
				Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
P1.05.02.218000.001				Energetische San. Fassaden zweigeschossiger Gebäudetrakt einschl. Sonnenschutz (BA IV), KGS Wilhelmstr.	275.000							I1.045237.500
P1.05.02.218000.001				- Zuschuss aus dem NKomInvFöG	-232.000							I1.045277.555
P1.05.02.218000.001				Sonnenschutz zweigesch. Gebäudetrakt, KGS Wilhelmstr.	30.000							I1.045270.500
P1.05.02.218000.001				Dachsanierung zweigesch. Gebäudetrakt, KGS Wilhelmstr.	225.000							I1.045272.500
P1.05.02.218000.001				Sanierung Räume 231-240 mit Flur 238	285.000							I1.045271.500
P1.05.02.218000.001				Nebelkammer Ray Trax 1, KGS Wilhelmstr.	1.400							I1.045261.510
P1.05.02.218000.001				Wellenmaschine, KGS Wilhelmstr.			2.800					I1.045262.510
P1.05.02.218000.001				3D-Drucker Ultimaker 2, KGS Wilhelmstr.					2.300			I1.045263.510
P1.05.02.218000.001				Energ. Sanierung Toiletten UG, KGS Wilhelmstr.						100.000		I1.045278.500
P1.05.02.218000.001				Zaunanlage Fahrradstand, KGS Wilhelmstr.	5.000							I1.045279.510
P1.05.02.218000.001				Gartentor Bahnhofstr., KGS Wilhelmstr.	1.900							I1.045280.510
P1.05.02.218000.001				Neubeschaffung Ausstattung Licht und Ton	30.000							I1.045285.510
P1.05.02.218000.001				Tonmischpult f.d.Aula, KGS Wilhelmstr.	2.000							I1.045281.510
P1.05.02.218000.001				Anbau mit 4 Klassenräumen, KGS Wilhelmstr.	100.000							I1.045282.500
P1.05.02.218000.002	TH5_021	Gesamtschulen Gebäude Feldbreite (ohne Schulbudget)	521020	2016 Sammelposten	3.000							I1.046225.510
P1.05.02.218000.002				2016 Sammelposten - Schulsportfläche	1.000							I1.046237.510
P1.05.02.218000.002				Sanierung und Dämmung Stahlbetonteile u. Dämmung der Brüstung, KGS Feldbr.					80.000			I1.046219.500

Investitionsprogramm 2016

[illegible]

Investitionsprogramm 2016

[illegible]

Investitionsprogramm 2016

				Planungsjahre		2016		2017		2018		2019		Nr. I-PSP
						Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
P1.05.02.424300.002	TH5_023	Sporthalle Kleibrok	523200	2016 Sammelposten	1.000									I1.061208.510
P1.05.02.424300.002				Hohlraumdämmung, Sporth. Kleibrok	44.000									I1.061205.500
P1.05.02.424300.002				Energetische Sanierung der Halle- Decken einschl. Dämmung, Sporth. Kleibrok	530.000									I1.061209.500
P1.05.02.424300.003	TH5_023	Sporthalle Hahn-Lehmder	523200	2016 Sammelposten	1.000									I1.061703.510
P1.05.02.424300.004	TH5_023	Sporthalle Wahnbek	523200	2016 Sammelposten	1.000									I1.062205.510
P1.05.02.424300.005	TH5_023	Sportraum Loy	523200	2016 Sammelposten	1.000									I1.062703.510
P1.05.02.424300.006	TH5_023	Turnhalle Feldbreite	523200	2016 Sammelposten	1.000									I1.063207.510
P1.05.02.424300.007	TH5_023	Mehrzweckhalle Feldbreite	523200	2016 Sammelposten	2.000									I1.063710.510
P1.05.02.424300.007				Energ. Sanierung Flachdach über den Umkleiden Hallenteil 1, MZH Feldbr.			70.000							I1.063715.500
P1.05.02.424300.007				Saalleiter, MZH Feldbr.	2.500									I1.063716.510
P1.05.02.424300.008	TH5_023	Turnhalle Wilhelmstraße	523200	2016 Sammelposten	1.000									I1.064204.510
P1.05.02.424300.008				Sanierung Dach einsch. Dämmung, Ern. Fenster, TH Wilhelmstr.	300.000									I1.064208.500
P1.06.00.366200.000	TH6_01	Kinderspielplätze (ohne Schulen und Kita)	610000	2016 Spielgeräte (Ersatz), Kinderspielplätze	121.000	140.000	140.000							I1.064905.510
P1.06.00.366200.000				2017 Spielgeräte (Ersatz), Kinderspielplätze			60.000							I1.064906.510
P1.06.00.366200.000				2018 Spielgeräte (Ersatz), Kinderspielplätze					25.000					I1.064908.510
P1.06.00.511000.000	TH6_01	Räuml. Planung/Entwicklungs- maßnahmen	610000	Zuschuss an LKA- Breitbandversorgung	100.000,00		100.000,00		100.000,00					I1.065401.525
P1.06.00.538100.001	TH6_01	Schmutzwasserbeseitigung Zentrale Einrichtung Klärwerk	610000	2016 Sammelposten	6.000									I1.065991.510
P1.06.00.538100.001				Klärschlammfäulung, Kläranlage	1.400.000	1.600.000	1.600.000	400.000	400.000					I1.065984.500

Investitionsprogramm 2016

[illegible]

Investitionsprogramm 2016

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

P1.06.00.538100.001

Planungsjahre	2016		2017		2018		2019		Nr. I-PSP
	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
SW-Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen) 2017			20.000						I1.066026.500
SW-Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen) 2018					20.000				I1.066075.500
SW-Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen) 2019							20.000		I1.066098.500
Objekt: BPl. 68d GE Tannenkrugstr.									
- SW-Kanal	12.000								I1.065930.500
Objekt: BPl. 78 c; Nethener Weg									
- SW-Kanal	130.000								I1.066054.500
Objekt: BPl. 59 Gewerbegebiet Leuchtenburg III									
- Einzahlung aus dem Verkauf Hausanschlusschächte; SW 2012	-1.000								I1.065956.565
- SW-Kanal	190.000								I1.000280.500
BPl. 99 a Wohnbaufläche Am Stratjebusch									
- SW-Kanal	100.000								I1.066003.500
Objekt: Voßbarg (SAB)									
- SW-Kanal	25.000	195.000	195.000						I1.066058.500
Objekt: Erneuerung von SW-Haltungen									
- Quellenweg.; HA 47020163 - HE 47020159			12.500						I1.066059.500
- Im Göhlen.; HA 47020140 HE 47020127			16.000						I1.066060.500
- Im Göhlen.; HA 47020051 HE 47020046			21.000						I1.066061.500
- Feldbreite.; HA 46010125 HE 46010122			13.000						I1.066062.500
- Goethestr.; HA 49970163 HE 49970176			8.000						I1.066063.500
- Hesterstr.; HA 49970136 - HE 49970137			7.000						I1.066064.500
- Allerstr.; HA 49970150 - HE 49970163			11.000						I1.066065.500

[illegible]

Planungsjahre	2016		2017		2018		2019		Nr. I-PSP
	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
- Einzahlung aus dem Verkauf Hausanschlusschächte	-1.000								I1.071996.565
Objekt: BPI. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III"									
- RW-Kanal	296.000								I1.000311.500
- Einzahlung aus dem Verkauf Hausanschlusschächte; RW 2012	-1.000								I1.071985.565
Objekt: BPI. 68d GE Tannenkrugstr.									
- RW-Kanal	13.000								I1.071922.500
Objekt: Ausbau Loyer Weg von Buchenstr. bis Emsoldstr.									
- RW-Kanal	165.000								I1.071997.500
Objekt: Am Kleinenfelde									
- RW-Kanal	600.000								I1.071999.500
BPI. 99 a Wohnbaufläche Am Stratjebusch									
- RW-Kanal	100.000								I1.071986.500
Objekt: Erneuerung RW-Kanal									
- Hohlweg; HA 49975153 - HE 49975152			22.000						I1.072003.500
- Wagnerstr; HA 46025054 - HE 46025055			14.500						I1.072004.500
- Wagnerstr; HA 46025057 - HE 46025067			18.000						I1.072005.500
- Schulstr.; HA 48975037 - HE 48975057			11.000						I1.072006.500
- Beethovenstraße; HA 46025091 - HE 46025092			10.000						I1.072007.500
- Beethovenstr.; HA 46025090 - HE 46025091			9.000						I1.072009.500
Objekt: Voßbarg (SAB)									
- RW-Kanal	25.000	200.000	200.000						I1.072011.500
Objekt: Bachstraße (SAB)									
- RW-Kanal	410.000								I1.072012.500
Objekt: Ausbau K131 OD Rastede									

Investitionsprogramm 2016

				Planungsjahre		2016		2017		2018		2019		Nr. I-PSP
						Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
P1.06.00.538100.003				- Zentr. Bushaltestelle				105.000						I1.071989.500
P1.06.00.538100.003				Feldbr. - RW-Kanal										
P1.06.00.538100.003				Objekt BPl. 105 Südl.										
P1.06.00.538100.003				Schloßpark III										
P1.06.00.538100.003				- RW-Kanal	30.000									I1.072017.500
P1.06.00.538100.003				Objekt BPl. 107 Hugo-										
P1.06.00.538100.003				Duphorn-Str.										
P1.06.00.538100.003				- RW-Kanal	55.000									I1.072022.500
P1.06.00.541100.001	TH6_01	Gemeindestraßen	610400	Objekt: BPl. 78 b Nethener										
P1.06.00.541100.001				Weg										
P1.06.00.541100.001				- Erschließungsbeiträge	-35.000									I1.000327.560
P1.06.00.541100.001				Objekt: BPl. 78 c Nethener										
P1.06.00.541100.001				Weg										
P1.06.00.541100.001				- Straßenbau	245.000									I1.076980.500
P1.06.00.541100.001				- Erschließungsbeitrag	-117.000			-82.000						I1.076981.560
P1.06.00.541100.001				Objekt: BPl. 59										
P1.06.00.541100.001				Gewerbegebiet										
P1.06.00.541100.001				Leuchtenburg III										
P1.06.00.541100.001				- Straßenbau	452.000									I1.000331.500
P1.06.00.541100.001				- Erschließungsbeiträge	-20.000									I1.000331.560
P1.06.00.541100.001				Objekt: Umgestaltung										
P1.06.00.541100.001				Beete Ortskern										
P1.06.00.541100.001				- Grünanlagen	100.000									I1.076986.500
P1.06.00.541100.001				Objekt: BPl. 88 nördlich										
P1.06.00.541100.001				Havelstraße										
P1.06.00.541100.001				- Straßenbau	120.000			192.000						I1.076917.500
P1.06.00.541100.001				Objekt: BPl. 88a										
P1.06.00.541100.001				Erweiterung Müritzstr.										
P1.06.00.541100.001				- Straßenbau	194.000									I1.076987.500
P1.06.00.541100.001				Objekt: BPl. 99 a										
P1.06.00.541100.001				Wohnbaufläche am										
P1.06.00.541100.001				Stratjebusch										
P1.06.00.541100.001				- Straßenbau	200.000									I1.076939.500
P1.06.00.541100.001				Objekt: BPl. 100 Erw.										
P1.06.00.541100.001				Göhlen II										
P1.06.00.541100.001				- Erschließungsbeitrag						-520.000		-520.000		I1.076996.560
P1.06.00.541100.001				Objekt BPl. 105 Südl.										
P1.06.00.541100.001				Schloßpark III										
P1.06.00.541100.001				- Straßenbau	85.000,00	255.000	255.000							I1.077011.500
P1.06.00.541100.001				- Erschließungsbeitrag	-746.000,00									I1.077011.560
P1.06.00.541100.001				Objekt: südlich										
P1.06.00.541100.001				Schloßpark IV										
P1.06.00.541100.001				- Erschließungsbeiträge				-390.000						I1.077028.560

[illegible]

Planungsjahre	2016		2017		2018		2019		Nr. I-PSP
	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
Objekt: BPI. 107 Hugo-Duphorn-Straße									
- Straßenbau	128.000,00	75.000	75.000						I1.077029.500
- Erschließungsbeiträge	-284.000,00		-59.000						I1.077029.560
Objekt: BPI. 68d GE Tannenkrugstr.									
- Straßenbau	40.000								I1.076912.500
Objekt: Deckenprogramm									
- Deckenprogramm 2016	500.000								I1.076943.500
- Deckenprogramm 2017			500.000						I1.076960.500
- Deckenprogramm 2018					500.000				I1.076989.500
- Deckenprogramm 2019							500.000		I1.077030.500
Objekt: Moorstraßenprogramm									
- Weidenstraße			365.000						I1.077031.500
- Südbäker Straße					395.000				I1.077032.500
- 1. BA Delfshauser Straße							313.000		I1.077033.500
Objekt: Bushaltestellen									
- Neubau Bushaltestellen 2016	5.000								I1.076990.500
- Neubau Bushaltestellen 2017			5.000						I1.076991.500
- Neubau Bushaltestellen 2018					5.000				I1.076992.500
- Neubau Bushaltestellen 2019							5.000		I1.077034.500
Objekt: zentrale Bushaltestelle Feldbreite									
- Neubau/ behindertengerechter Umbau			346.000		415.000				I1.076944.500
- Zuschuss			-50.000		-50.000				I1.076944.555
Objekt: Voßbarg (SAB)									
- Straßenbau			85.000	670.000	670.000				I1.076993.500
Objekt: Bachstraße (SAB)									
- Straßenbau	200.000								I1.076994.500
- Straßenausbaubeiträge	-70.000								I1.077009.560
- Straßenausbaubeiträge			-200.000						I1.076995.560
Objekt: Loyer Weg (Buchenstr. bis Emsoldstraße) (SAB)									
- Straßenausbau	150.000	250.000	250.000						I1.077035.500

Investitionsprogramm 2016

Investitionsprogramm 2016				Planungsjahre		2016		2017		2018		2019		Nr. I-PSP	
						Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE		
								Objekt: Bahnunterführung Raiffeisenstraße							
P1.06.00.541100.001				- Zuschuss Bahnunterführung Raiffeisenstraße	850.000										I1.077036.525
				2016 Sammelposten - Str., Wege, Plätze			56.000							I1.076999.510	
P1.06.00.545200.000	TH6_01	Straßenbeleuchtung	610400	Objekt: Erneuerung Straßenbeleuchtung											
- 2016 Verteiler, Haupteinspeisungen, Straßenbeleuchtung				15.000									I1.082927.500		
P1.06.00.545200.000															
P1.06.00.547000.000	TH6_01	ÖPNV	610400	Objekt: Neubau von 2 Bushaltestellen Schafjückenweg											
- Zuschuss Neubau Bushaltestellen Schafjückenweg				-75.000									I1.083406.555		
P1.06.00.547000.000				- Neubau Bushaltestellen	138.000								I1.083406.500		
P1.06.00.551000.000	TH6_01	Öffentliches Grün/Landschaftsbau	610500	2016 Ankauf von Kompensationsflächen	125.000										I1.083908.510
P1.06.00.551000.000				2017 Ankauf von Kompensationsflächen			250.000							I1.083909.510	
P1.06.00.551000.000				2018 Ankauf von Kompensationsflächen				250.000						I1.083910.510	
P1.06.00.551000.000				2019 Ankauf von Kompensationsflächen						250.000				I1.083911.510	
P1.06.00.573300.000	TH6_02	Bauhof	620000	2016 Sammelposten	10.000										I1.085916.510
P1.06.00.573300.000				Fendt Geräteträger, Bauhof	180.000									I1.085932.510	
P1.06.00.573300.000				LKW mit Ladekran, Bauhof			250.000	250.000					I1.085922.510		
P1.06.00.573300.000				Schredder, Bauhof	40.000								I1.085933.510		
P1.06.00.573300.000				Kreiselegge, Bauhof	8.000								I1.085934.510		
P1.06.00.573300.000				Mulchmähwerk, Bauhof	15.000								I1.085935.510		
P1.06.00.573300.000				Doppelkabine, Bauhof			40.000						I1.085936.510		
P1.06.00.573300.000				Schneeräumschild, Bauhof			15.000						I1.085937.510		
P1.06.00.573300.000				Grader (Planierschild), Bauhof	30.000								I1.085938.510		

7.184.770	4.895.000	7.238.450	1.470.000	1.409.800	0	-700.300	0
-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	---	----------	---